



universität  
wien

## DISSERTATION / DOCTORAL THESIS

Titel der Dissertation /Title of the Doctoral Thesis

„Im Zeichen der Kriegsvorbereitung.

Betriebswirtschaftliche Effekte des Anschlusses Österreichs  
an das Dritte Reich auf die Rüstungsindustrie.“

verfasst von / submitted by

Mag.rer.soc.oec Christoph Strecker, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Doktor der Philosophie (Dr. phil.)

Wien, 2021 / Vienna, 2021

Studienkennzahl lt. Studienblatt /  
degree programme code as it appears on the student record  
sheet:

A 792 312

Dissertationsgebiet lt. Studienblatt /  
field of study as it appears on the student record sheet:

Geschichte

Betreut von / Supervisor:

A.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner

### **Danksagung**

Viele Menschen haben mich bei der Erstellung dieser Arbeit unterstützt, ihnen möchte ich an dieser Stelle meinen persönlichen Dank aussprechen.

Allen voran danke ich meiner wunderbaren Frau Eva, die mir die notwendige Zeit gegeben und viel Toleranz entgegengebracht hat. Sie hat mich zum Schreiben dieser Arbeit ermuntert und immer daran geglaubt, dass ich sie auch abschließen werde. Zudem danke ich meiner kleinen Tochter Valerie, die mich mit ihren Zeichnungen auf meinen Arbeitsunterlagen zwischendurch zum Lachen gebracht hat.

Ebenso Danke ich meinen Eltern Ursula und Franz, Herrn Dipl. Ing Karl Plich, Frau Mag.<sup>a</sup> Charmian Lechner und Herrn Mag. Matthias Ley, MBA für ihre Unterstützung.

Stellvertretend für alle Archivarinnen und Archivare, die mir bei meinen Archivrecherchen so freundlich geholfen haben, danke ich Frau Dr.<sup>in</sup> Ulrike Zimmerl vom Bank Austria Archiv.

Und ich bedanke mich bei Herrn a.o. Univ. Prof. Dr. Peter Eigner, der mit viel Geduld und hilfreichen Anmerkungen meine Gedanken und Ansätze in die richtige Richtung gelenkt hat.

## Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung .....	8
1.1.	Inhaltsüberblick .....	8
1.2.	Forschungsstand .....	10
1.3.	Hypothese und Forschungsfragen .....	15
1.4.	Methode .....	16
1.5.	Quellen und Archive .....	18
2.	Österreichs Industrie zwischen Habsburgerreich und „Anschluss“ .....	21
2.1.	Die Industrie gegen Ende des Habsburgerreiches .....	21
2.1.1.	Die Industrie vor dem Ersten Weltkrieg .....	21
2.1.2.	Die Rüstungsindustrie im Ersten Weltkrieg .....	38
2.2.	Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreiches .....	56
2.2.1.	Die Phase der Umstellung .....	56
2.2.2.	Die Wirtschaft in der Krise und im Austrofaschismus .....	80
2.3.	Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich .....	98
2.3.1.	Österreichs Rolle bei den deutschen Expansionsbestrebungen .....	98
2.3.2.	Österreichs Außenhandel mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich .....	124
2.3.3.	Deutsches Interesse an Österreichs Industrie .....	146
3.	Die Eingliederung ins Dritte Reich .....	163
3.1.	Wirtschaftliche Auswirkungen des „Anschlusses“ .....	163
3.2.	Aufteilung und „Bereinigung“ der Industrie .....	183
3.3.	Exkurs: Wirtschaftliche Auswirkungen deutscher Besetzung in europäischen Ländern ....	197
3.4.	Rationalisierung, Modernisierung und Rüstungsplanung .....	207
3.5.	Auswirkung des Kriegsbeginns auf die Rüstungsproduktion .....	226
4.	Empirische Untersuchung betriebswirtschaftlicher Effekte des „Anschlusses“ .....	248
4.1.	Die Jahresabschlussanalyse – Theorie .....	248
4.2.	Die Jahresabschlussanalyse – angewandte Methode, Daten und Quellekritik .....	259
4.3.	Empirische Analyse einzelner Rüstungsunternehmen .....	268
4.3.1.	Maschinenfabrik Heid AG .....	272
4.3.2.	Martin Miller AG .....	282
4.3.3.	Vereinigte Wiener Metallwerke AG .....	290
4.3.4.	Steyr-Daimler-Puch AG .....	297
4.3.5.	Enzesfelder Metallwerke AG .....	305
4.3.6.	Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG .....	311
4.3.7.	AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft .....	318
4.3.8.	Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG .....	327

4.3.9.	Carbidwerk Deutsch-Matrei AG .....	334
4.3.10.	Sprengstoff-Werke Blumau AG .....	342
4.3.11.	Veitscher Magnesitwerke AG .....	349
4.3.12.	Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG .....	356
4.4.	Vergleichende Darstellung der Ergebnisse und Schlussfolgerung .....	364
5.	Schlussbetrachtung .....	379
6.	Anhang.....	394
6.1.	Jahresabschlüsse Maschinenfabrik Heid AG .....	394
6.2.	Jahresabschlüsse Martin Miller AG .....	398
6.3.	Jahresabschlüsse Vereinigte Wiener Metallwerke AG.....	402
6.4.	Jahresabschlüsse Steyr-Daimler-Puch AG .....	406
6.5.	Jahresabschlüsse Enzesfelder Metallwerke AG.....	411
6.6.	Jahresabschlüsse Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.....	415
6.7.	Jahresabschlüsse AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.....	421
6.8.	Jahresabschlüsse Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG .....	426
6.9.	Jahresabschlüsse Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.....	431
6.10.	Jahresabschlüsse Sprengstoff-Werke Blumau AG.....	435
6.11.	Jahresabschlüsse Veitscher Magnesitwerke AG .....	438
6.12.	Jahresabschlüsse Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.....	443
6.13.	Abstract Deutsch .....	448
6.14.	Abstract English .....	449
7.	Literaturverzeichnis .....	450
7.1.	Archivquellen.....	450
7.1.1.	Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Wien.....	450
7.1.2.	Bank Austria Archiv .....	450
7.1.3.	Bundesarchiv Deutschland .....	452
7.1.4.	Hirtenberger Patronenfabrik Museum.....	454
7.1.5.	Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte Archiv .....	454
7.1.6.	Österreichisches Staatsarchiv.....	454
7.1.7.	Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes Deutschland .....	454
7.1.8.	Tiroler Landesarchiv .....	455
7.2.	Gedruckte Quellen .....	455
7.3.	Online-Quellen .....	457
7.4.	Fachliteratur .....	457

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Anteil der Wirtschaftszweige am BNP des Habsburgerreichs 1913 .....	25
Abbildung 2: Ernteerträge (Weizen und Roggen) im Habsburgerreich 1913-1917 .....	39
Abbildung 3: Geschützte Unternehmen in Zisleithanien im Okt. 1915.....	43
Abbildung 4: Fördervolumen in Bergbau und Hüttenwesen Zisleithanien 1913-1917.....	46
Abbildung 5: Streiks in Zisleithanien 1911-1917 .....	48
Abbildung 6: Produktion von Rohstahl im Habsburgerreich 1914-1918 .....	52
Abbildung 7: Produktion von Kriegsgerät im Habsburgerreich (in Stück) 1914-1918 .....	54
Abbildung 8: Arbeitslosenrate in Österreich 1919-1929.....	61
Abbildung 9: Inflation in Österreich 1918-1924.....	65
Abbildung 10: Veränderung Bruttonationalprodukt Österreich 1921-1933.....	71
Abbildung 11: Entwicklung BNP in Österreich nach Wirtschaftsbereichen real 1920-1933.....	73
Abbildung 12: Veränderung der Industrieproduktion in Österreich 1920-1937 .....	74
Abbildung 13: Veränderung Belegschaftsstand nach Unternehmensgröße in Österreich 1929-1934.	83
Abbildung 14: Arbeitslosenrate in Österreich 1929-1937.....	84
Abbildung 15: Internationale relative industrielle Produktionsentwicklung 1929-1936.....	92
Abbildung 16: Außenhandelspartner Österreichs nach Ländern 1919 und 1922.....	104
Abbildung 17: Ausgewählte Bündnisse in Mittel- und Südosteuropa der Zwischenkriegszeit.....	112
Abbildung 18: Anteil Südosteuropas am deutschen Außenhandel.....	119
Abbildung 19: Anteil Deutsches Reich am Außenhandel Südosteuropas .....	120
Abbildung 20: Anteil Österreichs am Außenhandel Südosteuropas .....	122
Abbildung 21: Österreichs Export nach ausgewählten Ländern 1933 bis 1937.....	126
Abbildung 22: Verteilung Österreichs Export nach Ländern 1933 bis 1937 .....	127
Abbildung 23: Österreichs Import aus ausgewählten Ländern 1933 bis 1937 .....	128
Abbildung 24: Verteilung Österreichs Import aus Ländern 1933 bis 1937 .....	129
Abbildung 25: Kohleimport Österreichs 1937 .....	130
Abbildung 26: Verteilung des Außenhandel Österreichs nach Ländern 2015 bis 2017.....	132
Abbildung 27: Vergleich Österreichs Exportverteilung 1937 und 2017 .....	133
Abbildung 28: Vergleich Österreichs Importverteilung 1937 und 2017 .....	134
Abbildung 29: Export an Rüstungsgütern Österreich 1933 bis 1937 .....	136
Abbildung 30: Import an Rüstungsgütern Österreich 1933 bis 1937.....	141
Abbildung 31: Österreichs Außenhandel mit Rüstungsgütern.....	143
Abbildung 32: Ausgewählte Kapitalbeteiligungen an Industrieunternehmen vor dem „Anschluss“ .	156
Abbildung 33: Für das Deutsche Reich wichtige österreichische Rüstungsunternehmen 1938.....	157
Abbildung 34: Zur Vermittlung vorgemerkte Arbeitslose in Österreich Dezember 1937.....	158
Abbildung 35: Arbeitslosenrate Österreich 1936-1941 .....	173
Abbildung 36: Beschäftigte in der Kriegsindustrie 1939 .....	174

Abbildung 37: Veränderung Außenhandel Österreich 1937 zu 1938 .....	178
Abbildung 38: Veränderung Bruttonationalprodukt Österreich 1937-1941.....	180
Abbildung 39: Beispiele für Entlassungen aus Führungspositionen österreichischer Unternehmen. 186	
Abbildung 40: Kriegsgeräteproduktion Deutsches Reich 1940.....	231
Abbildung 41: Industrielle Investitionen im Deutschen Reich .....	234
Abbildung 42: Kriterien zur Auswahl von Unternehmen für die empirische Untersuchung .....	270
Abbildung 43: Hauptsitze und Niederlassungen/Werke der untersuchten Unternehmen innerhalb Österreichs.....	271
Abbildung 44: Maschinenfabrik Heid AG - Bilanzentwicklung .....	273
Abbildung 45: Maschinenfabrik Heid AG - Bilanzkennzahlen .....	276
Abbildung 46: Maschinenfabrik Heid AG - Kennzahlen der GuV .....	279
Abbildung 47: Martin Miller AG - Bilanzentwicklung.....	284
Abbildung 48: Martin Miller AG - Bilanzkennzahlen .....	286
Abbildung 49: Martin Miller - Kennzahlen der GuV .....	288
Abbildung 50: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Bilanzentwicklung.....	291
Abbildung 51: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Bilanzkennzahlen.....	294
Abbildung 52: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Kennzahlen der GuV .....	296
Abbildung 53: Steyr Daimler Puch AG - Bilanzentwicklung.....	299
Abbildung 54: Steyr Daimler Puch AG - Bilanzkennzahlen.....	301
Abbildung 55: Steyr Daimler Puch AG - Kennzahlen der GuV .....	303
Abbildung 56: Enzesfelder Metallwerke AG - Bilanzentwicklung .....	306
Abbildung 57: Enzesfelder Metallwerke AG - Bilanzkennzahlen .....	308
Abbildung 58: Enzesfelder Metallwerke - Kennzahlen der GuV .....	310
Abbildung 59: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Bilanzentwicklung.....	313
Abbildung 60: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Bilanzkennzahlen.....	315
Abbildung 61: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Kennzahlen der GuV .....	317
Abbildung 62: AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Bilanzentwicklung.....	320
Abbildung 63: AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Bilanzkennzahlen .....	323
Abbildung 64 AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Kennzahlen der GuV .....	326
Abbildung 65: Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Bilanzentwicklung .....	329
Abbildung 66: Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Bilanzkennzahlen .....	331
Abbildung 67: Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Kennzahlen der GuV .....	333
Abbildung 68: Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Bilanzentwicklung.....	336
Abbildung 69 Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Bilanzkennzahlen .....	339
Abbildung 70: Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Kennzahlen der GuV .....	341

Abbildung 71: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Bilanzentwicklung.....	344
Abbildung 72: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Bilanzkennzahlen.....	346
Abbildung 73: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Kennzahlen der GuV.....	348
Abbildung 74: Veitscher Magnesitwerke AG - Bilanzentwicklung .....	351
Abbildung 75: Veitscher Magnesitwerke AG - Bilanzkennzahlen .....	353
Abbildung 76: Veitscher Magnesitwerke AG - Kennzahlen der GuV.....	355
Abbildung 77: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Bilanzentwicklung.....	358
Abbildung 78: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Bilanzkennzahlen.....	361
Abbildung 79: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Kennzahlen der GuV.....	363
Abbildung 80: Entwicklung Eigenkapitalquote und Anlagenintensität der untersuchten Unternehmen 1936 auf 1940 .....	366
Abbildung 81: Veränderung Umsatz und Anlagevermögen der Unternehmen 1936-1940 .....	367
Abbildung 82: Gewinnveränderung der untersuchten Unternehmen 1936-1940 .....	369
Abbildung 83: Vergleich durchschn. Dividendenzahlung und durchschn. Eigenkapitalrentabilität der untersuchten Unternehmen 1936-1940.....	370
Abbildung 84: Kennzahlenvergleich untersuchte Unternehmen und jeweilige Industriebereiche 1936 zu 1939.....	372
Abbildung 85: Eigenkapitalquote und Anlagenintensität Maschinen- und Metallindustrie 1939.....	373
Abbildung 86: Eigenkapitalquote und Anlagenintensität verschiedener Gruppen 1939 .....	374
Abbildung 87: Zusammensetzung Unternehmenskapital Maschinen- und Metallindustrie 1940 .....	376
Abbildung 88: Strategische PartnerInnen der untersuchten Unternehmen.....	378

## **1. Einleitung**

### **1.1. Inhaltsüberblick**

Die vorliegende Arbeit hat zum Ziel, die Auswirkungen, die sich durch den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich 1938 ergaben, auf Unternehmensebene der Rüstungsindustrie zu untersuchen. Dabei werden betriebswirtschaftliche Veränderungen und insbesondere Herkunft und Verwendung finanzieller Mittel aufgezeigt und die dahinterliegenden Zwecke abgeleitet.

Der zeitliche Rahmen wird beginnend mit dem Ersten Weltkrieg bis vor den Angriff auf die Sowjetunion 1941 gesetzt. Der Schwerpunkt liegt dabei insbesondere auf den Jahren 1936-1940, um allein die Auswirkungen des Anschlusses auf die Industrie ohne Einfluss wesentlicher wirtschaftlicher Einschnitte, wie der Weltwirtschaftskrise mit ihrer langen Stagnationsphase, in Österreich zu erfassen.

Eingeschränkt wird der Begriff Rüstungsindustrie auf jene Bereiche, die unmittelbare rüstungstechnische Relevanz für die Kriegsvorbereitung und -durchführung haben, vor allem die eisenherzeugende Industrie, metallverarbeitende Industrie, chemische Industrie und Elektroindustrie. Nicht untersucht werden etwa die Bereiche Textil- und Nahrungsmittelindustrie oder die Elektrizitäts- und Bauwirtschaft. Es werden sowohl jene Unternehmen betrachtet, welche bereits vor dem „Anschluss“ zu den klassischen Rüstungsbetrieben zählten, etwa Waffen- und Munitionshersteller, als auch jene, welche sich erst im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen zu Produzenten oder Zulieferfirmen von Rüstungsgütern entwickelten.

Der inhaltliche Aufbau jedes Kapitels sieht eine Betrachtung auf volkswirtschaftlicher, industrieller und Unternehmensebene vor. Die empirische Untersuchung ist rein auf die Analyse von Unternehmen ausgerichtet.

In Kapitel zwei wird die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs vor dem „Anschluss“ an das Deutsche Reich thematisiert. Der Fokus liegt hierbei insbesondere auf der österreichischen Industrie und ihren Herausforderungen. Dabei werden die Auswirkungen von historischen Ereignissen sowohl auf volkswirtschaftlicher Ebene als auch auf Branchen- und



Unternehmensebene beleuchtet. Beginnend mit ihrer Situation seit dem Ende des Habsburgerreichs wird die Rolle der Industrie bis zum Ende des Ersten Weltkrieges erörtert. Dabei werden die erhöhte Nachfrage nach Rüstungsgütern, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Kriegswirtschaft und die Ressourcen- und Arbeitsmarktproblematik im Ersten Weltkrieg betrachtet. Anschließend werden zunächst die Folgen des Zusammenbruchs des Habsburgerreichs, wie Kapazitätsüberschüsse, unterbrochene Handelsverbindungen und Inflation, danach der Aufschwung in den 1920er Jahren mit der Genfer Sanierung, Währungsstabilität und Konsolidierungswelle und auch noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise und die Entwicklung während des Austrofaschismus mit der Stabilisierung der Wirtschaft und einer mangelnden Wirtschaftspolitik aufgezeigt. Abschließend werden die Annäherung an das Deutsche Reich, alternative Bündnismöglichkeiten, die deutsche Südostpolitik und beginnende Vorbereitungsmaßnahmen für den „Anschluss“ behandelt. Zudem wird die deutsche Einschätzung des österreichischen wirtschaftlichen Potentials dargestellt.

Kapitel drei behandelt den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich und seine wirtschaftlichen Folgen. Zunächst werden die wichtigsten Maßnahmen, welche mit dem „Anschluss“ gesetzt wurden und die die österreichischen Wirtschaft ankurbeln und dem Niveau im Altreich näherbringen sollten, betrachtet. Hierbei geht es unter anderem um gesetzliche Änderungen, die Implementierung des Vierjahresplans in Österreich und den hohen Arbeitskräftebedarf. Dem folgen die unmittelbaren Auswirkungen auf die Industrieunternehmen, etwa im Rahmen der „Arisierung“ und „Germanisierung“. Im Fokus stehen hierbei zwangsweise EigentümerInnenwechsel oder eine nationalsozialistische Neuausrichtung der Unternehmen. Ebenfalls enthalten ist ein Exkurs zu den Auswirkungen deutscher Eroberungen und Besetzungen in anderen europäischen Ländern auf deren Industrie. Der Schwerpunkt verlagert sich danach auf die von der Industrie geforderten Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, um die Produktion von Rüstungsgütern zu erhöhen und deren Prozesse effizienter zu gestalten. Dabei werden Aspekte wie Investitionen, Arbeitsproduktivität, Zuliefernetzwerk und Outsourcing genauso wie Finanzierungs- und Fördermaßnahmen des Reichs und individuelle Handlungsspielräume berücksichtigt. Das Kapitel schließt mit der Betrachtung von gestiegenen Anforderungen an die Rüstungsproduktion infolge des Kriegsbeginns, den damit verbundenen Problemen, wie

unzureichende Rohstofflieferungen oder Verzögerungen bei der Lieferung von Maschinen, und dem beginnenden Einsatz von Kriegsgefangenen in der Produktion.

Das vierte Kapitel bildet den Kern dieser Arbeit. In einer empirischen Analyse werden 12 Rüstungsunternehmen aus den Industriebereich „Elektrotechnische Unternehmungen“, „Chemische Industrie“, „Berg- und Hüttenwerke“ und „Maschinen- und Metallindustrie“ hinsichtlich der betriebswirtschaftlichen Effekte des „Anschlusses“ untersucht. Es werden aus den jeweiligen Bilanzen Kennzahlen abgeleitet, welche Aufschluss über die Vermögens- und Kapitalentwicklung und der wirtschaftlichen Situation geben. Dadurch wird ersichtlich, inwiefern der „Anschluss“ zu einer Veränderung in der Zusammensetzung und der Höhe des Anlage- und Umlaufvermögens bzw. Eigen- und Fremdkapitals geführt hat. Daraus abgeleitet werden die Mittelverwendung etwa für getätigte Investitionen und erweiterte Auftragsabwicklung einerseits und die Mittelherkunft im Sinne der dafür herangezogenen Finanzierungsquellen innerhalb oder außerhalb des jeweiligen Unternehmens. Eine wesentliche Rolle bei der Beurteilung der Ergebnisse spielt die mit dem „Anschluss“ geforderte Umstellung aller Bilanzposten von Schilling auf Reichsmark-Werte im Rahmen der verpflichteten Erstellung einer Reichsmarkeröffnungsbilanz.

Im letzten Kapitel werden die wesentlichen Ergebnisse anhand der Beantwortung der Forschungsfragen, welche weiter unten gestellt werden, zusammengefasst und die Hypothese auf ihre Gültigkeit überprüft.

## **1.2. Forschungsstand**

Der Ausgangspunkt für die vorliegende Forschungsarbeit ist die Publikation „Rüstung in Österreich 1938-1945“ von Norbert Schausberger aus dem Jahr 1970. Darin stellte er die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs in der Zeit des Nationalsozialismus dar und verband diese mit den politischen Ereignissen und der Kriegsvorbereitung bzw. -durchführung. Sein Schwerpunkt lag dabei auf der österreichischen Rüstungsindustrie, die mit der beginnenden Aufrüstung im Deutschen Reich ebenfalls einen Aufschwung erfuhr und einer zunehmenden wirtschaftlichen Durchdringung durch deutsches Kapital unterlag. Für ihn waren umfangreiche wirtschaftliche, nicht ausgenützte Kapazitäten, Rohstoffe, Gold, Devisen und Arbeitskräfte die ausschlaggebenden Gründe für das deutsche Interesse, wobei Österreich in

den Folgejahren als eine Art Kolonie behandelt wurde.<sup>1</sup> Norbert Schausberger erwähnte auch umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und Investitionen in der Rüstungsindustrie, die zunächst vom deutschen Privatkapital finanziert wurden.<sup>2</sup> Für ihn standen sich die Interessen der deutschen Unternehmen, welche die österreichischen Unternehmen als ihre „Beute“ ansahen, die Interessen des Staates, allen voran zur Erfüllung der Vierjahresplanvorgaben, und jene vieler Nationalsozialisten, die sich durch die Belebung der österreichischen Wirtschaft profilieren wollten, als auch die wehrwirtschaftlichen Interessen konträr gegenüber.<sup>3</sup> Die wirtschaftliche, vor allem die industrielle, Entwicklung sah er an eine Blitzkriegsstrategie gekoppelt, nach welcher die Rüstungsproduktion nur kurzfristig entsprechend den militärischen Eroberungsplänen ausgelegt und neben einer weiterhin funktionierenden Zivilgüterproduktion laufen sollte.<sup>4</sup> Norbert Schausberger versuchte die politischen und militärischen Ereignisse in ein Abhängigkeitsverhältnis zum Wirtschaftspotential zu stellen<sup>5</sup> und nannte in seinen Ausführungen immer wieder Beispiele von Rüstungsunternehmen und ihre Beiträge zur Rüstungsproduktion. Er stützte sich dabei vorwiegend auf Kriegstagebücher und Berichte öffentlicher Stellen des Archivs des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien.

Ebenfalls mit den wirtschaftlichen Veränderungen infolge des Anschlusses Österreichs an das Deutsche Reich beschäftigte sich 1970 Liselotte Wittek-Saltzberg in ihrer Dissertation. Sie hatte ihre Arbeit auf Unterlagen von Reichs- und Parteistellen, etwa des Reichswirtschaftsministeriums, der Reichskanzlei oder dem Oberkommando der Wehrmacht gestützt, welche ebenfalls im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Wien zu finden sind. Im Fokus ihrer Arbeit standen die Übernahmen österreichischer Vermögenswerte durch das Deutsche Reich und die Umstrukturierung der österreichischen Wirtschaft.<sup>6</sup> Ihren Erkenntnissen nach sollte die österreichische Wirtschaft nicht um ihrer selbst willen aufgebaut werden, sondern die Erreichung deutscher Ziele unterstützen. Die österreichischen Unternehmen dienten vorwiegend in der Zulieferung den deutschen Großunternehmen und

---

<sup>1</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 23–28.

<sup>2</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 32–33.

<sup>3</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 37.

<sup>4</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 43.

<sup>5</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 175.

<sup>6</sup> Wittek-Saltzberg 1970: Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, I-II.

wehrwirtschaftlichen Interessen zulasten der Konsumgüterindustrie. Dennoch attestierte Liselotte Wittek-Saltzberg der österreichischen Wirtschaft insgesamt einen durch die Rüstungsproduktion induzierten Aufschwung, jedoch zum Preis ausbleibender Ersatzinvestitionen, Geldschöpfungsmaßnahmen zur Verhinderung einer Inflation, einer Stärkung der Rüstungsproduktion und der Abgabe staatlicher Souveränität.<sup>7</sup>

Stefan Karner hat sich ebenfalls bereits früh mit der österreichischen Wirtschaft im Nationalsozialismus beschäftigt. In einer Arbeit aus 1976 untersuchte er die kärntner Wirtschaft und ging dabei auf die Organisation und die Entwicklung der Wehr- und Rüstungswirtschaft näher ein. Er hob die Bedeutung der kärntner Rüstungsindustrie und insbesondere die erzielten Produktionssteigerungen hervor. Er bezog sich dabei auf Produktions-, Beschäftigungs- und Umsatzzahlen, verglich diese miteinander im Zeitablauf und stellte die Entwicklung auf Unternehmensebene dar.<sup>8</sup> In einer 1986 erschienenen Publikation konzentrierte sich Stefan Karner dann auf Wirtschaft und Rüstung in der Steiermark. Dabei hielt er die Ausrichtung der Wirtschaft auf die Ziele der Nationalsozialisten und auf den Krieg mit einer Stärkung der Rüstungsindustrie fest. Zudem beschrieb er die unmittelbaren Auswirkungen des „Anschlusses“ in der Steiermark, wie die Umstellung der wichtigsten steirischen Unternehmen auf die Rüstungsproduktion und die Auswirkungen durch das Kriegsgeschehen. Dazu nannte er einige Beispiele für Produktionswerte, Kostenaufstellungen und Produktivitätsmessungen.<sup>9</sup>

1995 verfasste Josef Moser ein Werk, in dem er „Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945“ untersuchte. Ausgehend von den Vorgaben des Vierjahresplans, ihren Bedeutungen für die Umstellung der österreichischen Wirtschaft und den neuen rechtlichen Rahmenbedingungen ging er auf die Veränderungen in der oberösterreichischen Wirtschaft näher ein. Dabei beschrieb er Infrastrukturmaßnahmen genauso wie die Ausweitung der Nutzung der vorhandenen Ressourcen und die Anhebung des Rüstungspotentials anhand von bestehenden Unternehmen oder der Neugründung von Rüstungsunternehmen.<sup>10</sup> Zudem zeigte er Probleme bei der wirtschaftlichen Umstellung und den angeordneten

---

<sup>7</sup> Wittek-Saltzberg 1970: Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, S. 240–243.

<sup>8</sup> Karner 1976: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, S. 5–14.

<sup>9</sup> Karner 1986: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945., S. 235–240.

<sup>10</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 23–35.

Rationalisierungsmaßnahmen auf und nannte unter anderem einen Engpass bei Maschinenlieferungen, eine Unmenge an Bestimmungen, eine unzulängliche Rohstoffverteilung und auch Schwierigkeiten im Rechnungswesen. Josef Moser ging auch auf einige Unternehmen als Beispiele für die Ausweitung der Rüstungsproduktion ein.<sup>11</sup> Weiters erwähnte er Anreizsysteme für Unternehmen zur Erhöhung der Investitionstätigkeit, etwa durch eine Senkung der Kreditzinsen, die gezielte Vergabe von Rüstungsaufträgen in benachteiligte Regionen und Bürgschaften des Reichs aber auch die eher geringere Bedeutung der Banken bei der Finanzierung von Investitionen oder Rationalisierungsmaßnahmen.<sup>12</sup>

Otto Lackinger untersuchte 2007 in seiner Arbeit „Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert“ ein Beispiel für die wirtschaftliche Umstellung im Zuge des „Anschlusses“ auf lokaler Ebene. Anhand der Stadt Linz, welche rüstungstechnisch bis dahin eher unbedeutend war, zeigt er die für den Neubau einer Rüstungsproduktion wichtigen Standortfaktoren, vor allem die Verkehrslage, und den Impuls, den die Unternehmen, allen voran die *Reichswerke Hermann Göring*, auf die wirtschaftliche und insbesondere industrielle Entwicklung der Stadt nahm, auf.<sup>13</sup> Otto Lackinger spricht auch von einer anfänglich kriegsorientierten Friedenswirtschaft und der Bereitschaft vieler Unternehmen, ihre Produktion auf die vielversprechende Rüstungsproduktion umzulenken. Dabei merkte er auch an, dass die linzer Industrie zu einem Großteil von Arisierung und Germanisierung betroffen war und es nur zu wenigen Neugründungen kam. Mit dem Aufschwung infolge des „Anschlusses“ konnte die linzer Industrie wieder an ihr Niveau von 1929 anschließen, bevor es im Krieg zu einer friedensähnlichen Kriegswirtschaft kam und sie gänzlich auf die Anforderungen der Kriegsführung ausgerichtet wurde.<sup>14</sup>

Karl-Heinz Rauscher beschäftigte sich 2004 mit der Entwicklung im Nationalsozialismus auf Unternehmensebene am Beispiel von *Steyr-Daimler-Puch*, im Speziellen mit den Auswirkungen der Rüstungsanforderungen auf die wirtschaftliche Situation. Dabei untersuchte er nicht nur die Produktionsumstellung und -erweiterung, sondern auch Veränderungen anhand der Unternehmensbilanzen. Damit konnte er direkte

---

<sup>11</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 115–120.

<sup>12</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 135–136.

<sup>13</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 101–102.

<sup>14</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, 114 und 124.

betriebswirtschaftliche Effekte durch den Vergleich von Kennzahlen ablesen. Er ging in seiner Arbeit auch auf die Finanzierungspolitik des Unternehmens ein und strich die Bedeutung sowohl von Eigenkapital als auch von Fremdkapital, etwa in Form von Bankfinanzierung, Anleihen oder Subventionen, für die Finanzierung von Investitionen heraus.<sup>15</sup>

Mark Spoerer beschäftigte sich in seiner Arbeit „Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom“ ausführlich mit der Eigenkapitalrentabilität von deutschen Industrieaktiengesellschaften in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges. Er untersuchte darin die Gewinnentwicklung von Unternehmen der Rüstungsindustrie anhand von Steuerbilanzen und stellte unter anderem die Frage, ob diese in der Zeit des Nationalsozialismus höher ausfielen.<sup>16</sup> Er legte dar, dass die Eigenkapitalrendite der untersuchten Unternehmen zwischen 1936 und 1940 deutlich über jenen Werten aus der Zeit vor der Wirtschaftskrise lag.<sup>17</sup> Zudem stellte Mark Spoerer fest, dass es bei den untersuchten deutschen Unternehmen einen Anstieg der stillen Reserven in den 1930er Jahre gab. Dies wurde vom nationalsozialistischen Regime gefördert und sollte den Unternehmen einen höheren Grad der Selbstfinanzierung verschaffen. Nachdem das Regime selber einen hohen Kapitalbedarf hatte, erschwerte es den Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt. Sowohl die Kapitalnachfrage der Unternehmen wurde beeinflusst als auch das Kapitalangebot, etwa durch die Begrenzung von Dividendenzahlungen oder der zeitweiligen Emissionssperre, reduziert. Anstatt aber alternativ auf Bankkredite zurückzugreifen, konnten die Unternehmen aufgrund steigender (staatlicher) Nachfrage und staatlicher Preisfestsetzungen ihre Liquidität selbst erhöhen und sogar bestehende Kredite zurückzahlen.<sup>18</sup>

Jonas Scherner setzte sich 2008 in seiner Arbeit „Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich“ mit der Frage nach einer staatlichen Förderung in Bezug auf Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsbranchen, den entsprechenden Vertragsgestaltungen und der Risikoabschätzung der Unternehmen auseinander.<sup>19</sup> Er kam zu dem Schluss, dass die Investitionen wesentlich vom Gewinnmaximierungsbestreben der Unternehmen beeinflusst waren, der Staat ein Kostenbewusstsein darlegte und viele Verträge zu Festpreisen vereinbart

---

<sup>15</sup> Rauscher 2004: Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen, S. 193–204.

<sup>16</sup> Spoerer 1996: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 19.

<sup>17</sup> Spoerer 1996: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 152–153.

<sup>18</sup> Spoerer 1996: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 113–115.

<sup>19</sup> Scherner 2008: Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich, S. 21.

wurden.<sup>20</sup> In einer weiteren Arbeit stellte Jonas Scherner gemeinsam mit Christoph Buchheim 2006 fest, dass die Finanzierung von Investitionen, zumindest im Altreich, oftmals mithilfe von Eigenmitteln erfolgte. Die Unternehmen erwirtschafteten durch hohe Gewinne und Abschreibungen genügend Eigenmittel, um ihre Produktion und die eigenen Investitionen selbst zu finanzieren, ohne auf den Kapitalmarkt zurückgreifen zu müssen.<sup>21</sup>

### 1.3. Hypothese und Forschungsfragen

Die Finanzierung von Investitionen, Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsumstellungen in Österreich und ihre Herkunft wurden bislang zu wenig detailliert betrachtet. Eine empirische Analyse der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen auf Unternehmensebene mit einer Gegenüberstellung von Vermögen und Kapital anhand der Untersuchung und eines Vergleichs von Bilanzen wurde bislang noch nicht durchgeführt. Dies soll in der vorliegenden Arbeit nachgeholt und dabei die folgende, auf dem bisherigen Forschungsstand aufgesetzte Hypothese auf ihre Gültigkeit hin überprüft werden:

*Die österreichische Rüstungsindustrie war zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Vergleich mit der deutschen Rüstungsindustrie aus wehrwirtschaftlicher Sicht rückständig, jedoch mit umfangreichen, nicht ausgenützten Kapazitäten ausgestattet. Der Eingliederungsprozess der Rüstungsunternehmen ins Deutsche Reich war daher geprägt von umfangreichen Finanzmitteln, welche hauptsächlich von deutschen Rüstungsunternehmen für den Erwerb österreichischer Rüstungsunternehmen, die Erweiterung der Produktionskapazitäten sowie die Umsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen bereitgestellt wurden.*

Damit einhergehend sollen folgende Forschungsfragen beantwortet werden, die in der bisherigen Literatur nicht oder nur teilweise zufriedenstellend beantwortet wurden:

- Welchen Stellenwert hatte Österreichs Wirtschaft und insbesondere seine Industrie bei den Expansionsbestrebungen des Deutschen Reichs und in welchem Ausmaß gab

---

<sup>20</sup> Scherner 2008: Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich, S. 298–299.

<sup>21</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 396–397.

es Verbindungen zwischen der deutschen und der österreichischen Rüstungsindustrie vor dem „Anschluss“?

- Wie veränderte sich die betriebswirtschaftliche Lage der österreichischen Rüstungsindustrie durch den „Anschluss“?
- Welche Faktoren erschwerten die Eingliederung in das deutsche Wirtschaftssystem?
- Welchen Handlungsspielraum hatten österreichische Rüstungsunternehmen in ihrer betriebswirtschaftlichen Umstellung?
- Wie wurde die Umstellung der Rüstungsindustrie nach dem „Anschluss“ finanziert und wer trug das wirtschaftliche Risiko?
- Welchem Zweck diente die Eingliederung der österreichischen Rüstungsindustrie?

#### **1.4. Methode**

Zur empirische Untersuchung der ausgewählten Rüstungsunternehmen wurde als Methode die Jahresabschlussanalyse gewählt. Der Jahresabschluss setzt sich im Wesentlichen zusammen aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung und muss von einem bilanzierungspflichtigen Unternehmen am Geschäftsjahresende vorgelegt werden.<sup>22</sup> Die Bilanz gibt das Verhältnis zwischen seinem Vermögen und seinem Kapital wider und setzt sich somit aus der Aktiva (dem Vermögen des Unternehmens) und der Passiva (dem Kapital des Unternehmens) zusammen. Das Vermögen wiederum unterteilt sich in Anlage- und Umlaufvermögen, das Kapital in Eigen- und Fremdkapital. Die Aktiva informiert über die Mittelverwendung (z.B. Investitionen), die Passiva über die Mittelherkunft (z.B. Kreditfinanzierung).<sup>23</sup> Das Anlagevermögen dient dem Geschäftsbetrieb langfristig und ist somit zum Gebrauch bestimmt, Umlaufvermögen hingegen steht nur kurzfristig zur Verfügung und ist somit zum Verbrauch vorgesehen. Das Eigenkapital wird von den EigentümerInnen zur dauerhaften Verwendung eingebracht.<sup>24</sup> Das Fremdkapital stellt die Schuldverhältnisse des Unternehmens dar. Es beinhaltet in der Regel Rückstellungen und Verbindlichkeiten (z.B.

---

<sup>22</sup> Deutsches Handelsgesetzbuch § 242.

<sup>23</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 6.

<sup>24</sup> Hirschler 2012: Bilanzwissen für Führungskräfte., S. 19 und 25.



gegenüber LieferantInnen oder Banken). Die Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) hingegen beinhaltet eine Gegenüberstellung von Aufwendungen und Erträgen des Unternehmens innerhalb der betrachteten Periode. Sie gibt somit Aufschluss über Umsatz, Kosten und den erwirtschafteten Gewinn oder Verlust.<sup>25</sup>

Bei der Mittelherkunft wird zudem die Finanzierungsart unterschieden nach Eigen- und Fremdfinanzierung bzw. Innen- und Außenfinanzierung. Bei der Eigenfinanzierung wird das Kapital von den EigentümerInnen aufgebracht, steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung und übernimmt eine Haftungsfunktion. Bei der Fremdfinanzierung besteht keine Haftung und die Mittel stehen je nach Bedarf kurz-, mittel- oder langfristig zur Verfügung. Bei der Innfinanzierung wird das Kapital vom Unternehmen selbst (von „innen“) aufgebracht, etwa durch Einbehaltung des erwirtschafteten Gewinns. Die Außenfinanzierung umfasst hauptsächlich die Beteiligungs- und Einlagenfinanzierung bestehender und neuer EigentümerInnen und die Kreditfinanzierung. Es werden somit Finanzmittel von außen dem Unternehmen zugeführt.<sup>26</sup> Mit dieser Aufschlüsselung werden die Finanzierungsquellen und die damit verbundene Risikoaufteilung übersichtlich dargestellt.

Bei der Jahresabschlussanalyse werden Unternehmensinformationen mithilfe von Kennzahlen so aufbereitet, dass daraus Rückschlüsse auf die Vermögens-, Kapital- und Ertragslage eines Unternehmens möglich sind. Dazu werden die Informationen zunächst verdichtet und umstrukturiert und anschließend in Relation zueinander oder zu Vergleichswerten (auch im Zeitablauf) gesetzt. In Verbindung mit zusätzlichen Informationen (z.B. Beschreibungen zu getätigten Investitionen) aus dem Jahresabschluss soll somit die Unternehmenslage aufgezeigt und eine wirtschaftliche Entwicklung mit bestimmten Einflussfaktoren abgeleitet werden.<sup>27</sup> Der Fokus liegt auf einer finanzwirtschaftlichen Analyse, wobei hauptsächlich die Posten der Bilanz in Hinblick auf Investitionen und Finanzierung betrachtet werden. Damit wird Aufschluss über die Vermögens- und Finanzierungsstruktur und der damit verbundenen Vorteile und Risiken gegeben.

---

<sup>25</sup> Thommen, Achleitner, Gilbert, Hachmeister und Kaiser 2017: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 448–449.

<sup>26</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, 18-23 und 202.

<sup>27</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 1–3.

Für die Analyse wurden folgende Kennzahlen ausgewählt<sup>28</sup>:

- Eigenkapitalquote
- Fremdkapitalquote
- Verschuldungsgrad
- Anlagenintensität
- Arbeitsintensität
- Anlagendeckung
- Umsatzrentabilität
- Eigenkapitalrentabilität

Eine detailliertere Beschreibung zur Bilanz, der angewendeten Jahresabschlussanalyse und den relevanten Kennzahlen ist den Kapiteln 4.1 und 4.2 zu finden.

Für die Darstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs im untersuchten Zeitraum wurden die Daten, etwa zum Außenhandel, dem Bruttoinlandsprodukt oder der Arbeitslosenquote, sowohl aus Quellen statistischer Veröffentlichungen als auch aus einschlägiger Fachliteratur herangezogen. Es ist mitunter möglich, dass hier nicht immer die aktuellen Veröffentlichungen herangezogen wurden, da weniger die exakten Werten, jedoch vielmehr die Gewichtung und die Trendrichtung einer Entwicklung relevant waren.

### **1.5. Quellen und Archive**

Für die empirische Untersuchung wurden die Jahresabschlüsse aus drei Hauptquellen bezogen:

- Geschäftsberichte: diese wurden von den Unternehmen nach Abschluss des Geschäftsjahres veröffentlicht und enthielten neben Bilanz und GuV oftmals auch einen Bericht des Vorstandes

---

<sup>28</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, 16-17, 25, 216-217, 229-232, 236, 262-263.

- Wirtschaftsprüfberichte: diese wurden von unabhängigen Wirtschaftsprüfkanzleien im Auftrag der EigentümerInnen nach Vorlage des offiziellen Jahresabschlusses angefertigt und enthielten neben Bilanz und GuV auch Feststellungen der PrüferInnen über die Richtigkeit des durch das Unternehmen offengelegten Jahresabschlusses
- Compass-Finanzielles Jahrbuch: darin wurden jährlich wesentliche Unternehmensinformationen, in vielen Fällen inklusive Bilanz und GuV, in kurzer Darstellung veröffentlicht

Eine große Zahl an Geschäftsberichten und Wirtschaftsprüfberichten liegen im *Bank Austria Archiv in Wien* auf. Nachdem die *Bank Austria* Nachfolgerin der *Creditanstalt* ist, hat sie auch deren Archiv übernommen. Die *Creditanstalt* besaß sowohl als Eigentümerin als auch als Fremdkapitalgeberin vieler Industrieunternehmen umfangreiche Unterlagen zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Unternehmen.

Viele Wirtschaftsprüfberichte sind zudem im *Bundesarchiv Deutschland* in Berlin-Lichterfelde einsehbar. Diese beziehen sich vorwiegend auf jene Unternehmen, die Teil eines deutschen Konzerns, etwa der *Reichswerke Hermann Göring* oder der *IG-Farben*, waren oder direkt dem Deutschen Reich gehörten.

Die Reihe *Compass-Finanzielles Jahrbuch* liegt einerseits physisch vor, etwa in der Bibliothek der Wirtschaftskammer Wien, wurde aber andererseits mittlerweile vollständig digitalisiert und ist unter <https://portal.zedhia.at/> abrufbar.

Zusätzliche Informationen, welche der grundsätzlichen Unternehmensdarstellung, seiner wirtschaftlichen Situation und Entwicklung und der Jahresabschlussanalyse im Speziellen hilfreich waren, wurden folgenden Quellen entnommen:

- Unternehmensunterlagen wie Protokolle von EigentümerInnenversammlungen, Produktionsaufträge und Korrespondenzen. Diese enthalten detaillierte Informationen u.a. über Anlagevermögen, Eigen- und Fremdkapital, Umsatzzusammensetzung, Personal- und sonstige Aufwendungen, Gewinneinbehaltung und -ausschüttung, Auftragslage, Leitungsorgane und EigentümerInnenstruktur

- Belege für Finanzierungsmethoden, wie z.B. Darlehensverträge, Kreditvergaben, Förderungs- und Zuschussverträge, LieferantInnenkredite, Banküberweisungen, EigentümerInneneinlagen und Wehrmachtsverpflichtungsscheine
- Unterlagen zu verwaltungstechnischen Anweisungen, wirtschaftslenkende Maßnahmen, öffentliche Rüstungsaufträge (z.B. Gauleiterakten, Anweisungen der Reichskanzlei, Akten des Wehrwirtschaftsamtes, Kriegstagebücher)

Einige dieser Quellen sind in den bereits oben genannten Archiven zu finden, vor allem jene, die direkten Unternehmensbezug haben. Andere, etwa betreffend die industriellen Verbindungen zwischen österreichischen und deutschen Unternehmen vor dem „Anschluss“, befinden sich im *Politischen Archiv des Auswärtigen Amtes* in Berlin. Gauleiterakten oder andere behördenbezogene Quellen sind vorwiegend im *Österreichischen Staatsarchiv* vorhanden. Die informativen Kriegstagebücher können im *Institut für Zeitgeschichte* in Wien auf Mikrofilm eingesehen werden.

Gerade die Quellen der deutschen Archive wurden in diesem Umfang und Detaillierungsgrad bislang noch nicht für die Analyse österreichischer Unternehmen herangezogen.

Werner Plumpe folgend, muss eine Untersuchung von Unternehmen und ihrer Entwicklung einem komplexen, multidisziplinären Ansatz folgen. Dabei sollen vor allem die Betriebswirtschaft inklusive Managementlehre, Organisationslehre und betrieblicher Kostenlehre, zudem die Soziologie inklusive Arbeits-, Industrie- und Organisationssoziologie und auch die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte miteinbezogen werden. Relevant sind hierbei auch die Reaktionsmöglichkeiten von Unternehmen auf exogene Einflüsse auf ihre Entwicklung. Damit können die Auswirkungen formaler Organisationskriterien auf die Unternehmensentwicklung relativiert, der Einfluss von UnternehmerInnen auf die Steuerbarkeit der Entwicklung hinterfragt und die Abhängigkeit des Unternehmens von seiner Umgebung betrachtet werden. Es stellt sich somit die Frage nach der Lern- bzw. Anpassungsfähigkeit von Unternehmen vor allem bei Entwicklungsumbrüchen.<sup>29</sup> Die vorliegende Arbeit soll in diesem Sinne mit ihrem multidisziplinären Ansatz einen kleinen Beitrag zur Unternehmensgeschichte leisten.

---

<sup>29</sup> Plumpe 1992: Statt einer Einleitung: Stichworte zur Unternehmensgeschichtsschreibung., S. 10-11.

## **2. Österreichs Industrie zwischen Habsburgerreich und „Anschluss“**

### **2.1. Die Industrie gegen Ende des Habsburgerreiches**

In den folgenden beiden Abschnitten werden die Entwicklung der Industrie am Vorabend des Ersten Weltkrieges und die Anforderungen an diese während des Krieges, jeweils mit Schwerpunkt auf das Gebiet des heutigen Österreichs, genauer betrachtet.

#### **2.1.1. Die Industrie vor dem Ersten Weltkrieg**

Erste Anzeichen einer Industrialisierung im Habsburgerreich gab es bereits zu Beginn des 19. Jahrhunderts, wobei sich die Ansiedelung von Unternehmen auf die wirtschaftlich weiterentwickelten Gebiete des Reiches konzentrierte. Zu diesen zählte neben Böhmen und Mähren auch das Gebiet des heutigen Österreich. Hier erfolgte die Industrialisierung zunächst insbesondere in Wien und dem Wiener Becken, unter anderem mit der Niederlassung von Metallwaren- und Maschinenbauunternehmen, als auch in der Obersteiermark im Bereich der Eisenproduktion und -verarbeitung.<sup>30</sup> Die Industrialisierung Österreichs war von mehreren Faktoren abhängig. Hierzu zählten die Etablierung von neuen Produktionsmethoden, ausreichende Energieversorgung, verkehrstechnische Anbindungen und technischer bzw. technologischer Fortschritt. Österreich kam mit diesen Faktoren unterschiedlich zurecht. Arbeitsteilung und Rationalisierung stellten sich in den Branchen ungleichmäßig schnell ein, die notwendige Infrastruktur bildete sich vorwiegend in Ballungszentren aus und der Zugang zu Energiequellen war oft standortentscheidend. Erst mit dem Ausbau des Schienennetzes, dem technischen Fortschritt bei Produktionsanlagen und Energieerzeugung und der Verbesserung von Produktionsprozessen konnte die Industrie Anschluss an das internationale Entwicklungsniveau finden.<sup>31</sup> Mitte des 19. Jahrhunderts setzte in ganz Österreich eine zunehmende Industrialisierung ein. Zwar gab es auch schon zuvor in mehreren kleineren Regionen einzelne Industrieunternehmen, jedoch bedingten technischer Fortschritt, Umstellungen der Produktionsprozesse und Steigerungen des Produktionsvolumens umfangreiche strukturelle Änderungen und Konzentrationsprozesse innerhalb von Regionen

---

<sup>30</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 22.

<sup>31</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 222–227.

oder Branchen.<sup>32</sup> Die industrielle Bedeutung Wiens mit dem Wiener Becken nahm dabei kontinuierlich zu. Die bereits vorhandenen Wirtschaftsstrukturen erleichterten die Gründung und Ansiedelung von Industrieunternehmen, welche einen immer größer werdenden Teil der arbeitenden Bevölkerung beschäftigte. In einzelnen Teilen dieser Region waren bis zu 40% der Erwerbstätigen in der Industrie tätig. Dabei war Wien das wirtschaftliche Zentrum, welches Unternehmen aus verschiedenen Branchen wie der Maschinen-, Elektro-, Nahrungs- Papier- und Textilindustrie die notwendige Infrastruktur bot. Außerhalb Wiens war zunächst die Textilindustrie federführend, später nahmen noch die Metallindustrie und die chemische Industrie eine wichtige Rolle ein. Diese ließen sich vorwiegend im Raum Mödling-Baden-Wiener Neustadt nieder, etwa in Berndorf, Hirtenberg, Enzesfeld, Traiskirchen und Wöllersdorf. In der Steiermark war es zunächst der Raum Mürzzuschlag-Leoben, welchem umfangreiche industrielle Bedeutung zukam. Dieser war geprägt vom Berg- und Hüttenwesen und beschäftigte bis zu 20% der Bevölkerung. Später erhielten noch der Raum Fohnsdorf-Köflach-Voitsberg (ebenfalls Steiermark) mit seinem Kohlebergbau und der Raum Steyr-Waidhofen an der Ybbs (Oberösterreich) im Bereich der Eisen- und Metallindustrie wirtschaftliche Relevanz.<sup>33</sup>

Die Wirtschaft des Habsburgerreichs war von Klein- und Mittelunternehmen geprägt, wobei es in einigen Branchen auch bedeutende Großunternehmen gab. Durch die Wirtschaftskrise von 1873, gepaart mit restriktiven Steuergesetzen, waren Investitionen in Aktiengesellschaften wenig lukrativ. Der Anteil der Aktiengesellschaften an den Unternehmen innerhalb Österreichs lag bei nur 0,3%. Erst in den letzten Jahren vor dem Ersten Weltkrieg gewann diese Finanzierungsform wieder an Attraktivität, wodurch es zu einem Zuwachs an Großunternehmen kam.<sup>34</sup> Bei den Unternehmensansiedlungen in der österreichischen Reichshälfte lag der Schwerpunkt vor allem auf Böhmen (1901 waren es rund 38% aller Ansiedlungen) und dem Gebiet des heutigen Österreich (ca. 34%). Innerhalb Österreichs wiederum konnten Niederösterreich und die Steiermark die meisten Ansiedlungen vorweisen. Etwas verändert zeigt sich diese Verteilung bei der Zahl der Beschäftigten: 1902 entfielen auf Böhmen ca. 35% der Beschäftigten, auf Österreich ca. 36%. Dafür gab es aber in Böhmen mehr

---

<sup>32</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 224–229.

<sup>33</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 66–71.

<sup>34</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 214–219.

Beschäftigte in Großunternehmen als in Österreich. Dies ist unter anderem auf eine weniger konservative Einstellung zur Weiterentwicklung in der böhmischen Industrie zurückzuführen. Bei den Branchen hatten in der österreichischen Reichshälfte die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Nahrungsmittelindustrie, die Steine-, Erden- und Glasindustrie und die Holzverarbeitende Industrie die größten Beschäftigungsanteile aufzuweisen. Auf das Gebiet des heutigen Österreich bezogen ergab sich ein leicht verändertes Bild: neben der Bekleidungsindustrie waren die Metallverarbeitung und die Nahrungsmittelindustrie die Bereiche mit den meisten Beschäftigten.<sup>35</sup>

Das Habsburgerreich umfasste nach einer Volkszählung im Jahr 1910 eine Gesamtbevölkerung von etwa 51,4 Mio. EinwohnerInnen, wovon ungefähr 6,6 Mio. auf das Gebiet der heutigen Republik Österreich entfielen. Dies war nur ein geringer Anteil verglichen mit den ca. 13,5 Mio., die in den Grenzen der späteren Tschechoslowakischen Republik lebten, oder den ca. 8,2 Mio. im Gebiet der künftigen Republik Polen. Ungarn zählte, auf seinem heutigen Staatsgebiet lebend, ca. 7,6 Mio. EinwohnerInnen.<sup>36</sup> Von der österreichischen Bevölkerung waren 1869 ca. 2,8 Mio. Personen erwerbstätig, wovon ca. 0,7 Mio. (25%) in Bergbau, Industrie und Gewerbe tätig waren. 1900 waren es bereits ca. 3,2 Mio. bzw. rund 0,9 Mio. (28%) und 1910 ungefähr 3,5 Mio. bzw. 1 Mio. (31%) Personen.<sup>37</sup> Der Anteil der Industrie an den Erwerbstätigen innerhalb der gesamten österreichischen Reichshälfte stieg von 15,3% im Jahr 1869 auf 20,1% im Jahr 1910. Der Großteil der Erwerbstätigen war zwar noch immer in der Landwirtschaft tätig, deren Anteil ging aber im gleichen Zeitraum von 66,6 auf 56,9% zurück.<sup>38</sup> Hingegen spielte die Industrie in der ungarischen Reichshälfte noch eine geringere Rolle. Ihr Anteil stieg hier zwar von 8,6% im Jahr 1869 auf 16,2% im Jahr 1910, lag jedoch noch deutlich unter jenem der Landwirtschaft (80,0% bzw. 66,7%).<sup>39</sup> Die Relevanz des Industrieanteils war in anderen industrialisierten Ländern wesentlich stärker zu spüren als im Habsburgerreich. Im Deutschen Reich etwa nahm der Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten zwischen 1871 und 1910 von 49,3 auf 35,8% ab, während jener der Industrie

---

<sup>35</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 259–265.

<sup>36</sup> Rumpler und Schmied-Kowarzik 2014: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg., S. 124.

<sup>37</sup> Butschek 1999: Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte, Übersicht 3.9.

<sup>38</sup> Schulze 2003: Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in Österreich, 1870-1913., S. 16.

<sup>39</sup> Gross Nachum Th. 1973: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, S. 18–20.

von 27,5 auf 29,4% anstieg.<sup>40</sup> Zwar war die Veränderung des industriellen Anteils nicht so stark ausprägt, jedoch unterschied sich das Ausgangsniveau im Deutschen Reich deutlich von jenem der Habsburgermonarchie, was einen Entwicklungsvorsprung von einigen Jahrzehnten widerspiegelt. Im Bereich der Industrieproduktion konnte das Habsburgerreich nicht mit den großen Industriemächten mithalten. Das Deutsche Reich steigerte seinen Anteil der weltweiten Produktion von 8,5% im Jahr 1880 auf 14,8% im Jahr 1913, in welchem es nur von den Vereinigten Staaten mit einem Anteil von 32% übertroffen wurde, jedoch Großbritannien (13,6%) überholt hatte. Hingegen lag der Anteil des Habsburgerreichs an der weltweiten Produktion im Jahr 1880 nur bei 4,4%, stieg zwar auf 4,7% im Jahr 1900, fiel aber bis 1913 wieder auf 4,4% zurück. Es lag damit sogar hinter Russland, welches 1913 einen Anteil von 8,2% verzeichnen konnte.<sup>41</sup> Bei der Entwicklung des gesamten Bruttoinlandsprodukts pro Kopf von 1870 bis 1913 lag das Habsburgerreich mit einem Zuwachs von 1,1% unter jenem des Deutschen Reichs (1,7%) und Frankreichs (1,5%), jedoch noch über jenem Großbritanniens (1,0%) und Russlands (0,9%).<sup>42</sup>

Innerhalb des Habsburgerreichs war das industrielle Wachstum nicht einheitlich. Während die Industrie der österreichischen Reichshälfte von 1900 bis 1913 um jährlich maximal 4% wuchs, lag der Zuwachs jener des ungarischen Teils bei rund 7%.<sup>43</sup> Die Industrie Zisleithaniens konnte ihre Produktion vor allem gegen Ende des 19. Jahrhunderts erheblich steigern, von 1880 bis 1900 betrug die Wachstumsrate 127%. Diese Entwicklung setzte sich, wenn auch nicht mehr in demselben Ausmaß, bis 1913 fort. In diesem Zeitraum betrug das Wachstum aber immerhin noch 44%.<sup>44</sup> Der wirtschaftliche Rückstand gegenüber den bereits hochindustrialisierten Ländern Europas in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg blieb weitgehend konstant, konnte teilweise sogar aufgeholt werden. Das reale Volkseinkommen stieg dabei zwischen 1901 und 1913 um ca. 49%<sup>45</sup>. Wie aber bereits in den Jahrzehnten zuvor handelte es sich nicht um ein kontinuierliches Wachstum. Die Wirtschaft war immer wieder von Konjunkturzyklen geprägt, die vor allem ab der Jahrhundertwende auch von internationalen Konjunkturschwankungen

---

<sup>40</sup> Schulze 2003: Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in Österreich, 1870-1913., S. 16.

<sup>41</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 131–132.

<sup>42</sup> Schulze 2003: Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in Österreich, 1870-1913., S. 14.

<sup>43</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 14.

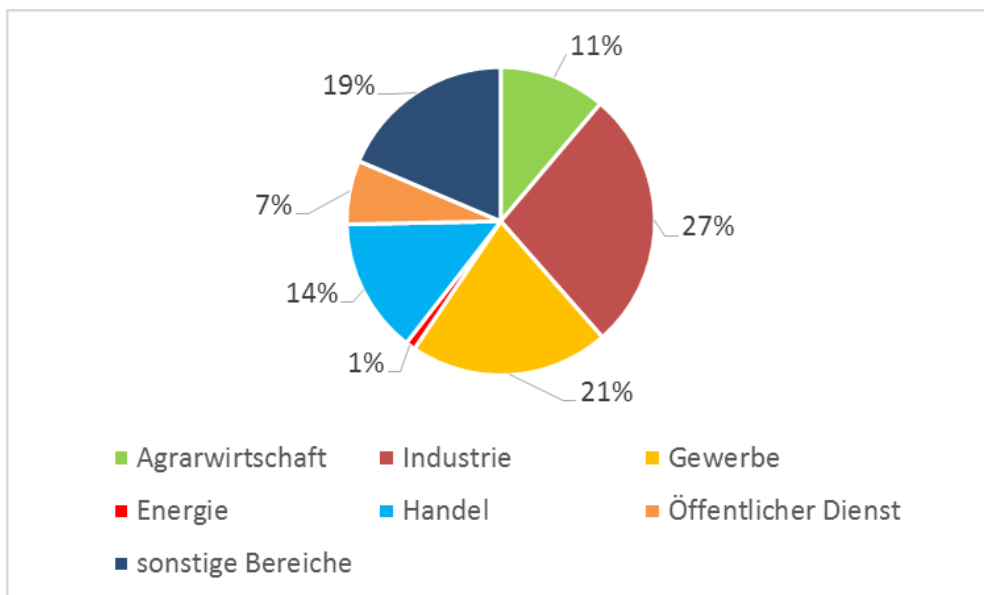
<sup>44</sup> Rudolph 1973: Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien, S. 237.

<sup>45</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1965: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S. 4.



beeinflusst waren. Der generelle wirtschaftliche Aufschwung des Habsburgerreichs ab der Jahrhundertwende wurde zwar zwischenzeitlich von Rezessions- und Depressionsphasen gebremst, jedoch konnte der relative Rückstand gegenüber anderen europäischen Industrienationen bis zum Ausbruch des Krieges verringert werden.<sup>46</sup> Abbildung 1 zeigt, dass im Jahr 1913 die Industrie mit 27% den größten Anteil am Bruttonationalprodukt (BNP) hatte. Dem folgten die Gewerbe (inkl. Baugewerbe) mit 21% und der Handel mit 14%. Die Agrarwirtschaft steuerte mit 11% nicht viel mehr als der Öffentliche Dienst mit 7% zum Bruttonationalprodukt bei.

Abbildung 1: Anteil der Wirtschaftszweige am BNP des Habsburgerreichs 1913



Quelle: Daten aus Monatsberichte des Österreichischen  
Instituts für Wirtschaftsforschung (1965), S. 8; eigene Darstellung

Für das Wachstum der Industrie waren unterschiedliche Faktoren verantwortlich. Am ausgeprägtesten zeigten sich diese im Bereich des österreichischen Maschinenbaus. Die steigende Nachfrage nach Maschinen, sowohl durch andere Industriebereichen als auch durch die Landwirtschaft, ging einher mit der Entwicklung und Anwendung neuer Technologien,

<sup>46</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 141–149.

etwa bei der Stromerzeugung oder dem Verbrennungsmotor, und dem vereinfachten Handel mit Maschinen.<sup>47</sup>

Die ebenfalls für die Entwicklung wichtige Standortfrage der Unternehmen war zu einem Großteil mit Rohstoffvorkommen oder mit der Anbindung an das Eisenbahnnetz verknüpft. Gerade in Österreich mit seinen topographischen Gegebenheiten stellte das viele Traditionsunternehmen bei ihrer Entwicklung vor eine große Herausforderung. Dies betraf unter anderem die Eisen- und Stahlerzeugung, welche bislang ihren Bedarf an Erzen lokal decken und ihre Öfen mit Holz befeuern konnte. Die erweiterte Produktion erhöhte die Nachfrage sowohl nach dem Rohstoff Eisenerz als auch jene nach Koks und Steinkohle, mit welchen die technologisch weiterentwickelten Öfen nun betrieben wurden. Wollten sie ihre ursprünglichen Standorte beibehalten, waren sie mit hohen Transportkosten konfrontiert, wodurch sie aber mit ihren Preisen nicht mehr konkurrenzfähig waren. Die unzureichenden Transportwege innerhalb Österreichs waren ein generelles Problem, das auch den zunehmenden Import von günstigeren Rohstoffen erschwerte. Nicht nur, dass der Bau von Schienen in der österreichischen Berglandschaft teuer und teilweise überhaupt nicht möglich war, auch die Anbindung an den internationalen Rohstoffhandel erfolgte nur über weitreichende Transportwege zu den internationalen Häfen. Österreich stützte sich zwar lange Zeit auf den eigenen Hafen Triest, dieser war aber weit entfernt von den Industriestandorten und im internationalen Vergleich von eher geringer Bedeutung.<sup>48</sup> Dadurch kam es sogar zur Abwanderung von Unternehmen, etwa in der Schwerindustrie, der Baumwollindustrie und der Zuckerindustrie, vorwiegend nach Mähren und Böhmen aufgrund der dort bereits vorhandenen ausgiebigen Steinkohlevorkommen und des tendenziell niedrigeren Lohnniveaus. Dieser Umzug ermöglichte kürzere Transportwege und erhöhte gleichzeitig die Produktivität.<sup>49</sup> Grundsätzlich wurde aber die Infrastruktur innerhalb Österreichs zusehends ausgebaut und dabei auch industriellen Bedürfnissen angepasst. Zunächst hatte die Schifffahrt eine wichtige Bedeutung für den Transport. Hier war es vor allem die Donau, welche nach umfangreichen Regulierungs- und Stauwerksprojekten in einem größeren Ausmaß befahren werden konnte. Die Schifffahrt wurde jedoch bald durch die

---

<sup>47</sup> Schulze 1996: Engineering and economic growth., S. 32-33.

<sup>48</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 227-229.

<sup>49</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 23.

aufkommende Eisenbahn zurückgedrängt. Konnten sich beide Transportmöglichkeiten anfangs noch gut ergänzen – die Donauschifffahrt bediente die West-Ost Richtung, während die Eisenbahn für den Transport auf der Nord-Süd Strecke zuständig war – so brachte der Ausbau des Schienennetzes dann aber die kostengünstigere Eisenbahn in direkte Konkurrenz zur teureren Schifffahrt. Angelegt wurde die Eisenbahn zunächst, um den Wirtschaftsraum Wien mit den Rohstoffvorkommen in Mähren und Schlesien zu verbinden. Dem folgte eine zunehmende Nachfrage in mehreren Regionen nicht nur als Transportmittel für Rohstoffe zu den Fabriken, sondern auch um Personen zu ihren Arbeitsplätzen und Fertigwaren zu ihren Märkten zu bringen. Damit kam es zu intensiven wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den bahnbetreibenden Gesellschaften und der Industrie, einer stärkeren Vernetzung von Wirtschaftsräumen und einem hohen Arbeitskräfteeinsatz beim Ausbau des Schienennetzes.<sup>50</sup> Die Länge des Eisenbahnnetzes innerhalb des Habsburgerreichs nahm von 4.500km im Jahr 1860 auf 36.300km im Jahr 1900 deutlich zu und konnte bei der Netzdichte in Bezug auf die Einwohnerzahl zur Jahrhundertwende bereits mit dem Deutschen Reich mithalten.<sup>51</sup> Zwar wurde auch in den Folgejahren das Schienennetz noch erweitert, jedoch entwickelte es sich recht heterogen und entsprach bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges keinesfalls den militärischen Anforderungen. Die Relation der Schienenlänge zur Fläche des Habsburgerreiches betrug 1913 rund 1:10, während jene des Deutschen Reiches bereits bei 1:2,5 lag.<sup>52</sup> Der Ausbau des Schienennetzes in Europa ermöglichte aber generell eine Intensivierung des internationalen Handels. Im Außenhandel war die Monarchie vorwiegend vom Deutschen Reich abhängig. Während mehr als zwei Drittel der gesamten Importe aus dem Deutschen Reich kamen, gingen bis zu 50% der Exporte, der Großteil davon Rohstoffe, ebenfalls an dieses.<sup>53</sup> Gemessen am gesamten realen Güter- und Leistungsvolumen der Monarchie 1913 hatte der Import einen Anteil von ca. 21%. Der Anteil des Exports am realen Bruttonationalprodukt belief sich auf etwas mehr als 24%. Die Zahlungsbilanz in diesem Jahr war bei einem Volumen von 1.600 Mio. Kronen jeweils für Import und Export ausgeglichen. Jedoch war der Zugang zu Märkten außerhalb der Monarchie weitgehend durch Zölle und andere Handelshemmnisse, aber auch durch einen hohen Wert der habsburgischen Krone

---

<sup>50</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 75–77.

<sup>51</sup> Gross Nachum Th. 1973: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, S. 22.

<sup>52</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 21.

<sup>53</sup> Rudolph 1973: Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien, S. 247–248.

erschwert, wodurch sich der Großteil des Handels innerhalb der Grenzen des Habsburgerreichs abspielte.<sup>54</sup>

Um dennoch konkurrenzfähig zu bleiben, fehlte aber in vielen Bereichen das nötige Kapital. Da in Österreich relativ niedrige Löhne gezahlt wurden, wurde von den ArbeiterInnen wenig Geld angespart, welches die Banken den Industrieunternehmen als Investitionskapital hätten zur Verfügung stellen können.<sup>55</sup> Die grundsätzlich mangelnde Kapitalausstattung der Monarchie war für die wirtschaftliche Entwicklung erschwerend. Dieser Mangel war bedingt unter anderem durch einige umfangreiche und teure Kriege, welche die Monarchie im 19. Jahrhundert führte. Nicht nur, dass sie diese Kriege zumeist nicht gewinnen konnte und mit ihnen auch ertragreiche Gebiete wie das Königreich Lombardei-Venetien verlorengingen, aufgrund der hohen Kosten und der damit verbundenen Verschuldung kam es immer wieder zu einem spürbaren Anstieg der Inflation.<sup>56</sup> Generell jedoch besaß Österreich, und hier insbesondere Wien, durch die hohe Bankenkonzentration und die zunehmende Bevölkerung in Bezug auf Kapital und Arbeitskräfte einen wesentlichen Vorteil gegenüber den anderen Gebieten des Reichs. Diese Ressourcen begünstigten auch die Entwicklung der österreichischen Industrie in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. So begannen die Banken ihre Investitionspolitik zu verändern und stellten der Industrie vermehrt Kapital zur Verfügung. Mit dem Aufkommen der Aktiengesellschaften gingen die Banken sogar Beteiligungen an Unternehmen ein. Dadurch wurde nicht nur die Gründung neuer Unternehmen erleichtert, sondern auch die Entwicklung von Großunternehmen gefördert. Die damit beginnende Verbindung von Banken und Industrieunternehmen sollte sich im Verlauf der folgenden Jahrzehnte noch verstärken und die weitere industrielle Entwicklung prägen.<sup>57</sup> Dabei waren die Banken darauf bedacht, ihren Einfluss auf die Industrieunternehmen noch zu verstärken. Von öffentlicher Seite kam in der österreichischen Reichshälfte vorerst nur zögernd Interesse für die industrielle Entwicklung auf. Zwar ließ sie den Banken relativ freie Hand bei ihrer Investitionspolitik, teilweise erschwerte sie aber diese Entwicklung durch eine kontraproduktive Steuerpolitik. Hingegen wurde im ungarischen Reichsteil die

---

<sup>54</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1965: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S. 24–25.

<sup>55</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 229–231.

<sup>56</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 22–23.

<sup>57</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 23–25.

Industrialisierung öffentlich unterstützt, was sogar zu einem spürbaren Kapitalfluss von Österreich nach Ungarn führte. Um ihren Einfluss auf die Industrie zu sichern und zu erweitern, unterstützten die Banken gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Formierung von industriellen Kartellen.<sup>58</sup> Sie trachteten danach, den heimischen Markt zu kontrollieren und vor ausländischen Zugriffen zu schützen. Die Kartelle setzten Konzentrationsprozesse in Gang, hatten wesentlichen Anteil an der Schutzzollpolitik und gestalteten umfangreiche Maßnahmen zur Reglementierung des heimischen Absatzmarktes. Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges umfassten diese Maßnahmen unter anderem Vereinbarungen zu Preisgestaltung, Marktaufteilung und Produktionsabstimmung. Die Zahl der Kartelle nahm von 18 im Jahr 1890 auf 120 im Jahr 1909 zu, wobei große Zunahmen in der Textil-, der chemischen und der Metallindustrie verzeichnet wurden. Die Textilindustrie stellte 1909 absolut gesehen mit 27 Kartellen den größten Anteil, gefolgt von der Metallindustrie mit gesamt 19. Bis Kriegsausbruch stieg die Gesamtzahl der Kartelle auf über 200 an.<sup>59</sup> Eine dynamische Entwicklung der österreichischen Industrie und damit eine Verringerung des wirtschaftlichen Abstandes zu anderen großen europäischen Industrienationen wurde aber weiterhin durch den Mangel an Kapital erschwert, welches für die Erweiterung und Modernisierung der Produktionsanlagen benötigt wurde. Da von staatlicher Seite her die Gründung von Kapitalgesellschaften nicht unterstützt wurde, war die finanzielle Ausstattung vorwiegend von den Eigentümerpersonen abhängig. Erst in den Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges nahm die Zahl der Kapitalgesellschaften deutlich zu (von 61 im Jahr 1906 auf 2.638 im Jahr 1914), wobei 60% davon auf die Industrie entfielen.<sup>60</sup> Der Kapitalmangel war jedoch nicht unbedingt dadurch begründet, dass zu wenige finanzielle Mittel vorhanden gewesen wären. Vielmehr lag es an dem für Unternehmen durch die Gesetzgebung infolge des Börsenkrachs von 1873 erschwerten Zugang zum Kapitalmarkt an der Börse und der mangelnden Risikobereitschaft vieler potentieller KapitalgeberInnen, ihr Geld in Aktien oder Anleihen zu investieren. Das für den Aufschwung der Industrie notwendige Kapital wurde schließlich zum Großteil von einheimischen Banken zur Verfügung gestellt. Diese reagierten anfangs vorsichtig, da sie einem gewissen Sicherheitsdenken unterlagen.<sup>61</sup> Dieses hat seinen

---

<sup>58</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 70–72.

<sup>59</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 134–139.

<sup>60</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 268–271.

<sup>61</sup> Eigner 1997: Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938, S. 183–187.

Ursprung in problematischen Geschäften während der vorangegangenen Jahrzehnte, vorwiegend aufgrund der Auswirkungen des Börsenkrachs. Da die Banken selber mit Umsatzrückgängen und einer zunehmenden Konkurrenz konfrontiert waren, waren sie bereit, der sich nun rasch entwickelnde Industrie Kapital zuzuführen. Neue, junge und unvoreingenommene Bankvorstände übernahmen gegen Ende des 19. Jahrhunderts sukzessive die Leitung der Banken und erkannten das große Geschäftspotential, welches ein Aufschwung der Industrie zu bieten hatte. Sie bedienten sich sogar der Unterstützung industrieller KonsulentInnen und begannen damit, jeweils verschiedene Branchen von sich abhängig zu machen und mit diesen enge Vernetzungen einzugehen.<sup>62</sup> Vor allem im Bereich der Investitionsgüter- und Waffenindustrie hatten Banken Einfluss auf alle Aktienunternehmen nicht nur durch Kapital, sondern verbreitet auch in personeller Form durch die Stellung von AufsichtsrätInnen oder DirektorInnen. Das Interesse einer direkten Unternehmensbeteiligung ging aber nicht nur von den Banken aus. Da der Staat Steuern auf Fremdkapitalzinsen erhob, gehörte es verbreitet zur Firmenpolitik, eher das Grundkapital zu erweitern, als zusätzliche Ausgaben durch die Aufnahme von Darlehen zu generieren. Nachteil dieser Beteiligungspolitik war das wirtschaftliche Erfolgsrisiko, das die Banken nun mitzutragen hatten. Dieses versuchten sie zu kontrollieren, indem sie in den Wettbewerb der Unternehmen eingriffen: sie fusionierten Firmen, forcierten die Kartellbildung und erschwerten neuen Unternehmen den Eintritt in gewisse Branchen. Um sich zusätzlich abzusichern, gingen die Banken auch untereinander weitgehende Beteiligungen ein.<sup>63</sup> Die Kartelle wurden zuweilen zentral gesteuert, in einigen Fällen übernahm sogar die *Österreichische Kontrollbank* den Außenauftritt der im Kartell vertretenen Unternehmen. Diese wurde 1914 von den Banken gegründet, um ihren Einfluss auf die Wirtschaft generell und die Industrie im Speziellen besser untereinander abstimmen zu können. Die Relevanz der Banken für die Wirtschaft nahm in den letzten Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges noch erheblich zu. So stiegen von 1900/1901 bis 1913 die Bilanzsummen der Banken in der Monarchie um 107%, die Zahl der Bankinstitute verdoppelte sich und das Aktienkapital am Beispiel der Wiener Banken stieg um ca. 97%. Damit einhergehend erfreute sich die Finanzierung mittels Kreditaufnahme wachsender Beliebtheit, sowohl bei KapitalgeberInnen

---

<sup>62</sup> Eigner 1997: Die Konzentration der Entscheidungsmacht., S. 58–59.

<sup>63</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 140–142.

in Form von längerfristigen Sparmöglichkeiten als auch bei der Industrie durch einen einfacheren Zugang zu Finanzmitteln für ihre Investitionstätigkeiten.<sup>64</sup>

Am Vorabend des Ersten Weltkriegs war die industrielle Entwicklung im Habsburgerreich, wie in vielen anderen europäischen Ländern, noch immer von Energie in Form von Kohle abhängig. Lag der Verbrauch an Kohle im Jahr 1861 noch bei etwas mehr als 3 Mio. t, so wuchs dieser auf über 46 Mio. t im Jahr 1913. Auch wenn sich in dieser Steigerung ein umfangreiches Industriewachstum widerspiegelt, im europäischen Vergleich fiel der Kohlebedarf eher bescheiden aus. So stieg der Bedarf etwa im Deutschen Reich im selben Zeitraum von ca. 14 Mio. t auf 187 Mio. t und in Frankreich von über 15 Mio. t auf ca. 65 Mio. t.<sup>65</sup> Während der Verbrauch von Kohle an Volumen zunahm, reduzierte sich die Anzahl der im Kohlebergbau tätigen Unternehmen von 731 im Jahr 1872 auf 307 im Jahr 1913. Durch technischen Fortschritt und Konsolidierungen wurden immer mehr Unternehmen eingestellt oder in große Unternehmen integriert.<sup>66</sup> Das Habsburgerreich konnte ein großes Kohlepotential vorweisen, welches bei der Braunkohle international sogar mit großen Produzenten wie den USA, dem Deutschen Reich oder Großbritannien mithalten und vor allem den Eigenbedarf für eine lange Zeit sicherstellen konnte. Steinkohle wurde zwar ebenfalls abgebaut, die Produktion konnte aber den steigenden Bedarf nicht decken, die Kohle musste somit vermehrt importiert werden. Während innerhalb des Habsburgerreichs einige Regionen, wie etwa Westböhmen, das untere Schlesien und Nordmähren reichhaltige Kohlevorkommen besaßen, war Österreich nicht mit umfangreichen Ressourcen an Bodenschätzen ausgestattet. Hier lag der Schwerpunkt im Bergbau, gemessen am Produktionswert, vor Beginn des Ersten Weltkriegs bei der Produktion von Braunkohle und, wenn auch mit einem deutlich geringeren Volumen, beim Abbau von Eisenerzen. In kleinerem Rahmen wurden Blei-, Zink- und Kupfererze abgebaut. Aufgrund der teilweise schwer erschließbaren Lagerstätten waren eine Produktion und die Weiterverarbeitung mit höheren Kosten verbunden. Dies führte zur bereits erwähnten Konsolidierung von Unternehmen innerhalb der Bergbaubranche und zur Stilllegung einzelner Abbaugebiete. Damit einhergehend kam es auch zu Rationalisierungen und Modernisierungen im Abbauprozess, wodurch ein geringerer Beschäftigungszuwachs

---

<sup>64</sup> März und Socher 1973: Währung und Banken in Cisleithanien, S. 358–364.

<sup>65</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 16.

<sup>66</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 152–154.

benötigt wurde, um ein deutlich höheres Produktionsvolumen zu erreichen. Trotz dieser Veränderungen konnten die österreichischen Bergbauunternehmen nur schwer mit der Konkurrenz aus Böhmen, Mähren oder Schlesien mithalten, wodurch sich der Absatzmarkt nur auf die unmittelbar angrenzenden Regionen erstreckte.<sup>67</sup> Beim Abbau von Graphit und Magnesit gehörte das Habsburgerreich jedoch zu den WeltmarktführerInnen. Während der Großteil des Graphits in Südböhmen abgebaut wurde, waren die Lagerstätten für Magnesit hauptsächlich im südlichen Niederösterreich und der Steiermark zu finden. Ein wesentlicher Teil der Abbaumenge beider Rohstoffe wurde in Länder wie dem Deutschen Reich, Großbritannien und Frankreich exportiert.<sup>68</sup> Eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der Industrie spielte aber gerade der Abbau von Eisenerzen. Hier konnte zwar ein großer Teil der Nachfrage durch umfangreiche Vorkommen in der Steiermark, wie dem Erzberg, und, wenn auch in geringerem Ausmaß, in Böhmen gedeckt werden. Insgesamt jedoch reichte das heimische Angebot nicht aus und die Industrie war von zusätzlichen Importen abhängig. Auch beim Abbau und der Verarbeitung von Eisenerzen kam es zu Unternehmenszusammenschlüssen und Unternehmensschließungen. Aufgrund des Kostendrucks wurde zudem der Personalstand abgebaut, obwohl das Produktionsvolumen von Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg signifikant zunahm.<sup>69</sup> 1913 waren mehr als 6.000 Personen in 23 Bergbau Unternehmen beschäftigt, welche mehr als 3 Mio. t Erze förderten. Das Fördervolumen hatte sich allein seit 1896 mehr als verdoppelt, und zwei Drittel des Volumens kamen vom Erzberg. Der Importanteil betrug im selben Jahr mehr als 31%.<sup>70</sup>

Zwar konnte Österreich mit den umfangreichen Kohlevorkommen in Schlesien und Nordmähren nicht mithalten, jedoch ermöglichte die Eisenbahn den Anschluss an diese Regionen, wodurch der steigende Energiebedarf österreichischer Unternehmen gedeckt werden konnte. Die Abhängigkeit von Kohle als Energiespender hielt sich trotz der aufkommenden Elektrifizierung bis in die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>71</sup> Die industrielle Entwicklung Österreichs seit Ende des 19. Jahrhunderts war dennoch eng mit der sich

---

<sup>67</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 271–275.

<sup>68</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 154–159.

<sup>69</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 276.

<sup>70</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 164–165.

<sup>71</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 82–83.



verbreitenden Elektrifizierung verbunden. Ihr Einzug in die Fabriken bot der österreichischen Wirtschaft neue Möglichkeiten der Entwicklung. Nicht nur, dass Unternehmen unabhängiger und flexibler agieren konnten, aufgrund der Umstellung auf Fließbandarbeit wurden auch ihre Produktionsabläufe rationalisiert. Dabei entstand mit der Elektroindustrie eine neue Branche, die sich vor allem im Osten Österreichs, insbesondere in Wien, ansiedelte. Diese schuf nicht nur zahlreiche neue Arbeitsplätze, sondern zog auch ausländisches Kapital an. Zudem wurde die Elektrizitätswirtschaft auf die in Österreich vorhandene Wasserkraft aufmerksam. Diese einzubeziehen gelang ihr aber nur sehr dezentral und in den Großstädten konnte sie sich zunächst noch nicht gegen die günstiger produzierenden Gasgesellschaften durchsetzen. Zudem war die Nachfrage nach Kohle noch ungleich größer. Das gesamte Investitionsvolumen für die Elektroindustrie und die Umstellung anderer Branchen auf elektrisch betriebene Produktionsanlagen betrug bis 1912 rund 600 Mio. Kronen.<sup>72</sup> Es waren zunächst kleinere Unternehmen, welche die günstigeren Elektromotoren in ihre Produktionsanlagen einbauten, große Unternehmen folgten angesichts des noch relativ hohen Strompreises zögerlich. Dies lag vor allem daran, dass der Strom selber vorwiegend mithilfe von Kohle und noch nicht durch Wasserkraft erzeugt wurde. Eine diesbezügliche Umstellung erfolgte erst nach dem Ersten Weltkrieg.<sup>73</sup> Mit der zunehmenden Elektrifizierung entwickelte sich die Elektroindustrie zu einer eigenen Branche. Neben der direkten Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten, Telegraphen, Beleuchtungen und Elektromotoren kam es auch zur Einbindung von unzähligen Zulieferunternehmen wie den Elektrizitätswerken oder bei der Herstellung von Schaltanlagen und Glühlampen. Der überwiegende Teil der Branche war in Wien angesiedelt und befand sich in ausländischen, insbesondere deutschen Händen. Wichtige Unternehmen der Branche waren die *Vereinigte Elektrizitäts- und Maschinenfabriks-AG*, *Brown Boveri*, *Siemens*, *AEG*, die *Elin AG*, die *Vereinigte Telephon- und Telegraphenfabrik Czeija, Nissl & Co* und *Felten & Guillaume*.<sup>74</sup>

Eine bereits früh etablierte und von Rohstoffen stark abhängige Branche war die metallherstellende Industrie. Bis zur Umstellung auf eine Produktion mit Hilfe des effizienten Kokshochofens im 19. Jahrhundert waren die bislang kleinen Unternehmen auf den regionalen

---

<sup>72</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 274–276.

<sup>73</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 84–85.

<sup>74</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 277–282.

Bezug von Holz zur Befeuerung ihrer Hütten angewiesen. Um die Nachfrage des Marktes mit seinen steigenden Ansprüchen ausreichend abdecken und die Möglichkeiten neuer Verfahren umsetzen zu können, hätte es auch hier eines Konsolidierungsprozesses bedurft. Dazu waren aber viele bestehende Unternehmen nicht bereit, wodurch die gesamte Industrie nicht mit der internationalen Entwicklung mithalten konnte. Zudem entstanden innerhalb der österreichischen Reichshälfte auch in anderen Regionen Unternehmen, welche die modernen Verfahren bereits umsetzten und somit in Konkurrenz zu den bestehenden Unternehmen traten und diese weiter unter Druck setzten. Vor allem die Konkurrenz außerhalb des Reiches mit ihren günstigeren Angeboten veranlasste die österreichische Metallindustrie sich letztendlich doch in Kartellen zusammen zu schließen und mit Hilfe von Zöllen die Importe zugunsten der eigenen Produktion zu drosseln.<sup>75</sup> Gegen Ende des 19. Jahrhunderts kam es dann zu einigen notwendigen Unternehmenszusammenschlüssen. Der umfangreichste und für Österreich bedeutungsvollste Zusammenschluss erfolgte 1881 aus Kärntner und steirischen Eisen- und Hüttenwerken zur *Österreichischen Alpine Montangesellschaft*. Sie hatte einen schweren Start, da eine ihrer GroßaktionärInnen, die Bank *Société de l'Union Générale*, kurz nach Erwerb der Anteile in Konkurs ging. Um ihre Anteile zu übernehmen, musste die *Alpine Montan* einen Großteil ihrer Grundstücke verkaufen und umfangreiche Kredite bei der *Länderbank* aufnehmen. Dennoch gelang ihr die Umstellung auf Koks als Energiequelle und die Errichtung von Großanlagen. Einen weiteren Entwicklungsschub erhielt das Unternehmen durch den Einstieg des Industriellen Karl Wittgenstein 1897. Er brachte Rationalisierung und technologische Erneuerungen und verringerte die Schuldenlast. Ein anderes Beispiel eines erfolgreichen Unternehmenszusammenschlusses der metallerzeugenden Industrie sind die *Böhlerwerke*. Von ihrer Gründung 1870 an übernahm das Unternehmen verschiedene Hütten u.a. in Kapfenberg, Ybbstal und Hainfeld, kaufte aber auch größere Unternehmen wie die *St. Eygyder Eisen- und Stahlindustrie Gesellschaft* oder das *Frischstahlwerk Kleinreifling*.<sup>76</sup> Böhler konnte seine Produktion zusehends erweitern. Aufgrund umfangreicher ausländischer Munitionsaufträge im Rahmen der japanisch-russischen Auseinandersetzungen 1905 etwa wurde ein weiteres Werk im Wiener Becken errichtet. Zur Produktpalette zählte neben Stahl für Munition und Waffen auch die Erzeugung

---

<sup>75</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 279–280.

<sup>76</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 184–192.

von Spezialwerkzeugen.<sup>77</sup> Der Bedarf an Roheisen nahm generell im Jahrzehnt vor dem Ersten Weltkrieg zu. Allein in der österreichischen Reichshälfte stieg die Produktion von 1904 bis 1912 um ca. 80%, demgegenüber stand eine Nachfragesteigerung von 96%. Somit musste die heimische Produktion durch Importe ergänzt werden.<sup>78</sup> Im Bereich der Stahlerzeugung konnte im Habsburgerreich die Produktionsmenge von 1891 bis 1911 um 378% erhöht werden. Im selben Zeitraum nahm die Stahlerzeugung des Deutschen Reichs mit 470% deutlich mehr zu, während jene Großbritanniens nur um 108% zunahm. Absolut gesehen gab es jedoch noch enorme Produktionsunterschiede. Das Habsburgerreich konnte 1911 rund 2,3 Mio. t Stahl erzeugen, hingegen lag die Erzeugung in Großbritannien bei 6,6 Mio. t. Das Deutsche Reich brachte es sogar auf 14,6 Mio. t, wodurch es zum mit Abstand größten Stahlerzeuger Europas aufstieg. Ähnlich verlief die Entwicklung beim Verbrauch von Roheisen. Zwar steigerte die Habsburgermonarchie ihren Verbrauch von 1881 bis 1911 um 313%, erreichte aber 1911 mit 2,1 Mio. t nur etwa 14% des Verbrauchs des Deutschen Reichs.<sup>79</sup> Generell erlebte die metall erzeugende Industrie um die Jahrhundertwende einen starken Auftrieb, welcher mit der Expansion der metallverarbeitenden Industrie einherging.

Die metallverarbeitende Industrie spielte in der österreichischen Wirtschaft eine wichtige Rolle. Im Vergleich mit anderen Ländern der Monarchie war dieser Industriezweig in Österreich überrepräsentiert. Er hatte großes Produktionspotential und gut ausgebildete Arbeitskräfte, jedoch war er mit hohen Preisen für Eisen und einem verhältnismäßig kleinen Absatzmarkt konfrontiert. Dabei entwickelten sich Großunternehmen, welche sich auf die Produktion von großen Anlagen spezialisierten. Bedeutende Nachfrage entstand hier beispielsweise durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes und die steigende Nutzung des Automobils.<sup>80</sup> Im Verlauf des 19. Jahrhunderts erfolgte auch eine weitläufige Umstellung der Produktion von kleineren Gütern wie Nadeln, Messern und Sensen zu größeren Anlagen für den Maschinenbau, die Elektrotechnik und die Rüstungsproduktion. Dabei war die Branche lange Zeit nicht nur von einigen großen Unternehmen geprägt, sondern auch von vielen kleinen spezialisierten Unternehmen, zumindest bis nach dem Börsenkrach von 1873 ein

---

<sup>77</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 147–148.

<sup>78</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918, S. 17.

<sup>79</sup> Gross Nachum Th. 1973: Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft, S. 26–27.

<sup>80</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 292–293.

gewisser Konsolidierungsprozess einsetzte. So schlossen sich etwa die Traditionsunternehmen *Urban* aus Wien und *Brevillier* aus Neunkirchen zusammen und produzierten zusammen Nägel, Schrauben, Muttern, Nieten und Maschinenteile. Ein bereits etabliertes Unternehmen, das auch nach der Krise seine Produktion erweitern konnte, war die *Berndorfer Metallwaren AG*. Sie stieg mit Hilfe ihres Eigentümers Arthur Krupp zu einem führenden Hersteller von Essbesteck auf und hatte Kapazitäten für die Produktion weiterer Metallwaren, die später auch für die Rüstung relevant waren.<sup>81</sup> Wesentliche Nachteile des Habsburgerreichs gegenüber Ländern wie Großbritannien und dem Deutschen Reich waren die erst spät und teilweise überhaupt nicht erfolgte Umstellung der Produktion auf maschinelle Erzeugung und fehlende Rationalisierungsmaßnahmen. Hatte dieser Industriezweig Mitte des 19. Jahrhunderts noch internationale Bedeutung, so fiel er in der zweiten Jahrhunderthälfte hinter die ausländische Konkurrenz zurück und musste selbst am heimischen Markt zeitweise Einbußen hinnehmen.<sup>82</sup>

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts nahm aber der Bedarf an größeren Maschinen erheblich zu, wodurch das Habsburgerreich zu einem der weltweit größten Maschinenproduzenten wurde. Die Unternehmen waren innerhalb Österreichs vorwiegend auf Niederösterreich, Wien und Graz konzentriert und hatten den Hauptanteil an der Gesamtproduktion des Reichs in diesem Bereich. Sie beschäftigten einen Großteil der Industriearbeitskräfte in der jeweiligen Region und stellten hauptsächlich Lokomotiven, Waggons und Dampfmaschinen her. Große Produzenten dieser Güter waren unter anderem die *Grazer Waggon- & Maschinen-Fabriks-Aktiengesellschaft*, die *Wiener Lokomotivfabrik AG*, die *Andritz AG*, die *J.M. Voith AG* und die Firma *Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth*. In der Produktion von Motoren war es die Automobilindustrie mit Unternehmen wie der *Daimler-Motoren AG*, der *Puchwerke AG* und der *Österreichischen Automobil Fabriks-AG*, welche um die Jahrhundertwende von einer steigenden Nachfrage profitierten.<sup>83</sup> Im Maschinenbau fanden 1906 mehr als 60.000 Personen in annähernd 600 Unternehmen eine Anstellung.<sup>84</sup> Die Metallverarbeitung profitierte vor allem aufgrund der expandierenden Stahlproduktion und konnte allein in der österreichischen Reichshälfte im Zeitraum 1880 bis 1913 um mehr als 800% wachsen. Der

---

<sup>81</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 197–204.

<sup>82</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 180–181.

<sup>83</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 215–223 und 238–239.

<sup>84</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 184.

Bereich Maschinenbau konnte in derselben Zeitspanne sein Produktionsvolumen nahezu verzehnfachen.<sup>85</sup>

Die chemische Industrie konnte in der Monarchie zwar größtmäßig nicht mit anderen Industrien mithalten, lieferte jedoch wertvolle Vorprodukte für verschiedene Branchen. So wurden Chemikalien für die Herstellung von Seifen, Kerzen, Glas, Textilien oder Papier erzeugt. Bedeutenderen Umfang hatten die Zündholzherstellung und die Kautschukproduktion für die Herstellung von Gummi. Auch die Rüstungsindustrie war auf diese Vorleistungen angewiesen, etwa in Form von Schwefel- und Salpetersäure für die Munitionsproduktion. Die chemische Industrie war geprägt von mehreren kleineren Unternehmen, die sich in Österreich hauptsächlich in Wien und Niederösterreich ansiedelten. Einige größere Unternehmen fanden sich in der Kautschukproduktion, etwa die *Vereinigten Gummiwarenfabriken Hamburg-Wien*, die *Österreichische Amerikanische Gummifabriken AG* oder die *Semperit Gummiwerke GmbH*.<sup>86</sup> Eine zunehmend bedeutende Rolle innerhalb der chemischen Industrie im 19. Jahrhundert nahm die Verarbeitung und Herstellung von Erdöl und Petroleum ein. Hier waren es die Ölvorkommen in Galizien, welche einen großen Teil des Bedarfs innerhalb des Reichs deckten. Aufgrund umfangreicher Auslandsinvestitionen wurden neue Raffinerien innerhalb der Reichsgrenzen errichtet, wodurch das Öl zu wesentlich günstigeren Preisen, als sie inländische Unternehmen bieten konnten, produziert wurde. Das führte in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zwar zu einem Rückgang der Erdölförderung in Galizien und einer zunehmenden Abhängigkeit von ausländischen Importen, jedoch zu günstigeren Einkaufsbedingungen für die davon abhängige Industrie. Insgesamt waren im Jahr 1902 rund 56.000 Personen in mehr als 8.400 Unternehmen der chemischen Industrie beschäftigt<sup>87</sup>

Generell konnte die Monarchie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg einen Wirtschaftsaufschwung verzeichnen. Es kam dabei vermehrt zu Industrieansiedelungen im österreichischen Reichsteil, wobei sich diese aber nicht mehr nur auf die bereits etablierten Industrieregionen beschränkten. Diese Entwicklung wurde jedoch durch den Ausbruch des

---

<sup>85</sup> Rudolph 1973: Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien, S. 238–241.

<sup>86</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 269–274.

<sup>87</sup> Matis und Bachinger 1973: Österreichs industrielle Entwicklung, S. 171–177.

Krieges stark gebremst, wobei die Industrie bei der Umstellung von Zivil- auf Kriegsproduktion vor neue Herausforderungen gestellt wurde.<sup>88</sup>

### **2.1.2. Die Rüstungsindustrie im Ersten Weltkrieg**

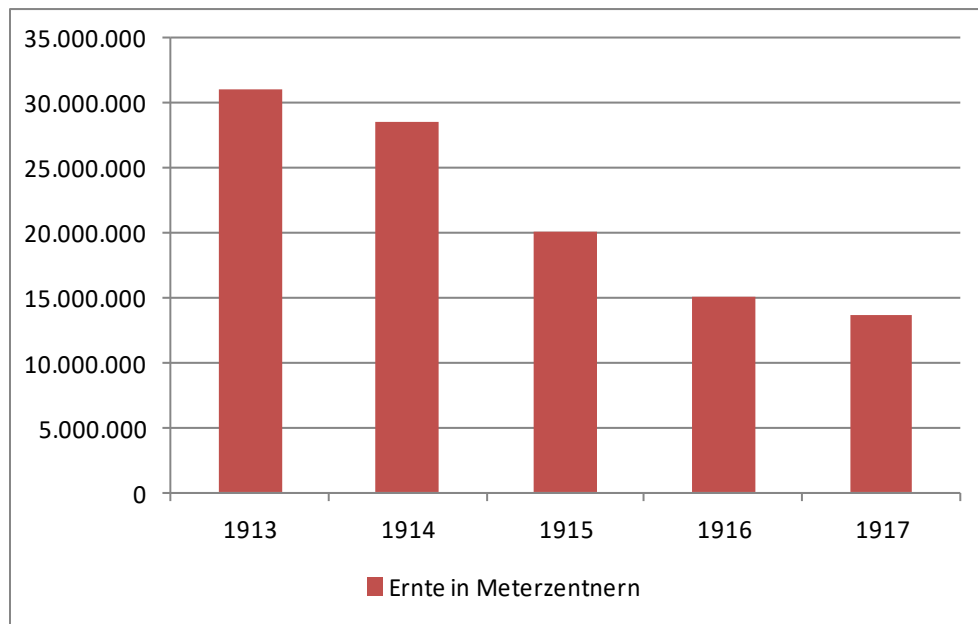
Der Ausbruch des Krieges hatte einige wirtschaftliche Veränderungen zur Folge. Aufgrund unsicherer Prognosen wurden der Wirtschaft Kapital entzogen, Arbeitskräfte und Rohstoffe der Rüstungsindustrie zugeführt und der private Konsum heruntergefahren. Zudem erwartete die Wirtschaft keinen langen Krieg, wodurch wirtschaftspolitische Maßnahmen nur mit kurzer Wirkungsdauer gesetzt und davon viele dem militärischen Zweck untergeordnet wurden. Unmittelbare Auswirkungen hatten diese Maßnahmen auf die Landwirtschaft, wo sich der Arbeitskräftemangel sehr schnell in einer geringeren Produktion bemerkbar machte (siehe Abbildung 2). Diese betrug im Vergleich zu 1913 im ersten Kriegsjahr nur 92%, im Jahr 1915 stürzte sie auf 65% und fiel in den beiden Folgejahren auf unter 50% der Ernteerträge von 1913. Aber auch die Industrie bekam die Veränderungen aufgrund des Krieges zu spüren, vor allem durch den unterbrochenen Zugang zum internationalen Rohstoffmarkt. Bald kam es zu einer zusehends zentral verwalteten Wirtschaft, welche sich unter anderem in Rationalisierungen, Devisenregulierungen, strengeren Außenhandelsvorschriften und Preisregulierungen ausdrückte.<sup>89</sup>

---

<sup>88</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 26.

<sup>89</sup> Matis 1973: Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik, S. 59–63.

Abbildung 2: Ernteerträge (Weizen und Roggen) im Habsburgerreich 1913-1917



Quelle: Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 225; eigene Darstellung,

Das Militär hatte traditionell enge Verbindungen zur Industrie. Nachdem immer wieder mit Feldzügen gerechnet werden musste, sich die technischen Anforderungen an einen modernen Krieg änderten und das Habsburgerreich im allgemeinen Wetttrüsten nicht zurückstehen wollte, musste auch die Industrie ihre Produktion bereits in Friedenszeiten an die hohen militärischen Anforderungen anpassen. Dies führte in den betroffenen Unternehmen zu Produktionsausweitungen, Spezialisierungen und Rationalisierungen, aber aufgrund der schwankenden Auftragslage auch immer wieder zu Überkapazitäten.<sup>90</sup> Die Unternehmen produzierten daher ab Ende des 19. Jahrhunderts auch für den Export, was sich nicht nur in der Auftragsmenge und den zusätzlichen Einnahmen, sondern aufgrund hoher Anforderungen auch in der gestiegenen Qualität der Produkte widerspiegelte. Damit konnten auch die für die Waffenherstellung aufwendigen Entwicklungsarbeiten gerechtfertigt und zukunftsorientiert weiterbetrieben werden. Zudem konnten die nunmehr ausgelasteten und am neuesten technologischen Stand gehaltenen Produktionsanlagen jederzeit für eine heimische Auftragserweiterung herangezogen werden. Diese Konstellation aus umfangreichen Exporten, rechtzeitiger Umstellungsmöglichkeit zur Deckung von Inlandsaufträgen, technologischen

<sup>90</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 225–227.

Erneuerungen und erweiterten Produktionskapazitäten war somit im Sinne der betroffenen Unternehmen und auch des heimischen Militärs. Letzteres profitierte teilweise sogar direkt durch Exportgeschäfte, etwa beim Verkauf von Munitionspulver, an welchem das Reich das Monopol hielt. Da mit Exportgeschäften oftmals auch die Gewährung von Anleihen an die Kunden verbunden war, konnten zusätzlich auch Zinseinnahmen verbucht werden. Der Exportanteil an der Waffenproduktion betrug vor Kriegsausbruch rund 14%, im weltweiten Vergleich spielten die Exporte des Habsburgerreichs jedoch nur eine marginale Rolle.<sup>91</sup> Die gesamten Rüstungsausgaben des Reichs betrugen von 1889 bis 1913 in Summe rund 43% gemessen an jenen des Deutschen Reiches oder auch Frankreichs und sogar Russlands.<sup>92</sup>

Zwecks Sicherstellung von entsprechend ausreichender Versorgung des Militärs durch die Wirtschaft schloss das Heer bereits zu Friedenszeiten sogenannte Heereslieferungsverträge mit militärisch wichtigen Unternehmen ab. Diese Verträge wurden laut Verordnung nicht nur mit Groß-, sondern explizit auch mit Kleinunternehmen abgeschlossen. Zudem gaben diese Regeln zur Preisgestaltung und Liefermengen vor.<sup>93</sup> Vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs war die Wirtschaft des Habsburgerreichs bereits auf umfangreiche Rüstungsproduktion eingestellt. Mehr als 30% der Staatsausgaben entfielen auf den Militärbereich, der Anteil der Ausgaben am Volkseinkommen stieg auf vier Prozent. Der Einfluss auf relevante Unternehmen der Industrie wurde 1912 mit dem Kriegsleistungsgesetz erweitert, wobei aber noch keine generelle Umstellung auf Kriegswirtschaft erfolgte.<sup>94</sup> Dieses Gesetz wurde am 26. Dezember 1912 erlassen und ermöglichte es dem Reichsrat, im Kriegsfall die Bevölkerung und die Wirtschaft zu notwendigen Leistungen in Bezug auf Heeresausstattung und Schutzmaßnahmen zu verpflichten. Diese sollten bedarfsabhängig abgerufen und vergütet werden. So konnten etwa alle erwachsenen Männer unter 51 Jahren für kriegswichtige Dienste hinter der Front eingesetzt oder Fahrzeuge samt Lenker requiriert werden. Die Produktion der Industrie konnte jederzeit auf den entsprechenden militärischen Bedarf umgestellt oder, bei nicht militärisch relevanten Unternehmen, auch komplett stillgelegt werden. Zudem wurden für die Dauer der Inanspruchnahme sowohl die

---

<sup>91</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 170–173, 177 und 181.

<sup>92</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918, S. 118.

<sup>93</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914–1918, S. 33–35.

<sup>94</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 319.



UnternehmenseigentümerInnen zur Weiterführung oder Überlassung des Unternehmens verpflichtet als auch den ArbeiterInnen eine Niederlegung ihrer Arbeit verboten. Zuständig für die Leistungsanspruchnahme war der Minister für Landesverteidigung mit Unterstützung in der Durchführung durch die Gemeinden, welche bei Weigerung durch die Verpflichteten auch zwangsmäßig durchgesetzt werden konnten. Sollte aber die Leistung unzureichend oder nicht zeitgerecht erfolgen, konnte das Militär im Letztfall direkt einschreiten.<sup>95</sup> Im Kriegsfall sollte mit diesem Gesetz die Versorgung der Truppen an der Front durch das Hinterland und das Durchgriffsrecht der Behörden sichergestellt werden. Damit konnten praktisch alle wirtschaftlichen Ressourcen für die Kriegsproduktion genutzt und das Abwandern von Fachpersonal verhindert werden. Zudem wurden Entschädigungen nicht nur für erbrachte Leistungen, sondern auch für entstandene Schäden festgelegt. Gesteuert wurden die Maßnahmen von zentraler Stelle, überwacht werden sollte deren Durchführung von eigens bestellten Organen, die mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet waren. Mit dem Kriegsleistungsgesetz wurde die Basis für eine Kriegswirtschaft bereits vor Ausbruch eines Krieges geschaffen.<sup>96</sup> Jedoch war es nur eine Basis, da es weder die gesamte heimische Wirtschaft erfasste, noch die Möglichkeit einer Einflussnahme auf die gegnerische Wirtschaft oder deren Ausbeutung bot. Ebenso fehlte eine Konkretisierung der zu setzenden Maßnahmen. Erschwert wurde dies durch die geringe Bereitschaft militärischer Stellen auf wirtschaftliche oder politische Ansichten einzugehen und die Hintergründe eigener Entscheidungen offenzulegen. Als Folge wurden, zumindest in der Anfangsphase des Krieges, willkürliche Maßnahmen gesetzt, unzureichende Kontrollen durchgeführt und die Erstellung von Alternativplänen, etwa für die Rohstoffversorgung, unterlassen.<sup>97</sup> Das Gesetz stellte nur eine Notstandsmaßnahme für die Kriegsdauer dar und war keineswegs auf die umfangreichen, jedoch nicht absehbaren, Anforderungen des kommenden Krieges ausgelegt.<sup>98</sup> Vergleichbare Vorgaben gab es auch in anderen europäischen Ländern. Sowohl das Deutsche Reich als auch Großbritannien, Russland und Frankreich zentralisierten die Kriegswirtschaft. Jedoch wurde die Umsetzung der Vorgaben in diesen Ländern durch zivile Behörden durchgeführt, während

---

<sup>95</sup> RGBI 1912/99/236, §§1, 3, 4, 6, 11, 16, 18, 27, 30.

<sup>96</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 185–189.

<sup>97</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 30–32.

<sup>98</sup> Hecker 1991: Kriegswirtschaft - Modell einer neuen Wirtschaftsverfassung. Pläne und Ziele der österreichischen Regierungen während des 1. Weltkriegs, S. 34.

im Habsburgerreich das Militär weitestgehend die Kontrolle übernahm.<sup>99</sup> Zum einen nutzte das Kriegsministerium die Unsicherheiten zu Kriegsbeginn aus, um seinen Einflussbereich zu erweitern, zum anderen legte die Regierung ihm die Organisation der Mobilisierung auch selber nahe.<sup>100</sup>

Effektiv umgesetzt wurde das Kriegsleistungsgesetz nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges mit der Verordnung vom 10. Oktober 1914<sup>101</sup>. Darin ermächtigte der Kaiser die Regierung,

*„aus Anlaß der durch den Kriegszustand verursachten außerordentlichen Verhältnisse die notwendigen Verfügungen auf wirtschaftlichem Gebiete zu treffen. [...] Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung des wirtschaftlichen Lebens, insbesondere der Landwirtschaft, der Industrie, des Handels und Gewerbes, ferner zur Approvisionierung der Bevölkerung zu treffen.“<sup>102</sup>*

Ziel dieser Verordnung war es, zentral gesteuert die Wirtschaft geordnet auf den Kriegszustand einzustellen und dabei der Regierung die volle Macht über die zu treffenden Maßnahmen und deren Beendigung zu geben.<sup>103</sup> Die Umsetzung der Maßnahmen erfolgte jedoch sehr uneinheitlich, da einerseits die Unternehmen mit ihren Kartellen die wirtschaftlichen Umstellungen selber zu regeln suchten, andererseits das Kriegsministerium sich für die Rüstungsproduktion zuständig sah und daher direkten Einfluss auf die Unternehmen nahm. Dennoch ergab sich eine Konstellation, in der beide Seiten eng miteinander zusammenarbeiteten (und sogar Reserveoffiziere in den Unternehmen eingesetzt wurden). Spannungen entstanden jedoch mit zunehmendem Rohstoffmangel, bei denen es nicht nur zu vermehrten Kompetenzstreitigkeiten zwischen Wirtschaft und Militär, sondern auch zur Konkurrenz zwischen Groß- und Mittel-/Kleinunternehmen um militärische Aufträge und zu Uneinigkeit bezüglich der Aufrechterhaltung von Zivilproduktion kam. Ausgetragen wurden diese Konflikte nicht nur vom Militär und einzelnen Unternehmen, sondern auch von, teilweise bereits vor dem Krieg bestehenden, Verbänden, Zentralen, Syndikaten und Kartellen. Diese Institutionen beeinflussten vor allem die zivile Wirtschaft mit

---

<sup>99</sup> Rauchensteiner 1997: Der Tod des Doppeladlers, S. 146.

<sup>100</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 23–24.

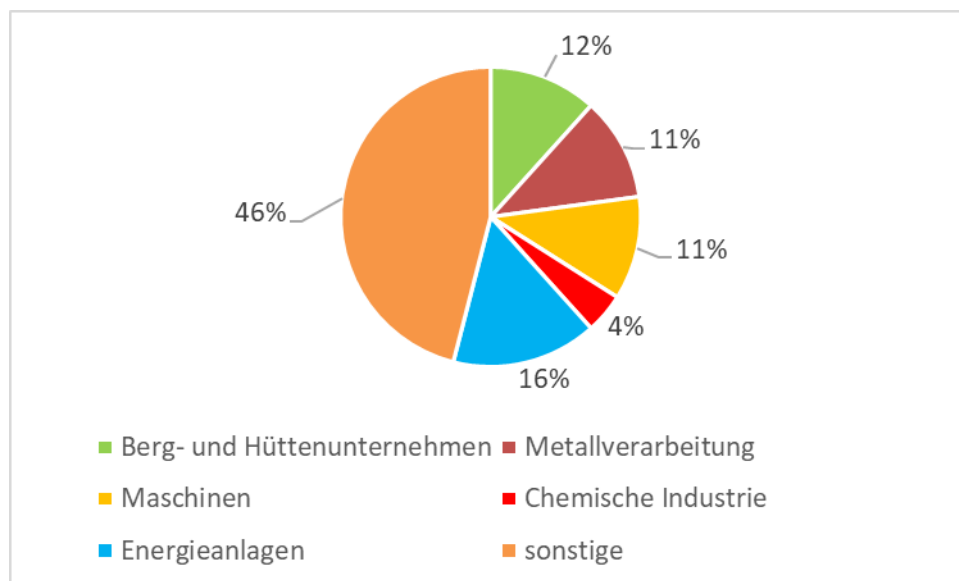
<sup>101</sup> Die Verordnung wurde am 27. Juli 1917 durch den Reichsrat als Gesetz verabschiedet (siehe Reichsgesetzblatt Jahrgang 1917) und wurde als „Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz“ bekannt. Dieses Gesetz diente in weiterer Folge Engelbert Dollfuß 1933/34 bei der Errichtung seiner Diktatur in Österreich.

<sup>102</sup> RGBl 1914/1113/274, Verordnungstitel, Artikel 1.

<sup>103</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 52–53.

ihren kriegsbedingten Maßnahmen, wie angeordneten Unternehmenszusammenschlüssen, wesentlich.<sup>104</sup> Eine grundlegende wirtschaftliche Maßnahme bestand in der Festlegung der als kriegswirtschaftlich einzustufenden Unternehmen. Von Kriegsausbruch bis zum Oktober 1915 wurden allein in Zisleithanien 994 Unternehmen unter militärischen Schutz gestellt, mehr als die Hälfte davon betraf Unternehmen der Rüstungsindustrie und Energieanlagen (siehe Abbildung 3). Bis Ende 1917 kamen noch etwas mehr als 200 Unternehmen dazu.

Abbildung 3: Geschützte Unternehmen in Zisleithanien im Okt. 1915



Quelle: Daten aus Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 295-296; eigene Darstellung

Im Ersten Weltkrieg war zum ersten Mal der Ausgang des Konflikts nicht mehr nur von den kämpfenden Truppen abhängig, sondern zu einem großen Teil von den jeweiligen industriellen Kapazitäten. Das Habsburgerreich konnte im Vergleich mit den führenden europäischen Industrienationen Großbritannien, dem Deutschen Reich und Frankreich zu Kriegsbeginn weder dieselben Rüstungskapazitäten noch die notwendige kriegswirtschaftliche Organisation vorweisen. Da die Bedeutung der Rüstungsindustrie für die Kriegsführung von der Regierung und dem Militär unterschätzt wurde, kam es im ersten

<sup>104</sup> Hecker 1991: Kriegswirtschaft - Modell einer neuen Wirtschaftsverfassung. Pläne und Ziele der österreichischen Regierungen während des 1. Weltkriegs, S. 38–44.

Kriegsjahr zu erheblichen Produktionsverzögerungen. Zwar konnten einige Probleme im darauffolgenden Jahr gelöst werden, der für die Kriegsführung notwendige Produktionsumfang konnte aber bis Kriegsende nicht erreicht werden.<sup>105</sup> Dies war anfangs darauf zurückzuführen, dass das Militär das gesamte eigene Rüstungspotential nicht kannte und sich bei den Produktionsaufträgen auf ihren Bedarf in früheren Kriegen stützte, wodurch unzureichende Anforderungen an die Industrie gestellt wurden. Zusammen mit teils technologisch rückständiger Bewaffnung wurde der Mangel an Ausrüstung bald bei den Kriegshandlungen aufgrund hoher Verluste an Mensch und Material sichtbar. Erst diese Erkenntnis führte zu einer Änderung militärischer Aufträge bezüglich Umfang und Qualität.<sup>106</sup> Der Krieg erforderte somit eine erhöhte Produktionsleistung der Industrie, brachte ihr aber gleichzeitig erschwerende Bedingungen. Durch die Schließung der Außengrenzen wurde der Rohstoffimport unterbrochen und durch die umfangreichen Einberufungen (allein die k.u.k. Armee wurde 1914 von einer Friedensstärke von 450.000 Soldaten durch die Mobilisierung um 2,9 Mio. Soldaten aufgestockt<sup>107</sup>) kam es zu einem Mangel an Arbeitskräften. Zwar gab es aufgrund der Einstellung gewisser ziviler Produktionen ein bestimmtes Arbeitskräfteangebot, jedoch konnte damit der Bedarf an notwendigen Facharbeitskräften nicht gedeckt werden. Erst nachdem erkannt wurde, dass der Krieg länger andauern würde, konnte sich die Wirtschaft besser auf die Kriegsproduktion einstellen. So wurde etwa die Rohstoffverteilung zentral verwaltet und in bestimmten Bereichen die Preise festgesetzt.<sup>108</sup> Die Leistung der Industrie wurde anfangs zudem durch die eingeschränkte Verfügbarkeit des für die militärische Mobilisierung notwendigen Eisenbahnnetzes verringert, welches für die Versorgung mit Energie und Rohstoffen gebraucht wurde. Erst 1915 konnte die Industrie auf umfangreiche Rüstungsproduktion umgestellt und ihr Leistungsausstoß erweitert werden. Die Produktion von Roheisen etwa stieg von 1,5 Mio. t im Jahr 1914 auf 1,9 Mio. t 1916. Ab 1917 wurde aber ein allgemeiner Produktionsrückgang bemerkbar, der sich bis Kriegsende noch intensivierte. Die Versorgung mit Kohle spielte dabei eine wesentliche Rolle. Zwar wurde diese auch weiterhin im Reich abgebaut, jedoch gab es aufgrund von Rekrutierungen bei den

---

<sup>105</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 59–60.

<sup>106</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 84-85.

<sup>107</sup> Rumpler und Schmied-Kowarzik 2014: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg., S. 143.

<sup>108</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 26–27.

Abbauunternehmen einen spürbaren Arbeitskräftemangel. Zudem standen die darüber hinaus benötigten Importmengen nicht mehr zur Verfügung. Verschärft wurde diese Entwicklung wesentlich durch eine Dezimierung der verfügbaren Eisenbahnkapazitäten infolge von Lokomotiv- und Waggonausfällen (zwar konnte die Produktion von Waggons bis 1917 wesentlich gesteigert werden, jene von Lokomotiven nahm jedoch nur in geringem Ausmaß zu<sup>109</sup>) und der Mobilisierung von Bahnbediensteten. Zu den bestehenden Schwierigkeiten der Eisenbahnkapazitäten kam noch die unzureichende logistische Koordinierung der vorhandenen Transportmöglichkeiten, die mangelnde Kenntnis der eigenen Engpässe, eine fehlende Bereitschaft in den Ankauf zusätzlicher Eisenbahnen und Waggons im Ausland zu investieren, Kohlenmangel und der Verlust von ca. 15.000 Waggons an die Kriegsgegner infolge der russischen Offensive 1914. Diese Umstände erschwerten die Versorgung der Unternehmen mit Rohstoffen erheblich. Die fehlenden Rohstoffmengen, etwa bei Eisenerzen, oder der Mangel an Stahl und Schrott konnten teilweise durch restriktivere Verteilung der vorhandenen Mengen, durch Requirierungen in den besetzten Gebieten und durch deutsche Importe gedeckt werden.<sup>110 111</sup> Um die fehlenden Arbeitskräfte zu kompensieren, wurden Frauen und auch Kriegsgefangene eingesetzt. Damit konnte zwar die Produktion fortgesetzt werden, im Laufe des Krieges kamen aber auch ArbeiterInnenproteste infolge von Nahrungsmittelknappheit, so geschehen etwa in Werken in Donawitz und Fohnsdorf, zur Liste der Schwierigkeiten hinzu.<sup>112</sup>

Abbildung 4 zeigt, dass in Zisleithanien im ersten Kriegsjahr sowohl bei Braun- und Steinkohle als auch bei Eisenerz im Vergleich zum Volumen vor Kriegsbeginn eine geringere Menge gefördert wurde. Während die Förderung von Braunkohle erst 1916 wieder gesteigert werden konnte, gelang dies bei Steinkohle und Eisenerzen bereits 1915. Mit den 1916 geförderten Mengen an Steinkohle und Eisenerz wurden sogar die Werte von 1913 übertroffen. 1917 verringerte sich jedoch das geförderte Volumen in allen drei Bereichen wieder: das Fördervolumen bei Braunkohle erreichte nur mehr 79% des Umfangs von 1913, Steinkohle blieb in etwa auf dem Umfang und Eisenerz kam auf 82%.

---

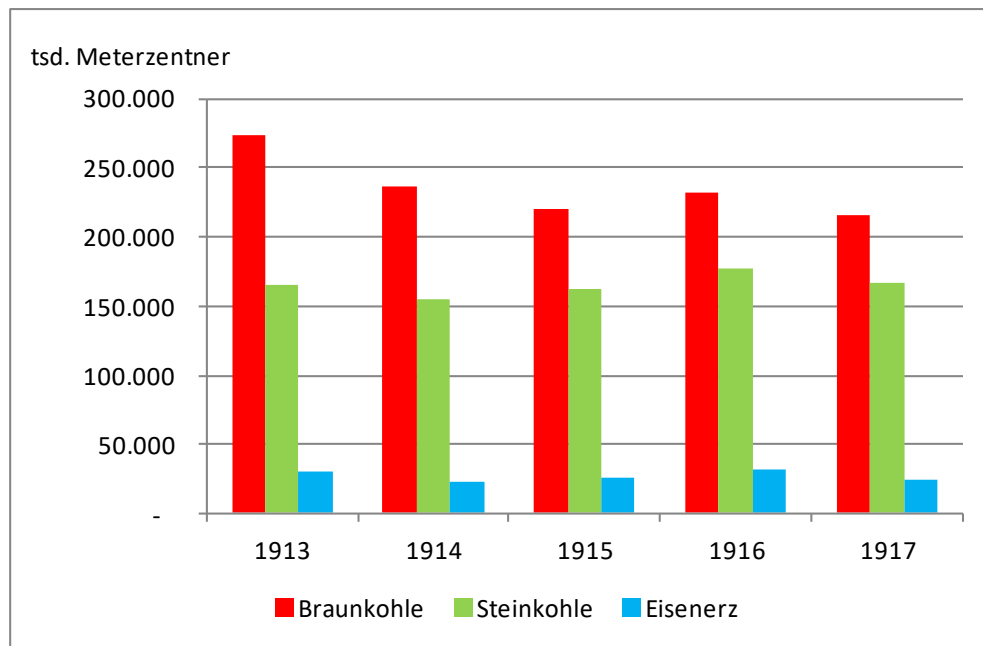
<sup>109</sup> Rumpler und Schmied-Kowarzik 2014: Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg., S. 294.

<sup>110</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 319–322.

<sup>111</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914–1918, S. 55–57.

<sup>112</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 188–190.

Abbildung 4: Fördervolumen in Bergbau und Hüttenwesen Zisleithanien 1913-1917



Quelle: Daten aus Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 292; eigene Darstellung

Durch das Kriegsleistungsgesetz wurden die Arbeitsverhältnisse und -rechte der Kriegswirtschaft angepasst. Die Rechte und Pflichten von Arbeitskräften wurden in der Monarchie lange Zeit zwischen ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen vereinbart. Zwar gab es gewisse Grundlagen im bürgerlichen Recht, wirkliche Erleichterungen kamen aber erst seit dem Ende des 19. Jahrhunderts dazu. So wurde unter anderem die Arbeitszeit auf maximal 11 Stunden pro Tag reduziert, Schlichtungsstellen und Inspektionen festgelegt und Kranken- und Unfallversicherungen eingeführt. Diese neuen Regelungen gingen einher mit der Gründung von Organisationen, welche den politischen Parteien nahestanden und die Anliegen der Arbeitskräfte gegenüber den Unternehmen oder der öffentlichen Verwaltung vertraten. Die Unternehmen wiederum gründeten ihre eigenen Vertretungsorganisationen, wie die Handels- oder Gewerbekammern. Ziel dieser Organisationen war es, die Interessen der jeweiligen breiten Basis gebündelt zu vertreten und für beide Seiten annehmbare Arbeitsverhältnisse zu schaffen, was neben einzelnen Vereinbarungen auch für ganze Branchen in die Festsetzung von Kollektivverträgen mündete. Die unmittelbaren Jahre vor dem Ersten Weltkrieg waren jedoch von einer gewissen Unsicherheit seitens der Arbeitskräfte geprägt, welche durch Produktionsumstellungen, Reorganisationen innerhalb etlicher

Branchen und eine unternehmensfreundliche Wirtschaftspolitik verursacht wurde.<sup>113</sup> Nun wurde sowohl in bestehende Verträge eingegriffen und ein Nichtbefolgen von Anordnungen streng bestraft als auch der Einfluss der Gewerkschaften zurückgedrängt und jegliche Streikmöglichkeit genommen. Zudem wurden die Löhne festgesetzt und die Arbeitszeiten verlängert. Zur Überwachung der Einhaltung dieser Bestimmungen und der Disziplin wurde eine militärische Leitung in kriegswichtigen Unternehmen eingesetzt.<sup>114</sup> Zwar mussten aufgrund der allgemeinen Euphorie weder die Gewerkschaften von kriegsnotwendigen Maßnahmen und der Mobilisierung zum Kriegsdienst überzeugt werden, noch kam es trotz massenweiser Entlassungen aufgrund der Schließung von nicht kriegsrelevanten Unternehmen zu Protesten der Arbeitskräfte.<sup>115</sup> Faktisch verloren die ArbeiterInnen aber alle vor dem Krieg errungenen Rechte und waren den Anforderungen der Unternehmen und des Militärs, deren Interessen sich Großteils deckten oder zumindest ergänzten, ausgeliefert. Die ständig steigenden Produktionsmengen für die Kriegswirtschaft überstiegen jedoch bald die Leistungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte, wodurch es zu Unruhen innerhalb dieser kam und die Unternehmen wieder bereit waren, mit den Gewerkschaften zu verhandeln. In Zusammenarbeit mit Handels- und Sozialministerium konnten einige Erleichterungen vereinbart werden, die aber nur für eine kurze Entspannung sorgten.<sup>116</sup> Verstärkt noch durch die weiter steigende Arbeitsbelastung infolge von Arbeitskräftemangel (die Zahl der unselbständig Beschäftigten sank im heutigen Gebiet Österreichs von 2,2 Mio. im Jahr 1913 auf 1,3 Mio. im Jahr 1918<sup>117</sup>) und der schwierigen Versorgung mit ausreichend Nahrungsmitteln, kam es mit Verlauf des Krieges zu einer äußerst angespannten Lage unter den Arbeitskräften, und diesmal auch zu vermehrten Unruhen in der gesamten Bevölkerung. Diese blieben dem Militär nicht verborgen, welches um die Versorgungsstrukturen hinter der Front besorgt war. Um den Bedürfnissen der ArbeitnehmerInnen nachzukommen, wurde 1917 eine Beschwerdekommision eingerichtet, bei der ihre Anliegen geprüft wurden. Da diese Kommission aber die angespannte Lage nicht entschärfen konnte, wandten sich die ArbeiterInnen wieder den Gewerkschaften zu. Diese sahen sich veranlasst, die

---

<sup>113</sup> Grandner 1991: Arbeitsrecht und Gewerkschaften im 1. Weltkrieg, S. 67–70.

<sup>114</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 171–175.

<sup>115</sup> Rauchensteiner 1997: Der Tod des Doppeladlers, S. 139–140.

<sup>116</sup> Grandner 1991: Arbeitsrecht und Gewerkschaften im 1. Weltkrieg, S. 71–73.

<sup>117</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 223.

Unzufriedenheit durch Arbeitsniederlegungen und Streiks auszudrücken.<sup>118</sup> Einer dieser Streiks brach im Jänner 1918 in Wiener Neustadt bei *Austro-Daimler* aus. Innerhalb kürzester Zeit folgten weitere Streiks in umliegenden Unternehmen und in weiterer Folge im gesamten Reich, an denen sich rund 700.000 ArbeiterInnen beteiligten. Die Gründe waren aber nicht nur der anhaltende Mangel an ausreichender Verpflegung und die Unzufriedenheit mit der militärischen Verwaltung der Unternehmen, sondern auch die Forderung nach einer Beendigung des Krieges aufgrund der gleichzeitig stattfindenden Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk.<sup>119</sup> Aber nicht alle namhaften Unternehmen beteiligten sich an den Streiks vom Jänner 1918. Beispielsweise legte nur ein kleiner Teil der Belegschaft der *Hirtenberger Munitionsfabriken* seine Arbeit nieder, der Großteil jedoch verblieb am Arbeitsplatz. Dies dürfte auf eine bessere Behandlung der Arbeitskräfte durch die Unternehmensführung und ausreichenden Personalstand zurückzuführen sein. Zwar gab es durch die Einberufungen zum Frontdienst auch hier einen Mangel an Arbeitskräften, dieser wurde aber zum Teil durch die Anstellung von Frauen kompensiert. Da diese aber nicht gleich wie ihre männlichen Kollegen behandelt wurden, vor allem was die Entlohnung betrifft, kam es ab 1917 immer wieder zu Protesten durch einzelne Gruppen von Arbeiterinnen.<sup>120</sup>

Abbildung 5: Streiks in Zisleithanien 1911-1917

Jahr	Anzahl Streiks	Betroffene Betriebe	Beteiligte Beschäftigte
1911	706	3.507	122.001
1912	758	2.818	120.953
1913	438	1.024	39.814
1914	260	794	33.412
1915	39	51	7.951
1916	41	60	14.841
1917	131	375	161.234

Quelle: Daten aus Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 310;

eigene Darstellung

<sup>118</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 191–193.

<sup>119</sup> Egger 1991: Heeresverwaltung und Rüstungsindustrie in Niederösterreich während des 1. Weltkrieges, S. 100–101.

<sup>120</sup> Mötzt 2010: Hirtenberger AG - die ersten 150 Jahre, S. 41–43.



Abbildung 5 zeigt die Streikentwicklung innerhalb der österreichischen Reichshälfte von 1911 bis 1917. Eindeutig abzulesen sind die Auswirkungen des Kriegsbeginns und die Folgen des Kriegsleistungsgesetzes. Zwar gab es bereits 1913 einen Rückgang der Streiks, mit Inkrafttreten des Kriegsleistungsgesetzes 1914 nahmen diese, zumindest in ihrer Gesamtzahl und der betroffenen Unternehmen, aber weiter ab. Vor allem 1915 wurden die Streiks auf einen Bruchteil der Vorkriegswerte reduziert und auch 1916 auf einem niedrigen Stand gehalten. Mit 1917 lässt sich aufgrund der oben genannten Umstände eine signifikante Steigerung der Streiks und der daran beteiligten Beschäftigten und Unternehmen erkennen.

Der Arbeitskräftemangel und die unzureichende Versorgung mit Nahrungsmitteln wirkten sich, wie bereits erwähnt, besonders auf die Produktivität der bestehenden Belegschaft aus. Konnte eine Arbeitskraft etwa in der Kohleproduktion 1913 noch eine Leistung von 1.238 kg pro Tag vorweisen, so sank diese 1917 auf 1.032 kg, was Produktivitätseinbußen von ca. 17% ergab.<sup>121</sup> Zeitweise wurde der Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von aus der Bukowina und Galizien kommenden Flüchtlingen gemildert. Nachdem diese Gebiete aber vom Habsburgerreich zurückerobert wurden, kehrte ein Großteil der Flüchtlinge dorthin zurück, wodurch diese Kräfte der Wirtschaft wieder verloren gingen. Der dadurch steigende Druck veranlasste die Unternehmen, Kriegsgefangene in der Produktion einzusetzen, wobei dies in größerem Umfang nur in jenen Unternehmen erfolgte, die unter direkter militärischer Verwaltung standen. Die übrigen Unternehmen verweigerten den Einsatz größerer Anzahl an Flüchtlingen aufgrund von Versorgungs- und Überwachungsschwierigkeiten. Ähnlich verhielt es sich bei der Einstellung von Frauen. Auch wenn diese ein großes, meist auch günstigeres und nicht der militärischen Kontrolle unterliegendes, Arbeitskräftepotential darstellten, waren viele Unternehmen nicht bereit, Frauen zu beschäftigen. Während Frauenarbeit im Deutschen Reich bereits verbreitet war, wurden Frauen im Habsburgerreich in größerem Ausmaß nur in der Munitionsproduktion eingesetzt.<sup>122</sup> Hier betrug der Anteil der Frauen an der gesamten Belegschaft teilweise sogar mehr als 50%, etwa in der Munitionsfabrik Wöllersdorf, was auf eine grundsätzlich hohe Arbeitsbereitschaft der Frauen schließen lässt.<sup>123</sup>

---

<sup>121</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 86.

<sup>122</sup> Rauchensteiner 1997: Der Tod des Doppeladlers, S. 264–265.

<sup>123</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 96.

Zu den vorhandenen Problemen des Arbeitskräfte- und Rohstoffmangels kamen im weiteren Verlauf des Krieges auch finanzielle Probleme. Durch die zunehmende Inflation infolge zunehmender Kriegskosten stiegen auch die Produktionskosten der Industrie.<sup>124</sup> Zur finanziellen Unterstützung der wichtigen Industrieunternehmen bewilligte die Regierung direkte Zahlungen und Darlehen oder vergab Garantieerklärungen.<sup>125</sup> Finanziert wurden die Kriegskosten hauptsächlich durch eine Ausweitung des Notendrucks, Kredite und mehrere Krieganleihen. Die Monarchie griff nur in geringem Ausmaß auf das Mittel der Steuer- und Gebührenerhöhung zurück, da sie zum einen mit einem baldigen Ende des Krieges rechnete, zum anderen auch mit einer ablehnenden Akzeptanz von Seiten der verschiedenen Bevölkerungsgruppen.<sup>126</sup> Durch den Ausbruch des Krieges veränderte sich der Einfluss der Banken auf die Industrie signifikant. Zum einen war die Nachfrage nach Aktien vieler Unternehmen gestiegen, was den Banken ermöglichte, bislang unter Wert zeichnende Anteile gewinnbringend abzustoßen. Zum anderen aber reduzierte sich der Bedarf vieler Rüstungsunternehmen an Fremdkapital, da sie bei einer umfangreichen Auftragslage und ausgezeichneten Zahlungsmoral durch den Staat mit ausreichender Liquidität ausgestattet waren. Diese nützten die Unternehmen, um bestehende Kredite zurückzuzahlen und die Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten selbst zu finanzieren. Somit konnten sie zunehmend unabhängiger von den Banken agieren. Dieser Zustand hielt aber weitestgehend nicht einmal bis Kriegsende an.<sup>127</sup> Es war aber nicht ungewöhnlich, dass Rüstungsunternehmen auch durch ausländisches Kapital versorgt wurden, teilweise sogar aus Ländern, mit denen die Mittelmächte im Krieg waren. So wurde die Rüstungsproduktion bei *Skoda* durch französische Mittel mitfinanziert, oder der Bau von Kriegsschiffen in Fiume bei der Firma *Whitehead* durch britische Gelder ermöglicht. Die wirtschaftlichen Interessen entsprachen somit nicht immer den militärischen.<sup>128</sup> Es gab aber auch deutsches Interesse an der österreichischen Industrie. Zu den für die Rüstung wichtigen Unternehmen zählte etwa die Firma *Böhler*. Sie produzierte neben Geschützen auch die dazu notwendige Munition und profitierte erheblich von den Rüstungsaufträgen während des Ersten Weltkrieges. Um an die

---

<sup>124</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 27.

<sup>125</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 83.

<sup>126</sup> Wysocki 1973: Die österreichische Finanzpolitik, S. 101–103.

<sup>127</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 144–147.

<sup>128</sup> Rauchensteiner 1997: Der Tod des Doppeladlers, S. 39.

für die Ausweitung der Produktion notwendigen Rohstoffe und Geldmittel zu kommen, übernahm Hugo Stinnes, einer der einflussreichsten Personen in der deutschen Montanindustrie, einen Großteil des Unternehmens, wodurch *Böhler*, sowie später auch die *Alpine Montan*, Teil der deutschen Montanindustrie wurde.<sup>129</sup> Für einige Unternehmen war die Rüstungsproduktion ein lukratives Geschäft, denn es ließen sich durchaus Gewinne damit erwirtschaften. So konnte etwa die Firma *Steyr* ihren Profit im Vergleich zum Vorkriegsdurchschnitt bis zum dritten Kriegsjahr beinahe versiebenfachen. Jedoch hatte das hohe Produktionslevel seinen Preis: der Verschleiß vieler Anlagen konnte mangels Rohstoffen nicht ersetzt werden. Etliche Unternehmen, die nicht rüstungsrelevant waren, mussten auf Anordnung ihre Anlagen für anderweitige Verwertung des darin enthaltenen Metalls zur Verfügung stellen. Zu sehen ist hierbei, dass die Regierung und ihre Behörden zunehmend die Kontrolle über die (Rüstungs-) Industrie übernahmen und das Produktionsprogramm, die Verteilung der Rohstoffe und die Zuordnung von Transportkapazitäten größtenteils unabhängig von den Unternehmen vorgaben.<sup>130</sup> Dabei agierte die Regierung nicht immer den Umständen angemessen, sondern teilweise zum Vorteil einiger Großunternehmen, etwa durch ihre Eingriffe bei der Preisgestaltung für Fertigprodukte. So konnten einige Unternehmen, wie die *Alpine Montan*, ihre Gewinne trotz steigender Rohstoffpreise weiterhin aufrechterhalten. Dennoch sorgte das Kriegsministerium für eine breitere Effizienzsteigerung bei der Rohstoffversorgung, den Transportkapazitäten, dem Produktionsausstoß und der Finanzierung der Industrie.<sup>131</sup>

In Abbildung 6 ist erkennbar, dass die Produktion von Rohstahl, welche wesentlich für die Erzeugung von Rüstungsgütern war, im Habsburgerreich von 1914 bis 1916 um mehr als 50% gesteigert wurde. Diese Leistung konnte aber in den Folgejahren nicht aufrechterhalten werden, wodurch die Produktion im Jahr 1918 nur mehr 68% jener von 1914 betrug.

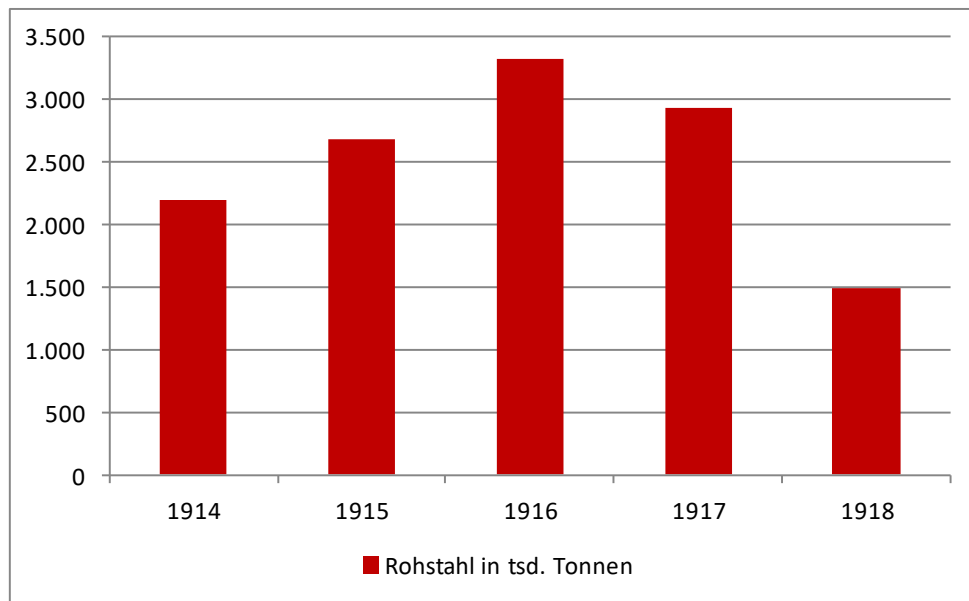
---

<sup>129</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 192–193.

<sup>130</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 81–82.

<sup>131</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 61.

Abbildung 6: Produktion von Rohstahl im Habsburgerreich 1914-1918



Quelle: Daten aus: Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 294; eigene Darstellung

Die Firma *Steyr* hatte sich im Laufe des 19. Jahrhunderts auf die Gewehrproduktion spezialisiert. Sie wurde nicht nur zum Hauptlieferanten der k.u.k. Armee, sondern exportierte auch an andere europäische und internationale Mächte. Hinzu kam um 1900 noch die Fahrradproduktion, die ebenfalls große Nachfrage vom Militär erhielt. Während des Ersten Weltkrieges konnte die Produktion sowohl von Gewehren als auch von Fahrrädern erheblich gesteigert werden. Im Krieg erhielt die Firma zudem erstmals Aufträge für Flugzeugmotoren.<sup>132</sup> *Steyr* konnte seine Produktionsprozesse relativ rasch auf Kriegsproduktion umstellen, da die Firma bereits vor Kriegsausbruch mit der Erneuerung der Produktionsanlagen und dem Bau einer neuen Fabrik begonnen hatte. Hatte die Firma vor dem Krieg in Summe rund sechs Mio. Gewehre und rund 284.000 Pistolen produziert, so betrug das Produktionsvolumen allein während des Krieges mehr als 3 Mio. Gewehre und 235.000 Pistolen.<sup>133</sup> Eng verbunden mit der Gewehrproduktion war auch die Herstellung der entsprechenden Munition. Hier gab es bereits vor Kriegsausbruch eine enge Kooperation mit der *Hirtenberger Munitionsfabrik*. Vor allem bei den umfangreichen Exportaufträgen für

<sup>132</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 226–231.

<sup>133</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 160–161.

Gewehre und Maschinengewehre diente *Hirtenberger* als standardmäßiger Zulieferer. Die Hauptabnehmer kamen unter anderem aus entfernteren Ländern wie Äthiopien, China und Mexiko, aber auch aus Ländern, die später zu direkten Kriegsgegnern des Habsburgerreichs wurden, etwa Russland, Serbien und Rumänien. Bis zum Kriegsbeginn wurden in Summe rund 1,26 Mrd. Patronen für den Export produziert. *Hirtenberger* hatte sich dabei den Ruf aufgebaut, individuell auf unterschiedliche Kundenwünsche einzugehen. Die Exportaufträge nahmen während des Krieges zwar ab, neutrale und verbündete Staaten wurden dennoch beliefert, Hauptabnehmer war aber das Habsburgerreich. Die Produktion wurde zur Spitzenzeit 1916 auf 1,4 Mio. Patronen täglich ausgeweitet. Danach nahm die Leistung wieder ab, was vorwiegend dem Mangel an den benötigten Rohstoffen zuzurechnen war.<sup>134</sup> Dank seiner umfangreichen Produktionsaufträge konnte *Hirtenberger* seine Gewinne entsprechend steigern. Die Dividendenausschüttung hatte sich 1916 im Vergleich zu den Werten vor Kriegsbeginn mehr als verdoppelt.<sup>135</sup>

Die Unternehmen des Wiener Beckens nahmen im Laufe des Krieges generell rasch an Bedeutung zu. Es formte sich ein Ballungsraum für Rüstungs- und deren Zulieferunternehmen, vor allem im Bereich der Munitionserzeugung. Zu deren wichtigsten Unternehmen zählten neben der *Hirtenberger Munitionsfabrik* die *Pulverfabrik Blumau*, die *k.u.k. Munitionsfabrik* in Wöllersdorf und die *Enzesfelder Munitionsfabrik*. Während des Ersten Weltkriegs stieg auch deren Auftragslage stark an, wodurch die Produktion erheblich erweitert und die Belegschaft teilweise auf das Zehnfache des Vorkriegsstandes aufgestockt wurde. Ebenfalls zu wichtigen Rüstungsunternehmen ausgeweitet wurden in dieser Region die Firma *Austro-Daimler*, welche unter anderem Flugzeugmotoren in Wiener Neustadt herstellte, und die Unternehmen *Schoeller* in Ternitz und *Krupp* in Berndorf.<sup>136</sup> Die *Pulverfabrik Blumau* investierte zu Kriegsausbruch rund 50 Mio. Kronen in die Erweiterung ihres Unternehmens, um die gestiegenen Anforderungen des Militärs an Munition mit der notwendigen Produktion von Pulver und Sprengstoff decken zu können. Die Bauzeit betrug mehr als drei Jahre. Um die Herstellung der geforderten Menge Munition bewerkstelligen zu können, wurden unter anderem in der *Munitionsfabrik Wöllersdorf* die bestehende Produktionsanlage von 700

---

<sup>134</sup> Mötzer 2010: *Hirtenberger AG - die ersten 150 Jahre*, S. 37-41.

<sup>135</sup> Rauchensteiner 1997: *Der Tod des Doppeladlers*, S. 38.

<sup>136</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: *Österreichische Industriegeschichte*, S. 228-230.

Maschinen auf 1.600 und der Arbeitskräftestand von 3.700 auf 28.000 erhöht.<sup>137</sup> *Austro-Daimler*, seit 1910 offiziell *Österreichische Daimler-Motoren A.G.*, erweiterte seine Produktionsanlagen bereits vor dem Krieg erheblich und belieferte das Militär mit Transportwagen und Motoren für Artilleriezugmaschinen.<sup>138</sup>

Abbildung 7: Produktion von Kriegsgerät im Habsburgerreich (in Stück) 1914-1918

Jahr	Monatsproduktion				Tagesproduktion
	Gewehre	MG	Geschütze	Artilleriemunition	Gewehrmunition
1914	29.800	240	44	375.000	2.500.000
1915	150.800	620	244	950.000	3.750.000
1916	199.500	1.050	609	1.400.000	4.000.000
1917	182.000	2.620	699	2.766.000	3.000.000
1918	57.400	3.070	463	1.150.000	1.750.000

Quelle: Daten aus Rumpler und Schmied-Kowarzik (2014), S. 294; eigene Darstellung

Aus Abbildung 7 lässt sich ablesen, dass die monatliche Produktion von Kriegsgerät erst im Jahr 1915 richtig anief, wobei selbst diese Mengen für die Anforderungen des Krieges nicht ausreichten. Daher wurde die Produktion bis 1917 noch weiter gesteigert, bei Maschinengewehren (MG) und Geschützen betrug die Zunahme sogar ein Vielfaches gegenüber den Werten von 1915. Hingegen wurde die Produktion von Gewehren bereits 1917 gedrosselt. Im letzten Kriegsjahr sank die Monatsproduktion drastisch, einzig die MG-Produktion wurde noch gesteigert. Ähnlich wie bei den entsprechenden Kriegsgeräten verlief die Produktion der zugehörigen Munition. Jene für Artillerie wurde bis 1917 erheblich gesteigert, jene für Gewehre nur bis 1916. Ab 1917 wurde diese bereits wieder reduziert und lag 1918 weit unter dem Niveau zu Kriegsbeginn.

Teilweise konnte das Ende 1916 im Habsburgerreich übernommene Hindenburgprogramm zu Produktionszuwächsen führen. Da dieses vom Deutschen Reich vorgegebene Rüstungsprogramm aber die eingeschränkten Produktionsmöglichkeiten, die mangelhafte Rohstoffversorgung und die unzureichenden Transportkapazitäten nicht genügend

<sup>137</sup> Meelich 1977: Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918, S. 92–96.

<sup>138</sup> Reinschedl 2001: Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich, S. 149-150.

berücksichtigte, konnten die unrealistisch hohen Erwartungen von der Rüstungsindustrie nie erfüllt werden.<sup>139</sup> Gegen Kriegsende spitzte sich der Mangel an Rohstoffen immer mehr zu. Fehlte zunächst Eisen für die Stahlindustrie, folgten schon bald seltene Metalle, die in der Munitionserzeugung notwendig waren. Hinzu kam das hohe Defizit bei der Kohleversorgung, was vor allem durch fehlende Transportwaggons und streikende ArbeiterInnen verursacht wurde.<sup>140</sup> Ein Ende des Krieges war allein schon aus wirtschaftlicher Sicht absehbar.

---

<sup>139</sup> Wegs 1979: Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918, S. 122–124.

<sup>140</sup> Rauchensteiner 1997: Der Tod des Doppeladlers, S. 562.

## **2.2. Die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zusammenbruch des Habsburgerreichs**

### **2.2.1. Die Phase der Umstellung**

Für Österreich war das Ende des Habsburgerreichs und die damit verbundene Aufspaltung seiner Länder in selbständige Staaten ein schwerer Schock. Die Bevölkerung und die Wirtschaft sahen darin eine existenzbedrohende Folge des Krieges. Die verbreitete Ansicht, Österreich könne unter diesen Umständen nicht überleben, erschwerte die Umsetzung von Maßnahmen zur Umstellung und weiteren Entwicklung der noch vorhandenen wirtschaftlichen Strukturen.<sup>141</sup> Aus finanzieller Sicht war die Lage zunächst nicht so dramatisch, die Banken hatten noch genug Geld und der Staat war ebenfalls noch liquide.<sup>142</sup> Zudem war Österreich von direkten Kampfhandlungen verschont geblieben, wodurch den Unternehmen ein Großteil ihrer Substanz erhalten blieb. Jedoch verlagerte sich die Nachfrage von Rüstungsgütern hin zu grundlegenden Gütern wie Nahrungsmitteln und Energie für die Bevölkerung.<sup>143</sup> Bislang wurde Österreich von der ungarischen Reichshälfte umfangreich mit Agrarprodukten beliefert. Von dieser Quelle wurde es nun getrennt und hatte nicht die notwendigen Ressourcen, um sich selbst mit Nahrungsmitteln zu versorgen.<sup>144</sup> Ebenfalls zu Engpässen kam es bei der Versorgung mit Kohle, welche bislang aus Schlesien und Böhmen bezogen werden konnte. Dieser Mangel traf die Wirtschaft besonders hart, da sowohl die Industrie als auch die Eisenbahn wesentlich von diesem Energieträger abhängig waren. Zudem wurden Verkehrsverbindungen durch die neu entstandenen Grenzen unterbrochen, wodurch der Zugang zu internationalen Handelsplätzen Großteiles unterbrochen wurde. Erschwert durch die einsetzende Inflation waren die wirtschaftlichen Aussichten äußerst pessimistisch.<sup>145</sup> Zum Teil waren die Probleme auch von Österreich selbst verschuldet. Da die Regierung vermehrt offen für einen sofortigen „Anschluss“ an das Deutsche Reich einstand, offiziell um die Rückkehr der Monarchie oder den Einzug des Bolschewismus zu verhindern, und die Abtretung von deutschsprachigen Gebieten in Südböhmen, Südmähren und Schlesien forderte, befürchtete vor allem die Tschechoslowakei vom Deutschen Reich umschlossen zu

---

<sup>141</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 67.

<sup>142</sup> Rauchensteiner 2017: Unter Beobachtung., S. 29.

<sup>143</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 28.

<sup>144</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 208–209.

<sup>145</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 19–22.



werden. Das veranlasste die Tschechoslowakei ihre Exporte nach Österreich drastisch zu senken.<sup>146</sup> Der am 10. September 1919 unterzeichnete Vertrag von St. Germain enthielt weitreichende Regelungen für die wirtschaftliche Entwicklung Österreichs. Neben der Festsetzung neuer Grenzen für die Republik (Teil II des Vertrages) und ihrer Verpflichtung zu Leistungen zwecks Wiedergutmachung (Teil VIII, Abschnitt I) waren dies umfangreiche direkte Vorgaben für die Industrie. So forderte der Vertrag die unverzügliche Reduktion der Produktionsmöglichkeiten für Rüstungsgüter oder deren Umstellung auf Friedensproduktion (Artikel 132), untersagte jeglichen internationalen Handel mit Rüstungsgütern (Artikel 134) und gab Grundsatzregeln für die Gleichbehandlung von alliierten und assoziierten Staaten bei Zöllen und Gebühren im Handel vor (Teil X, Abschnitt I, Kapitel I).<sup>147</sup> Diese Vorgaben hatten aber laut Karl Bachinger<sup>148</sup> realwirtschaftlich gesehen keine wirklich einschneidende Bedeutung. So mussten beispielsweise die Leistungen zur Wiedergutmachung nicht erbracht werden und Handelsbarrieren wurden unabhängig von diesem Vertrag individuell vereinbart. Zu diesen Vorgaben und den unzureichenden wirtschaftspolitischen Strukturen kam aber ein Überangebot an Arbeitskräften, vor allem durch den enormen Verwaltungsapparat, der auch die aus den ehemaligen Reichsteilen nun zurückkehrenden Beamtete miteinschloss.<sup>149</sup>

Besonders betroffen davon war Wien, welches bis zum Zerfall Verwaltungshauptstadt des Habsburgerreiches war. Nicht nur gab es von vornherein einen umfangreichen Beamtenapparat in der Stadt, sondern es hatten sich hier viele Branchen und Unternehmen angesiedelt, die ein weites Netzwerk innerhalb des Reiches kontrollierten. So wirkte die Stadt als Industrie- und Finanzzentrum, da die wichtigsten Industrieunternehmen hier ihre Firmenzentralen hatten und der Großteil des von den Banken gehaltenen Industriekapitals ebenfalls in Wien gebündelt war. Problematisch nach dem Zerfall war unter anderem, dass sich große Teile der kontrollierten Industrieunternehmen weit verstreut auf den Gebieten der Nachfolgestaaten befanden. Diese wiederum trachteten danach, mit den in ihren Gebieten verbliebenen Unternehmen und Strukturen eigene Industrie- und Verwaltungszentren aufzubauen, wodurch Österreich und insbesondere Wien mit einem überdimensionierten

---

<sup>146</sup> Rauchensteiner 2017: Unter Beobachtung., S. 32-33.

<sup>147</sup> Staatsvertrag 10.09.1919.

<sup>148</sup> Bachinger 1994: 1918-1945, S. 74.

<sup>149</sup> Müller 1983: Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs, S. 208–209.

privaten und öffentlichen Verwaltungsapparat konfrontiert war.<sup>150</sup> Erschwerend dabei waren Konflikte, die sich aus den unterschiedlichen politischen Einfärbungen zwischen der Hauptstadt (sozialdemokratisch) und den Bundesländern (christdemokratisch) ergaben.<sup>151</sup>

Im November 1918 erlassene Gesetze beinhalteten unter anderem die Abschaffung spezieller Gesetze und Privilegien des Kaiserhauses und enthoben gleichzeitig die Beamteten von ihrem Treueschwur dem Kaiser gegenüber. Dies war Voraussetzung für eine Übernahme der Beamteten in die Verwaltung der Republik, wobei dies nicht automatisch eine gesicherte Anstellung bedeutete. Die Republik verpflichtete sich somit gesetzlich selbst, den gesamten Beamtenapparat nicht übernehmen zu müssen, auch wenn dies in der Praxis dennoch geschah. Der Grund lag einerseits in den verwaltungstechnischen Fachkenntnissen vieler ehemaliger Reichsbeamteten, andererseits im traditionellen Protektionismus, den die Monarchie gegenüber ihren Bediensteten ausgeübt hatte. Beides hatte Karl Renner als erster Staatskanzler der Republik 1918 bewusst übernommen, mit der Begründung, dass sowohl das Wissen und die Moral der Beamteten der Republik nützlich sein würden als auch diese Beamteten von Hunger, Entbehrungen und einer unsicheren Zukunft betroffen seien. Er sah dabei nicht die finanziellen Schwierigkeiten auf die Republik zukommen.<sup>152</sup> Erst eine Verwaltungsreform stoppte die Erweiterung des Beamtenapparates und enthielt auch einen Abbauplan. Dies traf die Hoffnungen vieler junger gut ausgebildeter Arbeitssuchenden und trug wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosenzahlen bei.<sup>153</sup> Allein in der ersten Hälfte der 1920er Jahre wurden 94.000 Beamtete aus ihrem Dienst entlassen, bis 1933 folgten weitere rund 42.000.<sup>154</sup>

Die 1918 gegründete Republik Österreich befand sich zumindest bis 1925 in einer verwaltungstechnischen und verfassungsmäßigen Wandlung. Die finanzielle Krise begleitete eine Zeit administrativer Unsicherheit. Die Republik hatte nicht nur die deutschsprachigen PolitikerInnen und Beamteten des Habsburgerreichs geerbt, sondern auch deren Institutionen, Normen und Ideale. Damit verbunden war auch eine lange Tradition

---

<sup>150</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 55–56.

<sup>151</sup> Buchmann 2019: Insel der Unseligen., S. 16.

<sup>152</sup> Deak 2010: Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, S. 130-131.

<sup>153</sup> Otruba 1968: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 16.

<sup>154</sup> Bachinger 1994: 1918-1945, S. 48.

provinzialer Machtausübung im Sinne des Absolutismus. Die finanzielle Erholung Österreichs erforderte eine umfangreiche Änderung in der Verwaltungsstruktur. Sie legte den Grundstein für die künftige Gestaltung der Politik durch den Beamtenapparat und die politischen Parteien. Durch diese Änderungen wurden die gewohnten Beziehungen zwischen dem Staat und den Beamten getrennt und neue Hierarchien geschaffen. Waren bislang die Beamten in den Provinzen und Bezirken des Reiches direkt dem Innenministerium in Wien unterstellt, mussten sie jetzt den Anweisungen von gewählten lokalen FunktionärInnen folgen. Die Verwaltung der Republik wurde somit dezentral gesteuert und der Kontrolle durch politische Parteien unterworfen.<sup>155</sup>

Neben der Auffassung, dass Österreich alleine nicht überlebensfähig sei, und den Schwierigkeiten infolge der neuen Grenzziehungen, war es auch die zunehmende Sozialisierung, welche zusätzliche Unsicherheit in die wirtschaftliche Situation brachte. Diese umfasste, auch wenn es kein zusammenhängendes Gesamtkonzept gab, sowohl Gesetze zur Erleichterung der Arbeitsverhältnisse als auch die Gründung von Betriebsräten und Arbeiterkammern und die Verstaatlichung von relevanten Privatunternehmen.<sup>156</sup> Diese Verstaatlichung hielt sich aber in Grenzen und betraf vorwiegend ehemalige Rüstungsunternehmen, etwa die *Munitionsfabrik Wöllersdorf*. Zudem wurden diese Unternehmen oftmals nach einigen Jahren geschlossen, in bestehende öffentliche Strukturen integriert oder wieder privatisiert.<sup>157</sup> Bereits im November 1918 wurde ein Gesetz erlassen, welches arbeitslosen Personen ein gewisses Grundeinkommen zusprach. In weiterer Folge wurde unter anderem die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden reduziert und ein Anspruch auf Urlaub eingeführt. Das entsprach zwar nicht den Vorstellungen der meisten Unternehmen, jedoch waren ihnen diese Zugeständnisse lieber als eine Sozialrevolution zu riskieren, wie sie zu dieser Zeit in anderen europäischen Staaten vorkam.<sup>158</sup> Aus Unternehmenssicht waren die mit der Personalanstellung verbundenen hohen Kosten eine wesentliche Hürde für weitere Anstellungen. Dabei wurden nicht nur das bestehende Lohnniveau, sondern auch die umfangreichen öffentlichen Abgaben kritisiert. Die Unternehmen forderten eine Senkung der

---

<sup>155</sup> Deak 2010: Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, S. 126.

<sup>156</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 74–75.

<sup>157</sup> Turnheim 2009: Die staatliche Industrie Österreichs in der Ersten Republik, S. 8.

<sup>158</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 31–32.

öffentlichen Ausgaben, vor allem für den Sozialbereich. Grundsätzlich herrschte aber Einigkeit darüber, dass in Österreich ein zu geringes Arbeitsangebot vorlag. Mit der Reduktion der Arbeitszeit war ein Schritt in Richtung einer Verteilung des vorhandenen Arbeitsangebots auf mehrere Arbeitskräfte erfolgt. Nachdem aber die Industrie einer weiteren Verkürzung der Arbeitszeit nicht zustimmte, wurde nach anderen Maßnahmen gesucht. So wurden die Zahl an ausländischen Arbeitskräften in Österreich verringert, die Optionen, mehreren Verdienstmöglichkeiten nachzugehen, eingeschränkt und zur Unterstützung der Wirtschaft durch die Konsumation heimischer Produkte aufgerufen.<sup>159</sup> Maßgeblich eingebunden in der Festlegung der Maßnahmen waren von ArbeitnehmerInnenseite her die Kammern für Arbeiter und Angestellte und die Gewerkschaften, die Unternehmensseite vertraten die Handelskammern, die Hauptverbände der Industrie, der Kaufmannschaft und des Gewerbes und die Bauernvertretung. Die Parteien konnten einige gemeinsame Erfolge in der Sozialpolitik aufweisen, vor allem im Rahmen des von ihnen gebildeten paritätischen Industriekomitees und den abgehaltenen Industriekonferenzen, eine enge und nachhaltige Sozialpartnerschaft entstand jedoch nicht.<sup>160</sup> Zumindest die ersten Jahre der Republik waren geprägt von reger Sozialisierungspolitik, die vorwiegend auf den Großgrundbesitz, die Wohnverhältnisse, die Großbanken und eine Verstaatlichung der Industrie ausgerichtet war. Auch wenn es politische Einigkeit über notwendige staatliche Intervention in wirtschaftliche Angelegenheiten gab, etwa bezüglich der Ernährungs- und Rohstofflage, und es zu einigen eingreifenden Gesetzesbeschlüssen kam, so wurden vom sozialpolitischen Gesamtkonzept nur Bruchteile tatsächlich umgesetzt. Dies lag an der Kehrtwende, welche die ab 1920 regierenden Christlichsozialen vollzogen. Sie repräsentierten vorwiegend die Interessen des GroßbürgerInnentums, beendeten die Sozialpartnerschaften, richteten ihre liberale Wirtschaftspolitik auf eine Währungsstabilisation aus bzw. folgten darin den internationalen Vorgaben etwa infolge der Genfer Sanierung. Damit wurden zwar Maßnahmen zum Budgetausgleich und zur Reduktion der Inflation umgesetzt, um die österreichische Wirtschaft für ausländische KapitalgeberInnen attraktiver zu machen, weitreichende strukturelle Maßnahmen zur Umstellung der Wirtschaft wurden aber nur vereinzelt durchgeführt, etwa in

---

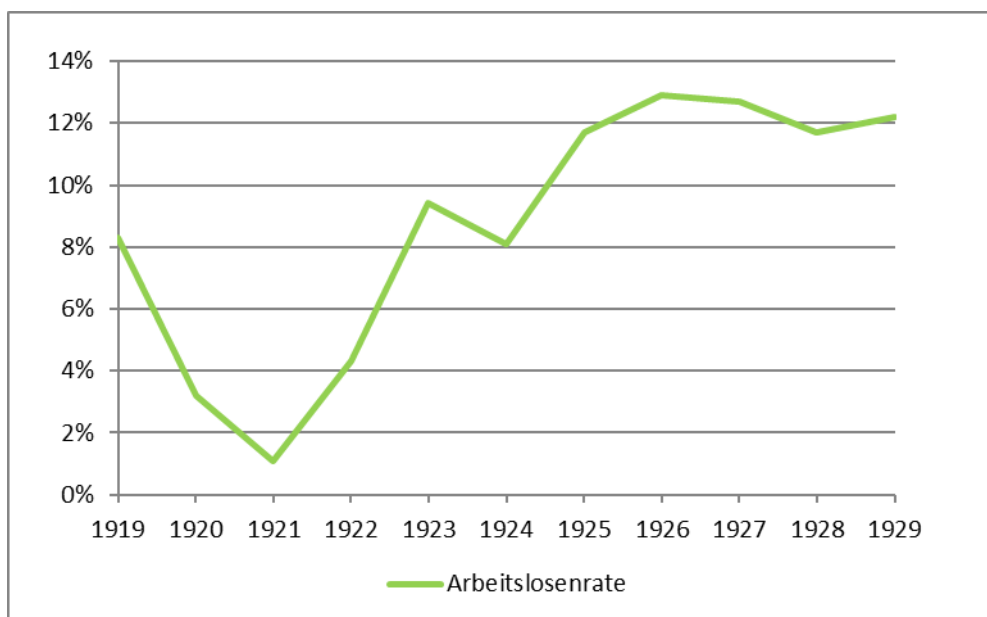
<sup>159</sup> Stiefel 1997: Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit, S. 7–11.

<sup>160</sup> Fischer 1985: Die Haltung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen zur Industriekrise zwischen den beiden Weltkriegen, S. 43–46.

der Landwirtschaft, ansonsten war die Weiterentwicklung hauptsächlich der Privatwirtschaft überlassen.<sup>161</sup>

So lag die Arbeitslosenrate Anfang der 1920er Jahre zwar bei nur rund 4%, stieg aber bis zum Beginn der Wirtschaftskrise 1929 auf 12,2% an. Abbildung 8 zeigt den weiteren Verlauf der Arbeitslosenrate, welche sich aus dem Verhältnis der Arbeitslosen zur Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten ergibt. Gut zu erkennen sind zum einen der Rückgang der Rate Anfang der 1920er Jahre, welcher sich durch absolut weniger Arbeitslose und absolut mehr Beschäftigte vor allem bei den Beamteten ergibt. Zum anderen stieg die Rate ab 1922 infolge der Auswirkungen der Genfer Protokolle wieder an, um sich dann auf einem Niveau um 12% einzupendeln.

Abbildung 8: Arbeitslosenrate in Österreich 1919-1929



Quelle: Daten aus Butschek<sup>162</sup>, eigene Darstellung

Einen großen Anteil an den Arbeitslosen hatten die Frauen. Wurden viele von ihnen noch während des Krieges als Ersatz für ihre an der Front dienenden männlichen Kollegen

<sup>161</sup> Bachinger 1994: 1918-1945, S. 75–77.

<sup>162</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 213.

eingesetzt, wurden ihre Dienste nach Kriegsende nicht mehr gebraucht. Zusätzlich wurden viele Frauen nun auch aus traditionellen Berufen wie den Hausangestellten bei wohlhabenden Familien entlassen, da sich diese die Anstellung von Personal nicht mehr leisten konnten.<sup>163</sup>

Verstärkt ab 1920 versuchte die Regierung die Wirtschaft anzukurbeln, indem sie die Zölle reduzierte und mit einzelnen Staaten Handelsverträge abschloss. Zudem sollte das Versorgungsproblem durch Stärkung der Agrarwirtschaft und die Befreiung aus der Abhängigkeit von ausländischen Energiezulieferern gelöst werden. Um die dafür notwendigen Maßnahmen umzusetzen, etwa die Subventionierung von Lebensmitteln oder die Tilgung von Kriegsanleihen, nahm der Staat umfangreiche Kredite bei Banken und ausländischen KapitalgeberInnen auf. Die sich dadurch erhöhende Geldmenge trug wesentlich zu einer steigenden Inflation bei. Die gleichzeitige Verschlechterung des Wechselkurses erschwerte den Import von Rohstoffen, erleichterte es aber auch einigen Industriezweigen, ihren Export zumindest geringfügig zu steigern. Der dennoch große Überhang an Importen führte zunächst noch zu einem jährlich steigenden Handelsbilanzdefizit, dieses verringerte sich ab 1922 aber bereits wieder spürbar. Da die Regierung nach wie vor mehr Geld ausgab, als durch Güterleistungen gedeckt war, und dabei weiterhin ausländisches Kapital in Anspruch nahm, vergrößerte sich auch zunehmend die Neuverschuldung. Damit einhergehend verschlechterten sich sowohl Inflation als auch Wechselkurs. Die Inflation wirkte sich zwar positiv auf die Kriegsschulden des Staates aus, verringerte aber gleichzeitig die effektiven Einnahmen. Bereits während des Krieges war die Inflation um ein Vielfaches gegenüber dem Vorkriegswert angestiegen. Nach Kriegsende konnte die Inflation zwar für kurze Zeit gebremst werden, mit Ende 1919 zog diese aber wieder an, aufgrund von Unsicherheit über die Gewährung von weiteren ausländischen Hilfskrediten. Die darauffolgende gescheiterte Umsetzung der Sanierungspläne des Völkerbundes ließ die Inflation regelrecht explodieren.<sup>164</sup> Ausländische Kredite blieben aus, da Österreich keine Sicherheiten bieten konnte. Jeglicher Aktivposten von relevantem Wert war bereits zuvor als Pfand für ausstehende Reparationsleistungen und Besetzungskosten eingesetzt worden. Die zunehmenden Staatsausgaben, vor allem für Lebensmittelsubventionen und Sozialhilfe, wurden durch eine Steigerung der Notenpresse ermöglicht. Dies ließ die Preise, etwa für Nahrungsmittel,

---

<sup>163</sup> Bachinger 1994: 1918-1945, S. 48–51.

<sup>164</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 39.

zusätzlich steigen und brachte die österreichische Zahlungsfähigkeit in starke Bedrängnis.<sup>165</sup> Die Preissteigerungen nach dem Krieg waren noch um ein Vielfaches höher als während des Krieges. 1922 hatte die Krone nur mehr einen Wert von 0,007%, verglichen mit jenem vor Ausbruch des Krieges. Zwar wirkte sich die Inflation positiv auf die Beschäftigung und den Export aus, verleitete aber auch zu umfangreichen und risikoreichen Investitionen und Neugründungen. So nahmen etwa die Dienstleistungsangebote, und dabei vor allem die Zahl der Banken, zu, was in der Wirtschaftskrise noch zu erheblichen Problemen führen sollte.<sup>166</sup>

Die Inflation war in den europäischen Staaten nach dem Ersten Weltkrieg unterschiedlich stark ausgefallen. Sie traf vorwiegend jene Staaten, deren Währungen nicht an den Goldstandard gebunden waren, neben Österreich beispielsweise das Deutsche Reich und Russland.<sup>167</sup> Damit die Republik zahlungsfähig blieb, sich dabei aber nicht auf die weitere Notenpresse stützen konnte, waren ausländische Kredite dringend notwendig. Um einen neuen umfangreichen Kredit zu bekommen, hatte die damalige Regierung, angeführt von Ignaz Seipel, ihre Taktik auf die desperate Situation Österreichs ausgerichtet. Sie wollte damit nicht einfach Mitleid bei den potentiellen Geldgebern hervorrufen, vielmehr bezweckte sie, die internationale Furcht vor einem Kollaps Österreichs für sich zu nutzen: sollte die österreichische Krone weiterhin an Wert verlieren, könnte Österreich weder Nahrungsmittel noch Kohle importieren. In weiterer Folge würde es zu Ausschreitungen, Anarchie und im schlimmsten Fall zur Übernahme durch den Bolschewismus kommen. Da sich die österreichische Armee unter der Kontrolle der Sozialdemokraten befand, konnte nicht mit ihrem Einschreiten gerechnet werden. Somit würde Österreich zerfallen, unter den Nachbarstaaten aufgeteilt oder gänzlich vom Deutschen Reich oder Italien übernommen werden. Ausbleibende Hilfe der Alliierten für einen von den Alliierten künstlich geschaffenen Staat würde in eine humanitäre Katastrophe und möglicherweise zu einem weiteren Krieg in Zentraleuropa mit der Auflösung Österreichs führen. Auch wenn diese Argumentation bei den Alliierten nicht unmittelbar zum erhofften Erfolg führte, so leiteten sie Österreichs Anliegen weiter an den Völkerbund, mit der Bedingung, dass dieser einen Vorschlag zur Sanierung mit definierten Garantien für die zielgerichtete Verwendung weiterer Zahlungen vorlege. Die Regierung appellierte am 6.

---

<sup>165</sup> Deak 2010: Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, S. 133.

<sup>166</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 99–100.

<sup>167</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 26.

September 1922 in Genf an den Völkerbund, Österreich nicht aus reiner Wohltätigkeit heraus zu unterstützen, sondern seiner eigenen Mission der Sicherung des Friedens zu folgen. Ähnlich ihrer Argumentation den Alliierten gegenüber unterstrich sie die Möglichkeit eines Zerfalls Österreichs, das daraus hervorgehende Vakuum in der Mitte Europas und die Verschiebung der Machtverhältnisse aufgrund der Reaktion österreichischer Nachbarstaaten. Diesmal hatte sie Erfolg. Nach vier aufeinanderfolgenden Wintern, in denen Österreich die Alliierten regelmäßig um Geld für den Kauf von Kohle und Nahrungsmittel bitten musste, konnte die Regierung 1922 erfolgreich die Gewährung eines umfangreichen Kredites in Höhe von 650 Mio. Goldkronen aushandeln. Dieser Kredit sollte die Budgets der folgenden zwei Jahre decken und wurde durch Garantien vor allem Großbritanniens, Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei gewährt. Jedoch war der Kredit an strikte Bedingungen geknüpft, welche sich wesentlich auf den Entwicklungsprozess der neuen Republik auswirkten. Diese Bedingungen forderten umfangreiche finanzielle und verwaltungstechnische Reformen und eine Kreditbesicherung mit den Staatsmonopolen auf Tabak und Zölle. Ziele dieser Reformen waren ein ausgeglichenes Budget und die Währungsstabilität. Sie beinhalteten Maßnahmen für eine deflationäre Finanzpolitik, neue Steuern, Preisanhebungen für die staatliche Eisenbahn und umfangreiche Reduktion der Staatsbeamten. Zudem gab es für Österreich ein striktes „Anschlussverbot“.<sup>168</sup> Die Genfer Protokolle beschnitten mit ihren Auflagen die Souveränität Österreichs, da sie unter anderem die Einsetzung eines ausländischen Generalkommissars vorsahen. Aufgrund mangelnden Vertrauens in die österreichische Regierung sollte dieser die Umsetzung der geplanten Maßnahmen, wie Reduktion der Verwaltung, Erhöhung von Steuern und die Unterbindung von Neuverschuldung bei der Notenbank überwachen. Die Maßnahmen wurden umgehend umgesetzt, was in den Folgejahren zu einem ausgeglichenen Haushalt und einer gemäßigten Inflation von unter 5% führte.<sup>169</sup> Gemeinsam mit der Einführung des Schillings 1924 wurde damit zwar die Inflation gebremst, aufgrund der anhaltend hohen Zinsen fehlte es aber weiterhin an einem wichtigen Investitionsanreiz für die Wirtschaft. Für die Wirtschaftspolitik war von nun an eine starke Währung zur Absicherung der ausländischen Kredite vorrangig.<sup>170</sup>

---

<sup>168</sup> Deak 2010: Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, S. 134-135.

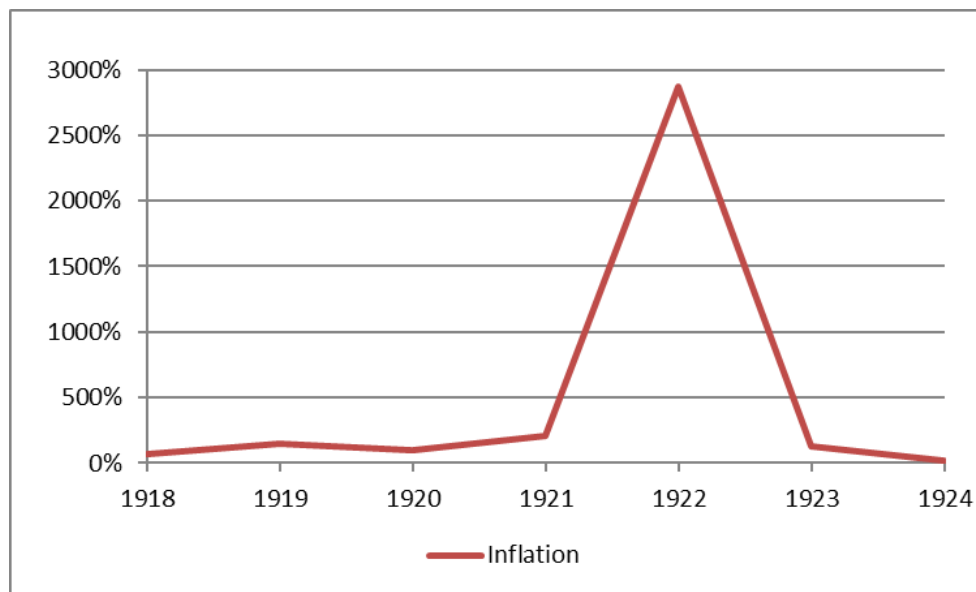
<sup>169</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 41.

<sup>170</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 101–102.



Abbildung 9 zeigt die Entwicklung der Inflation von 1918 bis 1924. Lag sie 1918 bei hohen 64%, stieg sie bis 1921 auf mehr als das Dreifache an und explodierte 1922 auf mehr als 2.800%. 1923 konnte sie auf 133% gebremst werden und belief sich 1924 auf relativ moderate 18%. In den Folgejahren zeigten die Vorgaben der Genfer Protokolle ihre Wirkung und stabilisierten die Inflation bei unter 5%.

Abbildung 9: Inflation in Österreich 1918-1924



Quelle: Daten aus Butschek (1999), Übersicht 8.2; eigene Darstellung

Die Völkerbundanleihe wurde zwar zur Währungsstabilisierung und einem Budgetausgleich verwendet, weitreichende wirtschaftsstrukturelle Maßnahmen blieben aber aus. Weder wurden notwendige nachhaltige Investitionen durchgeführt, obwohl die Anleihe ausreichend Mittel dafür geboten hätte, noch eine aktive Beschäftigungspolitik betrieben. Dies war zum Teil den restriktiven Bedingungen, die mit der Völkerbundanleihe verbunden waren, zu verdanken. Gleichzeitig bauten viele Staaten Handelsbarrieren auf, welche eine Belebung der Exportwirtschaft erschwerten. Daher war es ein Anliegen der österreichischen Regierung, wieder internationale Handelsverträge abzuschließen, was ihr in den Folgejahren sowohl mit einigen Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs als auch mit einigen ehemaligen Kriegsgegnern gelang. Jedoch die für die Wirtschaft hinderlichen Zollbestimmungen wurden

nur langsam abgebaut. Da hiermit weiterhin Nachteile für die österreichische Wirtschaft in ausländischen Märkten bestanden, gleichzeitig aber ausländische Unternehmen zu günstigeren Konditionen am heimischen Markt anbieten konnten, forderten sowohl die Industrie als auch Gewerbe und Landwirtschaft ebenfalls Importe mit Zöllen zu belegen. Bis 1930 errichtete somit Österreich seinerseits umfangreiche Handelsbarrieren.<sup>171</sup>

Für John Deak haben die finanziellen Probleme Österreichs in den ersten Jahren nach dem Krieg und die folgende Rettungsaktion durch den Völkerbund wesentlich zur Transformation Österreichs von der Monarchie zur Republik beigetragen. Es mussten dabei alte Strukturen, etwa der erwähnte umfangreiche Beamtenapparat, aufgegeben und neue Wege zur Schaffung eines Staates gefunden werden. Trotz der auferlegten Bedingungen und des eingesetzten Kommissars war dies gleichzeitig der Moment, in dem Österreich im Prinzip Unabhängigkeit und Souveränität garantiert wurde und zu einem ausgeglichenen Budget und einer stabilen Währung verholfen wurde.<sup>172</sup> Für Peter Berger lag die eigentliche Herausforderung der jungen Republik darin, sich schnell auf die neuen Verhältnisse einzustellen. Österreich hatte Probleme, sich in seiner Situation als kleiner Staat umgeben von mehrheitlich feindlichen Nachbarn zurecht zu finden. Die wirtschaftlichen Probleme waren seiner Meinung nach weniger vorherrschend: grundsätzlich gab es eine ausreichend entwickelte Industrie, einen gut ausgebildeten Beamtenapparat, hochqualifizierte Arbeitskräfte, eine ausbaufähige Energieversorgung und einen Bankensektor mit einem erheblichen ausländischen Vermögen.<sup>173</sup>

Die politische und soziale Unsicherheit war die schwerwiegendste Folge des Krieges, welche sich sowohl national als auch international auswirkte. Es war nicht vorherzusehen, ob sich die neu entstandenen Regime halten, wie sich einzelne Staatsoberhäupter verhalten, ob sich einzelne bestehende Konflikte ausweiten und ob es zu Revolutionen ähnlich wie in Russland kommen würde. Es war somit im Interesse vieler Staaten, Stabilität zu erreichen. Es war aber nicht klar, ob diese Stabilität mit einer raschen Rückkehr zu einer „Laissez-faire-Wirtschaft“, wie sie in vielen Staaten vor Kriegsbeginn Normalität war, möglich sein würde. Jedenfalls waren die wirtschaftlichen Konsequenzen überall ähnlich: Notwendige Umstrukturierungen

---

<sup>171</sup> Nautz 1992: Die österreichische Handelspolitik in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, S. 367–373.

<sup>172</sup> Deak 2010: Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925, S. 123.

<sup>173</sup> Berger 1994: The Austrian Economy, 1918-1938, S. 259.

der Industrie im Allgemeinen und fehlendes Investitionskapital für die Konsumgüterindustrie führten zu Unternehmensschließungen und somit zu Arbeitslosigkeit und sozialen Unruhen. Zudem waren auch andere Staaten, vor allem das Deutsche Reich, Ungarn, Polen und Russland, von einer steigenden Inflation in den ersten Jahren nach Kriegsende betroffen.<sup>174</sup> In Österreich gab es in den 1920er umfangreiche Anstrengungen, die wirtschaftlichen Probleme und vor allem die steigende Inflation in den Griff zu bekommen. Bei diesen Bemühungen war aber der internationale Einfluss spürbar. Gerade Frankreich und Großbritannien waren daran interessiert, die Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse wie vor dem Krieg wiederherzustellen. Österreich war von Kapital aus westlichen Staaten abhängig, musste seine Politik somit an die Anforderungen der Geldgeber anpassen. Die österreichische Regierung war in ihrem Handlungsspielraum durch die strikten internationalen wirtschaftlichen und politischen Vorgaben, den inländischen Druck infolge der Inflation, reduzierte finanzielle Mittel und ohne realisierbare wirtschaftstheoretische Ansätze für eine expansive Politik sehr eingeschränkt.<sup>175</sup> Dennoch konnte eine positive Entwicklung der Konjunktur bis zur Wirtschaftskrise erreicht werden. Während die Investitionstätigkeiten vor allem durch die relativ hohen Zinsen für Kredite noch zaghaft blieben, konnten privater und öffentlicher Konsum erhöht werden. Gleichzeitig gab es aber auch umfangreiche Preissteigerungen von mehr als zwanzig Prozent in den fünf Jahren vor der Wirtschaftskrise.<sup>176</sup>

Der Zerfall des Habsburgerreichs hatte aus wirtschaftlicher Sicht die sich über Jahrzehnte entwickelten industriellen Strukturen unterbrochen. Die Industrieunternehmen waren zu einem Gutteil in Österreich angesiedelt, bauten ihr Produktionsvolumen aber auf einem Absatzmarkt innerhalb des gesamten Reiches auf. Dieser Markt war nun nicht mehr Teil des eigenen Absatzgebietes und die Industrie stand mit ihrer umfangreichen Kapazität einer verhältnismäßig geringen Nachfrage gegenüber. Zudem wurden die neuen Märkte von den Nachfolgestaaten vehement vor externen Zugriffen bewahrt. Damit wurden auch bislang etablierte wirtschaftliche Verbindungen unterbrochen. Da Österreich jetzt von vielen seiner Rohstoffquellen abgeschnitten war, geriet die Industrie in eine umfangreiche Abhängigkeit von Importen, welchen ein geringer Umfang an Exporten gegenüberstand. Die weitere

---

<sup>174</sup> Feinstein, Toniolo und Temin 2008: The world economy between the world wars, S. 24–25, 29 und 40.

<sup>175</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 108–110.

<sup>176</sup> Otruba 1968: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 18–19.

Entwicklung dieses Verhältnisses war schwer vorherzusehen, eine Planung zur Änderung dieser Lage äußerst problematisch.<sup>177</sup> Nach dem Krieg waren Österreich knapp ein Drittel aller Fabriken des ehemaligen Habsburgerreichs mit einem ähnlichen Anteil an der Roheisenerzeugung geblieben. Dem gegenüber standen aber nur etwas mehr als 6% der Kohleressourcen. Auch andere Industrien wurden hart getroffen. Bei der Textilerzeugung waren fast alle Spinnereien und Konfektionsbetriebe in Österreich angesiedelt. Hingegen befanden sich die in der Produktionskette notwendigen Webereien gänzlich in der nun außerhalb der Grenzen liegenden Tschechoslowakei.<sup>178</sup> Komplette abgeschnitten war Österreich jedoch nicht von der Außenwelt. Auch wenn die anderen Nachfolgestaaten darauf bedacht waren, ihre eigene Wirtschaft zu schützen, so waren auch sie vom Außenhandel, auch mit Österreich, abhängig und nützten bereits bestehende Handelsverbindungen. Zudem stellten sich einige Handelshemmnisse als nicht zweckmäßig heraus, etwa wurden Zölle durch die Inflation der österreichischen Krone teilweise wirkungslos. Im Verlauf der 1920er Jahre wurden daher viele Handelsbarrieren wieder abgebaut.<sup>179</sup> Das ergab sich durch den Umstand, dass die neue Grenzziehung teilweise bereits vor dem Krieg bestehenden Strukturen berücksichtigte. So wurden die wenigsten Handelswege und -räume willkürlich durchtrennt und es wurden zuvor strittige Grenzverläufe einbezogen. Zudem wirkten sich die neuen Grenzen und Handelsbarrieren auf die verschiedenen Handelsbranchen unterschiedlich und vereinzelt nur kurzfristig aus.<sup>180</sup> Durch die Zerteilung des Wirtschaftsgeflechts des Habsburgerreichs in mehrere Einzelgebiete wurden Unternehmen nicht nur von ihren Zulieferbetrieben getrennt, sondern es wurden viele wichtige über die Zeit gewachsene Vertriebswege unterbrochen. Allein beim Export von Eisen, Eisenwaren und Maschinen entfielen vor dem Ersten Weltkrieg mehr als 50% des gesamten Exportvolumens der österreichischen Reichshälfte auf Ungarn. Dieser Anteil brach ebenfalls erheblich ein.<sup>181</sup> Verstärkt wurde diese Durchtrennung wirtschaftlicher Verbindungen aufgrund des erschwerten Kapitaltransfers. Da auch die österreichischen Banken von ihrem nunmehr

---

<sup>177</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 236–237.

<sup>178</sup> Otruba 1968: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 10 und 14.

<sup>179</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 22–24.

<sup>180</sup> Wolf, Schulze und Heinemeyer 2011: On the economic consequences of the peace: trade and borders after Versailles, S. 935–937.

<sup>181</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 63–64.

ausländischen Filialnetz getrennt wurden und die jeweiligen Länder neue Währungen einführten, konnte das für Importe notwendige Kapital schwer aufgebracht werden. Zudem fehlten auch die von Banken zuvor gehaltenen Verbindungen zu ausländischen Industrie- und Zulieferunternehmen.<sup>182</sup> Es gab zwar Überlegungen, wonach sich Österreich selber versorgen sollte. Diese stellten sich aber bald als nicht umsetzbar heraus, da es zu wenige Rohstoffquellen innerhalb des neuen Staates gab, um auch einen reduzierten Bedarf durch die Industrie decken zu können. Zudem bot der österreichische Absatzmarkt ein zu geringes Volumen, um eine rein nach innen ausgerichtete Industrie wirtschaftlich rechtfertigen zu können. Somit war die Aufnahme eines intensiven Außenhandels vorprogrammiert. Jedoch fehlte es der Industrie am notwendigen Kapital, um ihre Produktionsanlagen zu modernisieren. Unter den gegebenen Umständen erwies es sich für die Industrie zudem als problematisch, einen Weg zu finden, um von jahrelanger Rüstungsproduktion auf Friedensproduktion umzustellen.<sup>183</sup> Die Investitionen entwickelten sich aufgrund der schlechten Erwartungen bezüglich umfangreicherer internationaler Produktionsaufträge nur zögerlich. Die Investitionsquote, gemessen am verfügbaren Güter- und Leistungsvolumen, stieg zwar von 6% im Jahr 1924 auf 10% im Jahr 1929. Im Vergleich hierzu lag die Investitionsquote im Jahr 1913 aber bei 13%. Zudem kam es oft nur zu Ersatzinvestitionen, aber keinen zusätzlichen Anschaffungen. Diese Entwicklung zeigte sich auch im absoluten Investitionsvolumen, welches in den Jahren vor der Krise um durchschnittlich 13% pro Jahr zunahm, jedoch weiterhin unter dem Vorkriegsniveau blieb. Während und unmittelbar nach der Wirtschaftskrise nahm das Volumen um durchschnittlich 20% ab.<sup>184</sup>

Einige Industrien, etwa die Fahrzeugindustrie, versuchten sich durch Unternehmenszusammenlegungen der neuen Situation anzupassen. Doch auch damit konnte die Produktion nicht auf ein effizientes Niveau gebracht werden, um aus der geringen Nachfrage noch einen wirtschaftlichen Nutzen ziehen zu können. Mit diesen Problemen hatten vorwiegend große Unternehmen zu kämpfen, jedoch konnten sich auch die kleinen Industrieunternehmen oft nicht auf eine spezialisierte Produktion umstellen. Ihnen fehlte es an der notwendigen Flexibilität in ihren Produktionsprogrammen und an modernen

---

<sup>182</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 111–112.

<sup>183</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 297–298.

<sup>184</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1965: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S. 17.

Produktionsanlagen. Stattdessen versuchten sie ihre Produktionsprogramme breiter aufzustellen, wodurch sie aber ebenso wie die Großunternehmen einer geringen Nachfrage in mehreren Marktsegmenten ausgesetzt waren und auch nicht zeitgerecht auf Nachfrage aus dem Ausland trotz Handelsschranken reagieren konnten.<sup>185</sup> Um konkurrenzfähig zu werden, musste sich die Industrie aber auf die neuen Gegebenheiten einstellen. Dazu bedurfte es sowohl struktureller als auch technologischer Änderungen. Somit gab es einen hohen Investitionsbedarf, um Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen und die Produktionsanlagen auf einen technologisch zeitgemäßen Stand zu bringen. Vereinzelt konnte dafür ausländisches Kapital aufgebracht werden, wie es etwa der Elektrizitätswirtschaft gelang. Auch die heimischen Banken konnten bestenfalls nur kurzfristiges Kapital zur Verfügung stellen. Die steigende Inflation erschwerte zudem die angespannte Kapitalsituation.<sup>186</sup> Der geringe Export verschärfte die Kapitalsituation insofern, als dadurch ein Mangel an Fremdwährungen entstand. Folglich konnte die Industrie die notwendigen Rohstoffe, welche wiederum für eine Steigerung der Produktion von Exportgütern notwendig waren, im Ausland nicht bezahlen, selbst wenn sie die Bezugsmöglichkeiten dazu hatte. Der Erwerb von Importen beschränkte sich zusehends auf den Tausch gegen Exportgüter. Da Österreich aber wenig zu bieten hatte, was andere Staaten benötigten, konnte auch auf diese Weise der Mangel nicht behoben werden.<sup>187</sup> Kurt Rothschild vermutet aber, dass bei einer umfangreicheren Investitionsbereitschaft und einer stärkeren Einflussnahme durch die österreichische Wirtschaftspolitik, die nach Ende des Ersten Weltkriegs vorhandenen Produktionskapazitäten effizienter hätten genutzt werden können.<sup>188</sup>

Dass die Wirtschaft insgesamt bis 1929 zulegen konnte, war vorwiegend der Agrarwirtschaft zu verdanken. Zwar wuchs die Industrie seit 1924 um mehr als 7% pro Jahr, blieb aber dennoch unter dem Vorkriegsniveau. Der Agrarbereich hingegen konnte 1929 seine Leistungen von 1913 übertrumpfen, was hauptsächlich auf die umfangreichen Zollschränken für Importware zurückzuführen war. Einen ähnlichen Effekt hatten die hohen ausländischen Preise für die Energieversorgung. Aus diesem Grund konnte die österreichische Energiewirtschaft ebenfalls

---

<sup>185</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 307–308.

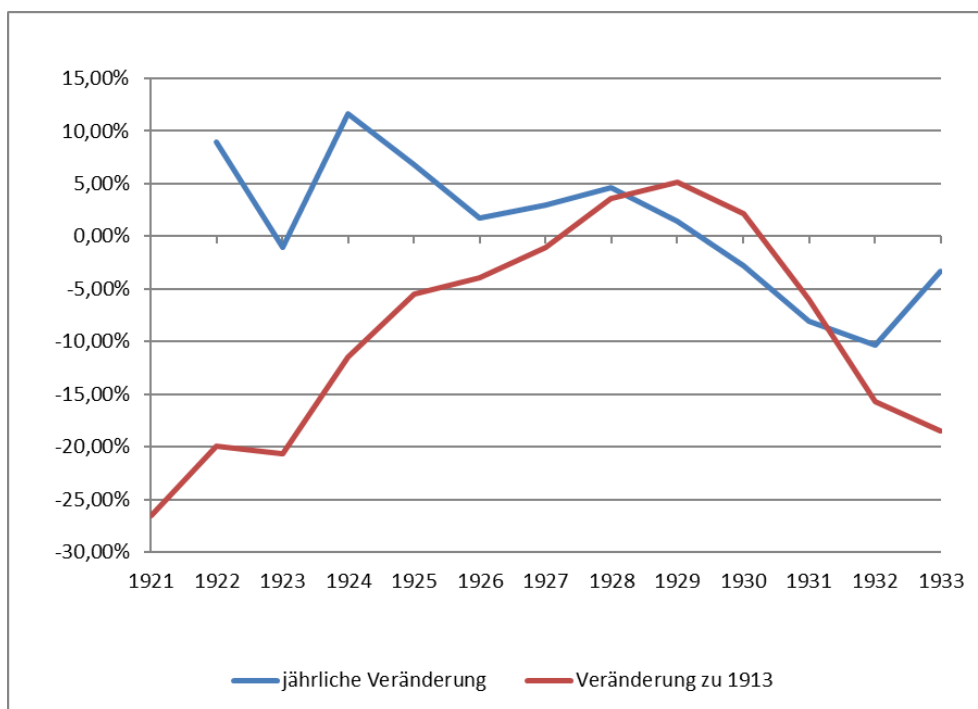
<sup>186</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 240–242.

<sup>187</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 29.

<sup>188</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 61–62.

bis 1929 ihr Vorkriegsniveau übertreffen.<sup>189</sup> Bei Betrachtung des Bruttonationalprodukts (BNP) Österreichs in Abbildung 10 ist, abgesehen von einem leichten Rückgang 1923, von 1921 bis 1929 ein jährliches Wachstum (im Vergleich zum jeweiligen Vorjahr) erkennbar. Das BNP konnte von 1921 bis 1929 insgesamt um 43% zulegen, das Vorkriegsniveau von 1913 wurde aber erst 1928 überschritten. Das BNP verzeichnete 1928 noch ein Wachstum von rund 5% und 1929 von etwas mehr als 1%. Dieser Aufschwung wurde von der Wirtschaftskrise ab 1929 signifikant gebremst. In den Folgejahren verringerte sich das BNP spürbar: 1930 um 3%, 1931 um 8%, 1932 um 10% und 1933 um 3%, wobei sich das BNP bis 1933 in Summe um 25% verringerte. 1933 gab es wieder einen leichten Aufschwung, welcher vor allem von der Agrarwirtschaft getragen wurde, jedoch war das BNP noch geringer als 1932. Das BNP blieb bis zum „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich deutlich unter dem Niveau von 1913.

Abbildung 10: Veränderung Bruttonationalprodukt Österreich 1921-1933



Quelle: Daten aus Monatsberichte des Österreichischen  
Instituts für Wirtschaftsforschung (1965) S. 40; eigene Darstellung

<sup>189</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1965: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S. 5.

Der Außenhandel konnte sich zwar in den Jahren vor der Wirtschaftskrise teilweise positiv entwickeln. So stieg etwa der Export gegenüber dem Import von Rohstoffen merkbar an. Da aber weiterhin eine restriktive Handelspolitik in den meisten Nachbarländern vorherrschte, konnte sich diese Entwicklung nicht direkt auf die Produktion und den Handel mit Fertigwaren auswirken.<sup>190</sup> Auch der allgemeine Aufschwung der Weltwirtschaft hatte nur bedingt Auswirkungen auf die österreichische Produktion und den Export. Während die Kapazitäten, die Produktion, der Absatz und der Umsatz zulegten, nahmen Rentabilität und Preise ab. Damit einhergehend kamen Rationalisierungen, Kartellbildungen, Unternehmenszusammenschlüsse und eine steigende Arbeitslosigkeit.<sup>191</sup> In Summe konnten der Handel und die Wirtschaft gesamt in Österreich bis 1929 jedoch zulegen, die positive Entwicklung wurde aber wie in anderen Bereichen durch die Wirtschaftskrise gestoppt. Abbildung 11 zeigt die Entwicklung des Bruttonationalproduktes (BNP) einiger Bereiche von 1920 bis 1933 wobei die angeführten „Sonstigen Bereiche“ unter anderem Baugewerbe, Verkehr, Banken und Versicherungen umfassen. Es sind in der Graphik die positive wirtschaftliche Entwicklung bis zur und der signifikante Einschnitt durch die Wirtschaftskrise zu erkennen. Die einzelnen Wirtschaftsbereiche wurden von der Krise unterschiedlich hart und zu unterschiedlichen Zeitpunkten getroffen. Zunächst hatte sie unmittelbare Auswirkungen auf die Bereiche Agrarwirtschaft, Industrie und Gewerbe, deren BNP-Anteile sich 1930 um 3% bzw. 9% und 4% gegenüber 1929 verringerten. Im darauffolgenden Jahr verstärkte sich diese Entwicklung mit einer Verringerung von 10% bzw. 14% und 6%. Dieser Trend setzte sich bei Industrie und Gewerbe fort, was im Zeitabschnitt 1929 bis 1932 zu einem Rückgang von insgesamt 38% bzw. 22% führte. Der Agrarbereich konnte sich 1932 bereits wieder erholen und legte um 3% zu, gefolgt von rund 9% im Jahr 1933. Den Handel traf es in einem ähnlichen Ausmaß, wobei hier die Krise erst 1931 richtig spürbar wurde. Nachdem 1930 noch ein Wachstum von 5% verbucht werden konnte, brach der BNP-Anteil des Handels 1931 mit 7% und 1932 mit 22% ebenfalls stark ein. Bis 1933 betrug der Rückgang beim Handel gegenüber 1929 in Summe 25%. Geringeren Schaden durch die Krise nahm die Energiewirtschaft, welche zwischen 1929 und 1933 mehr oder weniger stagnierte. Zu

---

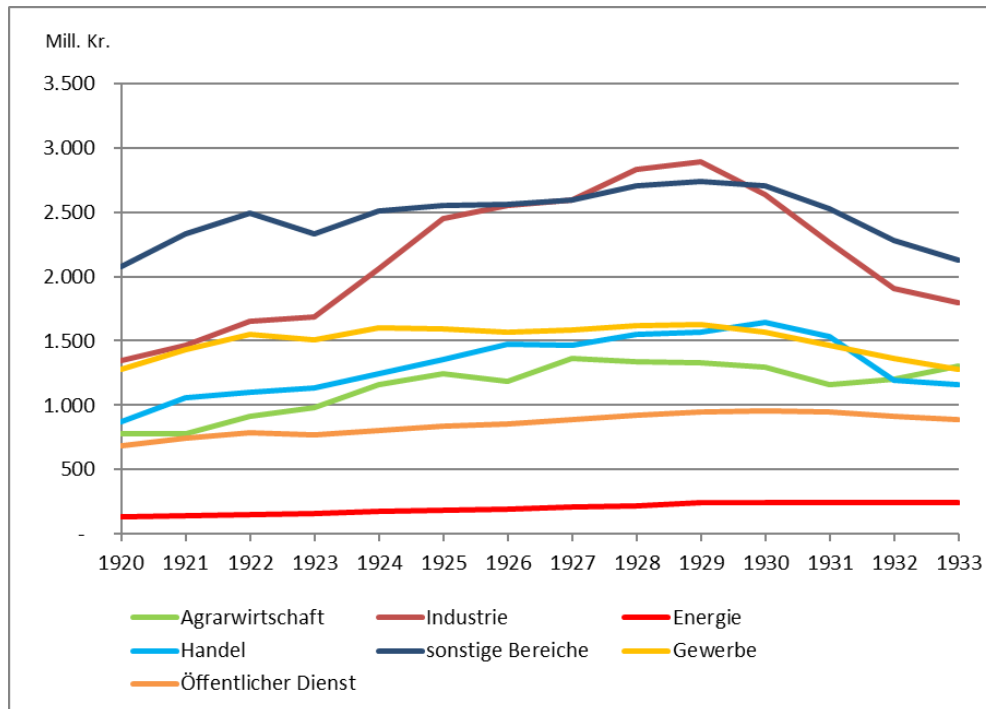
<sup>190</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 302.

<sup>191</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 156.



berücksichtigen ist dabei aber, dass es hier in den Jahren vor der Krise jährliche Wachstumsraten zwischen 5 und 10% gab.

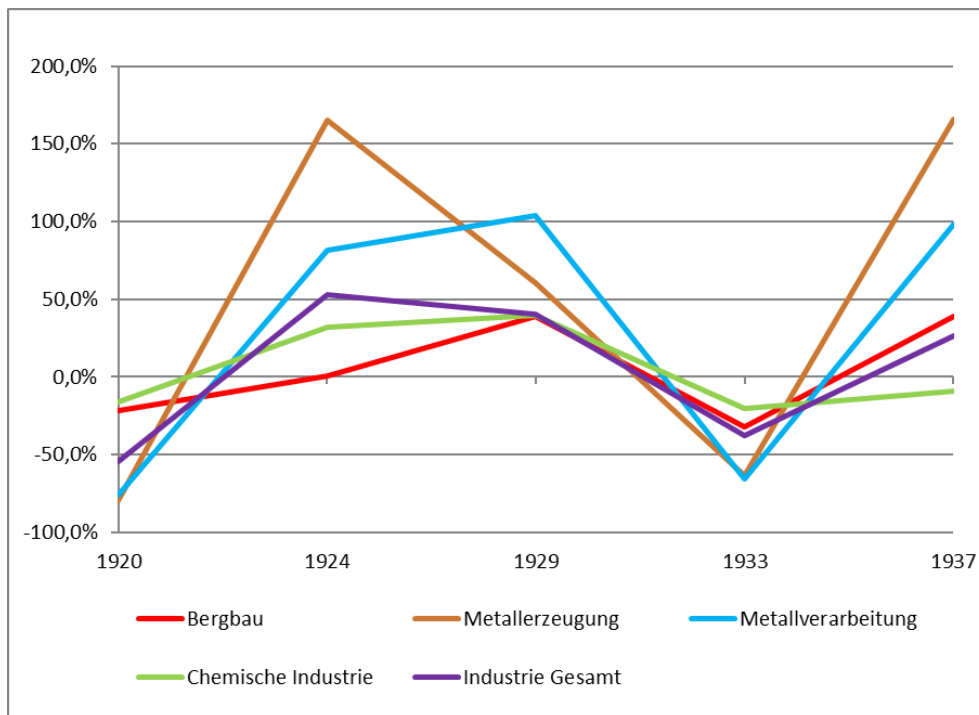
Abbildung 11: Entwicklung BNP in Österreich nach Wirtschaftsbereichen real 1920-1933



Quelle: Daten aus Monatsberichte des Österreichischen  
Instituts für Wirtschaftsforschung (1965) S. 38; eigene Darstellung

Abbildung 12 zeigt die Wachstumsraten der gesamten Industrieproduktion und einiger ausgewählter Branchen von 1920 bis 1937. Der Produktionsrückgang 1920 bezieht sich im Vergleich auf die Vorkriegsproduktion des Jahres 1913, alle weiteren Daten auf das jeweils unmittelbar davor liegende Jahr. Es ist ersichtlich, dass die einzelnen Branchen nach Kriegsende unterschiedlich starke Wachstumsraten aufwiesen. Die Wirtschaftskrise ab 1929 hatte negative Auswirkungen, alle Branchen konnten aber in den 1930er Jahren wieder ein Wachstum verzeichnen, wobei dieses in den einzelnen Branchen unterschiedlich stark ausfiel. Auffällig dabei ist, dass die metallerzeugende und die metallverarbeitende Industrie stärker von konjunkturellen Schwankungen betroffen waren als etwa die chemische Industrie.

Abbildung 12: Veränderung der Industrieproduktion in Österreich 1920-1937



Quelle: Daten aus Monatsberichte des Österreichischen  
Instituts für Wirtschaftsforschung, (1965), S. 12; eigene Darstellung

Die metallherzeugende Industrie konnte sich im Verlauf der 1920er Jahre durch Unternehmenskonzentrationen, Investitionen in neue Hochofentechnologie und Rationalisierung einiger Produktionsprogramme den veränderten Anforderungen anpassen. Zudem stieg die ausländische Nachfrage nach Roheisenprodukten, etwa aus dem Deutschen Reich und Italien. Schlagartig gebremst wurde dieser Aufschwung durch die Wirtschaftskrise, in welcher nicht nur der Export zusammenbrach, sondern auch der inländische Markt seine Nachfrage signifikant reduzierte. Die Erholungsphase dauerte bis zum „Anschluss“ an das Deutsche Reich.<sup>192</sup> Diese wirtschaftlich unsichere Phase hatte unmittelbare Auswirkungen auf fast jedes einzelne Unternehmen der Branche. Österreichs größtes Metall- und Bergbauunternehmen, die *Alpine Montan*, war beispielsweise nach Kriegsende mit umfangreichen Produktionseinbußen konfrontiert, wodurch unzählige Arbeitsplätze gefährdet waren. Stand zunächst noch eine Verstaatlichung des Unternehmens im Raum, wurde die *Alpine*, unter großem öffentlichem Protest, schließlich an italienische

<sup>192</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 309.

EigentümerInnen verkauft. Aufgrund der noch immer unterbrochenen Rohstoffzufuhr aus den ehemaligen Ländern des Habsburgerreichs wurde das Unternehmen 1921 unter anderem an Hugo Stinnes verkauft. Dieser kontrollierte Unternehmen wie die deutsche *Vereinigten Stahlwerke AG*, die später selbst Eigentümerin der *Alpine* werden sollte, und hatte direkten Zugang zu den ersehnten ausländischen Rohstoffquellen. Stinnes konnte die Produktion wieder steigern und plädierte öffentlich für einen „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich.<sup>193</sup> Zusätzlich versuchte die *Alpine*, Zugang zu Rohstoffen zu bekommen, indem sie Niederlassungen in den Nachfolgestaaten gründete, etwa in Budapest und Zagreb, oder sich an ausländischen Firmen beteiligte, etwa an der *Schlesisch-Polnischen Bismarckhütte*. Nachdem die *Alpine* vorwiegend vom Export abhängig war und es infolge der Kriegsanstrengungen in weiten Teilen Europas Überkapazitäten gab, gelang es auch mit den neuen Rohstoffzugängen nur bedingt, die fallenden Preise für Fertigprodukte, die umfangreiche internationale Konkurrenz und die geringe inländische Nachfrage zu kompensieren.<sup>194</sup>

Die metallverarbeitende Industrie versuchte sich in der Phase nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nicht nur auf die Inlandsnachfrage, die vorwiegend aus dem Agrar- und Handwerksbereich kam, zu konzentrieren, sondern auch zumindest in kleinem Maßstab den Export anzutreiben. Hier war der Absatzmarkt in Ost- und Südosteuropa von Interesse. Zwar waren ihre Produkte aufgrund hoher Materialkosten und zusätzlicher Belastungen durch ausländische Handelshemmnisse in Relation zu Produkten anderer europäischer Länder teuer. Durch die Nähe zu ihren Absatzmärkten war die Metallverarbeitende Industrie mit ihren Preisen aber dennoch konkurrenzfähig. Da die Zielländer, vorwiegend ehemalige Teile des Habsburgerreichs, ihre Industrien erst aufbauen mussten, funktionierte dieses Geschäft, wenn auch in moderatem Ausmaß, recht gut. Zumindest bis die Wirtschaftskrise auch hier die Nachfrage beinahe zum Erliegen brachte.<sup>195</sup> Dennoch war dieser Industriezweig gezwungen, das Produktionsausmaß und seine Belegschaften bereits vor der Krise stark zu reduzieren. Vor allem jene Unternehmen, die rein auf Rüstungsgüter spezialisiert waren, etwa die Firmen *Roth* und *Warchalowski, Eissler & Co*, überstanden die Zwischenkriegszeit nicht. Unternehmen wie

---

<sup>193</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 190–192.

<sup>194</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 34–37.

<sup>195</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 313–314.

*Hirtenberger* oder die *Enzesfelder Munitions- und Metallwerke*, welche bereits Erfahrung in der zivilen Güterproduktion hatten, schafften nach Kriegsende leichter eine Umstellung, um Teile der fehlenden Rüstungsaufträge zu kompensieren. Jedoch waren auch sie mit einem erheblichen Nachfragerückgang konfrontiert und mussten den Beschäftigtenstand auf einen Bruchteil des Vorkriegsstandes reduzieren. Etwas leichter mit der Umstellung hatten es die Firmen *Berndorfer* und *Brevillier-Urban*, da im Krieg nur ein Teil ihrer Kapazitäten auf die Rüstungsproduktion entfallen war.<sup>196</sup> *Brevillier-Urban* produzierte verschiedene Metallteile für unterschiedliche Branchen, u.a. Komponenten für die Eisenbahn, Werkzeuge, Metall für die Weiterverarbeitung und Operationsinstrumente. Sie hatten nur einen geringen Exportanteil, waren jedoch bei einem kleinen Umsatzvolumen relativ profitabel. Nach der Währungsstabilisation wurden die Finanzmittel durch hohe Zinsen belastet, jedoch konnte das Unternehmen in der zweiten Hälfte der 1920er Jahre seinen Export, Umsatz und Gewinn erheblich steigern. Aufgrund der noch vorhandenen Überkapazitäten wurde aber nur eingeschränkt in neue Anlagen investiert.<sup>197</sup>

Eine weitere Branche, die vom Zusammenbruch des Habsburgerreichs besonders betroffen war, war die Elektroindustrie. Fast alle Unternehmen waren auf österreichischem Gebiet angesiedelt und versorgten vor dem Zusammenbruch auch die anderen Teile des Reichs. Nun hatten sie rund zwei Drittel ihres vorherigen Absatzmarktes verloren. Da einige der größeren Unternehmen aber im Eigentum deutscher Konzerne standen, war diesen ein gewisses Exportvolumen sichergestellt. Doch auch diese Nachfrage reichte nicht annähernd aus, um die Elektroindustrie wieder zur Gänze auszulasten. Zudem wurden wenige Kraftwerksbauten in Auftrag gegeben und durch die sehr schwache Entwicklung des gesamten Volumens industrieller Produktion fehlte die Nachfrage für elektrische Versorgung und die damit betriebenen Maschinen.<sup>198</sup> Da es sich aber um eine relativ junge und ausbaufähige Branche handelte, entwickelten sich die betroffenen Unternehmen trotz dieser allgemein schwierigen Situation teils recht unterschiedlich. Während die *Vereinigte Telefon- und Telegraphenfabrik Czeija, Nissl & Co* ihre Belegschaft reduzieren musste, konnten Unternehmen wie die *Kabel- und Drahtindustrie AG* oder die *Elin AG* durch Übernahmen anderer Firmen ihren

---

<sup>196</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 115–116.

<sup>197</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 167–168.

<sup>198</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 316–317.

Produktionsstand und die Beschäftigtenzahl halten und teilweise sogar erweitern. Ebenfalls konnten die *Siemens-Gesellschaften*, die *Kabelwerke Felten & Guillaume*, *Ericsson* und die *AEG-Union* ihre Produktion und Beschäftigtenzahl erweitern, jedoch ohne andere Firmen zu übernehmen.<sup>199</sup> Die *AEG* konnte die hohe internationale Nachfrage nach elektrischen Anlagen, etwa von öffentlicher Seite für die Elektrifizierung der Bahnen oder für hydroelektrische Kraftwerke, nützen, um ihre Produktionsanlagen zu erweitern. Bis zum Ende der Inflation war auch die Nachfrage von privater und industrieller Seite relativ hoch gewesen.<sup>200</sup>

In der chemischen Industrie kam es nach dem Krieg ebenfalls zu Konsolidierungsprozessen. Während die Zündholzindustrie gänzlich an Bedeutung verlor, schlossen sich einige Unternehmen der Gummiindustrie zusammen, wodurch nur mehr die *Semperit AG* als namhaftes Unternehmen übrigblieb. Auch im Bereich Speisefett, Seifen und Kerzen kam es zu Zusammenschlüssen. Als bekanntestes Unternehmen entstand dabei die österreichische Niederlassung der Firma *Unilever*.<sup>201</sup> Für die ehemaligen Munitionswerke im Raum Blumau/Wöllersdorf brach die Nachfrage gänzlich zusammen. Zählten die Unternehmen im Krieg noch bis zu 40.000 Beschäftigte, so konnten in der Zwischenkriegszeit nur die *Sprengstoffwerke Blumau AG* mit einem Personalstand von unter 1.000 überstehen.<sup>202</sup> In den 1920er Jahren war im Wesentlichen nur mehr die Gummiindustrie von Bedeutung. Sie konnte sich wirtschaftlich gut weiterentwickeln, vor allem, da es in diesem Bereich international keine Überkapazitäten gab und Niederlassungen in mehreren Staaten, vor allem in Osteuropa, die Belieferung mehrerer Exportmärkte ermöglichten. Der Export konnte trotz internationaler Konkurrenz und fallender Preise somit zwischen 1924 und 1929 um 6% zulegen. Zu verdanken war dieser Anstieg einer Zunahme der Nachfrage nach Autoreifen aufgrund der weltweit expandierenden Automobilindustrie.<sup>203</sup>

---

<sup>199</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 116–117.

<sup>200</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 59–61.

<sup>201</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 272–274.

<sup>202</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 111.

<sup>203</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 211–212.

In der Maschinenindustrie erlebte der Lokomotivbau eine Zeit des kompletten Produktionsrückgangs. War der österreichische Markt für Eisenbahnbau bereits vor dem Ersten Weltkrieg fast gesättigt, fehlte nach dem Krieg die Nachfrage aus den östlichen Regionen fast gänzlich. So mussten die *Sigl'schen* Betriebe und jene der *STEG* in Wiener Neustadt eingestellt werden, die *Grazer Waggonfabrik* wurde durch die *Maschinen- und Waggonbaufabrik AG (Simmeringer)* aufgefangen, wobei diese ebenso wie die *Wiener Lokomotivfabriks AG* ihre Produktion erheblich reduzieren musste. Ähnlich erging es einigen anderen großen Maschinenbauunternehmen. Während sich die Firma *Hofherr-Schrantz-Clayton-Shuttleworth* durch eine Generalsanierung erholen konnte, mussten Unternehmen wie *Leobersdorfer*, *Andritz*, *Waagner-Biró* und *Voith* ihre Belegschaften umfangreich reduzieren.<sup>204</sup> Die Maschinenindustrie konnte zwar eine gewisse Zeit von der vorherrschenden Inflation profitieren, da hierdurch ihre Preise auch für ausländische Nachfrage attraktiv waren. Nachdem aber die Inflation gebremst wurde, konnten sie mit der internationalen Konkurrenz nicht mehr mithalten. Verstärkt wurde dieser Umstand noch durch den verspäteten Umstieg auf neue Technologien, etwa der Elektrifizierung der Bahn. Einzig der *Simmeringer* gelang es, umfangreiche Aufträge, durchwegs von öffentlicher Hand sowohl in Österreich als auch mithilfe ihrer Niederlassung in Tschechien, zu bekommen. Sie konnte damit ihre Produktion weitgehend auslasten und die Zeit bis zur Wirtschaftskrise relativ unbeschadet überstehen.<sup>205</sup>

Die österreichische Fahrzeugindustrie war in der Nachkriegszeit geprägt von Zusammenschlüssen. So wurden die Unternehmen *Daimler* und *Puch*, die vorher bereits denselben Besitzer hatten, zur *Austro-Daimler-Puchwerke AG* fusioniert. Später wechselten sie den Besitzer und wurden Eigentum der *Creditanstalt* und des *Wiener Bankvereins*. Diese beiden Banken waren bereits im Besitz der *Österreichischen Automobilfabriks AG* und die *Creditanstalt* erwarb über die Einverleibung der *Boden-Creditanstalt* auch noch die *Steyr-Werke*, welche zuvor von Waffen- auf Fahrzeugproduktion umgestellt hatte. Bis auf die *Automobilfabriks AG*, die später an den *Fiat-Konzern* verkauft wurde, wurden diese Unternehmen zusammengelegt und firmierten fortan als *Steyr-Daimler-Puch AG*. Die

---

<sup>204</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 113–114.

<sup>205</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 50–52.

Standorte Steyr und Graz wurden behalten, Wiener Neustadt hingegen wurde aufgelöst und dessen Produktion nach Steyr verlegt.<sup>206</sup> Steyr selber war erst nach dem Ersten Weltkrieg in die Automobilindustrie eingestiegen. Nachdem die Waffenproduktion eingestellt werden musste, konnte das Unternehmen in den 1920er Jahren mit einigen Fahrzeugen, auch dank der Fließbandproduktion, bereits Erfolge erzielen. Nach der Wirtschaftskrise und dem Zusammenschluss konnte an diese Erfolge wieder angeknüpft werden.<sup>207</sup>

Generell mussten sich einige Großunternehmen umstrukturieren oder gänzlich den Betrieb einstellen. So war die *Alpine Montan* mit ständigen Auslastungsschwankungen konfrontiert, wodurch sich der Schwerpunkt ihres Betriebes von der Eisen- und Stahlerzeugung zum Bergbau verlagerte. Der Fortbestand der *Feinstahlwerke Traisen* wurde durch die *Creditanstalt* gesichert, die *Schmidtstahlwerke* wurden insolvent und *Bleckmann* wurde mit *Schoeller* verschmolzen. *Schoeller* selbst konnte sich ebenso wie die *Böhlerwerke* und die *Steirischen Gußstahlwerke* vermutlich aufgrund ihrer internationalen Handelsbeziehungen stabilisieren. Ebenfalls wegen ihrer Stellung am internationalen Markt konnten die Unternehmen *Österreichische Schicht AG*, welche später in den *Unilever-Konzern* integriert wurde, und *Semperit* ihre Produktion und ihren Belegschaftsstand aufrecht erhalten.<sup>208</sup> Gerade *Semperit* konnte mit seinen Spezialprodukten eine anhaltend hohe internationale Nachfrage vorweisen. Die ausländischen Handelsbarrieren stellten somit für den Export nur ein geringes Problem dar. Zudem wurden Gewinne aus der Kriegsproduktion in moderne Anlagen und eine Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten investiert.<sup>209</sup> Einige der Großunternehmen versuchten sich wirtschaftlich anzupassen, indem sie ihre Produktpaletten, mehr oder weniger erfolgreich, erweiterten. So nahm die Fahrzeugindustrie weitere Modelle in ihre Palette auf oder begann branchenfremde Metallwaren herzustellen, wie dies etwa bei der *Automobilfabriks AG* erfolgte. Andere Unternehmen sicherten sich die für ihre Produktion notwendige Rohstoffversorgung, etwa die *Alpine*, indem sie Kohlevorkommen erwarb. Ähnlich agierten *Hirtenberger* und *Berndorfer* mit dem Ziel unabhängiger Rohstoff- und Energiequellen. Diese Methoden zur wirtschaftlichen Weiterentwicklung waren aber nur

---

<sup>206</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 114–115.

<sup>207</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 240–241.

<sup>208</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 110.

<sup>209</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 57–58.

vereinzelt zu finden und meist nicht von langer Dauer. Einige Unternehmen verfolgten eine andere Strategie und investierten vermehrt in ausländische Niederlassungen, die sie zum Großteil bereits vor dem Ersten Weltkrieg besaßen. Etwa investierten erfolgreich *Brevillier-Urban* in seine Betriebe in Ungarn und Galizien, *Semperit* in Ungarn und der Tschechoslowakei oder *Siemens-Schuckert* in Polen und Jugoslawien. Auch die Waffenproduktion wurde teilweise ins Ausland verlegt. *Hirtenberger* produzierte von nun an auch in Polen, im Deutschen Reich und in den Niederlanden und *Steyr* hatte einen Betrieb in der Schweiz. Der Schwerpunkt der Auslandsinvestitionen lag aber allgemein auf den Gebieten des ehemaligen Habsburgerreichs.<sup>210</sup> Es gab aber auch Beteiligungen ausländischer Konzerne an österreichischen Unternehmen, welche eine gewisse Stabilität brachten. Einige Unternehmen waren bereits in deutscher Hand wie *Voith*, *Siemens & Halske* oder die *Alpine*. Daneben gab es auch Beteiligungen aus anderen Staaten, etwa bei der *Österreichisch-Amerikanische Magnesit AG*, und Niederlassungen ausländischer Unternehmen in Österreich, wie durch die niederländische *Philips* oder die deutsche *Felten & Guillaume*.<sup>211</sup>

Die heimischen Unternehmen suchten somit nach unterschiedlichen Möglichkeiten zur Stabilisierung ihrer wirtschaftlichen Lage, um eine Basis für eine zukünftige Weiterentwicklung zu schaffen. Auch wenn einige Unternehmen mit ihrer Strategie Erfolg hatten, so wurde der daraus resultierende Aufschwung durch die ab 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise gebremst oder sogar gänzlich zunichte gemacht.

### **2.2.2. Die Wirtschaft in der Krise und im Austrofaschismus**

Der Zeitraum der Wirtschaftskrise mit ihren unmittelbaren Auswirkungen kann in etwa auf die Jahre 1929 bis 1933 eingeschränkt werden, betraf viele Staaten weltweit und erfasste Österreich in einer Phase des leichten wirtschaftlichen Aufschwungs. Jedoch stand dieser Aufschwung auf einer instabilen Basis. Die Inflation nach Ende des Ersten Weltkriegs verhalf zwar der Wirtschaft, nachdem sie den ersten Schock überwunden hatte, sich etwas zu stabilisieren. Da aber die notwendigen strukturellen Veränderungen nicht durchgeführt wurden, konnten die realwirtschaftlichen Defizite nicht beseitigt werden. In einzelnen

---

<sup>210</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 128.

<sup>211</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 208–209.



Branchen wie der Metallindustrie erfolgten Investitionsentscheidungen auf Basis inflationsbedingter kurzfristiger Ertragschancen, ohne die langfristigen Entwicklungen und die tatsächlichen Marktbedingungen ausreichend zu beachten. Spekulationsgeschäfte nahmen zu, einzelne Wirtschaftszweige konnten einen vermeintlich anhaltenden Aufschwung verzeichnen und der Bankensektor expandierte vorbehaltlos aufgrund dieser Entwicklungen. Bis Mitte der 1920er Jahre gelang es, einigen Effekten von betrieblichen Fehlinvestitionen durch Rationalisierungsmaßnahmen entgegen zu wirken, sodass die Produktionszahlen mancher Branchen gesteigert werden konnten. Jedoch wurden diese Maßnahmen in zu geringem Umfang und nicht einem Gesamtkonzept folgend durchgeführt. Zudem wurden die realwirtschaftlichen Auswirkungen von Österreich gewährtem ausländischen Kapital durch einen Fokus auf Währungsstabilität und Kreditbesicherung vermindert. So wurde eine deflationistische Wirtschaftspolitik betrieben, wodurch wiederum die Kreditzinsen übermäßig hochgehalten und die Investitionstätigkeiten gebremst wurden. Es gelang nicht, der Wirtschaft die benötigte Stabilität vor der Wirtschaftskrise zu verschaffen.<sup>212</sup> Die Weltwirtschaft war zwar gewisse Konjunkturschwankungen gewohnt, auf die Ausmaße der Wirtschaftskrise war sie aber nicht vorbereitet. Dabei war die Krise nicht komplett unangekündigt gekommen. Gab es nach Kriegsende eine weltweite Unterversorgung durch Nahrungsmittel, blieben ab Mitte der 1920er Jahre die Agrarländer bereits teilweise auf ihrer Überproduktion sitzen, was zu einer markanten Preisabnahme führte. Zudem kam die problematische Lage der US-amerikanischen Börse. Europäische Investoren reduzierten ihr kurzfristig geliehenes Kapital, wodurch die US-Banken ihre Zinssätze erhöhten. Dies führte zum Zusammenbruch der Spekulationsgeschäfte und brachte sowohl Banken als auch in weiterer Folge Industrieunternehmen in ernste Schwierigkeiten. Als Gegenmaßnahme wurden die Einfuhrzölle wesentlich erhöht, wodurch sich auch viele andere Länder gezwungen sahen, dieselben Maßnahmen durchzuführen. Hinzu kam eine Reihe von vor allem in Europa parallel ablaufender wirtschaftspolitischer Ereignisse, etwa die deutsch-österreichische Zollunion, die zusätzliche Unsicherheiten am Geldmarkt bewirkten.<sup>213</sup>

---

<sup>212</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 75–82.

<sup>213</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 49.

Die Krise traf Österreich zunächst in der Landwirtschaft und hier vor allem durch den Preisverfall bei Tierprodukten. Es kam zu Umsatzeinbrüchen und einer Ausweitung der Verschuldung.<sup>214</sup> Darauf folgte, dass die Nachfrage nach österreichischer Handelsware zurückging, verbunden mit Währungsabwertungen und der Ausweitung ausländischer Handelshemmnisse. Dadurch brach die österreichische Produktion ein und die Preise verringerten sich signifikant. Dies bewirkte aber auch die bereits überfällige Veränderung der österreichischen Wirtschaftsstruktur. Diese Veränderung erfolgte nicht nach einem durchdachten Prozess, vielmehr kam es in einer Art Reaktion auf die nun vorherrschenden Bedingungen zu einer Auflösung von Wirtschaftsbereichen, welche bereits vor der Krise als Problemfelder identifiziert werden konnten. Für die Gesamtwirtschaft hatte die Krise unterschiedliche Folgen. So wurde die Landwirtschaft durch eine nun verschärft protektionistische Wirtschaftspolitik angekurbelt, das Handelsdefizit durch einen starken Importrückgang verbessert und der Tourismus ausgebaut. Diese Resultate waren aber zum Teil durch ein reduziertes Lohn- und Preisniveau bedingt. Zwar konnte Österreich wieder an Attraktivität am internationalen Kapitalmarkt gewinnen, dadurch unsichere kurzfristige Verbindlichkeiten in langfristige Darlehen umwandeln, die Zinslasten und seine gesamten Auslandsschulden verringern und seine Währung stabilisieren<sup>215</sup>, diese Entwicklung war jedoch am Arbeitsmarkt kaum zu spüren. Da der internationale Handel zurückging, verringerte sich auch die Zahl der in diesem Bereich beschäftigten Personen. Die Importe brachen im Zeitraum 1929-1932 um mehr als die Hälfte ein, die Exporte betrugen nur mehr ein Drittel und die Arbeitslosenrate erhöhte sich von 10 auf 21%.<sup>216</sup> Bei der *Alpine Montan* mussten bis 1932 aufgrund von Produktionseinbußen bis zu 80% aller Hochöfen abgestellt und die Mehrheit der Arbeitskräfte entlassen werden. Auch *Böhler* spürte die Krise stark, der Umsatz halbierte sich bis 1932.<sup>217</sup> Die *Austro-Daimler-Puchwerke-AG* hatte 1930 keine Mittel mehr für Investitionen zur Verfügung. Sie konnte ihre Produktion nicht mehr gänzlich aufrechterhalten und musste im Verlauf der nächsten Jahre ihre Belegschaft um mehr als die Hälfte reduzieren. Als problematisch für das Unternehmen erwies sich vor allem die Abhängigkeit von öffentlichen

---

<sup>214</sup> Senft 2014: Anpassung durch Kontraktion., S. 182.

<sup>215</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 87–94.

<sup>216</sup> Otruba 1968: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 21.

<sup>217</sup> Jetschgo, Lacina, Pammer und Sandgruber 2004: Österreichische Industriegeschichte, S. 193–194.

Aufträgen, welche nun ausblieben. Nach der Fusion mit den *Steyrwerken* wurde die Produktion in Wiener Neustadt komplett eingestellt.<sup>218</sup> Die gesamte Metallverarbeitungsindustrie musste ihre Belegschaft zwischen 1929 und 1934 um mehr als 50% reduzieren, beim Bergbau und der Metallerzeugung wurde der Belegschaftsstand um 40% verringert, in der chemischen Industrie war der Arbeitskräfteabbau mit einem Minus von 30% etwas geringer.<sup>219</sup> Abbildung 13 zeigt den Rückgang des Belegschaftsstandes nach Unternehmensgröße zwischen 1929 und 1934. Klar erkennbar sind zum einen der umfangreiche Arbeitskräfteabbau bei Unternehmen mit mehr als 1.000 MitarbeiterInnen mit -67%, zum anderen aber auch, dass der Arbeitskräfteabbau bei Unternehmen mit weniger als 1.000 MitarbeiterInnen wesentlich geringer ausfiel und bei Unternehmen mit weniger als sechs MitarbeiterInnen kaum erwähnenswert war.

Abbildung 13: Veränderung Belegschaftsstand nach Unternehmensgröße in Österreich 1929-1934

Unternehmen mit MitarbeiterInnen	Belegschaftsstand 1929	Belegschaftsstand 1934	Belegschaftsstand Veränderung
über 1.000	67.000	22.000	-67%
zwischen 500 und 1.000	63.000	34.020	-46%
zwischen 100 und 500	170.000	108.800	-36%
zwischen 21 und 100	150.000	90.000	-40%
zwischen 6 und 21	85.000	58.650	-31%
unter 6	59.000	54.870	-7%

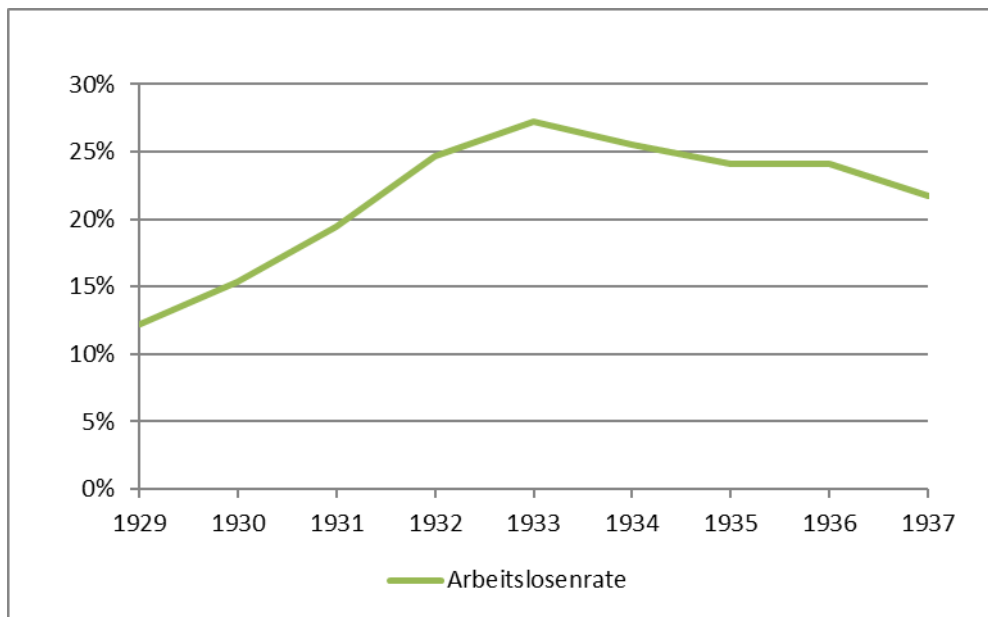
Quelle: Daten aus Bruckmüller (1984), S. 42, eigene Darstellung

Der Verlauf der Arbeitslosenrate von 1929 bis 1937 ist in Abbildung 14 dargestellt. Wie bereits bei Abbildung 8, ergibt sich die Rate aus dem Verhältnis der Arbeitslosen zur Summe aus Arbeitslosen und unselbständig Beschäftigten. Durch die Entlassungen infolge der Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenrate von 12,2% im Jahr 1929 bis auf 25,5% im Jahr 1934 an. Nach einer Phase der Stabilisation konnte die Rate in den folgenden Jahren leicht reduziert werden, betrug im Jahr 1937 aber immerhin noch 21,7%.

<sup>218</sup> Weber 1985: Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, S. 129–130.

<sup>219</sup> Bruckmüller 1984: Zur Sozialstruktur Österreichs in den dreissiger Jahren, S. 42.

Abbildung 14: Arbeitslosenrate in Österreich 1929-1937



Quelle: Daten aus Butschek<sup>220</sup>, eigene Darstellung

In Österreich wurde die Krise wesentlich durch den Zusammenbruch der Bankenbranche verschärft. Hier wirkten sich vor allem die Probleme der vergebenen langfristigen Kredite aus, denen kurzfristige eigene Anleihen gegenüberstanden. Da ausländische Investoren aufgrund der Krise ihr Kapital aus Österreich abzogen, kamen die heimischen Banken hinsichtlich ihrer Liquidität schwer in Bedrängnis. Dies hatte auch Auswirkungen auf einige ausländische Banken und belastete die Gold- und Devisenvorräte der österreichischen Nationalbank. Als Konsequenz kam es zu einer strukturellen Bereinigung der Bankenbranche, wodurch sich diese von lange mitgetragenen Altlasten, wie einem überdimensionierten Personalstand, befreiten, was zu einer höheren Arbeitslosigkeit beitrug.<sup>221</sup> Durch die veränderten Konstellationen nach Kriegsende mit ihren strukturellen Problemen und der steigenden Inflation waren die österreichischen Banken gezwungen, ihre Kapitalausstattung durch den Verkauf von eigenen Anteilen an ausländische Investoren zu erhöhen. Aufgrund ihrer bisherigen Stellung hatten sie noch weitreichende Verbindungen in die Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches oder waren in der Lage, sich dort wieder zu etablieren. Zudem konnten sie

<sup>220</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 213.

<sup>221</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 87–94.

ein umfangreiches Beteiligungsportfolio an der österreichischen Industrie vorweisen. Beides war für ausländische Investoren äußerst lukrativ. Lag die Beteiligung ausländischen Kapitals an den heimischen Banken vor dem Ersten Weltkrieg bei ca. 10%, stieg der Anteil bis 1923 auf mehr als 30%. Nachdem es zu erheblichen Problemen am Kapitalmarkt gekommen war, stieg 1924 die Nachfrage der Industrie nach Krediten erheblich an. Die Banken stellten die benötigten Mittel zwar zur Verfügung, da es sich dabei aber um kurzfristiges Kapital für langfristige Investitionen handelte, fehlten die notwendigen Absicherungen für eine zeitgerechte Rückzahlung. Zudem waren jene Kredite, welche die Banken selber vom Ausland erhalten hatten, ebenfalls für eine kurze Dauer vereinbart, wodurch die Banken in einen gefährlichen Liquiditätsengpass gerieten. Da sich die Börse nicht wie erwartet erholte, war eine Transformation von gewährten Krediten in Beteiligungskapital durch die Industrie nicht möglich. Verschärft wurde die Situation noch durch die Einführung des Schillings als offizielle Währung, wodurch die Bilanzposten der Unternehmen einer Neubewertung unterzogen wurden. Hier kam es zu erheblichen Wertverlusten und in weiterer Folge bereits zu ersten Bankschließungen und Fusionen.<sup>222</sup>

Zu den gewährten Krediten kamen auch noch bestehende direkte Aktienbeteiligungen von Banken an Industrieunternehmen, welche insbesondere während der Wirtschaftskrise erheblich an Wert verloren. Um ihre eigene Position zu verbessern, vergaben die Banken die Kredite nur mehr zu hohen Zinssätzen. Durch diese konnte zwar zusätzliches ausländisches Kapital akquiriert werden, da sie aber die finanzielle Belastung der Unternehmen noch erhöhten, waren diese Maßnahmen kontraproduktiv. Grundsätzlich überschätzten die Banken die wirtschaftlichen Aussichten, wodurch sie das hohe Risiko ihrer Geschäftspolitik nicht erkannten. Jedenfalls bewirkte die enge Verflechtung mit den Industrieunternehmen eine Koordinierung der Produktionen innerhalb von Branchen und die Entstehung neuer Unternehmen durch Zusammenschlüsse, wie bei der Fusion der *Austro-Daimler-Puchwerke-AG* mit den *Steyrwerke*.<sup>223</sup> Die intensiven Beziehungen zwischen den Unternehmen und den Banken spiegelten sich in der mehrfachen Bekleidung von Vorstands-, Direktions- oder Aufsichtsratspositionen durch einige wenige Bankdirektoren wider. Als Folge davon fehlten

---

<sup>222</sup> Eigner 1997: Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938, S. 192–194.

<sup>223</sup> Weber 1985: Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, S. 126–129.

die notwendigen objektiven Überprüfungen der wirtschaftlichen Gebarungen und Problembereiche wurden nicht erkannt oder ignoriert. Nachdem infolge der Wirtschaftskrise auch die größte Bank, die *Creditanstalt*, ihre Liquidität nicht aufrechterhalten konnte, wurde diese 1931 vom Staat aufgefangen. Eine weitere Konsolidierung erfolgte 1934, wodurch die somit entstandene *Creditanstalt-Wiener Bankverein* als einzige österreichische Großbank übrigblieb, mit einem Bruchteil der Bilanzsumme und des Eigenkapitals vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges. In der Folge wurden viele ausländische Industriebeteiligungen abgestoßen und österreichische Unternehmen einer weiteren Rationalisierungs- und Konsolidierungswelle unterzogen.<sup>224</sup> Im Zeitraum 1920 bis 1925 nahm die Zahl der Aktienunternehmen in der Industrie noch von 374 um 117% auf 812 zu, diese Zahl verringerte sich zunächst etwas infolge von Unternehmenszusammenlegungen oder -schließungen, brach aber durch die Wirtschaftskrise bis 1935 um 42% auf 469 ein. Ebenfalls verringerte sich die Zahl der Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten von 124 im Jahr 1926 auf 67 im Jahr 1934, was einem Rückgang von rund 46% entspricht.<sup>225</sup> Die staatliche Unterstützung der *Creditanstalt* war notwendig geworden, da die Notenbank ab 1932 die weitere Versorgung der Bank mit Krediten untersagte. Durch die Übernahme ihrer bei der Nationalbank aushaftenden Kredite durch den Staat und der Bereinigung der von ihr an die Industrie verliehenen uneinbringlichen Mittel konnte die Bank mit Zustimmung ihrer ausländischen GläubigerInnen eine realistische Neubewertung ihrer Bilanzposten vornehmen. Damit verzichtete die Bank auf einen Teil ihrer Forderungen der Industrie gegenüber und auch auf einen Teil ihrer Aktien, wodurch die Unternehmen, etwa die *Berndorfer Metallwarenfabrik*, in eine bessere Ausgangslage für ihre weitere Entwicklung gebracht wurden.<sup>226</sup> Zudem gab es einige Unternehmen, die indirekt verstaatlicht wurden, indem der Staat die Mehrheit an deren Eigentümerbanken übernahm. Dies betraf neben der *Elin* auch die *Berndorfer Metallwarenfabrik* und die *Waffenfabrik Steyr*.<sup>227</sup>

Eine weltweit verbreitete Konsequenz der Krise waren restriktive wirtschaftspolitische Maßnahmen. Vor allem in Zentraleuropa, dessen Staaten besonders hart von der Krise

---

<sup>224</sup> Eigner 1997: Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938, S. 96–97.

<sup>225</sup> Mosser 1985: Wachstumsstrategie oder Krisenmanagement?, S. 108.

<sup>226</sup> Weber 1985: Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie, S. 130–134.

<sup>227</sup> Turnheim 2009: Die staatliche Industrie Österreichs in der Ersten Republik, S. 11.

betroffen waren, kam es zu Moratorien, Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Wechselkurskontrollen. Es entwickelte sich ab 1931 ein wirtschaftlicher Nationalismus, der zunächst umfangreiche Handelsbeschränkungen, ab 1933 intensivere staatliche Lenkungsmaßnahmen und beinahe eine Abschottung vom internationalen Handel mit sich brachte. In Österreich setzten diese Maßnahmen nicht sofort ein, da die Regierung eine Ausweitung der Exporte anstrebte. Nachdem aber Handelspartner Barrieren errichteten und der heimische Markt sich vor billigeren Importwaren schützen wollte, wurden auch in Österreich höhere Zölle und Quoten festgesetzt. Diese Maßnahmen wurden meist nur als schnelle Reaktion auf internationale Maßnahmen gesetzt, ohne ein nachhaltiges Konzept zu verfolgen. Außer in der Landwirtschaft hatten sie auch nur mäßigen bis keinen Erfolg. Als Folge wurden spezifische Bedingungen für den Import und Export einzelner Branchen in bilateralen Handelsverträgen vereinbart.<sup>228</sup> Die Industrie erneuerte ihre Forderung nach wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Dies betraf aber nicht nur Lohnkürzungen und eine Verringerung der Arbeitslosenunterstützung zur Senkung der Personalkosten, sie verlangte auch weitgehendere Reformen durch den Staat. Es sollten im Bereich Finanzen die Steuern und Abgaben gesenkt, in der Verwaltung Missbrauch vermieden, hohe Auslagen reduziert und eine aktive Handelspolitik unter Berücksichtigung der Produktionsinteressen betrieben werden. Viele dieser einschneidenden Forderungen wurden von den Freien Gewerkschaften und den Sozialdemokraten verhindert. Schon seit Beginn der Ersten Republik war die Industrie in Opposition zur Sozialdemokratie und förderte die Bildung einer einheitlichen bürgerlichen Regierung. Eine auf die Interessen der Industrie ausgerichtete einheitliche und entschlossene Wirtschaftspolitik konnte sie aber nicht erreichen.<sup>229</sup> Durch die Wirtschaftskrise wurde die industrielle Entwicklung Österreichs stark gebremst. Nicht nur hatte sie der staatlich unterstützten Landwirtschaft gegenüber das Nachsehen, der Rückgang des Außenhandels und eine Verlagerung der ausländischen Nachfrage hin zu Rohstoffen und Halbfertigwaren stellten sie vor umfangreiche Herausforderungen. Hinzu kam eine geringere Nachfrage nach Industriegütern im Inland, welche durch einen generellen Konsumrückgang aufgrund eines geringeren Volkseinkommens bedingt wurde. Nur die Rüstungsindustrie konnte dank

---

<sup>228</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 253–254.

<sup>229</sup> Haas Karl 1979: Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, S. 108–113.

internationaler Aufträge einen Teil ihrer Kapazitäten auslasten. Vom Deutschen Reich aus wurde dabei ein zunehmender Druck verspürt. Durch die steigende Bedeutung des Nachbarlandes als Handelspartner wurde Österreich von dessen Wirtschaftspolitik beeinflusst. Hinzu kam, dass das Deutsche Reich seinen Markt auf Südosteuropa erweiterte und österreichische Konkurrenzprodukte verdrängte. Zwar konnte auch der Handel mit Ungarn und Italien gesteigert werden, jedoch verabsäumte es Österreich darüber hinaus, neue Handelspartner zu suchen. Parallel dazu wurden vom österreichischen Staat zu wenige wirtschaftspolitische Anreize für Unternehmensinvestitionen gesetzt, um die Wirtschaft in Schwung zu bringen, da der Fokus noch immer auf der Währungsstabilität lag.<sup>230</sup> Die Regierung versuchte zunächst die während der Krise entstandenen höheren Budgetdefizite wieder einzudämmen. Um aber die hohe Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen, wurden 1933 einige Arbeitsbeschaffungsprogramme ausgearbeitet, welche aber zusätzlicher Ausgaben bedurften. Folglich traten ein ausgeglichenes Budget und das Aufrechterhalten der Währungsstabilität in den Hintergrund. Diese Ausrichtung der Politik wurde schließlich doch aufgrund der zu erwartenden hohen Verschuldung nach kurzer Dauer wieder geändert. Nachdem es 1929 gelungen war, den Schuldenstand auf rund 2,09 Mrd. Schilling deutlich zu reduzieren, nahm dieser nicht nur während, sondern auch unmittelbar nach der Krise wesentlich zu und erreichte im Jahr 1936 rund 3,97 Mrd. Schilling. Erst 1937 gelang es, zumindest für ein Jahr, die Schulden auf 3,69 Mrd. Schilling leicht abzubauen.<sup>231</sup> Nach der Auflösung des Parlaments im März 1933 war die Wirtschaftspolitik des Ständestaats wieder auf ein ausgeglichenes Budget mit stabiler Währung und moderater Preisentwicklung ausgerichtet, um am internationalen Kapitalmarkt die Kreditwürdigkeit zurückzubekommen. Die Wirtschaftspolitik war bei der Anordnung von antizyklischen Maßnahmen zurückhaltend, es gab keine stimulierenden Eingriffe in den Arbeitsmarkt und die geringen Investitionsdarlehen hatten keine wirtschaftlichen Effekte. Gepaart mit dem Rückgang des internationalen Handels und der niedrigeren Produktivität und Konkurrenzfähigkeit österreichischer Unternehmen, konnte sich die österreichische Wirtschaft in den Folgejahren

---

<sup>230</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 94–98.

<sup>231</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 55–57.



nur mäßig weiterentwickeln.<sup>232</sup> Auch die vom Völkerbund gewährte Lausanner Anleihe hatte keine großen Auswirkungen. Sie war bereits infolge der Übernahme der Schulden der *Creditanstalt* bei der Notenbank und einer Garantiegewährung durch den Staat beantragt worden.<sup>233</sup> Die Anleihe, die deutlich geringer war als jene, die in Genf zugesagt wurde, sah die Rückzahlung der Staatsschulden bei der Notenbank, wieder ein ausgeglichenes Budget mit entsprechenden Reformen und den Einsatz eines Völkerbundvertreters zur Überwachung der Reformen vor. Für realwirtschaftliche Maßnahmen wurde sie jedoch nicht verwendet. Sie diente eher dazu, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen, um das Vertrauen in die Wirtschaft wiederherzustellen, was aber vor allem ein Signal an internationale Kreditgeber war.<sup>234</sup> Grundsätzlich war der Völkerbund nicht so sehr daran interessiert, Österreich einfach das Leben zu erleichtern, sondern war auf sein Überleben in geopolitischer Hinsicht bedacht.<sup>235</sup>

Die Aufnahme ausländischen Kapitals wurde von den Vertretungen von Industrie, Handel und Banken sehr begrüßt. Die in den Beamtenvertretungen stark vertretene Gruppierung der Großdeutschen befürchtete durch die Anleihe und ihre Bedingungen jedoch eine weitere Abkehr von einer Annäherung an das Deutsche Reich. Die Arbeiterkammer und die Gewerkschaften waren ebenfalls gegen diese Anleihe und sprachen sich stattdessen für umfangreiche Maßnahmen zur Arbeitsplatzschaffung aus.<sup>236</sup> Dass die Industrie die Aufnahme einer Anleihe zur Stabilisierung der Währung unterstützte, lag daran, dass sie ebenso wie der Staat und die Banken Schulden bei ausländischen GeldgeberInnen hatte und ein Währungsverfall direkte Auswirkungen auf die Höhe der Tilgung und der zu zahlenden Zinsen hatte.<sup>237</sup> Die Regierung verließ sich somit weiter darauf, dass ein Budgetausgleich und eine Erholung der Banken für eine Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklung ausreichten. Da eine neue Völkerbundanleihe vorwiegend zum Abbau kurzfristiger Auslandskredite und somit zur Stärkung der heimischen Währung verwendet wurde, fehlten Maßnahmen zur Erleichterung von Kreditaufnahmen und somit der Anreiz für Investitionstätigkeiten durch die

---

<sup>232</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 291.

<sup>233</sup> Kernbauer 1997: Zur österreichischen Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik: Ein Überblick, S. 57.

<sup>234</sup> Stiefel 1988: Die grosse Krise in einem kleinen Land, S. 184–186.

<sup>235</sup> Rauchensteiner 2017: Unter Beobachtung., S. 115.

<sup>236</sup> Berger 1994: The Austrian Economy, 1918-1938, S. 267.

<sup>237</sup> Mattl 2014: Die Finanzdiktatur, S. 208.

Wirtschaft.<sup>238</sup> Dennoch begrüßte die Industrie die politische Veränderung und den von der Regierung eingeschlagenen Wirtschaftskurs, der sich auf das noch immer gültige kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz (siehe Kapitel 2.1.2) stützte und somit eine Einflussmöglichkeit durch die Sozialdemokratie auf die Wirtschaftspolitik verhinderte. Immerhin kam es für die Industrie zu einigen Erleichterungen durch das Ende der Devisenbewirtschaftung, eine Senkung von Arbeitslosenunterstützung, Steuern und einiger öffentlicher Ausgaben, eine Änderung der Arbeitszeiten und eine aktivere Handelspolitik. Auch wenn sich ihre Erwartungen in die Wirtschaftspolitik nicht gänzlich erfüllten, so unterstützte die Industrie weitgehend die nun herrschende Diktatur.<sup>239</sup> Aus wirtschaftlicher Sicht war der Nutzen dieser Unterstützung für die Industrie zweifelhaft. Zwar wurden soziale Unruhen unterbunden, die staatlichen Ausgaben und die Kosten der Unternehmen gesenkt. Es fehlten aber Kartellregelungen, notwendige Infrastrukturmaßnahmen wie die weitere Elektrifizierung der Bahn, der Ausbau der Energieversorgung und die Erschließung weiterer Erdölquellen. Nur der Außenhandel konnte zulegen, aber auch nur dank der steigenden Nachfrage nach Rüstungsgütern.<sup>240</sup>

Das reale Bruttonationalprodukt nahm von 1933 bis 1937 nur um 12% zu, wobei die Industrie mit einer Steigerung von 26% noch ein relativ hohes Wachstum verzeichnen konnte. Die Agrarwirtschaft hingegen konnte ihre Produktion im selben Zeitraum nicht im selben Ausmaß steigern. Im Vergleich mit 1913 lag das Bruttonationalprodukt jedoch auch 1937 noch 9% unter dem Niveau vor dem Ersten Weltkrieg.<sup>241</sup> Zumindest die Leistungsbilanz konnte sich im selben Zeitraum wesentlich verbessern, die Exporte stiegen um rund 57%, die Importe um rund 27%. Der Anstieg der Exporte ist im Wesentlichen auf die Erholung der Weltkonjunktur und einsetzender Aufrüstung<sup>242</sup> einiger Länder zurückzuführen, während die Ursachen für den Rückgang der Importe unter anderem in der zurückgegangenen Nachfrage nach Konsumgütern, in den eigenen Handelsbarrieren und der Währungsabwertung zu finden

---

<sup>238</sup> Otruba 1968: Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 22–23.

<sup>239</sup> Haas Karl 1979: Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise, S. 120–123.

<sup>240</sup> Senft 2014: Anpassung durch Kontraktion., S. 186–187.

<sup>241</sup> Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 1965: Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963, S. 6.

<sup>242</sup> Die Vorgaben des Vertrages von St. Germain wurden nach der Wirtschaftskrise vermutlich nicht mehr sehr streng genommen. Zudem wurden einige Rüstungsgüter bei Tochterfirmen im Ausland oder im Rahmen einer Zivilproduktion erzeugt und wahrscheinlich wurden viele Rüstungsgüter nicht als solche beim Zoll deklariert.

sind.<sup>243</sup> Bis zum „Anschluss“ an das Deutsche Reich konnte die wirtschaftliche Situation somit zwar verbessert und wesentliche Strukturprobleme beseitigt werden, dies erfolgte aber nicht in derselben Intensität und Geschwindigkeit wie in den Jahren vor der Krise.<sup>244</sup> Der Einschnitt der Krise war in allen Industriebereichen zu spüren, es gab fast kein Unternehmen, welches sich vor 1938 von den Auswirkungen erholen konnte. Somit kam es wieder zu umfangreichen Überkapazitäten und die Investitionen in neue Technologien und Anlagen wurden über lange Zeit auf einem niedrigen Level gehalten. Die jährliche Investitionsquote zwischen 1933 und 1937 lag unter 7%, die Summe der getätigten Investitionen erreichte nur 57% des Ausmaßes von 1929.<sup>245</sup> Die Wirtschaftskrise hatte sich in Österreich besonders auf große Unternehmen ausgewirkt. Viele jener Unternehmen, die bereits vor dem Ersten Weltkrieg existierten und dessen Auswirkungen überstanden, konnten zwar auch diese Krise überstehen, mussten danach jedoch weitreichende Einsparungen vornehmen. Dies wirkte sich insbesondere auf den Personalstand aus. Auch wenn in den Jahren vor der Krise einige Unternehmen wachsen konnten und sich zu Großunternehmen entwickelten, so wurde die damit verbundene Zunahme an Arbeitsplätzen wieder zunichte gemacht. Die Zahl der Arbeitsplätze lag in manchen Branchen 50% unter dem Stand vor dem Ersten Weltkrieg, wobei der Osten Österreichs stärker betroffen war als der westliche Teil.<sup>246</sup>

In Abbildung 15 ist die Entwicklung der industriellen Produktion einiger Länder im Vergleich dargestellt. Die Veränderung bezieht sich auf den einheitlichen Ausgangspunkt im Jahr 1929 und zeigt, dass die Krise in Österreich wie in den USA und in Frankreich große Auswirkungen hatte. Auch Großbritannien verzeichnete einen erheblichen Einbruch, jedoch nicht in demselben Ausmaß. Zudem konnte es sich wesentlich rascher und in einem größeren Ausmaß erholen.

---

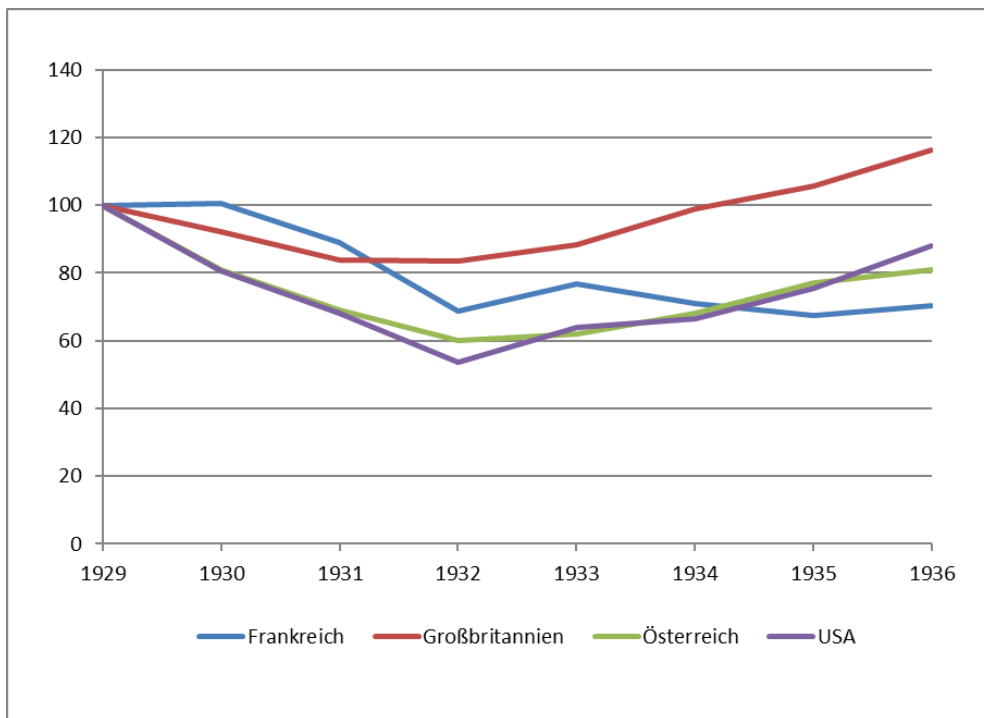
<sup>243</sup> Bachinger 1994: 1918-1945, S. 68.

<sup>244</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 303–304.

<sup>245</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 304–305.

<sup>246</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 105–107.

Abbildung 15: Internationale relative industrielle Produktionsentwicklung 1929-1936



Quelle: Daten aus Mattl (2014), S. 212, eigene Darstellung

Einige Industriezweige konnten nach 1933 wieder an Produktionsumfang zulegen. So etwa die metallverarbeitende Industrie, welche eine relativ schnelle Erholung verzeichnete. Dies lag vorwiegend am generellen Konjunkturaufschwung und zum Teil an der internationalen Aufrüstung, welche für eine Umsatz- und Beschäftigungssteigerung sorgten. Jedoch war damit auch eine gewisse Unsicherheit verbunden, da viele Aufträge kurzfristig erfolgten und keine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung erkennen ließen. Jedenfalls lag die Eisenproduktion 1937 noch 16% unter dem Niveau vor der Krise, während die Stahlerzeugung bereits 3% darüber lag. Damit konnten bessere Wachstumsraten erzielt werden als etwa in Frankreich oder sogar den USA. Hingegen konnte das Wachstum im Deutschen Reich und in Großbritannien bereits das Niveau vor der Krise sowohl bei der Eisen- als auch bei der Stahlproduktion deutlich übersteigen. Namhafte österreichische Unternehmen wie die *Alpine Montan* oder *Schöller-Bleckmann* fanden mit Hilfe von Exporten einen Weg aus der Krise. Die *Alpine* konnte ihre Verlustphase infolge von Überkapazitäten (1934 wurden nur 4% ihrer Schienenproduktionskapazität ausgelastet) und mangelnder Produktivität zwar erst 1935 mit Hilfe von Aufträgen aus der Tschechoslowakei (im Tausch gegen Koks) und Ungarn (im Tausch

gegen Mehl) beenden. Es kamen aber bereits erste Rüstungsaufträge aus dem Deutschen Reich und Italien, welche in den Folgejahren noch erheblich zunahmen und dem Unternehmen zu umfangreichen Gewinnen und 1937 zu einer fast vollständigen Kapazitätsauslastung verhalfen. *Schöller-Bleckmann* hingegen konnte bereits 1933 eine leichte Erholung verzeichnen, welche vor allem durch den Export, der mehr als 70% des Umsatzes ausmachte, getragen wurde. Auch in den Folgejahren wurde die Produktion wesentlich durch Exportaufträge gesteigert, welche zum Großteil der internationalen Aufrüstung zu verdanken waren. Neben AuftraggeberInnen aus Europa wurden auch solche aus Indien, dem Nahen Osten und Südamerika beliefert. Aber auch die Aufträge aus dem Inland nahmen zu, vorwiegend für den Ausbau des Schienennetzes. *Schöller-Bleckmann* kam mit der Krise und ihren Folgen besser zurecht als die *Alpine*, da sich das Unternehmen bereits frühzeitig auf den Export konzentrierte, rechtzeitig in neue Technologien investierte und somit eine höhere Produktqualität anbieten konnte.<sup>247</sup> *Hirtenberger* begann 1935, als zusätzliches Standbein, mit der Produktion von Flugzeugen, vorwiegend für das österreichische Bundesheer. Zudem versuchte sie sich in der Entwicklung eines von Erdöl unabhängigen Treibstoffsystems für Verbrennungsmotoren. Beide Sparten wurden nach dem „Anschluss“ wieder eingestellt bzw. an andere Firmen ausgelagert, um sich auf den erhöhten Bedarf an Munition zu konzentrieren.<sup>248</sup> Die Firma *Waagner-Biró AG*, welche neben der Erzeugung von Kesseln, Behältern und Förderanlagen auch Stahlkonstruktionen herstellte, litt unter einem Umsatzrückgang, der zu einem großen Teil durch ausgebliebene öffentliche Aufträge verursacht war. Durch eine erhöhte Nachfrage aus dem privaten Bereich, und hier auch aus dem Ausland, verbesserte sich die Auftragslage in den Jahren nach der Krise wieder etwas. Immerhin konnte der Umsatz zwischen 1935 und 1937 um 15% gesteigert werden.<sup>249</sup> *Berndorfer* konnte die Schwierigkeiten der Wirtschaftskrise erst 1937 wirklich überwinden. Die Produktion wurde auf rentable Zweige fokussiert und die Produktionsanlagen

---

<sup>247</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 305–306.

<sup>248</sup> Mötz 2010: Hirtenberger AG - die ersten 150 Jahre, S. 59–61.

<sup>249</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Jahrgänge 1938 und 1939.

modernisiert. Hauptgeschäft waren Halbfabrikate wie Rohre, Bleche, Stangen, Bänder und Drähte, wobei die Produktion für die Rüstungsindustrie zu dieser Zeit vernachlässigbar war.<sup>250</sup>

Eine Branche, die ein geringeres Wachstum verzeichnen musste, war die Elektroindustrie. Während in Ländern wie dem Deutschen Reich oder Großbritannien ein Zuwachs von mehr als 60% erreicht wurde, lag die Rate in Österreich bei etwa 18%. Die Elektroindustrie war nach der Krise mit einem niedrigen Exportvolumen konfrontiert. Dies betraf zwar nicht nur heimische Unternehmen dieser Branche, jedoch waren diese hauptsächlich auf den Export ausgerichtet und die Nachfrage am österreichischen Markt war nicht ausreichend, um den fehlenden Export zu kompensieren. Deutsche Unternehmen hingegen konnten von der expandierenden Rüstungswirtschaft profitieren und waren somit nicht auf Exportgeschäfte angewiesen. Geschäfte infolge der Aufrüstung und das Angebot an hochqualitativen Produkten ließen aber im Verlauf der 1930er Jahre den Export österreichischer Unternehmen wieder leicht ansteigen. *Siemens* war besonders stark vom Inlandsmarkt abhängig. Nachdem infolge der Krise die Nachfrage heimischer öffentlicher und privater Auftraggeber einbrach, konnte sich die Auftragslage erst ab 1934 wieder leicht erholen. Einige Aufträge von Elektrizitätswerken und von Eisenbahnunternehmen halfen dem Unternehmen sich zu stabilisieren, die Auslastung erreichte bis 1936 dennoch nur 60% der verfügbaren Kapazitäten. Eine ähnliche Entwicklung nahm auch die *AEG*, welche ebenfalls hauptsächlich von der inländischen Nachfrage abhängig war. Hingegen konnten einige Unternehmen wie *Brown-Boveri* oder *Elin* früher ein Wachstum verzeichnen. Vor allem *Elin* konnte aufgrund seiner Produktvielfalt und einem technologischen Vorsprung infolge von intensiven Forschungs- und Entwicklungstätigkeiten den Export relativ schnell steigern.<sup>251</sup> Exportmarkt war neben dem Nahen und Fernen Osten auch Lateinamerika und Südafrika. Dabei wurden vor allem elektrische Schweißmaschinen im Rahmen öffentlicher Investitionen oder der Aufrüstung nachgefragt.<sup>252</sup> Die Krise hatte aber auch bei *Elin* ihre Spuren hinterlassen. Konnte die Firma mit den von ihr noch vor der Krise übernommenen Betrieben rund 3.000 MitarbeiterInnen

---

<sup>250</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 29. Jahr, 2. Band, Die Bilanzen, S. 401.

<sup>251</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 333–344.

<sup>252</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 26. Jahr, 2. Band, Die Bilanzen, S. 371.

verzeichnen, so musste der Personalstand infolge der Krise stark reduziert werden und pendelte sich bis 1937 bei rund 2.000 MitarbeiterInnen ein.<sup>253</sup>

Die Maschinenindustrie war ebenfalls von Exporten abhängig. Durch die Krise hart getroffen, konnte sie sich in den darauffolgenden Jahren nur schwer erholen. 1937 betrug der gesamte Exportumsatz der Branche etwas mehr als ein Drittel des Niveaus von 1929. Die Unternehmen waren dabei mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. So hatte *Hofherr-Schrantz* mit einem Rückgang der Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen aufgrund eines generellen Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion zu kämpfen, *Simmeringer* hingegen bekam die reduzierten öffentlichen Ausgaben für den Bau von Lokomotiven und Waggons zu spüren. Zudem konnten beide Unternehmen nicht mit den technologischen Neuerungen mithalten, wodurch der Großteil ihrer Produktionskapazitäten ungenutzt blieb.<sup>254</sup> Während *Simmeringer* die schwierige Lage durch den Kauf des Konkurrenten *Grazer Waggonfabrik* versuchte, seinen Marktanteil und die Produktionsauslastung etwas zu verbessern<sup>255</sup>, gelang es zumindest *Hofherr-Schrantz* mit einer umfangreichen Generalsanierung bis 1937 sich wirtschaftlich zu erholen und ihren Belegschaftsstand von 365 während der Krise wieder auf 2.500 zu erhöhen. Diesen Umschwung konnten andere Unternehmen der Branche nicht vollziehen. Die Firma *Andritz* musste sogar zeitweilig ihren Betrieb einstellen.<sup>256</sup>

Die Fahrzeugindustrie konzentrierte sich nach der Krise auf den heimischen Markt. Da sie im Vergleich mit anderen internationalen Fahrzeugherstellern eine geringere Produktivität aufwies, war sie beim Export preislich nicht mehr konkurrenzfähig. Bis 1937 wurde nur etwas mehr als ein Viertel des Exportumsatzes aus der Zeit vor der Krise erreicht. Aber auch der heimische Markt konnte diesen Umsatzentgang nicht gänzlich kompensieren. Firmen wie *Steyr* und *Austro Daimler* versuchten ihre Produktivität durch einen Firmenzusammenschluss zu verbessern. Daraus entstand zwar einer der größten Konzerne Österreichs, der Absatz konnte damit aber nur geringfügig angehoben werden. Infolge von Produktionsumstellungen und der Erzeugung von günstigeren Autos stieg die Inlandsnachfrage wieder etwas an. Dieser

---

<sup>253</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 116.

<sup>254</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 330–333.

<sup>255</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 30. Jahr, Die Bilanzen, 331.

<sup>256</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 114.

Trend setzte sich in den Folgejahren fort, wodurch bis 1936 eine Fabrikauslastung von mehr als 70% erreicht werden konnte. Der Exportanteil blieb aber auch weiterhin nahezu unverändert. Hingegen konnte *Austro-Fiat* die Wirtschaftskrise relativ unbeschadet überstehen. Zwar musste dieses Unternehmen auch Umsatzeinbrüche hinnehmen, es kam aber nie in die Verlustzone. Grund hierfür war die Konzentration auf den heimischen Markt, die bereits vor der Krise stattgefunden hatte. Zudem produzierte *Austro-Fiat* Nutzfahrzeuge, für welche die Nachfrage nicht im selben Ausmaß zurückging wie für Personenkraftwagen. Dennoch konnten bis 1936 weder Absatz- noch Umsatzlevel von vor der Krise annähernd erreicht werden.<sup>257</sup> Nach der Wirtschaftskrise war aber nur mehr die neu entstandene *Steyr-Daimler-Puch AG* mit rund 7.500 MitarbeiterInnen als Großunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten übriggeblieben. Sowohl *Austro-Fiat*, als auch die vor der Krise als Großunternehmen eingestufte *Gräf & Stift* konnten diese Schwelle nicht mehr überschreiten.<sup>258</sup> Der Bereich der Waffenproduktion von *Steyr-Daimler-Puch AG* hatte sich in den 1930er Jahren „befriedigend“ entwickelt.<sup>259</sup>

In der chemischen Industrie war vor allem die Entwicklung am internationalen Gummimarkt zu spüren. Die Produktion war einerseits von der Fahrzeugherstellung und somit weitgehend von der jeweiligen Inlandsnachfrage abhängig, andererseits profitierte sie aber von der Anfang der 1930er Jahre beginnenden Aufrüstung mancher Staaten. Das erhöhte zwar die Absatzmöglichkeiten, geringe Preise aufgrund von weltweiten Überkapazitäten drückten aber noch das Umsatzwachstum. Diese Auswirkungen trafen auch die österreichische *Semperit*. Die Produktion verringerte sich zwar nur geringfügig, der Exportabsatz brach aber ein, wenn auch weit weniger als der damit generierte Umsatz. Dass das Unternehmen keinen größeren Schaden durch die Krise davontrug und in den 1930er Jahren eine positive Entwicklung vorweisen konnte, war den ständigen Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen sowie der Produktvielfalt und den eigenen internationalen Vertriebswegen zu verdanken. Bereits 1934 lag die Kapazitätsauslastung bei 70%.<sup>260</sup> Die *Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler*

---

<sup>257</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 344–351.

<sup>258</sup> Mathis 1990: Big Business in Österreich II, S. 115.

<sup>259</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 27. Jahr, 2. Band, Die Bilanzen, S. 323.

<sup>260</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 353–363.



AG, die später im Nationalsozialismus als *Donau Chemie AG* firmierte, konnte in den Jahren nach der Krise ihre Exporte nur schwer vorantreiben. Obwohl sie die Fertigung einiger Spezialprodukte in ihr Produktionsprogramm aufnahm, konnte sie ihre Kapazitäten nicht gänzlich ausschöpfen. Auch die Inlandsnachfrage war unbefriedigend und konnte mit neuen Produkten nur schwer erhöht werden.<sup>261</sup> Zumindest konnte sie einen Territorialschutzvertrag mit der deutschen *IG Farben* abschließen, wodurch deren Erzeugnisse in Österreich und auf dem Balkan nur über die *Pulverfabrik* abgesetzt wurden.<sup>262</sup>

Bis zum „Anschluss“ war es der österreichischen Industrie zwar möglich, sich nach der Wirtschaftskrise zu stabilisieren und von deren Auswirkungen etwas zu erholen. Jener Aufschwung, welcher in den Jahren vor der Krise verzeichnet werden konnte, setzte nach der Krise jedoch nicht mehr ein. Es fehlten sowohl die Inlands-, als auch die Auslandsnachfrage nach österreichischen Industrieprodukten. Zudem erfolgten keine stimulierenden Impulse von Seiten der österreichischen Wirtschaftspolitik. Nur der Aufschwung der deutschen Rüstungsindustrie hatte einen bereits spürbaren Effekt auf die österreichische Wirtschaft und ließ insbesondere die Industrie eine Steigerung ihrer Produktion und somit eine Auslastung ihrer Kapazitäten erwarten.

---

<sup>261</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch.Jahrgang 1939 und 1938.

<sup>262</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 25. Jahr, 1. Band, Die Bilanzen, S. 33.

## **2.3. Wirtschaftliche Verflechtungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich**

### **2.3.1. Österreichs Rolle bei den deutschen Expansionsbestrebungen**

Die wirtschaftliche Annäherung zwischen Österreich und dem Deutschen Reich begann bereits in der Kaiserzeit geregelte Formen anzunehmen. Die Handelsbeziehungen der beiden Staaten basierten um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert im Wesentlichen auf einzeln abgeschlossenen Handelsverträgen. So wurde der Handel zwischen dem Habsburgerreich und dem Deutschen Reich durch den Handels- und Zollvertrag von 1891 geregelt. Darin wurden unter anderem die Zölle auf bestimmte Waren, Regeln für Ein-, Aus- und Durchfuhr bezüglich Güter- und Personenverkehr und Erleichterungen für die Niederlassung von Aktiengesellschaften festgelegt.<sup>263</sup> Innerhalb Europas wurden geltende Handelsverträge immer wieder durch Zusatzverträge erweitert, die etwa eigene Zölle für Getreide- und Viehproduktion betrafen. Schon bald folgte die Industrie mit der Forderung nach einer Erhöhung der Zölle auf ihre Produkte mit der Begründung, dass durch die gestiegenen Zölle auf landwirtschaftliche Produkte auch die Versorgungslage teurer geworden war und sich somit die Produktionskosten erhöht hatten. Da dies in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwungs geschah, hatten die erhöhten Preise keine direkten realen Auswirkungen, jedoch wurden dadurch die Bestrebungen einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit gebremst.<sup>264</sup> Zwischen dem Habsburgerreich und dem Deutschen Reich wurde 1905 eine Zusatzvereinbarung unterzeichnet, in welcher neben der Änderung bestehender und der Festlegung neuer Zölle die Bedingungen bezüglich der Durchfuhr von Rüstungsgütern neu geregelt wurden. Durften nach Artikel 1 des Handels- und Zollvertrag von 1891 die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Schießpulver und Sprengstoffen, wenn ein Staatsmonopol bestand, verboten werden, sah Artikel 5 dieses Verbot nicht mehr vor und schloss nun auch Waffen und Munition mit ein. Diese Güter mussten zwar angemeldet werden, eine Kontrolle durfte aber nur bei erstmaliger Durchfuhr und ohne unbegründete Verzögerung durchgeführt

---

<sup>263</sup> RGBI 1892/55/15.

<sup>264</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donauraum, S. 103–104; Kühl 1958: Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa.

werden.<sup>265</sup> Dies sollte vermutlich bei drohender Kriegsgefahr die Verlagerung von Waffen und Munition in Aufmarschgebiete erleichtern.

Bereits in den unmittelbaren Jahren vor Ausbruch des Ersten Weltkriegs war ein steigender Druck durch das industrielle Potential der USA zu spüren, woraufhin einige Staaten damit begannen, gemeinsam Lösungen für diese wirtschaftliche Herausforderung zu suchen. Es bildeten sich sogenannte Mitteleuropäische Wirtschaftsvereine, zu welchen auch der Österreichisch-Deutsche Wirtschaftsverband in Wien und der Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschaftsverband in Berlin zählten. Sie beschäftigten sich mit der Handels- und Zollpolitik, dem Verkehrswesen und der Angleichung wirtschaftlicher und rechtlicher Rahmenbedingungen innerhalb des Interessensgebiets. Dies umfasste Fragen zum Abbau von Zöllen und dem Aufbau eines Präferenzsystems, zur handelspolitischen Kooperation, zum Eisenbahngüterverkehr und der Binnenschifffahrt. Während des Ersten Weltkrieges verstärkten sich die Argumente für einen Zusammenschluss des Habsburgerreichs mit dem Deutschen Reich, die nicht rein militärischen oder politischen Ursprungs waren, sondern wirtschaftliche Gründe hatten.<sup>266</sup> In den 1920er und 1930er Jahren sollte sich dann eine Reihe von Verbänden und Organisationen etablieren, welche die Arbeit ihrer VorgängerInnen fortsetzten. Sie hatten eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Österreich und dem Deutschen Reich und teilweise explizit den „Anschluss“ zum Ziel. Nennenswert sind etwa der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, die Österreichisch-Deutsche Arbeitsgemeinschaft und die Deutsch-Österreichische Arbeitsgemeinschaft. Ein „Anschluss“ Österreichs auf wirtschaftlicher Ebene hatte dabei zweierlei Zwecke: zum einen sollte dies den tatsächlichen politischen „Anschluss“ vorbereiten. Zum anderen wurde damit dem Deutschen Reich der direkte Zugang nach Südosteuropa ermöglicht.<sup>267</sup>

Durch den Kriegsausbruch endeten aber zunächst die Bemühungen der einzelnen Vereine und Verbände, bestehende Handelsverträge wurden obsolet und der Außenhandel des Habsburgerreichs wurde fortan behördlich geregelt. Die Auswirkungen des Kriegs ließen jedoch bald die wirtschaftlichen Probleme vor allem in der Versorgung mit grundlegenden lebenswichtigen Produkten erkennen, wodurch sich die Bestrebungen eines zumindest

---

<sup>265</sup> RGBI 1906/179/24.

<sup>266</sup> Wittek 1917: Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen, S. 7–8.

<sup>267</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, 29-30.

wirtschaftlichen Zusammenschlusses der Mittelmächte wieder verstärkten.<sup>268</sup> Nachdem die Mittelmächte weitgehend vom internationalen Handel abgeschottet waren, lag das Ziel in einer möglichst umfangreichen autarken Wirtschaft. Eine wesentliche Maßnahme musste daher die Errichtung einer Zollgemeinschaft sein. Da aber die Abhängigkeit des Deutschen Reichs vom Habsburgerreich wesentlich geringer war als umgekehrt, wurde die Frage eines Zusammenschlusses mit unterschiedlicher Intensität vorangetrieben. Das Habsburgerreich war dabei darauf bedacht, die rein wirtschaftlichen Beweggründe zu unterstreichen, um seine volle Souveränität und die staatlichen Hoheitsrechte zu erhalten. Es sollte eine intensive handelspolitische Kooperation entstehen, um das Wirtschaftspotential beider Reiche zu erhöhen und den Herausforderungen, welchen diese nach Kriegsende gegenüberstehen würden, gestärkt entgegentreten zu können. Jedoch waren auch innerhalb des Habsburgerreichs nicht alle Wirtschaftsbereiche erfreut über diese Ziele. Einige, vorwiegend kleinere, Industrien fühlten sich von einer deutschen Übermacht bedroht und verlangten die Aufrechterhaltung von Zöllen auf gewissen Warengruppen. Deutsche Industrien hingegen sahen in einem wirtschaftlichen Zusammenschluss kein weiteres Potential innerhalb des Habsburgerreichs und auch keine zusätzliche Zutrittsmöglichkeit zu neuen Märkten in angrenzenden Gebieten. Sie waren eher an einem einfachen Zolltarifvertrag mit jeweiligen Begünstigungen und Erleichterungen im Verkehr interessiert, um die bereits bestehenden Handelsbeziehungen vor allem mit den Balkanstaaten zu intensivieren.<sup>269</sup> 1918 kam es noch vor Kriegsende zwischen dem Deutschen Reich und dem Habsburgerreich zur Unterzeichnung eines gegenseitigen Zollpräferenzsystems mit der Aussicht, dieses auf eine Zollunion zu erweitern und später auch Rumänien, Serbien, das Baltikum, Polen und Belgien mit einzuschließen. Das Kriegsende mit den Verträgen von St. Germain, Trianon und Versailles machte diesen Vertrag und weitere Bestrebungen für einen wirtschaftlichen Zusammenschluss vor allem durch eine einseitige Meistbegünstigungsklausel zum Vorteil der Alliierten jedoch zunichte.<sup>270</sup>

Österreich hoffte in seiner Annahme, sich nicht selbst versorgen zu können, auf umfangreiche Unterstützung durch das Deutsche Reich. Da sich dieses aber zunächst nicht in der Lage dazu

---

<sup>268</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donauraum, S. 105–106.

<sup>269</sup> Wittek 1917: Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen, S. 9–149

<sup>270</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donauraum, S. 106.

sah, die notwendige Hilfe zu leisten, blieb Österreich nur, um Unterstützung bei den Alliierten anzusuchen. Diese stellten die dringendste Versorgung, vor allem mit Nahrungsmitteln, sicher, verlangten aber im Gegenzug jegliches Betreiben in Richtung eines „Anschlusses“ an das Deutsche Reich zu unterlassen. Somit wurde dieses Thema nicht mehr öffentlich behandelt, inoffiziell wurde aber zumindest nach Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Annäherung an das Deutsche Reich, etwa im Rahmen eines gemeinsamen Zollgebietes, gesucht. Diese Pläne wurden von der österreichischen Industrie unterschiedlich aufgenommen. Während die kärntner Industrie demgegenüber positiv eingestellt war, fürchtete die Eisenindustrie in der Obersteiermark den zu erwartenden Konkurrenzdruck und schlechte Auswirkungen des dadurch entstehenden Scheins eines „Anschlusses“ auf ihr Eigentum in den ehemaligen Staaten des Habsburgerreichs. Hingegen waren Holzstoff- und Papierindustrie, Handel und Gewerbe in derselben Region für einen „Anschluss“. Ähnlich skeptisch war die Stimmung in Oberösterreich, wo vom Großhandel Bedenken bezüglich eines potentiellen Verlustes des Handelsgebietes in den ehemaligen Staaten des Habsburgerreichs geäußert wurden.<sup>271</sup> Der damals weitverbreitete Glaube, dass Österreich alleine nicht überlebensfähig sei, hatte eher politische als wirtschaftliche Gründe. Eine erfolgreiche Umstellung der Wirtschaft wäre mit den entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen unter Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten durchaus realistisch gewesen. Es stand beim Gedanken an einen „Anschluss“ an das Deutsche Reich vielmehr der Wunsch nach einer Eingliederung in ein Großreich im Vordergrund.<sup>272</sup> Die Siegermächte erkannten aber nicht, dass sie es Österreich mit ihren ablehnenden Beschlüssen wesentlich erschwerten, sich wirtschaftlich so zu entwickeln, um die ihm auferlegten Reparationszahlungen bedienen zu können. Innenpolitisch wurde, wenn auch nicht von allen Seiten, vorwiegend das Argument angeführt, Österreich sei durch seinen bereits innerhalb des Habsburgerreiches ausgebildeten Dienstleistungscharakter wirtschaftlich nicht in der Lage, eigenständig zu überleben. Ein „Anschluss“ an das Deutsche Reich sei somit die logische Konsequenz. Dass aber die Siegermächte dem Deutschen Reich eine sich durch einen „Anschluss“ ergebende Gebiets- und Machterweiterung nicht zugestehen wollten und das Deutsche Reich den „Anschluss“ eines wirtschaftlich unsicheren Staates womöglich selber nicht tragen konnte, wurde in Österreich weitgehend nicht

---

<sup>271</sup> Nautz 1992: Die österreichische Handelspolitik in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, S. 229–230.

<sup>272</sup> Rothschild 1961: Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur., S. 70.

berücksichtigt. Letztlich mussten sich Österreich und das Deutsche Reich dem „Anschlussverbot“ beugen.<sup>273</sup> 1920 wurde aber ein Wirtschaftsabkommen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich unterzeichnet, durch welches die bisherigen Handelsverträge auf die neuen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst wurden. So wurde unter anderem in den Artikeln 2 und 34 eine Meistbegünstigungsklausel festgelegt, die Verbote und Beschränkungen nur in jenem Ausmaß zuließ, die auch anderen Ländern auferlegt wurde. Es wurden aber auch Bedingungen angeführt, welche die zukünftige deutsche Zielrichtung vermuten lassen. Neben der Beibehaltung der Regelungen zur Durchfuhr von Munition und Explosivstoffen des Vertrages von 1905 (Artikel 1(5)) erfolgte in Artikel 4 eine generelle Freigabe aller Warendurchfuhren. Diese Freigabe zielte wahrscheinlich bereits auf die Einbeziehung der Balkanstaaten in das deutsche Handelsgebiet, in welchen der Handelsweg durch Österreich führte und von diesem nicht behindert oder durch zusätzliche Zölle und Abgaben verteuert werden durfte. Zudem wurde in Artikel 28 festgehalten, dass sich dieser Vertrag *„auch auf die mit den Gebieten der vertragschließenden Teile gegenwärtig oder künftig zollgeeeinten Länder oder Landesteile [erstreckt].“*<sup>274</sup> Zwar war dieser Passus bereits Teil des Vertrages von 1891<sup>275</sup>, interessant ist jedoch, dass er nicht geändert oder gänzlich herausgenommen wurde. Somit lässt auch dieser Umstand den Wunsch nach einer Gebietserweiterung oder Wiederherstellung früherer Grenzverhältnisse, vermutlich von beiden Vertragsparteien, erkennen.

Für Österreich war eine wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Deutschen Reich aber nicht nur bezüglich einer generellen Erleichterung des direkten Handels oder hinsichtlich seiner Unterversorgung mit Nahrungsmitteln und Kohle von Bedeutung. Es erkannte auch die schwierige Lage, in die es gelangt wäre, wenn das Deutsche Reich seine wirtschaftlichen Beziehungen mit Südosteuropa ohne österreichische Beteiligung verstärkt hätte. Dies hätte nicht nur unmittelbar die Konkurrenzsituation in diesem Gebiet verschärft, sondern auch die Verhandlungsposition gegenüber dem Deutschen Reich erschwert, da Österreich nicht mehr als Bindeglied nach Südosteuropa hätte auftreten können.<sup>276</sup>

---

<sup>273</sup> Butschek 1985: Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert, S. 29–31.

<sup>274</sup> Staatsvertrag 12.02.1921.

<sup>275</sup> RGBl 1892/55/15, Artikel 23.

<sup>276</sup> Nautz 1992: Die österreichische Handelspolitik in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, S. 246.

Die Regelung des Außenhandels Österreichs mit den Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs basierte in den ersten Jahren nach dem Krieg im Wesentlichen auf Kompensationsgeschäften. Wurden zunächst noch Zolltarife aus der Zeit des Habsburgerreichs eingesetzt, passten die Nachfolgestaaten diese zusehends ihren Bedürfnissen an und verstärkten diese während der Weltwirtschaftskrise. Da die Staaten beim Handel untereinander die Meistbegünstigung anwendeten, sahen sie keine Notwendigkeit, vor allem Österreich gegenüber, ihre Zollschränken abzubauen oder gar eine Zollunion zu gründen.<sup>277</sup> Im Verlauf der 1920er Jahre hatten sich dann allgemein die Zollbindung und die Meistbegünstigung durchgesetzt und behielten auch während der Wirtschaftskrise ihre Gültigkeit. Dies verstärkte die schwierigen Bedingungen in dieser Phase und brachte viele Staaten zur Loslösung vom Goldwährungssystem. Dadurch konnten die Preise allein mithilfe von Zöllen nicht mehr reguliert werden und umfangreiche Maßnahmen wie Kontingentsysteme, Devisenbewirtschaftung und Importverbote wurden eingeführt.<sup>278</sup> Damit einhergehend wurden Handelsverträge meist nur mehr auf ein Jahr befristet abgeschlossen. Zudem kam es zu versteckten Absprachen über Vorzugszölle, etwa den mit Italien im Rahmen der „Brocchi-Verträge“ beschlossenen Kredit-, Zins- und Frachtbegünstigungen. Ähnliche Absprachen kamen auch mit Ungarn, Jugoslawien und Rumänien zustande.<sup>279</sup>

---

<sup>277</sup> Wessely 1969: Die Wirtschaftsverflechtung im Donauraum seit 1918, S. 50–53.

<sup>278</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donauraum, S. 108.

<sup>279</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 52–53.

Abbildung 16: Außenhandelspartner Österreichs nach Ländern 1919 und 1922

Land / Jahr	Exporte		Importe	
	1919	1922	1919	1922
Deutsches Reich	21.5%	14.7%	34.1%	22.4%
Tschechoslowakei	23.1%	10.3%	39.7%	23.6%
Italien	30.3%	10.2%	4.8%	5.1%
Ungarn	4.2%	12.9%	2.2%	11.1%
Polen	4.8%	9.2%	5.1%	7.5%
Jugoslawien	3.5%	12.5%	3.1%	4.4%
übrige Staaten	12.6%	30.2%	11.0%	25.9%

Quelle: Nautz (1992b), S. 545; eigene Darstellung

Abbildung 16 zeigt die Entwicklung des österreichischen Außenhandels in den unmittelbaren Jahren nach dem Ende des Ersten Weltkrieges. Waren 1919 das Deutsche Reich, die Tschechoslowakei und Italien mit einem gemeinsamen Anteil von ca. 75% noch Hauptabnehmer österreichischer Güter, so halbierte sich dieser Anteil bis 1922 auf 35%. Während sich dabei der Anteil des Deutschen Reiches um ca. 32% verringerte, brach jener Italiens auf ein Drittel ein. Hingegen konnten die Ausfuhren nach Jugoslawien (+262%), Ungarn (+206%) und Polen (+93%) deutlich gesteigert werden. Jugoslawien konnte dabei sogar die Bedeutung der Tschechoslowakei und Italiens übertreffen. Bei den Importen war im selben Zeitraum ebenfalls eine Verlagerung festzustellen. Die Einfuhren aus dem Deutschen Reich (-34%) und der Tschechoslowakei (-41%) nahmen merkbar ab, Italien hingegen konnte seine Einfuhr nach Österreich leicht steigern, wobei sein Anteil an den Gesamteinfuhren mit 5% bescheiden blieb. In Summe entfielen auf diese drei Staaten 1919 ca. 79% des Gesamtimports Österreichs, 1922 betrug deren Anteil nur mehr 51%. Einen Anstieg konnte Ungarn verbuchen, welches mit einem Zuwachs von +400% auf einen Gesamtanteil von ca. 11% an Österreichs Einfuhren kam. Die Importe aus Polen (+47%) und Jugoslawien (+41%) konnten ebenfalls zulegen.

Die Gründe für diese teils sprunghaften Veränderungen sind vorwiegend im Abschluss von Handelsverträgen mit den ehemaligen Staaten des Habsburgerreichs und den problematischen Währungsschwankungen infolge der einsetzenden Inflation in vielen Staaten zu finden. Zwar gelang es etwa den Holzexport anzukurbeln oder durch Verträge mit Ungarn



die Einfuhr von Lebensmitteln zu steigern. Viel konnte Österreich im Außenhandel selber jedoch nicht bewirken. Es lässt sich aber erkennen, dass Österreich die Verbindung zu den anderen Nachfolgestaaten des Habsburgerreichs aufrechterhalten und den Handelsumfang mit dem Deutschen Reich reduziert hat. Das war nicht nur der konjunkturellen oder währungspolitischen Situation zu verdanken, Österreichs Industrie und Handel waren bemüht um die Aufrechterhaltung bisheriger Absatz- bzw. Handelsgebiete in Südosteuropa und sahen ihre Geschäftsmöglichkeiten in diesem Gebiet durch einen möglichen „Anschluss“ an das Deutsche Reich bedroht.<sup>280</sup>

Unmittelbar nach Kriegsende war zwar die Politik Österreichs auf einen „Anschluss“ an das Deutsche Reich ausgerichtet, und dieser folgte zunächst auch ein Großteil der Industrie, es kam aber bald der Vorschlag auf, die Annäherung etwa an die Tschechoslowakei zu suchen, mit der Aussicht auf die baldige Gründung einer Donauföderation und der dadurch ermöglichten Aufrechthaltung bisheriger Wirtschaftsgebiete. Nachdem aber die Tschechoslowakei eine neue Währung einführte, was in einigen weiteren Nachfolgestaaten des ehemaligen Habsburgerreichs ebenfalls erfolgte, wurde diese Vorstellung erheblich zurückgeworfen. Erschwerend kam noch hinzu, dass die Nachfolgestaaten ihre Wirtschaft mit umfangreichen Maßnahmen, etwa der Einführung von Zöllen, zu schützen begannen. Da aber auch für diese Staaten die Umstellung von einem Großwirtschaftsraum zu einzelnen unabhängigen Wirtschaftsräumen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden war, trugen die handelspolitischen Maßnahmen nicht unmittelbar zu einem Wirtschaftswachstum bei. Der Schutz der neu entstandenen Industrien richtete sich zu sehr auf den Binnenmarkt und zu wenig auf den sich weiter entwickelnden Weltmarkt aus und erschwerte somit die Exportmöglichkeiten. Anfang der 1920er Jahre formierten sich Frankreich, die Tschechoslowakei, Rumänien und Jugoslawien zur Kleinen Entente. Dieser Zusammenschluss zielte hauptsächlich auf die Donaustaaten ab, wobei auch die Einbeziehung Österreichs angedacht war. Neben dieser politischen Verbindung sollte parallel auch der Wirtschaftsraum aufgebaut werden. Hier zeigten sich aber wieder die unterschiedlichen Vorstellungen und Abhängigkeiten, wodurch kein homogener Wirtschaftsraum entstehen konnte.<sup>281</sup>

---

<sup>280</sup> Nautz 1992: Die Entwicklung der Handelsbeziehungen Österreichs zu den anderen Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg, S. 546 und 551-553.

<sup>281</sup> Wessely 1969: Die Wirtschaftsverflechtung im Donaauraum seit 1918, S. 57–58.

Im April 1930 wurde das zwischen Österreich und dem Deutschen Reich bestehende Wirtschaftsabkommen von 1920, inklusive der 1924, 1925 und 1926 abgeschlossenen Zusatzverträge zu diesem Abkommen, durch einen neuen Handelsvertrag weitgehend abgelöst. Ziel war es, die Handelsbeziehungen auszubauen und bestehende Barrieren zu reduzieren. Dieser Vertrag stand im Zeichen der Meistbegünstigung und ermöglichte die Gleichberechtigung von österreichischen und deutschen Personen beim Aufenthalt, der Ausübung eines Gewerbes und dem Eigentumserwerb auf den jeweiligen Staatsgebieten (Artikel 1). Auch die wichtige Warendurchfuhr wurde beibehalten. Anders jedoch als noch in den Verträgen zuvor wurden die Regeln ebenfalls mit der Meistbegünstigung verbunden. Zudem wurde jener Artikel herausgenommen, welcher die Möglichkeit einer Gebietserweiterung noch in Betracht gezogen hatte.<sup>282</sup> Auf diesen wurde auch von den Nationalsozialisten bei der Zusatzvereinbarung zum Handelsvertrag 1937 verzichtet.<sup>283</sup>

Dem Deutschen Reich war seit Kriegsende bewusst, dass es in Europa auf der politischen Ebene keinerlei Einfluss besaß. Um dennoch seine Expansionspläne verfolgen zu können, musste es zunächst auf sein wirtschaftliches Potential setzen. Wenn im Bereich des Außenhandels genügend Abhängigkeiten geschaffen werden könnten, würde sich auch der politische Einfluss erhöhen lassen. Diese Strategie verfolgte das Deutsche Reich auch bezüglich seiner Österreich-Ambitionen und arbeitete auch während der Wirtschaftskrise weiterhin an dem Plan einer gemeinsamen Zollunion.<sup>284</sup> Dabei war die Deutsche Reichsregierung bislang aus „*allgemeinpolitischen wie aus handelspolitischen Gründen*“ der Bildung eines deutsch-österreichischen Wirtschaftsausschusses zur Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen ablehnend gegenübergestanden. Die Notwendigkeit der Behandlung wirtschaftlicher Fragen über solch einen Ausschuss wurde nicht gesehen, da die Beziehungen bereits als „*eng und vertrauensvoll*“ bewertet wurden. Aber auch die Gründung von Ausschüssen Österreichs mit anderen Nachbarstaaten wurde mit der Begründung abgelehnt, dass dies den bestehenden Beziehungen mit dem Deutschen Reich „*abträglich*“ sei.<sup>285</sup> Auch die österreichische Industrie war diesem Plan gegenüber weiterhin überwiegend skeptisch bis ablehnend eingestellt. Während die österreichische Edelstahlproduktion oder die

---

<sup>282</sup> BGBl für die Republik Österreich 30.08.1931.

<sup>283</sup> BGBl für die Republik Österreich 1938/13/33.

<sup>284</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 41.

<sup>285</sup> PA AA, R 243.177, Deutsches Auswärtiges Amt. Abschrift an die Deutsche Gesandtschaft in Wien, 22.12.1931.

Feilenherstellung in dem Plan die Möglichkeit sahen, ihr Absatzgebiet zu erweitern und dabei auf die Qualität ihrer Produkte setzten, gab es weitverbreitete Furcht vor einer Marktöffnung. Die Automobilindustrie forderte eine Einfuhrkontingentierung, damit der heimische Markt nicht mit ausländischen Produkten überflutet werde. Die Feinblechindustrie zweifelte an der Konkurrenzfähigkeit ihrer Produkte mit jenen aus dem Deutschen Reich. Auch die Produktion von Werkzeug und Draht-, Kaltwalz-, Emailblech- und Schmiedeprodukten war ob der unklaren Auswirkungen verunsichert. Sie glaubten nicht an den Schutzmechanismus der vorgesehenen Kontingentierung und der Aufteilung des Absatzgebietes. Sie sahen eine deutsche Übermacht, die ihre Produkte vom Markt verdrängen würden, wodurch die weitere Existenz vieler Unternehmen bedroht und damit negative Auswirkungen auf ganze Regionen zu erwarten seien.<sup>286</sup> Dennoch wurde beim deutsch-österreichischen Zollunionsplan von 1931 versucht, eine wirtschaftliche Zusammenarbeit auf regionaler Ebene zu erreichen. Der Plan verstieß nicht gegen das Meistbegünstigungsprinzip und stand auch anderen Staaten offen. Gescheitert war der Plan aus rein politischen Gründen, vorwiegend aus der Furcht der Westmächte, dass dieser nur eine Vorstufe zu einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich sein konnte.<sup>287</sup>

Letztlich zielte der Plan auf einen, wenn auch wirtschaftlichen, Zusammenschluss von Österreich mit dem Deutschen Reich, dem auch Ungarn folgen sollte. Hierdurch würde die Tschechoslowakei unter Druck geraten und keine Alternative zu einem Beitritt zu dieser Zollunion haben. Dem würden sich dann auch weitere Staaten Südosteuropas fügen und eine engere Anbindung suchen. Das Deutsche Reich begründete seine Intentionen in Richtung Südosteuropa mit den Problemen der Wirtschaftskrise und seiner schlechten Bilanz beim Agrarhandel mit Nord- und Südamerika, welche mehr als die Hälfte des deutschen Bedarfs deckten. Das Deutsche Reich wusste, dass weder sein Export nach Nord- und Südamerika gesteigert und somit die Handelsbilanz verbessert werden konnte, noch dass Frankreich und Großbritannien ihre Handelsbeziehungen mit dem Donaauraum intensivieren würden.<sup>288</sup> Die unmittelbaren Vorteile für Österreich wären die Aufhebung der Zölle innerhalb des Unionsgebietes bei gleichzeitiger Festlegung einheitlicher Außenzölle und das neue große

---

<sup>286</sup> Nautz 1988: Die österreichische Wirtschaft und die Anschlußfrage., S. 395–396.

<sup>287</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donaauraum, S. 109.

<sup>288</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 129-131.

Absatzgebiet für die Landwirtschaft im Deutschen Reich gewesen. Jedoch war Österreich durch die Genfer Protokolle verpflichtet, seine wirtschaftliche Selbständigkeit zu sichern.<sup>289</sup> Um die Bedenken der Siegermächte bezüglich eines möglicherweise folgenden „Anschlusses“ und eines Wiedererstarkens des Deutschen Reiches zu zerstreuen, wurde der Zollunionsplan so gestaltet, dass er auch anderen Staaten, auch den Siegermächten, einen späteren Beitritt ermöglichen würde. Es wurde damit die Idee eines Zusammenschlusses ganz Europas vorgeschoben. Tatsächlich waren aber die Vormachtstellung des Deutschen Reiches und der Druck, den es auf kleinere Staaten ausüben würde, klar erkennbar.<sup>290</sup> Nachdem diese Angst nicht plausibel zerstreut werden konnte, scheiterte der Zollunionsplan vor allem am Widerstand Frankreichs und Italiens. Jedenfalls erkannten die übrigen Staaten, dass Österreich diese wirtschaftliche Selbständigkeit nur dann erreichen konnte, wenn es bessere Bedingungen, etwa in Form von Vorzugszöllen, im internationalen Handel zugestanden bekommen würde.<sup>291</sup>

Im Gegenzug zum Zollunionsplan und zur Überwindung der Wirtschaftskrise entwickelte Frankreich gemeinsam mit den Nachfolgestaaten den Tardieu-Plan für die Donauregion. Nachdem zur Lösung ihrer Wirtschaftsprobleme auch die Ausfuhr, vor allem von Landwirtschaftsprodukten, aus dieser Region nötig war, wurde auch der Handel mit Österreich als Möglichkeit in Erwägung gezogen. Österreich würde die Zölle auf Landwirtschaftsprodukte senken, im Gegenzug könnte es Industrieprodukte in die Nachfolgestaaten liefern. Da aber das nötige Vertrauen der beteiligten Staaten zueinander fehlte und niemand das Verhältnis zum Deutschen Reich gefährden wollte, kam dieser Vertrag nicht zustande. Für die Nachfolgestaaten hatte dies zur Folge, dass sie noch mehr in die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit der großen Volkswirtschaften gerieten.<sup>292</sup> Der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg suchte 1935 von sich aus den Kontakt zur Kleinen Entente und hoffte dadurch die Unabhängigkeit Österreichs, welche er zusehends durch den Nationalsozialismus bedroht sah, aufrecht zu erhalten. Nachdem Österreich relativ gute

---

<sup>289</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 21.

<sup>290</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 28–29.

<sup>291</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 21.

<sup>292</sup> Wessely 1969: Die Wirtschaftsverflechtung im Donaauraum seit 1918, S. 54–55.

politische und wirtschaftliche Beziehungen mit der Tschechoslowakei pflegte, nahm er mit deren damaligen Ministerpräsidenten und Außenminister Milan Hodza Kontakt auf.<sup>293</sup> Dieser hatte einen Plan aufgestellt, der eine engere Bindung Österreichs unter Ausschluss Italiens und des Deutschen Reiches vorsah, zielte aber vorwiegend auf die Etablierung der Tschechoslowakei und eventuell Österreichs als Hauptlieferant industrieller Produkte für den Donaauraum. Da diese beiden Staaten aber im Gegenzug nicht dieselbe Menge an landwirtschaftlichen Gütern wie das Deutsche Reich abnehmen konnten, sahen Agrarstaaten wie Ungarn, Rumänien und Jugoslawien keinen Vorteil in diesem Zusammenschluss und der Abkehr vom Deutschen Reich als großen Handelspartner. Dieser Entschluss wurde durch den Umstand verstärkt, dass das Deutsche Reich seinen Handel mit diesen Staaten zusehends ausbaute, deren Produkte zu überhöhten Preisen abnahm und die Wirtschaftsbeziehungen auf anderen Ebenen, etwa der Kreditvergabe, der Ausbildung Angehöriger der Donaustaaten an deutschen Universitäten und der Entsendung industrieller BeraterInnen nachhaltig gestaltete. Langfristig gesehen konnte damit in Südosteuropa die Landwirtschaft ausgeweitet, Rohstoffe erschlossen und die Industrie aufgebaut und modernisiert werden. Somit scheiterte der von der Tschechoslowakei initiierte Hodza-Plan kurz nach seiner Entstehung.<sup>294</sup> Selbst die Unterstützung Frankreichs konnte die Umsetzung des Plans nicht bezwecken. Diese erfolgte aber auch mehr in Form von Ratschlägen, etwa in Handelsfragen, und hatte eher die Stärkung der eigenen Position im Donaauraum zum Ziel als eine ernsthafte Entspannung der Situation und eine Annäherung zwischen den Staaten der Kleinen Entente und jenen der Römischen Protokolle.<sup>295</sup>

Italien hatte ernsthafte Bedenken, was die Expansionsbestrebungen des Deutschen Reiches in Richtung Südosten und den Einfluss Frankreichs in dieser Region, vor allem im Rahmen der Kleinen Entente, betraf. Einerseits war Italien selber am Balkan aktiv und wollte keine zusätzliche Konkurrenz. Andererseits fürchtete es ein (militärisch) erstarktes Deutsches Reich in seiner unmittelbaren Nähe. Aus diesem Grund war es maßgeblich am Scheitern des deutsch-österreichischen Zollunionsplans beteiligt und unterzeichnete seinerseits mit Österreich 1931/32 die „Brocchi-Verträge“, in welchen gegenseitige wirtschaftliche

---

<sup>293</sup> Hummelberger 1977: Österreich und die Kleine Entente., S. 84.

<sup>294</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donaauraum, S. 111-113.

<sup>295</sup> Hummelberger 1977: Österreich und die Kleine Entente., S. 88-89.

Bevorzugungen vereinbart wurden.<sup>296</sup> In weiterer Folge versuchte Italien ab 1932 gemeinsam mit Österreich und Ungarn eine Union zu bilden, um sein Einflussgebiet auf den Donaauraum erweitern und einen möglichen Keil zwischen die Staaten der Kleinen Entente schieben zu können. Jedoch geriet Italien mit dieser Politik zusehends in Konflikt mit dem Deutschen Reich, das sich vor allem an den Römischen Protokollen störte.<sup>297</sup> Dieser Zusammenschluss war eher politisch als wirtschaftlich getrieben und hatte höchstens für Ungarn und Italien wirtschaftliche Vorteile. Da diese Staaten aber nur wenige Güter von den Balkanstaaten bezogen, konnten diese nur im geringen Maß von der Verbindung profitieren.<sup>298</sup> Österreich erhoffte sich eine Ausdehnung seines Außenhandels nicht nur mit den Vertragsstaaten, sondern auch international, zumal ein Zugang über den Hafen Triest vereinbart wurde. Der Vertrag sollte aber auch als Vorlage für folgende Verträge mit anderen Staaten dienen, da die in den Römischen Protokollen vereinbarten Vorzugszölle international auf keinen Widerspruch trafen. Jedenfalls erleichterte das Kompensationsgeschäft den Güterverkehr und die damit verbundenen Zahlungen.<sup>299</sup>

Der italienische Ministerpräsident Benito Mussolini war sich bewusst, dass mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Deutschen Reich 1933 auch die Frage eines „Anschlusses“ Österreichs wieder öffentlich gestellt würde. Als Folge wollte Italien seine Ambitionen im Donaauraum weiter verstärken. Mussolini war daran interessiert, die deutsche Aufmerksamkeit von Österreich auf die Tschechoslowakei zu lenken. Er wollte verhindern, dass Italien und das Deutsche Reich durch einen „Anschluss“ Österreichs eine gemeinsame Grenze bekamen. Ein „Anschluss“ der Tschechoslowakei hätte seiner Ansicht nach ein weiteres Ausgreifen nach Süden eventuell verhindert.<sup>300</sup> Durch den Abschluss der Römischen Protokolle konnte Mussolini auf diplomatischer Ebene zwar punkten. Beim Schutz Österreichs vor einem Ausgreifen des Deutschen Reiches war Italien aber auf sich alleine gestellt. Mussolini gelang es diesen Schutz aufrechtzuerhalten, er konnte aber nicht den wachsenden Einfluss des Deutschen Reiches in Südosteuropa verhindern. Jedenfalls konnte sich Italien eines

---

<sup>296</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, 135-136.

<sup>297</sup> Wessely 1969: Die Wirtschaftsverflechtung im Donaauraum seit 1918, S. 60.

<sup>298</sup> Gross Hermann 1962: Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donaauraum, S. 111.

<sup>299</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 62–63.

<sup>300</sup> Hummelberger 1977: Österreich und die Kleine Entente., S. 97.

offenen Wirtschaftsraumes sicher sein, als es von anderen Regionen infolge seiner Expansionsbestrebungen in Abessinien abgeschnitten wurde. Ungarn versorgte während dieser Zeit Italien mit landwirtschaftlichen Gütern, Österreich deckte den Großteil dessen Bedarfs an Holz-, Eisen- und Fertigprodukten.<sup>301</sup> Es muss hier aber unterstrichen werden, dass Mussolini nicht unbedingt an der Unabhängigkeit Österreichs festhielt. Sofern Italiens Grenzen gesichert seien, konnte er sich auch einen „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich vorstellen. Dies bekräftigte er 1936 sowohl Hitler als auch Schuschnigg gegenüber.<sup>302</sup>

Während der 1920er und 30er Jahre kam es zu mehreren Plänen von mehr oder weniger engen Bündnissen. Viele diese Pläne wirtschaftlicher und politischer Zusammenschlüsse in Mittel- und Südosteuropa lassen verschiedene Stoßrichtungen erkennen. Etliche davon sahen ein Bündnis zur Abwehr der deutschen Expansionspläne, teilweise mit gleichzeitiger Vermeidung eines „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich, vor. Eine Übersicht zu den Bündnissystemen findet sich in Abbildung 17.

---

<sup>301</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 144–146.

<sup>302</sup> Steininger 1988: Der Anschluß - Stationen auf dem Weg zum März 1938, S. 27–28.

Abbildung 17: Ausgewählte Bündnisse in Mittel- und Südosteuropa der Zwischenkriegszeit

Gründung und Entwurf	Name	Mitglieder, Beteiligte	Stoßrichtung
7.6.1921	Kleine Entente	Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien	gegen Ungarn
1922	Coudenhove-Kalergis Plan von Paneuropa	Österreich und weitere Staaten Europas	
1925	Hanto's Plan einer Donauföderation	Anrainerstaaten der Donau	gegen das Deutsche Reich
1931/32	Brocchi-Verträge	zunächst Österreich und Italien, dann auch Ungarn	
Anfang 1932	Bethlen-Plan einer Zollunion	Italien, Österreich, Ungarn	
Februar 1932	Tardieu-Plan einer Donaukonföderation	Kleine Entente, Ungarn, Österreich	gegen das Deutsche Reich
1932	Gömbös-Plan	Österreich, Italien, Ungarn	gegen das Deutsche Reich
16.2.1933	Organisationspakt der Kleinen Entente	Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien	
1934	Survich-Plan	Italien, Österreich, Ungarn	gegen Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien
9.2.1934	Balkanentente, (Erster) Balkanpakt	Jugoslawien, Griechenland, Rumänien, Türkei	gegen Bulgarien
17.3.1934	Römische Protokolle (Zusatzprotokoll März 1936)	Italien, Österreich, Ungarn	gegen Jugoslawien, Frankreich
Herbst 1936	Hodscha Plan	Kleine Entente, Ungarn, Italien, Baltikum	

Quelle: Freytag (2012), S. 27

Eine Annäherung Österreichs an das Deutsche Reich war aufgrund der innenpolitischen Verhältnisse nur schwer möglich. Nach der 1933 erfolgten Etablierung des Dollfuß-Regimes in Österreich wurde fortan die Existenz anderer politischer Parteien in Österreich verboten. Davon betroffen war auch die NSDAP, deren offizieller Parteiführer in Österreich, Adolf Hitler, darin eine Gefährdung seiner „Anschlusspläne“ sah. Bis 1936 war das Verhältnis der beiden Parteien zueinander von Repressalien und geringer Verständigungsbereitschaft geprägt. Die bislang guten Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich änderten sich innerhalb kürzester Zeit von partnerschaftlicher Zusammenarbeit auf direkten Konfrontationskurs.<sup>303</sup> Nachdem in Österreich die innen- und außenpolitische Situation eng

<sup>303</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 317.



miteinander verknüpft waren, suchte Dollfuß passende internationale Partner, um sein Regime gegenüber dem äußeren und inneren Druck der NSDAP zu festigen. Italien war so ein Partner, da es dem Deutschen Reich gegenüber zu der Zeit noch eine ablehnende Haltung einnahm. Wie bereits erwähnt, zielten die vereinbarten Römischen Protokolle ebenfalls in diese Richtung, jedoch war Italien dem Deutschen Reich gegenüber nicht grundsätzlich feindselig eingestellt und trat auch als Vermittler zwischen diesem und Österreich auf. Es wollte vermeiden, dass sich weitere Staaten in den Konflikt zwischen dem Deutschen Reich und Österreich einmischten und seine eigene Schutzfunktion über Österreich aufrechterhalten. Durch die internationale Opposition, welcher Italien in Folge seines Krieges in Abessinien ab 1935 ausgesetzt war, kam es dann doch zu einer Annäherung an das Deutsche Reich, wodurch die Bedeutung dieser Schutzfunktion abnahm. Gleichzeitig verlor Österreich den (bislang eher gering einzuschätzenden) Rückhalt der westlichen Staaten, da Österreich deren Opposition zu Italien nicht unterschätzte. Gepaart mit dem nachlassenden Interesse Italiens war Österreich politisch weitgehend auf sich alleine gestellt.<sup>304</sup> Ein politisches Abkommen und auch eine längst überfällige Erneuerung des bestehenden Handelsvertrags zwischen Österreich und dem Deutschen Reich ließen bereits lange auf sich warten. Vor allem die politischen Gegensätze zwischen den beiden Staaten verhinderten eine Einigung. Da das Deutsche Reich unter den Nationalsozialisten den „Anschluss“ Österreichs zum Ziel hatte, wollte es die politische und wirtschaftliche Ausrichtung des Dollfuß-Regimes auf Italien nicht akzeptieren. Dadurch wurde der Abschluss neuer Verträge weiter hinausgeschoben.<sup>305</sup>

Erst 1936 kam es zu einer Übereinkunft zwischen Österreich und dem Deutschen Reich, dem sogenannten Juliabkommen. Darin anerkannte das Deutsche Reich formell die Unabhängigkeit Österreichs und versprach, jeglichen innenpolitischen Einfluss zu unterbinden. Zudem sollten das Verhältnis beider Staaten auf eine freundschaftliche Ebene gestellt und die wirtschaftliche Zusammenarbeit ausgebaut werden. Österreich hingegen, unter dem Dollfuß-Nachfolger Kurt Schuschnigg, gewährte den Nationalsozialisten Amnestie, erlaubte geflüchteten Nationalsozialisten heimzukehren, und stellte eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung in Aussicht. Dieser Vertrag entstand jedoch nicht aus

---

<sup>304</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 11–14.

<sup>305</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 94.

dem Bedürfnis beider Staaten nach einer Annäherung, sondern war eine Notwendigkeit aufgrund der vorherrschenden politisch angespannten Situation. Durch diesen sollte sich die österreichische Außenpolitik auf jene des Deutschen Reiches ausrichten, andere internationale Verbindungen, vor allem jene aufgrund der Römischen Protokolle, sollten dadurch aber nicht berührt werden. Für Österreich bedeutete das Abkommen eine Verringerung des nationalsozialistischen Drucks und zusätzliche Zeit, um anderweitige internationale Unterstützung zu suchen. Das Deutsche Reich hingegen konnte damit die Angst der Siegermächte vor einem „Anschluss“ Österreichs zerstreuen und durch die Angleichung der Außenpolitik indirekt Einfluss auf die österreichische Politik nehmen, ohne international Aufsehen zu erregen. Zudem erschwerte es die Bildung neuer Bündnisse Österreichs mit anderen Staaten. Aus wirtschaftlicher Sicht blieben die Zusagen, ohne spezifische Maßnahmen zu vereinbaren, bis auf die Aufhebung der damals noch aufrechten Tausendmarksperré eher vage.<sup>306</sup> Die Tausendmarksperré war 1933 von Hitler als Reaktion auf die ablehnende Haltung des Dollfuß-Regimes den Nationalsozialisten gegenüber erlassen worden. Sie sah eine Zahlung von 1.000 Mark jeder Person vor, welche nach Österreich einreisen oder dieses als Transitland nutzen wollte, und hatte vorwiegend Auswirkung auf Österreichs Tourismusbranche.<sup>307</sup> Diese Maßnahme war zwar vorrangig politisch motiviert, zielte auf die Unabhängigkeit Österreichs und wurde propagandistisch ausgebaut. Sie hatte aber auch den willkommenen Effekt, dass deutsche TouristInnen, die unter normalen Umständen ihren Urlaub in Österreich verbracht hätten, nun innerhalb des Deutschen Reiches ihr Geld ausgaben. So profitierten einerseits deutsche Urlaubsorte durch den Zustrom heimischer Touristen, andererseits wurde die angespannte deutsche Devisenlage nicht weiter belastet.<sup>308</sup>

Dass das Deutsche Reich vorläufig auf den „Anschluss“ Österreichs verzichtete bzw. das von den Siegermächten ausgesprochene „Anschlussverbot“ (etwa im Rahmen der Lausanner Anleihe) akzeptierte, hatte zweierlei Gründe. Zum einen konnte eine engere wirtschaftliche Einbeziehung Südosteuropas vorerst auch ohne Österreich durchgeführt werden. Zum anderen wurden dadurch die Bedenken der Siegermächte, dass es nach der wirtschaftlichen

---

<sup>306</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 27–35.

<sup>307</sup> Steininger 1988: Der Anschluß - Stationen auf dem Weg zum März 1938, S. 25.

<sup>308</sup> Romanik 1957: Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945, S. 13–14.

auch zu einer politischen Verbindung Südosteuropas mit dem Deutschen Reich kommen könnte, vermindert.<sup>309</sup> Mittelfristig war der „Anschluss“ aber Teil der deutschen Ziele. Ab 1937 erhöhte sich der deutsche Druck auf Österreich und es wurde zusehends offener über die Vorstellung eines „Anschlusses“ gesprochen. Damit einhergehend sollten bereits wirtschaftliche Angleichungen erfolgen. Hermann Göring offenbarte Kanzler Schuschnigg gegenüber bereits im Oktober 1936 seine Vorstellungen von einer Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich. Er nannte eine gemeinsame Währung und eine einheitliche Zollpolitik als erste Schritte in diese Richtung. Nachdem es in der Folgezeit beiderseits den Wunsch nach einer Intensivierung des Außenhandels gab, erläuterte im September 1937 der deutsche Botschafter in Wien, Franz v. Papen, Schuschnigg gegenüber die Vorteile eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes mit entsprechenden Übergangszöllen. Er betonte, die Unabhängigkeit Österreichs zu gewähren und die wirtschaftlichen Verbindungen mit Italien und Ungarn dabei nicht zu gefährden. Natürlich sollte diese Verbindung eine Basis für den weiteren politischen „Anschluss“ bieten, wobei Papen überzeugt war, dass ein „Anschluss“ nur mit militärischen Mitteln endgültig vollzogen werden könnte. Wilhelm Keppler, für die österreichische NSDAP und die Vorbereitung einer Währungsunion zuständig, nannte eine gemeinsame Währungsunion als Voraussetzung für die wirtschaftliche Erschließung der österreichischen natürlichen Ressourcen und sah diese als am gewinnbringendste aller bisherigen wirtschaftlichen Maßnahmen. Diese Ansicht vertrat Hitler auch bei den Berchtesgadener Gesprächen mit Schuschnigg, wobei letzterer nur zu einer Intensivierung des Handels bereit war. Durch diese Blockadehaltung musste sich das Deutsche Reich entscheiden, ob es den Plan einer Währungsunion aufgab oder diesen gewaltsam durchsetzte. Als der Einmarsch in Österreich kurz nach den Berchtesgadener Gesprächen vollzogen wurde, kam es hier zur Einführung der deutschen Reichsmark, wodurch die Währungsunion letztlich doch zustande kam.<sup>310</sup>

Unabhängig von der Entwicklung seines Verhältnisses zu Österreich verfolgte das Deutsche Reich seinen Expansionsweg in Richtung Südosteuropa. Viele Staaten konzentrierten sich seit Ende des Ersten Weltkrieges auf ihre eigenen Bedürfnisse und versuchten ihre Wirtschaft vor Einflussnahme von außen zu schützen. Die Tendenz ging in Richtung autarker Versorgung der

---

<sup>309</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 129.

<sup>310</sup> Stuhlfpfarrer 1981: Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, S. 285-287 und 291-294.

eigenen Bevölkerung und Verminderung des internationalen Handels. Für das Deutsche Reich war bald ersichtlich, dass es seine Autarkie nicht in den eigenen Grenzen bewerkstelligen konnte. Die Unabhängigkeit in Bereichen wie der Nahrungsmittel- und der Rohstoffversorgung waren jedoch Grundlage für die Stärkung der eigenen wirtschaftlichen, politischen und später auch militärischen Position. In einem Großwirtschaftsraum würden das Deutsche Reich und seine Bündnispartner, zumindest nach außen hin, gleichberechtigt sein und potentielle Konkurrenz zugunsten von Kartellen unterbunden werden. Um dieses Ziel zu erreichen, musste zumindest das Handelsgebiet um jene Regionen erweitert werden, welche in der Lage waren, die benötigten Ressourcen zu liefern. Und hier lag es auf der Hand, sich zunächst auf jene Länder zu konzentrieren, welche in unmittelbarer Nachbarschaft oder in günstiger Reichweite lagen.<sup>311</sup> Die Länder Mittel- und Südosteuropas waren immer ein wichtiger Bestandteil für die wirtschaftliche und politische Position des Deutschen Reichs. Obwohl es dort bis zum „Anschluss“ Österreichs nicht denselben wirtschaftlichen Einfluss und die Macht bekam, welche es vor dem Ersten Weltkrieg hatte, sah es weder die vorhandene Situation als dauerhaft noch die durch die Friedensverträge entstandenen politischen Systeme als vereinbar mit den eigenen Interessen. Das Deutsche Reich wollte sein Einflussgebiet wieder auf den Südosten erweitern und einen Großteil davon unter seine politische und ökonomische Vorherrschaft bringen. Es war sich aber bewusst, dass dieses Ziel aufgrund der eigenen geschwächten und der allgemein angespannten Situation nicht sofort erreichbar war. Daher lag der Schwerpunkt der Maßnahmen, zumindest bis zur Wirtschaftskrise, auf der Erweiterung des Außenhandels mit diesen Ländern.<sup>312</sup> Zugute kam dem Deutschen Reich bei seiner wirtschaftlichen Expansion nach Südosteuropa, dass viele dieser Staaten von autoritären Regimen gelenkt wurden, welche die vereinbarten Bedingungen eines Handelsvertrages auch konsequent im eigenen Land umsetzen würden.<sup>313</sup> Österreich hingegen wurde aufgrund seiner Unabhängigkeit als Hürde auf dem Weg nach Südosten gesehen. Es kontrollierte Verkehrswege, die österreichischen Banken hatten wesentlichen Einfluss auf den Finanzmarkt in der Region und waren dabei eng verbunden mit dem

---

<sup>311</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, 54-61.

<sup>312</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 166–167.

<sup>313</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 63.

österreichischen Regime. Zudem erschwerte die Kontrolle Österreichs durch den Völkerbund infolge der Lausanner Anleihe jegliche Einflussnahme.<sup>314</sup>

Die Fremdwährungskrise aufgrund Devisenrestriktionen in einigen Donauländern Anfang der 1930er Jahre erschwerte den Außenhandel. Die betroffenen Staaten hielten die Zahlungen für bereits erfolgte Importe zurück, wodurch das Deutsche Reich als einer der ersten Staaten das Clearingsystem einführte.<sup>315</sup> Bei diesem Clearingsystem erfolgte der Zahlungsverkehr aus dem Außenhandelsgeschäft über ein bestimmtes staatliches Verrechnungskonto, wobei nur die Differenz zwischen dem Wert der Importe und dem Wert der Exporte zwischen den beteiligten Staaten auf bilateraler Ebene ausgeglichen wurde. Beispielsweise bestand zwischen Österreich und dem Deutschen Reich bereits seit 1934 eine Art Clearingabkommen. Dieses wurde durch Vereinbarungen infolge des Juliabkommens 1936 durch die Ausweitung des Kompensationsgeschäftes auf jeglichen Waren- und Zahlungsverkehr, mit gewissen Ausnahmen, konkretisiert. Damit wurde in erster Linie der Devisenknappheit des Deutschen Reiches Rechnung getragen, da die Nationalbank nun nicht mehr für jedes einzelne Geschäft Devisen bereit stellen musste.<sup>316</sup> Das Deutsche Reich konnte bis Anfang 1938 mit mehr als 25 Staaten solche Clearingabkommen abschließen, wodurch mehr als die Hälfte des deutschen Außenhandels mit diesen Staaten abgewickelt wurde. Das Deutsche Reich hatte bei den Vertragsverhandlungen immer den Vorteil, dass seine Wirtschaft größer war und schneller wuchs als jene seiner VerhandlungspartnerInnen. Die Ausnützung dieser Vormachtstellung in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht war für das Deutsche Reich mit geringem Risiko und geringen Kosten verbunden. Hingegen konnten sich die Vertragspartner ein Zerwürfnis mit dem Deutschen Reich nicht leisten, da ihre Abhängigkeit von diesem zu groß war. Für die Staaten Südosteuropas etwa waren diese Clearingabkommen die beste Methode, um die Erholung ihrer durch die Wirtschaftskrise eingebrochenen Konjunktur zu finanzieren.<sup>317</sup>

Sofern noch kein Clearingabkommen geschlossen wurde, gab es andere Methoden zur Handelserleichterung. Eine war die Gewährung von Präferenzzöllen für jene Güter, die einer Importgenehmigung unterlagen. Angesichts der in internationalen Handelsverträgen

---

<sup>314</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 138.

<sup>315</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 167.

<sup>316</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 106–107.

<sup>317</sup> Neal 1979: The economics and finance of bilateral clearing agreements: Germany, 1934-8, S. 391–393.

vorherrschenden Meistbegünstigungsklausel war diese Methode aber nicht bei allen Staaten anwendbar. So konnte diese in Ungarn, Bulgarien und Rumänien nicht angewandt werden. Eine andere Methode lag in zusätzlichen Exportvereinbarungen, welche darauf ausgerichtet waren, die Exporte zu erweitern und gleichzeitig eingefrorene Guthaben aufzubrechen. Mit dieser Methode konnte das Deutsche Reich seinen Handel in einigen Güterbereichen mit Griechenland, Bulgarien, der Türkei, Rumänien und Jugoslawien wieder erweitern. Grundsätzlich nahm aber die Zahl der abgeschlossenen Clearingverträge zu, wodurch diese Methoden weniger Anwendungen fanden.<sup>318</sup> Das Deutsche Reich hatte zunehmenden Bedarf an Importgütern, hatte aber nur sehr beschränkte Devisenbestände. Es verlangte daher von den exportierenden Ländern, dass sie entweder Güter aus dem Deutschen Reich in demselben Ausmaß importierten, wie sie dorthin exportierten, oder die Clearingspitzen mit dem Deutschen Reich, welche aus Sicht der Exportländer zumeist aktiv waren, vorübergehend einfroren, bis der Handel ausgeglichen war. Dies erfolgte aber meistens zu sehr günstigen Handelsbedingungen für die Lieferanten, da das Deutsche Reich ihre Güter zu höheren als den Welthandelspreisen abnahm. Dies ermöglichte es diesen Staaten einen umfangreichen und über einen längeren Zeitraum gesicherten Export von landwirtschaftlichen Produkten mit vermeintlich günstigem Import von Industrieprodukten zu betreiben und erleichterte ihre Devisenproblematik.<sup>319</sup>

Die Handelspolitik des Deutschen Reiches mit seiner strikten Import-, Export- und Devisenkontrolle setzte sich aber auch gerne über bestehende Handelsverträge hinweg. Obwohl die Meistbegünstigungsklauseln noch formale Gültigkeit hatten, wurden sie in der Praxis nicht mehr beachtet. Dadurch wurde das Konzept des weltweiten Handels und der internationalen Produktionsverteilung aufgegeben und ein System des direkten Handels zwischen einzelnen, sich ergänzenden Handelspartnern verfolgt. Das Deutsche Reich wollte seinen Handel nicht mit Partnern mit ähnlicher Wirtschaftsstruktur erweitern, etwa jenen aus Westeuropa, sondern mit Staaten, deren Struktur die Möglichkeit bot, die eigenen Bedürfnisse abzudecken. Diese mussten in erster Linie Rohstoffe und landwirtschaftliche Produkte liefern können. Hinzu kam noch die Vorgabe, Devisen zu sparen, wodurch sich der Fokus des Handels auf jene Staaten legte, mit denen bereits Clearingabkommen bestanden.

---

<sup>318</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 168–169.

<sup>319</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 151.

Das Deutsche Reich zielte dabei auf bilaterale Verträge, um diese aufgrund seiner überlegenen Handelsmacht zu seinen Vorteilen bestimmen zu können. Dass dabei auch militärische Überlegungen eine Rolle spielten, liegt auf der Hand. Nicht nur wurden Rohstoffe für die Aufrüstung benötigt, auch musste das Deutsche Reich sicher gehen, im Kriegsfall weiterhin von seinen Handelspartnern versorgt zu werden und im Ernstfall diese auch rasch besetzen zu können.<sup>320</sup>

Abbildung 18: Anteil Südosteuropas am deutschen Außenhandel

Jahr	Exporte	Importe
1929	4,3%	4,0%
1930	4,3%	5,4%
1931	3,8%	4,6%
1932	3,4%	4,5%
1933	3,2%	4,8%
1934	4,2%	5,7%
1935	5,9%	7,7%
1936	7,8%	9,2%
1937	9,5%	10,5%
1938	10,3%	9,9%

Quelle: Daten aus Jasper<sup>321</sup>;  
eigene Darstellung

In Abbildung 18 ist ersichtlich, wie sich der Anteil Südosteuropas (Ungarn, Jugoslawien, Rumänien, Bulgarien und Griechenland) am Außenhandel des Deutschen Reiches verändert hat. Lag der Exportanteil 1929 noch bei 4,3% steigerte sich dieser nach der Überwindung eines Einbruchs aufgrund der Wirtschaftskrise und infolge der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten bis 1938 auf 10,3% und damit auf mehr als das Doppelte. Eine ähnliche Entwicklung erfuhr der Import: lag der Anteil der Einfuhr aus Südosteuropa 1929 noch bei 4%, betrug dieser 1938 bereits 9,9%.

<sup>320</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 171-172.

<sup>321</sup> Jasper 1996/2009: Die Regionalen Strukturwandlungen des deutschen Außenhandels von 1880 bis 1938., Tabellen B\_01\_01 und B\_02\_01.

Die ungleich höhere Relevanz des Deutschen Reichs für diese Länder wird aus Abbildung 19 erkennbar. In jedem der betrachteten Länder stieg der Anteil der Ausfuhren ins Deutsche Reich am Gesamtexport des jeweiligen Landes vor allem zwischen 1933 und 1937 deutlich an. Während sich der Anteil bei Rumänien (+16%) und Bulgarien (+20%) merklich erhöhte, stieg er bei Jugoslawien (56%) und Griechenland (73%) signifikant an. Im Falle Ungarns konnte sich dieser Anteil sogar mehr als verdoppeln (+115%). Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den Einfuhren aus dem Deutschen Reich. Hier waren die Auswirkungen am stärksten in Griechenland (+166%) und Jugoslawien (+145%) zu spüren, aber auch bei Rumänien (+55%), Bulgarien (+44%) und Ungarn (+34%) legten diese Importe deutlich zu.

Abbildung 19: Anteil Deutsches Reich am Außenhandel Südosteuropas

Land / Jahr	Exporte			Importe		
	1929	1933	1937	1929	1933	1937
Bulgarien	29,9%	36,0%	43,1%	22,2%	38,2%	54,8%
Griechenland	23,2%	17,9%	31,0%	9,4%	10,2%	27,1%
Ungarn	11,7%	11,2%	24,1%	20,0%	19,6%	26,2%
Rumänien	27,6%	16,6%	19,2%	24,1%	18,6%	28,9%
Jugoslawien	8,5%	13,9%	21,7%	15,6%	13,2%	32,4%

Quelle: Daten aus Basch (1943), S. 194; eigene Darstellung

Die Abhängigkeit der Donaumaumstaaten vom Deutschen Reich nahm im Verlauf der 1930er Jahre somit immer mehr zu. Im Gegenzug zur Abnahme deutscher Industrieprodukte hatten sie die Gewissheit eines umfangreichen Exports an Landwirtschaftsgütern nach dem Deutschen Reich, auch wenn dies zulasten der eigenen Erzeugung von Fertigprodukten ging.<sup>322</sup> Im Deutschen Reich konnte die Industrie die Vorteile eines Exports nach Südosteuropa nicht gleich erkennen. Zunächst musste der Reichsverband der Deutschen Industrie davon überzeugt werden, dass in der Region auch genug Kapital für den Ankauf von Maschinen vorhanden war. Zudem kam noch die Erkenntnis, dass die Transportkosten, sowohl bei industriellen als auch bei landwirtschaftlichen Produkten, einen immer größer werdenden

<sup>322</sup> Wessely 1969: Die Wirtschaftsverflechtung im Donaumaum seit 1918, S. 61.



Anteil an den Preisen einnahmen. Die geographische Nähe des Absatz- und Bezugsraumes gewann somit an Relevanz.<sup>323</sup> Es waren die Bodenschätze in der Region, die von großer Bedeutung für die Industrie waren. Nicht nur waren noch einige Konzessionen zum Abbau verfügbar oder die Beteiligung an bestehenden Abbauunternehmen lukrativ, die Bodenschätze sicherten der deutschen Industrie die Rohstoffversorgung über einen längerfristigen Zeitraum auch im Kriegsfall. Hier konnte vor allem Jugoslawien größere Reserven vorweisen, wo aber bislang deutsches Industriekapital, im Gegensatz zu französischem und britischem, so gut wie keine Rolle gespielt hatte. Als eines der ersten größeren deutschen Unternehmen zeigte die *IG Farben* ihr Interesse, vorzugsweise für die jugoslawischen Vorkommen an Antimon, Blei und Kupfer. Gerade Antimon war zu dieser Zeit ein wichtiger Bestandteil der Rüstungsindustrie und diente etwa zur Härtung von Legierungen in U-Boot-Akkus. Österreich konnte ebenfalls Antimon-Vorkommen im Umfang von 0,6% der Weltproduktion 1937 aufweisen. Interesse an den jugoslawischen Rohstoffen hatten auch einige Unternehmen, die auch in Österreich vertreten waren, wie die *AEG*, *Siemens-Schuckert* und *Felten & Guilleaume*. Sie beteiligten sich an einem gemeinsamen Unternehmen, der *Gesellschaft zu Erforschung ausländischer Erzvorkommen mbH*, welches den Zugang zur Rohstoffversorgung durch den Balkan sicherstellen sollte. Hier lag der Schwerpunkt auf Blei-, Kupfer- und Zinkvorkommen.<sup>324</sup>

Der Anteil Österreichs am Außenhandel einiger der in Abbildung 19 genannten Staaten war zwar nicht so umfangreich wie jener des Deutschen Reiches, dennoch war er nicht unerheblich, wie in Abbildung 20 zu sehen ist. So bezog Österreich 1929 13% der ungarischen Ausfuhren und steigerte seinen Anteil sogar auf 18% im Jahr 1937. Bei Rumänien sank der Anteil im selben Zeitraum von 12% auf etwas über 8% und bei Jugoslawien verringerte er sich von 17% auf ca. 11%. Beim Import dieser Staaten sank der Anteil Österreichs aber in allen drei Fällen. Der Rückgang betrug bei Ungarn -44%, bei Rumänien -24% und bei Jugoslawien -16%. Immerhin konnte bei Ungarn noch ein Anteil am Gesamtimport von ca. 17% und Jugoslawien von ca. 14% gehalten werden.

---

<sup>323</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 132.

<sup>324</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 199–205.1, 204 und 209

Abbildung 20: Anteil Österreichs am Außenhandel Südosteuropas

Land / Jahr	Exporte		Importe	
	1929	1937	1929	1937
Ungarn	13.0%	18.0%	30.0%	16.9%
Rumänien	12.0%	8.4%	9.0%	6.8%
Jugoslawien	17.0%	10.5%	16.0%	13.5%

Quelle: Daten aus Nautz (1992b), S. 552; eigene Darstellung

Die zunehmende Abhängigkeit des Außenhandels in Südosteuropa vom Deutschen Reich ist aber nicht nur dessen wirksamer Handelspolitik geschuldet. Die übrigen westlichen Staaten hatten es verabsäumt, ein zielgerichtetes und umfangreiches Konzept für die Konsolidierung dieser Region mit Lösungen für die dringlichsten Probleme, wie der Wiederherstellung der Währungsstabilität, aufzustellen. Solch ein Programm hätte die Abhängigkeit der Region wesentlich reduziert und Antonin Basch zufolge nicht nur die weitere Entwicklung des Deutschen Reiches beeinflusst, sondern es wäre zu dieser Zeit auch leicht umsetzbar gewesen.<sup>325</sup> Frankreich und Großbritannien trauten aber den Verhältnissen in den Staaten Südosteuropas nicht. Ihre negativen Erfahrungen auf diplomatischer Ebene in den vorangegangenen Jahren, die fehlende Transparenz auf politischer Ebene und eine immer drohende Zahlungsunfähigkeit dieser Staaten verminderten ihr Interesse an der weiteren Entwicklung der Region.<sup>326</sup>

Für den deutschen Generalstab war klar, dass als Voraussetzung für die Durchführung eines Krieges umfangreiche Ressourcen zur Verfügung stehen mussten. Er sah diese im Raum Mittel- und Südosteuropa gegeben und verlangte eine Sicherstellung des Zugriffs auf deren Rohstoffe, Produktionsmittel, Ernten, Transportmittel und Energiequellen. Dabei würde eine Eroberung dieses Gebietes nicht unbedingt erforderlich sein, jedoch die Selbständigkeit vor allem Österreichs und der Tschechoslowakei durchbrochen werden.<sup>327</sup> Durch den 1938 folgenden „Anschluss“ Österreichs konnte sich das Deutsche Reich in Bezug auf sein Wirtschaftsgebiet schließlich den gesamten Südosteuropäischen Raum einverleiben, wodurch

<sup>325</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 197-198.

<sup>326</sup> Poulain 1977: Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934, S. 133.

<sup>327</sup> Sohn-Rethel 1992: Industrie und Nationalsozialismus, S. 103–104.

sich eine autarke Region unter deutscher Vormundschaft bildete. Allein der deutsche Außenhandel mit dieser Region steigerte sich signifikant, nachdem Österreich ein wichtiger Handelspartner in Südosteuropa war. Das Handelsvolumen Österreichs und des Deutschen Reiches hatte 1937 zusammen einen Anteil am Export Bulgariens von 47%, an jenem Ungarns 41%, Jugoslawiens 35%, Griechenlands 32% und Rumäniens 27%. Hingegen betrug der Anteil am Export der Tschechoslowakei 20% und Italiens rund 6%. Der Anteil am Import von Waren aus Österreich und dem Deutschen Reich lag im selben Jahr in Bulgarien bei 58%, Ungarn 44%, Jugoslawien 43%, Rumänien 40% und Griechenland 30%. Die Tschechoslowakei kommt hier auch wieder auf 20%, bei Italien lag der Anteil aber bei geringen 3%. Dies zeigt deutlich die Abhängigkeit Südosteuropas vom Deutschen Reich, aber auch die geringen Handelsbeziehungen zwischen letzterem und Italien zu dieser Zeit.<sup>328</sup> Der „Anschluss“ bezweckte aber nicht nur ein größeres Handels- und Einflussgebiet ohne ein dazwischen liegendes Transitland Österreich, sondern auch ein Ende des bis dahin andauernden politischen Ringens um Bündnispartner in der Region und somit eine Zerschlagung bisher bestehender Allianzen. Dennoch darf laut Carl Freytag die Relevanz des „Anschlusses“ für die Südosteuropapläne des Deutschen Reiches nicht überschätzt werden. Zwar erleichterte er den Handel mit dieser Region und erhöhte den Druck, den das Deutsche Reich dort ausübte. Jedoch waren wichtige wirtschaftliche Verbindungen und eine politische Abhängigkeit bereits in großem Umfang vorhanden.<sup>329</sup> Grundsätzlich wurde erwartet, dass durch den „Anschluss“ Österreichs erstens das Gesamtvolumen der Importe aufgrund der noch aus der Zeit des Habsburgerreiches stammenden guten Handelsverbindungen einen über die einfache Addierung der bestehenden Importe hinausgehenden zusätzlichen Effekt bekommen würde. Und zweitens das Volumen in bilateralen Handelsbeziehungen zunehmen würde. Zumindest wurde durch den „Anschluss“ die deutsche Clearingbilanz verbessert, da Österreich ein umfangreiches Clearingguthaben in Südosteuropa hatte. Der wesentliche Schritt zur dominanten Stellung des Deutschen Reiches in der Region erfolgte aber 1939 durch die komplette Besetzung der Tschechoslowakei, wodurch in einigen Staaten Südosteuropas mehr als die Hälfte ihres Außenhandels mit dem Deutschen Reich abgewickelt wurde. Da diese Staaten weder die wirtschaftliche Kraft noch die politische Einigkeit hatten, sich dieser

---

<sup>328</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 203–204.

<sup>329</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 234–237.

Übermacht entgegenzustellen, wurden sie zu reinen Lieferanten von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen des Deutschen Reiches degradiert.<sup>330</sup>

### **2.3.2. Österreichs Außenhandel mit dem nationalsozialistischen Deutschen Reich**

Österreich konnte sein Außenhandelsvolumen in den 1930er Jahren, nachdem der Tiefststand durch die Wirtschaftskrise überwunden war, durch den international einsetzenden Wirtschaftsaufschwung, einer gleichzeitig erfolgten Entwertung des Schilling und einigen bilateral abgeschlossenen Handelsverträgen wieder etwas ankurbeln. Die dabei aufgekommene Berücksichtigung von Kontingentierungs-, Präferenz- und Kompensationssystemen in den Handelsverträgen erleichterte den Warenverkehr. Waren es beim Import vor allem Güter wie Nahrungsmittel, Rohstoffe (hier hauptsächlich Kohle) oder Wollwaren, welche von Österreich benötigt wurden, so konnten im Gegenzug Fertigwaren der Textil-, der Papier-, der Maschinen- oder der metallverarbeitenden Industrie ausgeführt werden. Zudem kam noch der Export von Rohstoffen wie Holz, Roheisen und Magnesit.<sup>331</sup>

Die österreichische Handelspolitik war darauf bedacht, wie viele andere Staaten auch, das Passivum in seiner Handelsbilanz zu reduzieren. Dies konnte nur gelingen, wenn entweder die Ausfuhr gesteigert oder die Einfuhr beschränkt wurde. Aufgrund der Wirtschaftskrise konnte Österreich keine oder nur sehr teure Kredite für die Finanzierung eines Handelspassivums bekommen. Durch diesen Kapitalmangel war Österreich 1931 dazu gezwungen, ähnlich wie einige Nachbarstaaten, eine Devisenbewirtschaftung einzuführen. Diese untersagte die Ausfuhr von Schillingen oder Devisen und griff in den laufenden Import ein. Da es aber Schwierigkeiten mit schwankenden Wechselkursen gab und es immer wieder zu Ausnahmen von der Devisenbewirtschaftung kam, wurde dieses System bereits ab 1932 in das Clearingsystem übergeleitet.<sup>332</sup>

---

<sup>330</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 205–208.

<sup>331</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 5-6.

<sup>332</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 11-15.

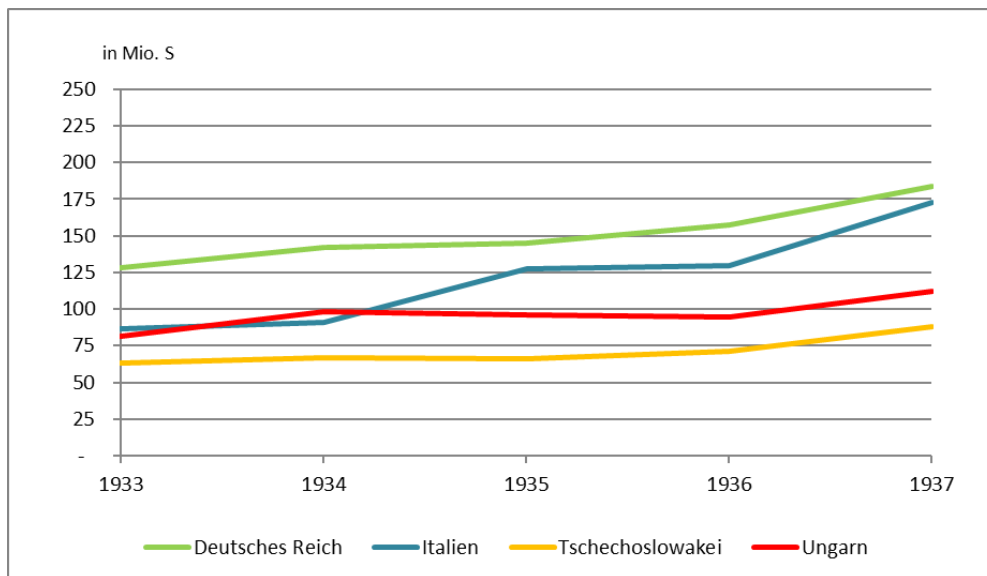
Der Außenhandel<sup>333</sup> konnte während der unmittelbaren Jahre nach der Wirtschaftskrise in Summe nur leicht zulegen, erst 1937 konnte eine deutliche Zunahme verzeichnet werden. Der Export betrug 1933 rund 818 Mio. Schilling, steigerte sich bis 1936 um 18% auf ca. 967 Mio. Schilling und sprang 1937 auf ca. 1.230 Mio. Schilling, was eine Steigerungsrate von 27% innerhalb eines Jahres bedeutet. Grund für diese Entwicklung dürften die anfänglichen Abschottungen der einzelnen Staaten infolge der Wirtschaftskrise durch Zölle und andere Eintrittsbarrieren und dem dann Mitte der 1930er Jahre einsetzenden allgemeinen Aufwärtstrend der Weltkonjunktur gewesen sein. Die größten Zuwächse zwischen 1933 und 1937 konnten im Export nach Italien (+99%) und dem Deutschen Reich (+43%), gefolgt von der Tschechoslowakei (+39%) und Ungarn (+38%) verbucht werden (siehe Abbildung 21). Wertmäßig lag 1937 das Deutsche Reich mit einem Volumen von 184 Mio. Schilling vor Italien (173 Mio.), Ungarn (112 Mio.) und der Tschechoslowakei (88 Mio.). Auffällig ist, dass sich das Volumen an aus Österreich eingeführten Gütern bei Italien zwischen 1933 und 1937 fast verdoppelte, allein im letzten Jahr des Betrachtungszeitraums legte der Export um 33% zu. Dies dürfte einerseits auf die engere Kooperation infolge der Römischen Protokolle (1934) und andererseits auf Italiens internationale Isolation aufgrund seines Abessinienkrieges (1936), welcher sich Österreich nicht angeschlossen hatte, zurückzuführen sein. Hingegen belief sich die Zunahme des Exports ins Deutsche Reich im selben Zeitraum nur auf 43%, wodurch 1937 in beide Staaten in etwa dasselbe Volumen exportiert wurde.<sup>334</sup>

---

<sup>333</sup> Es wird nur der Spezialhandel betrachtet, wodurch die reine Durchfuhr von Gütern durch das österreichische Zollgebiet nicht inkludiert ist.

<sup>334</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939.

Abbildung 21: Österreichs Export nach ausgewählten Ländern 1933 bis 1937



Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst<sup>335</sup>; eigene Darstellung

Der Anteil Italiens am gesamten österreichischen Export betrug 1933 noch ca. 11%, 1937 lag dieser bereits bei 14%. Jener des Deutschen Reiches blieb lange Zeit konstant bei ca. 16% und sank 1937 auf knapp unter 15%. Ebenfalls zurück gingen die Anteile Ungarns von ca. 8% auf ca. 7% und der Tschechoslowakei von ca. 10% auf ca. 9% (siehe Abbildung 22). Die Zunahme des italienischen Anteils an den österreichischen Exporten war vorwiegend umfangreichen Holzlieferungen zu verdanken, gefolgt von Papier, Eisen- und Metallwaren, Wollware und Kautschuk.<sup>336</sup>

<sup>335</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

<sup>336</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 58.

Abbildung 22: Verteilung Österreichs Export nach Ländern 1933 bis 1937

Land/Jahr	Exporte anteilig				
	1933	1934	1935	1936	1937
Deutsches Reich	15,7%	16,3%	16,0%	16,3%	14,8%
Italien	10,6%	10,4%	14,0%	13,4%	14,0%
Tschechoslowakei	7,7%	7,7%	7,3%	7,3%	7,1%
Ungarn	9,9%	11,3%	10,6%	9,8%	9,1%
übrige Staaten	56,1%	54,4%	52,1%	53,2%	54,9%

Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst<sup>337</sup> und Butschek<sup>338</sup>; eigene Darstellung

Anhand dieser Werte lässt sich erkennen, dass das Deutsche Reich zwar ein sehr wichtiger Abnehmer österreichischer Güter war, jedoch in Relation zu den anderen Staaten keine Abhängigkeit Österreichs von diesem vorlag.

Beim österreichischen Import hingegen stellte sich die Lage etwas anders dar. 1933 wurden Güter im Wert von 1.190 Mio. Schilling eingeführt, 1936 waren es mit 1.208 Mio. nur unwesentlich mehr. Erst 1937 konnte das Volumen um 21% auf 1.461 Mio. Schilling gesteigert werden. Hier war es wieder vor allem der Handel mit Italien, bei dem die Einfuhr von Gütern alleine im letzten Betrachtungsjahr um 21 Mio. Schilling (+36%) zulegen konnte. Beim Deutschen Reich betrug die Zunahme 22 Mio. (+10%), bei der Tschechoslowakei 17 Mio. (+11%) und bei Ungarn 14 Mio. (+11%) (siehe Abbildung 23). Über den Zeitraum 1933 bis 1937 nahm der Import italienischer Güter um 56% zu, jener aus dem Deutschen Reich und aus der Tschechoslowakei stagnierte mehr oder weniger und das Importvolumen aus Ungarn verringerte sich sogar im Betrachtungszeitraum um 2%.

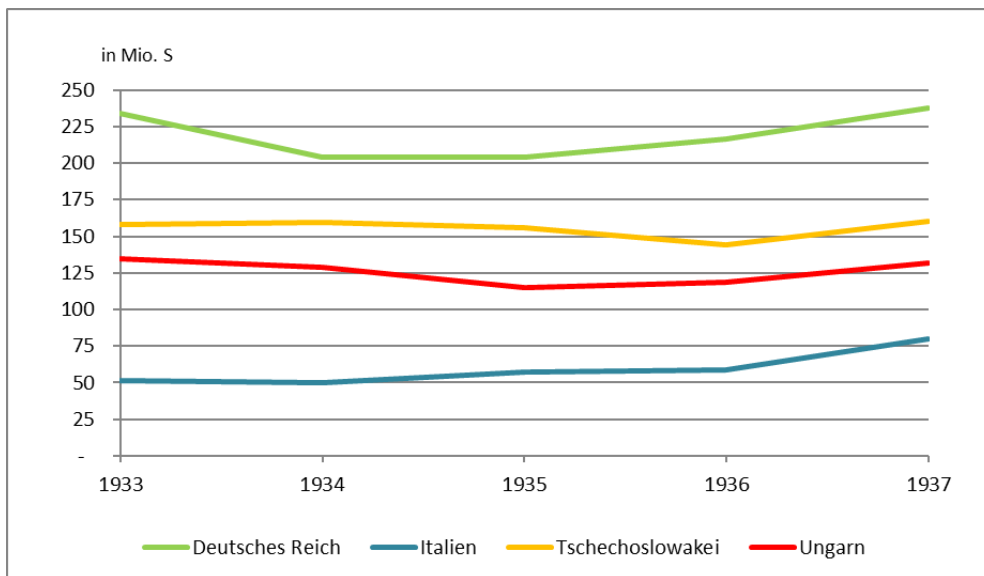
Ungarn diente seit jeher als einer der wichtigsten Lieferanten für Nahrungsmittel, unter anderem für Getreide, Schweine, Rinder und auch Futtermittel. Im Gegenzug wurden etwa Papier, Seidenwaren, Eisen- und Metallwaren und Holz nach Ungarn geliefert.<sup>339</sup>

<sup>337</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

<sup>338</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 187.

<sup>339</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 66.

Abbildung 23: Österreichs Import aus ausgewählten Ländern 1933 bis 1937



Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst<sup>340</sup>; eigene Darstellung

Anteilmäßig war das Deutsche Reich sowohl 1933 als auch 1937 der wichtigste Importeur mit ca. 20% bzw. ca. 16% am gesamten Importvolumen. Italien konnte seinen Anteil zwar von ca. 4% auf ca. 6% steigern, hatte jedoch beim Import nicht dieselbe Bedeutung für Österreichs Wirtschaft wie beim Export. Die Tschechoslowakei hingegen hatte einen höheren Anteil am Import als am Export Österreichs. Dennoch nahm der Importanteil von ca. 13% im Jahr 1933 auf 11% im Jahr 1937 ab. Auch der ungarische Anteil verringerte sich im selben Zeitraum: Lag dieser 1933 noch bei rund 11%, so betrug er 1937 nur mehr 9%. Hingegen steigerte sich der Anteil aller übrigen Länder von ca. 51% auf über 58%, was einer Reduktion des Abhängigkeitsverhältnisses von einigen wenigen Staaten gleichkommt.

<sup>340</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.



Abbildung 24: Verteilung Österreichs Import aus Ländern 1933 bis 1937

Land/Jahr	Importe anteilig				
	1933	1934	1935	1936	1937
Deutsches Reich	19,7%	17,5%	16,7%	17,9%	16,1%
Italien	4,3%	4,2%	4,7%	4,9%	5,5%
Tschechoslowakei	13,3%	13,6%	12,8%	11,9%	11,0%
Ungarn	11,3%	11,0%	9,4%	9,8%	9,0%
übrige Staaten	51,4%	53,7%	56,4%	55,5%	58,4%

Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst<sup>341</sup> und Butschek<sup>342</sup>; eigene Darstellung

Gerade beim Handelsvolumen mit Italien hatte Österreich auf eine umfangreiche Steigerung gesetzt. Die unmittelbare Auswirkung des Juliabkommens 1936 auf den österreichischen Außenhandel war in Summe bescheiden und konnte noch keine positiven Impulse beim gegenseitigen Güterverkehr setzen. Auch parallel abgeschlossene Handelsverträge mit anderen Staaten, etwa Ungarn oder Frankreich, konnten die österreichischen Erwartungen einer wesentlichen Steigerung des Außenhandels nicht erfüllen.<sup>343</sup> Schon seit Ende der Wirtschaftskrise versuchte Österreich, den Handel mit dem Deutschen Reich wieder auf einer rechtlich abgesicherten und stabilen Grundlage aufzubauen. Es galt dabei einige Hürden zu überwinden, vor allem aufgrund deutschen Bestrebens, die Exporte nach Österreich zu steigern. Das Deutsche Reich versuchte einerseits über den Verhandlungsweg in erster Linie seine Kohlenlieferungen nach Österreich zu erhöhen, andererseits bezichtigte es Österreich in der Öffentlichkeit der Diskriminierung, wobei die Interessen des Deutschen Reiches nicht ausreichend beachtet und bei der Einfuhr andere Staaten bevorzugt worden seien. Die Hauptpunkte der Verhandlungen galten somit den Kompensationsgeschäften und dem Clearingabkommen mit dem Ziel, die Zahlungsbilanz zwischen den beiden Staaten auszugleichen.<sup>344</sup> Der 1934 erfolgte Anstieg des Exports ins Deutsche Reich war einer erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen und Fertigwaren zu verdanken. In den Folgejahren wurden Vereinbarungen getroffen mit dem Ziel, den Handel zu erweitern und gleichzeitig die

<sup>341</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

<sup>342</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 187.

<sup>343</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 57–58.

<sup>344</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 27. Jahr 2. Band, S. 537 und 567.

Handelsbilanz zwischen den beiden Staaten auszugleichen. Aufgrund der restriktiven Devisenbewirtschaftung im Deutschen Reich und des eingeschränkten Einfuhrumfangs deutscher Industrieprodukte nach Österreich waren die Effekte der Vereinbarungen nur in kleinem Ausmaß spürbar. Zudem war Österreich bei den Vertragsverhandlungen mit dem Deutschen Reich auch darauf bedacht, seine Handelsbeziehungen mit anderen Staaten nicht zu gefährden.<sup>345</sup> Dies war insofern eine heikle Angelegenheit, als dass einige Güter nicht mehr aus dem Deutschen Reich bezogen werden konnten, da dieses selber einen Mangel daran hatte und auch nicht von anderen Staaten beziehen konnte aufgrund seines ständig akuten Devisenmangels. Dies trat ein bei vielen Roh- und Halbstoffen und zwang Österreich dazu, auf andere Staaten auszuweichen, was wiederum der Zahlungsbilanz mit dem Deutschen Reich nicht hilfreich war. Aber selbst bei Gütern, die das Deutsche Reich in großem Umfang liefern konnte, wie der Kohle, erfolgte ein erhöhter Bezug Österreichs nur zögerlich. Das Deutsche Reich hatte zwar ausreichende Mengen Kohle in guter Qualität, konnte aber preislich mit den anderen Lieferstaaten Polen und der Tschechoslowakei nicht mithalten.<sup>346</sup>

Abbildung 25: Kohleimport Österreichs 1937

Herkunftsstaat	Menge in Tonnen
Tschechoslowakei	1.550.243
Polen	851.514
Deutsches Reich	807.457
übrige	183.565
gesamt	3.392.779

Quelle: Daten aus Statistisches Landesamt<sup>347</sup>;

eigene Darstellung

Im Rahmen des Juliabkommens von 1936 wurde eine Ausweitung der Ausfuhr ins Deutsche Reich unter anderem von Holz, landwirtschaftlichen Produkten, Stahl, Magnesit, Metallwaren, Maschinen und Kraftfahrzeuge für das Folgejahr vereinbart. Im Gegenzug wurde eine

<sup>345</sup> Haas Ernst 1939: Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik, S. 95.

<sup>346</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 28. Jahr, 2. Band, S. 998-1000.

<sup>347</sup> Österreichisches Statistisches Landesamt 1938: Statistisches Jahrbuch für Österreich 1938, S. 206.

Steigerung des Imports unter anderem von Textilwaren, Aluminiumwaren und Motoren zugesagt. Tatsächlich hatten diese Vereinbarungen nur wenig Auswirkung auf den Außenhandel. Während das Volumen bei den meisten Gütergruppen unter den Erwartungen blieb, konnten nur jene zulegen, welche von den jeweiligen Staaten direkt unterstützt wurden, etwa deutsche Kohle und Koks und österreichische landwirtschaftliche Produkte. Mit ein Grund dafür war der geringe Importbedarf der österreichischen Industrie an deutschen Gütern. Dies führte weiterhin zu einer aktiven Zahlungsbilanz Österreichs mit dem Deutschen Reich und somit zu einer Clearingspitze, die das Deutsche Reich nicht gewillt war zu begleichen. Aufgrund seiner wirtschaftlich stärkeren Position beharrte es darauf, dass diese Spitzen durch eine Importsteigerung deutscher Güter durch Österreich kompensiert werden. Als Folge davon stieg, wie bei anderen Staaten auch, der wirtschaftliche Druck, was wiederum im Sinne der deutschen Politik war. Das Deutsche Reich forderte von Österreich, seine Importe aus anderen Staaten zu reduzieren und diese Güter stattdessen aus dem Deutschen Reich zu beziehen. Zudem sollten Präferenzzölle für deutsche Güter eingeführt, einzelne Einfuhrkontingente ausgedehnt und Zwangsmaßnahmen für österreichische Kunden zum Kauf deutscher Güter umgesetzt werden.<sup>348</sup> Die prekäre Lage im Außenhandel mit dem Deutschen Reich wurde auch nicht durch das im Jänner 1937 abgeschlossene Wirtschaftsabkommen, dessen Gültigkeit mit Verlängerung bis Ende Februar 1938 erstreckt wurde, entschärft. Auch die vom Deutschen Reich zugestandene Öffnung weiterer Güterklassen für Kompensationsgeschäfte, insbesondere für technischen Heeresbedarf, konnte die Lage nur bedingt verbessern.<sup>349</sup>

Zu bedenken ist hierbei aber, dass zwar das Deutsche Reich für Österreich eine wesentliche wirtschaftliche Bedeutung hatte, die Bedeutung Österreichs für den deutschen Außenhandel jedoch nur eine sehr geringe war. Sowohl beim Import (1,7%) als auch beim Export (2,1%) lag 1937 der österreichische Anteil am jeweiligen deutschen Gesamtvolumen nur in einem vernachlässigbaren Bereich. Die Anteile Italiens waren mit 4,0% (Import) bzw. 5,3% (Export) nur wenig höher, aber immerhin mehr als doppelt so hoch wie die österreichischen Vergleichswerte. Auch die entsprechenden Anteile Großbritanniens (Import 6,1%, Export 7,5%), der USA (Import 5,2%, Export 3,5%) und Frankreichs (Import 2,8%, Export 5,3 %) lagen

---

<sup>348</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 109–113.

<sup>349</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 30. Jahr, Nr. 1, S. 393.

nicht viel höher.<sup>350</sup> Das Deutsche Reich hatte somit seine Handelspolitik auf eine Risikoverteilung ausgelegt, indem es sich beim Handel von keinem einzelnen Land abhängig machte (eine mögliche Abhängigkeit in einzelnen Güterklassen wurde hier nicht berücksichtigt).

An dieser Stelle sei ein kurzer, aber interessanter Vergleich mit Werten aus der heutigen Zeit erlaubt, bei dem die damalige Anhängigkeit Österreichs vom Deutschen Reich relativiert wird: Bei Betrachtung der Verteilung der Anteile verschiedener Länder am Außenhandel Österreichs aus der heutigen Zeit ergeben sich offensichtliche Unterschiede zu den oben betrachteten Werten aus den 1930er Jahren. In Abbildung 26 sticht der Anteil Deutschlands hervor, welcher sowohl beim Export als auch beim Import in den Jahren 2015 bis 2017 durchgehend einen Wert von mehr als 30% hatte. Der Anteil Italiens und Tschechiens/Slowakei lag hingegen jeweils bei unter 7%, jener Ungarns sogar unter 4%.

Abbildung 26: Verteilung des Außenhandel Österreichs nach Ländern 2015 bis 2017

Land / Jahr	Exporte			Importe		
	2015	2016	2017	2015	2016	2017
Deutschland	30,0%	30,5%	30,2%	36,9%	37,2%	36,9%
Italien	6,3%	6,4%	6,4%	6,1%	6,2%	6,2%
Tschechien u. Slowakei	5,7%	5,8%	5,8%	6,4%	6,5%	6,4%
Ungarn	3,3%	3,3%	3,4%	2,6%	2,6%	2,7%
übrige Staaten	54,8%	53,9%	54,2%	48,0%	47,5%	47,9%

Quelle: Daten aus Statistik Austria<sup>351 352</sup>, eigene Darstellung

In Abbildung 27 ist der Anteilsvergleich am Export 1937 zu 2017 ersichtlich. Hatte das Deutsche Reich am österreichischen Export 1937 einen Anteil von ca. 15%, so war dieser im Jahr 2017 mit 30% doppelt so hoch. Hingegen sind im Vergleich zu 1937 der Anteil Italiens 2017 wesentlich zurückgegangen und jene Ungarns und Tschechiens/Slowakei nur mehr verschwindend gering. Die relative Bedeutung Deutschlands für den heutigen Export

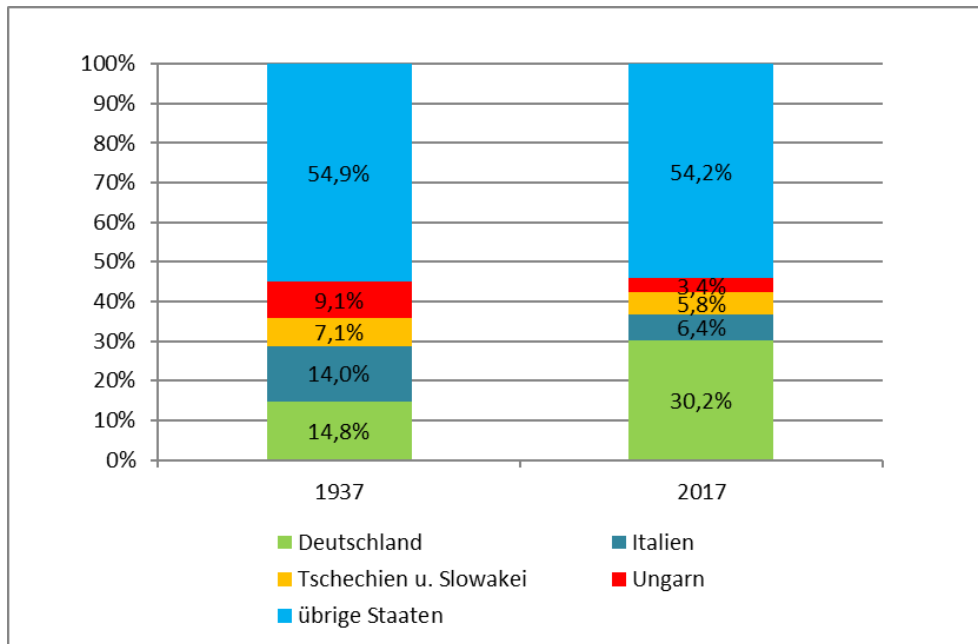
<sup>350</sup> Lampe und Wolf: "20. Trade", Ch. 20.6 und 20.7.

<sup>351</sup> Statistik Austria 2019: Außenhandel nach Handelspartnern.

<sup>352</sup> Statistik Austria 2019: Der Außenhandel Österreichs im Jahr 2018 (endgültige Ergebnisse), S. 8.

Österreichs ist unverkennbar größer als die des Deutschen Reiches 1937. Bei dieser Betrachtung wurden der Einfachheit halber etwaige Gebietsverschiebungen nicht berücksichtigt und für die Tschechoslowakei die Werte der heutigen Tschechischen Republik mit jenen der Slowakischen Republik zusammengefasst.

Abbildung 27: Vergleich Österreichs Exportverteilung 1937 und 2017



Quelle: Daten aus Statistik Austria<sup>353 354</sup>, Butschek<sup>355</sup> und Handelsstatistischer Dienst<sup>356</sup>, eigene Darstellung

Spiegelbildlich ist der Vergleich beim Import. Auch hier liegt der Anteil Deutschlands 2017 mehr als doppelt so hoch wie 1937. Der Anteil Tschechiens/Slowakei hat sich von 11% auf ca. 6% verringert und Ungarns Anteil spielt beim österreichischen Import keine Rolle mehr. Hingegen konnte der Anteil Italiens leichtzunehmen.

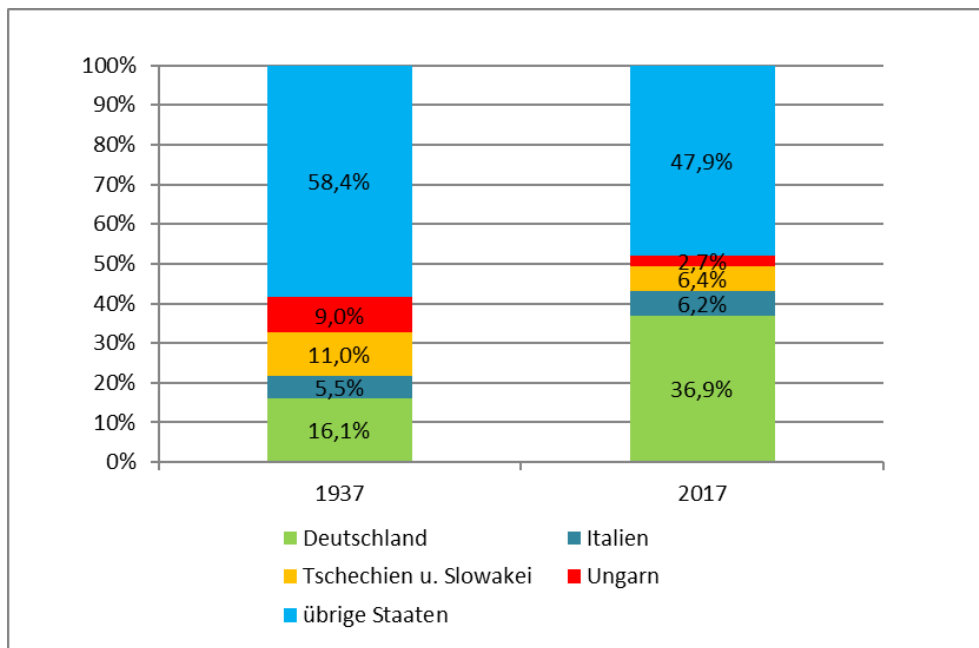
<sup>353</sup> Statistik Austria 2019: Außenhandel nach Handelspartnern.

<sup>354</sup> Statistik Austria 2019: Der Außenhandel Österreichs im Jahr 2018 (endgültige Ergebnisse), S. 8.

<sup>355</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 187.

<sup>356</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

Abbildung 28: Vergleich Österreichs Importverteilung 1937 und 2017



Quelle: Daten aus Statistik Austria<sup>357 358</sup>, Butschek<sup>359</sup> und Handelsstatistischer Dienst<sup>360</sup>, eigene Darstellung

Aus diesen Vergleichen des Außenhandels 1937 zu 2017 lässt sich ableiten, dass Österreich 1937 zwar einen wesentlichen Teil seines Außenhandels mit dem Deutschen Reich betrieb und dieses somit in einer generell wirtschaftlich schwierigen Zeit ein wichtiger Handelspartner war. Ein Abhängigkeitsverhältnis oder gar eine deutsche Dominanz über Österreich war jedoch keineswegs gegeben. In der heutigen Zeit wird die Außenhandelssituation mit Deutschland ebenfalls nicht als Abhängigkeit eingestuft, obwohl allein beim Import 2017 mehr als ein Drittel der Güter aus Deutschland bezogen wurde. Einzig der Umstand, dass es für Österreich 1937 nur bedingt möglich war, sich seine Handelspartner auszusuchen bzw. alternativen Bezugsmöglichkeiten aufzubauen, verstärkte die Bindung an seine bestehenden Handelspartner. Italien bot keine Alternative, da es selbst näher an das Deutsche Reich herangerückt war. Die Märkte in der Tschechoslowakei und Ungarn hatten kein ausreichendes Volumen, um weitere österreichische Exporte aufzunehmen, oder konnten nicht die

<sup>357</sup> Statistik Austria 2019: Außenhandel nach Handelspartnern.

<sup>358</sup> Statistik Austria 2019: Der Außenhandel Österreichs im Jahr 2018 (endgültige Ergebnisse), S. 8.

<sup>359</sup> Butschek 2012: Österreichische Wirtschaftsgeschichte, S. 187.

<sup>360</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

benötigten Güter in vergleichbarer Qualität liefern. Und andere Staaten wie Jugoslawien hatten ihre Märkte gänzlich auf das Deutsche Reich ausgerichtet. Dennoch hätte ein Ausfall des deutschen Absatzmarktes vermutlich keinen Zusammenbruch der österreichischen Wirtschaft bewirkt, wenn sie auch dadurch in ihrer Entwicklung um Jahre zurückgeworfen worden wäre. Ein Ausfall des heutigen Handels mit Deutschland hingegen würde weitreichende Folgen für die österreichische Wirtschaft haben, auch wenn es leichter wäre, alternative Bezugsquellen und Absatzmärkte zu finden.

Rüstungsgüter nahmen beim österreichischen Außenhandel in den 1930er Jahren nur einen geringen Stellenwert ein. Das Volumen an exportierten Gütern lag 1933 bei 3.935 Tsd. Schilling, was einen Anteil am Gesamtexport von 0,5% ergab. Dieser fiel bis 1937 auf 0,1%, bei einem gleichzeitigen Rückgang des Volumens auf 1.200 Tsd. Schilling. Es wurden dabei hauptsächlich Patronen, -hülsen, Zündhütchen, Zünd- und Sprengkapseln exportiert, aber auch Waffen oder einzelne Bestandteile und vereinzelt auch Schießpulver, Sprengmittel und Explosivstoffe.

Abbildung 29: Export an Rüstungsgütern Österreich 1933 bis 1937

in 1.000 Schilling	Exporte				
Gütergruppe/Jahr	1933	1934	1935	1936	1937
Waffen (inkl. -bestandteile)	561	421	368	451	420
Patronen (inkl. -hülsen, Zündhütchen, Zünd- u. Sprengkapseln)	3.360	2.256	733	601	779
Schießpulver (inkl. Sprengmittel u. Explosivstoffe)	14	-	2	-	1
gesamt	3.935	2.677	1.103	1.052	1.200
Anteil am Gesamtexport	0,5%	0,3%	0,1%	0,1%	0,1%

Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst (Warengruppen 247,352 und 353 bzw. 842, 843, 844, 845, 1359, 1360, 1361, 1362)<sup>361</sup>, eigene Darstellung. Zu bedenken ist bei diesen Kategorien, dass einerseits wahrscheinlich auch nicht militärische Güter in den Werten berücksichtigt wurden, etwa Jagdgewehre und Sprengstoffe für den Bergbau. Andererseits gab es bestimmt auch Bestandteile, welche nicht als Waffenteile deklariert und somit in der offiziellen Statistik in anderen Kategorien als den hier angeführten berücksichtigt wurden.

Die (wertmäßigen) Hauptabnehmer von Waffen waren im Zeitraum 1933 bis 1937 das Deutsche Reich und die Tschechoslowakei. 1933 wurden bei einem Gesamtexport von 561 Tsd. Schilling an das Deutsche Reich Waffen im Wert von 163 Tsd. geliefert, dem folgte die Tschechoslowakei mit 139 Tsd. und Peru mit 92 Tsd. 1934 fiel die Nachfrage nach Waffen aus Österreich generell auf 421 Tsd., dabei jene aus der Tschechoslowakei auf 112 Tsd., jene aus dem Deutschen Reich sogar auf 63 Tsd., und aus Südamerika bezog im Wesentlichen nur Kolumbien mit 20 Tsd. noch einige österreichische Waffen. 1935 wurde mit 368 Tsd. Gesamtexport ein Tiefststand erreicht, dennoch zeigten auch die Schweiz (24 Tsd.) und Italien (21 Tsd.) Interesse an der österreichischen Waffenproduktion. Konstant blieb der Waffenexport in die Tschechoslowakei (111 Tsd.), jener ins Deutsche Reich nahm wieder etwas zu (87 Tsd.). 1936 gab es wieder einen leichten Aufschwung in der Gesamtnachfrage (451 Tsd.), die Tschechoslowakei erhöhte ihr Bezugsvolumen auf 123 Tsd., das Deutsche Reich auf 98 Tsd. und Italien auf 60 Tsd. Mit 32 Tsd. wurde auch ein nennenswertes Volumen an Belgien geliefert. 1937 ging bei einem Gesamtvolumen von 420 Tsd. der Hauptteil der Waffen wieder an die Tschechoslowakei (116 Tsd.) und das Deutsche Reich (90 Tsd.). Nach Italien

<sup>361</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.



wurden nur Waffen im Wert von 33 Tsd. exportiert, dafür kamen Großbritannien und Britisch Indien mit einem Gesamtvolumen von 42 Tsd. als Abnehmer hinzu. Belgien bezog in diesem Jahr immerhin noch Waffen im Ausmaß von 27 Tsd.

Österreichische Patronen wurden zwischen 1933 und 1937 in viele verschiedene Länder exportiert. 1933 wurden bei einem Gesamtexportvolumen von 3.360 Tsd. Schilling allein 1.207 Tsd. an Kolumbien geliefert. Dem folgten als großer Abnehmer die Niederlande mit einem Volumen von 752 Tsd., das Deutsche Reich mit 380 Tsd., Jugoslawien mit 212 Tsd. und Argentinien mit 204 Tsd. Südamerikanische Länder bezogen auch 1934 einen Großteil der österreichischen Patronenproduktion: Bolivien 607 Tsd., Argentinien 154 Tsd., Brasilien und Uruguay zusammen 92 Tsd., einzelner Hauptabnehmer waren aber die Niederlande mit 715 Tsd. Dies dürfte damit zusammenhängen, dass die Firma *Hirtenberger*, welche gemeinsam mit ihrer Tochterfirma *Patronenfabrik AG Lichtenwörth* führender Munitionsproduzent Österreichs war, in den Niederlanden die Tochterfirma *NV Nederlandsche Patronen-, Slaghoedjesen Metaalwarenfabrieek* und somit einen direkten Abnehmer für die eigene Produktion besaß.<sup>362</sup> Das Deutsche Reich hingegen reduzierte sein Volumen auf nur mehr 18 Tsd. Das Gesamtexportvolumen hatte sich 1934 dabei auf 2.256 Tsd. reduziert. 1935 brach das Geschäft mit Patronen gänzlich ein und erreichte nur mehr ein Volumen von 733 Tsd. Die größten Kontingente gingen an Jugoslawien (140 Tsd.), die Türkei (82 Tsd.), Argentinien (79 Tsd.) und Ungarn (59 Tsd.). Die Nachfrage der Niederlande kam fast zum Erliegen (10 Tsd.) und jene des Deutschen Reiches verringerte sich weiter auf 10 Tsd. Der Tiefststand wurde 1936 mit gesamt 601 Tsd. erreicht, davon gingen 155 Tsd. an Jugoslawien, 85 Tsd. an die Südafrikanische Union, 70 Tsd. an Ungarn, 66 Tsd. an die Türkei, 56 Tsd. an Belgien und kaum ein Volumen an das Deutsche Reich. 1937 konnte das Gesamtvolumen leicht auf 779 Tsd. erhöht werden. Davon entfielen auf die Türkei 156 Tsd., Jugoslawien 114 Tsd., Rumänien 103 Tsd., Finnland 82 Tsd., Belgien 75 Tsd., die Südafrikanische Union 64 Tsd. und Ungarn 58 Tsd. Die Türkei, Jugoslawien Rumänien und Finnland hatten dabei erhöhten Bedarf an elektrischen Minenzündern, Belgien und Ungarn an Zünd- und Sprengkapseln und Zündhütchen.

---

<sup>362</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 26. Jahr, 1. Band, Die Bilanzen, S. 91-92.

Bei Schießpulver gab es nur 1933 einen nennenswerten Export in die Tschechoslowakei, ansonsten spielte diese Güterklasse keine Rolle.

Den Umweg über Auslandsniederlassungen wusste der Eigentümer der *Hirtenberger*, Fritz Mandl, gut zu nutzen. 1928 erwarb er gemeinsam mit der sich bereits in seinem Besitz befindlichen niederländischen *Patronenfabrik Dordrecht* die Mehrheit an der Schweizer *Patronenfabrik Solothurn*. In Kooperation mit der *Patronenfabrik Pocisk AG* in Warschau, der *Patronenfabrik Schönebeck* an der Elbe und der Beteiligung an der *Pulverfabrik Nitrat* gelang es Mandl und seiner *Hirtenberger* trotz Verbots laut Vertrag von St. Germain Waffen international zu verkaufen. Ein williger Abnehmer dabei war das Deutsche Reich in seinen geheimen Aufrüstungsbestrebungen. Hier entwickelte sich eine langfristige Zusammenarbeit mit der deutschen Firma *Rheinmetall*, etwa zur Produktion von Flak-Geschützen bei der Firma *Solothurn*. Zu den weiteren Exportgeschäften der *Solothurn* vor dem „Anschluss“ zählten unter anderem Maschinenkanonen an die Sowjetunion und China, Maschinengewehre an Ungarn, Tankbüchsen an Griechenland und die Türkei und Infanterie- und Flakgeschütze an Bulgarien. Nach dem „Anschluss“ wurden etwa die Niederlande, Schweden und Italien mit Tankbüchsen beliefert.<sup>363</sup>

Auch der Firma *Böhler* gelang es in dieser Zeit mit Waffenteilen zu handeln. So wurden Gewehrläufe an den Kontrollinstanzen vorbei geschleust und nach Brasilien verkauft. Sogar 200 fertige Feldgeschütze konnten nach Ungarn exportiert werden. Eine weitere Möglichkeit des Waffengeschäfts eröffnete sich durch die Gründung einer Niederlassung in der Mandschurei zur Geschütz- und Gewehrfertigung. Diese wurde mit Maschinen, Ingenieuren und Fachkräften aus Kapfenberg ausgestattet und übernahm die Endfertigung von in Kapfenberg produzierten Waffenteilen, welche ebenfalls an den Kontrollen vorbei geschmuggelt wurden. Nicht nur das damit verbundene Prestige und der Umsatz waren wertvoll für *Böhler*. Das Unternehmen konnte weiterhin wertvolle Erfahrung bei der Waffenproduktion sammeln und Ende der 1920er Jahre bereits eine neue Panzerabwehrkanone in Österreich, der Schweiz, Italien, den Niederlanden, Lettland und

---

<sup>363</sup> Hug 2002: Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus, 190-191, 199 und 599.

China auf den Markt bringen. Diesem Erfolg folgte ab 1936 der Verkauf einer 15 cm Haubitze, welche vorwiegend zum Einsatz im Gebirgskrieg konzipiert war.<sup>364</sup>

Ein generell möglicher Aufschwung in der österreichischen Waffenproduktion nach der Wirtschaftskrise erhielt 1933 durch die Hirtenberger Waffenaffäre einen Rückschlag, der sich nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch auswirkte. Dabei handelte es sich um einen Transport von Waffen aus Italien über Österreich nach Ungarn, was nach Artikel 134 des Vertrages von St. Germain eindeutig verboten war: „*Die Einfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial aller Art nach Österreich ist formell untersagt.*“<sup>365</sup>

Es handelte sich dabei um die Überstellung von 60.000 Gewehren inklusive Bajonetten und über 1.000 automatischen Gewehren an die Firma *Hirtenberger*, zudem 30.000 Gewehren inklusive Bajonetten an die Firma *Steyr-Daimler-Puch*, jeweils aus italienischen Beständen. Sowohl das Bundesministerium für Finanzen als auch jenes für Heerwesen waren über die Lieferungen informiert, da diese beim Zoll angemeldet waren. Offiziell sollten die Waffen repariert und umgearbeitet, danach zum Teil auch wieder nach Italien rückgeführt werden. Brisant dabei war aber nicht nur der Transport selber, sondern auch, dass ein Teil der Waffen für Ungarn, ein anderer für Österreich, vermutlich für die österreichische Heimwehr, bestimmt war.<sup>366</sup> Lieferantin jener Waffen dürfte die *Solothurn* gewesen sein.<sup>367</sup> Aufgrund der Aufdeckung dieser Lieferungen und dem somit erfolgten Bruch mit dem Vertrag von St. Germain schien die vom Völkerbund zugesagte (Lausanner) Anleihe gefährdet. Da der finanzielle Druck zu groß war, um ihn alleine bewältigen zu können, ersuchte Dollfuß Hitler alternative finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Österreich würde für diese Unterstützung seine Außenpolitik an jener des Deutschen Reichs ausrichten. Da Dollfuß aber Hitlers Forderung nach innenpolitischen Veränderungen ablehnte, kam diese Übereinkunft nicht zustande.<sup>368</sup> Somit blieb nur das Verständnis mit den übrigen Völkerbundstaaten zu suchen. England forderte härtere Bedingungen für die Gewährung der Anleihe, wollte dadurch aber nicht die zur selben Zeit laufende Abrüstungskonferenz in Genf gefährden. Frankreich äußerte sich sehr kritisch, wollte aber aufgrund der sich bessernden Beziehungen mit Italien

---

<sup>364</sup> Böhler Otto 1941: Geschichte der Gebr. Böhler & Co. AG. 1870-1940, S. 119–121.

<sup>365</sup> Staatsvertrag 10.09.1919; Artikel 134.

<sup>366</sup> Binder 2007: Der Skandal zur "rechten" Zeit., S. 278–282.

<sup>367</sup> Hug 2002: Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 211.

<sup>368</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 18.

dieses nicht direkt der Mitschuld anklagen. Und die Tschechoslowakei forderte Garantien für zukünftige österreichische Waffengeschäfte und die Rückgabe aller von der Affäre betroffenen Waffen, um eine Aufrüstung Österreichs und Ungarns mit italienischer Unterstützung zu verhindern. Als Kompromiss einigten sich die Völkerbundstaaten auf eine Rüge der an der Affäre beteiligten Staaten und forderten die nachweisliche Rückführung oder Vernichtung der Waffen. Dem folgten zwar noch einige Diskussionen, letztlich wurde die Affäre aber nicht mehr weiterverfolgt und die Waffen blieben in Österreich. Im Rahmen der Römischen Protokolle dürfte insgeheim zwischen Österreich und Italien sogar vereinbart worden sein, dass die Hälfte der Waffen tatsächlich noch an Ungarn übergeben werden sollte.<sup>369</sup> Die Hirtenberger Waffenaffäre hatte aber nicht nur politische Resonanzen hervorgerufen, sondern auch direkte Auswirkungen auf die Waffenproduzenten in Österreich. *Steyr-Daimler-Puch* stand kurz vor Abschluss eines Geschäfts mit portugiesischen Auftraggebern, als die Affäre die potentiellen Kunden von der Unterzeichnung des Vertrages abhielt. Dieser Auftrag hätte die Beschäftigung mehrerer hundert ArbeiterInnen auf zwei Jahre gesichert.<sup>370</sup>

Die Waffenaffäre dürfte aber für *Hirtenberger* selber keine weitreichenden Folgen gehabt haben. Bereits im Sommer 1934 zog die Firma eine Option für den Zukauf von 150 Tonnen jugoslawischen und 50 Tonnen holländischen Bleis. Nachdem der Import von Blei eine Genehmigung durch das Handelsministerium voraussetzte, wurde diese Option bereits im Vorjahr mit der *Bergwerksunion* und der Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie verhandelt für den Fall, dass die *Bergwerksunion* nicht in der Lage gewesen wäre, die nachgefragte Menge zu Weltmarktpreisen zu liefern. Mit den von der *Bleiberger Bergwerksunion* zuvor bereits gelieferten 50 Tonnen einheimischen Bleis konnten etwa 34 Millionen Patronengeschosse hergestellt werden.<sup>371</sup> Zudem erweiterte *Hirtenberger* 1936 sein Angebot an Rüstungsprodukten durch eine Beteiligung an der *Enzesfelder Metallwerke AG*. Sie übernahm 40% an dem Unternehmen vom bisherigen englischen Eigentümer, was damals nicht nur als „*Repatriierung*“ begrüßt, sondern als „*ein Zeichen der günstigen Konjunktur in*

---

<sup>369</sup> Binder 2007: Der Skandal zur "rechten" Zeit., S. 283–286.

<sup>370</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen; 25. Jahr, 1. Band, Die Bilanzen, S. 170.

<sup>371</sup> OESTA, AdR HBbBuT BMfHuV HD 553c5 1934, Bundesministerium für Handel und Verkehr. Option Bleiimport, Juni/Juli 1934.

der *Rüstungsindustrie*“ gewertet wurde. *Hirtenberger* erweiterte mit dem Kauf seine Produktionsmöglichkeiten um die Herstellung von Artilleriemunition und investierte in die Modernisierung der Produktionsanlagen.<sup>372</sup>

Gleichzeitig mit dem Export erfolgte auch ein Import von Rüstungsgütern, wobei vorwiegend Schießpulver, Sprengmittel und Explosivstoffe eingeführt wurden. Auch das Importvolumen nahm von 1.969 Tsd. Schilling im Jahr 1933 auf 1.742 Schilling im Jahr 1937 merklich ab. Der Anteil am Gesamtimport verringerte sich im selben Zeitraum von 0,2% auf 0,1%.

Abbildung 30: Import an Rüstungsgütern Österreich 1933 bis 1937

in 1.000 Schilling	Importe				
Gütergruppe/Jahr	1933	1934	1935	1936	1937
Waffen (inkl. -bestandteile)	183	274	366	208	224
Patronen (inkl. -hülsen, Zündhütchen, Zünd- u. Sprengkapseln)	418	512	528	438	700
Schießpulver (inkl. Sprengmittel u. Explosivstoffe)	1.368	1.731	415	576	818
gesamt	1.969	2.517	1.309	1.222	1.742
Anteil am Gesamtimport	0,2%	0,2%	0,1%	0,1%	0,1%

Quelle: Daten aus Handelsstatistischer Dienst (Warengruppen 247,352 und 353 bzw. 842, 843, 844, 845, 1359, 1360, 1361, 1362)<sup>373</sup>, eigene Darstellung

Waffen wurden zwischen 1933 und 1937 fast ausschließlich aus dem Deutschen Reich, der Tschechoslowakei, Belgien und Spanien importiert. Beim Gesamtvolumen 1933 (183 Tsd. Schilling) wurden 139 Tsd. aus dem Deutschen Reich, 20 Tsd. aus Belgien und 13 Tsd. aus Spanien bezogen. Ähnlich war es 1934 (gesamt 274 Tsd.), als 134 Tsd. aus dem Deutschen Reich, 35 Tsd. aus Belgien und 12 Tsd. aus Spanien importiert wurden, jedoch spielte die Tschechoslowakei mit einem Importvolumen von 82 Tsd. auch eine wesentliche Rolle. Im Folgejahr wurde ein Höchststand (366 Tsd.) an Importen verzeichnet. Beinahe die Hälfte davon entfiel auf die Tschechoslowakei (179 Tsd.) weitere 147 Tsd. auf das Deutsche Reich,

<sup>372</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen; 28. Jahr, 1. Band, Die Bilanzen, S. 179.

<sup>373</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

21 Tsd. auf Belgien und 7 Tsd. auf Spanien. Ab 1936 verlagerte sich aber der Schwerpunkt an Waffenimporten gänzlich auf das Deutsche Reich: 1936 nahm das Volumen gesamt ab (208 Tsd.), während der Import aus der Tschechoslowakei einbrach (34 Tsd.) blieb jener aus dem Deutschen Reich (140 Tsd.), Belgien (24 Tsd.) und Spanien (5 Tsd.) relativ konstant. 1937 wurde das Importvolumen (224 Tsd.) nur leicht gesteigert, dabei gab es größere Importwerte nur mehr aus dem Deutschen Reich (178 Tsd.) und Belgien (26 Tsd.). Davon entfielen 84% der importierten Gewehre und 63% der eingeführten Revolver und Pistolen allein auf das Deutsche Reich.

Der Import von Patronen stieg von 1933 bis 1937 bis auf einen Rückgang 1936 kontinuierlich an, wobei dieser fast ausschließlich aus dem Deutschen Reich erfolgte. 1933 wurden bei einem Gesamtimportvolumen von 418 Tsd. 87% (364 Tsd.) aus diesem bezogen. 1934 waren es 74% (381 Tsd. von 512 Tsd.), 1935 86% (452 Tsd. von 528 Tsd.), 1936 90% (393 Tsd. von 438 Tsd.) und 1937 85% (597 Tsd. von 700 Tsd.). Im Jahr 1937 lag der Hauptteil der Einfuhr auf der Warengruppe Zünd- und Sprengkapseln und Zündhütchen mit Zündmasse mit einem Volumen von 476 Tsd. Vereinzelt wurden auch Waren aus der Tschechoslowakei und der Schweiz importiert, diese beliefen sich jedoch nur auf einen Bruchteil des deutschen Volumens.

Bei der Einfuhr von Schießpulver war ebenfalls das Deutsche Reich Hauptlieferant. Allein 1933 lieferte es 503 Tsd. der gesamten 1.368 Tsd., gefolgt von Ungarn (427 Tsd.), der Tschechoslowakei (205 Tsd.) und Polen (189 Tsd.). 1934 verteilte sich der Import etwas mehr auf einzelne Staaten, wobei aber das Deutsche Reich mit 665 Tsd. an erster Stelle lag, dahinter Ungarn mit 511 Tsd., die Tschechoslowakei mit 192 Tsd. und Schweden mit 143 Tsd., bei einem Gesamtvolumen von 1.731 Tsd. Ab 1935 brach der Import gänzlich ein und der Bezug von Schießpulver und Sprengmittel erfolgte zum Hauptteil aus dem Deutschen Reich. 1935 belief sich das Volumen auf nur mehr 415 Tsd., wobei 297 Tsd. aus dem Deutschen Reich, 70 Tsd. aus Polen und 26 Tsd. aus der Tschechoslowakei kamen. Ungarn verlor an Bedeutung und lieferte nur noch für 21 Tsd. 1936 stieg das Gesamtvolumen etwas an und erreichte 576 Tsd., davon entfielen 518 Tsd. auf das Deutsche Reich und 20 Tsd. auf Ungarn. 1937 brachte ein ähnliches Bild: Bei einem Gesamtimport von 818 Tsd. wurden 741 Tsd. aus dem Deutschen Reich und 24 Tsd. aus Polen bezogen.

Das österreichische Handelsvolumen mit Rüstungsgütern in den 1930er Jahren hatte somit in Bezug auf das gesamte Volumen nur wenig Bedeutung. Auch in der heutigen Zeit ist der Anteil am gesamten Außenhandelsvolumen nicht viel größer als 1937, jedoch ist das absolute Volumen weitaus höher. Im Jahr 2017 wurden wertmäßig 16mal so viele Waffen, Munition und ähnliche Produkte importiert und 105mal so viel exportiert wie 1937.

Abbildung 31: Österreichs Außenhandel mit Rüstungsgütern

	Importvolumen in 1.000 €	Anteil am Gesamtimport	Exportvolumen in 1.000 €	Anteil am Gesamtexport
<b>1933</b>	7.047	0,2%	14.083	0,5%
<b>1937</b>	6.296	0,1%	4.337	0,1%
<b>2016</b>	91.232	0,1%	446.016	0,3%
<b>2017</b>	103.466	0,1%	457.812	0,3%

Quelle: Daten aus Statistik Austria<sup>374</sup>, Handelsstatistischer Dienst<sup>375</sup> und Währungsrechner<sup>376</sup>,  
eigene Darstellung

Die Tatsache, dass Österreich trotz internationalen Verbots Handel mit Waffen, Patronen und ähnlichen Gütern betrieb, dürfte auf das geringe Volumen und den ausländischen Bedarf an Rüstungsgütern zurückzuführen sein. Die Staaten des Völkerbundes hatten zur damaligen Zeit andere Probleme zu bewältigen als den geringen österreichischen Handel zu überwachen. Zudem waren zusätzliche Bezugsquellen qualitativ hochwertiger Waffen in einer Phase der internationalen Aufrüstung vermutlich willkommene Ergänzungen zur eigenen Produktion.

Am inländischen Markt kam die Nachfrage nach Rüstungsgütern fast ausschließlich vom österreichischen Bundesheer. Nachdem diese aber sehr gering war, konnten die meisten Anfragen nach Waffen und Munition von den heimischen Produktionsunternehmen gedeckt werden. So wurden Gewehre und Maschinengewehre von der Firma *Steyr-Daimler-Puch* geliefert. Für Munition waren vorwiegend *Hirtenberger*, *Enzesfelder* und die Patronenfabrik in *Lichtenwörth* zuständig. Die *Böhler AG* produzierte neben Minenwerfer, Haubitzen und

<sup>374</sup> Statistik Austria 2019: Der Außenhandel Österreichs im Jahr 2018 (endgültige Ergebnisse), S. 36.

<sup>375</sup> Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939, Jahrgänge 1933 bis 1937.

<sup>376</sup> Österreichische Nationalbank: Währungsrechner.

Feldkanonen auch Panzerplatten, Artilleriegeschosse und Schutzschilde. Die Firmen *Dynamit Nobel AG*, *Sprengstoffwerke Blumau* und die *Bundes-Pulverfabrik Trofaiach* übernahmen die Versorgung mit Pulver und Sprengstoffen. Geschosse und Granaten wurden von der *Alpine-Montan*, *Berndorfer* und der *Wiener Lokomotivfabrik* hergestellt, leichte Artillerie von der *Staatsfabrik Wien X* und den *Steirischen Gußstahlwerken*. Motoren und Kraftfahrzeuge wurden in erster Linie von *Steyr-Daimler-Puch* und der *Österreichischen Saurer-Werke AG* produziert.<sup>377</sup> Panzerplatten und Granathülsen wurden von *Schöller-Bleckmann* hergestellt, Beobachtungs- und Meßgeräte von den Unternehmen *Goerz* und *Reichert*, Flugzeug-Sternmotoren von *Siemens Halske* und technisches Gerät unter anderem von *Simmeringer-Graz-Pauker AG* und *Waagner-Birò AG*.<sup>378</sup> Nicht in Österreich erzeugt wurden zur damaligen Zeit Panzer und Flugzeuge. Es gab dahingehend aber bereits erste Entwicklungsaufträge. So hatte *Hirtenberger* damit begonnen, Flugzeuge in Lizenz zu fertigen. Und die Firmen *Gräf & Stift*, die *Österreichische Automobilfabriks AG* und die *Saurer-Werke* befassten sich mit der Entwicklung von Panzerwagen.<sup>379</sup> Im Wesentlichen waren diese aber entweder beim Bundesheer nicht vorhanden oder mussten bei Bedarf aus dem Ausland zugekauft werden. Ein im September 1937 mit dem Deutschen Reich abgeschlossener Vertrag beinhaltete etwa die Lieferung von insgesamt 116 verschiedenen Flugzeugen, darunter Jagd- und Beobachtungsflugzeuge und Sturzkampfbomber. Dass dieser Vertrag in der letzten Phase vor dem „Anschluss“ zustande kam, hatte nicht nur wirtschaftliche, sondern auch militärische Gründe im Sinne einer Annäherung beider Militärs.<sup>380</sup> Dass das Deutsche Reich überhaupt Rüstungsgüter, welche es vorwiegend zur eigenen Kriegsvorbereitung produzierte, exportierte, war der notorisch schlechten Devisenlage geschuldet. Die hochwertigen militärischen Produkte konnten in viele Staaten weltweit verkauft werden, wo die Abnehmer in der jeweiligen Fremdwährung bezahlten. Mit den eingenommenen Devisen konnten wiederum dringend benötigte Rohstoffe und Nahrungsmittel am Weltmarkt eingekauft werden. Etwas anders war die Lage beim Export nach Südosteuropa, wo die Rüstungsgüter gegen landwirtschaftliche Produkte getauscht wurden und gleichzeitig der Druck auf diese Staaten erhöht wurde, um sie in die Abhängigkeit vom Deutschen Reich zu bringen. Reichten

---

<sup>377</sup> Schausberger 1970: Rüstung in Österreich 1938 – 1945., S. 24.

<sup>378</sup> Steinböck 1988: Österreichs militärisches Potential im März 1938, S. 68–69.

<sup>379</sup> Wittek-Saltzberg 1970: Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, S. 13–14.

<sup>380</sup> Volsansky 2001: Pakt auf Zeit, S. 109.



die aus diesen Staaten zugekauften Mengen nicht mehr aus, war der Schritt zu einer direkten Eingliederung der Rohstoffvorkommen und ihrer weiteren Erschließung nicht mehr weit.<sup>381</sup>

In Summe war der österreichische Rüstungshandel generell und für das Deutsche Reich im Besonderen nicht von Bedeutung. Das Exportvolumen an Waffen, Patronen und Schießpulver ins Deutsche Reich im Jahr 1937 belief sich auf 92 Tsd. Schilling. Allein der Export in die Tschechoslowakei fiel mit gesamt 128 Tsd. Schilling wesentlich höher aus. In Anbetracht der für dasselbe Jahr geplanten deutschen Rüstungsausgaben allein für den Heeresbedarf in Höhe von 9 Milliarden Reichsmark<sup>382</sup> (das entspricht rund 13 Milliarden Schilling<sup>383</sup> - im Vergleich dazu betrug das Budget des österreichischen Bundesheeres im Jahr 1937 rund 250 Mio. Schilling, wovon 60 Mio. für Waffen und Munition ausgegeben wurden<sup>384</sup>) spielten österreichische Produkte keine Rolle. Im Gegenteil, das Deutsche Reich lieferte 1937 sogar Rüstungsgüter im Wert von 1.516 Tsd. Schilling nach Österreich, was mehr als das 16 fache der österreichischen Lieferungen ausmachte. Nicht berücksichtigt wurde dabei allerdings, dass auch andere Industrien Produkte, zumal Halbfertigprodukte oder Rohstoffe, für die deutsche Rüstung lieferten, diese aber nicht unter die in der Auswertung berücksichtigten Kategorien fallen.

So gingen 1937 bei der *St. Egydyer Eisen- und Stahlindustrie-Gesellschaft*, die sich mehrheitlich im Eigentum der *Böhler AG* befand, 60% ihrer Erzeugnisse in den Export. Vor allem Präzisionsstahlrohre wurden an die ausländische Flugzeugindustrie, welche mit ziemlicher Sicherheit auch die deutschen Flugzeughersteller miteinschloss, geliefert.<sup>385</sup> *Semperit* lieferte im Jahr 1936 Gummireifen für Lastkraftwagen im Wert von 500. Tsd. Schilling ins Deutsche Reich. Im Jahr zuvor betrug das Volumen noch 86 Tsd. Schilling.<sup>386</sup> Auch diese Produkte dürften im Rahmen der Aufrüstung bezogen worden sein. Selbst wenn die österreichischen Rüstungsunternehmen bei der Herstellung von Waffen, Patronen und Schießpulver noch freie

---

<sup>381</sup> Sohn-Rethel 1992: *Industrie und Nationalsozialismus*, S. 116–119.

<sup>382</sup> Tooze 2008: *Ökonomie der Zerstörung*, S. 254.

<sup>383</sup> Petzina 1988: *Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der Anschluß Österreichs*, S. 471. Schausberger 1981, S. 261; Der Wechselkurs wurde 1938 mit 1RM = 1,5S festgelegt, die tatsächlich Kaufkraft lag aber bei 0,7RM = 1S. Es wurde hier angenommen, dass die Kaufkraft 1937 gleich jener von 1938 war.

<sup>384</sup> Steinböck 1988: *Österreichs militärisches Potential im März 1938*, S. 36.

<sup>385</sup> *Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen*; 27. Jahr, 2. Band, *Die Bilanzen*, S. 380.

<sup>386</sup> *Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen*; 28. Jahr, 1. Band; *Die Bilanzen*, S. 121.

Kapazitäten hatten und qualitativ hochwertige Produkte herstellen konnten, allein aus Sicht des 1937 bestehenden Außenhandels mit diesen Waren spielten die österreichischen Unternehmen in der deutschen Aufrüstung keine Rolle und lassen auch keinen unmittelbaren Mehrwert für den bevorstehenden „Anschluss“ erkennen.

### **2.3.3. Deutsches Interesse an Österreichs Industrie**

Zu Beginn der 1930er Jahre suchten einige österreichische Gewerbetreibende und Handelsunternehmen einen Ausweg aus den Auswirkungen der Wirtschaftskrise und wandten sich dabei dem Nationalsozialismus zu. Als Anlaufstelle schuf die NSDAP den „NS Handels- und Gewerbering“, welcher aber mit den Notstandsverordnungen und dem Verbot der NSDAP 1933 zwischenzeitlich an Bedeutung verlor. Diese Abkehr wurde durch den gescheiterten Juliputsch 1934 und die folgende Zurückdrängung durch den Austrofaschismus noch verschärft. Da dieser aber den Gewerbebereich neu regelte und sich dabei von politisch unerwünschten Funktionären und Unternehmen trennte, fand die nun verbotene NSDAP aus diesem Bereich wieder vermehrt Zulauf. Verstärkt wurde dieser Zulauf durch den Abschluss des Juliabkommens 1936, welches als wesentlicher Beitrag der Nationalsozialisten zur Erhaltung des Friedens gesehen wurde. Aber nicht nur einige Gewerbetreibende sympathisierten mit den Nationalsozialisten, sondern auch industrielle Kreise suchten den Kontakt und schlossen sich der Bewegung an. Es dürfte sich vorwiegend um deutschnationalgesinnte Industrielle gehandelt haben, welche die NSDAP wählten, ihr finanzielle Mittel zur Verfügung stellten oder ihr beitraten. Dies hatte aber nicht nur ideologische Gründe, sondern auch wirtschaftliche, da sie sich von einem politischen Aufschwung Stabilität und eine Erweiterung des Marktpotentials erwarteten. Es wurden dafür eigene Verbände gegründet, etwa der „Österreichisch-Deutsche Volksbund“, der „Deutschland-Ausschuss“ in der Wiener Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie und die „Delegation für den österreichisch-deutschen Wirtschaftszusammenschluss“.<sup>387</sup> Von deutscher Seite her agierte vor allem der Mitteleuropäische Wirtschaftstag, welcher phasenweise auch politisch beeinflusst war, im Sinne einer wirtschaftlichen Verbindung. Ihm gehörten Unternehmen aus verschiedenen Branchen inklusive Rüstungsunternehmen wie F.

---

<sup>387</sup> Eminger und Haas 2002: Wirtschaftstreibende und Nationalsozialismus in Österreich., S. 153–155.

*A. Krupp AG, IG Farben und Stahlverein* an. Während des Nationalsozialismus lag die Aufgabe des Wirtschaftstages in der Vertretung gemeinsamer Interessen seiner vor allem finanzkräftigen Mitglieder.<sup>388</sup>

In den 1920er Jahren finanzierte die Industrie zum Schutz ihres Eigentums und gegen eine Ausweitung des Marxismus die rechtsstehende Heimwehr und die bürgerlichen, deutschnational geprägten Parteien. Diese Verbindung hielt sich bis in die 1930er Jahre, wodurch es aber der Industrie erschwert wurde, die Nationalsozialisten offen zu unterstützen. Der Hauptverband der Industrie versuchte, die politische Rolle der Nationalsozialisten in seine strategischen Überlegungen mit einzubeziehen, um die rechtsgerichteten Parteien zusammenzubringen und Gegensätze innerhalb des Verbandes zu beseitigen.<sup>389</sup> Auch von Seiten der Handelskammern gab es Sympathien für eine Annäherung an das Deutsche Reich. Die Salzburger Handelskammer bezeichnete bereits 1925 den „Anschluss“ als eine der wenigen Optionen, welche Österreich für sein Überleben hatte. Ähnlicher Ansicht war die Wiener Kammer, die aber eine Zollvereinigung vorerst für ausreichend hielt. Gemeinsam mit dem Deutschen Industrie- und Handelstag beauftragten die österreichischen Kammern spezielle Ausschüsse, um Ungleichheiten zwischen den beiden Staaten in rechtlichen, sozialen und wirtschaftlichen Punkten zu beseitigen. In diesen Ausschüssen war auch die österreichische Industrie vertreten, etwa durch Philipp Schoeller (*Schoeller-Bleckmann*) und Anton Apold (*Alpine-Montan*). Neben diesen Angleichungsarbeiten wurden in den Folgejahren die Frage nach einem Abbau von Handelsbarrieren und vermehrt auch der Wunsch eines direkten „Anschlusses“ verfolgt. Dabei sollten unter anderem Maßnahmen entwickelt werden, um den Einfluss von dem „Anschluss“ entgegenstehenden Organisationen zu verringern.<sup>390</sup> Stefan Eminger und Karls Haas nennen als mögliche Gründe für eine Unterstützung der Nationalsozialisten durch die Industrie nicht nur ökonomische Interessen, sondern neben politischem Kalkül und Opportunismus auch generell Unzufriedenheit mit dem bestehenden politischen System. Diese Unzufriedenheit führen sie auf unattraktive Investitionsanreize für die Industrie und mangelnde Krisenlösungsansätze aufgrund der instabilen politischen Lage in Österreich zurück. Intensivere Kontakte zu den

---

<sup>388</sup> Sohn-Rethel 1992: Industrie und Nationalsozialismus, S. 65–68.

<sup>389</sup> Eminger und Haas 2002: Wirtschaftstreibende und Nationalsozialismus in Österreich., S. 155.

<sup>390</sup> Fischer 1977: Die österreichischen Handelskammern und der Anschluß an Deutschland., S. 300–304.

Nationalsozialisten können vor allem in der Schwer- und Montanindustrie nachgewiesen werden. Hier waren es etwa die *Alpine-Montan*, die sich bereits in deutschem Eigentum (*Vereinigte Stahlwerke AG*) befand, und die *Veitscher Magnesitwerke*, welche nicht nur die NSDAP finanziell unterstützten, sondern auch bekennende Nationalsozialisten angestellt hatten. Ähnliches konnte sowohl für andere Industriebereiche wie der chemischen, der metallverarbeitenden, der Elektro- und der Maschinenindustrie als auch für einige Industrieverbände nachgewiesen werden. So gab es Verbindungen durch August Schmid von Schmidsfelden, Präsident des steirischen Industriellenbundes, Werner Schicht, Präsidiumsmitglied des Industriellenverbandes, Hans Schmidt, Generalsekretär des Bundes österreichischer Industrieller, Alois Fauland, Leiter der Personalabteilung bei *Böhler*, und Fritz Hamburger, Verwaltungsrat bei *Berndorfer* und bei *Steyr-Daimler-Puch*.<sup>391</sup> Bei *Steyr* war die NSDAP jedoch zunächst nicht von deren Gesinnung überzeugt. Im Mai 1934 gab es das Anliegen des damaligen *Steyr*-Direktor Riessner, den Automobil-Absatz seiner Firma im Deutschen Reich zu steigern. Er suchte daher Kontakt zur NSDAP, welche sein Anliegen wohlwollend unterstützen sollte:

*„Es handle sich hierbei um das Bestreben der Steyr-Werke, durch Einstellung einer in nationalsozialistischen Kreisen als zuverlässiger Parteigenosse bekannten Persönlichkeit eine Garantie dafür zu gewinnen, daß der Einfuhr der Steyr-Automobile nach Deutschland seitens der Partei keinerlei Schwierigkeiten in den Weg gestellt würden.“<sup>392</sup>*

Riessner wollte mit dieser Anstellung das Gerücht, seine Firma würde den Nationalsozialismus in seinen Werken zurückdrängen, zerstreuen. Zudem hob er in diesem Schreiben die Vielzahl an Arbeitsplätzen für Parteimitglieder hervor, die in den *Steyr*-Werken in Österreich und im Deutschen Reich von Schließungen bedroht waren. Die zurückweisende Antwort der Partei folgte wenige Tage später, mit der Begründung:

*„Die Haltung der Direktion der Steyr-Werke gegenüber der Nationalsozialistischen Partei in Österreich sei so eindeutig feindlich, dass in der Aufnahme von Nationalsozialisten in leitende Stellungen nur der Versuch*

---

<sup>391</sup> Eminger und Haas 2002: Wirtschaftstreibende und Nationalsozialismus in Österreich., S. 157-158 und 161–165.

<sup>392</sup> PA AA, R 30.417, Böhm Georg. Gedächtnisprotokoll, 03.05.1934.

*erblickt werden müsste, sich eine bequeme und billige Legitimation zu verschaffen, um den Folgen dieser Haltung in Deutschland zu entgehen.“<sup>393</sup>*

Die Nationalsozialisten unterstützten ihre wirklichen Anhänger in Österreich nicht nur politisch, sondern auch mit finanziellen Mitteln. Diese Mittel dienten dazu, ein Abwandern der österreichischen Nationalsozialisten ins Deutsche Reich zu verhindern und somit den Aktionsradius in Österreich offen zu halten oder sogar zu erweitern. Die vom NSDAP-Flüchtlingshilfswerk von 1934 bis 1938 zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von ca. 10,3 Mio. Schilling gingen etwa an PolitikerInnen, Beamtete, RechtsanwältInnen, Kinderhilfswerke, Lehrende und Studierende, aber auch vereinzelt an Unternehmen. Zudem kamen noch Gelder, welche private UnternehmerInnen selbst zur Unterstützung des Nationalsozialismus in Österreich zur Verfügung stellten. Um diesem Einfluss zu begegnen, wurden von der Regierung GeneralkommissarInnen in den betroffenen Unternehmen eingesetzt. Dabei waren nicht immer nur die EigentümerInnen oder die Geschäftsführung Ziel dieser Aktion, sondern oftmals auch die Belegschaft. Zu den prominentesten Beispielen von Unternehmen, welche sich gegen diese Art der Bevormundung durch die österreichische Regierung stellten, zählten die *Siemens-Schuckert-Werke* und die *Alpine-Montan*.<sup>394</sup>

Bei *Siemens-Schuckert* setzte sich der Eigentümer Karl Friedrich von Siemens persönlich für die Abwehr der staatlichen Einmischung in sein österreichisches Unternehmen ein. Bei einer Unterredung in der deutschen Reichskanzlei beschwerte er sich 1933 gegenüber Wilhelm Keppler über die österreichische Vorgangsweise. Er war zwar bereit, den Vorsitz im Verwaltungsrat einem österreichischen Staatsangehörigen zu überlassen, betonte aber gleichzeitig, dass *„es bei seinem Betriebe ja ohnehin selbstverständlich [sei], dass die Mitglieder der NSDAP vorzugsweise berücksichtigt würden.“*<sup>395</sup>

Dies ist insofern hervorzuheben, da der *Siemens-Konzern* im Deutschen Reich lange Zeit den Nationalsozialisten gegenüber ablehnend eingestellt war. Das Unternehmen und auch seine Gewerkschaftsvertretung lehnten einen Einfluss der Partei auf die eigene Belegschaft grundsätzlich ab, da sie negative Auswirkungen auf die bis dahin guten Arbeitsverhältnisse befürchtete. Zudem sah der Konzern, wie einige andere deutsche Unternehmen auch, die von

---

<sup>393</sup> PA AA, R 30.417, G.R.Dr. Hüffer. Antwort an Gedächtnisprotokoll, 11.05.1934.

<sup>394</sup> Stuhlpfarrer 1977: Zum Problem der deutschen Penetration Österreichs, S. 316–322.

<sup>395</sup> PA AA, R 241.770, Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk Unterredung mit Herrn v. Siemens, 01.11.1933.

den Nationalsozialisten verfolgte Autarkiepolitik als schädigend für den internationalen Handel des Deutschen Reiches an, wodurch ihr Geschäft, das zum Großteil vom Export bestimmt war, beschränkt wurde. Diese Bedrohung verschlechterte die Konkurrenzfähigkeit am internationalen Markt und wurde durch die Devisenbewirtschaftung und Rohstoffzuteilung an Rüstungsunternehmen noch verschärft. Erst mit Ende 1935 gelang es den Nationalsozialisten, die Belegschaft in ihren Einflussbereich zu bringen, wodurch die Geschäftsleitung resignierte und auf den nun vorherrschenden Kurs einschwenkte.<sup>396</sup>

Der Einsatz eines Generalkommissars bei der *Alpine-Montan* ging hingegen auf einen Arbeitsstreik 1933 zurück, der von den Nationalsozialisten zu Propagandazwecken genutzt wurde. Der folgende Aufruhr in der österreichischen Regierung führte sogar dazu, dass das deutsche Außenamt einbezogen wurde und versuchte, auf staatlicher Ebene zu vermitteln.<sup>397</sup> Nachdem dies keinen Erfolg hatte, kam es 1935 durch den inzwischen eingesetzten Generalkommissar zur Absetzung des Generaldirektors der *Alpine-Montan*, Anton Apold, aufgrund seiner „*Staatsgefährlichkeit*“. Der vom österreichischen Bundeskanzleramt gegen ihn ausgestellte Bescheid sah,

*„[...] dass Sie durch Ihr passives Verhalten gegenüber den staatsfeindlichen und destruktiven Strömungen in der Ihnen unterstellten Arbeiter- und Beamtschaft die illegale nationalsozialistische Bewegung in dem Ihnen unterstehenden Betriebe gefördert haben und [...] mit Begünstigungen und Leistungen vorgegangen sind, die ausgesprochene Belohnungen darstellen.“<sup>398</sup>*

Es war der *Alpine-Montan* bereits länger bekannt, dass ein Großteil der Belegschaft eine nationalsozialistische Einstellung hatte. Nachdem Apold die Verbreitung dieser Einstellung im Unternehmen nicht unterband und die Regierung ein Übergreifen auf andere Unternehmen verhindern wollte, sah es sich zu dieser drastischen Maßnahme genötigt. Neben seiner Absetzung wurde Apold auch zu einer Geldstrafe von 350.000 Schilling verurteilt.<sup>399</sup> Apold war seit längerem ein Anhänger des „Anschlusses“ an das Deutsche Reich, was er auch als Vorsitzender der österreichischen Schwerindustrie immer wieder gerne betonte. Zudem hatte

---

<sup>396</sup> Sohn-Rethel 1992: Industrie und Nationalsozialismus, S. 51–52 und 59.

<sup>397</sup> PA AA, R 241.770, Vögler Bert. Brief an Reichsaussenminister v. Neurath, 18.09.1933.

<sup>398</sup> PA AA, R 241.770, Bundeskanzleramt. Bescheid Anton Apold, 10.12.1935.

<sup>399</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen, 26. Jahr Band 2, S. 996.

die *Alpine-Montan* mit den *Vereinigten Stahlwerken* einen der großen deutschen Rüstungskonzerne als Eigentümerin.<sup>400</sup>

Letztlich mussten aber die KommissarInnen und somit die Regierung dem Widerstand der Industrie gegen solche Staatseingriffe, auch aufgrund mangelnder Konsequenz in der Umsetzung beschlossener Maßnahmen, nachgeben und scheiterten beim Versuch, den Geldfluss und damit den nationalsozialistischen Einfluss aus dem Deutschen Reich einzuschränken.<sup>401</sup> Dennoch war ab 1934, nachdem die österreichische Regierung offen gegen die Nationalsozialisten vorging, die Bereitschaft, in Österreich zu investieren, von Seiten der deutschen Nationalsozialisten eher zurückhaltend und wurde teils sogar aktiv vermieden. Beispielsweise erreichte im Juni 1934 ein Schreiben das deutsche Konsulat in Linz, in welchem die Baulichkeiten der *Maschinenfabrik Ludwig Hinterschweiger* in Wels zum Verkauf angeboten wurden. Das Konsulat antwortete, dass

*„keine Aussicht dafür besteht, dass sich eine deutsche Firma in Wels niederlässt [...] da jede Belebung der österreichischen Wirtschaft eine Verlängerung des politischen Kampfes bedeutet.“*<sup>402</sup>

Bei großen Beteiligungen war die nationalsozialistische Regierung aber zumindest darauf bedacht, bestehende Anteile deutscher Unternehmen an österreichischen Unternehmen nicht weiter zu reduzieren. So sorgte der Verkauf eines Teils ihrer Anteile an den *Veitscher-Magnesit-Werken* durch die deutsche *Charlottenhütte* und die *Dresdner Bank* für erhebliches Aufsehen im Deutschen Reich. Dies geschah infolge des Verkaufs von Anteilen an der *Veitscher* durch die österreichische *Creditanstalt* an eine französische Gruppe, wodurch die deutschen Miteigentümerinnen in ein Minoritätsverhältnis gedrängt wurden. Nachdem sie erfolglos gegen diesen Verkauf angekämpft hatten, sah zunächst die *Charlottenhütte* keinen wirtschaftlichen Sinn mehr in einer Beteiligung.<sup>403</sup> Bevor die *Dresdner Bank* ihre Anteile veräußern konnte, erhielt ihre Direktion ein Schreiben vom deutschen Auswärtigen Amt mit der Aufforderung von dem Verkauf abzusehen, da

---

<sup>400</sup> Steininger 1988: Der Anschluß - Stationen auf dem Weg zum März 1938, S. 20.

<sup>401</sup> Stuhlpfarrer 1977: Zum Problem der deutschen Penetration Österreichs, S. 322–324.

<sup>402</sup> PA AA, R 243.186, Deutsches Konsulat. Bericht über Verkaufsangebot einer Maschinenfabrik, 09.06.1934.

<sup>403</sup> PA AA, R 243.177, Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk zum Verkauf des Minoritätspakets der Veitscher Magnesit-Werke, 01.03.1935.

*„die Reichsregierung aus politischen Gründen entscheidendes Gewicht darauf [legt], dass bei der derzeitigen Lage keine in reichsdeutschem Besitz befindliche industrielle oder finanzielle Position aufgegeben wird. [Zudem müssen] etwa bereits eingeleitete Verkaufsverhandlungen eingestellt und die unverminderte Erhaltung des bisherigen Besitzes der Dresdner Bank gesichert werden.“<sup>404</sup>*

Ungefähr zur gleichen Zeit herrschte Aufregung um die mögliche Beteiligung von italienischem Kapital an der *Alpine-Montan*. Es wurde dadurch ein Export erheblicher Mengen Roheisens nach Italien zulasten der Einfuhr ins Deutsche Reich befürchtet. Die Mehrheitseigentümerin *Vereinigte Stahlwerke* versicherte dem Auswärtigen Amt gegenüber, nicht an diesen Verhandlungen beteiligt zu sein.<sup>405</sup> Das Auswärtige Amt hielt in einer Aufzeichnung fest, dass die österreichische nationalsozialistische Bevölkerung durch den bereits erfolgten Verkauf der Anteile an den *Veitscher-Magnesit-Werken* sehr verunsichert sei. Es sah darin ein „*Desinteressement des Reiches an Österreich*“, weshalb ein weiterer Verkauf von Anteilen an österreichischen Unternehmen unterbleiben sollte. Es durfte grundsätzlich „*keine wirtschaftliche Position von Deutschland aufgeben*“ werden.“<sup>406</sup> Eine Beteiligung der Italiener an der *Alpine-Montan* konnte zwar verhindert werden, die italienische Nachfrage nach deren Produkten hielt jedoch an. 1937 wurde Material im Umfang von 25 Tsd. Tonnen nach Italien exportiert und die Lieferung von weiteren 20 Tsd. Tonnen verhandelt. Dies war insofern brisant, als das Material von italienischen Schiffswerften benötigt wurde, welche Schiffe unter anderem für Großbritannien bauten.<sup>407</sup>

Grundsätzlich war der Kapitalfluss von deutschen an österreichische Unternehmen in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg bis etwa Mitte der 1920er Jahre eher überschaubar und konzentrierte sich auf die Bereiche Berg- und Hüttenwesen, Elektroindustrie, chemische sowie Papier- und Maschinenbauindustrie. Nennenswerte Beteiligungen betreffen etwa, wie erwähnt, die *Alpine-Montan* und die *Böhler AG* durch den deutschen Industriellen Hugo Stinnes (*Vereinigte Stahlwerke AG*). Andere deutsche Unternehmen waren meist nicht kapitalkräftig genug, um in österreichische Unternehmen zu investieren. Nicht einmal

---

<sup>404</sup> PA AA, R 241.764, Deutsches Auswärtiges Amt. Brief an die Direktion der Dresdner Bank, 21.02.1935.

<sup>405</sup> PA AA, R 241.770, Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk zum Telefonat mit den Vereinigten Stahlwerken, 09.04.1934.

<sup>406</sup> PA AA, R 241.770, Deutsches Auswärtiges Amt. Aufzeichnung zum beabsichtigten Verkauf der Aktienmehrheit der *Alpine-Montan*, 01.07.1935.

<sup>407</sup> Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen; 29. Jahr, 2. Band, Die Bilanzen, S. 403.



*Siemens-Schuckert* konnte die Beteiligung an ihrer österreichischen Tochterfirma erweitern. Ein Kapitalfluss war zudem nicht immer mit einem wirtschaftlichen Aufschwung der Unternehmen gleichzusetzen. Die Struktur der österreichischen Industrie wurde nicht wesentlich verändert, der Export nicht angekurbelt und einzelne Investitionen unterlassen aus Furcht vor negativen Auswirkungen auf das Mutterunternehmen im Sinne von selbst aufgebautem Konkurrenzpotential. Erst ab dem Jahr 1926 nahm die Bereitschaft für Beteiligungen infolge des positiven Konjunkturverlaufs etwas zu, konzentrierte sich aber zusehends auf die großen österreichischen Banken.<sup>408</sup> Die Banken sollten nach dem „Anschluss“ noch eine wichtige Rolle für das Deutsche Reich bezüglich ihrer Industriebeteiligungen einnehmen. 1937 hielten die österreichischen Banken Beteiligungen von oder hatten wesentlichen Einfluss auf 289 Industrie- und Handelsaktiengesellschaften, allein auf die *Creditanstalt-Bankverein* entfiel etwa die Hälfte der Industriebeteiligungen. Die anderen Beteiligungen teilten sich die *Länderbank*, die *Österreichische Industriekredit-AG* und die *Merkurbank*. Branchenmäßig waren die meisten Beteiligungen in der Elektrizitätsindustrie zu finden, gefolgt von der Maschinen- und Metallindustrie und den Berg- und Hüttenwerken.<sup>409</sup>

Durch die Wirtschaftskrise, die darauffolgende mäßige konjunkturelle Erholung und die Spannungen zwischen Österreich und den Nationalsozialisten nahm das deutsche Interesse an Beteiligungen und Investitionen in den 1930er Jahren grundsätzlich ab. Das NS-Regime verfolgte aber, wie bereits angesprochen, die Linie, bereits errungene Positionen in Österreich nicht zu schwächen und hielt deutsche Unternehmen dazu an, ihr in österreichischen Unternehmen gebundenes Kapital zumindest nicht zu reduzieren.<sup>410</sup> Unternehmer sollten somit nicht nur ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen verfolgen, sondern gleichzeitig auch das NS-System bei der Erreichung seiner wirtschaftspolitischen Ziele unterstützen. Auch wenn die Unternehmen gewisse Spielräume in ihrer Tätigkeit hatten, gänzlich unabhängig agieren konnten sie in ihren Entscheidungen jedoch nicht.<sup>411</sup>

---

<sup>408</sup> Weber und Haas 1980: Deutsches Kapital in Österreich., S. 177–178.

<sup>409</sup> Eigner 1997: Die Konzentration der Entscheidungsmacht., S. 514–515.

<sup>410</sup> Weber und Haas 1980: Deutsches Kapital in Österreich., S. 208–209.

<sup>411</sup> Broszat 2007: Der Staat Hitlers, S. 229–230.

Dennoch gab es einige Beispiele für die Erweiterung von Interessen deutscher Unternehmen in Österreich vor dem „Anschluss“. Mit Beginn der 1930er Jahre wurden von der *Creditanstalt* wesentliche Mittel für die Reorganisation und Modernisierung der Firma *Berndorfer* bereitgestellt. Aus diesem Grund lag ihr Eigentumsanteil 1937 bei rund 87%. Arthur Krupp, der ebenfalls noch Anteile an „seinem“ Unternehmen hielt, war kinderlos, wollte aber das Unternehmen weiterhin in Familienbesitz wissen. Noch vor dem „Anschluss“ kam es daher zu Verhandlungen zwischen der *Creditanstalt* und dem deutschen Zweig der Familie um Krupp von Bohlen und Halbach bezüglich einer kompletten Übernahme des Unternehmens durch die Familie. Die *Creditanstalt* wollte aber den weiteren Einfluss ausländischen Kapitals auf österreichische Unternehmen unterbinden, weshalb die Verhandlungen in die Länge gezogen wurden. Dies spielte letzten Endes den Krupp's in die Hände, die nach dem „Anschluss“ ihren Forderungen leichter Nachdruck verleihen konnten. Ein anderes Unternehmen im Besitz der *Creditanstalt*, für das es bereits vor dem „Anschluss“ deutsches Interesse gab, war die *Pulverfabrik Skodawerke Wetzler AG*, an der die *Creditanstalt* ca. 89% hielt. Der *IG Farben Konzern*, der bereits Anteile an der *Carbidwerk Deutsch Matrei AG* und der *Dynamit Nobel AG Wien* hielt, interessierte sich zunächst für eine enge Zusammenarbeit, wollte aber ab 1936 aufgrund der in Österreich vorherrschenden Konkurrenzsituation eine gänzliche Übernahme durchführen. Noch vor dem „Anschluss“ wurde eine Verschmelzung der *Pulverfabrik* und des *Carbidwerks* mit Minderheitsanteil für die *IG Farben* und Mehrheitsanteil für die *Creditanstalt* eingeleitet.<sup>412</sup> Die *IG Farben* wollten eine Schwächung ihrer eigenen Position jedenfalls vermeiden und sicher gehen, dass so etablierte Unternehmen wie die *Skodawerke* nicht der Konkurrenz zufallen würden. Aufgrund enger Kontakte zwischen diesen beiden Unternehmen auf personeller Ebene hatten die *IG Farben* gute Chancen bei einem möglichen Verkauf. Der Haupteigentümer *Creditanstalt* wollte zwar weiterhin die Mehrheit an den *Skodawerken* behalten, war aber mit einer Beteiligung der *IG Farben* unter 50% und der Abgabe gewisser Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten noch kurz vor dem „Anschluss“ einverstanden. Durch den „Anschluss“ änderte sich jedoch die Verhandlungspositionen und Möglichkeiten dahingehend, dass die *IG Farben* doch noch die Mehrheitsaktien erhielt unter der Voraussetzung, die Betriebe in Österreich zu erhalten. Zum Zwecke der Konsolidierung sollten

---

<sup>412</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 15–17.

daraufhin alle österreichischen Beteiligungen der *IG Farben* in der neu gegründeten *Donau Chemie AG* aufgehen.<sup>413</sup>

Fritz Weber und Karl Haas sind der Ansicht, dass der deutsche Kapitalfluss, der vor der Wirtschaftskrise stattfand, erst wieder durch den „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich deutliche Impulse erhielt. Der Anteil deutschen Kapitals an österreichischen Unternehmen, gemessen am österreichischen Unternehmenskapital, hatte sich von 1928 bis zum März 1938 nur in wenigen Bereichen verändert. Im Berg- und Hüttenwesen blieb dieser unverändert bei 25%, in der Elektroindustrie (inkl. Elektrizitätsindustrie) sank dieser von 30% auf 19%, in der Maschinen- und Metallindustrie blieb er bei 7% und in der chemischen Industrie sank er von 13% auf 4%.<sup>414</sup> Insgesamt summierten sich die deutschen Beteiligungen zu Beginn des Jahres 1938 auf 150 Millionen Reichsmark. Im Vergleich dazu beliefen sich tschechoslowakische und Schweizer Beteiligungen im selben Jahr auf jeweils rund 50 Millionen, holländische auf 26 Millionen, italienische auf 15 Millionen und belgische auf 14 Millionen. In Anbetracht der Größenverhältnisse der genannten Staaten kann beim deutschen Beteiligungsvolumen nicht von einer Unverhältnismäßigkeit gesprochen werden.<sup>415</sup>

Franz Mathis ist ebenfalls der Ansicht, dass der deutsche Anteil am Kapitalfluss zwischen Wirtschaftskrise und „Anschluss“ nicht auf eine wirtschaftliche Durchdringung Österreichs schließen lässt. Er stützt sich dabei wesentlich auf seine Studie über Großunternehmen (über 1.000 MitarbeiterInnen) in der Zeit vor und zwischen den beiden Weltkriegen. Demnach befanden sich 1937 von 91 österreichischen Großunternehmen nur acht mehrheitlich in deutschem Eigentum, hingegen 19 in anderweitig ausländischem und die restlichen 64 in mehrheitlich österreichischem Eigentum. Im Vergleich dazu war 1913 eine deutsche Mehrheitsbeteiligung bei sieben Großunternehmen gegeben, und somit in etwa gleich viel wie 1937. Von den für 1937 genannten acht Großunternehmen waren vier bereits vor dem Ersten Weltkrieg mehrheitlich in deutscher Hand, bei den restlichen vier wurde der Verkauf durch

---

<sup>413</sup> Plumpe 1990: Die I. G. Farbenindustrie AG, S. 638–640.

<sup>414</sup> Weber und Haas 1980: Deutsches Kapital in Österreich., S. 208–209.

<sup>415</sup> Hendrich 1948: Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftliche Folgen, S. 9–10.

die EigentümerInnen angestoßen. Die Beweggründe für den Verkauf von Beteiligungen dürften dabei mehr betriebswirtschaftlicher denn politischer Natur gewesen sein.<sup>416</sup>

Abbildung 32: Ausgewählte Kapitalbeteiligungen an Industrieunternehmen vor dem „Anschluss“

österreichische Unternehmen	deutsche Eigentümer	Anteil
Österreichische Siemens-Schuckert-Werke	Siemens-Schuckert-Konzern	60%
Siemens-Halske AG	Siemens-Halske AG Berlin	100%
AEG Union Elektrische Gesellschaft Wien	AEG Berlin	38%
Felten & Guilleaume AG	Felten & Guilleaume AG Köln	massgebend
Österreichische Brown-Boveri-Werke Wien	Brown-Boveri & Co. Mannheim	mehrheitlich
Alpine Montan	Vereinigte Stahlwerke AG Düsseldorf	57%
Gebrüder Böhler & Co. AG Wien	Gelsenkirchener Bergwerks AG	31%

Quelle: Weber und Haas 1980, S. 210-211 und Klambauer 1979, S. 141; eigene Darstellung

Auch wenn es in den unmittelbaren Jahren vor 1938 keine neuen größeren deutschen Beteiligungen an österreichischen Unternehmen gab, so wussten die Nationalsozialisten und die deutsche Wirtschaft über österreichische Unternehmen, vor allem im industriellen Bereich, durchaus Bescheid. Ein Bericht des deutschen Wehrwirtschaftsstabs vom 13. März 1938 beinhaltet bereits die aus deutscher (wehrwirtschaftlicher) Sicht als für die Aufrüstung wichtig eingestuften österreichischen Rüstungsunternehmen mit ihren jeweiligen Produktionsmöglichkeiten:<sup>417</sup>

<sup>416</sup> Mathis 1988: Deutsches Kapital in Österreich vor 1938, S. 437–448.

<sup>417</sup> Die angeführte Liste zählt nur Betriebe in Wien, Niederösterreich, Oberösterreich und teilweise Steiermark auf. Sie dürfte unvollständig sein, da eine ebenfalls in dem Bericht veröffentlichte vergleichbare Liste allgemeine Industrieunternehmen aus allen Bundesländern aufzählt. Den Anmerkungen zu den Erzeugnissen folgend, dürfte aber in den übrigen Bundesländern kein als unmittelbar rüstungsrelevant eingestuftes Industrieunternehmen bestanden haben.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

**Abbildung 33: Für das Deutsche Reich wichtige österreichische Rüstungsunternehmen 1938**

Werk	Ort	Erzeugnisse
Anton Kroneis	Wien	Flugzeuginstrumente
Austro-Daimler-Puch-Werke AG	Wiener Neustadt	Kraftwagen, Panzerwagen, Motoren
Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG	Berndorf	Patronenhülsen, Führungsringe, Stahlrippen für MG-Gurte
Bundespulverfabrik Trofaiach	Trofaiach	Schießpulver, Sprengmittel
Bundes-Schwefelsäure und Chem. Produktenfabrik	Wien	konzentrierte Schwefelsäure
Chem. Fabrik Wagenmann, Seybel & Co. AG	Wien	Oleum, Schwefelsäure
Enzesfelder Metallwerke AG	Enzesfeld	Artl. Munition
Fliegerwerft Thalerhof	Graz	Focke-Wulf Flugzeuge
Gasmaskenfabrik der Auerges.	Wien	Gasmasken
Gebr. Böhler & Co. AG	Kapfenberg	Inf. Geschütze 4,7 cm, Feldkanone 7,5 cm, I.F. Haubitze 10 cm, s.F. Haubitze 15 cm, Tak., MG, Gewehre, Helmbleche, Panzerplatten, Artl. Geschosse bis 30 cm
Gräf & Stift	Wien	Kraftwagen, Panzerwagen
Hirtenberger Patronen- Zündhütchen- u. Metallwarenfabrik	Hirtenberg	Inf. Munition, Gewehre, MG, Gasmasken, Flugzeuge
Oewa. Arsenal Wien	Wien	Haubitzen, Geschütze bis 15 cm, Inf. Geschütze 4,7 cm
Österr. Automobil-Fabriks AG	Wien	Motoren und Kraftwagen
Österr. Ungar. Optische Anstalt C.P. Goertz AG	Wien	Optik für Heeresbedarf
Patronenfabrik AG Lichtenwörth	Lichtenwörth	Inf. Munition
Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG	Wien	konzentrierte Schwefelsäure
Richard Jacobson	Wien	Gasmasken
Semperit Österr. Amerik. Gummiwerke AG	Traiskirchen	Gummireifen
Siemens & Halske AG	Wien	Flugzeugmotoren, Signalanlagen
Sprengstoff-Werke Blumau AG	Blumau	Sprengstoffe, Dynamit, Nitrozellulose, Trinitrotoluol
Steyr-Werke AG	Steyr	Handwaffen, Flugzeugmotoren, Kraftwagen, Panzerwagen
Verein. Gummiwarenfabriken vorm. Menier-J.M. Reithoffer	Wimpassing	Gummireifen
Warchalowski, Reckzügel & Co. Maschinenbau AG	Wien	Geschoße, Inf. Munition, Stahlhelme, Gasmasken
Werk Österr. Alpine Montangesellschaft AG (Mehrheitsbesitz Verein. Stahlwerke AG Deutschland)	Donawitz	Knüppel für Granaten
Zeinlinger & Co.	Kottingbrunn	Gummireifen

Quelle: Bericht Wehrwirtschaftsamt<sup>418</sup>, eigene Darstellung

Bei dieser Auflistung handelt es sich nicht nur um große Unternehmen und auch nicht nur um solche, bei denen bereits eine Beteiligung bestand. Jedoch ist klar ersichtlich, dass der Wehrwirtschaftsstab genau über die Produktionsmöglichkeiten für Rüstungsgüter einzelner

<sup>418</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_751, Deutscher Wehrwirtschaftsstab. Rüstungs-Industrie Österreich. Örtlich gegliedert mit Liste der wichtigsten Betriebe, 13.03.1938.

Unternehmen Bescheid wusste und dies in seine Planungen bei der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich berücksichtigte.

Neben dem Rüstungspotential der österreichischen Industrie galt das deutsche wirtschaftliche Interesse an einer Eingliederung Österreichs vorrangig aber seinen land- und forstwirtschaftlichen Produkten sowie umfangreichen Ressourcen wie Wasser, Eisenerzen, Magnesit, Erdöl, Gold und Devisen und dem Facharbeitskräftepotential, die als passende Ergänzungen zu den geringen eigenen Reserven des Deutschen Reiches gesehen wurden.<sup>419</sup> Facharbeitskräfte standen Ende 1937 in beinahe allen Wirtschaftsbereichen zur Verfügung, wobei auf die Industrie nur ein Anteil von ca. 14% entfiel. Hier war hauptsächlich der Bereich der Eisen- und Metallerzeugung betroffen, in dem im Dezember 1937 mehr als 40 Tsd. arbeitslose Personen zur Vermittlung vorgemerkt waren. Hingegen waren es in der chemischen Industrie ca. 7 Tsd., im Bergbau 2 Tsd. und in der Elektroindustrie nur etwas mehr als 500. Bei den übrigen Bereichen dominierte das Baugewerbe mit ca. 100 Tsd. Personen.

**Abbildung 34: Zur Vermittlung vorgemerkte Arbeitslose in Österreich Dezember 1937**

Bereich	Anzahl
Bergbau	2.232
Elektroindustrie (inkl. Elektrizitätsindustrie)	544
Eisen- und Metallindustrie	40.705
Chemische Industrie	6.660
übrige	318.496
Summe	368.637

Quelle: Daten aus Statistisches Landesamt<sup>420</sup>;  
eigene Darstellung

Der gesamte Gold- und Devisenbestand Österreichs war mit einem Wert von 2.736 Millionen Schilling bzw. 1.368 Millionen Reichsmark ein wesentlicher Zugewinn zu den geringen liquiden Mitteln der Reichsbank, die im April 1938 nur ca. 76 Millionen Reichsmark ausmachten. Für den Abbau bislang nicht erschlossener Rohstoffvorkommen konnte das Deutsche Reich das

<sup>419</sup> Botz 1976: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich., S. 25.

<sup>420</sup> Österreichisches Statistisches Landesamt 1938: Statistisches Jahrbuch für Österreich 1938, S. 206.

notwendige Kapital leicht aufbringen, auch wenn dieser rein wirtschaftlich gesehen nicht immer gewinnbringend war. Grundsätzlich waren die Vorkommen eine willkommene Entlastung einiger deutscher Ressourcenengpässe. Die hochgesteckten Ziele für die Kriegsvorbereitung mussten erfüllt werden, obwohl die deutsche Rüstungsindustrie an ihre Grenzen gestoßen war. Daher erschien dem Deutschen Reich die Einverleibung Österreichs als ein weiterer logischer Schritt. Für Norbert Schausberger waren wirtschaftspolitische und militärisch-strategische Motive ausschlaggebend für einen vom Deutschen Reich bereits lange geplanten „Anschluss“ Österreichs. Seiner Ansicht nach hatte die deutsche militärische Führung über Jahre hinweg, gestützt auf Studien unterschiedlicher Einrichtungen und Behörden mit Interesse sowohl von politischer Seite als auch von Banken und der Industrie, das österreichische Potential analysiert und dieses als hochwertig eingestuft.<sup>421</sup>

Diesen Motiven widersprechen aber zum Teil die in einem Bericht des Statistischen Reichsamtes<sup>422</sup>, welcher kurz nach dem „Anschluss“ verfasst worden sein dürfte, aufgezeigten, aus wehrwirtschaftlicher Sicht betrachteten negativen Aspekte des „Anschlusses“. Der Bericht geht zunächst auf die wehrwirtschaftliche Bedeutung des „Anschlusses“ Österreichs genauer ein. Demnach bestand strategisch gesehen durch den „Anschluss“ eine direkte Verbindung zwischen dem Deutschen Reich und Südosteuropa, welche im Kriegsfall die Versorgungslage sichern würde. Zudem konnte die Tschechoslowakei in die „Zange“ genommen und somit unter Druck gesetzt werden. Aus wirtschaftlicher Sicht wurde die erfolgte Kapazitätsausweitung der Industrie mit einem Zugang an Facharbeitskräften gleichgesetzt, der vor allem für den Kriegsfall, wenn es zum Ausfall von Arbeitskräften kommt, von Bedeutung sein würde. Die Energieversorgung aus Wasserkraft war gut ausgebaut, hatte noch Potential für Erweiterungen und konnte im Kriegsfall Kohlenversorgung und Transportwege entlasten. Holzressourcen und Textilienproduktion wurden als umfangreich vorhanden eingestuft, jedoch mehr für den Export als für den Eigenbedarf bestimmt. Die Erzbasis war vor allem durch den steirischen Erzberg zufriedenstellend und konnte bei Bedarf schnell erweitert werden. Auch waren genügend Blei- und Antimonreserven vorhanden, an denen im Deutschen Reich spürbarer Mangel herrschte.

---

<sup>421</sup> Schausberger 1981: Der Anschluss und seine ökonomische Relevanz, S. 247-248, 265 und 269.

<sup>422</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T71\_102, Statistisches Reichsamt, Abt. VIII. Bericht: Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum., 1938?

Magnesit stellte einen weiteren erheblichen Zugang dar. Nicht nur, dass der deutsche Bedarf gänzlich gedeckt werden konnte, es blieb auch noch genug übrig für den Export. Die österreichische Rüstungsindustrie wurde als gewinnbringend eingestuft, allen voran führende Unternehmen der Metallerzeugung- und -verarbeitung, der Munitionserzeugung, im Maschinen- und Fahrzeugbau und der Elektroindustrie.

Der Bericht listet auch umfangreiche Nachteile in Zusammenhang mit dem „Anschluss“ auf: Die geographische Lage Österreichs war exponiert und schwierig zu verteidigen, erschwert noch durch die umfangreichen Gebirgszüge. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen aus dem Südosteuropäischen Raum konnte durch das österreichische Verkehrsnetz nicht sichergestellt werden, es bedurfte umfangreicher Investitionen, vor allem auf den Nord-Südverbindungen. Erschwert wurde dies durch den hohen Eigenbedarf Österreichs an Nahrungsmitteln, wodurch es nicht nur keinen Beitrag zur deutschen Versorgungslage bringen konnte, sondern selber Zuschuss benötigte. Zudem würden die österreichischen Arbeitslosen zwar ein gewisses Arbeitspotential darstellen, gleichzeitig aber auch das deutsche Versorgungssystem belasten. Das wirtschaftliche Potential gesamt wurde eher als *„Kapazitätsausweitung der deutschen Industrie“* denn als *„Vergrößerung der Ernährungs- und Rohstoffgrundlage“* gesehen. So litt Österreich an einem akuten Kohlemangel, welcher aus dem Deutschen Reich gedeckt werden musste (und konnte). Aber auch hier war das österreichische Verkehrsnetz ein Flaschenhals. Bei den Erzen war der Zugewinn an Eisenerz zwar befriedigend, bei Nichteisenmetallen, abgesehen von Blei und Antimon, aber eher ernüchternd, da der österreichische Eigenbedarf etwa an Kupfer, Zink und Nickel nicht gedeckt werden konnte. Die Eingliederung der chemischen Industrie wurde kurzfristig als geringer Zuwachs eingestuft, bei einer Verbrauchssteigerung wurde aber eine stärkere Beanspruchung deutscher Reserven erwartet. Es bedurfte in Summe einiger Anstrengungen und Mittel, das österreichische Potential auszunützen und die Defizite zu reduzieren. Der Bericht endet mit folgendem Resümee:

*„Die Mobilisierung der wirtschaftlichen, verkehrsgeographischen und strategischen Möglichkeiten dürfte [...] in verhältnismäßig kurzer Zeit den Einsatz dieser Zuschußmittel [...] rechtfertigen.“*



Mit dem Hinweis:

*„Versorgungswirtschaftlich gesehen muß Österreich im Augenblick noch als ein Zuschußgebiet ersten Ranges betrachtet werden und damit wehrwirtschaftlich als eine Belastung angesehen werden.“<sup>423</sup>*

Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangte ein Bericht des Wehrwirtschaftsstabes vom 15. März 1938. In diesem wird zunächst hervorgehoben, dass die österreichische Industrie *„hochentwickelt und technisch leistungsfähig ist“*, jedoch fehle es dieser erheblich an industriellen Rohstoffen. Damit einhergehend sei eine hohe Abhängigkeit von Auslandseinfuhren gegeben. Der Bericht kommt somit zu folgendem Schluss:

*„In wehrwirtschaftlicher Hinsicht belastet Österreich eine Macht mit beschränkten Rohstoffvorräten eher als es eine Hilfe ist [...].“<sup>424</sup>*

Auch eine Analyse der Reichsstelle für Wirtschaftsaufbau vom 23. März 1938 stößt in dieselbe Richtung. Diese basiert auf Informationen und Unterlagen von deutschen Überwachungsstellen und Wirtschaftsgruppen und diente zur Vorbereitung der Einführung des Vierjahresplans in Österreich. Auch hier war das Ergebnis recht eindeutig:

*„Gegenüber der deutschen Wirtschaft ist die österreichische Industrie, insbesondere nach den Ausbauarbeiten der letzten Jahre, noch weit zurück. Rasche Angleichung der österreichischen Leistungsfähigkeit an die künftigen wirtschaftlichen Erfordernisse wird wohl kaum ohne Erschütterungen und tiefgreifende Umwälzungen durchzuführen sein. Ein Vorteil ist, dass vorläufig noch in vielen Industriezweigen unausgenützte Kapazitäten, teilweise in beträchtlichem Ausmass, zur Verfügung stehen.“*

Dennoch sieht die Analyse Österreich als wichtigen Bestandteil des Reiches:

*„Bei den wirtschaftlichen Überlegungen sollte Österreich nicht als ein abseitiges Notstandsgebiet behandelt werden, dem durch Abziehung der Arbeitslosen eine Erleichterung verschafft wird. Vielmehr erscheint es umgekehrt notwendig, Österreich wegen seiner reichswichtigen Eigenschaften und seiner*

---

<sup>423</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T71\_102, Statistisches Reichsamt, Abt. VIII. Bericht: Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum., 1938?, S. 91.

<sup>424</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_751, Deutscher Wehrwirtschaftsstab. Kurze Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Lage Österreichs, 15.03.1938.

*hervorragenden Bedeutung, insbesondere als Grenzmark gegenüber Südosteuropa soweit als möglich wirtschaftlich selbständig zu machen.“<sup>425</sup>*

---

<sup>425</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T71\_110, Reichstelle für Wirtschaftsausbau. Erste Ermittlungen zur Aufstellung eines Vierjahresplanes für das Land Österreich, 23.03.1938.

### 3. Die Eingliederung ins Dritte Reich

#### 3.1. Wirtschaftliche Auswirkungen des „Anschlusses“

Auf eine detaillierte Abhandlung der (politischen) Ereignisse im März 1938 und der folgenden Wochen wird aufgrund des beschränkten Umfangs der vorliegenden Arbeit an dieser Stelle verzichtet. Dies wurde bereits ausgiebig in einschlägiger Fachliteratur<sup>426</sup> behandelt und wird im Folgenden daher nur vereinzelt dargestellt bzw. werden hauptsächlich jene Ereignisse und Veränderungen angeführt, welche mittelbare oder unmittelbare Auswirkung auf die Wirtschaft und insbesondere die Rüstungsindustrie Österreichs hatten.

Der Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Österreich erfolgte am 12. März 1938 ohne Blutvergießen. Die Reaktionen des Auslandes auf den „Anschluss“ waren eher verhalten. Wenn es auch zu förmlichen Protesten einzelner Staaten kam, eine Intervention oder ähnliche Maßnahmen blieben vor dem Hintergrund der überwiegend positiven Resonanz der ÖsterreicherInnen auf den „Anschluss“ aus.<sup>427</sup> In England war zum Zeitpunkt des Einmarsches der Außenminister des Deutschen Reiches, Joachim von Ribbentrop, im Rahmen eines Abschiedsessens zu Gast beim englischen Premierminister Neville Chamberlain. Auch wenn die Nachricht des Einmarsches Unruhe beim Gastgeber verursachte, eine Unterbrechung des Essens erfolgte nicht. Erst in den folgenden Tagen fand auf Veranlassung der Sowjetunion eine Diskussion über die momentane Lage und eine mögliche Bedrohung des Friedens statt. Engländer und Franzosen winkten jedoch unter Verweis auf wichtigere Angelegenheiten ab. Auch die Sorge um einen nun folgenden Einfall des Deutschen Reiches in die Tschechoslowakei wurde mit dem Argument verworfen, dass *„the British Navy and the French Army could not be deployed on the Bohemian mountain front to stand between the Czechoslovak Republik and Hitler's invading army.“*<sup>428</sup> Chamberlain war davon überzeugt, dass nichts von dem, was vorgefallen war, die eingeschlagene Regierungspolitik ändern sollte. Im Gegenteil sah er sich in seiner bisherigen Vorgehensweise bestätigt.<sup>429</sup> Die Reaktion anderer Staaten hielt sich

---

<sup>426</sup> Siehe etwa: Botz, Gerhard; Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich; 2. Erg. Aufl., Linz 1976. Hanisch, Ernst; Der lange Schatten des Staates; Wien 1994. Schmidl, Erwin A.; März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich; Wien 1988

<sup>427</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 343.

<sup>428</sup> Churchill 1959: The Second World War, S. 118–119.

<sup>429</sup> Parker 1993: Chamberlain and appeasement, S. 133.

ebenfalls in Grenzen. Die Schweiz war eher mit der Frage beschäftigt, ob vom Deutschen Reich nun eine größere Bedrohung gegen die eigene Souveränität ausgehe bzw. ob sie bei einer Kriegserklärung Frankreichs zwischen die Fronten geraten könnte. Dieselben Befürchtungen hatte auch die Tschechoslowakei, die sich vom Deutschen Reich umringt und somit in einer strategisch äußerst ungünstigen Lage sah. Sogleich wurden Grenzbefestigungen besetzt und versucht, Informationen über die weiteren deutschen Absichten zu erlangen. Auch Belgien befürchtete, als nächstes vom Deutschen Reich überrannt zu werden, zumal Hermann Göring kurz nach dem „Anschluss“ das Deutsche Reich als Schutzmacht für im Ausland lebende Volksgenossen bezeichnete. Die Sowjetunion sah die Bedrohung anderer Staaten in Europa als eine durchaus realpolitisch offensichtliche an. Während die Politiker um die Sicherheit des jeweils eigenen Landes besorgt und die Militärs von der Geschwindigkeit des Einmarsches in Österreich überrascht waren, äußerten sich die europäischen Bevölkerungen größtenteils kritisch bis bestürzt. Nur in „deutschgesinnten“ Ländern wie Jugoslawien, Ungarn oder Bulgarien waren auch positive Stimmen zum „Anschluss“ zu hören. Italien, welches lange Zeit eine Schutzfunktion gegenüber Österreich ausübte, hatte sich bereits zuvor dem Deutschen Reich politisch genähert und gab dem „Anschluss“ sein Einverständnis.<sup>430</sup> Die Wende in der italienischen Haltung zu Österreich war für den Einmarsch des Deutschen Reichs jedenfalls relevant. Mussolini gab Hitler zu verstehen, dass die „Österreich-Frage“ in Italien keine politische Relevanz mehr genießt, wodurch es keinen sichtbaren Widerstand zum „Anschluss“ gab.<sup>431</sup>

Die Einverleibung Österreichs ins Deutsche Reich hatte wenig Einfluss auf die langfristige deutsche wirtschaftliche und strategische Situation. Österreich war nicht mehr als eine wichtige kurzfristige Unterstützung, um aktuelle Schwierigkeiten und Defizite zu überwinden. Aus strategischer Sicht hat der Einmarsch nur dazu beigetragen, die Tschechoslowakei nun von drei Seiten zu umfassen. Die Tschechen befanden sich in einer schier aussichtslosen Verteidigungslage. Ihnen blieb nur im Falle eines deutschen Angriffs auf Zeit zu spielen, in der Hoffnung, andere europäische Staaten würden zu ihrer Rettung gegen das Deutsche Reich mobilisieren.<sup>432</sup> Das Deutsche Reich wollte mit der Einverleibung Österreichs zudem die

---

<sup>430</sup> Schmidl 1988: März 38, S. 239–251.

<sup>431</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 290.

<sup>432</sup> Murray 1984: The Change in the European Balance of Power, 1938-1939, S. 150.

Gefahr einer offenen Flanke bei einer Operation gegen Frankreich und Großbritannien vermeiden. Da nun einige Länder wie Italien oder Jugoslawien direkt an das Deutsche Reich grenzten, sank die Wahrscheinlichkeit, dass diese Länder den Tschechen zur Hilfe eilen würden. Im Gegenteil sahen sie sich selbst einem erhöhten Druck ausgesetzt. Dies würde zudem erhebliche Vorteile in Bezug einer kürzeren Frontlinie, die Herauslösung von Truppen für andere Operationen und die Aufstellung von bis zu zusätzlichen 12 Divisionen bringen. Dass Frankreich und Großbritannien nicht gegen den „Anschluss“ Österreichs und der Bedrohung der Tschechoslowakei sogleich einschritten lag daran, dass vor allem Frankreich nie vorhatte einzuschreiten, obwohl die Tschechen als Verbündete der Franzosen galten. Bisherige Beistandsbeteuerungen galten nur internen politischen Zwecken. Die Briten waren letztendlich erleichtert über den „Anschluss“, da dieses Thema nun nicht mehr am politischen Tisch erschien und sie den diesen bisher nur förmlich abgelehnt hatten, um das Deutsche Reich zu ärgern.<sup>433</sup>

Mit 13. März 1938 wurde der „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich, unter Vorbehalt des Ergebnisses der in diesem Zusammenhang durchzuführenden Volksbefragung, gesetzlich beschlossen.<sup>434</sup> Folgen sollte eine auf allen Ebenen komplette Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Zunächst mussten eine Personalunion, ein gemeinsamer Binnenwirtschaftsraum, eine einheitliche Währung und die alleinige Verteidigung durch die Wehrmacht sichergestellt werden.<sup>435</sup> Zur Durchführung dieser Vorhaben wurde Josef Bürckel von Hitler zum Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich bestellt. Damit war er Hitler unmittelbar unterstellt und hatte weitreichende Weisungsbefugnisse<sup>436</sup>, welche sich nur nicht auf die Wehrmacht und die Gerichte erstreckten. Während Bürckel somit unabhängig von Reichsinnenministerium, von Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart und auch von Hermann Göring agieren konnte, suchte er zumindest mit Letzterem das Einvernehmen in wirtschaftlichen Fragen.<sup>437</sup> Bürckel war mit umfangreichen Kompetenzen ausgestattet und wusste diese auch einzusetzen, etwa mittels einstweiliger Anordnungen. Er verstand es zudem, Parteiinteressen mit

---

<sup>433</sup> Kagan 1995: On the origins of war and the preservation of peace, S. 382–386.

<sup>434</sup> RGBl des Deutschen Reichs 1938/I/21/237, Artikel 1.

<sup>435</sup> Botz 1976: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich., S. 33.

<sup>436</sup> RGBl des Deutschen Reichs 1938/I/61/407.

<sup>437</sup> Botz 1976: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich., S. 57.

Verwaltungstätigkeiten zu vereinen. Nach der Volksabstimmung löste er Seyß-Inquart als Reichsstatthalter ab und blieb in dieser Funktion bis April 1940 in Österreich.<sup>438</sup> Aufgrund von NS-treuen Personen in verschiedenen Schlüsselpositionen, welche bereits vor dem „Anschluss“ verankert waren, konnten die Nationalsozialisten rasch die Kontrolle über wichtige Bereiche wie Polizei, Armee und Wirtschaft übernehmen.<sup>439</sup> Bereits kurz nach dem „Anschluss“ wurde regulierend in den Wirtschaftsprozess eingegriffen. So wurden die Wirtschaft „zur Verhütung volkswirtschaftlicher Schäden“ dem im Deutschen Reich bereits geltenden Vierjahresplan unterworfen<sup>440</sup> und die Preise etwa für den Warenhandel zwischen dem Reichsgebiet und Österreich festgelegt.<sup>441</sup> Dem folgten die Errichtung einer Devisenüberwachungsstelle und einer Stelle zur Überwachung des Warenverkehrs zwischen Österreich und dem Deutschen Reich.<sup>442</sup> Wesentlich war auch die Einführung der deutschen Reichsmark, wobei ein Umrechnungskurs von 1 Reichsmark = 1,5 Schilling festgelegt wurde.<sup>443</sup> Nachdem dieser Kurs unter dem damals gehandelten Börsenkurs (1 RM = 2 S) lag, kam es zu einer Aufwertung des Schilling gegenüber der Reichsmark und somit zu einer Kaufkraftsteigerung. Damit wurden Löhne und Gehälter dem deutschen Niveau angeglichen, was vorwiegend politischen Motiven folgte. Eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit österreichischer Produkte gegenüber jenen aus deutscher Produktion aufgrund der mit der Aufwertung einhergegangenen automatischen Preiserhöhung konnte im Binnenhandel mit dem Altreich trotz Beibehaltung von Einfuhrzöllen und anderer Einschränkungen für deutsche Unternehmen nur bedingt abgefedert werden. Der erhoffte Zugang zu Investitionsgütern oder Rohstoffen aus dem Altreich wurde hierdurch jedenfalls erschwert. Im Handel mit dem Ausland kamen die negativen Folgen der Aufwertung jedoch voll zum Tragen. Verstärkt wurde dieser Umstand noch durch die Devisenbeschränkungen, wodurch es österreichischen Unternehmen auch nicht gelang, die benötigten Produktionsmittel außerhalb des Deutschen Reichs zu erwerben.<sup>444</sup> Eine weitere Einschränkung bedeutete auch die nun geltende Richtlinie zur Vermeidung von Industrierverschleppung. Diese regelte neben der Beteiligung an

---

<sup>438</sup> Broszat 2007: Der Staat Hitlers, S. 165–167.

<sup>439</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 344.

<sup>440</sup> RGBl des Deutschen Reichs 1938/I/41/315.

<sup>441</sup> RGBl des Deutschen Reichs 1938/I/59/401.

<sup>442</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 39.

<sup>443</sup> RGBl des Deutschen Reichs 1938/I/27/253, §1.

<sup>444</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 44–45.

ausländischen Unternehmen oder der Niederlassung im Ausland auch den Transfer immaterieller Vermögenswerte, Materialien und Halbfertigwaren und die Abwanderung von Fachkräften ins Ausland.<sup>445</sup>

Der eingeführte Vierjahresplan bezweckte eine „*kurzwährende übermäßige wirtschaftliche Anstrengung zur Vorbereitung militärischer Interventionen zwecks partieller Ausdehnung der ökonomischen Basis des Dritten Reichs*“.<sup>446</sup> Das Ziel des Vierjahresplans lag darin, ein einheitliches, zentralisiertes Wirtschaftssystem zu errichten, welches mit Hilfe eines umfangreichen Investitionsprogramms die notwendige industrielle Basis bieten sollte für den Bau einer übergeordneten Rüstungsstruktur. Bei Kriegsausbruch 1939 war die deutsche Wirtschaft noch immer dabei, dieses Fundament zu errichten. Vor allem der Mangel an Rohstoffen und Maschinen bewirkte, dass sogar 1940 noch immer nicht alle Waffen- und Munitionsproduktionsprogramme in gefordertem Ausmaß abgearbeitet werden konnten.<sup>447</sup> Das Deutsche Reich verfolgte mit dem Vierjahresplan auch den Status der Autarkie, war sich dabei aber bewusst, dass eine komplette Abschottung vom Weltmarkt nicht durchführbar bzw. zweckdienlich war. Es sollten zwar der vorhandene Raum ausgenützt und eine weitreichende Selbstversorgung angestrebt werden. Aber erst am Ende des nationalsozialistischen Planes sollte ein Reich entstehen, das alle wirtschaftlichen Bedürfnisse seiner Staaten und seines Volkes selbst befriedigen konnte. Dabei sollte gegenüber Staaten, die nicht Teil des Reiches waren, eine marktwirtschaftliche Vorrang- oder Monopolstellung ermöglicht werden.<sup>448</sup>

Der bis 1937 amtierende Reichwirtschaftsminister Hjalmar Schacht hatte intensiv eine exportorientierte Wirtschaftspolitik verfolgt, in welcher er die Subvention unrentabler Branchen ablehnte. Damit geriet er in Gegensatz zu Hitlers Vorstellung eines autarken Reiches, da dies den Ausbau der eigenen Rohstoffproduktion mithilfe von staatlicher Unterstützung einschloss, welche wesentlicher Bestandteil der Hitler'schen Aufrüstungspläne waren. Da aber die Rohstoffproduktion nicht für den Weltmarkt freigegeben wurde, konnte sie auch keine Einnahmen lukrieren, weshalb sie Schacht nicht noch mehr unterstützen wollte. Als Folge

---

<sup>445</sup> OESTA, AT-OeStAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2115 Industrierverschleppung, Reichswirtschaftskammer. Industrierverschleppungsrichtlinie, 11.11.1938.

<sup>446</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 186.

<sup>447</sup> Overy 1988: Mobilization for Total War in Germany 1939-1941, S. 615–618.

<sup>448</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 184–185.

dieser unterschiedlichen Ansichten musste Schacht seine Position aufgeben und die staatliche Lenkung der Wirtschaft wurde intensiviert. Dabei spielte der Vierjahresplan eine zunehmende Rolle, da er seinen Einfluss auf für das Regime wesentliche Branchen und deren Produktion ausbaute. Göring setzte für die relevanten Bereiche Geschäftsgruppenleiter und Generalbevollmächtigte ein, welche die Einhaltung von Produktionsvorgaben, Preisfestsetzungen, Devisen-, Rohstoff- und Arbeitsverteilung überwachten. Bei der Besetzung dieser Posten berücksichtigte er neben Parteikollegen auch Personen aus der Industrie, den Ministerien und der Wehrmacht. Göring verfolgte den eigenen Plan, seinen Einfluss in diesen Bereichen auszubauen und sie somit auf seinen Kurs zu lenken, so etwa geschehen mit dem Wirtschaftsministerium, nachdem Schacht nicht mehr dafür zuständig war. Zudem wurden aufgrund der engen Verbindung mit der Industrie, etwa die Zuständigkeit des *IG-Farben* Vorstandes Karl Krauch für das Reichsamt für Wirtschaftsausbau, behördliche Entscheidungen zusehends von wirtschaftlichen Interessen beeinflusst. Laut Martin Broszat ging dieser Einfluss so weit, dass *„das der traditionellen Staatsorganisation aufoktroyierte führerstaatliche Prinzip mit den Führungs- und Koordinationsapparaturen der Großindustrie zu einer kaum noch unterscheidbaren Einheit“* verschmolz. Dies ermöglichte es dem Regime, eigene öffentliche und privatwirtschaftliche Vorstellungen unabhängig von staatlichen Verwaltungshürden durchzusetzen.<sup>449</sup>

In Bezug auf die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft hatte Göring recht genaue Vorstellungen. In einer Sitzung des Generalrates beim Beauftragten für den Vierjahresplan erläuterte Hermann Göring seine Vorstellungen der wirtschaftlichen Rolle Österreichs und der notwendigen Umstellungen, vor allem in Hinblick auf die Rüstungsindustrie. So verfügte er unter anderem:

*„alle Angelegenheiten, die mit dem Wiederaufbau Österreichs in Zusammenhang stehen, [sind] über den Reichsbeauftragten [Wilhelm] Keppler zu leiten.*

*[...] Vom Lande Österreich aus muß die wirtschaftliche Erfassung des Südostraumes, umfassend die Staaten Ungarn, Jugoslawien, Bulgarien und Rumänien, ausgehen. Neben Fertigwaren wird insbesondere der Export von*

---

<sup>449</sup> Broszat 2007: Der Staat Hitlers, S. 370–375.



*Kohle und Eisen nach diesen Staaten zu intensivieren sein, während von diesen Staaten Agrarprodukte, insbesondere Getreide, hereinzunehmen sind.*

*[...] Ausgestaltung und Neubau dieser Handelsverträge unter Berücksichtigung der gesamtdeutschen Interessen.*

*Intensive Förderung des österreichischen Exports unter Ausschaltung der Juden.*

*[...] Was noch nach Deutschland hereingenommen werden kann, soll hereingenommen werden, soweit nicht die österreichische Industrie sich rechtzeitig ihre Arbeitskräfte sichert.*

*Die Facharbeiter, insbesondere die Metallarbeiter, sollen beschleunigt ihrer Tätigkeit zugeführt werden.*

*Die Arbeitgeber in Österreich sollen darauf hingewiesen werden, daß sie sich sofort die für den Aufbau erforderlichen Arbeitskräfte beschaffen müssen, da sonst mit einem Abzug nach Deutschland gerechnet werden muß.*

*[...][Es ist] binnen 14 Tagen ein Sofortprogramm auf[zustellen, das die Ingangsetzung der zur Zeit nicht oder nicht vollständig beschäftigten Fabriken in Österreich sicherstellt. Dabei ist genau zu prüfen, ob und in welchem Umfange die Wiederinbetriebnahme von Fabriken mit Rücksicht auf die Lage im alten Reich überhaupt notwendig und zweckmäßig ist.*

*[...] Wenn auch vielleicht zahlreiche Arbeiter zur Verfügung ständen, so sei doch in allernächster Zeit ein Arbeitermangel wahrscheinlich. Aus diesem Grunde ist rechtzeitig an die Rationalisierung der Arbeitsmethoden durch Einsatz von Maschinen zu denken.“<sup>450</sup>*

Von nun an musste sich die Wirtschaft mit einem erheblichen Staatseinfluss und einer weitgehenden Marktregulierung zurechtfinden. Viele der bisher bestehenden Interessensvertretungen wurden beendet oder durch deutsche Organisationen ersetzt, wobei die Interessen der ArbeitgeberInnen besser vertreten wurden als jene der ArbeitnehmerInnen. Erstere erhielten mehr Gestaltungsfreiheiten und konnten ihre Vermögensanteile zulasten letzterer erhöhen.<sup>451</sup> Der Einfluss deutscher Interessen erhöhte sich extrem, da infolge von Unsicherheiten und zeitlichen Verzögerungen bei der Umsetzung

---

<sup>450</sup> Kaden und Nestler 1988: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938 - 1945), S. 86–87. Aus dem Protokoll der 26. Sitzung des Generalrates beim Beauftragten für den Vierjahresplan am 5 April 1938 zur wirtschaftlichen Ausnutzung Österreichs für die deutsche Wirtschaft.

<sup>451</sup> Klambauer und Bezemek 1983: Die USIA-Betriebe in Niederösterreich., S. 356–357.

der wirtschaftlichen Eingliederung eher deutsche als österreichische Wirtschaftsverbände in die Entscheidungsfindung eingebunden wurden. Wesentliche Anhaltspunkte waren jedenfalls die Vorgaben des Vierjahresplans.<sup>452</sup> Im September 1938 wurde dann die gesetzliche Regelung für die wirtschaftliche Organisation erlassen und die bisherige Struktur durch Kammern für einzelne Wirtschaftszweige ersetzt, welche aber keine Selbstverwaltungskompetenzen besaßen und ihren jeweiligen deutschen Pendants unterstanden.<sup>453</sup>

Um die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft zu erleichtern und die Maßnahmen des Vierjahresplans besser umsetzen zu können, beschloss das Reich umfangreiche Kredite zu besichern. Die finanziellen Mittel sollten unter anderem von einem Bankkonsortium unter Führung von *Creditanstalt* und *Länderbank Wien* und unter Beteiligung der *Deutschen Bank*, der *Dresdner Bank* und 22 weiteren Banken aufgestellt werden, wodurch bis inklusive 1941 rund 75 Mio. RM vergeben wurden. Verwendet wurden diese Kredite hauptsächlich für die Wiederingangsetzung von Betrieben, die Aufrechterhaltung der Belegschaft und die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber deutschen MitbewerberInnen. Ein Teil wurde jedoch auch für die Arisierungszwecke missbraucht, vor allem wenn es um die Beseitigung von jüdischen Konkurrenten ging.<sup>454</sup>

Nach rationalen Gesichtspunkten hätte das nationalsozialistische Regime in Abwägung der eigenen Ressourcen im Vergleich mit jenen seiner Gegner einige seiner Zielsetzungen und Maßnahmen laut Vierjahresplan verändern oder aufgeben müssen. In der Außenwirkung sollte er einen einheitlichen Plan zur Erreichung deutscher Autarkie darstellen. Seine tatsächlichen Programmvorgaben waren aber teilweise unkoordiniert und die Maßnahmen nur minder erfolgreich in ihrer Umsetzung. Sofern dem Vierjahresplan ein Erfolg zuzuschreiben ist, dann in Hinblick auf die Eingliederung der österreichischen (und tschechoslowakischen) Rüstungskapazitäten und Rohstoffvorräte.<sup>455</sup> Auch wenn der Name eine koordinierte und zielgerichtete Vorgangsweise vermuten lässt, der Vierjahresplan (bzw. Vierjahrespläne) zeichnete sich durch Unzulänglichkeiten und sich überschneidende

---

<sup>452</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 30–31.

<sup>453</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 103.

<sup>454</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, 311–312.

<sup>455</sup> Beesten 1987: Untersuchungen zum System der militärischen Planung im Dritten Reich von 1933 bis zum Kriegsbeginn, S. 416–418.

Kompetenzen, vor allem nach Schachts Abgang, aus.<sup>456</sup> Im Verlauf des Krieges sollten der Einfluss Görings und der Vierjahresplan-Behörde immer weiter zurückgedrängt und deren Zuständigkeiten zusehends von Fritz Todt im Ministerium für Bewaffnung und Munition übernommen werden. Beide hatten zwar Einfluss auf die Kriegswirtschaft, konnten sich dabei aber letztlich nicht auf geregelte Verwaltungsstrukturen oder genau festgelegte Zuständigkeiten verlassen. Hitler erteilte Befugnisse nur nach seiner eigenen Einschätzung von persönlichen Absichten der betroffenen Personen, wodurch sich Zuständigkeiten immer wieder veränderten oder überschneiden konnten. Da aber die Partei und der Staat in Wirtschaftsangelegenheiten, vor allem in Bezug auf die Kriegswirtschaft, mangelnde Erfahrung aufwiesen, waren sie auf die Kompetenzen der Industrie in Fragen der Effektivität und Flexibilität von Produktionsmaßnahmen angewiesen. Somit wurde den zuständigen Personen und Organisationen weitgehender Handlungsspielraum bei der Umsetzung von wirtschaftlichen Zielvorgaben zugestanden. Jedenfalls wurde auch hier das Führungsprinzip verfolgt und mit Hilfe von Sonderorganisationen und Erlassen gesteuert.<sup>457</sup> Die Meinung, das NS-Regime sei grundsätzlich gezeichnet von unübersichtlicher Kompetenzverteilung, Ressortpartikularismus und einer unüberschaubaren Zahl an Sonderbeauftragten, war weit verbreitet. Es bildete sich eine Art Polykratie heraus, die aber Sven Reichardt und Wolfgang Seibel zufolge nicht unbedingt ineffizient arbeitete. Die Verzahnung von Bürokratie und Parteipolitik führte zur Entstehung von persönlichen Netzwerken, einer Informalisierung von Entscheidungsprozessen und der Errichtung von public-private-partnership, wobei durch den hiervon ausgelösten Wettbewerb zwischen den Beteiligten die Leistungsfähigkeit gesteigert und Prozesse unbürokratischer ablaufen konnten. Dabei waren vor allem das Bedürfnis, den Wünschen des Führers zu entsprechen, Loyalität und Linientreue die treibende Kraft.<sup>458</sup>

Die Umstellung der österreichischen Wirtschaft machte sich schnell bemerkbar. Ein wirtschaftlicher Effekt des „Anschlusses“ zeigte sich in der rasch sinkenden Arbeitslosenrate. Vor allem die Rüstungsindustrie steigerte aufgrund erhöhter Auftragslage ihre Belegschaften. Zudem wurden zahlreiche Infrastrukturprojekte umgesetzt, welche zunächst vorwiegend Arbeitsplätze in der Baubranche schufen, jedoch bald zugunsten der Rüstungsindustrie wieder

---

<sup>456</sup> Butschek 1978: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 44.

<sup>457</sup> Broszat 2007: Der Staat Hitlers, S. 376–379.

<sup>458</sup> Reichardt und Seibel 2011: Der prekäre Staat, S. 7–9.

zurückgeschraubt wurden. Nicht zu unterschätzen ist auch der gestiegene Bedarf an Personal im Verwaltungsdienst. Neben der erhöhten Beschäftigung innerhalb Österreichs wurde auch ein Großteil der verfügbaren Facharbeitskräfte ins Altreich geholt, um den dortigen Mangel zu kompensieren, und einige Arbeitslose wurden zum Wehr- oder zum Arbeitsdienst verpflichtet. Die Linie war klar vorgegeben: alle verfügbaren Ressourcen mussten für die Aufrüstung im Rahmen von Großprojekten unabhängig von internationalen Märkten aufgebracht werden ohne Rücksicht auf den tatsächlichen Wohlstand.<sup>459</sup> Bei diesen Großprojekten, etwa dem Aufbau der *Reichswerke Hermann Göring* in Linz, waren viele Arbeitskräfte gebunden. Dies führte aber zu der Befürchtung, dass nach Inbetriebnahme solcher großen Unternehmen anderen Unternehmen Fachkräfte entzogen würden.<sup>460</sup> Auch die zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ hohe Zahl an Arbeitslosen konnte diese befürchtete Lücke nicht schließen. Sie waren entweder ungenügend ausgebildet oder zu lange nicht mehr in den Arbeitsprozess integriert.<sup>461</sup>

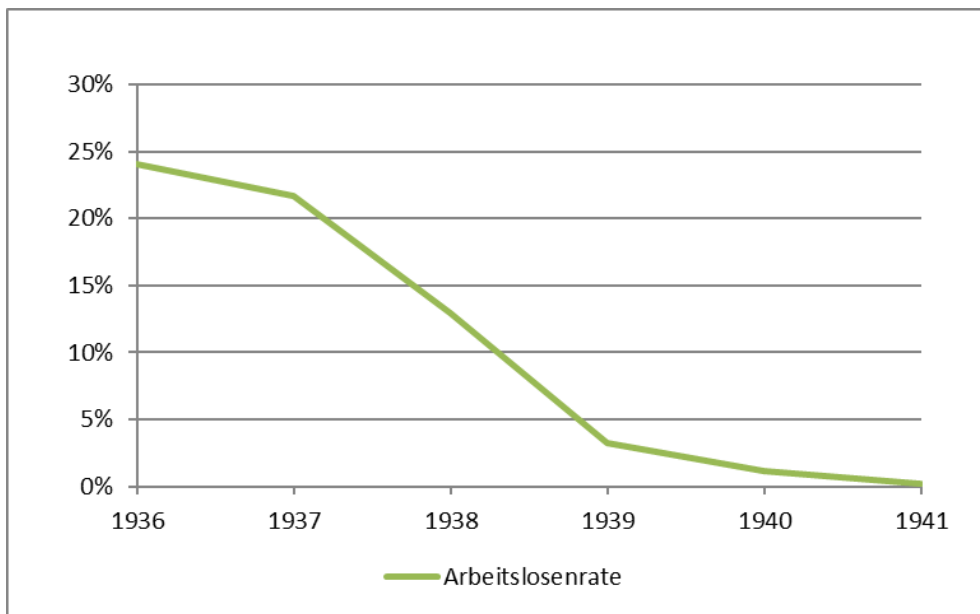
---

<sup>459</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 406.

<sup>460</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 134.

<sup>461</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 45.

Abbildung 35: Arbeitslosenrate Österreich 1936-1941



Quelle: Daten aus Butschek (1985), S. 223, eigene Darstellung

Abbildung 35 zeigt die rasche Abnahme der Arbeitslosenrate nach dem „Anschluss“. Der Rückgang der Arbeitslosenrate war zwar deutlich sichtbar, ist aber in erster Linie auf die umfangreichen öffentlichen Projekte innerhalb der ersten Monate nach dem „Anschluss“ zurückzuführen.<sup>462</sup> Zudem war der Bedarf an Arbeitskräften im Altreich so hoch, dass innerhalb des Jahres 1938 bereits 100.000 Personen auswanderten, wovon ca. 10.000 Facharbeitskräfte waren.<sup>463</sup> Selbst bis ins Jahr 1940 hinein hatte das Reichsarbeitsministerium Österreich noch als Reservepool für Arbeitskräfte angesehen, obwohl damals auch in Österreich bereits erheblicher Arbeitskräftemangel herrschte. Allein im Rahmen der Operation „Seelöwe“<sup>464</sup> hatte das Ministerium weitere 1.200 österreichische Arbeitskräfte zum Einsatz im Altreich angefordert.<sup>465</sup> Zwar konnte das Arbeitslosenproblem schnell behoben werden, dafür zeichnete sich aber in einigen Bereichen bald ein gegenteiliger Trend ab: es trat ein Mangel an Fachkräften ein bei gleichzeitig unzureichender Ausbildung des Nachwuchses. In der Metallverarbeitenden Industrie etwa fehlte es an Schlossern, Drehern,

<sup>462</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 152.

<sup>463</sup> Weber 1995: Zwischen abhängiger Modernisierung und Zerstörung., S. 332.

<sup>464</sup> Deckname für den deutschen Angriff auf Großbritannien

<sup>465</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

Spenglern und Installateuren. Weiterhin relativ hoch lag aber der Anteil der Frauen an den Arbeitslosen. Die Monatswerte stiegen von 26% im Jänner 1938 auf 58% im Oktober desselben Jahres und nahmen erst danach wieder ab. Zu bedenken ist hierbei aber, dass mit dem Regimewechsel auch zuvor nicht erfasste Frauengruppen nun in die Statistik aufgenommen wurden.<sup>466</sup>

Abbildung 36 bietet eine Übersicht zur Verteilung der Industriebeschäftigten vor Kriegsbeginn. Im Schnitt waren rund 5% der Arbeitskräfte in Österreich beschäftigt, wobei ihr Anteil je Industriebranche schwankte. Während in Unternehmen der Feinmechanik und optischen Industrie nur 2% der Beschäftigten in Österreich arbeiteten, waren es in der Metallherzeugung oder der Elektroindustrie immerhin 6%. Interessant ist auch der Anteil der in Österreich beschäftigten Frauen. Lag ihr Anteil in der Metallherzeugung bei 5% und im Bergbau bei nur 1%, waren es bei Feinmechanik, Optik und der Chemieindustrie 29% und in der Elektroindustrie sogar 37%. Im Schnitt lag der Anteil an Frauen bei rund 28%. Im Altreich war der Frauenanteil in den einzelnen Industriebranchen ähnlich jenem Österreichs, lag jedoch im Schnitt leicht darunter bei 25%.

Abbildung 36: Beschäftigte in der Kriegsindustrie 1939

Industriebranche	Deutsches Reich gesamt (ohne Sudetenland)	Altreich	Österreich	Anteil Österreich	Anteil Österreich Frauen	Anteil Altreich Frauen
Metallerzeugung	473.034	442.596	30.438	6%	5%	6%
Chemie (inkl. Kraftstoffe)	686.947	657.270	29.677	4%	29%	31%
Bergbau	739.159	715.960	23.199	3%	1%	1%
Metallverarbeitung	1.136.503	1.093.079	43.424	4%	24%	25%
Maschinen- und Fahrzeugbau	1.959.925	1.895.182	64.743	3%	11%	11%
Elektroindustrie	508.441	477.681	30.760	6%	37%	34%
Feinmechanik und Optik	110.967	109.056	1.911	2%	29%	29%
Sonstige	5.059.251	4.747.444	311.807	6%	35%	34%
<b>Industrie gesamt</b>	<b>10.674.227</b>	<b>10.138.268</b>	<b>535.959</b>	<b>5%</b>	<b>28%</b>	<b>25%</b>

Quelle: Daten aus Wagenführ<sup>467</sup>; eigene Darstellung

<sup>466</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 41-43.

<sup>467</sup> Wagenführ 1955: Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945, S. 140-145.

Der Anteil arbeitender Frauen in Summe der gesamten deutschen Wirtschaft war 1939 im Deutschen Reich beispielsweise höher als in Großbritannien. Die entsprechenden Werte lagen bei 37,4 % bzw. 25,7%. Der hohe deutsche Wert ergibt sich jedoch hauptsächlich aus Frauen, die in der Landwirtschaft tätig waren, um ihre zur Wehrmacht eingezogenen Männer zu ersetzen.<sup>468</sup> Ein Beispiel für ein Unternehmen mit hohem Frauenanteil in Österreich war die Pyrotechnische Fabrik *Josef Liebenwein* in Kärnten. Sie hatte sich auf die Herstellung von Leuchtpatronen spezialisiert und erfuhr mit Kriegsbeginn einen Aufschwung in der Auftragslage. Im September 1940 beschäftigte das Unternehmen 30 Personen, wovon 25 Frauen waren.<sup>469</sup> Der Einsatz von Frauen in der Rüstungsproduktion wurde unterschiedlich bewertet. Das Kommando des Rüstungsbereichs Innsbruck zeigte sich zufrieden und vermerkte, dass sich die Arbeit mit der Versorgung der Familie vereinbaren ließ, auch wenn die vorgegebenen Arbeitszeiten nicht immer eingehalten wurden.<sup>470</sup> Die Wirtschaftsinspektion XVIII hingegen vermerkte, dass verheiratete Frauen, deren Ehemänner an der Front kämpften, weniger Arbeitslust verspürten, da sie für den Einsatz ihrer Männer eine Unterstützungsleistung bekamen und daher keine Arbeitsnotwendigkeit bestand. Einige Unternehmen kürzten daraufhin eigenmächtig die ausbezahlte Unterstützung.<sup>471</sup> Aufgrund des akuten Arbeitskräftemangels wurden Frauen aber auch vereinzelt in Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen in einer dritten Schicht eingesetzt. Etwa setzte die *Wilhelm Gustloff Stiftung Otto Eberhard (Hirtenberger)* 800 Frauen ein, die zuvor ihre Arbeit in Textilunternehmen verloren hatten.<sup>472</sup> Auch der Einsatz von Jugendlichen in der Rüstungsproduktion war mit einigen Problemen verbunden, vor allem aufgrund erhöhter Disziplinlosigkeit.<sup>473</sup>

Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung und dem damit einhergehenden steigenden Arbeitskräftebedarf wurden auch vereinzelt Arbeitskräfte aus Südosteuropa und der

---

<sup>468</sup> Overy 1988: Mobilization for Total War in Germany 1939-1941, S. 627–628.

<sup>469</sup> Karner 1976: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, S. 316.

<sup>470</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

<sup>471</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>472</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>473</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_739, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte.

Tschechoslowakei eingesetzt. Die Zahl der Beschäftigten hielt sich aber aufgrund der Devisenbeschränkung in Grenzen.<sup>474</sup> Auch innerhalb Österreichs kam es zu Verschiebungen beim Arbeitsangebot und der Arbeitsnachfrage. Oberösterreich beispielsweise war bislang eher von Abwanderung gezeichnet, durch seine Erweiterung als Industriestandort waren die vorhandenen Arbeitskraftressourcen bald nicht mehr ausreichend und es setzte ein Zuzug aus anderen Ländern ein.<sup>475</sup>

Ein großes Manko der österreichischen Wirtschaft waren jedoch die vorherrschenden Arbeitsbedingungen. Diese waren in der österreichischen Industrie vor dem „Anschluss“ weitgehend unzulänglich: sanitäre Einrichtungen wurden nicht gewartet und Werkwohnungen waren nur in geringer Zahl vorhanden. Bei niedrigem Lohn und hohem Leistungsdruck stiegen somit die Erwartungen der Belegschaften an das neue Regime.<sup>476</sup> Umfangreiche Investitionen in diesen Bereich sollten folgen. Mit dem „Anschluss“ wurden auch die Arbeitszeiten geändert. Neben einer täglichen Arbeitszeit von 9 Stunden wurde eine 60 Stunden-Woche für Männer zur Normalität. Frauen durften maximal 48 Stunden pro Woche arbeiten, damit ihnen genug Zeit für häusliche Aufgaben blieb. Beim Lohn gab es ebenfalls Unterschiede, lag das Lohnniveau bei Frauen in der Regel doch merkbar unter jenem von Männern. Nachdem sich der Arbeitskräftemangel verschlimmert hatte, setzte das Regime zwar Anreize, um mehr Frauen für Arbeit in der Rüstungsindustrie zu begeistern. Diese zeigten jedoch ob der anhaltend schlechten Arbeitsbedingungen und Entlohnung wenig Erfolg.<sup>477</sup> In vielen Fällen gab es auch Ausnahmen von dieser Normalität. Für die Produktion gewisser „Schwerpunktgeräte“, etwa die Waffen Karabiner 98k, MP 40 und MG 34, wurde bei Steyr die Arbeitszeit erhöht und mit zwei Schichten zu je zehn Stunden festgelegt. Aufgrund des weiterhin bestehenden Mangels an Facharbeitskräften und Maschinen konnten solche Anordnungen jedoch nicht immer problemlos oder nur zulasten anderer Produktionsbereiche ausgeführt werden.<sup>478</sup>

---

<sup>474</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 431.

<sup>475</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 32.

<sup>476</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 127.

<sup>477</sup> Schreiber 1994: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol, S. 101-104.

<sup>478</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_743, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Wehrwirtschaftsstelle Linz Nr. 1.



Aus Sicht der österreichischen Unternehmen sprach für einen wirtschaftlichen „Anschluss“ an das Deutsche Reich die Notwendigkeit eines strategischen ökonomischen Partners zur Öffnung des großen deutschen Marktes. Damit verbunden war die Hoffnung vieler Industrieller und Bankiers, dass die österreichische Wirtschaft, gestärkt durch deutsches Kapital, seine frühere relativ starke Position in Südosteuropa und im vormaligen Binnenmarkt des Habsburgerreichs wiedererlangen würde.<sup>479</sup> Die Vereinigung des österreichischen mit dem deutschen Wirtschaftsraum hatte dann auch unmittelbare Auswirkungen auf die bisherigen Handelsbeziehungen. Nachdem die deutsche Wirtschaft erhöhten Bedarf nach vielen Gütern hatte, welchen sie durch österreichische Lieferungen decken wollte, war die Errichtung eines Binnenmarktes ein wesentliches Ziel. Damit verbunden waren sowohl der Abbau von Handelshemmnissen wie Zöllen als auch die Lösung des Devisenproblems durch die Einführung der Reichsmark in Österreich. Der Export ins Deutsche Reich legte durch diese Maßnahmen sprunghaft zu.<sup>480</sup> Während die Preiserhöhung durch die Währungsumstellung gegenüber dem Altreich 36% betrug, belief sie sich gegenüber anderen Ländern auf bis zu 44%. Gepaart mit der erhöhten Binnennachfrage, der zurückhaltenden Weltwirtschaft und der ausländischen Resonanz auf die Verdrängung und Verfolgung von Juden wirkte sie sich negativ auf die österreichische Außenhandelsbilanz aus. In weiterer Folge wurde der österreichische Außenhandel in das Gesamtdeutsche Handelsvertragssystem eingebunden und unterlag somit einer strengen Einfuhrüberwachung. Dabei machte sich das Reich vormals günstige Handelsbedingungen, welche Österreich mit anderen Ländern vereinbart hatte, nun selber zunutze.<sup>481</sup> Obwohl der Schilling gegenüber der Reichsmark wesentlich aufgewertet worden war, konnte zumindest die deutsche Bevölkerung aufgrund des nunmehr gemeinsamen Binnenmarktes ohne Transfer- und Devisenbeschränkungen ihre bislang limitierten Konsummöglichkeiten im Altreich auf Österreich erweitern.<sup>482</sup>

Das deutsche Devisenproblem blieb auch nach dem „Anschluss“ virulent. Zwar wurde es durch die dem Deutschen Reich zufallenden Gold- und Devisenbestände kurzfristig reduziert. Langfristig gesehen würden diese aber nicht reichen, um die mit dem „Anschluss“ geerbte Abhängigkeit Österreichs von importierten Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu bezahlen.

---

<sup>479</sup> Eigner und Stiefel 2001: Forced Take-over, S. 3.

<sup>480</sup> Butschek 1978: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 47.

<sup>481</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 82.

<sup>482</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 404–405.

Durch einen wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs sollte sich die Zahlungsbilanz noch zusätzlich anspannen.<sup>483</sup> Die österreichischen Devisenreserven und Auslandsguthaben konnten das deutsche Währungsdefizit letztlich nur etwas mehr als ein Jahr lang kompensieren.<sup>484</sup> Zusätzlich erschwerend waren die noch bestehenden Schulden Österreichs aufgrund der Völkerbundanleihen.

Abbildung 37 veranschaulicht die Auswirkung auf den Außenhandel anhand wichtiger europäischer Partner. Während von 1937 auf 1938 der Güterimport aus dem europäischen Raum (ohne dem Deutschen Reich) in Summe und aus Italien im Speziellen leicht und insbesondere aus Ungarn erheblich zugenommen hatte, reduzierten sich die Einfuhren aus der Tschechoslowakei um beträchtliche -20%. Auf der Güterexportseite ist eine wesentliche Änderung erkennbar: die Exporte in den europäischen Raum (ohne dem Deutschen Reich) sind regelrecht eingebrochen, vor allem jene zu den Nachbarländern Italien, Tschechoslowakei und Ungarn.

Abbildung 37: Veränderung Außenhandel Österreich 1937 zu 1938

Land	Import	Export
Italien	4%	-39%
Tschechoslowakei	-20%	-36%
Ungarn	26%	-30%
sonstiges Europa	2%	-19%
Europa gesamt	2%	-26%

Quelle: Wiener Institut für Konjunkturforschung  
Monatsbericht 2/3 1939, S. 95-96; eigene Darstellung

Aufgrund der starken deutschen Konkurrenz, vor allem auf industriellem Gebiet, wurden die Handelsbeschränkungen für Importe aus dem Deutschen Reich jedoch zunächst nicht beseitigt. Die österreichische Wirtschaft sollte dadurch Zeit bekommen, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen. Dennoch stieg der Import deutscher Güter deutlich an, wohl

<sup>483</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 291.

<sup>484</sup> Ritschl 2001: Nazi Economic Imperialism and the Exploitation of the Small: Evidence from Germany's Secret Foreign Exchange Balances, 1938-1940, S. 330.

auch wegen der Schillingaufwertung, welche die bestehenden Zollaufschläge teilweise kompensierte. Nachdem nicht sogleich alle im Rahmen des wirtschaftlichen Aufschwungs benötigten Güter durch das Deutsche Reich bereitgestellt werden konnten, stiegen zunächst auch noch die Importe aus Drittländern an.<sup>485</sup> Im Sinne des Vierjahresplans mussten jedenfalls Güter, die innerhalb des Reiches benötigt wurden, zuerst dorthin geliefert werden, bevor sie für den Export freigegeben wurden oder diese Güter aus dem Ausland bezogen werden durften. Dies führte zu einer Erhöhung des österreichischen Imports aus der gesamten Welt zwischen 1937 und 1938 um 7%, jedoch zu einer Verringerung des Exports im selben Zeitraum um 24%. Auf Güterebene kam es hierdurch ebenfalls zu Verschiebungen. So stieg der bisherige Anteil der deutschen Kohle- und Koks-Lieferungen am Gesamtimport Österreichs nach dem „Anschluss“ sukzessive auf 100%, schwer zulasten Polens und der Tschechoslowakei, wobei die jeweiligen langfristigen Lieferverträge ein schnelles Umschwenken verhinderten. Ähnlich verhielt es sich bei industriellen Fertigerzeugnissen, etwa bei elektronischen und chemischen Erzeugnissen. Einzig bei einigen Investitionsgütern konnte das Altreich durch Lieferschwierigkeiten den Bedarf nicht selbst decken. So musste immer noch auf den Import aus anderen Ländern zurückgegriffen werden, etwa wurden Metallbearbeitungsmaschinen aus den Vereinigten Staaten bezogen.<sup>486</sup> Der Handel mit Kriegsgerät und Schieß- bzw. Sprengmitteln wurde bereits im März 1938 einer Kontrolle und somit einer Beschränkung unterworfen. Hiervon war vor allem der Handel mit Ländern außerhalb der Reichsgrenzen betroffen, er bedurfte gesonderter Genehmigungen. Die Durchfuhr von Kriegsgerät durch Österreich unterlag keiner Beschränkung mehr. Die Einfuhr von Schieß- und Sprengmitteln aus dem Altreich nach Österreich war aber genehmigungspflichtig.<sup>487 488</sup>

Der gesamtwirtschaftliche Impuls des „Anschlusses“ ist in der Entwicklung des Bruttonationalprodukts gut sichtbar. Abbildung 38 zeigt sowohl die jährliche Veränderung als auch die kumulierte Veränderung bezogen auf das Jahr 1936. Bis zum Jahr des Kriegsbeginns 1939 lag der kumulierte Zuwachs bei rund 35%. Nach einer merkbaren Abnahme 1940, vermutlich aufgrund des Arbeitskräftemangels infolge umfangreicher Einberufungen zur

---

<sup>485</sup> Butschek 1978: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 48–50.

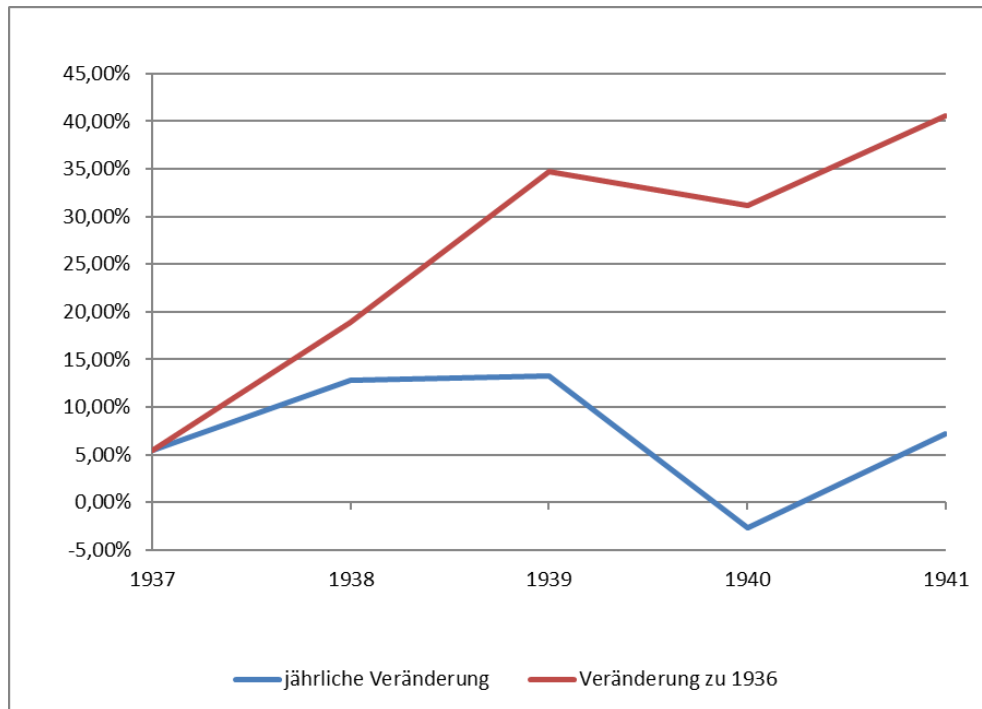
<sup>486</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 84 und 90–91.

<sup>487</sup> GBI für das Land Österreich (1938/10/22).

<sup>488</sup> GBI für das Land Österreich 1938/13/39.

Wehrmacht und/oder einer Verringerung der Rüstungsproduktion aufgrund sinkender Nachfrage, steigerte sich der kumulierte Wert bis 1941 noch auf über 40%.

Abbildung 38: Veränderung Bruttonationalprodukt Österreich 1937-1941



Quelle: Daten aus Butschek (1985), S. 221; eigene Darstellung

Der sprunghafte Anstieg des Bruttonationalprodukts nach dem „Anschluss“ ist vorwiegend der Expansion der Grundstoffindustrie zuzuschreiben. Die industrielle Produktion konnte erst 1939 ihren Anteil um 30% steigern, ebenso die Bauwirtschaft mit einem Zuwachs von 25%.<sup>489</sup>

Die zur Belebung der Wirtschaft notwendigen Mittel standen recht schnell für öffentliche Projekte bereit. Dort, wo große Unternehmen errichtet oder erweitert wurden, bedurfte es auch eines Ausbaus der Infrastruktur und der Energieversorgung, etwa durch die Errichtung neuer Kraftwerke.<sup>490</sup> Diese Investitionen erfolgten in manchen Bereichen in einem derart großen Umfang, wie es ihn für die österreichische Industrie seit dem Ersten Weltkrieg nicht

<sup>489</sup> Butschek 1978: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 68.

<sup>490</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 211.

mehr gegeben hatte.<sup>491</sup> Dabei wurden unterschiedliche Prioritäten festgelegt: Während etwa die Förderung von Erdöl ausgeweitet wurde, erfuhren Projekte im österreichischen Kohlebergbau eine Zurückstufung in der Priorisierung. Da die Zufuhr an Kohle aus dem Altreich zur Befriedigung der österreichischen Bedürfnisse mehr als ausreichend war, wurden keine weiteren Mittel in Ausbau oder Modernisierung der Kohleunternehmen aufgewendet. Auf Unternehmensebene wurden ebenfalls bald einige Großprojekte zur Erweiterung der Rüstungskapazitäten gestartet, so etwa im Rahmen der Expansion der *Reichswerke Hermann Göring* mit Bauten in Linz. Dort wurde auch ein Projekt zur Errichtung eines Stickstoffwerkes durch die *IG Farben* in Angriff genommen. Zunächst zur Produktion von Dünger für die Landwirtschaft vorgesehen, wurde rasch Stickstoff als Grundlage für Sprengstoffe hergestellt. Ein weiteres Großprojekt wurde in Ranshofen realisiert. Das dort errichtete Aluminiumwerk sollte sich während des Krieges zum größten Aluminiumproduzenten des Deutschen Reiches entwickeln. Auch in Niederösterreich wurden umfangreiche Investitionen vorgenommen. Unter anderem wurden in Wiener Neustadt 1938 die *Wiener Neustädter Flugzeugwerke (WNF)* für die Produktion von Jagdflugzeugen gegründet. Zudem wurde in Wiener Neudorf ein Flugmotorenwerk gebaut und in St. Valentin ein Werk zur Produktion von Panzern geplant (*Nibelungenwerk*). In Westösterreich wurden die *Jenbacher Berg- und Hüttenwerke* zu einem wesentlichen Zulieferunternehmen für die Flugzeugproduktion erweitert. Die Jahre 1938 bis 1940 waren geprägt von zahlreichen Unternehmensgründungen und Betriebsausbauten, ab 1944 kamen umfangreiche Umsiedelungen von Rüstungsunternehmen aus dem Altreich verstärkt hinzu. Für den Auf- und Ausbau der österreichischen Rüstungsindustrie und die Übersiedlungen sprach die strategische Lage aus wirtschaftlicher und militärischer Sicht: Während des Krieges war es zunächst die geringere Distanz zur Ostfront, gegen Ende der Schutz vor feindlichen Luftangriffen.<sup>492</sup> Für die lokale Standortwahl, etwa Linz als neues Rüstungszentrum, sprachen nicht unbedingt nur die bereits vorhandenen Produktionskapazitäten oder die Facharbeitskräfte, sondern auch die günstige Verkehrslage.<sup>493</sup> Eine wesentliche Bedeutung kam dabei der Donau zu. Sie sollte als Verkehrsverbindung zwischen wichtigen Rüstungszentren innerhalb Österreichs dienen und

---

<sup>491</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 327–329.

<sup>492</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 412–413.

<sup>493</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 102.

in weiterer Folge an Main und Rhein angebunden werden. Damit verbunden wurden auch (teilweise bereits vor dem „Anschluss“ geplante) Kraftwerksprojekte zur Energieversorgung wiederbelebt.<sup>494</sup>

Einige Faktoren waren einem schnelleren Aufschwung sogar hinderlich. So zog sich als Reaktion auf den „Anschluss“ (aber auch bereits im Vorfeld) ein Teil des ausländischen Kapitals aus Österreich zurück.<sup>495</sup> Auch das neu übernommene deutsche Steuersystem sah eine Angleichung an das deutsche Niveau vor. Aufgrund der bisher niedrigeren Steuersätze, der schwachen Wirtschaftslage und der langsamen Überleitung der Steuergesetze wodurch die Steuereinnahmen in der geplanten Höhe erst ab 1941 flossen, hatte das Reich nicht genügend liquide Mittel aus Steuerquellen, um seine hohen Ausgaben in Verbindung mit der Eingliederung Österreichs zu decken.<sup>496</sup> Zudem bremste die neue Steuerpolitik den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs und die Abgaben aus Steuern ans Deutsche Reich stellten eine hohe Belastung der österreichischen Liquidität dar.<sup>497</sup> Zudem standen viele Klein- und Mittelunternehmen bei den Rationalisierungsanforderungen vor großen Herausforderungen. Es fehlte Ihnen an entsprechenden Anlagen, der notwendigen Kapitalausstattung und dem Know-how zur Umsetzung. Auch warteten die Unternehmen mit dem Kauf von Investitionsgütern auf die für Herbst 1938 angekündigte komplette Aufhebung der Zölle auf Einfuhren aus dem Altreich in Erwartung niedrigerer Preise.<sup>498</sup>

Hätte es keine besonderen Schutzvorkehrungen gegeben und wäre die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft nicht zur Unterstützung der Aufrüstung vorgesehen und mit umfangreichen Investitionen versorgt gewesen, sie hätte dem Druck der deutschen Wirtschaft nicht standhalten können und es wäre laut Dieter Stiefel und Fritz Weber sogar zu einer Deindustrialisierung Österreichs gekommen.<sup>499</sup>

---

<sup>494</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 409–410.

<sup>495</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 338.

<sup>496</sup> Banken 2018: Hitlers Steuerstaat, S. 297.

<sup>497</sup> Luza 1977: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, S. 132.

<sup>498</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 151–152.

<sup>499</sup> Stiefel und Weber 2001: "Drei zu Zwei", S. 491.

### 3.2. Aufteilung und „Bereinigung“ der Industrie

*„Vor Eingehen in die Tagesordnung der heutigen Generalversammlung der Feinstahlwerke Traisen AG vorm. Fischer in Wien sei mir ein kurzer Rückblick gestattet und besonders des 11. März dieses Jahres [1938], eines Wendepunktes in der Geschichte unserer lieben schönen Heimat gedacht. Die Ostmark ist mit dem deutschen Mutterlande wieder vereinigt; wir alle sind tief bewegt von der Größe dieses Geschehens, voll freudiger Zuversicht stehen wir an der Schwelle einer neuen glanzvollen Zeit, die wie wir sehnlichst wünschen, für unser Unternehmen Wohlstand, weiteren Aufstieg, sowie hoffnungsvolle Ausblicke für die Zukunft voraussehen lässt. Dem Manne, der dieses einzigartige historische Werk der Heimkehr Österreichs in das Großdeutsche Reich zu schaffen vermochte, gilt der verehrungsvolle Gruß und der aufrichtige Dank der heutigen Generalversammlung. Dem Herrn Reichskanzler, unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Sieg-Heil!“<sup>500</sup>*

Die Auswirkungen des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich wurden in der österreichischen Industrie rasch sichtbar. Eine erste in die Wirtschaft eingreifende Maßnahme war die Verdrängung von Juden aus dem Wirtschaftsleben. Jüdische Großunternehmen mit einem Wert von min. 100 Tsd. RM oder einem Jahresumsatz von min. 500 Tsd. RM mussten an die *Kontrollbank* veräußert werden. Diese verkaufte die Unternehmen an wirtschaftlich befähigte und politisch genehme Personen oder andere Unternehmen und übermittelte die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis einem „Arisierungsfonds“. In Wien dürfte sich das „arisierte“ Betriebsvermögen in Summe auf rund 321 Mio. RM belaufen haben, wobei der Preis wahrscheinlich 50% unter dem tatsächlichen Wert lag. Hinzu kam noch eine Reihe von Unternehmen, die aufgrund ihrer geringen Relevanz geschlossen wurden. Innerhalb eines Jahres wurden 85% der für weiterführungswürdig erachteten jüdischen Unternehmen „arisiert“ und 64% der als nicht mehr wirtschaftlich relevant eingestuften Unternehmen geschlossen. Somit wurden alleine in Wien von insgesamt 25 Tsd. „arisierten“ Unternehmen rund 21 Tsd. geschlossen. Einzig die Bedenken bezüglich negativer Einflüsse auf das Exportgeschäft verhinderten eine schnellere und noch radikalere „Arisierung“.<sup>501</sup> Jedenfalls wurde die „Arisierung“ als für die Umsetzung des Vierjahresplans notwendige Maßnahme gesehen, auch wenn es für ihre Durchführung in Österreich keine von den Nationalsozialisten

---

<sup>500</sup> BA-A, CA-IB Feinstahlwerke 38/01 und 02, Protokoll der 17. ordentlichen Generalversammlung, Feinstahlwerke Traisen AG, 02.08.1938 Eröffnungsrede Präsident des Verwaltungsrates Erich Heller.

<sup>501</sup> Luza 1977: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, S. 143–144.

vorher festgelegte Strategie gab. Treibende Kraft bei den Maßnahmen war Hermann Göring.<sup>502</sup>

Viele Unternehmen gingen unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtübernahme selbst daran, jüdische MitarbeiterInnen aus leitenden Positionen zu entlassen. Teils getrieben durch Parteidruck oder durch nationalsozialistische MitarbeiterInnen, teils aber auch in Erwartung bevorzugter Beachtung bei öffentlichen Aufträgen versuchten sie, in die Gunst des neuen Regimes zu gelangen. Vielfach wurden die offenen Stellen mit NationalsozialistInnen besetzt und bestehende DirektorInnen traten der Partei bei. Damit verfolgten sie neben der Beseitigung jedweden Zweifels an ihrer Linientreue das Ziel, ihre unternehmerische Handlungsfreiheit weitgehend zu bewahren.<sup>503</sup> Auch deutsche Unternehmen mit Betriebsstätten in Österreich, etwa die *IG Farben*, wurden dazu angehalten, ihre jüdischen Angestellten zu entlassen. Gottfried Plumpe ist der Ansicht, dass die *IG Farben* durch diese Maßnahme großen Schaden genommen hat. Neben der Entlassung ihrer Hauptverantwortlichen für das Südosteuropageschäft, Isidor Pollack und Wilhelm Roth, verloren etliche Repräsentanten bis hin zu Stenotypistinnen ihre Beschäftigung.<sup>504</sup> Nachdem viele österreichische Industrielle vor dem „Anschluss“ entweder Anhänger der Regierungen Dollfuß und Schuschnigg waren oder zumindest den Nationalsozialisten ablehnend gegenüberstanden, waren diese nun ebenfalls der Verfolgung ausgesetzt.<sup>505</sup> Bei *Berndorfer* informierte der Betriebszellenobmann am 24. Mai 1938 die Belegschaft darüber,

*„dass einige Angestellte und Arbeiter wegen ihres vielfach gehässigen Verhaltens und ihrer Einstellung gegenüber der nationalsozialistischen Bewegung, beziehungsweise wegen ihres Verhaltens gegenüber Gefolgschaftsmitgliedern während der Systemzeit, anlässlich des Umbruchs auf Verlangen der Gefolgschaft von der weiteren Dienstleistung enthoben werden mussten. Es handelt sich um die Angestellten: Braun (Jude), Dr. Gruss, Harnisch, Lenitz, Wagenhofer, ferner um die Arbeiter: Liebisch und Swoboda. [...] Da eine Wiedereinstellung der Genannten unter der Gefolgschaft Erbitterung hervorrufen würde und die endgiltige Entfernung derselben aus*

---

<sup>502</sup> Weber 2004: Die Arisierung in Österreich: Grundzüge, Akteure und Institutionen., S. 42–45.

<sup>503</sup> Buchheim 2006: Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933-1945, S. 374.

<sup>504</sup> Plumpe 1990: Die I. G. Farbenindustrie AG, S. 642.

<sup>505</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 30.



*dem Betrieb als notwendig erscheint, beschließen die Vertrauensleute einstimmig, eine weitere Zusammenarbeit mit denselben abzulehnen.*<sup>506</sup>

Nachdem *Böhler* bei den Nationalsozialisten aufgrund ihres jüdischen Verwaltungsratspräsidenten Eugen Friedländer, ihrer positiven Haltung gegenüber dem Ständestaat und dem Mangel an NSDAP-Mitgliedern im Vorstand nicht gut angeschrieben war, wurde nach dem „Anschluss“ der Großteil des Führungs- und Verwaltungspersonals entlassen. Der Generaldirektor der *Böhler*, Karl Planer, wurde bereits im April 1938 entlassen, nachdem er sich nicht dazu bereit erklärt hatte, eine Rede auf Hitler zu halten. Dadurch stieg der Einfluss der *Vereinigten Stahlwerke AG* Düsseldorf, die zwischen 1938 und 1942 sukzessive ihren Anteil an *Böhler* mittels Eigentumsübertragung, Zwang und Kapitalerhöhungen auf mehr als 67% erhöhte. Direkte Übernahmen durch deutsche Unternehmen erfolgten oftmals nach dem Schema, zuerst die Unternehmensleitung mit Nachdruck abzusetzen, danach das Eigentum zu übernehmen und schließlich die Übernahme aus den Eigenmitteln des jeweiligen Unternehmens zu finanzieren.<sup>507</sup>

Mit Oktober 1938 waren beinahe zwei Drittel der PräsidentInnen des Verwaltungsrates der größten österreichischen Unternehmen aus ihren Positionen entfernt worden. Bis 1939 sollten noch weitere Führungspositionen folgen, sodass es beinahe kein größeres Unternehmen mehr mit denselben Gremien wie vor dem „Anschluss“ gab.<sup>508</sup>

---

<sup>506</sup> BA-A, CA-IB Krupp 40/05 und 06, Protokoll zur Sitzung der Vertrauensleute der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG, 24.05.1938.

<sup>507</sup> Sandgruber 2004: Zur Germanisierung Österreichs in der NS-Zeit, S. 156-158, 161.

<sup>508</sup> Eigner 1997: Die Konzentration der Entscheidungsmacht., S. 557–558.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

**Abbildung 39: Beispiele für Entlassungen aus Führungspositionen österreichischer Unternehmen**

Industrieunternehmen	Person	Führungsposition
Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG	Arthur Krupp	Verwaltungsrat
	Otto Russo	Verwaltungsrat
	Franz Rottenberg	Verwaltungsrat
Enzesfelder Metallwerke AG	Josef Mauler	Prokurist
Feinstahlwerke Traisen AG	Karl Herisch	Prokurist
	Erwin Subak	Prokurist
Hirtenberger Patronen-, Zündhütchen- und Metallwarenfabrik	Gottfried Hohenlohe-Schillingsfürst	Verwaltungsrat
	Hans Mauthner	Verwaltungsrat
	Barthold Stürgkh	Verwaltungsrat
	Franz Jose Windischgrätz	Verwaltungsrat
	Fritz Mandl	Verwaltungsrat
	Werner von Arx	Verwaltungsrat
	Carl Vaugoin	Verwaltungsrat
	Andreas Morsey	Verwaltungsrat
	alle	Prokuristen
Maschinenfabriks AG N. Heid	Otto Russo	Verwaltungsrat
Österreichische Brown-Boveri Werke AG	Ernst Egger	Verwaltungsrat
	Felix Stransky	Verwaltungsrat
	Robert Jonas	Verwaltungsrat
	Adolf Egger	Vorstandsmitglied
	Oskar Strakosch	Vorstandsmitglied
Österreichische Siemens Schuckert-Werke	Robert Glesinger	Prokurist
	Emil Freund	Vorstandsmitglied
	Eugen Ottahal	Prokurist
Schoeller Bleckmann Stahlwerke AG	Hans Löwenfeld-Ruß	Vorstandsmitglied
Simmeringer Waggonfabrik	Arthur Kubie	Vorstandsmitglied
	Paul Cahn-Speier	Vorstandsmitglied
	Gustav Fall	Vorstandsmitglied
"Solo" Zündwaren und Chemische Fabriken AG	Emil Freund	Verwaltungsrat
	Ludwig Fischer	Verwaltungsrat
	Emil Reitler	Verwaltungsrat
	Isidor Eisenbruch	Verwaltungsrat
	Antonin Basch	Verwaltungsrat
	Ernst Fürth	Verwaltungsrat
Steirische Gußstahlwerke AG	Otto Russo	Verwaltungsrat
	Paul Götzl	Verwaltungsrat
Steyr-Daimler-Puch AG	Ludwig Czerwenka	Verwaltungsrat
	Paul Götzl	Verwaltungsrat
	Hans Löwenfeld-Ruß	Verwaltungsrat
	Karl Pfeffer	Verwaltungsrat
	Otto Russo	Verwaltungsrat
	Karl Taussig	Verwaltungsrat
Veitscher Magnesitwerke AG	Hans Adler	Vorstandsmitglied
	Max Garr	Vorstandsmitglied
	Ludwig Neurath	Vorstandsmitglied
	Rudolf Steiner	Vorstandsmitglied
	Carl Mlikowsky-Lotha	Vorstandsmitglied

Quelle: Der Österreichische Volkswirt, 30. Jahr, 1938, Die Bilanzen Nr. 30 S. 228 und Nr. 32 S. 243, 257, 259, 267;

eigene Darstellung

Während der Durchführung des „Anschlusses“ versuchten das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsfinanzministerium eine Zeit lang, Österreich als gleichberechtigten Partner in das Deutsche Reich zu integrieren. So wurden einige Gesetze und Maßnahmen zur erleichterten Integration in die deutsche Wirtschaft mit Zeit zur Anpassung erlassen. Aber trotz des Versuches, alle Maßnahmen auf eine gesetzliche Basis zu stellen, konnten (oder sollten) die rasch einsetzenden unkontrollierten „Arisierungen“ zunächst nicht verhindert werden.<sup>509</sup> Viele österreichische NSDAP-Mitglieder wollten durch die „Arisierungen“ für ihre Unterdrückung während des Ständestaates entschädigt werden. Bürckel bedeutete jedoch, *„das Ziel der Entjudung [sei] eine Leistungs- und Wertsteigerung der Betriebe [...]. Die Übertragung der ehemals jüdischen Betriebe darf nur an solche Kaufwerber erfolgen, die auch die fachlichen Voraussetzungen erfüllen.“* Bevorzugt wurden aber dennoch Nationalsozialisten, sofern sie diesen Vorgaben (halbwegs) entsprachen. Jedenfalls mussten aber negative Auswirkungen auf das Exportgeschäft minimiert werden. Hier konnte es bei der Übernahme gewisse Ausnahmen oder Erleichterungen geben.<sup>510</sup> Grundsätzlich sah man die „Arisierungen“ als Möglichkeit, die Eingliederung österreichischer Unternehmen in den Rüstungsprozess mitzufinanzieren. Zwar sollte die Umstellung auf Rüstungsproduktion von Rationalisierungsmaßnahmen begleitet und durch reichsverbürgte Kredite finanziell unterstützt werden. Jedoch war dies zu wenig, um die notwendigen umfangreichen Investitionsvorhaben gänzlich zu finanzieren. Die restlichen Mittel sollten zu einem Großteil durch jüdisches Privatvermögen bereitgestellt werden. Neben den jüdischen Unternehmen sollten dies Sperrmarkkonten jüdischer EmigrantInnen oder Zwangsanleihen für jüdische Vermögen mit dem Reich als Treuhänder sein. Probleme wurden eher in der Verwendung dieser Mittel gesehen, da diese in erster Linie über die Vierjahresplanbehörde in die Rüstung fließen sollten. Eine Verwaltung der Mittel durch die Vermögensverkehrsstelle hätte eine für die gesamte österreichische Wirtschaft zielgerichtete Verteilung ermöglicht. Der gesamte zur Verfügung stehende Betrag wurde mit vier bis fünf Milliarden Reichsmark beziffert.<sup>511</sup> Ein Teil der für die „Arisierungen“ benötigten Mittel wurde auch von österreichischen Banken bereitgestellt. Diese brachten nicht nur jüdische EigentümerInnen und interessierte

---

<sup>509</sup> Eigner und Stiefel 2001: Forced Take-over, S. 4–5.

<sup>510</sup> Bürckel 1939: Ein Jahr Wiederaufbau in der Ostmark., S. 301.

<sup>511</sup> OESTA, AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2120 1, Gedächtnisniederschrift. Wirtschaftsschutzgesetz und Finanzierung der österreichischen Wirtschaft., 05.08.1938.

KäuferInnen in Verbindung oder agierten als Treuhänderin, sie stellten auch Kredite für die Übernahmen zur Verfügung. Jedoch folgten die Banken dabei Fritz Weber zufolge keiner „Arisierungsstrategie“ und handelten auch nicht nach rassistischen Gesichtspunkten, sondern entschieden nüchtern nach eigennützigen ökonomischen Interessen. Die Banken waren darauf bedacht, sich auf die neue politische und wirtschaftliche Situation einzustellen, den Ausfall bereits an jüdische Unternehmen vergebener Kredite zu verhindern, Vermittlungsprovisionen zu kassieren, Margen bei Kauf und Verkauf von jüdischen Unternehmen zu lukrieren und zusätzliche Kredite an neue EigentümerInnen zu vergeben.<sup>512</sup>

Beispielsweise gab es in Tirol einige Fälle von Arisierungen von Unternehmen, welche für die Rüstung relevant waren. Eines der größten Unternehmen Tirols, die *Jenbacher Berg- und Hüttenwerke*, stand schnell im Fokus der Wehrmacht. Wegen seines Maschinenparks sollte es zum Rüstungsunternehmen umgestellt werden, wurde daher enteignet und in den *Heinkel Konzern* eingegliedert.<sup>513</sup>

Fritz Mandl, der Eigentümer der *Hirtenberger Patronenfabrik*, bereitete sich auf den „Anschluss“ rechtzeitig vor, indem er sich nach Argentinien absetzte, dort ein Unternehmen gründete und sich dabei von seiner österreichischen Firma eine Unterstützung von 250 Tsd. Pfund und zusätzliche monatliche Zahlungen sicherte. Er blieb auch weiterhin Direktor des Unternehmen in Österreich, musste aber auf die Geschäftsleitung während seiner Abwesenheit verzichten. Nachdem Mandl noch rechtzeitig Aktienanteile in die Schweiz bringen konnte, sicherte er sich eine gute Verhandlungsposition gegenüber den nationalsozialistisch geprägten *Gustloff-Werken*, die seine *Hirtenberger* übernehmen sollten.<sup>514</sup> Mithilfe des Schweizer Bankhauses *Wehrli* konnte Mandl sein Aktienpaket für 150 Tsd. Pfund in Devisen und 100 Tsd. Pfund ausbezahlt in RM verkaufen. Hinzu kamen noch weitere Zugeständnisse, etwa die Auszahlung einer Pension an seinen Vater, die Freigabe seiner Bankkonten in Paris und Zürich und die Genehmigung, bei Bedarf ein neues Munitionsunternehmen in Europa erwerben zu dürfen.<sup>515</sup> Dies waren äußerst entgegenkommende Bedingungen, vor allem im Vergleich mit den sonst erfolgten

---

<sup>512</sup> Weber 2004: Die Arisierung in Österreich: Grundzüge, Akteure und Institutionen., S. 120-129.

<sup>513</sup> Schreiber 1994: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol, S. 85–86.

<sup>514</sup> Arnbom 2015: Friedmann, Gutmann, Lieben, Mandl und Strakosch, S. 47–51.

<sup>515</sup> HPF, Aushang, Protokoll zum Verhandlungsergebnis über Verkauf, 30.05.1938.

Arisierungen in Österreich. Dass Mandl den Nationalsozialisten trotz seines jüdischen Hintergrundes nicht gänzlich abgeneigt war, zeigt auch sein Brief an die Belegschaft der *Hirtenberger* kurz nach dem „Anschluss“ vor der Volksabstimmung. Darin war er überzeugt,

*„dass jetzt Arbeit geschaffen werden wird, dass man Euch nichts versprechen wird, was nicht restlos eingelöst werden wird, [und daher] fordere ich Euch auf bei der kommenden Wahl Eure Pflicht zu erfüllen und für das grossdeutsche Vaterland zu stimmen. Ihr wisst dass ich Euch nie schlecht beraten habe, und auch heute tue ich es aus vollster Überzeugung, Euch gut zu beraten.“*<sup>516</sup>

Mandl's Schweizer Firma *Solothurn* blieb hingegen in seinem Eigentum. Das Deutsche Reich bezog noch in den Jahren 1938 bis 1940 Handfeuerwaffen und Munition im Wert von 2,3 Mio. RM von *Solothurn*.<sup>517</sup> Das Unternehmen spielte aber im weiteren Verlauf des Krieges für die deutsche Rüstung keine Rolle mehr, da es aufgrund des jüdischen Hintergrunds ihres Besitzers letztlich keine Produktionsaufträge mehr erhielt.<sup>518</sup>

Die deutsche Industrie zeigte ebenfalls reges Interesse an Österreichs Ressourcen. Sie hatte es sowohl auf österreichische Unternehmen mit freien Produktionskapazitäten abgesehen als auch auf die vorhandenen Rohstoffe und das Angebot an unbeschäftigten Fachkräften.<sup>519</sup> Neben den bereits angeführten Arisierungen kam es zur sogenannten „Germanisierung“. Otto Lackinger versteht unter Germanisierung die *„Übernahme von Industriebetrieben durch das Reich, die Reichswerke sowie auch durch in kommunalem und privatem Besitz befindliche Firmen aus dem Altreich.“*<sup>520</sup> Die veränderte Gesetzeslage, zumal das Gesetz zur Umwandlung von Kapitalgesellschaften, erleichterte es, österreichische Beteiligungen aus wichtigen Unternehmen zu verdrängen und diese gänzlich in deutschen Besitz überzuführen. Mit Kriegsausbruch wurde die Lage für österreichische EigentümerInnen nochmals schwieriger. Der Druck zur Herausgabe ihrer Anteile wurde erhöht, etwa durch ausbleibende Lieferungen, Reduktion der Rohstoffkontingente oder Arbeitskräftezuteilung und der Androhung der Betriebsstilllegung. Ausländischen EigentümernInnen wurde der Bezug der Dividenden erschwert, Unternehmen von EigentümernInnen aus Kriegsgegner-Staaten wurde ein

---

<sup>516</sup> HPF, Aushang, Fritz Mandl Abschiedsbrief, 27.03.1938.

<sup>517</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 133–137.

<sup>518</sup> Hug 2002: Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus, S. 673–674.

<sup>519</sup> Koren 1961: Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration., S. 322–323.

<sup>520</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 124.

deutscher Verwalter zugewiesen.<sup>521</sup> Am 14. April 1938 wurde das Gesetz zum Schutz der österreichischen Wirtschaft, vorerst mit Gültigkeit bis Oktober desselben Jahres, erlassen. Es besagte, dass die Errichtung und die (gänzliche oder teilweise) Veräußerung von Erwerbsunternehmen oder die Beteiligung an solchen in Österreich nur durch (inländische) Personen oder Gesellschaften erfolgen durfte, welche bereits vor dem 13. März 1938 ihren ständigen Aufenthalt, Wohnsitz oder ihre Niederlassung in Österreich hatten. Auch die Verlegung von Betrieben nach Österreich oder die Erweiterung von Betrieben, die im Einfluss nicht-österreichischer Personen oder Unternehmen standen, wurde eingeschränkt. Diese Vorgänge mussten durch den Reichsstatthalter bereits vor Geschäftsabschluss genehmigt werden.<sup>522</sup> Auch wenn sich dieses Gesetz auf den ersten Blick als eine restriktive Maßnahme darstellt, so war es den Behörden, allen voran der Vierjahresplanbehörde, nun möglich, die (gänzliche oder teilweise) Übernahme von österreichischen durch deutsche Unternehmen gezielt in ihrem Sinne zu beeinflussen.<sup>523</sup> Das deutsche Eigentum in Österreich sollte sich bis Kriegsende auf ca. 1.500 Mio. Dollar summieren, was einen Anteil Österreichs am deutschen Eigentum in Europa außerhalb des Altreichs von etwa 62% ergab. Im Vergleich hierzu betrug das deutsche Eigentum in der Schweiz 225 Mio. Dollar, in Ungarn 90 Mio. und in Italien 80 Mio. In keinem anderen Land war das deutsche Eigentum so umfangreich wie in Österreich. Dabei war das Deutsche Reich Eigentümer von 326 österreichischen Firmen (Stand 1943), wovon 248 bereits vor dem „Anschluss“ existierten. Der Anteil des deutschen Eigentums an österreichischen Unternehmen hat sich in einzelnen Industriebereichen bis Ende des Krieges wesentlich erhöht. Dieser stieg im Berg- und Hüttenwesen auf 72%, der Elektroindustrie (inkl. Elektrizitätsindustrie) auf 72%, der Chemischen Industrie auf 71% und in der Maschinen- und Metallindustrie auf 54%.<sup>524</sup>

Der schnellste Weg für eine Einverleibung begehrter Industrieunternehmen bestand über die österreichischen Banken (ebenso wie bei der später erfolgten Übernahme von tschechoslowakischen Unternehmen mithilfe der tschechoslowakischen Banken). Auch wenn eine rasche Übernahme mit einigen Risiken verbunden war, waren es vor allem deutsche

---

<sup>521</sup> Hendrich 1948: Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftliche Folgen, S. 26–28.

<sup>522</sup> GBI für das Land Österreich 1938/27/82, §1-§3.

<sup>523</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 36.

<sup>524</sup> Klambauer: Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich., S. 134 und 146-147.

Banken, die sich durch Akquisitionen unmittelbar nach dem „Anschluss“ eine Ausweitung des Marktes und somit ihres Geschäfts, auch über die österreichische Grenze hinweg, erwarteten.<sup>525</sup> Eine wesentliche Rolle bei der Übernahme österreichischer Unternehmen nahm die *Creditanstalt* ein. Da sich die *Creditanstalt* mehrheitlich im Besitz der österreichischen Nationalbank und somit des österreichischen Staates befand, dieser aber ins Deutsche Reich eingegliedert wurde, ging die *Creditanstalt* ebenfalls (zunächst) ins Eigentum des Reiches über. Die von der *Creditanstalt* gehaltenen Industriebeteiligungen, welche sich auf ca. 35% ihrer gesamten Beteiligungen beliefen, wurden nun auf die deutsche Holdinggesellschaft *Vereinigte Industrieunternehmen AG (VIAG)* übertragen. Ähnlich erging es der *Industriekredit AG*, die ebenfalls ihre Industriebeteiligungen an die *VIAG* abtreten oder zumindest in einem Syndikatsvertrag der *VIAG* Mitspracherechte einräumen musste.<sup>526</sup> Nach einer Studie von Peter Eigner wies die *Creditanstalt* 1937 auf personeller Ebene ihrer österreichischen Vertreter 142 eigene Verflechtungen mit Industrieunternehmen auf, wobei ein Großteil in den Bereichen Maschinen- und Metallindustrie (33) und Elektrizitätsindustrie (25) zu finden war. Zu den Verbindungen gehörten Unternehmen wie die *Feinstahlwerke Traisen*, *Maschinenfabrik AG N. Heid*, *Steyr-Daimler-Puch AG*, *Berndorfer Metallwaren AG*, *Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG*, *Semperit AG*, *AEG* und die *Siemens-Schuckert-Werke* (Österreich). Ebenfalls viele Verbindungen ihrer österreichischen Vertreter konnte die *Länderbank* vorweisen, sie kam 1937 auf 88 mit Schwerpunkt in der Chemischen Industrie. Hierzu zählten etwa die *Dynamit Nobel AG*, *Carbidwerke Deutsch-Matrei AG* und die „Solo“ *Zündwaren- und chemische Fabriken AG*. Die *Österreichische Industriekredit-Bank* wies 1937 113 Verbindungen auf. Wesentlich waren etwa jene zur Elektroindustrie, namentlich *Felten & Guillaume AG* und *Brown-Boveri AG*. Aber auch Verbindungen zur *Semperit AG*, *Alpine Montan*, *Maschinen- und Waggonbaufabrik AG Simmering*, *Paukerwerke AG* und zur *Bleiberger Bergwerks-Union* waren vorhanden.<sup>527</sup> Die Banken stellten somit eine ideale Möglichkeit zur Steuerung relevanter Industrieunternehmen dar. Nach der Übernahme kam es auch zu einer Umbesetzung im Verwaltungsrat der *Creditanstalt*, dem nun vorwiegend regimetreue Personen aus der Rüstungsindustrie angehörten, wie Karl von Hinke, Direktor der

---

<sup>525</sup> Ziegler 2020: Die Expansion der deutschen Großbanken nach Österreich und in die Tschechoslowakei 1938/39., S. 488-489.

<sup>526</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 44–46.

<sup>527</sup> Eigner 1997: Die Konzentration der Entscheidungsmacht., S. 530–531.

*Steirischen Gußstahlwerke*, Philipp von Schoeller und Heinrich Bleckmann, gemeinsam 80%-Eigentümer des Stahlunternehmens *Schoeller-Bleckmann*, Ernst Kraus von der *Siemens-Schuckert-Werke AG*, Claus von Bohlen und Halbach, Repräsentant des Essenener *Krupp-Konzerns* und auch der Firma *Berndorfer*, Max Ilgner vom *IG Farben Konzern* und Alfred Olscher von der *VIAG*.<sup>528</sup> Zudem wurde die *Creditanstalt* durch die *VIAG* in ein Bankengeflecht integriert und dadurch von der *Deutschen Bank* dominiert. Sie sollte eine führende Rolle beim Finanzwesen und dem Handel am Balkan spielen, was bei der Führungsriege der *Creditanstalt* als Fortsetzung alter Gewohnheiten einer einflussreichen Position in Südosteuropa positiv aufgenommen wurde.<sup>529</sup>

Die *Creditanstalt* musste somit, trotz bestehender Gesetze zum Schutz vor Unternehmensübernahmen, einige Rüstungsunternehmen abtreten. So wurden etwa die *Steyr-Daimler-Puch-AG*, die *Judenburger Gußstahlwerke*, die *Kärntnerische Eisen- und Stahlwerke AG Ferlach*, die *Simmeringer Maschinen- und Waggonbau-AG* und die *Feinstahlwerke Traisen* den Reichswerken<sup>530</sup> und die *Pulverfabrik Skodawerke Wetzler AG* der *IG Farben* übertragen. Die *IG Farben* gehörten zu den begünstigten deutschen Unternehmen bei der Einverleibung österreichischer Unternehmen. Der von ihr neu gegründete *Donau Chemie AG* sollten neben der *Pulverfabrik Skodawerke* auch die *Chemische Fabrik Wagemann*, die *Seybel und Co AG*, das *Carbidwerk Deutsch-Matrei* und die *Österreichischen Kunstdünger-, Schwefelsäure und Chemische Fabrik AG* angehören. Die *Donau Chemie* hatte neben der Rüstungsproduktion die Aufgabe, die Interessen der *IG Farben* in Südosteuropa zu vertreten. Um für die Übernahme der *Pulverfabrik Skodawerke* eine offizielle Genehmigung zu erhalten, musste die *IG Farben* die Modernisierung und Erweiterung der österreichischen Anlagen, wenn möglich die Errichtung zusätzlicher Fabriken, die Ausweitung der Produktlinien und die Abtretung der Anteile an der *Sprengstoffwerke Blumau AG* zusagen.<sup>531</sup> Die *Sprengstoffwerke Blumau AG* war 1938 zu 50% im Eigentum des Staates Österreich. Die anderen 50% gehörten den Aktionären und leitenden Direktoren der *Pulverfabrik Skoda Wetzler AG*. Im Zuge der Übernahme der *Pulverfabrik* durch die *IG-Farben* sollten unter Druck des Heereswaffenamtes auch diese 50% an den Staat verkauft werden und somit in Reichsbesitz übergehen. Der

---

<sup>528</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 25–27.

<sup>529</sup> Eigner 2005: Diener der österreichischen Wirtschaft., S. 121–122.

<sup>530</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 419.

<sup>531</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 73–74.



Kaufpreis lag bei gerade einmal 15% des Nominalwertes. Mit dem Verkauf gingen die Anteile an die deutsche *Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH (Montan GmbH)*, einer dem deutschen Heer zugeordneten Gesellschaft.<sup>532</sup>

Die *Montan GmbH* wurde zu Tarnungszwecken für die geheime Aufrüstung des Deutschen Reiches mittels Treuhandvertrag gegründet, befand sich im Staatseigentum und hatte die Aufgabe, Anlagen mit Reichsmitteln zu erwerben, zu verwahren und zu verwalten. Sie konnte diese im Rahmen von Mantel- oder Pachtverträgen Dritten zum Betrieb überlassen. Weisungsbefugnisse den Betreiberfirmen gegenüber hatte die *Montan GmbH* keine, sie konnte aber ihre Anliegen an das Heereswaffenamt zur weiteren Behandlung weiterleiten. Die Abschlussprüfung der Unternehmen oblag der *Deutschen Revisions- und Treuhand AG*. Insgesamt zählte die *Montan GmbH* am Höchststand 1943 128 Betriebe zu ihrem Portfolio. Zu den österreichischen Betreiberfirmen von *Montan*-Betrieben gehörten neben der *Sprengstoffwerke Blumau AG* unter anderem die *Dynamit Nobel AG Wien*, die *Metallwerke Imst*, das *Nibelungenwerk Steyr* und die *Ostmarkwerke Wien*. Ähnlich wie die *Montan GmbH* für das Heer agierte die *Luftfahrtkontor GmbH*, später in *Bank der Deutschen Luftfahrt AG* umfirmiert, für die Luftwaffe. Sie war seit 1938 für alle Beteiligungen, Grundstücke und Kredite des Reichsluftfahrtministeriums zuständig.<sup>533</sup>

Ein weiteres Unternehmen im Eigentum der *Creditanstalt*, welches abgetreten werden sollte, war die *Semperit AG*. Vor dem „Anschluss“ hielt die *Creditanstalt* 31% an der *Semperit*, der Rest war verteilt zwischen der *Industriekredit AG*, der Familie Reithoffer und im Streubesitz. Zunächst wanderten die Anteile der *Industriekredit AG* an die *VIAG*, diese gab die Anteile aber weiter an die *Creditanstalt*. Durch weitere Zukäufe gelangte letztere zu einem Anteil von mehr als 54%, die Familie Reithoffer kam auf 22%. Die *Creditanstalt* konnte mehrere deutsche Übernahmeversuche ihrer *Semperit*-Beteiligung, etwa durch die *Continental AG*, abwehren. Dies erfolgte ironischer Weise auch durch Mithilfe des Reichswirtschaftsministeriums, welches die Entstehung eines Machtbereichs in der Gummiproduktion ähnlich jenem der *IG Farben* in der chemischen Produktion verhindern wollte. Im Gegenzug musste sich die

---

<sup>532</sup> Hendrich 1948: Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftliche Folgen, S. 18.

<sup>533</sup> Hopmann 1996: Von der MONTAN zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916 - 1951, S. 29-30, 71-73, 79-80, 88, 111 und 123.

*Semperit* verpflichten, das notwendige technische Know-how für ihre Modernisierung selbst zu erlangen und entsprechend umzusetzen. Statt einer Übernahme kam es zu einer Zusammenarbeit mit der *Continental AG* mit Wissens- und Erfahrungsaustausch, Bereitstellung von Fachpersonal und dem Tausch von Anteilen an Tochterfirmen. Eine wesentliche Änderung im Produktionsplan war die Umstellung auf künstlichen Gummi (Buna), was umfangreiche Investitionen in Produktionsanlagen mit sich brachte, für welche das Unternehmen einen Reichskredit in Höhe von 4,6 Mio. RM zugewiesen bekam.<sup>534</sup> Dass eine deutsche Übernahme der *Semperit* nicht zustande kam, lässt sich auf eine gemeinsame rechtliche Blockade der beiden Eigentümerinnen *Creditanstalt* und *Reithoffer* zurückführen. In einem von beiden Parteien unterzeichneten Vertrag wurde ein „Blockierungssyndikat“ errichtet, wodurch Weitergabe und Veräußerung von Aktien der *Semperit* eingeschränkt wurden. „Das Syndikat hat die Aufgabe, die Beständigkeit in der Geschäftsführung zu wahren und für die Zukunft zu sichern.“<sup>535</sup> Dieser Vertrag wurde zuvor sogar vom Reichswirtschaftsministerium genehmigt, jedoch in Hinblick auf ihre Zusammenarbeit mit der *Continental* mit folgenden Einschränkungen:

*„Während des 5 Jahre vom Tage des Abschlusses an laufenden Vertrages über die technische Hilfeleistung hat das Syndikat, das im Besitz der Mehrheit der Semperitaktien ist, die Verpflichtung zu übernehmen, gegen jegliche Veräußerung dieser Semperitaktien Vorkehrung zu treffen, d.h. die im Syndikat heute liegenden Aktien sind während der 5jährigen Vertragsdauer gebunden und nicht verkäuflich. Während einer 3 jährigen sogenannten Karenzzeit nach Ablauf des technischen Hilfsleistungsvertrages darf ein Verkauf von syndikatsgebundenen Semperitaktien nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums erfolgen. Diese Zustimmung wird unbedingt verweigert bei einem etwa beabsichtigten Verkauf von Konkurrenzunternehmen der Continentale – direkt oder indirekt. Sofern der Kaufinteressent kein Konkurrent ist, behält sich das Reichswirtschaftsministerium die Genehmigung des Aktienverkaufs nach Anhörung der Continentale vor. Auch die Continentale kann als Interessent am Kauf dieser syndikatsgebundenen Semperitaktien auftreten, wobei der Erwerb der Aktien der Genehmigung des Reichswirtschaftsministeriums bedarf.“*<sup>536</sup>

Ein anderes wichtiges Rüstungsunternehmen im Besitz der *Creditanstalt* war die *Martin Miller AG* in Traismauer (Anteil 89%), die sich auf Schmiede- und Stahlprodukte spezialisiert hatte.

---

<sup>534</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 305–306.

<sup>535</sup> BA-A, CA-IB *Semperit* 14/05, Syndikatsvertrag zur *Semperit*, 07.05.1939.

<sup>536</sup> BA-A, CA-IB *Semperit* 14/05, Schreiben des Reichswirtschaftsministers, 22.04.1939.

Zwar konnte ein komplettes Abtreten des Besitzes verhindert werden, eine Partnerschaft mit der deutschen Firma *Schmidt & Clemens* inklusive einer Übertragung des halben Anteils war jedoch nicht vermeidbar. Für Kapazitätserweiterungen erhielt die *Martin Miller AG* in der unmittelbaren Folgezeit Kredite in Summe von 11,8 Mio. RM von diversen Banken. Die Umsätze stiegen rasch an und zu ihren Kunden zählten andere Rüstungsunternehmen wie die *Vereinigten Deutschen Metallwerke*, *Daimler-Benz*, *Henschel*, das *Flugmotorenwerk Ostmark* und *Junkers*. Die Übertragung von Beteiligungen der *Creditanstalt* an wichtigen österreichischen Industrieunternehmen an deutsche Unternehmen diente laut Gerald Feldmann rein der Befriedigung der Begehrlichkeiten dieser Unternehmen, allen voran den *Reichswerken Hermann Göring*, und den Zielen des Vierjahresplans.<sup>537</sup> Nach den Abtretungen einiger ihrer Beteiligungen konnte sich die *Creditanstalt* jedoch eine weitgehende Handlungsfreiheit erhalten. Sie sollte ihr eigenes Geschäft vor allem in Südosteuropa vorantreiben, jedoch wurde von ihr die Bereitschaft zur weiteren Finanzierung der Rüstungsindustrie erwartet.<sup>538</sup>

Auch Unternehmen mit staatlicher Beteiligung, welche nicht im Eigentum der *Creditanstalt* waren, wurden an deutsche Unternehmen übertragen oder gelangten in deutschen Staatsbesitz. Die Ende 1923 gegründete *Staatsfabrik* setzte sich unter anderem aus der Geschütz- und Gewehrsektion in Wien, der Artillerie- und Kleingewehrmunitionssektion in Enzesfeld und der Pulver- und Sprengstoffsektion in Blumau zusammen und hatte ihren Sitz im Wiener Arsenal. Sie war neben der Aufbewahrung von Waffen und Geräten für die Erzeugung und Ingangsetzung von Artilleriematerial, Handfeuerwaffen, Munition und Spreng- und Zündmittel verantwortlich. Mit der Eingliederung ins Deutsche Reich erfolgte ihre Umfirmierung in *Ostmarkwerke GmbH*. Ausgestattet mit einem Stammkapital von 400 Tsd. RM wurde sie Eigentum des Deutschen Reiches und der dem Heereswaffenamtes zugehörigen *Montan GmbH* zugeteilt.<sup>539</sup>

Das Regime selbst wollte an sich keinesfalls eine deutsche Wirtschaft mit vielen Staatsbetrieben. Es hatte keine Absicht, weitläufig Unternehmen zu verstaatlichen oder

---

<sup>537</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 329-330 und 336.

<sup>538</sup> Feldman, Rathkolb, Venus und Zimmerl 2006: Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Bd. 1, S. 558.

<sup>539</sup> Greilinger 2013: Das Wiener Arsenal in Geschichte und Gegenwart., 141-142 und 205-208.

staatseigene Unternehmen zu gründen. Vielmehr wurde die Privatisierung von Staatsunternehmen vorangetrieben. In Einzelfällen war es jedoch notwendig, Unternehmen in Staatsbesitz zu übernehmen oder neu zu gründen, etwa wenn private Unternehmen nicht die Mittel hatten oder keinen betriebswirtschaftlichen Sinn darin fanden, kriegswichtige Investitionen selbst durchzuführen. Selbst die Beteiligung an solchen Projekten durch private Unternehmen gelang nicht immer, wie etwa bei der Gründung der *Reichswerke Hermann Göring*. Ursprünglich wollte hier der Staat keinerlei Beteiligung seinerseits eingehen, die zur Gründung aufgeforderten Unternehmen weigerten sich jedoch ob der schlechten Gewinnaussichten, ihre Mittel zur Verfügung zu stellen. Nach einigen Jahren musste selbst der Staat eingestehen, dass die *Reichswerke* nicht rentabel produzierten.<sup>540</sup>

---

<sup>540</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 405–407.

### **3.3. Exkurs: Wirtschaftliche Auswirkungen deutscher Besetzung in europäischen Ländern**

Die Durchführung des „Anschlusses“ Österreichs galt für die Nationalsozialisten in gewisser Weise als „Modell“ bei der Eingliederung anderer Regionen, etwa der tschechoslowakischen Grenzgebiete oder des Elsass.<sup>541</sup> Das Deutsche Reich wusste um die Potentiale und die Nachteile anderer europäischer Staaten, konnte die Schwerpunkte einer wirtschaftlichen Eingliederung teilweise im Vorhinein festlegen, entsprechende Maßnahmen setzen und gezielten Raubzug betreiben.

Dies bekam sehr bald die Tschechoslowakei zu spüren. Ihre Eroberung brachte dem Deutschen Reich zusätzliche Reserven an Gold und Devisen. Zudem kam noch ein umfangreicher Vorrat an Rohstoffen und Fertigwaren in Höhe von rund 2,9 Mrd. RM. Erfreut zeigte sich die Wehrmacht über den hohen Bestand an Kriegsgerät, welches für die Ausrüstung von 20 Divisionen ausreichte. Für die Rüstungsindustrie von Wert waren neben den großen, mit technisch ausgezeichneten und nicht voll ausgelasteten Produktionsanlagen ausgestatteten tschechoslowakischen Rüstungsunternehmen, wie *Skoda-Pilsen*, auch die mehr als 200.000 erbeuteten technischen Zeichnungen und Patente. Zählt man noch die vielen FacharbeiterInnen hinzu, die am Arbeitsmarkt zu finden waren, wurde die Eroberung der Tschechoslowakei, zumindest des Protektorats Böhmen und Mähren, als wirtschaftlicher Zugewinn eingestuft.<sup>542</sup>

Bereits vor ihrer Eroberung unterhielt das Deutsche Reich intensive Handelsbeziehungen mit den Staaten Belgien, Luxemburg und der Niederlande. Luxemburg etwa besaß umfangreiche Erzvorkommen, Belgien lieferte Metallwaren, die Niederlande Lebensmittel. Jedoch trieben diese Länder auch regen Handel mit Frankreich und Großbritannien. Nur durch wirtschaftlichen und politischen Druck allein hätten diese Staaten ihre wirtschaftliche Ausrichtung nicht auf das Deutsche Reich verlagert. Für das Reich war eine Eroberung somit eine logische Konsequenz. Es bestanden bereits Pläne für eine Umstellung der Wirtschaftsordnung in diesen Staaten auf die Bedürfnisse des Reiches. Neben der Versorgung der Armee beinhalteten diese unter anderem die Festlegung des Wechselkurses, Vorgaben

---

<sup>541</sup> Kaden und Nestler 1988: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938 - 1945), S. 23.

<sup>542</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 197–201.

zum Zahlungsverkehr und die Regelung von Preisen und Löhnen. Die Eroberung der Niederlande brachte dann zudem unmittelbar Gold und Devisen im Wert von rund 450 Mio. RM, umfangreichen Stahlvorrat und Rohstoffe. In Belgien wurden 70 Tonnen Gold beschlagnahmt und große Mengen an brauchbarem Kriegsgerät. Auch hier standen wieder Arbeitskräfte für die Rüstungsindustrie zur Verfügung, welche zunächst im Altreich, dann aber in der Industrie ihrer Heimatländer eingesetzt wurden.<sup>543</sup> Aufgrund der Erfahrungen aus der Okkupation durch das Deutsche Reich im Ersten Weltkrieg konnte sich Belgien bereits auf die bevorstehende abermalige Besetzung einigermaßen vorbereiten. Innerhalb kürzester Zeit machten die Belgier den Deutschen Zugeständnisse, wodurch sie eine vollständige Eingliederung ins Deutsche Reich verhindern konnten. Mit dem Einmarsch deutscher Truppen wurden gleichzeitig die Umwechslung von Banknoten in Gold beendet, die Goldreserven ins Ausland transferiert, der Devisenhandel unter staatliche Kontrolle gestellt und die Börsen geschlossen.<sup>544</sup>

Ebenfalls bereitete sich Norwegen auf eine mögliche deutsche Invasion vor. In Absprache zwischen Regierung und Wirtschaft wurden aufgrund der weitgehenden Importabhängigkeit große Mengen an Vorräten angelegt, vorwiegend Nahrungsmittel und Rohstoffe. Zudem verlagerte auch die norwegische Zentralbank ihre Goldbestände ins Ausland.<sup>545</sup> Weniger zu befürchten hatte Dänemark. Hitler hatte angeordnet, dass die Dänen in der freundlichsten Weise zu behandeln seien, da sie keinerlei Widerstand leisteten. Folglich wurden Wirtschaftsverträge nach bislang üblichen Standards abgeschlossen. Die Dänen konnten über ein Dänisch-Deutsches Regierungskomitee ihre Wirtschaft weitgehend selbst steuern. Dafür konnten die Deutschen umfangreiche Kapazitäten wichtiger dänischer Unternehmen, etwa bei Schiffswerften oder bei Werkzeugherstellern, nutzen. Die Deutschen vertrauten auf die Zuverlässigkeit der Dänen und nahmen Abstand von einer Reorganisation der dänischen Wirtschaft, Übernahmen von Eigentum, der Plünderung von Vorräten und Devisen, oder der Verpflichtung von ZwangsarbeiterInnen.<sup>546</sup> Dennoch spürten dänische Unternehmen den deutschen Druck. Sie mussten ihre Vorräte verringern, ihre Produktionsanlagen nutzten sich ab und konnten nicht erneuert werden und sie blieben aus technologischer Sicht im

---

<sup>543</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 254-260 und 264–266.

<sup>544</sup> Oosterlinck und White 2016: *La Politique du Moindre Mal*, S. 173.

<sup>545</sup> Espeli 2016: *The Economic Effects of the German Occupation of Norway, 1940-1945*, S. 240–241.

<sup>546</sup> Mazower 2009: *Hitler's empire*, S. 267.

Rückstand, da sie vom Know-how-Austausch mit anderen Ländern abgeschnitten wurden. Auch die strikte Ressourcenkontrolle zeigte ihre Wirkung. Die aus deutscher Sicht relevanten Unternehmen, vornehmlich in der Rüstungsindustrie und der Nahrungsmittelproduktion, konnten ihre Betriebe aufrechterhalten. Die meisten anderen Bereiche hatten mit steigenden Preisen und sinkender Produktivität zu kämpfen.<sup>547</sup> Für die dänische Industrie wirkte sich die deutsche Besetzung vorwiegend im Bereich des Imports aus. Sie war abhängig von der Zufuhr chemischer Stoffe, Kohle, Eisen und Öl. Einige Unternehmen konnten Alternativen entwickeln, vornehmlich in der chemischen Industrie, andere mussten ihre Produktion zurückfahren oder gänzlich einstellen. Selbst deutsche Kohleimporte reichten nicht dafür aus. Erst allmählich nahmen dänische Unternehmen deutsche Produktionsaufträge an, wodurch ihnen auch die notwendigen Rohstoffe zugewiesen wurden. Vor allem die Rüstungsindustrie wurde bedacht und Unternehmen wie das *Dansk Industrie Syndikat* belieferten die Wehrmacht mit Waffen. Diese Aufträge weiteten sich aus und die Nachfrage überstieg bald das Angebot. Aufgrund mangelnder Rohstoffe konnte die Industrie die Nachfrage nicht in entsprechendes Wachstum umwandeln, wobei zumindest eine ausreichende Kapitalausstattung dafür zur Verfügung gestanden wäre. Die deutsche Kontrolle über die dänische Industrie hielt sich dabei in Grenzen. Sie war nur bei Preisvorgaben zu spüren, es gab jedoch keine „Arisierung“ dänischer Unternehmen und die Zusammenarbeit basierte auf der Auftragsvergabe in Abstimmung mit der dänischen Industrievertretung und den Behörden.<sup>548</sup>

Das Deutsche Reich hat zwar auf seinen Raubzügen Unmengen an Gütern, Arbeitskräften und Rohstoffen erbeutet, es stand aber oftmals vor der Frage, ob nicht ein Verbleib dieser Produktionsfaktoren und eine Steigerung der Produktion im jeweiligen Land der Kriegsanstrengung dienlicher wären. Im Falle der Niederlande wurden große Mengen an Rohstoffen und später im Krieg auch einige Arbeitskräfte ins Reich gebracht. Dennoch verblieben die meisten Produktionsfaktoren, allen voran der Großteil an Arbeitskräften und Vermögen, im Land, wodurch die Industriekapazitäten erhalten und sogar ausgebaut wurden. Dass die niederländische Wirtschaft auch mit umfangreichen deutschen Aufträgen versorgt wurde und die Plünderung des Landes, zumindest anfänglich, in eingeschränktem Maß erfolgte, war aber wesentlich dem Umstand zuzuschreiben, dass das nationalsozialistische

---

<sup>547</sup> Hansen 1997: The Danish Economy During War and Occupation, S. 74–75.

<sup>548</sup> Andersen 2016: A Mild Occupation? Denmark, 1940-1945, S. 312–313.

Regime die Niederländer als Teil der „arischen“ Rasse ansah und Pläne für deren Integration ins Deutsche Reich schmiedeten.<sup>549</sup>

Mit der Ausdehnung des Deutschen Reiches in Europa und der damit verbundenen Vergrößerung des Binnenwirtschaftsraumes kam es zur Abkehr von den bislang bestehenden bilateralen Clearingverträgen. Um den Ausgleich der Handelsbilanz innerhalb der Staaten zu erleichtern, vor allem in Hinblick auf die Zeit nach dem gewonnenen Krieg, wurde auf ein zentral gesteuertes multilaterales Clearingsystem umgestellt. Importüberschüsse bei anderen Staaten konnten nun durch Clearingspitzen mit dem Reich gedeckt werden. Das bedeutete jedoch nicht, dass die Staaten ihren Güterbedarf beliebig decken konnten. Vor allem bei wichtigen Rohstoffen war die Freigabe aus dem Reich notwendig.<sup>550</sup> Das deutsche Clearing-Defizit mit besetzten, neutralen und alliierten Staaten wuchs während des Krieges erheblich an. Bei Ländern, welche mehr oder weniger bereits Teil des Reiches waren, etwa das Protektorat Böhmen und Mähren, oder die es bald werden sollten, wie die Niederlande, wurde das Clearing-Verfahren zurückgeschraubt. Diese Länder entwickelten sich somit zu deutschen GläubigerInnen, musste aber gleichzeitig auch deutsche Schatzanweisungen erwerben.<sup>551</sup> Die Einbeziehung der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Frankreichs in ein gemeinsames Verrechnungssystem erlaubte es letztlich dem Deutschen Reich, sich ungehindert bei diesen Ländern zu verschulden.<sup>552</sup>

Eine weitere Belastung erfuhren die besetzten Länder durch die Überbewertung der Reichsmark gegenüber der eigenen Landeswährung. Dies ermöglichte es dem Deutschen Reich, zu günstigen Wechselkursen Importgüter zu beziehen. Hingegen wurde der Export aus dem Deutschen Reich verteuert und durch strenge Kontrollen zusätzlich erschwert. Dadurch entstanden den besetzten Ländern enorme Handelsüberschüsse.<sup>553</sup> Tschechoslowakische Nationalbank und Ministerien ersuchten das Reichswirtschaftsministerium um Beibehaltung zumindest ihrer Zollhoheit, da die Errichtung einer gemeinsamen Zollunion mit dem Deutschen Reich eine sofortige Angleichung der Materialpreise und Löhne mit sich gebracht hätte, vor allem in Kombination mit der erfolgten Abwertung der tschechoslowakischen Krone

---

<sup>549</sup> Lak 2016: *Trading with the Enemy?*, S. 143.

<sup>550</sup> Volkmann und Chiari 2009: *Ökonomie und Expansion*, S. 176–177.

<sup>551</sup> Scherner 2016: *The Institutional Architecture of Financing German Exploitation.*, S. 49.

<sup>552</sup> Tooze 2008: *Ökonomie der Zerstörung*, S. 449–450.

<sup>553</sup> White 2016: *The Long Shadow of Vichy.*, S. 107.



gegenüber der Reichsmark. Für die traditionell exportorientierte tschechoslowakische Wirtschaft hätte dies sonst einen immensen Rückschlag bedeutet. Diesem Gesuch wurde entsprochen, da auch das Deutsche Reich an einer Aufrechterhaltung des Exportgeschäfts interessiert war, zumindest vor Kriegsausbruch.<sup>554</sup> Hingegen musste Norwegen während der Besetzung seine intensiven Handelsbeziehungen mit Großbritannien beenden und seinen Bedarf an Nahrungsmitteln und Kohle mithilfe des Deutschen Reiches decken. Dieses wiederum war von norwegischen Rohstofflieferungen abhängig und an der Aufrechterhaltung der norwegischen Industrie und seiner Verkehrswege interessiert, regelte aber gleichzeitig maßgeblich wirtschaftliche Faktoren wie Wechselkurse und Import- und Exportpreise.<sup>555</sup>

In Summe hat das Deutsche Reich erheblichen Nutzen aus der Besetzung europäischer Länder gezogen. Die Summe aus den hinfälligen Clearing-Krediten und den Besetzungskosten, welche die Länder zu tragen hatten, belief sich auf über 100 Mrd. RM, was dem durchschnittlichen jährlichen deutschen Nationaleinkommen während des Krieges entsprach.<sup>556</sup> Viele Länder wie Belgien, Frankreich oder die Niederlande mussten erhebliche Summen zur Begleichung der Besetzungskosten an das Deutsche Reich zahlen und die deutschen Kriegsanstrengungen unterstützen. Zudem konnte die deutsche Administration sowohl die Zahlungsflüsse als auch Lieferungen und Produktionsprogramme nach ihren Bedürfnissen beeinflussen.<sup>557</sup> Ausgebeutet wurden in der Regel jene Wirtschaftsbereiche, mit denen das Deutsche Reich seinen eigenen Bedarf zu decken hatte. Die anderen Bereiche wurden entweder wegen Mangels an Ressourcen, durch gezielte Schließung unwichtiger Produktion oder aufgrund befürchteter Sabotagemöglichkeiten nur eingeschränkt am Laufen gelassen. Die deutsche Administration in den besetzten Gebieten wusste zwar um die wichtigen Industrien, eine optimale Ausnutzung vorhandener Kapazitäten war aber nicht immer durchführbar. Es war oftmals nicht möglich, die dafür notwendige Planung aufgrund des unklaren Kriegsverlaufs durchzuführen. Zudem fehlte es an statistischem Material über die einzelnen Industriebereiche und die Arbeitskräfte. In einigen Fällen war die deutsche Administration

---

<sup>554</sup> Teichova 1997: Instruments of Economic Control and Exploitation: the German Occupation of Bohemia and Moravia., S. 90.

<sup>555</sup> Espeli 2016: The Economic Effects of the German Occupation of Norway, 1940-1945, S. 255–257.

<sup>556</sup> Scherner 2016: The Institutional Architecture of Financing German Exploitation., S. 43.

<sup>557</sup> Oosterlinck und White 2016: La Politique du Moindre Mal., S. 180.

selber nicht in der Lage, die Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten zu koordinieren und zu überwachen.<sup>558</sup>

Deutsche Unternehmen waren sich der ungleichen Kräfteverteilung der Länder bewusst und nutzten diese zu ihrem Vorteil etwa bei der Verhandlung von Lieferbedingungen. Sie suchten dabei auch die Kontakte zu den deutschen Militäradministrationen der betroffenen Länder, um ihren Einfluss zu erhöhen.<sup>559</sup> Eine Zusammenarbeit zwischen deutschen Unternehmen und Unternehmen in eroberten Gebieten war dennoch oft für beide Seiten sinnvoll, wenn auch nicht aus denselben Beweggründen. Unterstützt vom Regime sollten die Produktionskapazitäten der deutschen Rüstungsindustrie etwa in Frankreich durch die Expansion deutscher Unternehmen erweitert werden, was diesen eine Sicherung und Erweiterung ihrer Auftragslage und somit anhaltenden Profit in Aussicht stellte. Französische Unternehmen wiederum konnten, trotz Eingriffen in ihr Produktionsprogramm, ihren Fortbestand und somit viele Arbeitsplätze sichern.<sup>560</sup> Viele deutsche Unternehmen und ihre westeuropäischen Partner wollten auch weder durch Göring noch durch irgendwelche Gauleiter eine Störung ihrer über lange Zeit, teils bereits in der Zeit vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten, aufgebauten Beziehungen. Sie sahen im Krieg eine Chance, auf diesen Verbindungen aufzubauen und diese auch für die Zeit nach Kriegsende zu stärken.<sup>561</sup> Auch wartete nicht jedes deutsche Unternehmen sehnsüchtig auf Expansionsmöglichkeiten durch Eigentumserwerb in den eroberten Gebieten. Vielfach war dies nicht notwendig, um die eigene Marktposition zu behaupten, oder die Unternehmen waren nicht bereit, das Risiko eines Erwerbes zu tragen. Selbst bei „Arisierungen“ wurden betriebswirtschaftliche Aspekte einer Übernahme berücksichtigt. Jedenfalls folgten sie in ihren Entscheidungen langfristigen Gewinnzielen und ließen sich nicht durch schnelle Akquisitionsmöglichkeiten verleiten, ihre finanziellen Mittel ohne entsprechende Absicherung in eine unsichere Expansion zu investieren.<sup>562</sup>

---

<sup>558</sup> Overy 1997: The Economy of the German "New Order", S. 19.

<sup>559</sup> Boldorf 2016: Forced Collaboration, Entrepreneurial Strategies, and Their Long-Term Effects in France., S. 132–133.

<sup>560</sup> Gehrig 1996: Nationalsozialistische Rüstungspolitik und unternehmerischer Entscheidungsspielraum, S. 120.

<sup>561</sup> Mazower 2009: Hitler's empire., S. 268.

<sup>562</sup> Buchheim 2006: Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933-1945, S. 380–381.

Während der Besetzung Frankreichs kam es dennoch zu einigen Übernahmen französischer Unternehmen durch deutsche, vor allem im Zuge der „Arisierung“ jüdischen Eigentums. Die Unternehmensübernahmen oder -beteiligungen erfolgten aber nicht systematisch, vielmehr nahmen die deutschen Unternehmen oft in der Verhandlungsphase Abstand von ihren ursprünglichen Übernahmeplänen. Dafür kam es zu Joint-Ventures, die sich auch in der Rüstungsindustrie zeigten, etwa in der Sprengstoffproduktion. Enge Zusammenarbeit gab es auch auf Projektebene. So konnte selbst die bereits etablierte französische Luftfahrtindustrie von deutschen Innovationen profitieren, wodurch sie ihre Produktionsmöglichkeiten erweitern und verbessern konnte. Bei der Produktionszusammenarbeit waren deutsche Unternehmen dennoch darauf bedacht, den französischen Unternehmen nicht allzu viel Know-how bekannt zu geben. Die Effekte der aufgrund der Besatzung und Zusammenarbeit mit deutschen Unternehmen eingeleiteten Produktionsmodernisierungen waren in Frankreich selbst nach dem Krieg noch spürbar: es wurden in einigen Bereichen umfangreiche Gewinne erwirtschaftet, statistische Erhebungen durchgeführt, es kam zu effizienterem Einsatz von Arbeitskräften, einer Produktivitätssteigerung und letztlich auch noch zu einem technologischen Fortschritt.<sup>563</sup>

Die Ausrichtung relevanter belgischer und niederländischer Unternehmen sollte den deutschen Vorstellungen entsprechend entweder durch eine aufgezwungene Verknüpfung mit unter Wehrmachtkontrolle stehenden deutschen Unternehmen erfolgen, durch die freiwillige Unterstützung von einheimischen Schlüsselpersonen oder durch private Initiative unter staatlicher Aufsicht. Schließlich sollte aufgrund unternehmerischen Widerstandes nur letztere Methode wirkungsvoll sein und den deutschen Unternehmen Anteile an niederländischen und belgischen Unternehmen bringen. Grund für den Widerstand waren unterschiedliche Interessen und mangelnder direkter Kontakt zwischen den Unternehmen. Zumeist erfolgte der Informationsaustausch über offizielle Stellen, welche jedoch mehr auf reibungslose Produktion und Lieferung bedacht waren als auf die Verflechtung der Unternehmen. Zudem gab es nur einen geringen Fluss an deutschem Kapital. Einzig über den Weg der „Arisierung“ konnten noch weitere Unternehmen in deutschen Besitz gebracht

---

<sup>563</sup> Boldorf 2016: Forced Collaboration, Entrepreneurial Strategies, and Their Long-Term Effects in France., S. 126.

werden.<sup>564</sup> Ähnlich wie in Österreich gab es auch in Belgien eine in der Industrie dominante Bank, die für das Deutsche Reich von hohem Interesse war. Die *Société Générale* war an 800 Unternehmen wesentlich beteiligt und kontrollierte 30-40% der belgischen Industrie. Sie hatte sich aber bereits auf einen deutschen Einmarsch und eine folgende deutsche Kontrolle der Bank vorbereitet, indem sie ihre Führung nach Frankreich verlegte, mit der Option, weiter in den Kongo zu ziehen. Die belgische Regierung war darum bemüht, die Leistungsfähigkeit der belgischen Industrie aufrechtzuerhalten, um der Wirtschaft eine rasche Erholung nach dem Ende der Feindseligkeiten zu ermöglichen. Dabei sollten aber Kriegsprofite und Schuldzuweisungen an belgische Unternehmen nach dem Krieg vermieden werden. Es gelang jedoch nicht immer, dem deutschen Druck standzuhalten, einige belgische Industrieunternehmen im Nahbereich der *Société Générale* versuchten Aufträge abzulehnen, nur teilweise durchzuführen oder die Lieferungen zu verzögern. Andere konnten sich diesem nicht entziehen, zumal sie direkter deutscher Kontrolle unterlagen.<sup>565</sup>

Sofern Unternehmen ausländische AnteilseignerInnen hatten, kam es normalerweise darauf an, welchem Land diese zuzuordnen waren, um mit deutschen Unternehmen gleichbehandelt zu werden. Eine Gleichstellung erfuhren etwa Unternehmen mit EigentümerInnen aus Norwegen, Luxemburg, Belgien oder den Niederlanden. Unternehmen mit britischen oder französischen EigentümerInnen mussten mit Nachteilen rechnen, die von einer Ablehnung der Entschädigung von Kriegsschäden bis zur Betriebsstilllegung reichten.<sup>566</sup>

Ein Beispiel für eine umfangreiche Eingliederung auf Unternehmensebene, neben jenem Österreichs, stellt, wie oben bereits erwähnt, die Industrie der Tschechoslowakei dar. Bereits in den 1930er Jahren war es ein erklärtes Ziel der tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik, den Anteil ausländischer EigentümerInnen an der eigenen Industrie zu reduzieren, wobei der Anteil deutscher Beteiligungen an Tschechoslowakischen Unternehmen vor dem Münchner Abkommen rund 6% betrug. Etwa wurde der Einfluss der Hauptaktionärin der *Dynamit AG Bratislava*, der *IG Farben* mit ihrer Tochter *Dynamit Nobel AG*, reduziert. Der Effekt war eine Verringerung der Auslandsinvestitionen. Andere große deutsche Unternehmen mit

---

<sup>564</sup> Aalders 1997: Three ways of German economic penetration in the Netherlands: Cloaking, Capital interlocking and "Aryanization", S. 283.

<sup>565</sup> Oosterlinck und White 2016: La Politique du Moindre Mal., S. 176–177.

<sup>566</sup> Gehrig 1996: Nationalsozialistische Rüstungspolitik und unternehmerischer Entscheidungsspielraum, S. 85–86.

Beteiligungen an tschechoslowakischen Unternehmen waren die *AEG, Siemens & Halske* und die *Deutsche Bank*. Nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich und seinen Folgen für die jüdische Bevölkerung, zumal den jüdischen UnternehmerInnen, setzte auch eine Verlagerung jüdischen Kapitals aus der Tschechoslowakei ins nicht zum Deutschen Reich gehörende Ausland ein. Nach der Eingliederung der Tschechoslowakei kam es zu umfangreichen Neugründungen und Übernahmen. Noch 1939 wurden von den *Reichswerken Hermann Göring* die *Sudetenländische Bergbau AG* mit einem Aktienkapital von 80 Mio. RM und die *Sudentenländische Treibstoffwerke AG* mit einem Aktienkapital von 200 Mio. RM gegründet. Einige Jahre nach der Eingliederung waren alle großen tschechoslowakischen Unternehmen unter deutscher Kontrolle. Bei der Übernahme von Anteilen an tschechoslowakischen durch deutsche Unternehmen gingen letztere meist aus Eigeninteresse vor und sicherten sich dabei die Unterstützung des Staates. Nicht selten sprachen sich dabei deutsche Unternehmen untereinander ab. Mit einem gewissen „Vorrecht“ agierten dabei jedoch die *Reichswerke*, etwa bei der durch Verfügung übernommenen *Witkowitz Bergbau- und Eisenhütten-Gewerkschaft*.<sup>567</sup> Bei der Übernahme der *Waffenwerke Brünn* durch die *Reichswerke* gab es zunächst einige Schwierigkeiten mit den ausländischen EigentümerInnen. Sie gaben erst unter dem Druck des Einmarsches nach und verzichteten auf ihre Anteile. Ähnliches vollzog sich bei der Übernahme der *Skoda-Werke*. Eine rücksichtslose Enteignung unliebsamer EigentümerInnen erfolgte jedoch vorerst nicht, da internationale Konsequenzen, etwa in Bezug auf Rohstofflieferungen, befürchtet wurden.<sup>568</sup> Solange noch Frieden in Europa herrschte, verhandelten deutsche Bankiers, UnternehmerInnen und Behördenvertretungen mit ausländischen EigentümerInnen tschechoslowakischer Großunternehmen zwecks Erwerbs ihrer Anteile. Mit Kriegsausbruch waren diese Verhandlungen hinfällig und ausländisches Eigentum wurde von deutschen privaten und öffentlichen Unternehmen übernommen. Auch bei den übrigen Unternehmen setzten frühzeitig Übernahmen durch „Arisierung“ und „Germanisierung“ ein.<sup>569</sup>

---

<sup>567</sup> Radandt 1969: Beteiligungen deutscher Konzerne an Unternehmungen in der Tschechoslowakei 1938 bis 1945, S. 157-158, 164 und 178-179.

<sup>568</sup> Wixforth und Ziegler, Dieter (2008): Die Expansion der Reichswerke "Hermann Göring" in Europa, S. 270–272.

<sup>569</sup> Teichova 1997: Instruments of Economic Control and Exploitation: the German Occupation of Bohemia and Moravia., S. 98–99.

Aufgrund der technisch hochwertigen Produktionsanlagen, der verfügbaren Kapazitäten und der Liefermöglichkeiten konnte die tschechoslowakische Industrie relativ schnell in den deutschen Rüstungsprozess einbezogen werden. Deswegen wurde der Abtransport von verfügbaren Rohstoffen und Halbfertigwaren ins Deutsche Reich beendet und den tschechoslowakischen Unternehmen zur Produktionsverwendung zugewiesen.<sup>570</sup> Die tschechoslowakische Wirtschaft wurde jedoch weitgehend nicht mit neuem umfangreichen technologischen Wissen durch die deutsche Industrie ausgestattet. Auch wurden keine Anreize zur eigenständigen Investition in technologische Innovation gesetzt. Verbunden mit einer Abwertung der tschechoslowakischen Krone gegenüber der Reichsmark, der Festsetzung von Preisen und Löhnen auf deutsches Niveau und dem Mangel an Arbeitskräften waren dadurch viele tschechoslowakische Produkte am Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Nur die tschechoslowakische Rüstungsindustrie profitierte maßgeblich von den deutschen Eingriffen. Sie erhielt zusätzliches Material, Arbeitskräfte, Maschinen und das notwendige technologische Know-how. Die EigentümerInnen und das Management von Rüstungsunternehmen im Protektorat Böhmen und Mähren wurden zudem davon überzeugt, dass die staatliche Kontrolle nur von kurzer Dauer wäre und die freie Marktwirtschaft nach dem „Endsieg“ wieder eingeführt werde. Dies führte zur Erwartung einer wiederkehrenden Konkurrenzsituation, wodurch die strategische Investitionsplanung der Unternehmen maßgeblich beeinflusst wurde. Folglich sollte die Produktion erweitert, der Absatz gesteigert und die Produktivität verbessert werden, was auch den Zielen des nationalsozialistischen Regimes entsprach. Die Deutschen stellten zudem während ihrer Besetzung fest, dass die tschechoslowakische Industrie empfänglich war für eine zentrale Kontrolle und somit eine planmäßige Vorgabe der Produktion leichter akzeptierte. Sie nutzten dies zur Umstellung der Industrie auf Rüstungsproduktion, regelten die Verteilung von Arbeitskräften, Rohstoffen und Kapital und reduzierten die Produktion von nicht kriegswichtigen Gütern. Zudem wurde der Handel auf das Deutsche Reich umgeleitet, welches beim tschechoslowakischen Import 80% und beim Export 71% vereinnahmte und somit die Abhängigkeit erhöhte.<sup>571</sup>

---

<sup>570</sup> Kaden und Nestler 1988: Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938 - 1945), S. 47–49.

<sup>571</sup> Balcar und Kucera 2016: System Transformation as Consequence of the German Occupation?, S. 353-358.

### 3.4. Rationalisierung, Modernisierung und Rüstungsplanung

Ein wesentliches Ziel der Nationalsozialisten war die Modernisierung der österreichischen Wirtschaft. Dabei sollte eine Steigerung des Bruttoninlandsproduktes mithilfe eines erhöhten Industrialisierungsgrads, einer Ausweitung der Technisierung und der Umstellung auf eine leistungsorientierte Gesellschaft erreicht werden. Aufgrund der ungenutzten Kapazitäten der österreichischen Wirtschaft waren die Auswirkungen der florierenden deutschen Wirtschaft schnell spür- und messbar. Zudem wurde eine nachhaltige Verlagerung industrieller Schwerpunkte von bisherigen Ballungszentren in die „Provinz“ (hier vor allem nach Westösterreich) betrieben. Auswirkungen der Industrialisierung waren neben der regionalen Verlagerung von Wirtschaftszentren auch die zunehmende Bedeutung von Großunternehmen, die Steigerung der Grundstoff- und Investitionsgüterproduktion zulasten der Konsumgüterproduktion und die Etablierung von staatlichen Industrieunternehmen (z.B. *Reichswerke*). Die wirtschaftsstimulierenden Maßnahmen verfolgten aber nicht nur rein kriegsorientierte Zwecke. Investitionen in die Infrastruktur, Änderungen in der Ausbildung und der Einzug von Technik in die Landwirtschaft waren Teil des Modernisierungsziels. Gleichzeitig gab es auch einschneidende Maßnahmen, welche diesem Ziel entgegenwirkten. So wurden die Demokratie ausgehebelt und wesentliche Bereiche der Gesellschaft dem Führerprinzip untergeordnet. Zudem wurden die Menschenrechte beschnitten, viele Personen ausgegrenzt, verfolgt und ermordet oder mussten sich als ZwangsarbeiterInnen im Dienst der Modernisierung und der Kriegswirtschaft zu Tode arbeiten.<sup>572</sup>

Als Grundlage für die Rationalisierung der Rüstungsproduktion galten die Einführung von Massenfertigung, die Normierung von Produktteilen und die Reduzierung der Produktvielfalt. Zwar war die Rationalisierung oft durch unklare Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung und deren Fehlplanungen gekennzeichnet, dennoch gelang es, diese Maßnahmen in vielen Unternehmen und Industrien umzusetzen. Während die Rationalisierung in der Elektroindustrie bald ihre Wirkung zeigte, stellte sich der Werkzeugmaschinenbau ob der sich schnell ändernden qualitativen Nachfrage nur langsam um. Die Rüstungsindustrie war zwar prädestiniert für die Massenfertigung, die unterschiedlichen und wechselnden Produktionsprogramme und nicht produktionsreife Waffenanforderungen bedingten aber

---

<sup>572</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 348–351.

sich schnell ändernde Produktionsprozesse, welche wiederum vielseitig einsetzbare Werkzeugmaschinen benötigten. Zudem planten einige Unternehmen frühzeitig für die Produktion ziviler Güter nach Kriegsende und die dafür notwendigen Mehrzweckmaschinen. Der Einsatz von Einzweckmaschinen hätte nicht nur eine schnellere Produktion ermöglicht, sondern auch den Einsatz ungelernter Arbeitskräfte nach kurzer Anlernzeit erlaubt. Dies war später im Verlauf des Krieges vor allem im Hinblick auf den Einsatz von Kriegsgefangenen und ZwangsarbeiterInnen zweckdienlich.<sup>573</sup> Die Modernisierungsleistungen des NS-Regimes sollten laut Hans Mommsen jedoch nicht überbewertet werden. Zwar setzten die Nationalsozialisten einige Schwerpunkte in einzelnen ihnen wichtigen wirtschaftlichen Bereichen, die Grundlage für eine Modernisierung des Deutschen Reiches wurde aber bereits in der Zeit vor der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten geschaffen. Dies betraf etwa industrielle Rationalisierungen, die von Kommandowirtschaft, fehlenden parlamentarischen Hürden und einem Abbau bürokratischer Prozesse profitierten. Dabei wurden aber Bereiche wie die Konsumgüterindustrie und der Verkehrssektor zurückgestuft, Normierungen erst spät durchgeführt, die Innovationstätigkeiten durch fehlgeleitete Investitionen teilweise gehemmt und letztendlich der für die Rüstungsindustrie wichtige Bereich der Werkzeugmaschinenindustrie lange Zeit vernachlässigt.<sup>574</sup>

Die österreichische Industrie an sich wollte die Chance auf neue Aufträge nutzen und plante, auch vor dem Hintergrund der Rationalisierungsvorgaben, schnellstmöglich die bestehenden Produktionsanlagen durch den Kauf von deutschen Maschinen zu erneuern. Ihre Erwartungen und Pläne konnten jedoch aus verschiedenen Gründen, etwa aufgrund der Lieferengpässe deutscher Unternehmen, nicht erfüllt werden. Die Modernisierung der österreichischen Industrie lag aus Sicht der deutschen Industrie nicht immer auf der höchsten Dringlichkeitsstufe.<sup>575</sup>

Die Zulieferindustrie spielte bei der Rüstungsproduktion jedoch eine wesentliche Rolle. Die Endfertigung von Waffen konnte nur dann ihr gefordertes Soll erfüllen, wenn sie auch die notwendigen Vorprodukte in ausreichender Stückzahl und in der veranschlagten Zeit erhielten. Dies verlangte einerseits eine genaue Abstimmung in der Lieferkette, zum anderen

---

<sup>573</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 220–223.

<sup>574</sup> Mommsen 1995: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 394–397.

<sup>575</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 115–116.



auch Maßnahmen zur Ausfallsvermeidung, etwa durch zusätzliche Liefermöglichkeiten. Gerade bei komplexen Systemen mit einer Vielzahl von Komponenten oder langen Fertigungszeiten von Vorprodukten konnten sich ein Ausfall oder Verzögerungen drastisch auf die Endfertigung auswirken. Die dazu notwendige Berücksichtigung bei der Planung von Produktionsmengen, Kapazitätserweiterungen, Rohstoff- und Arbeitskräftezuteilungen war ein wesentlicher Erfolgsfaktor, welcher aber durch die dezentralen Beschaffungsinstitutionen nicht effizient zu tragen kam. Hinzu kam noch die fehlende Übersicht über die Zulieferindustrie und somit eine geringe Kontrollfähigkeit darüber. Das führte auch dazu, dass viele dieser Zulieferunternehmen nicht als Rüstungsunternehmen eingestuft waren und somit nicht oberste Priorität bei Rohstoff- und Arbeitskräftezuteilungen hatten. Diese Umstände erschwerten die Vereinheitlichung von Produktionsprogrammen und verhinderten einen effizienteren Produktionsprozess, der notwendig gewesen wäre, um das gesamte Outputpotential auszunützen.<sup>576</sup> Zusätzlich sollte durch ein System des Outsourcing von Teilarbeiten und der Erweiterung des Zuliefernetzwerks die Arbeitseffizienz und damit die Produktivität gesteigert werden. Das Outsourcing hatte noch weitere Vorteile: es konnte ein Teil des Produktionsrisikos auf andere Unternehmen umgelegt werden, nicht ausgenutzte Kapazitäten wurden hinzugezogen und es wurden vermehrt Klein- und Mittelbetriebe in den Produktionsprozess eingebunden. Ein wesentlicher Faktor war hierbei der Lerneffekt, nachdem einzelne Arbeitsschritte durch regelmäßige Durchführung immer weniger Zeit in Anspruch nehmen. Zudem nützt das Management die Erfahrung aus vorhergehenden Produktionszyklen, um zukünftige effizienter zu gestalten. Dies führte mitunter zur Auslagerung einzelner standardisierter Produktionsschritte, wodurch sich die einbezogenen Zulieferunternehmen wiederum auf diese wenigen Schritte fokussieren konnten. Damit entstanden sogenannte economies of scale. Dieses Prinzip wurde vom Deutschen Reich vorrangig in der Flugzeugindustrie erkannt und erfolgreich eingesetzt.<sup>577</sup>

Die Produktivität der ArbeiterInnen sollte durch motivierende Methoden erhöht werden. Dies war die Aufgabe der Deutschen Arbeitsfront, welche vor allem den Gemeinschaftsgedanken beschwor und das Bild der leistungsorientierten Arbeit als Zielvorstellung positiv hervorhob.

---

<sup>576</sup> Bagel-Bohlan 1975: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939, S. 128–130.

<sup>577</sup> Scherner, Streb und Tilly 2014: Supplier networks in the German aircraft industry during World War II and their long-term effects on West Germany's automobile industry during the 'Wirtschaftswunder', S. 1001-1002.

Parallel wurden die Wirtschaftssektoren auf ihre Leistungsfähigkeit überprüft. Die weit verbreiteten schlechten Arbeitsbedingungen und Sozialstandards, unzulänglichen Ausbildungsstände, überholten Produktionsanlagen, Managementdefizite und mangelnde Effizienz erforderten umgehend ein umfangreiches Modernisierungsprogramm. Die für solch ein Programm benötigten öffentlichen Mittel flossen aber mehrheitlich Großunternehmen zu, wodurch Klein- und Mittelunternehmen oftmals vom Markt verdrängt wurden. Der Produktivitätsunterschied zum Altreich konnte aber letztendlich auch durch dieses Programm nicht verringert werden.<sup>578</sup> Mit der Rationalisierung verbunden war auch die Umstellung des Entlohnungssystems. Dieses richtete sich nach der vorgegebenen Stückzahl oder Arbeitszeit. Zudem wurden Prämien ausbezahlt und den Arbeitskräften ein gewisser Einfluss auf den Output gewährt. Neben niedrigeren Produktionskosten und steigender Produktivität zielte das System darauf ab, die Belegschaft von externen Einflüssen zu distanzieren und die einzelnen MitarbeiterInnen direkt kontrollieren zu können. Um die Belegschaft enger an das Unternehmen zu binden, verbreitete sich der Bau von Werkswohnungen in Betriebsnähe und die soziale Sorge um das jeweilige Familienwohl stieg. Dies sollten Anreize vor allem für die Bindung wichtiger FacharbeiterInnen darstellen.<sup>579</sup>

Obwohl es restriktive Vorgaben für Arbeitsplatzwechsel und phasenweise auch Verbote gab, kam es immer wieder zu Abwerbungen von Arbeitskräften innerhalb der Rüstungsindustrie. Damit verbunden hielten auch die Lohnfestsetzungen dem Druck des Arbeitsmarktes nicht immer stand. Dem folgte eine Aushöhlung des Preisstopps, vor allem im Rüstungsbereich, wodurch der Inflationsdruck erhöht wurde.<sup>580</sup> Die Erhöhung des Lohns, welche bereits durch die Währungsumstellung ausgelöst wurde, hatte aber nicht immer den gewünschten Anreiz zur Produktivitätssteigerung:

*„Der Österreicher zieht in der Regel ein gemütliches Arbeiten, selbst bei einem niedrigeren Lebensstandard, dem Tempo im Altreich vor, und es wird gar nicht möglich sein, ihn in den nächsten Jahren dadurch, daß man ihm das Geschenk der deutschen Löhne macht, zu intensiverer Arbeit zu bringen. Man wird ihn nur an den höheren Lebensstandard angewöhnen, ohne die entsprechende Leistung von ihm zu erhalten. Der Arbeiter in der Provinz ist aber durchaus gediegen und in seinen Grenzen zuverlässig und leistungsfähig. Ein Unterschied besteht in*

---

<sup>578</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 429.

<sup>579</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, 225-227 und 246.

<sup>580</sup> Eichholtz 1971: Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945, S. 27–30.

*Wien, wo der Arbeiter neben der österreichischen geringeren Leistungsfähigkeit auch sehr verwöhnt und anspruchsvoll ist.*<sup>581</sup>

Die Angleichung von Preisen war für die Industrie grundsätzlich problematisch. Aufgrund der Aufwertung des Schillings wurde zwar das Lohnniveau angepasst, jedoch erfolgte dadurch auch eine Erhöhung österreichischer Preise von Verbrauchsgütern und Produktionsmittel über jene des Altreiches. Diesem Effekt konnten die sinkenden Weltmarktpreise, die hohe Auslastung der österreichischen Wirtschaft und die Senkung von gewissen Steuern und Gebühren nicht ausreichend entgegenwirken.<sup>582</sup> Um einer Inflation infolge von steigenden Preisen durch den Lohnanstieg und der erhöhten Nachfrage nach Rohstoffen und Maschinen zu begegnen, wurden umgehend nach dem „Anschluss“ die Preise einer strengen Regulierung und die Rohstoffe einem Zuteilungssystem unterworfen. Zudem wurden die Handelsspannen, vor allem bei Rohstoffen und Halbfabrikaten, festgesetzt. Die Erhöhung der Preise konnte letztlich nur durch eine Rationalisierung der Unternehmen und eine Verringerung der Produktpalette verhindert werden. Deren Umsetzung wurde durch die Rationalisierungsstelle in Wien kontrolliert.<sup>583</sup> Die großen Preisunterschiede waren auf die technische Rückständigkeit der österreichischen Industrie zurückzuführen. Aufgrund der Lieferengpässe für neue Maschinen im Altreich konnten Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen nur langsam umgesetzt werden. Hinzu kamen noch Probleme bei der Rohstoffversorgung und hohe Strom- und Transportkosten, wodurch eine Angleichung des Preis- und Kostenniveaus nur zögerlich erfolgte.<sup>584</sup> Ein Problem lag auch bei den hohen Zinsbelastungen durch Kredite aus der Zeit vor dem „Anschluss“. Viele Banken erwarteten durch den wirtschaftlichen Aufschwung auch umfangreiche Zinseinnahmen. Nachdem diese Kredite aber mit 20% und mehr verzinst waren, konnten sich viele Unternehmen die Rückzahlung der Kredite samt hoher Zinsen nicht leisten.<sup>585</sup> Einige kleinere Firmen hatten wegen der Festsetzung von Preisen zudem die Bedenken, ihre Selbstkosten nicht decken zu können. Sie traten daher direkt mit

---

<sup>581</sup> OESTA, AT-OeStAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung, Erwin Junghans. Brief an die Reichsgruppe Industrie über die Rationalisierungsstelle Wien, 12.06.1939.

<sup>582</sup> Butschek 1978: Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 56.

<sup>583</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 146–147.

<sup>584</sup> Weber 1995: Zwischen abhängiger Modernisierung und Zerstörung., S. 330.

<sup>585</sup> OESTA, AT-OeStAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung, Wirtschaftskammer Südmark, Industrieabteilung. Förderung von Sanierungen., 13.07.1939.

der Wehrmacht in Verhandlung, um eine Zusicherung der Selbstkostenabgeltung nach Lieferung zu erhalten.<sup>586</sup>

Bis Kriegsbeginn war eine Angleichung von Preisen, Kosten und Produktivität der österreichischen Industrie an das Niveau im Altreich noch nicht vollzogen. Hinzu kam, dass die Messlatte noch höher gesetzt wurde, da vom Regime grundsätzlich eine erneute Produktivitätssteigerung der deutschen Industrie gefordert wurde. Selbst die umfangreichen Geldmittel, die für Investitionstätigkeiten zur Erneuerung und Erweiterung der veralteten Produktionsanlagen und für Rationalisierungsmaßnahmen zur Verfügung standen, reichten nicht für einen raschen Umstellungsprozess. Nicht nur, dass die für die Herstellung der benötigten Anlagen notwendigen Rohstoffe unzureichend vorhanden waren, durften diese Anlagen oftmals nicht in Österreich hergestellt werden, sondern mussten aus dem Altreich bezogen werden. Dieses hatte aber selbst umfangreiche Lieferschwierigkeiten. Auch die auftretenden Verluste aufgrund der vorgegebenen Preissenkungen konnten von den Unternehmen nicht zeitgerecht durch reduzierte Kosten kompensiert werden. An Schwierigkeiten für die Industrie kamen noch Veränderungen in der Verkehrsinfrastruktur, die Devisen- und Ausfuhrreglementierung, die Bilanzumstellung, sozialrechtliche Veränderungen, FacharbeiterInnenmangel und die Verdrängung von jüdischen UnternehmerInnen, Angestellten und ArbeiterInnen aus der Wirtschaft hinzu.<sup>587</sup> Eine weitere Belastung für die Firmen war mitunter auch der umfangreiche bürokratische Verwaltungsaufwand. Die *Alpine* errechnete als Beispiel eine Kohlenmeldung vom Oktober 1939, die sie an verschiedene Wirtschaftsgruppen und Fachverbände übermitteln musste. Um diese Meldung auszuführen mussten zwei Angestellte einen ganzen Tag Informationen zusammentragen. Dieser Mehraufwand ließ sich aus Sicht der *Alpine* nicht rechtfertigen.<sup>588</sup>

Mit Kriegsausbruch hatte sich die Lage verschärft. Der Fokus wurde vermehrt auf die Rüstungsproduktion durch Großunternehmen gelegt, Klein- und Mittelunternehmen wurden nur mehr als Zulieferer eingestuft oder zur Versorgung der Bevölkerung verpflichtet. Damit verbunden wurde die Produktion von Konsumgütern verringert und es kam zu

---

<sup>586</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>587</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 44–45.

<sup>588</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

Betriebsstilllegungen. Erst nachdem die Unternehmen eine bessere Eingliederung in die Rüstungsproduktion forderten und sich dadurch die Heeresaufträge steigerten, konnte sich die Lage für einige davon, zumeist für solche, die für die Rüstungsproduktion geeignet waren oder sich schnell umstellen konnten, verbessern. Aber selbst Anfang 1940 war die Einbindung österreichischer Unternehmen in die Kriegswirtschaft noch unzureichend. Innerhalb Österreichs gab es bei der Rationalisierung zudem regionale Unterschiede. So waren etwa bis September 1940 nur rund 30% der oberösterreichischen Produktionsanlagen erneuert worden, wobei der Rückstand auch hier durch anhaltenden Mangel an Kapital, Rohstoffen und ArbeiterInnen und die fehlenden Bezugsmöglichkeiten der notwendigen Maschinen erklärbar ist. Weniger Probleme gab es bei der Umstellung der betrieblichen Organisation und der Verringerung der Produktpaletten. Vor allem Klein- und Mittelunternehmen und jene Unternehmen, die keine Rüstungsgüter produzierten, hatten mit den hohen Anforderungen zu kämpfen. Wesentlich leichter hatten es Unternehmen, die mit einem deutschen Unternehmen verbunden waren. Sie konnten auf deren Know-how und Ressourcen zugreifen.<sup>589</sup> Sowohl die Preisbildungsstelle als auch der Industriellenbund sprachen sich grundsätzlich für eine Fusionierung von österreichischen mit deutschen Unternehmen aus, bemängelten jedoch die damit verbundenen hohen Abgaben, die mehrere Prozent des Kapitals ausmachten und von Klein- und Mittelunternehmen oftmals nicht aufgebracht werden konnten. Zudem waren deutsche Unternehmen nicht unbedingt auf den Erwerb von österreichischen Unternehmen angewiesen, um am österreichischen Markt präsent zu sein, insbesondere nachdem der Gebietsschutz wegfiel.<sup>590</sup> Die Rationalisierungsstelle im Stabe des Reichskommissars befürwortete in diesem Zusammenhang auch den Zusammenschluss von mehreren kleinen, sich ergänzenden oder überschneidenden Unternehmen innerhalb eines bestimmten Absatzgebietes, um die geforderten Rationalisierungsmaßnahmen umsetzen zu können.<sup>591</sup>

Viele dieser Klein- und Mittelunternehmen konnten erst durch öffentliche Aufträge die für Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsanpassungen notwendigen finanziellen Mittel

---

<sup>589</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 171–172.

<sup>590</sup> OESTA, AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2120 8 Steuererleichterungen, Preisbildungsstelle. Fusionsbegünstigungsgesetz, 28.11.1938.

<sup>591</sup> OESTA, AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung, Rationalisierungsstelle. Bericht über ihre Tätigkeit 15.01.1939-25.05.1939, Datum unbekannt.

lukrieren. Bei vielen Großunternehmen wurden der Aufschwung der österreichischen Wirtschaft und ihr Rationalisierungs- und Modernisierungskurs hingegen recht bald sichtbar, vor allem an der Börse. Im Zweijahresvergleich lagen die notierten österreichischen Aktienkurse Anfang 1939 wertmäßig um 39 Mio. RM über jenen von Anfang 1937, wobei nicht alle Wirtschaftsbereiche den gleichen Erfolg verbuchen konnten. Die eisenerzeugende und die metallverarbeitende Industrie konnten wertmäßig nur recht langsam zulegen. Dennoch fanden die Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen rasch Einzug in die Industriebereiche und ihre Unternehmen. Die eisenerzeugende Industrie wurde technisch modernisiert und ihre Erzeugungsprogramme vereinfacht. Sie bezog hauptsächlich Handelseisen aus dem Altreich und erzeugte in erster Linie Edelstahl und Sonderprodukte. Die Maschinenindustrie bekam weitgehende Aufträge aus anderen Industriezweigen. Die Elektroindustrie profitierte von umfangreichen Aufträgen zur Produktion von elektrischen Maschinen, Kabeln, Leitungen und Rundfunkgeräten. Ein Großabnehmer war unter anderem die Wehrmacht für den Bau von Flughäfen. Da diese Industrie von zahlreichen Klein- und Mittelunternehmen geprägt war, kamen ihr die erlassenen Schutzmaßnahmen besonders zu Hilfe.<sup>592</sup> Ihre Produktion wurde rationalisiert und Investitionen zur Kapazitätserweiterung durchgeführt. Die Belegschaft hatte sich im Jahr 1938 auf ca. 30.000 verdoppelt und hätte aufgrund hoher Auftragsbestände noch aufgestockt werden können. Jedoch mangelte es auch hier an Fachkräften und Verzögerungen in der Lieferkette, vor allem beim Bezug von Spezialmaschinen. Wiederum waren es Großunternehmen, die sich schneller mit der neuen Situation zurechtfinden, zumal viele von ihnen den Vorteil deutscher Mutterkonzerne mit dem entsprechenden Know-how hatten.<sup>593</sup> Größere Unternehmen der Metallerzeugung und -verarbeitung, allen voran die *Reichswerke Hermann Göring*, setzten auf Betriebsverbesserungen zur Kostensenkung und investierten rasch etwa in die Erneuerung und Erweiterung von Stahlföfen und Walzstraßen. Für kleinere Unternehmen in diesem Industriebereich war dies eine schwer umzusetzende Aufgabe. Sie versuchten, ihre Produktion zu spezialisieren, zu vereinfachen oder artverwandte Produkte herzustellen. Sie

---

<sup>592</sup> Wiener Institut für Konjunkturforschung 1939: Monatsberichte, S. 47–50 und 78.

<sup>593</sup> Ostermann 1939: Die Elektroindustrie der Ostmark, S. 314–315.

mussten dabei jedoch ihr Programm weitgehend auf die Anforderungen der *Reichswerke* abstimmen.<sup>594</sup>

In Tirol waren unter anderem die *Jenbacher-Werke* für die Produktion von Flugzeugteilen für die He 111, Rauchgeräte und Luftminen, *Swarovski Wattens* für Zielgeräte und andere optische Vorrichtungen, die Firma *Anton Geppert* in Hall für Munition und die Firma *J. Oberhammer* in Innsbruck für Sprenggranaten vorgesehen. Nachdem die Rüstungsaufträge aber nur langsam an die Unternehmen ergingen, kam es vorerst zu keinen Engpässen bei den Arbeitskräften. Nur die für eine moderne Fertigung notwendigen Maschinen standen nicht immer ausreichend zur Verfügung. Außerdem war es nicht jedem Unternehmen möglich, die benötigten finanziellen Mittel aufzustellen. Daher produzierten viele Unternehmen auf alten, von nicht rüstungsrelevanten Unternehmen beschlagnahmten Maschinen. Hier kam es jedoch immer wieder zu Ausfällen aufgrund mangelnder Reparaturwerkstätten. Mit der Zeit wurden diese Probleme behoben, es kam zu Lieferzusammenschlüssen von Munitionsfertigungsunternehmen, Erneuerungen der Produktionsanlagen und der Ansiedelung weiterer deutscher Rüstungsunternehmen, etwa der Firmen *Raspe* in Achenrain und *Messerschmitt* in Kematen mit Produktionen für die Luftwaffe.<sup>595</sup> Einige Unternehmen gingen dazu über, ihre Maschinen selber zu bauen. So entwickelte die Firma *Swarovski* eine Spezialmaschine für die Zünderfertigung.<sup>596</sup> Andere Unternehmen versuchten, den Mangel an Maschinen durch eigenständige Suche auszugleichen. Die Firma *Glas- und Metallhütte Schneegattern* etwa suchte im besetzten Polen nach den notwendigen Maschinen. Sie erhielt von der Wehrmacht die Genehmigung zur Einfuhr nach Österreich und zeitgleich einen Auftrag zur Geschoszbearbeitung. Generell konnten aber nicht alle erbeuteten Maschinen ohne weiteres in laufende Produktionsprozesse integriert werden. Sie waren oft von unterschiedlicher Bauart, es fehlte an Ersatzteilen und Zubehör oder sie waren nicht mit der vorhandenen Stromversorgung kompatibel.<sup>597</sup> Auch die 1938 bei *Steyr* vorhandenen Anlagen waren durchwegs veraltet. Für die Modernisierung der Fahrzeugfertigung wurden bis 1940

---

<sup>594</sup> Schoeller 1939: Die Entwicklung der Eisen schaffenden und der Eisen verarbeitenden Industrie in der Ostmark., S. 310.

<sup>595</sup> Schreiber 1994: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol, S. 89–90.

<sup>596</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

<sup>597</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_744, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5.

rund sechs Mio. RM investiert, für die Anlagen der Waffenfabrik rund vier Mio. RM und für das Hauptwerk waren 12,5 Mio. RM geplant, wovon 1939 rund drei Mio. RM ausgegeben wurden. Aufgrund der umfangreichen Investitionen in die Kapazitätserweiterung und der durchgeführten Rationalisierungsmaßnahmen konnte der Output beispielsweise an Wälzlagern von 1938 auf 1939 um 50% gesteigert werden. Bis 1943 sollte sich die Menge versechsfachen.<sup>598</sup>

Bei den *Ostmarkwerken* wurden aufgrund der geringen Produktionskapazitäten zunächst nur kleine Aufträge, etwa für Flak-Geschütze, Reserverohre, Pistolen und Ersatzteile durchgeführt. Bei einem relativ hohen Belegschaftsstand lag der Ausnutzungsgrad in den ersten Monaten jedoch bei nur 57%, was zu hohen Kosten und einem entsprechend niedrigen Betriebsergebnis führte. Für Investitionen standen der Geschützproduktion zunächst acht Mio. RM zur Verfügung, weitere zwei Mio. RM wurden für die Produktion von Lafetten und Waffen, die Schmiede und die Lehrenfertigung bereitgestellt. Nachdem ein weiterer Ausbau der Fertigungen beschlossen wurde, erhöhten sich die Investitionsmittel bis März 1940 um 28 Mio. RM.<sup>599</sup>

In den ersten beiden Monaten nach dem „Anschluss“ konnte die *Siemens-Schuckert-Werke AG* ihre Belegschaft bereits um 1.200 Arbeitskräfte erweitern. Durch die bestehenden Schutzzölle und mit Hilfe des deutschen Stammhauses in Berlin konnten die Rationalisierungsmaßnahmen mit Umstellung auf Massenfertigung bei gleichzeitiger Reduzierung offener Kapazitäten umgesetzt und neue Aufträge angenommen werden. Das hatte aber zur Folge, dass das Unternehmen zusehends von Berlin aus gesteuert wurde. Die Produktionsumstellungen der *Siemens-Schuckert-Werke* und der anderen Österreich-Tochter *Siemens & Halske* konnten jedoch nur durch die finanziellen Mittel vom deutschen Stammhaus gelingen. Die Investitionen waren auf die Erneuerung und Erweiterung der Maschinenanlagen zur beinahe ausschließlichen Rüstungsproduktion ausgelegt, etwa zur Belieferung der *Wiener Neustädter Flugzeugwerke*. Neben der direkten Rüstungsproduktion waren die Siemensgesellschaften aber auch beim Bau industrieller Infrastruktur von anderen

---

<sup>598</sup> Rauscher 2004: Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen, S. 85.

<sup>599</sup> Greilinger 2013: Das Wiener Arsenal in Geschichte und Gegenwart., S. 209–213.



Rüstungsunternehmen beteiligt, etwa für die *Dynamit AG*, die *Reichswerke Hermann Göring* und die *Flugmotorenwerke Ostmark*.<sup>600</sup>

Die *Ferlacher Büchsenmacher* waren eine Handwerksgenossenschaft, welche sich auf die Erzeugung von Qualitätsgewehren, vorwiegend für die Jagd, spezialisiert hatte. Sie erhoffte sich ebenfalls durch den „Anschluss“ eine erhöhte Auftragslage, um ihren Fortbestand zu sichern. Die Schwierigkeit bestand jedoch darin, die Fertigung von der Erzeugung von Spezialwaffen auf die Erzeugung von Massenwaffen umzustellen. Hinzu kam die starke Konkurrenz durch die modernen Fertigungsmöglichkeiten der *Steyr-Daimler-Puch AG*. Durch Unterstützung von Hermann Göring in seiner Funktion als Reichsjägermeister konnte der Absatz jedoch angekurbelt werden.<sup>601</sup> Zur Sicherstellung der Fertigung wurde im Rahmen der Reichswirtschaftshilfe ein erstes Darlehen über 82.000 RM gewährt. Für die Umstellung der Fertigungsanlagen auf moderne Maschinen wurde ein weiterer Kredit in Aussicht gestellt. Unter Anleitung der Wehrmacht sollte dann die Einstufung als Rüstungsunternehmen erfolgen.<sup>602</sup>

Nach dem „Anschluss“ ging auch die *Böhler* daran, ihre Kapazitäten zu erweitern. So wurden in der Nähe des Werkes in Kapfenberg Grundstücke für den Bau von Werkstatthallen mit einer Nutzfläche von 100.000 m<sup>2</sup> gekauft. Die Errichtung und Ausstattung mit alten und neuen Maschinen erfolgten bis Herbst 1939. Zudem wurde ein neues Stahlwerk mit 15t- und 10t-Elektroöfen errichtet. Neben der Erweiterung eigener Produktionskapazitäten wurden durch Unternehmensübernahmen auch Kapazitäten von außen hereingeholt. So wurde zunächst die *Enzesfelder Metallwerke AG*, welche sich als Produzent schussfertiger Munition behaupten konnte, von *Böhler* erworben. Dieser folgte der Kauf der *Wertich-Eisen- und Stahlwalzwerke AG*, die sich auf die Produktion von kaltgewalztem Bandstahl und geschweißten Rohren spezialisiert hatte.<sup>603</sup>

Aufgrund des hohen Ressourcenbedarfs der Rüstungsindustrie wurden Produktionsanlagen und Arbeitskräfte in großem Ausmaß von nicht kriegswichtigen Unternehmen abgezogen und

---

<sup>600</sup> Kleindinst 2005: Siemens in Österreich: von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges, S. 135–136.

<sup>601</sup> Karner 1976: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, S. 214–216.

<sup>602</sup> OESTA, AT-OeStAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2237 1, Gauwirtschaftsberatung. Ferlacher Büchsenmachergewerbe Hilfsaktion, 13.12.1938.

<sup>603</sup> Böhler Otto 1941: Geschichte der Gebr. Böhler & Co. AG. 1870-1940, S. 123-125.

auf Rüstungsunternehmen umverteilt. Dies traf neben der Bau- und Textilbranche auch Handel, Handwerk, Gastgewerbe, Glas- und Keramikerzeugung oder die Papierproduktion und führte in vielen Fällen auch zur kompletten Stilllegung ganzer Unternehmen.<sup>604</sup> Auch wenn es zu Schließungen von Unternehmen kam und diese vorwiegend Klein- und Mittelunternehmen betrafen, in vielen Fällen wurde den betroffenen Unternehmen eine Garantie zur Wiedereröffnung nach dem Krieg gegeben.<sup>605</sup> Aber nicht in jedem Fall mussten die Unternehmen auf ihre Anlagen verzichten. Die Wehrmacht prüfte zunächst bestehende Maschinen auf deren Einsatzfähigkeit und wies danach die Anlagen von nicht rüstungsrelevanten Unternehmen jenen zu, die erhöhten Bedarf an solchen Anlagen hatten, vornehmlich ausgewiesenen Rüstungsunternehmen. Nach Zuweisung der Maschinen musste sich jenes Unternehmen, welches die Maschinen erhalten sollte, mit jenem, welches sie herausgeben musste, zwecks Überbringung selber in Verbindung setzten. Dabei kam es immer wieder zu Diskussionen und die bisherigen EigentümerInnen konnten des Öfteren, mit Unterstützung lokaler Behörden und Parteidienststellen, die Wehrmacht davon überzeugen, ihnen ihre Maschinen zu belassen, um selber Rüstungsgüter zu produzieren, hauptsächlich zur Munitionsfertigung.<sup>606</sup> Die Wirtschaftsinspektion XVIII wies in ihrem Kriegstagebuch darauf hin, dass ostmärkischen Firmen, welche zur Munitionsfertigung vorgesehen waren, jedoch aufgrund ihrer schwachen finanziellen Ausstattung dringend Geldmittel zur Verfügung gestellt werden müssten. Sie errechnete für ein Unternehmen, welches 6 - 10.000 Granaten produzieren sollte, einen Kapitalbedarf von 150.000 RM. Gerade im Bereich des Rüstungskommandos Innsbruck konnten für die Munitionsfertigung nur Klein- und Mittelunternehmen herangezogen werden. Diese waren kapitalschwach und mussten zu Arbeitsgemeinschaften zusammengelegt und mit beschlagnahmten Maschinen ausgestattet werden.<sup>607</sup>

Grundsätzlich gab es zur Finanzierung der Umsetzung des Rationalisierungs- und Modernisierungsplans verschiedene Maßnahmen und Varianten. Zur Risikoabsicherung

---

<sup>604</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 415.

<sup>605</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 400.

<sup>606</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_744, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5.

<sup>607</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

wurden den Unternehmen Rüstungsaufträge zugesagt oder Bürgschaften übernommen, etwa im Rahmen der Reichswirtschaftshilfe.<sup>608</sup> Bereits im März 1938 wurde als Fördermaßnahme eine Erleichterung der Abschreibung auf betriebliches Anlagevermögen (Anschaffung oder Herstellung von Maschinen oder Geräten) im Rahmen der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs eingeführt. Damit konnte dieses Anlagevermögen über eine kürzere Nutzungsdauer als bislang vorgesehen abgeschrieben werden, sofern die Anlagen in Österreich oder im übrigen Reichsgebiet hergestellt und vor dem 1. Juli 1939 angeschafft bzw. bestellt wurden.<sup>609</sup> <sup>610</sup> Der Effekt sollte sich in einer niedrigeren Steuerabgabe der Unternehmen und somit einer höheren Liquidität widerspiegeln und folglich eine Anreizwirkung für die Erweiterung und Erneuerung von Produktionsanlagen darstellen. Die Sinnhaftigkeit der eingeführten Möglichkeit einer vorzeitigen Abschreibung wurde wegen ihrer zu kurzen Fristen jedoch weitgehend hinterfragt, vor allem da damit zu viele Bedingungen verbunden waren und es aufgrund von Lieferengpässen oftmals nicht möglich war, diese Maßnahme rechtzeitig geltend zu machen.<sup>611</sup> Eine weitere Methode der monetären Förderung von Unternehmen bei ihren Rationalisierungsbestrebungen erfolgte nach Aufhebung der Zollschranken im Oktober 1938. Anstatt von Zöllen wurden für eine Übergangszeit Mengen und Preise von aus dem Altreich importierten Gütern reglementiert und die Differenz zu den im Altreich geltenden Preisen für die Rationalisierungsmaßnahmen zweckbestimmt.<sup>612</sup>

Für Investitionen in staatlich gewünschte Projekte gab es zudem unterschiedliche Förderungsmöglichkeiten:<sup>613</sup> <sup>614</sup>

- Förderprämienverfahren: Vertragspartner waren das Reichswirtschaftsministerium und private Unternehmen, zunächst jene der Gewinnung und Verhüttung von Nichteisenmetallen. Die Laufzeit betrug jeweils ein Jahr, wobei der Staat dem

---

<sup>608</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 133–137.

<sup>609</sup> GBI für das Land Österreich 1938/13/31, §2.

<sup>610</sup> OESTA, AT-OeStAA dR ZNsZ RK Materie 2100 2120 10 Abschreibungsfreiheit, Reichsminister für Finanzen. Anweisung zur Abschreibungsfreiheit für betriebliche Anlagegüter in Österreich, 26.09.1938.

<sup>611</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 140.

<sup>612</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 111.

<sup>613</sup> Scherner 2004: „Ohne Rücksicht auf Kosten“?, S. 185–186.

<sup>614</sup> Scherner 2006: Das "Gesetz zur Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" und die NS-Autarkiepolitik, S. 358–359.

Unternehmen die Differenz zwischen dem Verrechnungspreis (Selbstkosten, Gewinn und Investition aus der Vorperiode) und dem tatsächlichen Verkaufspreis als Förderprämie zur Deckung von Investitionen und Schulden auszahlte. Dies sollte kurzfristige Anreize zur Output- und Effizienzsteigerung bieten. Verbunden mit diesem Vertragstypus war ein Prüfrecht durch die reichseigene *Revisions- und Treuhand AG*. Hinzu kam noch für jene Unternehmen, die bereits Partner eines Förderprämienvertrages waren, die Möglichkeit, zusätzlich staatliche, oder zumindest verbürgte, Kredite aufzunehmen.

- Wirtschaftlichkeitsgarantieverträge: Diese waren den Förderprämienverfahren ähnlich, sie hatten jedoch eine Laufzeit von zehn Jahren und bezogen sich auf die Errichtung oder Anschaffung von Anlagen, die gänzlich auszulasten waren. Der Staat garantierte Preis und Absatz inklusive Übernahme des Amortisationsrisikos und einer Kapitalverzinsung, hatte aber auch wieder das Prüfrecht. Nach Ende der Vertragslaufzeit gingen die Anlagen ins Eigentum des Unternehmens über.
- Zuschussverträge: Hier betrug die Laufzeit ebenfalls zehn Jahre, der Staat hatte Anspruch auf einen Teil der erwirtschafteten Gewinne und hatte auch faktisch das Eigentum des Unternehmen inne, da er eine Kaufoption bis 15 Jahre nach Vertragsende besaß. Der Kaufpreis errechnete sich nach dem Unternehmenswert vor Vertragsabschluss inklusive Nettogewinnen aus dem Jahr des Vertragsabschlusses. Bei Nichtausübung des Optionsrechts gebührte dem Staat eine Entschädigung. Grund für diesen Vertragstypus war ein hohes Interesse an der sonst betriebswirtschaftlich nicht mehr sinnvollen Fortführung des Unternehmens. Dabei erhielt der Staat umfangreiche Einflussmöglichkeiten auf die Unternehmensführung.
- Pachtverträge: Bei einer Laufzeit von 15 Jahren finanzierte der Staat die Anlagen und verpachtete sie an die UnternehmerInnen. Diese hatten, je nach Auslastungsgrad, einen Gewinnanteil als Pachtzins abzuführen. Nach Vertragsablauf ging das Eigentum an den Anlagen automatisch auf den Staat über.
- Risikoteilungsverträge, etwa in Form von Bürgschaften: Diese sollten einen Teil des Risikos der Investition auf den Staat abwälzen. Ein wesentlicher Vorteil für die

Unternehmen bestand, neben der Teilung des Ausfallsrisikos, in den niedrigeren Zinsen, wodurch sich auch die laufenden Kosten senkten und der Gewinn anstieg. Vertraglich vereinbart wurden aber eine Beschränkung der Gewinnausschüttung und -verwendung sowie der Eigentumsveräußerung und ein staatliches Prüfrecht.

Um die Bereitwilligkeit zur Rüstungsproduktion zu erhöhen, erhielten Unternehmen, vorwiegend in der Munitionsfertigung, in ihren Verträgen auch eine sogenannte „Kriegsrisikoklausel“, womit ihnen das „Risiko“ der Beendigung des Krieges und somit das Ausbleiben weiterer Rüstungsaufträge genommen wurde.<sup>615</sup>

Anwendung fanden einige der genannten Förderungsvarianten etwa bei Projekten in Verbindung mit der *Montan GmbH*. Die finanziellen Mittel für den Bau der Betriebsanlagen und deren Ausstattung mit Maschinen stellte die *Montan GmbH* zur Verfügung, welche somit das Anlagenrisiko trug. Das war den Unternehmen oftmals nicht unrecht, da die Anlagen meist schnell und überdimensional, zudem in abgelegenen Regionen errichtet werden mussten und durch die notwendigen Tarnvorrichtungen mehr kosteten. Nach Fertigstellung wurden diese an ein Unternehmen verpachtet, welches das Betriebsrisiko übernehmen musste. Dieses hatte fast ausschließlich Wehrmächtsaufträge zu bearbeiten und war somit gänzlich den sich mehrmals ändernden vorgegebenen Produktionsprogrammen ausgesetzt. Die Abschreibungen auf Anlagen der *Montan* waren wesentlich niedriger angesetzt als zu dieser Zeit üblich. Dies wurde mit der Betriebsausnutzung, welche durchaus schwankte, begründet und diente in erster Linie dazu, die Verrechnungspreise an das Heer niedrig zu halten.<sup>616</sup>

In Österreich war jedenfalls die Inanspruchnahme von Bankkrediten oder Eigenmitteln weit verbreitet. *Schoeller-Bleckmann* erhielt für weitreichende Investitions- und Expansionspläne 1938 von der *Creditanstalt* einen Überbrückungskredit in Höhe von 1,5 Mio. RM, und einen weiteren von derselben im Konsortium mit der *Schoeller Bank* von 2,3 Mio. RM. Anfang 1939 erhielt das Unternehmen einen weiteren Kredit von beiden Banken über 7 Mio. RM, wovon 5 Mio. RM durch das Reich garantiert waren. Das Unternehmen wurde als extrem wichtiger

---

<sup>615</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_739, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>616</sup> Hopmann 1996: Von der MONTAN zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916 - 1951, S. 72, 77 und 129-130.

Rüstungsproduzent eingestuft, weshalb eine Fremdfinanzierung für den Kapazitätsausbau relativ leicht zugesagt wurde.<sup>617</sup>

Hingegen erhielt das Unternehmen *Oberhammer und Wopfner* zur Finanzierung der Erweiterung ihres Betriebes zur Munitionsfertigung sowohl Kredite der *Deutschen Industriebank* als auch Wehrmachtverpflichtungsscheine.<sup>618</sup>

Auch die *Reichswerke* erhielten für ihre neu akquirierten Unternehmen umfangreiche Kredite von *Creditanstalt* und *Länderbank* zugesprochen. Dabei kamen der *Steyr-Daimler-Puch AG* 18 Mio. RM zugute, der *Alpine Montan* 15 Mio. RM, den *Steirischen Gußstahlwerken* fünf Mio. RM, den *Simmeringern* 3,5 Mio. RM und den *Paukerwerken* 1,5 Mio. RM.<sup>619</sup>

1940 erhielt *Steyr* vom Oberkommando des Heeres (OKH) den Auftrag zur Errichtung einer Produktionsstätte für den Bau von Kampfwagen. Noch im selben Jahr wurde mit einem Stammkapital von 100.000 RM die *Nibelungenwerk GmbH* gegründet und das Investitionsvolumen mit rund 37 Mio. RM festgelegt. Finanzierung, Erfindungen, ArbeiterInnen und Verwaltung mussten vom Mutterunternehmen zur Verfügung gestellt werden, wobei die finanziellen Mittel aus Treuhandmitteln stammten. Das Unternehmen musste sich zudem verpflichten, die Fertigung im Sinne des OKH durchzuführen und es wurden dem OKH Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten zur Sicherstellung der Einhaltung der Produktionsvorgaben eingeräumt. Dies mündete dann in einen Pachtvertrag der *Nibelungenwerk GmbH* mit der *Montan GmbH*. Das *Nibelungenwerk* sollte monatlich zunächst 40 Stück von 18t-Kampfwagen aus Teilen, welche im *Eisenwerk Oberdonau* in Linz produziert wurden, montieren.<sup>620</sup> Die *Nibelungenwerk GmbH* wurde von *Steyr* zusammen mit ihrer Tochter *Kromag* gegründet. Diese Gesellschaft war zwar die Pächterin und Betreiberin des Werkes, das Eigentum hatte aber weiterhin das OKH inne. Jedoch wurde der *Steyr* ein Vorkaufsrecht auf das *Nibelungenwerk* eingeräumt.<sup>621</sup> Zur Finanzierung der grundsätzlich immensen Investitionssummen bei *Steyr* wurden verschiedene Varianten gewählt. 1939 wurde im Rahmen einer Hauptversammlung das Aktienkapital von rund 12 Mio. RM auf 30

---

<sup>617</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, S. 317.

<sup>618</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

<sup>619</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, 321 und 324.

<sup>620</sup> Rauscher 2004: Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen, 30 und 154-155 und 203.

<sup>621</sup> Perz 2014: Das Projekt "Quarz", S. 70.

Mio. RM erhöht, wobei die neuen Aktien gänzlich von den *Reichswerken* übernommen wurden. Ihr Aktienanteil lag nun bei rund 93%. Weitere finanzielle Mittel kamen neben der *Creditanstalt* etwa von der *Deutschen Industriebank* (zunächst neun Mio. RM, später weitere rund 12 Mio. RM) und der *Bank der deutschen Luftfahrt* (800.000 RM), aber auch aus einem Reichsdarlehen (rund neun Mio. RM), das erst nach Inbetriebnahme der durchgeführten Investition zurückgezahlt werden musste. Zudem erhielt das Unternehmen vom OKH und der Luftwaffe hohe Subventionen. Allein für neue Produktionsanlagen wurde eine öffentliche Beihilfe von 75 Mio. RM gewährt. Dafür hatten die Anlagen für Aufträge der Luftwaffe bereit zu stehen, die Verrechnung zu Festpreisen zu erfolgen und andere Aufträge durften nur bei freien Kapazitäten angenommen werden. Die bei solch anderen Aufträgen verrechneten Preise mussten jedoch Abschreibungskomponenten enthalten. Außerdem durften Anlagen, Grundstücke und Gebäude nur nach vorheriger Zustimmung verkauft werden. Einer Genehmigung bedurfte es weiters vor einer 6% überschreitenden Dividendenauszahlung, was überdies zur Rückzahlung eines 20 Mio. RM Teiles der Beihilfe aufgrund eines damit verbundenen Besserungsscheines führte. Im weiteren Verlauf des Krieges sollte das Unternehmen noch mehr als 80 Mio. RM an Subventionen erhalten. In Summe deckten die Subventionen rund 30% der Investitionen in das Anlagevermögen. Ebenfalls gelangte das Unternehmen in den Genuss von Aufwandsentschädigungen für Anlauf-, Verlagerungs- und Anlernkosten in Höhe von rund 22 Mio. RM. Nicht zu vergessen ist die Ersparnis für *Steyr* bei der späteren Übernahme der *Nibelungenwerk GmbH* durch Preisminderung in Höhe von über 22 Mio. RM. <sup>622</sup>

Die Finanzierung von Investitionen erfolgte, zumindest im Altreich, oftmals mithilfe von Eigenmitteln. Die Unternehmen erwirtschafteten durch hohe Gewinne und Abschreibungen genügend Eigenmittel, um ihre Produktion und die eigenen Investitionen selbst zu finanzieren, ohne auf den Kapitalmarkt zurückgreifen zu müssen.<sup>623</sup> Das vorhandene hohe Eigenkapital erklärt sich vorwiegend durch die staatlich verordnete Beschränkung der Gewinnausschüttung mit maximal 6% des Gewinns. Viele, vorwiegend große Unternehmen reinvestierten somit die Gewinne, welche sie aus Rüstungsaufträgen erwirtschafteten, in die

---

<sup>622</sup> Rauscher 2004: *Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen*, 194-195 und 198-202.

<sup>623</sup> Buchheim und Scherner 2006: *The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry*, S. 396–397.

Erneuerung oder Erweiterung ihrer Anlagen, wodurch die Nachfrage nach Fremdkapital, vor allem staatlichen Krediten, abnahm. Das bedeutete nicht, dass sie gänzlich auf staatliche Subventionen verzichteten, zumal damit oftmals bessere Konditionen und eine Risikostreuung verbunden waren.<sup>624</sup> Viele Unternehmen konnten bis Kriegsbeginn dadurch umfangreiche finanzielle Reserven anhäufen. Sie verwendeten diese Mittel auch zum Schuldenabbau, Erwerb von Wertpapieren oder zu Forschungs- und Entwicklungszwecken. Sie versprachen sich davon höhere Wertsteigerung als von weiteren Investitionen in Kapazitätserweiterungen oder neue Fabrikanlagen. Sofern jedoch der Staat bereit war, das Amortisationsrisiko von, aus kurzfristiger betriebswirtschaftlicher Sicht, unrentablen Investitionen vertraglich zu übernehmen, war durchaus die Bereitschaft der Unternehmen höher, sich auch an solchen Vorhaben zu beteiligen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit von Staat und Unternehmen in Bezug auf Investitionsprojekte kann von einem stabilen Verhältnis während der NS-Zeit gesprochen werden.<sup>625</sup> Größere Probleme mit der Eigenfinanzierung von Investitionen bestanden durchwegs bei Produzenten für die Luftwaffe. Diese waren von Anbeginn an gezeichnet von willkürlichen Abschreibungsregeln und öffentlichen Finanzausschüssen. Im Verlauf des Krieges änderte sich die Finanzierungslage drastisch, nachdem die Unternehmen gezwungen wurden, sich vermehrt um Fremdkapital zu bemühen.<sup>626</sup>

Die vom Staat vorgegebenen Rahmenbedingungen schränkten den Handlungsspielraum der Unternehmen ein. Beispielsweise war den Unternehmen der Zugang zum Kapitalmarkt nur in Ausnahmefällen erlaubt, sofern diese im Interesse des Staates lagen. Dieser lenkte die Investitionen der Unternehmen auf ihm nützliche Projekte und beschnitt somit die Verwendungsmöglichkeiten ihrer liquiden Mittel. Dabei kann aber nicht automatisch von Zwang gesprochen werden. Die Unternehmen wurden durch wirtschaftliche Anreize von der „Sinnhaftigkeit“ der Investitionen überzeugt. Die Kontrollfähigkeit des Staates über seine Lenkungsmaßnahmen war jedoch sehr beschränkt, wodurch die Unternehmen einen Spielraum für Investitionen vorfanden, den sie auch nützten.<sup>627</sup> Jonas Scherner zufolge hatten Unternehmen bei der Annahme von öffentlichen Aufträgen auch einen gewissen

---

<sup>624</sup> Erker 1993: Industrieeliten in der NS-Zeit, S. 47.

<sup>625</sup> Scherner 2006: Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation?, S. 187–190.

<sup>626</sup> Erker 1993: Industrieeliten in der NS-Zeit, S. 64–65.

<sup>627</sup> Scherner 2010: Anreiz statt Zwang., S. 141–144.



Verhandlungsspielraum. Sie konnten einige ihrer betriebswirtschaftlichen Bedenken oder Forderungen durchsetzen, ohne Repressionen durch das Regime ausgesetzt zu sein. Es gab auch Fälle, in denen das Regime bewusst auf Druck verzichtete oder seine Drohungen nicht umsetzte. Auch Möglichkeiten, einzelnen Unternehmen bessere Konditionen als ihren Konkurrenten anzubieten, wurden von beiden Seiten nicht wahrgenommen. Einerseits wollte das Regime einheitliche Vorgehensweisen schaffen und sich nicht durch Individuallösungen erpressbar machen. Andererseits wollten Unternehmen eine vertragliche Absicherung, dass sie nicht schlechter gestellt würden als andere Unternehmen ihres Industriebereichs. Zudem war das Regime auf die Zusammenarbeit mit der privaten Industrie zur Erfüllung seines Plans zur Aufrüstung und seinen Autarkiebestrebungen angewiesen.<sup>628</sup> Einige der vom Reich gewährte Sonderkredite zielten auch darauf ab, die Unternehmen für die erhöhten Kontrollen und wirtschaftlichen Eingriffe empfänglicher zu machen.<sup>629</sup> Für das Reich stellten sich gewisse Maßnahmen als kontraproduktiv oder zumindest als Hürde für unternehmerisches Handeln dar. So wie bei der Aufrüstung anderer Staaten galt es auch im Deutschen Reich bei Rüstungsgeschäften mit privaten Unternehmen abzuwägen zwischen einer Erhöhung der Effizienz bei der Anwendung von Festpreisverträgen und sinkenden Überschuss-Profiten mit sinkenden Transaktionskosten bei Kosten-Plus Verträgen. Zudem wurden aufgrund der umfangreichen Kriegswirtschaft die Vorteile des Konkurrenzprinzip von Ausschreibungsverfahren zugunsten von bilateralen Verhandlungen ausgesetzt.<sup>630</sup> Da den Unternehmen bei Kosten-Plus Verträgen ein Anreiz zur Senkung ihrer Produktionskosten fehlte, weil sie jedenfalls die Kosten der Produktion plus einem prozentuellen Aufschlag abgegolten bekamen, wurden 1937 Festpreisverträge eingeführt. Damit bekamen die Unternehmen nur dann einen höheren Profit, wenn sie ihre Produktionskosten reduzieren konnten. Diese Festpreisverträge waren beispielsweise die wichtigste Voraussetzung für die Produktivitätssteigerung in der Flugzeugindustrie.<sup>631</sup> Im Wesentlichen unterlagen die Unternehmen bei Auswahl und Abschluss von Verträgen keinem Zwang. Zudem erfüllte der

---

<sup>628</sup> Scherner 2006: Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation?, 170 und 182-185.

<sup>629</sup> Feldman, Rathkolb, Venus und Zimmerl 2006: Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Bd.1, S. 565.

<sup>630</sup> Streb und Vonyó Tamás: Historical Economics of Wars in the 20th Century., S. 10.

<sup>631</sup> Budraß, Scherner und Streb 2010: Fixed-price contracts, learning, and outsourcing: explaining the continuous growth of output and labour productivity in the German aircraft industry during the Second World War., S. 111-112.

Staat seine Verpflichtungen aus den Verträgen.<sup>632</sup> Unternehmen lebten somit nicht in der ständigen Angst, dem Zwang des Regimes ausgesetzt zu sein oder gar verstaatlicht zu werden, wenn sie nicht den Anforderungen des Regimes folgten. Sie konnten normalerweise auch die Beteiligung an staatlichen Investitionsprojekten ohne Konsequenzen gänzlich ablehnen. Unternehmertum wurde von den Nationalsozialisten grundsätzlich hochgeschätzt. Privates Eigentum wurde als Voraussetzung zur Entwicklung der Kreativität von Mitgliedern der deutschen Rasse im Interesse des Volkes gesehen. Zudem erkannten selbst hochrangige Nazimitglieder, dass privates Eigentum größeres Kostenbewusstsein, Effizienzgewinne und technischen Fortschritt erzielen konnte. Alleine diese Eigenschaften konnten zu einem Erfolg des Vierjahresplans führen. Auch der immer wieder aufkommende Verdacht, Eigentum von privaten Unternehmen würde während dem Dritten Reich nur formell erhalten und unternehmerische Eigenständigkeit würde de facto ausgeschaltet werden, ist nach Christoph Buchheim und Jonas Scherner aus mehreren Gründen äußerst zweifelhaft: Abgesehen von weitreichenden Einschränkungen durch die knappen vorhandenen Ressourcen hatten Unternehmen Möglichkeiten, ihre eigenen Produktionspläne umzusetzen. Des Weiteren wurden Investitionsentscheidungen zwar durch staatliche Vorgaben beeinflusst, die Initiative lag jedoch im Normalfall bei den Unternehmen. Es gab keinen übergeordneten Investitionsplan, weder durch den Vierjahresplan noch infolge des Kriegsausbruchs. Zudem wurde, wie bereits erwähnt, im Wesentlichen die Vertragsfreiheit aufrechterhalten, auch wenn der Staat Einfluss auf Unternehmensentscheidung nahm, indem er gewisse Vertragsoptionen zur Auswahl vorgab. Ob der Wertschätzung von privaten Unternehmen und deren Beiträgen zur Erreichung der nationalsozialistischen Ziele ist es verwunderlich, dass das Regime es nicht zustande brachte, die positiven Effekte auf betriebswirtschaftlicher Ebene auf die volkswirtschaftliche Ebene zu übertragen.<sup>633</sup>

### **3.5. Auswirkung des Kriegsbeginns auf die Rüstungsproduktion**

Die Wurzeln einer Strategie der umfassenden deutschen wirtschaftlichen Mobilisierung gehen zurück bis zum Ersten Weltkrieg. Einige der damaligen Lektionen waren, sich auf den nächsten

---

<sup>632</sup> Scherner 2006: Das "Gesetz zur Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" und die NS-Autarkiepolitik, S. 361–363.

<sup>633</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 411.

Krieg besser vorzubereiten, unzureichende Rohstoffmängel und zu geringe Kapazitäten zu vermeiden und die kriegswirtschaftliche Verwaltungsarbeit frühzeitig zu beginnen. Daher folgte der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten im Deutschen Reich 1933 neben der Wiederaufrüstung auch eine wehrwirtschaftliche Organisation in der Wehrmacht. Deren Aufgabe war es, die Wirtschaft auf Kriegsumstände vorzubereiten, noch bevor ein Krieg ausbrechen würde, und gleichzeitig im Kriegsfall die Kontrolle über die Wirtschaft zu erlangen. Es sollten nicht einfach Rüstungsgüter auf Vorrat produziert werden, sondern die Wirtschaft mit den für eine weitreichende Produktion notwendigen Kapazitäten, Maschinen, Arbeitskräften und Rohstoffen ausgestattet werden. Damit sollte es möglich sein, einen zu erwartenden langen Abnutzungskrieg unter schwierigen ökonomischen Verhältnissen zu führen. Die von der Wehrmacht angestrebte Errichtung einer Wehrwirtschaft wurde durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik intensiv unterstützt.<sup>634</sup> Zwar wurden im Deutschen Reich recht bald Maßnahmen zur Rationalisierung ergriffen und erste Umstellungen auf Massenproduktion durchgeführt. Diese waren aber noch nicht weitreichend genug, um die notwendige Kriegsvorbereitung sicherzustellen und schon gar nicht mit der Massenproduktion anderer Industriestaaten wie den USA vergleichbar. Zu einem längerfristigen Produktionswettstreit mit den USA wäre die deutsche Rüstungsindustrie noch keinesfalls in der Lage gewesen.<sup>635</sup> Für die Planung von Investitionen und Produktionen waren mehrere Reichsstellen verantwortlich. Die Wehrmacht entschied über die Rüstungsindustrie, die Vierjahresplanbehörde über Autarkiemaßnahmen inklusive Pulver und Sprengstoffe und das Reichswirtschaftsministerium über das sonstige Gewerbe und die Verteilung von Rohstoffen. Gerade bei den Rohstoffen kam es immer wieder zu Problemen, da die Produktionsanforderungen der Wehrmacht und die dafür benötigten Ressourcen nicht immer mit den zur Verfügung stehenden Rohstoffen zusammentrafen. Dies bot noch viel Spielraum für Rationalisierung, etwa einer effizienteren Abstimmung zwischen Produktionsplan, Rohstoffanforderung und Arbeitseinsatz. Ein Schritt in diese Richtung war die Errichtung des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition Anfang 1940, welches sich unter ihrem Minister Fritz Todt auf Standardisierungen, Reduzierung der Produktvielfalt, Auftragsbündelung, Erfahrungsaustausch und Produktionskonzentration bei ausgewählten

---

<sup>634</sup> Overy 1988: Mobilization for Total War in Germany 1939-1941, S. 614.

<sup>635</sup> Bagel-Bohlan 1975: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939, S. 132.

Unternehmen in der Rüstungsindustrie konzentrierte.<sup>636</sup> Die Planung der Rohstoffzuteilungen für Wehrmachtsaufträge gestaltete sich in Österreich vor allem in den ersten Monaten schwierig, da die Unternehmen die benötigten Mengen zur Rüstungsproduktion nicht verlässlich abschätzen konnten. Dieses Problem bestand aber zur gleichen Zeit auch im Altreich, wodurch es zu erheblichen Schwankungen bei den Bedarfsmeldungen, sogar für die Herstellung derselben Güter auch innerhalb von Regionen und Unternehmen, kam.<sup>637</sup>

Die deutschen Militärausgaben beliefen sich im Jahr 1933 noch auf 1 Mrd. RM und stiegen bis auf über 17 Mrd. RM im Jahr 1938. Davon entfielen 50% auf das Heer, rund 36% auf die Luftwaffe, 11% auf die Marine und rund 3% auf das Reichskriegsministerium und das Oberkommando der Wehrmacht. Gemessen an den Staatsausgaben entfielen 1933 etwa 6% auf Militärausgaben, 1938 waren es rund 44%. Der Anteil am Volkseinkommen stieg im selben Zeitraum von 2% auf 20%. Die Verteilung der Rüstungsausgaben des Deutschen Reichs auf Industriesektoren ergab sich 1937 folgendermaßen: 29% wurden an Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau vergeben, 13% gingen an Eisen-, Stahl-, und Metallwarenindustrie, 12% an die Elektrotechnische Industrie, 10% an Eisen- und Stahlgewinnung, 9% an die Chemische Industrie und 9% an die Metallhütten- und Metallhalbzeugwaren-Industrie.<sup>638</sup> Bei der Produktion von Rüstungsgütern für die einzelnen Wehrmachtteile in Österreich kamen die Aufträge zumeist von Heer und Luftwaffe. Die Kriegsmarine hatte es teilweise verabsäumt, rechtzeitig die österreichischen Kapazitäten zu nutzen. So konnte *Böhler* aufgrund von bereits bestehender Auslastung nicht alle in Aussicht gestellten Aufträge zur Produktion von U-Boot-Teilen annehmen. Auch *Steyr* konnte die von der Torpedoversuchsanstalt mehrmals angefragten 50.000 Arbeitsstunden nicht aufbringen.<sup>639</sup>

Der positive Effekt auf die deutsche Liquidität, den die zusätzlichen Gold- und Devisenreserven aus Österreichs Beständen bewirkten, war bis Ende 1938 abgeflaut. Als Folge musste im Deutschen Reich der Export wieder in den Vordergrund rücken, um die für den Import

---

<sup>636</sup> Scherner 2015: Die Grenzen der Informationsbeschaffung, -transfer und -verarbeitung in der deutschen Wehr- und Kriegswirtschaftsverwaltung im Dritten Reich, S. 114–115.

<sup>637</sup> OESTA, AT-OeStAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2206 1, Wehrwirtschaftsinspektion XVII. Feststellung der Rohstoffmengen für Aufträge der Wehrmacht., 02.08.1938.

<sup>638</sup> Bontrup und Zdrowomyslaw 1988: Die deutsche Rüstungsindustrie., S. 33 und 111.

<sup>639</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

wichtiger Rohstoffe notwendigen Devisen zu erhalten, was nur durch gleichzeitige Reduzierung der Rüstungsproduktion erfolgen konnte. Dies hatte 1939 die Kürzung der Rüstungsaufträge aller Wehrmachtsteile zur Folge, da etwa die Stahlzuteilungen um 43% reduziert wurden. Auch die Zuteilung von Aluminium und Kupfer wurde verringert. Damit verbunden waren drastische Auswirkungen etwa auf die Munitionsproduktion: die Produktionsmenge an Artilleriemunition wurde gesenkt, jene von Mörsergranaten gänzlich ausgesetzt. Auch andere Bereiche waren betroffen: die Produktion von Maschinengewehren wurde von 61.000 auf 13.000 Stück, jene der 10,5 cm leichte Feldhaubitze von 840 auf 460 Stück herabgesetzt. Die Herstellung des Karabiners 98k sollte auslaufen, die Panzerproduktion halbiert und die Flugzeugproduktion von 10.000 auf 8.299 Stück gekürzt werden. Einzig die Marine konnte ihre Pläne ohne Auswirkungen weiterverfolgen. Auch wenn der Bedarf wieder steigen sollte, so konnte ein reibungsloses Wiederhochfahren der Rüstungsproduktion nicht gewährleistet werden. Aufgrund der umfangreichen Kürzungen wurden an die 100.000 Facharbeitskräfte entlassen, die jedoch zumeist schnell in anderen Unternehmen eine Anstellung finden und somit nicht leicht wieder zurückgeholt werden konnten.<sup>640</sup> Die erfolgte Drosselung der Munitionsfertigung brachte viele Klein- und Mittelunternehmen in Österreich in ernste, vorwiegend finanzielle, Schwierigkeiten. Durch eine „Hilfsaktion“ des Oberkommandos der Wehrmacht konnten Unternehmen Ersatz-, Abgeltungs- und Kreditansprüche geltend machen. Sie konnten damit Umstellungskosten von nicht aktivierbaren Anlagekosten, Anlaufkosten und Kosten für begonnene, aber nicht mehr abgenommene Wehrmachtsaufträge erstattet bekommen. Zudem wurden Kredite für aktivierbare Anlagen der Munitionsfertigung bereitgestellt. In dringenden Einzelfällen wurde auch ein Vorschuss auf Zahlungen gewährt.<sup>641</sup> Jedenfalls war die Wehrmacht darauf bedacht, den Fortbestand dieser Unternehmen zu sichern. Da sie sich eben erst in einer Aufschwungphase befanden und ihnen ein sofortiger Umstieg auf zivile Produktion nicht zugetraut wurde, hätte eine umgehende Einstellung von Wehrmachtsaufträgen „katastrophale Auswirkungen“ angenommen.<sup>642</sup> Zu Beginn dieser Aktion gab es jedoch noch

---

<sup>640</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 354–357.

<sup>641</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_746, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Wien Nr. 1 - 5.

<sup>642</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_739, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte.

benachteiligende Einschränkungen. Firmen, welche ihre bisherige Erzeugung gänzlich nicht mehr fortführen durften, konnten sich ihre Umstellungs- und Anlaufkosten von der zuständigen Behörde abgelten lassen. Hingegen litten jene Firmen, die ihre Produktion nur teilweise umstellen mussten, darunter, dass sie die damit verbundenen Kosten weder abgegolten bekamen noch in die vorgeschriebenen Richtpreise hineinrechnen durften. Dies verschärfte ihre finanzielle Lage und führte dazu, dass sich die Wehrmacht für eine Gleichstellung hinsichtlich der Abgeltung einsetzte.<sup>643</sup>

Bis zum Sommer 1940 stieg die Produktion aber wieder rasant an. In dieser Kriegsphase belief sich die Munitionsproduktion auf 37% der gesamten Rüstungsproduktion. Im Sommer 1940 hatte das Deutsche Reich einen großen Vorrat angelegt und senkte die Munitionsproduktion abermals signifikant. Aufgrund dieser Reduktion zeigen viele Statistiken eine Abnahme der gesamten Rüstungsproduktion 1941, obwohl die Produktion in anderen Rüstungsbereichen zunahm. Etwa nahm der Bau von U-Booten um 170% zu, die Fertigung von Panzern um 120% und selbst die volatile Flugzeugproduktion steigerte ihren Output um 8%. Die Tatsache, dass alle Rüstungssektoren außer der Munitionsproduktion zunahmen, zeugt von einer beabsichtigten Entscheidung zur Produktionsdrosselung einerseits und einem effizienten (oder zumindest effektiveren) Produktionsprozess andererseits. Zudem war auch die Produktivität nicht gesunken. Zwar gab es Probleme bei der Luftwaffe, zunehmende Produktionserfahrung und einsetzende Skaleneffekte führten aber mit Sicherheit zu einer Produktivitätssteigerung, zumindest in einigen Rüstungsbereichen.<sup>644</sup>

Abbildung 40 gibt einen Überblick zur Kriegsgeräteproduktion im Jahr 1940. Es ist klar ersichtlich, dass der Schwerpunkt (zumindest in der ersten Jahreshälfte) auf der Produktion von Waffen und Munition und damit verbunden auf Pulver und Sprengstoffen lag. Dabei sticht hervor, dass die Menge an produzierter Munition, trotz Reduktion ab Mitte 1940, jene der gepanzerten Fahrzeuge um ein Vielfaches übersteigt. Sprengstoffe und Pulver stellten ein für die Kriegsführung äußerst wichtiges Rüstungsgut dar. Bei ihrer Produktion hatte das Deutsche Reich anfangs noch enormen Aufholbedarf. Lag der monatliche Output 1918 bei 13.600 t

---

<sup>643</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

<sup>644</sup> Tooze 2005: No Room for Miracles. German Industrial Output in World War II Reassessed, S. 449–451.

Sprengstoff und 13.250 t Pulver, wurden im Sommer 1938 jeweils nur rund 5.400 t erreicht.<sup>645</sup> Aus diesem Grund stand der Großteil der Produktion unter direkter staatlicher Aufsicht, selbst wenn die Produktion von privaten Unternehmen durchgeführt wurde. Als Kontrollinstanz wurde wiederum die *Montan GmbH* eingesetzt, welche die reichseigenen Gesellschaften und Anlagen in sich vereinte. Zu diesen reichseigenen Produzenten gehörten, wie bereits erwähnt, auch die *Sprengstoffwerke Blumau*.<sup>646</sup>

Abbildung 40: Kriegsgeräteproduktion Deutsches Reich 1940

Kategorie	Menge	Einheit
Waffen	1.533.000	Stück
Gepanzerte Fahrzeuge	37.000	Tonnen
Flugzeuge	10.000	Stück
Kraftwagen und Zugmittel	3.000	Stück
Munition	865.000	Tonnen
Pulver	6.200	Tonnen
Sprengstoff	14.000	Tonnen

Quelle: Daten aus Wagenführ (1955) S. 182 und 191;  
eigene Darstellung

Richard Overly sah ein Problem für die Kriegswirtschaft im fehlenden eindeutigen politischen Entscheidungszentrum. Dies ermöglichte es konkurrierenden Behördenapparaten an Macht zu gewinnen, wobei sie oftmals über dieselben Angelegenheiten entschieden, sich aber gegenüber unterschiedlichen Amtsträgern rechtfertigen mussten. Es kam seiner Meinung nach dadurch, zumindest in den anfänglichen Kriegsjahren, zu einem chaotischen Management der Wehrwirtschaft. Die fehlenden Planungsrichtlinien und die unterlassene Vereinheitlichung von politischen Strukturen mit tatsächlicher Autorität in wirtschaftlichen Angelegenheiten verursachten politische Konflikte zwischen lokalen und zentralen Institutionen oder zwischen Wehrmacht und Partei, welche sich wiederum auf wirtschaftliche Angelegenheiten auswirkten. Etwa wurde die Einführung des Mehr-Schicht-Betriebes nur zögerlich und auch von führenden Rüstungsunternehmen nur bedingt eingeführt. Stattdessen

<sup>645</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 297.

<sup>646</sup> Plumpe 1990: Die I. G. Farbenindustrie AG, S. 657–658.

wurden lieber zusätzliche Fabriken gebaut, deren Errichtung mehr Arbeitskräfte in Anspruch nahm, als es eine weitere Produktionsschicht getan hätte. Dem folgte ein Widerstreben der Wehrmacht, die Zuständigkeiten mit Zivilisten zu teilen. Zudem vermochten sie nicht, ihre Produktionsprogramme zu koordinieren, weshalb es vermehrt vorkam, dass etwa ein und dieselbe Maschine für einen Wehrmachtsteil von unterschiedlichen Unternehmen hergestellt wurde. Damit verbunden war der Aufbau eines großen Verwaltungsapparats, welcher parallel zu jenen der Regierung, der Partei und der Wirtschaft tätig war.<sup>647</sup> Neben der Theorie, Schuld an einer unter ihren Möglichkeiten produzierenden Rüstungswirtschaft sei die vorherrschende Ineffizienz im Reich infolge unzulänglicher und sich überschneidender politischer Kompetenzen oder durch zeitliche Auswirkung sich verändernder politischer Realitäten, wurde lange Zeit diskutiert, ob das deutsche Rüstungsprogramm einer „Blitzkrieg“-Strategie unterlegen ist, mit der beabsichtigten Entscheidung zur minimalen Mobilisation deutscher Ressourcen und Arbeitskräfte für den Krieg. Nicht nur ist laut Adam Tooze die Theorie einer „Blitzkrieg“-Rüstung abzulehnen, sondern auch jene der vergebenen wirtschaftlichen Möglichkeiten aufgrund undurchsichtiger und ineffizienter Kompetenzen zu Kriegsbeginn. Die vorhandenen deutschen Ressourcen wurden in großem Umfang der Kriegsführung zugeführt und die industrielle Leistung war bereits auf einem hohen Level, Produktivität und Output erhöhten sich in Schlüsselbereichen zudem zusehends im Kriegsverlauf.<sup>648</sup> Dies haben auch Lutz Budraß, Jonas Scherner und Jochen Streb in ihrer Analyse der Produktivitätssteigerung in der Flugzeugindustrie des Deutschen Reiches bestätigt.<sup>649</sup> Die Rüstungsproduktion stagnierte auch nicht während der „Kriegspause“ zwischen 1940 und 1941, sondern nahm sogar zu. Das Regime folgte auch laut Jonas Scherner keiner „Blitzkrieg“-Strategie, es scheint vielmehr vor 1940 generell keine Strategie vorgelegen zu haben, da das Regime nicht einmal wusste, welche Art von Krieg es führen sollte. Daten zum Investitionsverhalten der Rüstungsindustrie legen nahe, dass es umfangreiche Investitionen in den späten 1930er Jahren und speziell den ersten beiden Kriegsjahren gab, was wiederum gegen die „Blitzkrieg“-Theorie spricht. Das Regime hat vielmehr die

---

<sup>647</sup> Overy 1988: Mobilization for Total War in Germany 1939-1941, S. 634–638.

<sup>648</sup> Tooze 2005: No Room for Miracles. German Industrial Output in World War II Reassessed, 440-441 und 444.

<sup>649</sup> Budraß, Scherner und Streb 2010: Fixed-price contracts, learning, and outsourcing: explaining the continuous growth of output and labour productivity in the German aircraft industry during the Second World War., S. 113 und 134.



kriegswirtschaftlichen Kapazitäten auf Kosten der zivilen Produktion erheblich erweitert und somit wichtige Voraussetzungen für die Durchführung eines Krieges geschaffen. Während in den ersten Jahren des Regimes noch freie industrielle Kapazitäten vorhanden waren, welche vorwiegend für die Munitionsproduktion herangezogen werden konnten, standen diese ab Mitte der 1930er Jahre in vielen Industriesektoren, etwa bei den Marinewerften, nicht mehr zur Verfügung. Damit folgten Investitionen in die Kapazitätserweiterungen, wobei es auch zu Investitionen trotz vorhandener offener Kapazitäten kam, etwa in der Flugzeugindustrie. Aufgrund der Art und des Umfangs der Investitionen sowie dem Umstand, dass die Wehrmacht und andere Behörden ob der notwendigen Rohstoffzuteilungen von diesen Überkapazitäten wussten, lässt sich auf die Vorbereitung eines längerfristigen Krieges und nicht auf die Planung eines wirtschaftlichen „Blitzkrieges“ schließen. Zudem dürfte es durch die frühzeitigen Auseinandersetzungen mit Frankreich und Großbritannien zu keinen großen zeitlichen Problemen gekommen sein. Investitionen in Rüstungsunternehmen erreichten ihren Höhepunkt in den ersten beiden Kriegsjahren, bevor der Abnutzungskrieg begann. Zumindest ab 1937 kann bei der deutschen Wirtschaft, gemessen an ihrer Investitionsstruktur, von einer „kriegsmäßigen Friedenswirtschaft“ gesprochen werden. Obwohl noch nicht feststand, gegen wen Krieg zu führen war, bereitete sich das Regime bereits auf einen langfristigen Krieg vor. Auch wenn Investitionen hauptsächlich in der Rüstungsindustrie durchgeführt wurden, so waren dennoch Investitionen in nicht kriegswichtigen Bereichen weiterhin möglich, wenn auch in geringem Ausmaß. Somit hatten auch die Unternehmen noch einen Spielraum abseits von Rüstungs- und Autarkieproduktion.<sup>650</sup>

---

<sup>650</sup> Scherner 2010: Nazi Germany's preparation for war: evidence from revised industrial investment series, S. 451.

Abbildung 41: Industrielle Investitionen im Deutschen Reich

Jahr	Gesamtindustrie (Mio. RM)	jährliche Steigerung Gesamtindustrie	Rüstungsindustrie (Mio. RM)	jährliche Steigerung Rüstungsindustrie
1934	1.165	-	116	-
1935	1.775	52%	147	27%
1936	2.650	49%	502	241%
1937	3.390	28%	579	15%
1938	4.506	33%	880	52%
1939	5.442	21%	1.169	33%
1940	5.873	8%	2.409	106%
1941	6.731	15%	2.671	11%
1942	6.884	2%	2.948	10%
1943	5.472	-21%	2.462	-16%

Quelle: Scherner 2010b, S. 442; eigene Darstellung

Mit Kriegsausbruch wurde das Deutsche Reich schlagartig vom internationalen Handel getrennt. Die für die Rüstungsproduktion dringend gebrauchten Rohstoffe, etwa Eisenerz aus Narvik, reduzierten sich um 80% und fielen teilweise komplett aus. Nur durch umfangreiche Eingriffe in die Wirtschaft durch das Reich konnte die Rüstungsproduktion aufrechterhalten werden. Zudem verlangte Hitler nun die uneingeschränkte Fokussierung auf die Rüstungsproduktion, ungeachtet der Folgen für die Bevölkerung und den privaten Konsum. Der Krieg konnte angesichts der gegnerischen wirtschaftlichen Überlegenheit nicht über einen längeren Zeitraum hindurch gewonnen werden. Eine solche Belastung war der Bevölkerung aus Hitlers Sicht in der kurzen Frist aber durchaus zumutbar. Es gab somit keine „friedensähnliche Kriegswirtschaft“. Das bedeutet jedoch nicht, dass das Regime mit einem „Blitzkrieg“ rechnete. Der erfolgreiche schnelle Feldzug in Frankreich war vielmehr der gelungenen Improvisation als einer ausgeklügelten Strategie zu verdanken. Zudem war die für eine strategisch angelegte Kriegsvorbereitung notwendige Rüstungsplanung zu sehr von der Devisenlage des Reiches und somit von den sich daraus ergebenden schwankenden Rohstoffimporten abhängig. Jedenfalls erhielten mit Kriegsbeginn die Produktion von Flugzeugen und die Munitionsproduktion oberste Priorität, welche zusammen gut 66% aller der Wehrmacht zur Verfügung gestellten Ressourcen vereinnahmten. Auch die Herstellung von Waffen wurde angetrieben, so sollte der Output an 10,5 cm leichter Feldhaubitze um 800% gesteigert werden. Die Rüstungsplanung war dabei ebenfalls keineswegs auf einen „Blitzkrieg“ ausgelegt, sondern ging von einem durchaus längeren Feldzug gegen Frankreich

aus. Zudem mangelte es nicht an klaren Vorgaben, sondern an deren Umsetzung. Bis zum Einmarsch in Frankreich konnte die Rüstungsproduktion vollständig auf Plan gebracht werden. Innerhalb der ersten Jahreshälfte 1940 wurde der Output um ganze 100% gesteigert.<sup>651</sup> Dennoch lag die Kapazitätsauslastung der Produktionsanlagen in Österreich bei Kriegsbeginn noch unter 50%, im Altreich erreichten sie hingegen bis zu 80%. Im Mai 1940 waren in nur 15% der österreichischen Unternehmen bis zu 90% der vorhandenen Kapazitäten ausgelastet, im Herbst desselben Jahres war die Auslastung um bis zu 20% niedriger.<sup>652</sup>

Mit der einsetzenden Umstellung auf Wehrwirtschaft wurden alle wirtschaftlichen Maßnahmen auf den Krieg ausgerichtet. Neben der geforderten Leistungssteigerung und der Erweiterung der Rüstungsproduktion sollten auch Vorkehrungen für den Fall einer Unterversorgung mit Rohstoffen und Material im Krieg und für die Sicherstellung von Arbeitskräften getroffen werden. Dabei war jeder andere Bereich der Rüstungsproduktion nachgereiht. Als Rüstungsunternehmen eingestuft wurde, wer die Produktionsaufträge direkt von der Wehrmacht erhielt und somit deren Zuweisung von Rohstoffen und Arbeitskräften unterlag. Andere Aufträge, die der Kriegsvorbereitung dienten, aber nicht durch die Wehrmacht in Auftrag gegeben wurden (etwa Sicherung der Wirtschaft oder Forschung), waren als kriegswichtig klassifiziert. Beispielsweise waren in der Steiermark zu Kriegsbeginn u.a. die *Böhler, Felten & Guilleaume, Maschinenfabrik Andritz, Alpine-Montan, Schoeller-Bleckmann und die Grazer Waggonfabrik* als Rüstungsunternehmen eingestuft. Die steirischen Rüstungsunternehmen waren, abgesehen von einigen Großunternehmen, weitgehend von mittlerer Größe und in Summe älter als im österreichischen Schnitt. Bis Ende des Krieges war die Rüstungslandschaft von den bereits zuvor bestandenen Unternehmen geprägt, da es hier nur wenige Neuansiedlungen gab. Insgesamt dürften inklusive diverser Zulieferunternehmen aber mehr als 200 Unternehmen in der Steiermark Rüstungsgüter produziert haben.<sup>653</sup> In Oberösterreich wurden die Firmen *Steyr-Daimler-Puch* (im Juli 1938) und „*Solo*“ *Zündwaren u. chem. Fabriken* (August 1938) als eine der ersten zu Rüstungsunternehmen erklärt.<sup>654</sup> In Kärnten waren zu Beginn des Krieges nur fünf Unternehmen als Rüstungsunternehmen

---

<sup>651</sup> Tooze 2008: *Ökonomie der Zerstörung*, S. 394–397.

<sup>652</sup> Luza 1977: *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit*, S. 134.

<sup>653</sup> Karner 1986: *Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945.*, S. 270.

<sup>654</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_743, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Wehrwirtschaftsstelle Linz Nr. 1.

eingestuft. Diese Zahl erhöhte sich zwar während des Krieges auf mehr als 30, Kärnten hatte aber nur wenige Endfertigungsbetriebe, etwa die *Pulverfabrik Stein*, dafür konnte es einige Grundstoff- und Zulieferunternehmen vorweisen. Von Bedeutung waren etwa die Bleiproduzenten: die *Bleiberger Bergwerksunion* deckte 3% des deutschen Bleiverbrauchs, der Hauptteil ihrer Produktion ging an die Wehrmacht. Der größte Bleiproduzent Österreichs, die *MBAG Mieß*, lieferte zudem das für die Stahlerzeugung notwendige Molybdän. Die *ÖAMAG Radenthein* war eine der größten Magnesitlieferantinnen des Deutschen Reiches. Die *Treibacher Chemischen Werke*, welche bislang Mesothorium zur Weiterverarbeitung in Leuchtfarben und Radium zur medizinischen Bestrahlung aufbereiteten, wurden 1939 in die Uranproduktion eingebunden. Nachdem ein großes Uranvorkommen in der eroberten Tschechoslowakei der deutschen Forschung zugänglich wurde, sollten sie Uranerze für militärische Zwecke, etwa als Sprengstoff oder als Antriebsalternative in U-Booten, nutzbar machen. Sie stiegen damit zu einem der größten Uran- und Radiumproduzenten im Deutschen Reich auf.<sup>655</sup>

Für die Erhebung und die Erweiterung des Rüstungspotentials der österreichischen Industrie waren die Wehrwirtschaftsinspektionen (ab November 1939 Rüstungsinspektionen) zuständig. Sie wurden mit 1. April 1938 in Wien (XVII, mit den Wehrwirtschaftsstellen in Wien, Linz und Mödling) und Salzburg (XVIII, mit den Wehrwirtschaftsstellen in Salzburg, Graz und Innsbruck) installiert und lösten das bisher zuständige österreichische Kriegswirtschaftsamt ab.<sup>656</sup> Die Relevanz der Unternehmen für die Rüstungsproduktion wurde hinsichtlich ihrer finanziellen Situation, der angebotenen Produktpalette und weiterer Produktionsmöglichkeiten von deutschen WirtschaftsprüferInnen und -expertInnen beurteilt. Dies konnte auch zu einer Stilllegung eines Unternehmen führen, wenn dieser der Rüstungsproduktion keinen Nutzen brachte.<sup>657</sup> Die von der NSDAP eingesetzten Gauwirtschaftsberater arbeiteten teilweise den Vorgaben zur Stilllegung nicht kriegswichtiger Unternehmen entgegen. Sie wollten vermeiden, dass Großunternehmen die wirtschaftlichen Umstellungen zum Zweck der Ausschaltung von Konkurrenz ausnutzten.<sup>658</sup>

---

<sup>655</sup> Karner 1976: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, S. 238–240.

<sup>656</sup> Tuidor 1975: Die Wehrkreise XVII und XVIII 1938-1945, S. 15.

<sup>657</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 150.

<sup>658</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 224.

Aufgrund des Kriegsbeginns war die Industrie mit neuen einschränkenden Maßnahmen konfrontiert. Hierzu zählten neben der Einführung von Kriegssteuern, Kriegsaufschlägen auf bestimmte Waren und bestimmten Kriegsbeiträgen auch eine strengere Regulierung von Löhnen und Preisen. Unternehmen mussten ihre Preisgestaltung entsprechend den „Grundsätzen der kriegsverpflichteten Volkswirtschaft“ anpassen und gewisse Lenkungsmaßnahmen durch das Reich akzeptieren. So mussten sich Preisersparnisse beim Zukauf von Vorleistungen oder Rohstoffen in den eigenen Preisen wiederfinden. Zudem wurden die Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen erschwert, da Tarifordnungen eingeführt, Aufschläge für Mehr-, Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit abgeschafft und Urlaube beschränkt wurden.<sup>659</sup> Durch Einberufungen zur Wehrmacht vor Kriegsbeginn fehlten der Rüstungsindustrie bereits rund 100.000 Facharbeitskräfte.<sup>660</sup> Dabei wurde der Industrie ein wesentlicher Teil ihrer jungen, gut ausgebildeten, Männer entzogen. Eine Nachbesetzung war oftmals nur schwer möglich und Maßnahmen wie die Verkürzung von Ausbildungszeiten verringerten die Fachkompetenzen.<sup>661</sup> Verschärft wurde der Arbeitskräftemangel noch durch eigenständige Einberufungen anderer Behörden, wie der Schutzpolizei, die teilweise an den Arbeitsämtern und militärischen Dienststellen vorbei agierten und dabei auch nicht auf die Einstufung von Facharbeitskräften in Rüstungsunternehmen achteten. Auch das Abwerben der SS entzog jugendliche Arbeitskräfte. Als eine Gegenmaßnahme nannte die Wehrwirtschafts-/Rüstungsinspektion XVIII die Zuweisung vieler Beamteter zu Rüstungsunternehmen, denn „*der kolossale Beamtenapparat erregt in der Ostmark Staunen und Unwillen.*“<sup>662</sup> Stefan Karner hat jedoch gezeigt, dass es zumindest in Kärnten trotz Arbeitskräftemangels bis 1940 zu einem prozentuell schnelleren Anstieg des beschäftigten Personals als der Produktion kam.<sup>663</sup> Ursache dürften vermutlich Schwierigkeiten bei der Umstellung auf moderne Produktionsmethoden oder Lieferengpässe gewesen sein.

Jedenfalls wurde mit der Produktionserweiterung und dem zunehmenden Abfluss von männlichen Arbeitskräften zur Wehrmacht intensiv nach alternativen Ressourcen gesucht.

---

<sup>659</sup> RGBI des Deutschen Reichs 1939/I/1609, Einleitung, §§18, 19, 22, 23, 26.

<sup>660</sup> Volkmann und Chiari 2009: Ökonomie und Expansion, S. 252.

<sup>661</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 127.

<sup>662</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_739, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>663</sup> Karner 1976: Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie, S. 14.

Neben Änderungen in den unternehmenseigenen Ausbildungsmöglichkeiten wurden zunehmend Arbeitskräfte aus eroberten Regionen eingesetzt. Der Abzug von Facharbeitskräften konnte bei *Siemens* zwar einige Zeit vermieden werden. Nachdem aber infolge des längeren Krieges doch einige von ihnen an die Wehrmacht abgegeben werden mussten und die dadurch entstandenen Einbußen nicht durch verlängerte Arbeitszeiten und die Wiedereinstellung von bereits pensioniertem Personal kompensiert werden konnten, wurden ab Ende 1940 auch ausländische Arbeitskräfte eingesetzt.<sup>664</sup> Eine der ersten ausländischen Gruppen von Arbeitskräften kam aus Südtirol, wovon beispielsweise 15 Maschinen- und Werkzeugschlosser bei *Steyr* eingesetzt wurden.<sup>665</sup> Die in Vorarlberger Unternehmen eingesetzten Südtiroler entsprachen hingegen nicht den Erwartungen. Da es sich hier nur um Hilfsarbeitskräfte handelte, konnten sie die fehlenden Facharbeitskräfte nicht ersetzen. Nachdem mit einem Zuzug von insgesamt ca. 18.000 Südtiroler ArbeiterInnen mit ihren Familien gerechnet wurde, kam es zu zusätzlichen Bautätigkeiten in Tirol und Vorarlberg etwa für Wohnungen. Das Kommando des Rüstungsbereichs Innsbruck hielt fest, dass es durch diese Bautätigkeiten wiederum zu einem Mangel an Bauarbeitskräften für andere Bauvorhaben kam. Zur Entlastung wurden daraufhin 1.000 polnische Kriegsgefangene zum Arbeitseinsatz verpflichtet.<sup>666</sup> Bei den *Reichswerken Hermann Göring* in Linz stieg ebenfalls der Arbeitskräftebedarf enorm an. Im Oktober 1940 wurde erstmals über den Arbeitseinsatz von 600 Kriegsgefangenen berichtet.<sup>667</sup> Auch bei *Steyr* kam es trotz des Krieges zu einem Anstieg der Belegschaft. Diese wuchs von 7.000 im Jahr 1938 auf 26.000 im Jahr 1941. Zu ihrer Unterbringung bedurfte es Investitionen in den Bau von 1.400 Wohnungen, wodurch jedoch wiederum Arbeitskräfte gebunden wurden. Zudem wurden Lehrwerkstätten errichtet, welche der Ausbildung dringend benötigter Facharbeitskräfte dienten. Durch den ständigen Bedarf an Arbeitskräften wurden auch Frauen, ausländische Fachkräfte aus der Tschechoslowakei und Belgien, Kriegsgefangene aus Polen (zur Vorbeugung von Sabotage wurden diese nicht in der Produktion, sondern eher auf Baustellen eingesetzt) und Justizhäftlinge beschäftigt. Ausländische Arbeitskräfte waren aber in der Belegschaft bis 1941 nur in geringer Zahl

---

<sup>664</sup> Kleindinst 2005: *Siemens in Österreich: von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges*, S. 139.

<sup>665</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_744, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5.

<sup>666</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

<sup>667</sup> Lackinger 2007: *Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert*, S. 132.

vertreten. Die Automatisierung der Produktionsanlagen erlaubte es zusätzlich auf einen gewissen Belegschaftsanteil zu verzichten und auch einfache Arbeitskräfte schnell anzulernen.<sup>668</sup> Ende November 1939 zählte der Gau Tirol 800 Kriegsgefangene, welche hauptsächlich in der Bauwirtschaft eingesetzt wurden. Nur wenige waren zu diesem Zeitpunkt in der Rüstungsindustrie tätig. Bis Oktober 1940 sollten es hier 152 Kriegsgefangene und ausländische Arbeitskräfte werden, wobei der Großteil bei den *Jenbacher Berg- und Hüttenwerken* im Einsatz war. Der Bedarf aber war wesentlich höher und es wurden auch dementsprechend mehr Kriegsgefangene angefordert. Selbst die im Sommer 1940 dem Wehrkreis XVIII zur Verfügung gestellten 20.000 französischen Kriegsgefangenen reichten nicht aus. Die noch fehlenden Arbeitskräfte wurden durch südtiroler Arbeitskräfte kompensiert. Der aufgrund der Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen erfolgte Abfluss oder die zwangsweise Dienstverpflichtung von (Fach-)Arbeitskräften ins Altreich zeigte jetzt bei hoher Produktionsauslastung seine negativen Folgen. Nur wenige konnten wieder zurückgeholt werden.<sup>669</sup> Auch in die Steiermark kamen mit Kriegsbeginn die ersten polnischen Kriegsgefangenen und bald darauf auch 300 polnische ZivilarbeiterInnen. Diese wurden zunächst in der Landwirtschaft und im Bergbau am Erzberg, später auch in den Unternehmen eingesetzt. Diese Arbeitskräfte wurden zwar dringend benötigt, das Reichswirtschaftsministerium war sich aber ihrer Zuverlässigkeit nicht sicher. Daher waren ab Oktober 1940 ausländische Arbeitskräfte strengen Regeln unterzogen und durften nicht an geheimer Produktion beteiligt, in sabotagekritischen Bereichen eingesetzt und ohne deutsche Aufsicht beschäftigt werden.<sup>670</sup> Auch wenn es in Summe allmählich eine Zunahme von ausländischen Arbeitskräften und Kriegsgefangenen bei österreichischen Unternehmen gab, so erfolgte dies meist in zu geringem Umfang und auch viel später als erwünscht. Ursache hierfür war einerseits ein Mangel an Kriegsgefangenenlager, vor allem in Westösterreich, wodurch die Unternehmen die Kosten für deren Unterbringung selbst hatten tragen müssen, andererseits der umgehende Einsatz dieser Arbeitskräfte in der Rüstungsindustrie ihrer

---

<sup>668</sup> Perz 2014: Das Projekt "Quarz", S. 71–76.

<sup>669</sup> Schreiber 1994: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol, S. 96–99.

<sup>670</sup> Karner 1986: Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945., S. 335–336.

Heimat, wodurch sie den österreichischen Unternehmen überhaupt nicht zur Verfügung standen.<sup>671</sup>

Das Problem der vielen zum Kriegsdienst eingezogenen Männer war in der Wirtschaft unterschiedlich stark ausgeprägt. Während die Konsumgüterindustrie grundsätzlich mit dem Abzug ihrer Arbeitskräfte zu kämpfen hatte, waren wichtige Rüstungsunternehmen durch die enge Verbindung mit den Rüstungsinspektionen vor Zugriffen der Wehrmacht zunächst weitgehend geschützt. Ihre Zulieferunternehmen hingegen mussten wichtige Facharbeitskräfte abgeben, was aber wiederum die Aufrechterhaltung ihrer Rüstungsproduktion wesentlich erschwerte. Im gesamten Deutschen Reich gab es 1939 eine Arbeitskraft von 39,4 Mio. Personen, wovon 24,5 Mio. Männer, 14,6 Mio. Frauen und 300.000 Juden und Jüdinnen und ausländische Arbeitskräfte waren. Innerhalb eines Jahres veränderten sich diese Werte auf insgesamt 36,15 Mio. Personen bei 20,5 Mio. Männern, 14,5 Mio. Frauen, 350.000 Kriegsgefangene und 800.000 FremdarbeiterInnen. Dementsprechend fehlten der deutschen Wirtschaft 1940 mehr als 3 Mio. Arbeitskräfte.<sup>672</sup> Und dass, obwohl mit Ende 1940 im Deutschen Reich bereits mehr als 1,1 Mio. Kriegsgefangene, davon rund 90.000 in Österreich, im Arbeitseinsatz waren. Diese wiederum setzten sich hauptsächlich aus Franzosen und Belgiern zusammen, welche in Österreich zur Mehrheit alleine für Bautätigkeiten, vornehmlich für den Vierjahresplan, verwendet wurden. Im Altreich hingegen arbeitete der Großteil der Kriegsgefangenen in der Landwirtschaft.<sup>673</sup>

Auch die österreichische jüdische Bevölkerung wurde bereits seit dem Novemberpogrom 1938 in größerem Ausmaß zur Zwangsarbeit verpflichtet und vor allem bei Bauprojekten eingesetzt.<sup>674</sup> Ab 1940 gab es konkrete Pläne zum Einsatz von KZ-Häftlingen in der Rüstungsindustrie. So sollte etwa direkt im KZ Mauthausen eine Munitionsfertigung installiert werden, zu welcher es aber letztlich aufgrund der Beendigung des Frankreichfeldzuges nicht kam. Zum ersten tatsächlichen Einsatz kam es Ende 1941 in der Produktion bei *Steyr-Daimler-*

---

<sup>671</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_739, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>672</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 416.

<sup>673</sup> Freund und Perz 2000: Zwangsarbeit von zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich., S. 652.

<sup>674</sup> Perz und Freund 2016: Zwangsarbeit in Österreich zwischen 1938 und 1945, S. 194.



*Puch*.<sup>675</sup> Vor allem Generaldirektor Meindl pflegte bereits seit seiner Jugend engen Kontakt zur SS, woraus sich für ihn bei der Leistungssteigerung der *Steyr*-Produktion erhebliche Vorteile ergaben. So erhielt das Unternehmen 1941 bereits KZ-Häftlinge für den Bau des Flugmotorenwerkes und 1942 ein eigenes Nebenlager des KZ Mauthausen für mehr Arbeitspersonal.<sup>676</sup> Zudem wurde in der Strafanstalt Garsten eine Werkstätte zur Reparatur von Maschinen durch die Firma *Steyr* eingerichtet und betrieben. Als Arbeitskräfte wurden hierfür Strafgefangene eingesetzt.<sup>677</sup> Im Gegensatz zur Bauwirtschaft, wo die Ausgaben für ZwangsarbeiterInnen meist jene für deutsche ArbeiterInnen übertrafen, war die Produktivität von Kriegsgefangenen und KZ-Häftlingen in der Industrie relativ hoch. Das war zumeist auf umfangreiche Einschulungen zurückzuführen. Aber auch hier waren sie eine „Notmaßnahme“, um die Rüstungsproduktion aufrechterhalten und die vorgegebenen Ziele erreichen zu können. Aufgrund des Mangels an Arbeitskräften waren die Unternehmen selber weitgehend am Einsatz von ZwangsarbeiterInnen interessiert, um ihren Fortbestand zu gewährleisten.<sup>678</sup> Bis weit in den Krieg hinein war es Unternehmen jedoch möglich, nicht nur Rüstungsaufträge, sondern auch die Beschäftigung von ZwangsarbeiterInnen abzulehnen. Aufgrund des meist akuten Arbeitskräftemangels und der aussichtsreichen Gewinnchancen wurde aber beides von den Unternehmen gerne wahrgenommen. Es musste jedoch zu ihren Vorstellungen über die weitere wirtschaftliche Entwicklung passen. Dabei gilt zu bedenken, dass Unternehmen die Behandlung von ZwangsarbeiterInnen meist selbst bestimmten.<sup>679</sup> Die Unternehmen hatten in dem ihnen vom Regime vorgegebenen Rahmen ihre eigene Entwicklung bestimmt. Sie wurden darin laut Neil Gregor zwar hauptsächlich von betriebswirtschaftlichen Überlegungen getrieben, agierten aber zunehmend vorsichtiger und waren keineswegs ausschließlich auf die Steigerung ihrer Gewinne ausgerichtet. Jedenfalls musste es aber auch andere Gründe für das unternehmerische Engagement mit den Nationalsozialisten geben, sonst hätte es nicht solch enge Verbindungen, etwa zur SS und damit eine Partizipation am Holocaust, gegeben.<sup>680</sup> Hier darf die Rolle einzelner Personen nicht unterschätzt werden.

---

<sup>675</sup> Freund und Perz 2000: Zwangsarbeit von zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich., S. 671–672.

<sup>676</sup> Rauscher 2004: *Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen*, S. 51.

<sup>677</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>678</sup> Buchheim 2006: *Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933-1945*, S. 382–383.

<sup>679</sup> Schanetzky 2015: *Kanonen statt Butter.*, S. 226.

<sup>680</sup> Gregor 2010: *Wissenschaft, Politik, Hegemonie.*, S. 88–89.

Nachdem ein Unternehmen selber nicht handeln kann, waren es bestimmte Personen, die den Unternehmenskurs vorgaben oder zumindest beeinflussten und die in ihrem Streben nach Macht und Anerkennung im Nationalsozialismus einen fruchtbaren Boden gefunden hatten.<sup>681</sup>

Die Rüstungsunternehmen sollten normalerweise zugleich mit den Aufträgen auch die notwendigen Arbeitsmittel, sowohl Rohstoffe als auch Maschinen und Arbeitskräfte, zugeteilt bekommen.<sup>682</sup> Die Produktion wurde dabei in Dringlichkeitsstufen eingeteilt. Nachdem diese Stufen aber nicht immer bekannt waren oder nicht bis an den Anfang der Lieferkette vereinheitlicht wurden, kam es auch hierdurch zu erheblichen Lieferverzögerungen oder Produktionsausfällen.<sup>683</sup> Die Firma *Steyr* löste das Problem der gestiegenen Aufträge zur Waffenproduktion und des gleichzeitigen Mangels an FacharbeiterInnen 1939 durch die zusätzliche Arbeit in Sonderschichten und die Auslagerung einiger Aufträge an Tochterfirmen, wie der *Kromag Hirtenberg*.<sup>684</sup> Die Zuteilung von Rohstoffen war größtenteils von den Anforderungen der Rüstungsunternehmen abhängig. Nachdem diese genauere Kenntnis über den Produktionsprozess hatten als die verantwortlichen Behörden, bestand für die Unternehmen ein Spielraum, wodurch sie sich bis zu einem gewissen Grad einen Rohstoffvorrat zulegen konnten. Ähnliche Möglichkeiten ergaben sich bei der Anforderung von Arbeitskräften, vor allem in Hinblick auf zum Kriegsdienst einzuziehende ArbeiterInnen. Bei Investitionen, etwa in Maschinen, kam es zu Anforderungen, obwohl die bestehenden Maschinen weder veraltet noch voll ausgelastet waren. Unternehmen suchten nach Investitionsmöglichkeiten für die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel und sahen die Möglichkeit, Maschinen zu erwerben, welche sie nicht nur für die Rüstungsproduktion, sondern auch für die zivile Produktion nach Beendigung des Krieges einsetzen konnten. Hinzu kam noch die Verlagerung von Aufträgen an externe Fertigungsunternehmen durch die eigentlichen Rüstungsunternehmen aufgrund mangelnder Rentabilität der benötigten Kapazitätserweiterungen. Den Behörden war es aufgrund unzureichender Informationen zum tatsächlichen Auslastungsgrad nicht möglich, diese Vorgehensweise vollends zu unterbinden.

---

<sup>681</sup> James 2010: Anmerkung zum Beitrag von Constantin Goschler, S. 133–134.

<sup>682</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 118.

<sup>683</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>684</sup> Perz 2014: Das Projekt "Quarz", S. 60.

Zum Teil haben sie diese selbst mitverschuldet, nachdem der Befehl zur geographischen Trennung und Verteilung der Rüstungs- und Zulieferunternehmen erlassen wurde. Ein positiver Effekt dieser Maßnahme war aber die vermehrte Einbindung von Klein- und Mittelunternehmen in den Rüstungsprozess, auch in Österreich.<sup>685</sup> Der große Bedarf an Produktionsmaschinen führte auch zu einem regen Schwarzmarkthandel mit gebrauchten Anlagen. Die Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII kritisierte hierzu die Umgehung von Zollvorschriften, den Kettenhandel und die Anforderung von Kontingenten für gebrauchte Maschinen. Als Maßnahme wurden alle gebrauchten Maschinen beschlagnahmt und alle Händler verpflichtet, ihre Handelsbücher offenzulegen. Damit sollte sichergestellt werden, dass alle Maschinen erfasst wurden, die Preise kontrollierbar waren und in die Verteilung der Maschinen dem aktuellen Bedarf entsprechend eingegriffen werden konnte.<sup>686</sup>

Laut einer Statistik des United States Strategic Bombing Survey konnten 1938 immerhin 72% der bestellten Maschinenwerkzeuge geliefert werden, 1939 waren es nur 60%, 1940 jedoch bereits 86%.<sup>687</sup>

Viele Rüstungsunternehmen konzentrierten ihre Produktion trotz Vorgaben nicht ausschließlich auf Rüstungsgüter. Selbst während des Krieges produzierten Unternehmen wie *Krupp Essen* auch zivile Güter. Hierfür ausschlaggebend waren langfristige Perspektiven und Gewinnerwartungen. Sie bestimmten den Einsatz von Eigenmitteln, verhinderten das Freiwerden von Kapazitäten und vermieden die Auslegung von Produktionsanlagen ausschließlich auf Rüstungszwecke. Schließlich rechneten die Unternehmen mit einem möglichen Abflauen der Rüstungsaufträge und einem Wiedereinsetzen der Marktwirtschaft und ausländischer Konkurrenz. Die Industrie sah in den Plänen der Nationalsozialisten nur die kurzfristig angelegte Umstellung auf Kriegswirtschaft und keine Absicht, langfristig ein Regime mit zentraler Planung einzuführen. Auch wenn es dafür keine Garantien gab, so stärkte die laufende Zusammenarbeit mit dem Regime ihre Überzeugung und bestärkte sie in ihrer Vorgehensweise. Das Regime wiederum tolerierte diese langfristige, auf zukünftige Gewinne

---

<sup>685</sup> Scherner 2015: Die Grenzen der Informationsbeschaffung, -transfer und -verarbeitung in der deutschen Wehr- und Kriegswirtschaftsverwaltung im Dritten Reich, S. 118–121.

<sup>686</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>687</sup> Overall Economic Effects Division 1945: The United States Strategic Bombing Survey., S. 50.

ausgerichtete Planung.<sup>688</sup> Während des Krieges erhöhte der Staat jedoch den Druck auf die Industrie:

*„Nach den Richtlinien des Reichsmarschalls sind die von der Wehrmacht mit Aufträgen versehenen Betriebe angewiesen, in weitestgehendem Maße ihre Unterlieferungsaufträge in die besetzten und eingegliederten Gebiete zu vergeben. [...] Vornehmlich jene Betriebe, die neben der zivilen Fertigung besonders dringliche Wehrmachtaufträge haben, sollen durch die Verlagerung der Aufträge des zivilen Sektors entlastet werden, um Arbeitskräfte für die vordringliche Wehrmachtfertigung freizubekommen.“*<sup>689</sup>

Der Staat griff auch immer wieder ein, wenn er seine Vorgaben bedroht sah, etwa durch weitere Unternehmensschließungen oder den Austausch der Unternehmensleitung. Er war sich aber bewusst, dass diese Maßnahmen nur in begrenztem Bereich einsetzbar und wirksam waren, wollte er größere Produktionsunterbrechungen oder Unruhe in der Industrie verhindern. Aber auch die Unternehmen selbst wussten um diese Begrenzung der Maßnahmen und ließen sich nicht durch einzelne Vorfälle von der Verfolgung ihrer eigenen Interessen abbringen.<sup>690</sup> *Siemens* etwa investierte in der Zeit zwischen 1933 und 1944 rund 650 Mio. in sein Anlagevermögen mit Schwerpunkt auf Werkzeugen, Maschinen, Grundstücken und Gebäuden. Hierbei war das Unternehmen jedenfalls darauf bedacht, sein Produktionsprogramm nicht nur auf die Kriegsbedürfnisse auszulegen, sondern auch für die zivile Produktion nach Kriegsende bereit zu sein.<sup>691</sup>

Für die Produktion von Rüstungsgütern fehlte es aber nicht nur an Arbeitskräften, Rohstoffen und Maschinen, sondern auch an Betriebsmitteln wie Prüflernen, die etwa bei der Herstellung von Gewehren notwendig waren.<sup>692</sup> Als weiteres Hindernis in der Produktion stellten sich fehlende Kontrollnummern dar. *Felten & Guillaume* konnte daher Stacheldraht nicht planmäßig liefern, *Ludwig Binder* musste die Auslieferung von Hindernisschlagpfählen verzögern. Auch die Herstellung von „Schwerpunktgeräten“ war betroffen: bei den *Ferlacher*

---

<sup>688</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, 398-399 und 405.

<sup>689</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>690</sup> Buchheim 2006: Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933-1945, S. 370.

<sup>691</sup> Erker 1993: Industrieeliten in der NS-Zeit, S. 48-49.

<sup>692</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_743, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Wehrwirtschaftsstelle Linz Nr. 1.

*Büchsenmachern* verzögerte sich die Herstellung von Führungsschiffchen, bei *Lapp-Finze* die Beschaffung von Isolatorenstützen.<sup>693</sup> Auch das Wetter beeinflusste die Produktion phasenweise maßgeblich. Die andauernde Kälte in den Wintermonaten führte zu Störungen bei Wasserkraftwerken und somit zu Ausfällen in der Stromversorgung. Zudem verzögerte die Kälte auch Bauarbeiten im Freien, wodurch Produktionshallen nicht im geplanten Zeitraum errichtet werden konnten. Dadurch konnte etwa die Firma *Epple-Buxbaum-Werke* in Wels ihre Munitionsfertigung nicht zeitgerecht aufnehmen.<sup>694</sup> In Eisenerz musste sogar ein Hochofen heruntergefahren werden, da aufgrund der Kälte die gefrorenen Erze nicht entladen werden konnten. Am Erzeberg wurden zudem die Abbauarbeiten erschwert, da die ArbeiterInnen bei Temperaturen von bis zu minus 28 Grad nicht ihre volle Leistung bringen konnten.<sup>695</sup> Auch Hochwasser konnte die Rüstungsproduktion erheblich beeinträchtigen. So meldeten die Firmen *Berndofer*, *Enzesfelder* und *Stahl- und Temperguß* Produktionsausfälle von jeweils einigen Tagen.<sup>696</sup> Die Produktionssituation wurde zudem durch die mangelnden Transportmöglichkeiten verschärft. Einerseits kam es zu Transportausfällen durch niedrige Temperaturen (Zufrieren der Wasserwege) und unzureichenden Treibstoff, andererseits fehlte es grundsätzlich an Waggons und Kraftwagen. Der Mangel konnte nur teilweise durch erbeutete Kraftwagen ausgeglichen werden.<sup>697</sup> Für die Strecke Wien-Linz, welche bislang einen Tag in Anspruch genommen hatte, benötigten Züge nun vier bis fünf Tage.<sup>698</sup> Auch die Entladung von Güterwaggons stellte sich zeitweise als problematisch dar. So wurden für Entladungen an Sonntagen Kriegsgefangene herangezogen, da sich österreichische ArbeiterInnen weigerten, sonntags zu arbeiten.<sup>699</sup>

Zudem bestanden bereits bauliche Anordnungen, welche sich hemmend auf die Produktion auswirkten. Es war der deutschen Industrie verboten, neue Hochöfen, Hüttenkokereien,

---

<sup>693</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>694</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_744, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5.

<sup>695</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>696</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_749, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte.

<sup>697</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_744, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5.

<sup>698</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_738, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg.

<sup>699</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_745, Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1.

Anlagen zur Fertigung von Stahl und Eisen-, Stahl- und Tempergießereien ohne vorhergehende Genehmigung durch den Reichswirtschaftsminister zu bauen bzw. bestehende zu erweitern.<sup>700</sup> Diese Regelung diente in erster Linie zum Schutz der *Reichswerke Hermann Göring* und galt vorerst nicht für Österreich.<sup>701</sup> Dadurch ergaben sich zunächst für die deutschen Industrieunternehmen bessere Bedingungen für eine Produktionserweiterung, zumal es auch schon eine vorhandene ungenutzte Substanz gab, wodurch sich mit wenig finanziellem Aufwand eine umfangreiche Kapazitätserweiterung bewerkstelligen ließ. Nach Kriegsbeginn hatte aber die Reichsstelle für Raumordnung strengere Richtlinien für den Bau und die Erweiterung von Rüstungsunternehmen erlassen:

*„Nach diesen Richtlinien sind Rüstungsbetriebe bis auf weiteres grundsätzlich dort zu errichten, wo die Arbeitskräfte nicht weite Wege zum Betrieb zu machen brauchen und somit die Verkehrsmittel nicht unnötig belasten. Ferner muß gewährleistet sein, daß lediglich der neue Betrieb als solcher zu errichten ist und tunlichst auf Neben- und zusätzliche Einrichtungen, wie Versorgungsanlagen, Verkehrsanlagen, Erschließung neuer Siedlungsgebiete usw., verzichtet wird. Insbesondere muß bei jedem Vorhaben die Unterbringung der Arbeitskräfte gewährleistet sein, und zwar grundsätzlich so, daß keine neuen Wohnungen errichtet zu werden brauchen. [...] Das Oberkommando der Wehrmacht und der Reichswirtschaftsminister haben im übrigen durch entsprechende Anweisungen bezüglich der Auftragsvergebung dafür gesorgt, daß nach Möglichkeit die in den Betrieben vorhandenen Belegschaften ohne Verpflanzung von Arbeitskräften voll beschäftigt werden. Neubauten und Erweiterungen von Produktionsanlagen dürfen nur weitergeführt und begonnen werden, wenn keine freien Fertigungsmöglichkeiten mehr vorhanden sind oder durch Umstellung gewonnen werden können. Soweit sie unbedingt notwendig sind, sind sie nach einer ausdrücklichen Weisung des Führers in primitivster, eisensparender Bauart als Holz- bzw. Massivbarackenbauten auszuführen.“<sup>702</sup>*

Das Reichsluftfahrtministerium hatte diese Richtlinien noch verschärfen lassen, indem es zusätzlich Luftschutzmaßnahmen vorschrieb:

*„So ist z.B. bei Ausnutzung bereits aufgeschlossener Flächen der nach Lage der Verhältnisse größtmögliche Abstand zu bestehenden Rüstungsbetrieben oder anderen stark luftgefährdeten Anlagen sowie zu Wohn- und Siedlungsgebieten zu wählen. Der weitere Zuzug von Arbeitermassen in die Großstädte ist zu*

---

<sup>700</sup> Reichs- und Preußisches Wirtschaftsministerium 1937: Ministerialblatt für Wirtschaft., Nr. 18, S. 213; §§ 1 und 2.

<sup>701</sup> Mollin 1988: Montankonzerne und "Drittes Reich", S. 140.

<sup>702</sup> TLA, Landesstelle für Raumordnung VI, a, 36001 und 36002, Schreiben des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung., 21.02.1940.

*vermeiden. Aus diesem Grunde sind mittlere und kleinere Städte für Standorte von Rüstungsbetrieben zu bevorzugen. [...] Rüstungsbetriebe dürfen nicht innerhalb von Wohn- und Siedlungsgebieten errichtet werden, damit diese Gebiete von Luftangriffen auf die Rüstungsstätten nicht mit betroffen werden.*<sup>703</sup>

Nicht immer wurden die Bauvorschriften genau eingehalten, vor allem dann nicht, wenn auf vorhandener Infrastruktur aufgebaut wurde. Eines der vordringlichsten Bauprojekte bis 1941 war neben dem *Nibelungenwerk St. Valentin* zur Panzerproduktion die Errichtung der *Wiener Neustädter Flugzeugwerke* für die Produktion von einmotorigen Jagdflugzeugen. Mit Mai 1938 übernahm die Luftfahrtkontor GmbH die vormalige *Österreichische Flugzeugfabrik* und gründete auf deren Basis nur wenige Tage später die *Wiener Neustädter Flugzeugwerke GmbH (WNF)*. Ihr Zweck galt unter anderem der Erzeugung und Reparatur von Flugzeugen. Der nun größte Flugzeugproduzent in Österreich startete im Juni 1939 mit der Fertigung von Flugzeugen des Typs Messerschmidt Bf 109 und konnte bis zum Ende dieses Jahres 115 Stück davon fertigstellen.<sup>704</sup> Da es sich aber defacto um eine Neugründung handelte, hatten die WNF keine Stammbegleichschaft vorzuweisen. Sie mussten intensiv Fachkräfte anwerben und ein umfangreiches Aus- und Fortbildungsprogramm starten. Nachdem die vorhandenen Kapazitäten rasch ausgelastet waren, gingen die WNF daran, neben dem Bau weiterer Fertigungsmöglichkeiten, umliegende Unternehmen zu kaufen oder zu pachten. Einer davon war die nicht mehr in Betrieb befindliche Flugzeugfabrik der *Austro-Daimler-Werke*. Nicht nur, dass Wiener Neustadt die für den Betrieb der WNF notwendige Infrastruktur bieten konnte, die Stadt war auch ob ihres geographischen Standorts im Reich aus strategischer Sicht gut geschützt vor potentiellen Luftangriffen.<sup>705</sup> Daher ließen sich in Wiener Neustadt und Umgebung auch andere Rüstungsunternehmen nieder. So gab es einige Hersteller für Munition größeren Kalibers. Etwa produzierte die Firma *National Radiator AG* zusammen mit dem Presswerk der *Enzesfelder Metallwerke AG* 10,5 cm- und 15 cm-Feldhaubitzengranaten. Pulver und Sprengstoff für die Granaten wurden durch das *Tritolwerk* nördlich von Wiener Neustadt bereitgestellt, bei einem monatlichen Output von rund 90.000 Granaten.<sup>706</sup>

---

<sup>703</sup> TLA, Landesstelle für Raumordnung VI, a, 36003, Schnellbrief des Reichsministers der Luftfahrt, 21.02.1940.

<sup>704</sup> Reisner 2014: Bomben auf Wiener Neustadt, S. 20–23

<sup>705</sup> Perz 1994: Rüstungsindustrie in Wiener Neustadt 1938 - 1945, S. 6–8.

<sup>706</sup> Reisner 2014: Bomben auf Wiener Neustadt, S. 52–54.

## 4. Empirische Untersuchung betriebswirtschaftlicher Effekte des „Anschlusses“

### 4.1. Die Jahresabschlussanalyse – Theorie

Ein Unternehmen hat am Ende eines jeden Geschäftsjahres das Verhältnis zwischen seinem Vermögen und seinem Kapital (Bilanz) und eine Gegenüberstellung seiner Aufwendungen und Erträge (Gewinn- und Verlustrechnung, kurz GuV) darzustellen. Zusammen bilden diese den Jahresabschluss.<sup>707</sup> Unter einer Bilanz wird *„die rechnerische Gegenüberstellung der Aktiva und Passiva eines Unternehmens zu einem bestimmten Stichtag“* verstanden.<sup>708</sup> Eine Bilanz ist somit generell in zwei Hälften geteilt, der Aktiva (dem Vermögen des Unternehmens) und der Passiva (dem Kapital des Unternehmens). Das Vermögen unterteilt sich grob in Anlage- und Umlaufvermögen, das Kapital in Eigen- und Fremdkapital. Die Aktiva informiert über die Mittelverwendung (Investition), die Passiva über die Mittelherkunft (Finanzierung).<sup>709</sup>

Die Vermögensteile werden folgendermaßen definiert:

*„Als Anlagevermögen sind die Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.“*

*Als Umlaufvermögen sind die Gegenstände auszuweisen, die nicht bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.“<sup>710</sup>*

Das Anlagevermögen dient dem Geschäftsbetrieb langfristig und ist somit zum Gebrauch bestimmt, Umlaufvermögen hingegen steht nur kurzfristig zur Verfügung und ist somit zum Verbrauch vorgesehen. Vermögensgegenstände, die im wirtschaftlichen Eigentum des Unternehmens stehen, können unabhängig voneinander verwertet und übertragen werden. Sofern diese zeitlich befristet sind, müssen sie entsprechend ihrem Wertverzehr und Werteinsatz planmäßig, bei ungeplantem Wertverlust außerplanmäßig abgeschrieben werden. Das Eigenkapital wird von den EigentümerInnen zur dauerhaften Verwendung

---

<sup>707</sup> Deutsches Handelsgesetzbuch § 242.

<sup>708</sup> Bertl, Deutsch-Goldoni und Hirschler 2019: Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch, S. 237.

<sup>709</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 6.

<sup>710</sup> BGBl für die Republik Österreich. Fassung vom 24.08.2020. § 198 (2) und (4).



eingebraucht. Der Gewinn/Verlust einer Periode wird jeweils dem Eigenkapital zugerechnet/abgezogen.<sup>711</sup>

Folgende Funktionen werden dem Eigenkapital zugeschrieben<sup>712</sup>:

- Kontinuitätsfunktion - es sichert die Fortführung der wirtschaftlichen Tätigkeit des Unternehmens.
- Haftungsfunktion – es haftet für die Schulden des Unternehmens.
- Verlustausgleichsfunktion – es gleicht Verluste des Unternehmens aus.
- Gewinnbeteiligungsfunktion – es ermöglicht GesellschafterInnen ihren Anspruch auf die entstandenen Gewinne geltend zu machen.
- Geschäftsführungsbestellfunktion – es erlaubt EigentümerInnen die Bestellung von GeschäftsführerInnen

Das Fremdkapital stellt die Schuldverhältnisse des Unternehmens dar. Es beinhaltet in der Regel Rückstellungen (Schulden, die ihrer Höhe und dem Zeitpunkt ihres Eintretens nach nicht sicher sind) und Verbindlichkeiten (Schulden, die der Höhe und dem Grunde nach sicher sind).<sup>713</sup>

Bei der Passiva (Mittelherkunft) ist es zudem sinnvoll nach der Finanzierungsart zu unterscheiden. Dabei werden folgende Arten festgelegt: Eigen- und Fremdfinanzierung bzw. Innen- und Außenfinanzierung. Bei der Eigenfinanzierung wird das Kapital von den EigentümerInnen aufgebracht, steht dem Unternehmen langfristig zur Verfügung und übernimmt eine Haftungsfunktion. Die EigentümerInnen sind am Unternehmen beteiligt, haben ein Mitsprache- und Kontrollrecht und bekommen für ihre Finanzmittel ein Entgelt im Sinne von Gewinnbeteiligung, tragen aber auch ein Risiko im Sinne einer Verlustbeteiligung. Bei der Fremdfinanzierung entsteht keine Beteiligung der GläubigerInnen und somit kein (oder wenig) Mitsprache- und Kontrollrecht. Sie bekommen jedoch ein vom Jahresergebnis unabhängig festgelegtes Entgelt im Sinne von Verzinsung und Tilgung, sie haben keine Haftung

---

<sup>711</sup> Hirschler 2012: Bilanzwissen für Führungskräfte., S. 25.

<sup>712</sup> Baetge, Kirsch und Thiele 2014: Bilanzen, S. 490–492.

<sup>713</sup> Thommen, Achleitner, Gilbert, Hachmeister und Kaiser 2017: Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, S. 448–449.

und stellen ihre Mittel je nach Bedarf kurz-, mittel- oder langfristig zur Verfügung (zu den kurzfristigen zählen auch Lieferverbindlichkeiten im Sinne von LieferantInnenkredite). Einige Finanzierungsformen können dabei sowohl den Charakter einer Eigen- als auch einer Fremdfinanzierung haben und somit Mischformen darstellen. Bei der Innfinanzierung wird das Kapital vom Unternehmen selbst (von „innen“) aufgebracht. Dies erfolgt im Wesentlichen durch die Einbehaltung des erwirtschafteten Gewinns, der Bildung von Reserven (stille Reserven stehen der Finanzierung erst bei ihrer Realisierung zur Verfügung), etwa bei der Neubewertung von Vermögensgegenständen, bei der Dotierung von Rückstellungen, der Verrechnung von Abschreibungen in Angebotspreisen, Vermögensumschichtungen, etwa durch den Verkauf von Anlagen, und bei der Durchführung von Rationalisierungsmaßnahmen. Die Außenfinanzierung umfasst hauptsächlich die Beteiligungs- und Einlagenfinanzierung bestehender und neuer EigentümerInnen und die Kreditfinanzierung. Es werden somit Finanzmittel von außen dem Unternehmen zugeführt.<sup>714</sup>

Zusätzlich zu Anlage- und Umlaufvermögen bzw. Eigen- und Fremdkapital gibt es noch sogenannte Rechnungsabgrenzungsposten.

*„Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Abschlußstichtag auszuweisen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag sind. Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Passivseite Einnahmen vor dem Abschlußstichtag auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag sind.“<sup>715</sup>*

Die Summe aus Anlage- und Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung ergibt die Bilanzsumme, welche sowohl bei Aktiva als auch Passiva, somit auch der Summe aus Eigen- und Fremdkapital und passiver Rechnungsabgrenzung, gleich ist.<sup>716</sup>

Die Bilanz hat grundsätzlich mehrere Funktionen<sup>717</sup>:

- Dokumentationsfunktion - Beleg über Vermögen und Schulden des Unternehmens mittels ordnungsmäßiger Buchführung/Bilanzierung.

---

<sup>714</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, 18-23 und 202.

<sup>715</sup> BGBl für die Republik Österreich. Fassung vom 24.08.2020. § 198 (5) und (6).

<sup>716</sup> Hirschler 2012: Bilanzwissen für Führungskräfte., S. 25.

<sup>717</sup> Bertl, Deutsch-Goldoni und Hirschler 2019: Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch, S. 237–240.

- Gewinnermittlungsfunktion – Ermittlung des Gewinns der abgelaufenen Periode mittels Gegenüberstellung des Eigenkapitals am Beginn und am Ende der Periode mit detaillierter Darstellung in der Gewinn- und Verlustrechnung.
- Informationsfunktion – Information an UnternehmerInnen über Zusammensetzung und Entwicklung von Vermögen und Ertrag als Steuerungsinstrument und Entscheidungsgrundlage. Auch Dritten, welche in wirtschaftlicher Beziehung mit dem Unternehmen stehen, dienen diese Informationen als eine Art GläubigerInnenschutz und beeinflussen ihre künftigen Entscheidungen.
- Erhaltungsfunktion – Die Aufrechterhaltung des Unternehmensbestandes soll durch einen nicht zu hohen Geldabfluss in Richtung der GesellschafterInnen und in Richtung der Steuerbehörden gewährleistet sein.

Um ein übersichtliches und vergleichbares Abbild der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens zu erhalten, ist die Bilanz einem gesetzlich geregelten Gliederungsschema entsprechend aufgebaut. Darin sind Inhalt und Form der abzubildenden Posten vorgegeben.<sup>718</sup>

Die Jahresabschlussanalyse umfasst die Aufbereitung und Auswertung von erkenntnisorientierten Unternehmensinformationen mithilfe von Kennzahlen. Damit soll die wirtschaftliche Situation eines Unternehmens hinsichtlich seiner Vermögens-, Kapital- und Ertragslage möglichst real dargestellt werden. Bei der Aufbereitung werden die Informationen zunächst zielgerichtet verdichtet und umstrukturiert und anschließend in Relation zueinander oder zu Vergleichswerten (auch im Zeitablauf) gesetzt. In weiterer Folge werden zusätzliche Informationen durch die Verknüpfung vorhandener Werte generiert, wodurch eine Beurteilung der Unternehmenslage erleichtert und die wirtschaftliche Entwicklung mit bestimmten Einflussfaktoren aufgezeigt wird.<sup>719</sup>

Bei einer finanzwirtschaftlichen Analyse werden hauptsächlich die Posten der Bilanz in Hinblick auf Investitionen, Finanzierung und Liquidität durchleuchtet. Sie soll Aufschluss über

---

<sup>718</sup> Hirschler 2012: Bilanzwissen für Führungskräfte., S. 14.

<sup>719</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 1–3.

die Vermögens- und Finanzierungsstruktur und der damit verbundenen Vorteile und Risiken geben.<sup>720</sup>

Ein wesentlicher Grundsatz der Jahresabschlussanalyse besagt, dass nur solche Informationen aufbereitet und ausgewertet werden sollen, die auch tatsächlich für die Erreichung des Erkenntnisziels (je nach AdressatIn unterschiedlich) relevant und bedeutsam, somit wesentlich sind. Damit soll eine Informationsüberflutung vermieden werden.<sup>721</sup>

Bei der Jahresabschlussanalyse ist das Wirtschaftlichkeitsprinzip zu beachten, nachdem der Aufwand für Informationsbeschaffung und -verarbeitung nicht den Nutzen der zusätzlichen oder detaillierteren Informationen übersteigen darf.

*„Für einen reinen Zeitvergleich tritt die Methode selbst in den Hintergrund; wichtig ist vielmehr, dass die Kennzahlen über die Zeit nach demselben Schema ermittelt wurden. Zusätzlich ist zu berücksichtigen, dass die Werte selbst durch gesetzliche Bestimmungen und bilanzpolitische Maßnahmen erheblich an der Realität vorbeigehen können, so dass die Genauigkeit ohnedies nur eine scheinbare ist.“<sup>722</sup>*

Folgende Nachteile eines Jahresabschlusses müssen berücksichtigt werden<sup>723</sup>:

- Inaktualität – der Abschluss wird erst einige Zeit nach Ende des Geschäftsjahres offengelegt.
- Vergangenheitsbezug – der Abschluss bezieht sich auf wirtschaftliche Vorgänge einer vergangenen Periode.
- Eingeschränkte Informationen – zum einen sind nur quantitativ messbare Größen ersichtlich, zum anderen werden einige relevante messbare Informationen gänzlich weggelassen.
- Hoher Aggregationsgrad der Informationen – Sammelpositionen können bei Interesse nicht in ihre Einzelteile zerlegt werden.

---

<sup>720</sup> Hirschler 2012: Bilanzwissen für Führungskräfte., S. 141.

<sup>721</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 3.

<sup>722</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 202.

<sup>723</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 203.

- Stichtagsbezug – Bilanzwerte sind Stichtagswerte. Sie geben keinen Aufschluss über Veränderungen während des Geschäftsjahres.
- Informationsverlust durch gesetzliche Bewertungsvorschriften – durch diese werden manche Informationen beeinflusst, etwa bei der Bewertung von Vermögensgegenständen.

Nach der statischen Bilanztheorie gibt die Bilanz Werte zu einem bestimmten Stichtag wieder, wobei sich der Gewinn oder Verlust durch den Vergleich des Nettovermögens mit jenem der vorhergehenden Bilanz errechnet. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist hierbei nicht notwendig und dient nur als zusätzliche Informationsquelle.<sup>724</sup>

Der Jahresabschluss dient der Rechenschaftslegung und Informationsvermittlung und zielt auf unterschiedliche AdressatInnen ab. Diese umfassen neben der Geschäftsleitung verschiedene externe Personen und Institutionen, mit denen das Unternehmen in Beziehung steht wie EigentümerInnen, Kreditinstitute und LieferantInnen. Alle dieser AdressatInnen verfolgen unterschiedliche Ziele und haben somit ein unterschiedliches Informationsbedürfnis. Gemein ist ihnen jedenfalls ihr Interesse an der aktuellen und der Prognose der zukünftigen Ertragslage und an der finanziellen Stabilität. Die Analyse von Unternehmen bringt aber gerade für externe AnalystInnen die Schwierigkeit mit sich, dass in der Regel nur jene Informationen analysiert werden können, welche vom jeweiligen Unternehmen entweder freiwillig oder durch gesetzliche Vorschriften zur Verfügung gestellt werden. Vereinzelt kommen noch Informationen durch Dritte hinzu, deren Datenbasis aber nicht oder nur schwer überprüfbar ist. Die mit Abstand wichtigste dieser für Außenstehende zugänglichen Quellen ist aber der Jahresabschluss.<sup>725</sup>

Die Jahresabschlussanalyse beinhaltet vorrangig die Datenaufbereitung inklusive Umstrukturierung und die Kennzahlenberechnung mit anschließender Schlussfolgerung entsprechend dem Ziel der AdressatInnen. Ihre Aussagekraft wird wesentlich von der Qualität der Daten und gewissen Einflussfaktoren, wie der Bilanzpolitik, bestimmt. Kennzahlen sind quantitative Maßgrößen, die keine neuen Informationen bringen, sondern bereits bestehende

---

<sup>724</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 40–41.

<sup>725</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 4.

Informationen anders darstellen und in Verhältnis zu anderen setzen. Aufbereitet in einer übersichtlichen Darstellung helfen sie Problem und Muster zu erkennen. Vor allem beim Perioden- und Unternehmensvergleich lassen sich diese leichter erkennen. Posten der Bilanz belegen, im Gegensatz zu jenen der Gewinn- und Verlustrechnung, nicht so schnell und eindeutig wirtschaftliche Veränderungen im Unternehmen, da sie sich über einen längeren Zeitraum kumulieren und eher den angewandten Bewertungsmethoden unterliegen.<sup>726</sup>

Zu beachten bei der Jahresabschlussanalyse ist die von der Unternehmensleitung beeinflusste Darstellung der Informationen im Jahresabschluss. Im Rahmen der sogenannten Bilanzpolitik nützen die Unternehmen einen (gesetzlich regulierten) Spielraum, der ihnen die Abbildung der wirtschaftlichen Situation, ausgerichtet auf die eigene Unternehmenspolitik, ermöglicht und sie dadurch die Erkenntnis Externer aus dem Jahresabschluss bis zu einem gewissen Grad steuern können. So lassen sich etwa Steuerzahlungen und Gewinnausschüttungen verschieben oder auch potentielle AktionärInnen oder GläubigerInnen in ihrer Lagebeurteilung beeinflussen. Es kann aber auch als Instrument zur Verschleierung einer Krisensituation und zur Verwirklichung persönlicher Ziele, etwa von Personen des Managements, dienen.<sup>727</sup>

Mit dem Jahresabschluss legt das Management Rechenschaft über seine Handlungen während des vergangenen Wirtschaftsjahres ab. Bilanzpolitische Beeinflussung des Jahresabschlusses durch das Management<sup>728</sup> können die AdressatInnen, insbesondere die EigentümerInnen, nicht oder nur schwer erkennen, weshalb ein rechtlicher Rahmen für die Bilanzpolitik notwendig ist. Zudem ist eine Prüfung durch externe PrüferInnen ein beliebtes und teilweise auch vorgeschriebenes Mittel, um eine realitätsnahe Darstellung der wirtschaftlichen Situation zu erhalten. Während das Management oftmals die Einbehaltung des erwirtschafteten Gewinns für einen höheren Liquiditätsspielraum in der Zukunft zum Ziel hat, interessieren sich EigentümerInnen eher für ihr Recht der Auszahlung des Gewinns. Auch

---

<sup>726</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 198–202.

<sup>727</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 33–37.

<sup>728</sup> „Wir als Rüstungsindustrie müssen nur einen Zweck verfolgen, einen möglichst nichts sagenden Vorstandsbericht herausgeben, denn die Verhältnisse der Firma, Konzernverbindungen usw. gehen die Außenstehenden ganz bestimmt nichts an.“ Robert Glatzl (Prokurist der Creditanstalt) zu Alfons Pfeifer-Schiessl (Direktor bei Martin Miller) zum Wirtschaftsprüfbericht 1940. Zitiert aus: Feldman, Gerald D.; Rathkolb, Oliver; Venus, Theodor; Zimmerl, Ulrike; Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, Bd. 1, S. 588

andere AdressatInnen sind an der wirtschaftlichen Situation des Unternehmens interessiert: FremdkapitalgeberInnen beispielsweise wollen Zinsen und Tilgung termingerecht erhalten und befürworten daher eine höhere Liquidität des Unternehmens. LieferantInnen und KundInnen wollen sich auf die Vertragstreue und die Zahlungsfähigkeit des Unternehmens verlassen können.<sup>729</sup>

Bei der Jahresabschlussanalyse ist jedenfalls die Möglichkeit zu berücksichtigen, dass das jeweilige Unternehmen den Jahresabschluss in dem ihm gegebenen Spielraum so verändert hat, dass dieser nicht mehr oder nur bedingt die tatsächliche wirtschaftliche Situation abbildet. Die Bereinigung solcher Veränderungen sollte bei einer Jahresabschlussanalyse angestrebt werden, ist aber aufgrund der oftmals unzureichenden Informationen nur schwer umsetzbar. Der Vorteil einer vergleichenden Betrachtung über einen Zeitverlauf besteht in der Wahrscheinlichkeit, dass sich einige bilanzpolitische Maßnahmen des Unternehmens von einer auf die nächste Periode bereits aufheben können, sie haben daher einen weniger gravierenden Einfluss. Zudem sind außerordentliche Ereignisse besser erkenn- und ihre Auswirkungen relativierbar.<sup>730</sup>

Auch wenn sich Jahresabschlüsse von bilanzpolitischen Maßnahmen bereinigen lassen, so muss abgewogen werden, mit welchem Aufwand solch eine Bereinigung durchgeführt werden kann und inwiefern diese tatsächlich sinnvoll ist. Vor allem wenn detaillierte Angabe für eine Bereinigung nicht verfügbar sind und etwa Schätzungen herangezogen werden, kann dies zu einer größeren Fehlinterpretation von Kennzahlen führen, als wenn keine Bereinigung vorgenommen worden wäre. Zudem bereinigen sich, wie bereits erwähnt, manche bilanzpolitischen Maßnahmen im Zeitverlauf von selbst.<sup>731</sup>

Ein wesentlicher Bestandteil der Jahresabschlussanalyse sind die Kennzahlenbildung und der Kennzahlenvergleich. *„Kennzahlen sind hochverdichtete Maßgrößen, die als Verhältniszahlen oder absolute Zahlen in einer konzentrierten Form über einen zahlenmäßig, also quantitativ erfassbaren Sachverhalt berichten.“* Sie sollen in systematischer, überschaubarer und aussagekräftiger Art komplexe Unternehmenssachverhalte abbilden. Nachdem aber die

---

<sup>729</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 9–10.

<sup>730</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 71.

<sup>731</sup> Wagenhofer 2015: Bilanzierung und Bilanzanalyse, S. 209.

Kennzahlen allein nicht immer ein umfassendes Unternehmensbild liefern, ist die Berücksichtigung von zusätzlichen qualitativen Informationen im Rahmen der Bilanzanalyse, etwa weiterführende Angaben im Jahresabschluss, sinnvoll. Kennzahlen können sowohl in absoluter als auch relativer Form dargestellt werden. Bei der relativen Darstellung ist zu beachten, dass nur Werte mit einem inneren Zusammenhang in Verhältnis zueinander gestellt werden. Beide Formen in Kombination können ein aussagekräftigeres Bild eines Sachverhalts geben. Der Ausgangspunkt für die Erstellung von Kennzahlen ist zunächst eine statische Analyse, bei der Werte eines Unternehmens mit gleichem Zeitpunkt oder Zeitraum betrachtet werden. Erst im nächsten Schritt werden in der vergleichenden Analyse diese Werte mit anderen Zeitpunkten und Perioden in Verbindung gebracht. Hierbei gilt zu berücksichtigen, dass die zu vergleichenden Werte anhand derselben Kriterien und Prinzipien aufbereitet werden und eine Bewertung den gleichen oder vergleichbaren Grundsätzen folgt. Ein weiterer sinnvoller Schritt ist der Vergleich mit Kennzahlen anderer Unternehmen oder Branchen. Damit lässt sich die eigene wirtschaftliche Situation in Relation zu jener der anderen Unternehmen abbilden und mögliche Schwachstellen werden erkennbar. Bei dieser Art der Vergleichsanalyse sollten eine größere Zahl an Unternehmen betrachtet und strukturelle Unterschiede aufgedeckt werden. Schwierigkeiten können dabei unter anderem durch verschiedene Rechnungslegungsnormen entstehend. Um eine sinnvolle Gegenüberstellung der Kennzahlen dennoch zu ermöglichen, müssen bereits bei der Erstellung der jeweiligen Strukturbilanzen Angleichungen vorgenommen werden. Zudem ist die Kennzahlenrechnung mit einigen weiteren Hürden konfrontiert. So sollte bei der Betrachtung einer Bilanz bedacht werden, dass zwischen dem Ende des Geschäftsjahres und der Veröffentlichung des Jahresabschlusses ein erheblicher Zeitraum liegen kann und die ausgewiesenen Daten bereits nicht mehr die aktuelle Situation widerspiegeln. Auch werden nicht alle für eine umfassende Jahresabschlussanalyse notwendigen Daten, und dann auch nur quantifizierbare, ausgewiesen. Es kann auch vorkommen, dass die Bezeichnung der Bilanzposten nicht genau den in ihnen angeführten Werten entspricht. Zudem zeichnen Kennzahlen aufgrund der Komprimierung der ihnen zugrundeliegenden Werte nur ein sehr einfaches Bild des Unternehmens. Und es kann letzten Endes auch zu Fehlinterpretationen der Kennzahlen kommen. Jedenfalls muss vor Beginn einer Jahresabschlussanalyse der Nutzen dieser mit dem Aufwand für die Informationsgewinnung in Relation gestellt und das Postulat der



Wesentlichkeit bei der Kennzahlenauswertung berücksichtigt werden.<sup>732</sup> In der vorliegenden empirischen Arbeit wurden einige dieser Hürden angetroffen. Sowohl die Währungsumstellung von Schilling- auf Reichsmark als auch der Vergleich von Unternehmen unterschiedlicher Rechtsform (in der Regel Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung), abweichende Bilanzstichtage, unterschiedliche Detaillierungsgrade der abgebildeten Werte, schwer oder nicht nachvollziehbare Bewertungsansätze und teilweise fehlende Bilanzen erschwerten die vergleichende Analyse.

Mark Spoerer hatte in seiner empirischen Arbeit mit Bilanzen aus der Zeit des Nationalsozialismus und davor bereits das Problem der offenen und stillen Reserven angeführt. Während auf der Passivseite der Bilanz die offenen Reserven, obwohl ersichtlich, oftmals nicht eindeutig dem Eigen- oder dem Fremdkapital zugeordnet werden konnten, waren stille Reserven zwar dem Eigenkapital zugeordnet, jedoch in der Bilanz nicht erkennbar. Reserven wurden gerne gebildet, um Gewinne nicht auszuweisen, etwa indem Rückstellungen für Wohlfahrts- oder Unterstützungsfonds für ArbeiterInnen und Angestellte aufgestellt wurden. Stille Reserven konnten sich aber auch automatisch ergeben, etwa aufgrund von Abwertungen von Verbindlichkeiten durch die Änderung von Fremdwährungskursen. Auf der Aktivseite wurde gerne der Buchwert von Anlagevermögen unter seinem tatsächlichen Wert ausgewiesen. Die dadurch entstandene höhere Absetzung auf Abnutzung reduzierte den Gewinn. War diese Art der stillen Reserve noch einigermaßen nachvollziehbar, so konnten stille Reserven des Umlaufvermögens selten entdeckt werden. Hier kam noch hinzu, dass es gesetzliche Vorschriften etwa bei der Bewertung zu Anschaffungs- oder Herstellkosten oder dem Niederstwertprinzip gab, die automatisch zur Bildung von stillen Reserven führten, jedoch ohne die expliziten Angaben dazu in der Bilanz. Die Auflösung von stillen Reserven erfolgte in der Regel beim Verkauf des Anlagevermögens und der Vorräte oder der Auszahlung von Rückstellungen. Es konnte aber auch die Abschreibungsregel in gewissem Grad so beeinflusst werden, dass eine gewinnbringende Auflösung in einem vom Unternehmen passenden Jahr oder verteilt über mehrere Jahre erfolgte. Auch wenn es durch die Bildung und Auflösung von stillen Reserven zu einer Gewinnbeeinflussung kam, so handelte es sich dabei nur um eine zeitliche Verschiebung.<sup>733</sup> Durch die Bildung stiller Reserven konnte die

---

<sup>732</sup> Küting, Weber und Boecker 2009: Die Bilanzanalyse, S. 75–80.

<sup>733</sup> Spoerer 1996: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 65–70.

Abführung der Körperschaftssteuer für den entsprechenden Betrag vermieden und für eine spätere Eigenfinanzierung herangezogen werden. Ralf Banken zufolge war dies ein vom Reich durchaus gewünschter Effekt, da es lieber die Unternehmen auf diese Weise finanziell unterstützen wollte, als sie dem Kapitalmarkt zu überlassen. Das Reich versprach sich dadurch Investitionen der Unternehmen und damit einhergehende höhere Erträge in der Zukunft, die dann wiederum zu steuerlichen Mehreinnahmen für das Reich führen sollten.<sup>734</sup> Hierdurch war den Unternehmen eine Art Fremdfinanzierung mit Risikoauslagerung gegeben.

Eine andere wesentliche Herausforderung bei der vorliegenden Arbeit war die Einbeziehung der Reichsmarkeröffnungsbilanz (RMEB). Mit 02. August 1938 wurden Unternehmen mittels Verordnung<sup>735</sup> dazu verpflichtet, Eröffnungsbilanzen in Reichsmark zu erstellen. Damit wurden sowohl die Schillingangaben abgelöst als auch eine Neubewertung von Vermögen und Kapital vorgegeben, um bisher praktizierte *„bilanzpolitische oder bilanztechnische Fehler sowohl in handelsrechtlicher als auch in steuerrechtlicher Hinsicht“* zu beheben.<sup>736</sup> Die Aufstellung dieser RMEB hatte frühestens mit 01. April 1938 und spätestens mit 01. Januar 1940 zu erfolgen, wobei der Zeitpunkt in dieser Spanne frei wählbar war und nicht zwangsläufig mit dem Beginn eines neuen Geschäftsjahres zusammenfallen musste. Die sich daraus ergebenden Teile des aktuellen Geschäftsjahres vor und nach dem Stichtag der RMEB konnten bilanztechnisch dem vorhergehenden bzw. nachfolgenden Geschäftsjahr zugerechnet werden, oder es konnten auch Bilanzen für Rumpfbilanzen erstellt werden. Es gab jedoch auch die Möglichkeit, den Beginn des Geschäftsjahres auf das Datum der RMEB zu ändern. Der bereits abgelaufene Teil des aktuellen Geschäftsjahres musste dann dem vorhergehenden zugerechnet werden. Der Umrechnungskurs wurde mit einem Verhältnis von zwei Reichsmark zu drei Schilling festgelegt.<sup>737</sup> Aufgrund der Erfahrungen im Altreich wurde für die Aufstellung der RMEB mit der Verordnung festgelegt, dass ihre Werte als Anschaffungs- oder Herstellkosten für die zukünftigen Bilanzen heranzuziehen sind. Im Altreich hatte die Unterbewertung des Anlagevermögens bei der Goldmarkumstellung zu niedrigen Abschreibungen und einen zu schnellen Verbrauch der stillen Reserven in den Folgejahren zur Folge. Zudem zeigten die Bilanzen in Verlustjahren eine Überschuldung durch die zu niedrig

---

<sup>734</sup> Banken 2018: Hitlers Steuerstaat, S. 415.

<sup>735</sup> GBI für das Land Österreich 1938/111/390.

<sup>736</sup> Adler, Düring und Schmalz 1939: Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark., S. 7.

<sup>737</sup> GBI für das Land Österreich 1938/111/390 §§1 und 2.

bewerteten Anlagevermögen, auch wenn die stillen Reserven über den Verlusten lagen.<sup>738</sup> Weiters regelte die Verordnung die Bewertung der Bilanzposten, etwa dass Vermögensgegenstände am Stichtag höchstens mit dem Teilwert angesetzt werden durften.<sup>739</sup> Das wesentliche Ziel der Gliederungsvorschrift der RMEB war die adäquate Darstellung des finanziellen Aufbaues, der Liquidität, der Konzernverflechtung und die betriebswirtschaftliche Verflechtung mit Vorstands-, Aufsichtsrats- und Belegschaftsmitgliedern.<sup>740</sup>

Für die vorliegende Untersuchung bedeutet dies, dass jene Bilanzen, die dem Stichtag der RMEB vor- bzw. nachgelagert sind, nicht zwangsläufig 12 Monate, sondern einen entsprechend kürzeren oder längeren Zeitraum umfassen können. Dies hat für viele Bilanzposten keine unmittelbare Auswirkung, da diese stichtagsbezogen bewertet wurden. Dennoch mussten einige Posten, wie das Anlagevermögen, aufgrund veränderter Abschreibungsdauer, und das Eigenkapital, aufgrund möglicher Hinzurechnung eines Gewinns/Verlusts, der nicht aus einer 12-Monats-Periode entstanden ist, mit Vorsicht behandelt werden. Die Auswirkungen auf die periodenausgerichtete Gewinn- und Verlustrechnung waren jedenfalls wesentlich, da diese abweichend zur herkömmlichen Dauer einen kürzeren oder längeren Zeitraum betrachtet und somit einen Vergleich mit einer herkömmlichen 12-Monats-Periode erschwert haben. Grundsätzlich wurde bei der Analyse im Einzelfall, abhängig vom angenommenen Effekt der Periodenverzerrung und der Relevanz der jeweiligen Posten (z.B. der Höhe des Gewinns/Verlusts, stille Reserven), beurteilt, ob eine Bereinigung der betroffenen Bilanzperioden, etwa durch Aliquotierung, vorgenommen werden sollte.

#### **4.2. Die Jahresabschlussanalyse – angewandte Methode, Daten und Quellekritik**

Die Quellen wurden in Hinblick auf finanzielle Entwicklung, Investitionstätigkeit und Gewinnerzielung/-verwendung des jeweiligen Unternehmens im Zeitraum 1936 bis 1940

---

<sup>738</sup> Adler, Düring und Schmalz 1939: Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark., S. 61-62.

<sup>739</sup> GBl für das Land Österreich 1938/111/390§3.

<sup>740</sup> Adler, Düring und Schmalz 1939: Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark., S. 69–70.

untersucht, dafür Kennzahlen errechnet und verglichen und weiterführende Informationen aus Geschäfts- und Prüfbericht oder Berichten der Geschäftsführung herangezogen.

Nicht alle möglichen Kennzahlen waren für die vorliegende empirische Untersuchung sinnvoll und nicht alle sinnvollen Kennzahlen konnten aufgrund mangelhafter Quellenlage berücksichtigt werden. Die folgenden Kennzahlen wurden in der Untersuchung berücksichtigt.

Ausgewählte Kennzahlen zur Vermögensstruktur<sup>741</sup>:

$$\text{Anlagenintensität} = \frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Anlagenintensität zeigt den Anteil des langfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen.

$$\text{Arbeitsintensität} = \frac{\text{Umlaufvermögen}}{\text{Gesamtvermögen}}$$

Die Arbeitsintensität zeigt den Anteil des kurzfristig gebundenen Vermögens am Gesamtvermögen.

Je höher der Anteil des Umlaufvermögens, desto schneller kann dieser Vermögensanteil in liquide Mittel getauscht werden. Zudem verursacht ein hoher Anteil des Anlagevermögens höhere Fixkosten. Ein geringer Anteil des Anlagevermögens ließe auch auf eine höhere Kapazitätsausnutzung, einen flexibleren Arbeitseinsatz oder unterlassene Investitionen schließen. Grundsätzlich sollte dieses Verhältnis aber im Vergleich von Unternehmen innerhalb derselben Branche beurteilt werden, da es erhebliche Unterschiede etwa zwischen Produktions- und Dienstleistungsunternehmen gibt.

Die relative Größe von Anlagen- und Umlaufvermögen kann auch Aufschluss über die Flexibilität bezüglich Liquidität und der diesbezüglichen Risikoeinstellung des Unternehmens geben.<sup>742</sup>

---

<sup>741</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 216–217.

<sup>742</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 16–17.

Ausgewählte Kennzahlen zur Kapitalstruktur<sup>743</sup>:

$$\text{Eigenkapitalquote} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$$

Mit der Eigenkapitalquote wird aufgezeigt, welcher Anteil des Vermögens mit Eigenkapital finanziert wurde und wie hoch das Haftungskapital des Unternehmens ist.

$$\text{Fremdkapitalquote} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}}$$

Mit der Fremdkapitalquote ist jener Anteil des Vermögens zu erkennen, welcher mittels Fremdkapitals finanziert wurde.

$$\text{Verschuldungsgrad} = \frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Eigenkapital}}$$

Ein hoher Anteil an Eigenkapital erhöht die Kreditwürdigkeit des Unternehmens und gibt diesem auch gleichzeitig eine hohe Unabhängigkeit von KreditgeberInnen. Ein höherer Fremdkapitalanteil kann jedoch positive steuerliche Auswirkungen haben, durch einen Zinsvorteil eine Hebelwirkung erwirken („Leverage-Effekt“) oder strategischen Überlegungen geschuldet sein.

Es gibt kein optimales Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital. Dieses hängt von mehreren Faktoren wie der Risikoeinstellung des Unternehmens, seiner wirtschaftlichen Situation oder den Anforderungen seiner Branche ab.<sup>744</sup>

Ausgewählte Kennzahlen zur Anlagendeckung<sup>745</sup>:

$$\text{Anlagendeckung} = \frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Anlagevermögen}}$$

Die Anlagendeckung besagt, welcher Anteil am Anlagevermögen durch des Eigenkapital finanziert wurde. Gemäß der „Goldenen Bilanzregel“, nach der Fristenkongruenz herrschen

---

<sup>743</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 229–232.

<sup>744</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 25.

<sup>745</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 236.

sollte, ist erstrebenswert, langfristiges Vermögen durch langfristiges Kapital (Eigen- und Fremdkapital) zu finanzieren.

Ausgewählte Kennzahlen zur Rentabilität<sup>746</sup>:

$$\text{Umsatzrentabilität} = \frac{\text{Betriebsergebnis}}{\text{Umsatzerlöse}}$$

Die Umsatzrentabilität gibt an, welcher Gewinn mit jeder eingenommenen Werteinheit verdient wurde. Eine Steigerung der Kennzahl im Zeitverlauf lässt eine Effizienzsteigerung vermuten. Grundsätzlich können aber Änderungen verschiedene Ursache haben, etwa Preissteigerungen, Änderungen im Produktionsprogramm oder organisatorische Änderungen im Unternehmen.

In der vorliegenden Analyse wurde bei der Berechnung der Umsatzrendite mangels Verfügbarkeit anstatt des Betriebsergebnisses in einer ersten Variante der ausgewiesene Bilanzgewinn(-verlust) herangezogen. In einer zweiten wurde, sofern die entsprechenden Werte vorhanden waren, der Gewinn/Verlust exkl. Vortrag und inkl. Veränderung der Reserven/Rücklagen aus der Bilanz gegenüber dem Vorjahresabschluss berechnet. Dies sollte aufdecken, ob tatsächlich eine Effizienzsteigerung vorlag, oder eine Renditestеigerung auf Basis der internen Reserven erzielt wurde. Zudem muss bedacht werden, dass der in den Quellen ausgewiesene Umsatz in der Regel nicht den gesamten Verkaufserlös, sondern nur einen „Deckungsbeitrag“, also jenen Betrag, welcher nach Subtraktion von direkten Aufwendungen wie Material, Fertigungs-, Verwaltungs- und Vertriebsgemeinkosten zur Deckung von Fixkosten wie Löhnen und Gehältern, Abschreibungen, Zinsen, Steuern und Beiträgen verbleibt, umfasst. Daher wird die berechnete Umsatzrentabilität zwar Werte hervorbringen, welche zwischen den Bilanzen und Unternehmen der damaligen Zeit, jedoch nicht mit heutigen Kennzahlen vergleichbar sind.

$$\text{Eigenkapitalrentabilität} = \frac{\text{Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit}}{\text{durchschnittliches Eigenkapital der Periode (Anfangsbestand + Endbestand) / 2}}$$

Mit der Eigenkapitalrentabilität wird berechnet, wieviel die EigentümerInnen mit ihrem Kapital verdienen.

---

<sup>746</sup> Urnik und Schuschnig 2015: Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse, S. 262–263.

In der Analyse wurde auch bei der Berechnung der Eigenkapitalrendite mangels Verfügbarkeit anstatt des Ergebnisses der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit in einer ersten Variante der ausgewiesene Bilanzgewinn (-verlust) herangezogen. In einer zweiten wurde wieder, sofern die entsprechenden Werte vorhanden waren, der Gewinn/Verlust exkl. Vortrag und inkl. Veränderung der Reserven/Rücklagen aus der Bilanz gegenüber dem Vorjahresabschluss berechnet. Dies sollte aufdecken, ob eine interne Finanzierung vorlag, ohne den Periodengewinn zu beeinflussen.

Da der jeweiligen zweiten Variante ein Vergleich von Bilanzwerten zweier aufeinanderfolgender Jahresabschlüssen zugrunde liegt und jene für das Jahr 1935 nicht ausgewertet wurden, sind die entsprechenden Kennzahlen für das Jahr 1936 in der Auswertung jeweils mit 0 angegeben bzw. ausgelassen.

Aufgrund der schwierigen Quellenlage, wodurch für einige Jahre detaillierte Jahresabschlüsse fehlen und zusätzliche Informationen nur unzureichend vorhanden sind, wurden Bilanzbereinigungen nur in geringem Ausmaß vorgenommen. Zudem hätten sich vermutlich einige Bereinigung nur minimal auf die Aussagekraft der gewählten Kennzahlen ausgewirkt, vor allem bei der Interpretation dieser über den gewählten Zeitraum von mehreren Jahren. Der Vergleich mehrerer Jahre eines Unternehmens und zwischen verschiedenen Unternehmen stand letztendlich im Fokus dieser Arbeit. Dennoch kam es zu einzelnen Bereinigungen: Änderungen innerhalb der Strukturbilanz wurden vorgenommen, wenn explizite Aussagen betreffend die Zuteilung zu Anlage- und Umlaufvermögen bzw. Eigen- und Fremdkapital in den Quellen angeführt wurden. Sofern diese Abweichungen zur veröffentlichten Bilanz darstellten, beispielsweise wenn Dividendenauszahlungen bereits feststanden und im Eigenkapital anstatt im Fremdkapital ausgewiesen waren, wurden diese umgegliedert.

Rechnungsabgrenzungsposten der Aktiva wurden generell dem Umlaufvermögen, Rechnungsabgrenzungsposten der Passiva dem Fremdkapital zugeordnet.

Gewinne/Verluste und Vorträge wurden generell dem Eigenkapital zugeordnet.

Rückstellungen wurden generell dem Fremdkapital zugeordnet.

Die genauen Zuordnungen sind bei der jeweiligen Unternehmensanalyse angeführt.

Die in der vorliegenden Arbeit zusätzlich angeführten Erläuterungen aus den Jahresabschlüssen dienen einerseits als Zusatzinformation zu den abgebildeten Bilanzwerten und Kennzahlen, andererseits sollen sie dabei unterstützen, die jeweilige wirtschaftliche Situation des Unternehmens (zumindest aus Sicht der BerichterstellerInnen) abzubilden und einen empirischen Befund zu den in den oberen Kapiteln ausgeführten Investitions-, Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen bringen.

In der vorliegenden Untersuchung wurden die Jahresabschlüsse vorrangig aus drei Hauptquellen bezogen:

- Geschäftsberichte: diese wurden von den Unternehmen nach Abschluss des Geschäftsjahres veröffentlicht und enthielten neben Bilanz und GuV oftmals auch einen Bericht des Vorstandes
- Wirtschaftsprüfberichte: diese wurden von unabhängigen Wirtschaftsprüfkanzleien im Auftrag der EigentümerInnen nach Vorlage des offiziellen Jahresabschlusses angefertigt und enthielten neben Bilanz und GuV auch Feststellungen der PrüferInnen über die Richtigkeit des durch das Unternehmen offengelegten Jahresabschlusses
- Compass - Finanzielles Jahrbuch: darin wurden jährlich wesentliche Unternehmensinformationen, in vielen Fällen inklusive Bilanz und GuV, in kurzer Darstellung veröffentlicht. Diese Informationen waren weitgehend für die Öffentlichkeit frei zugänglich

Mehr Aufschluss über die Unternehmensentwicklung hätten intern aufgestellte Jahresabschlüsse geben können. Nicht nur, dass diese aber oftmals nicht zugänglich waren, deren Zusammenstellung hat auch zwischen den Unternehmen stark variiert, wodurch sie nur bedingt vergleichbar waren (Vgl. auch Spoerer 1996<sup>747</sup>). Dabei war auch schwer festzustellen, ob es sich um die Letztversion handelte, sie beinhalteten jedoch beim jeweiligen Unternehmen im Wesentlichen dieselben Bilanzposten und besaßen zumindest im Periodenvergleich einige Aussagekraft. Dazu waren die internen Jahresabschlüsse vereinzelt

---

<sup>747</sup> Spoerer 1996: Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom, S. 33.



mit zusätzlichen Kommentaren versehen. Sie wurden somit herangezogen, wenn keine der oben genannten Hauptquellen vorlag.

Die verwendeten Quellen hatte jedoch ebenfalls ihre Schwachstellen. Etwa die bereits erwähnte inhaltliche Auslegung auf die Interessen der jeweiligen AdressatInnen, welche besonders bei Geschäfts- und Wirtschaftsprüfberichten auftrat. Einige dieser Wirtschaftsprüfberichte wurden von der *Deutsche Revisions- und Treuhand AG (DRT-AG)* verfasst. Die *DRT-AG* war zur Zeit des Nationalsozialismus quasi die einzige Wirtschaftsprüferin, welche staatliche Aufträge erhielt und somit vorrangig für die Prüfung von staatseigenen Unternehmen und Unternehmensbeteiligungen und auch von subventionierten und arisierten Unternehmen eingesetzt wurde. Zu ihren wichtigsten staatlichen Prüfaufträgen gehörten die *Reichswerke Hermann Göring* und die *Wilhelm-Gustloff-Stiftung*, zu den privaten Prüfaufträgen zählten auch große Rüstungsunternehmen wie *AEG* und *Felten & Guilleaume*. Ihre monopolartige Prüftätigkeit im Luftrüstungssektor nützte die *DRT-AG*, um einheitliche Prüfungsstandards und -berichte festzusetzen. Sie richtete sich dabei aber nicht nur nach den gesetzlichen Vorgaben und den Erwartungen der üblichen AdressatInnen wie dem Aufsichtsrat, sondern formte die Berichte immer mehr entsprechend der Vorgaben des Reichsluftfahrtministeriums. Zur Sicherstellung der Effizienz und der nachhaltigen Produktionsweise wurde die *DRT-AG* zudem von verschiedenen Reichsministerien, dem Oberkommando der Wehrmacht und der Vierjahresplanbehörde darauf angesetzt, Finanzierungs- und Garantieverträge zu erarbeiten, diese mit den betroffenen Firmen abzuschließen, sie zu kontrollieren und die Sicherheiten für das Reich zu verwalten. Dies umfasste unter anderem Wirtschaftlichkeitsverträge, Pachtverträge und Förderprämienverfahren. Die Verbindung zum Staat bzw. NS-Regime wurde noch verstärkt, als der Reichsbeauftragte für Österreich Wilhelm Keppler in den Aufsichtsrat der *DRT-AG* berufen wurde. Gerade bei den Prüfungen von österreichischen Unternehmen, welche für eine Übernahme durch deutsche Unternehmen und Reichsstellen vorgesehen waren, spielte die *DRT-AG* eine wichtige Rolle. In dieser versuchte sie trotz unterschiedlicher Interessen der AdressatInnen, allen voran des NS-Regimes, der wirtschaftlichen Problemen, denen die österreichische Industrie zu jener Zeit ausgesetzt war und der Schwierigkeiten bei der Umstellung auf Reichsmark und der Einführung der deutschen Gesetze in Österreich eine gewisse Überparteilichkeit zu bewahren. Nichtsdestotrotz half sie bereitwillig bei der

Bewertung von österreichischen jüdischen Unternehmen unter der Prämisse, den Unternehmenswert so niedrig wie möglich anzusetzen und weitere Gründe für eine Minderung der Ablösesumme zu finden.<sup>748</sup>

Wie auch bereits Ute Pothmann feststellte<sup>749</sup>, muss ob der großen Abhängigkeit von staatlichen Aufträgen und dem Druck, der vom NS-Regime bei der Übernahme von österreichischen Unternehmen ausgeübt wurde, davon ausgegangen werden, dass die in den Prüfberichten der *DRT-AG* dargestellte betriebswirtschaftliche Situation der geprüften Unternehmen nicht oder zumindest nicht ganz der tatsächlichen Situation entsprach und sich sehr an den Interessen der (staatlichen) AdressatInnen orientierte. Aufgrund deren Interesse an einem geringen Kaufpreis gepaart mit ungewissen Zukunftsentwicklungen der Unternehmen kann davon ausgegangen werden, dass die Vermögenswerte tendenziell geringer als tatsächlich bewertet wurden. Dennoch stellen die Prüfberichte der *DRT-AG* eine wesentliche Quelle dar, da sie umfangreiche Daten und Informationen über die geprüften Unternehmen enthalten, die in weiten Teilen als „zutreffend“ angesehen werden können, und zudem bei diesen Unternehmen ein mehr oder weniger einheitliches Prüfschema festsetzten und somit eine gewisse Vergleichbarkeit zwischen den Unternehmen ermöglichen.

Bereits bei der Erstellung der RMEB durch WirtschaftsprüferInnen gab es das Problem der Erwartungshaltung der AdressatInnen. Im Zuge der Erstellung der RMEB waren Aktiengesellschaften jedenfalls dazu verpflichtet, einen Abschlussbericht durch von der Hauptversammlung bestimmte PrüferInnen vorzulegen. Nachdem dieser Bericht sowohl Vorstand und Aufsichtsrat als auch der Hauptversammlung übermittelt wurde, bestand die Befürchtung, dass zu viele und heikle Informationen über die internen betriebswirtschaftlichen Vorgänge der Hauptversammlung offengelegt würden, was zu Nachteilen des Unternehmens hätte führen können. Aus diesem Grund durfte ein detaillierterer Sonderbericht durch die PrüferInnen angefertigt werden, der nur Vorstand und Aufsichtsrat zugänglich war. Die PrüferInnen hatten bei Berichten die Neubewertung von Vermögen und Kapital zu überprüfen und dabei nicht nur die aktuelle wirtschaftliche Unternehmenssituation zu bewerten, sondern auch die zu erwartende wirtschaftliche

---

<sup>748</sup> Pothmann 2013: Wirtschaftsprüfung im Nationalsozialismus, 123, 128-131, 138, 146 und 156-165.

<sup>749</sup> Pothmann 2013: Wirtschaftsprüfung im Nationalsozialismus, S. 279.

Entwicklung. Damit gab es zu den herkömmlichen Prüfungen von Jahresabschlüssen abweichende Vorgaben.<sup>750</sup> Sofern in den Quellen Sonderberichte vorlagen, wurde diese bei der Analyse berücksichtigt.

Neben der *DRT-AG* gab es auch noch andere Wirtschaftsprüfungskanzleien, welche von nicht-staatlichen Unternehmen bzw. EigentümerInnen beauftragt wurden, und ebenso mehr oder weniger von den Wünschen der AdressatInnen beeinflusst waren. Generell müssen Geschäftsberichte, Wirtschaftsprüfberichte und andere veröffentlichte Jahresabschlüsse in Hinblick auf die AdressatInnen mit einiger Vorsicht betrachtet und verwendet werden. Als wesentlich gesichert kann angenommen werden, dass die ausgewiesenen Werte der buchhalterischen und bilanziellen Ordnung entsprachen und eine „Manipulation“ im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften erfolgte. Einzig Vermögensbewertungen aufgrund der damals angenommenen wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens sind nur schwer nachzuvollziehen, da mit Kriegsbeginn eine hohe Unsicherheit eintrat, welche auch den damaligen PrüferInnen Schwierigkeiten bereitete.

Aber auch die verwendeten Geschäftsberichte beinhalteten teilweise nur rudimentäre Wertangaben und nur wenige Kommentare, und diese waren meist auf die Zielgruppe der Hauptversammlung ausgerichtet. Sie waren aber noch immer informativer als der Compass - Finanzielles Jahrbuch. Letzterer wies nicht immer die Bilanzen oder die GuV aus und manchmal nur zusammengefasste Werte. Zudem waren noch weniger Kommentare als in den Geschäftsberichten enthalten, und die angeführten Summen stimmten nicht immer mit der tatsächlichen Summe der Einzelwerte überein. Sie lagen jedoch fast für jedes Jahr und jedes ausgewählte Unternehmen vor.

Die aus den Quellen übernommenen Jahresabschlüsse können dem Anhang entnommen werden. Sofern Bilanzen desselben Jahres desselben Unternehmens in Schilling und in Reichsmark vorlagen, wurden für die Auswertung jene in Reichsmark herangezogen.

---

<sup>750</sup> Adler, Düring und Schmalz 1939: Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark., S. 84–86.

#### **4.3. Empirische Analyse einzelner Rüstungsunternehmen**

Für die folgende empirische Analyse wurden Rüstungsunternehmen ausgewählt, die einigen in dieser Arbeit bereits behandelten Kriterien entsprechen. Es sollten sowohl alle relevanten Industriebereiche vertreten sein als auch eine genauere Untersuchung des wesentlichsten Bereichs, der Maschinen- und Metallindustrie, ermöglicht werden. Hierzu wurden jeweils zwei Unternehmen, für letztgenannten Bereich sechs Unternehmen ausgewählt. Als zusätzliches Kriterium für die Unternehmensauswahl galt eine Unterscheidung zwischen Waffen-/Munitionsendfertigung und Zulieferunternehmen. Zudem spielte die Unternehmensgröße eine Relevanz. Es sollten nicht nur Großunternehmen, sondern auch Klein- und Mittelunternehmen (weniger als 1.000 MitarbeiterInnen) berücksichtigt werden. Schließlich sollten noch einige Unternehmen vertreten sein, welche bereits vor dem „Anschluss“ im Blickfeld der Wehrmacht standen (vgl. Abbildung 33).

Folgende Unternehmen, gegliedert nach dem jeweiligen Industriebereich, wurden für die empirische Untersuchung herangezogen:

Elektrotechnische Unternehmungen:

- AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft,
- Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG

Chemische Industrie:

- Carbidwerk Deutsch-Matrei AG
- Sprengstoff-Werke Blumau AG

Berg- und Hüttenwerke:

- Veitscher Magnesitwerke AG
- Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG

Maschinen- und Metallindustrie:

- Maschinenfabrik Heid AG
- Martin Miller AG

- Vereinigte Wiener Metallwerke AG
- Steyr Daimler Puch AG
- Enzesfelder Metallwerke AG
- Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG

Die ausgewählten Unternehmen sind zwar zueinander vergleichbar, für einen Industriebereichsvergleich ist ihre Anzahl jedoch zu gering. Sie stellen höchstens ein Indiz für die Veränderung der wirtschaftlichen Lage des jeweiligen Bereichs dar. Laut Compass umfassten im Jahr 1935 der Industriebereich „Elektrotechnische Unternehmungen“ insgesamt 29 Unternehmen (Gesellschaften mit Beschränkter Haftung und Aktiengesellschaften), der Bereich „Chemische Industrie“ 202 Unternehmen, der Bereich „Berg- und Hüttenwerke“ 54 Unternehmen und der Bereich „Maschinen- und Metallindustrie“ 315 Unternehmen<sup>751</sup>. Die Anzahl der ausgewählten Unternehmen ist somit nicht repräsentativ genug für einen Industriebereichsvergleich.

Nachdem aber nicht alle Unternehmen dieser Bereiche automatisch als Rüstungsunternehmen zu werten sind bzw. wehrwirtschaftliche Relevanz besaßen, kann die ausgewählte Menge zumindest für den Querschnittsbereich „Rüstungsindustrie“ als einigermaßen repräsentativ gewertet werden.

Eine Übersicht zu den ausgewählten Unternehmen und den jeweiligen Auswahlkriterien ist in Abbildung 42 zu finden.

Abbildung 43 zeigt zur Veranschaulichung Hauptsitze und wichtige Niederlassungen oder Werke der untersuchten Unternehmen in Österreich.

---

<sup>751</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch.Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 599-600.

Abbildung 42: Kriterien zur Auswahl von Unternehmen für die empirische Untersuchung

Unternehmen/kriterium	Endfertigung Waffen oder Munition <sup>1)</sup>	Zuliefer- unternehmen <sup>1)</sup>	Industriebereich <sup>2)</sup>				Klein- und Mittelunternehmen (weniger als 1.000 MitarbeiterInnen vor dem Anschluss) <sup>3)</sup>	Bericht Wehrwirtschaftsamt <sup>4)</sup>
			Elektrotechnische Unternehmungen	Chemische Industrie	Beig- und Hüttenwerke	Maschinen- und Metallindustrie		
Maschinenfabrik Heid AG		x				x	x	
Martin Müller AG		x				x	x	
Vereinigte Wiener Metallwerke AG		x				x		
Steyr Daimler Puch AG	x					x		x
Enzsfelder Metallwerke AG	x					x		x
Bernsdorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG		x				x		x
AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft		x	x				x	
Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG		x	x					
Carbidwerk Deutsch-Matrei AG		x		x			x	
Sprengstoff-Werke Blumau AG		x		x			x	x
Veitscher Magnesitwerke AG		x			x			
Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG		x			x			

<sup>1)</sup> eigenständige Einteilung entsprechend der Beschreibungen in Geschäfts- und Prüfberichten

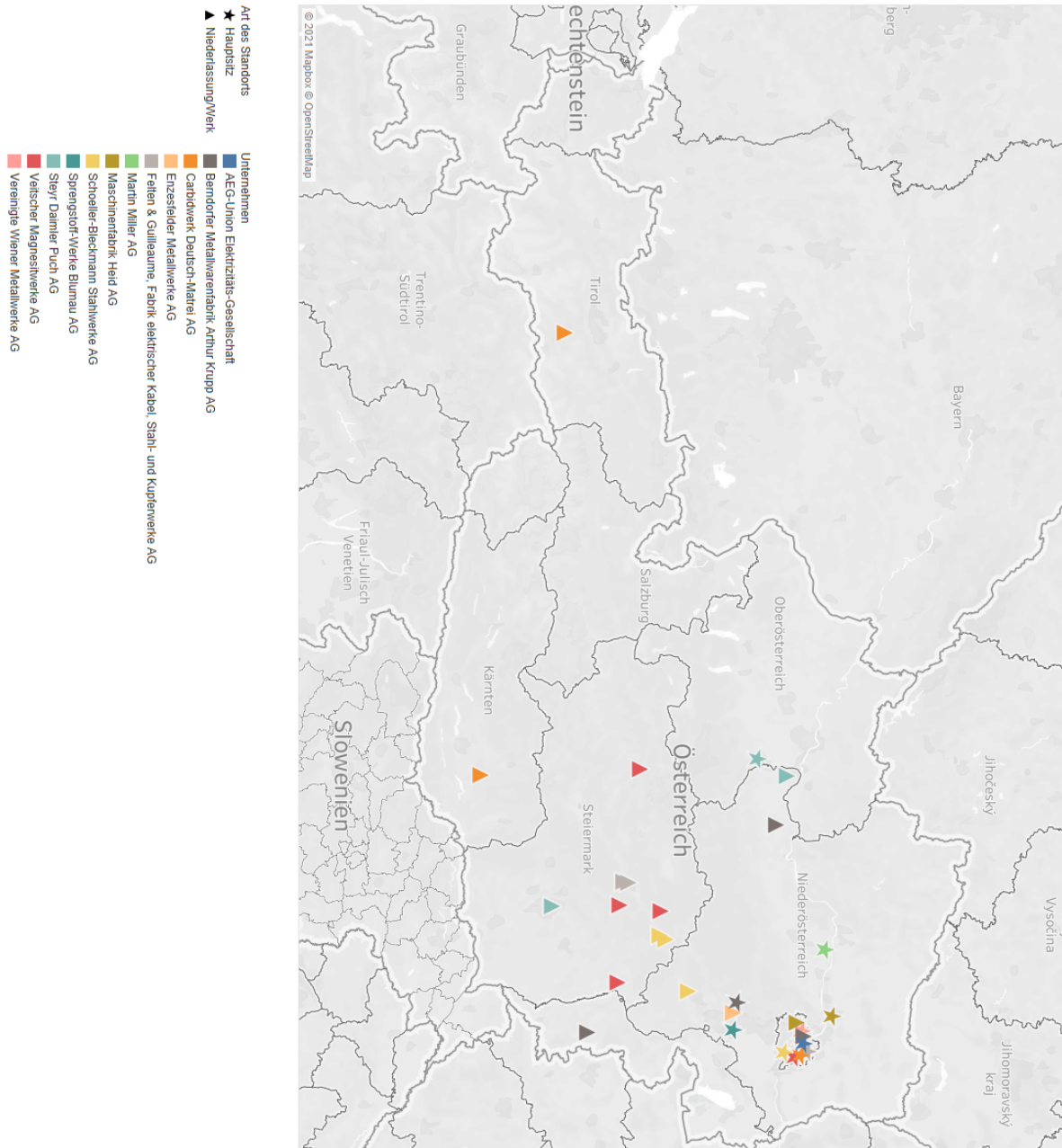
<sup>2)</sup> entsprechend der Einteilung in Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich 1940

<sup>3)</sup> Schwellenwert angelehnt an Mathis, Franz: Big Business in Österreich II, Sofern in den Quellen keine Angaben zur Anzahl der MitarbeiterInnen angeführt wurden, wurde das entsprechende Unternehmen nicht als Klein- oder Mittelunternehmen gewertet.

<sup>4)</sup> AIZGW, Mikrofilm RG 242 T77\_751, Rüstungs-Industrie Österreich, Örtlich gegliedert mit Liste der wichtigsten Betriebe, 13.03.1938

Quelle: eigene Darstellung

Abbildung 43: Hauptsitze und Niederlassungen/Werke der untersuchten Unternehmen innerhalb Österreichs



Quelle: eigene Darstellung

#### 4.3.1. Maschinenfabrik Heid AG

Die Hauptniederlassung des Unternehmens befand sich in Stockerau, die Zweigniederlassung in Wien<sup>752</sup>. Haupteigentümerin war sowohl vor als auch nach dem „Anschluss“ die *Creditanstalt*.<sup>753</sup> Das Produktionsprogramm umfasste neben der Erzeugung landwirtschaftlicher Maschinen wie etwa Getreidereinigungsmaschinen und Pressen vor allem Werkzeugmaschinen inklusive Spezialwerkzeugmaschinen, Transportanlagen, elektromagnetische Kupplungen, Umkehrantriebe und Graugießerei.<sup>754</sup>

Die Zahl der MitarbeiterInnen erhöhte sich von Jänner 1939 bis April 1940 von 713 (davon 39 Mitarbeiterinnen) auf 863 (davon 44 Mitarbeiterinnen) und fiel bis zum Jänner 1941 auf 784 (davon 66 Mitarbeiterinnen). Diese Reduktion der Gefolgschaft ist insbesondere auf die Einziehung von 66 Mitarbeitern zum Wehrdienst zurückzuführen.<sup>755</sup>

Zu den AuftraggeberInnen gehörte neben den „Reichswerken Hermann Göring“, der „Gebrüder Böhler AG“, den „Skoda-Werken Brünn“, oder der „Rheinmetall Borsig AG“ auch das Wehrkreiskommando XVII (beispielsweise mit einem Auftrag 1940 über einen Zellen- und drei Bodenspeichern über RM 316.252 bei einem Gesamtauftragsstand von RM 7.698.812).<sup>756</sup>

Das Unternehmen besaß unter anderem Tochtergesellschaften in Polen und Frankreich. Die Geschäftsbeziehungen zur polnischen Tochtergesellschaft waren seit Kriegsbeginn unterbrochen, die Geschäftsräume in Warschau wurden geplündert und aufgrund von Bombardierung schwer beschädigt.<sup>757</sup> Die Beteiligung in Frankreich wurde aufgrund des Kriegszustandes und einer kompletten Versiegelung des Büros 1940 zur Gänze abgeschrieben.<sup>758</sup>

---

<sup>752</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 2.

<sup>753</sup> Mathis 1987: Big Business in Österreich., S 143.

<sup>754</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Interner Bilanzbericht für das Geschäftsjahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG, S. 1.

<sup>755</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG, S. 20.

<sup>756</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, S. 7.

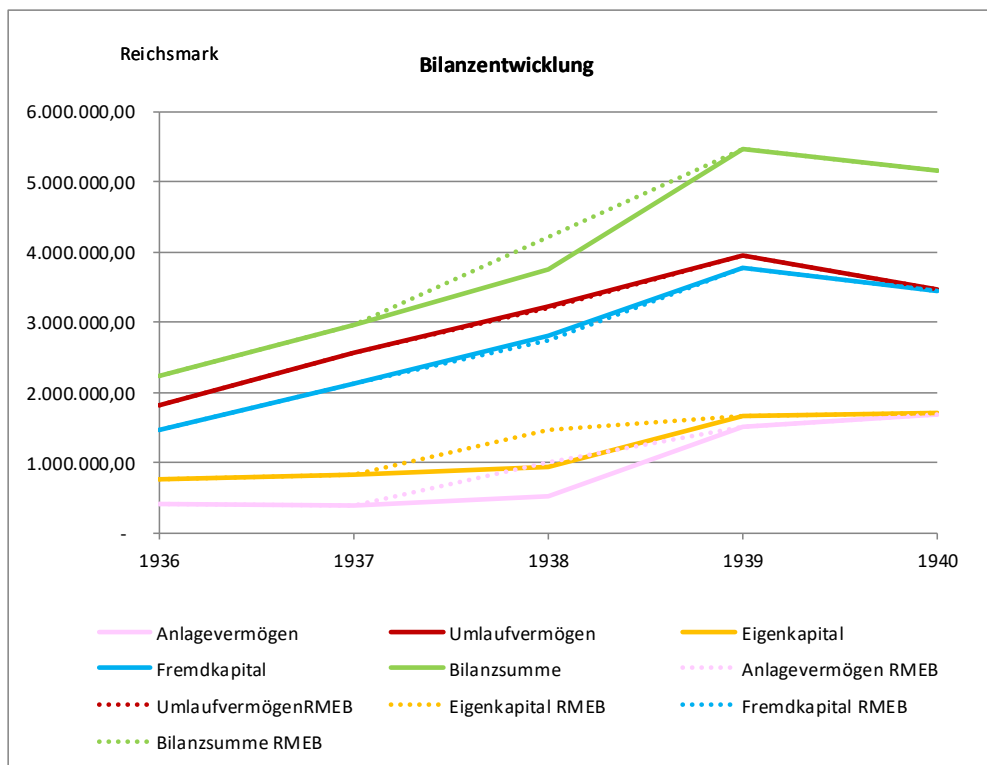
<sup>757</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 10-11 zur Anlage 3.

<sup>758</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 11 zur Anlage 3.



Abbildung 44: Maschinenfabrik Heid AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	409.132,83	388.876,32	523.083,04	1.503.418,96	1.687.737,33
Umlaufvermögen	1.817.766,15	2.571.328,11	3.221.504,26	3.950.409,87	3.458.929,48
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.226.898,98</b>	<b>2.960.204,43</b>	<b>3.744.587,30</b>	<b>5.453.828,83</b>	<b>5.146.666,81</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	759.528,57	827.002,73	942.727,39	1.671.717,38	1.710.386,25
Fremdkapital	1.467.370,41	2.133.201,70	2.801.859,91	3.782.111,45	3.436.280,56
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.226.898,98</b>	<b>2.960.204,43</b>	<b>3.744.587,30</b>	<b>5.453.828,83</b>	<b>5.146.666,81</b>



Quelle: Geschäftsbericht für die Jahre 1936<sup>759</sup>, 1937<sup>760</sup> und 1938<sup>761</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>762</sup>, das Jahr 1939<sup>763</sup> und das Jahr 1940<sup>764</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>759</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>760</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>761</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>762</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>763</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>764</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG.

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Einrichtungen zusammen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen. Die ausgewiesene Wertverminderung der Anlagen wurde als kumulierte Abschreibung und folglich als Bilanzverlängerung gewertet. Sie wurde daher weder dem Eigen- noch dem Fremdkapital zugeordnet, sondern beim Anlagevermögen in Abzug gebracht.

Die Bilanzanalyse zeigt einen durchgehenden Aufwärtstrend bei Umlaufvermögen und Fremdkapital von 1936 bis 1939. Dies impliziert einen wirtschaftlichen Aufschwung, der bereits vor dem „Anschluss“ eingesetzt hat. Mit 1940 stoppt dieser Aufschwung, jedoch nur in Hinblick auf das Umlaufvermögen und das Fremdkapital, was auf einen Vorrats- und Forderungsabbau und Kreditrückzahlungen zurückzuführen sein dürfte. Die als punktierte Linien dargestellten Werte der RMEB zeigen, dass es im Vergleich zur offiziellen Bilanz 1938 eine Höherbewertung des Vermögens gegeben hat, in erster Linie des Anlagevermögens. Zusammen mit einer im Rahmen der RMEB erfolgten Erhöhung des Grundkapitals von RM 466.467 auf RM 1.000.000 führte dies zu einer Erhöhung des Eigenkapitals.<sup>765</sup>

Das Anlagevermögen nahm von 1936 bis 1940 um 313%, das Umlaufvermögen um 90%, das Eigenkapital um 125%, das Fremdkapital um 134% und die Bilanzsumme um 131% zu. Interessant ist der Vergleich des Zeitraumes vor Erstellung der RMEB, somit von 1936 bis zu veröffentlichten Bilanz 1938, mit jenem nach ihrer Erstellung bis 1940. Dabei ergeben sich folgende Veränderungen: Anlagevermögen 28% bzw. 67%, Umlaufvermögen 77% bzw. 8%, Eigenkapital 24% bzw. 17%, Fremdkapital 91% bzw. 25% und Bilanzsumme 68% bzw. 22%. Folglich stiegen alle Werte außer dem Anlagevermögen bereits vor dem „Anschluss“ mehr an als danach.

Im internen Bilanzbericht 1936 wurde unter dem Posten „Diverse Eigenvermögenreserve“ eine „Reserve laut Weisung“ für einen möglichen Verlust in Zusammenhang mit einem „Rothschild-Engagement“ (S 220.000) gebildet. Die ebenfalls unter diesem Posten ausgewiesene Investitionsreserve wurde in der offiziellen Bilanz nicht dem Eigenkapital

---

<sup>765</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 2 zu Anlage 2.

zugeordnet, sondern den Kreditoren.<sup>766</sup> Dies wurde bei der Analyse so übernommen, da es sich um eine Art Rückstellung handelte. Für diesen lange bestehenden Kredit der Bank Rothschild wurde 1939 ein Vergleich abgeschlossen. Anstatt den gesamten noch ausstehenden Betrag von ca. RM 45.000,- zu bezahlen wurden RM 35.000 überwiesen.<sup>767</sup> Dies ist in zweierlei Hinsicht interessant: zum einen wurde ein Vergleich mit einem jüdischen Bankhaus durch ein nationalsozialistisch beeinflusstes Unternehmen abgeschlossen, bei dem zumindest mehr als 75% der ausstehenden Summe der Bank zugestanden wurde. Zum anderen ist es auch erstaunlich, dass diese Summe, vor allem in Hinblick auf den Kriegsbeginn, auch tatsächlich überwiesen wurde.

---

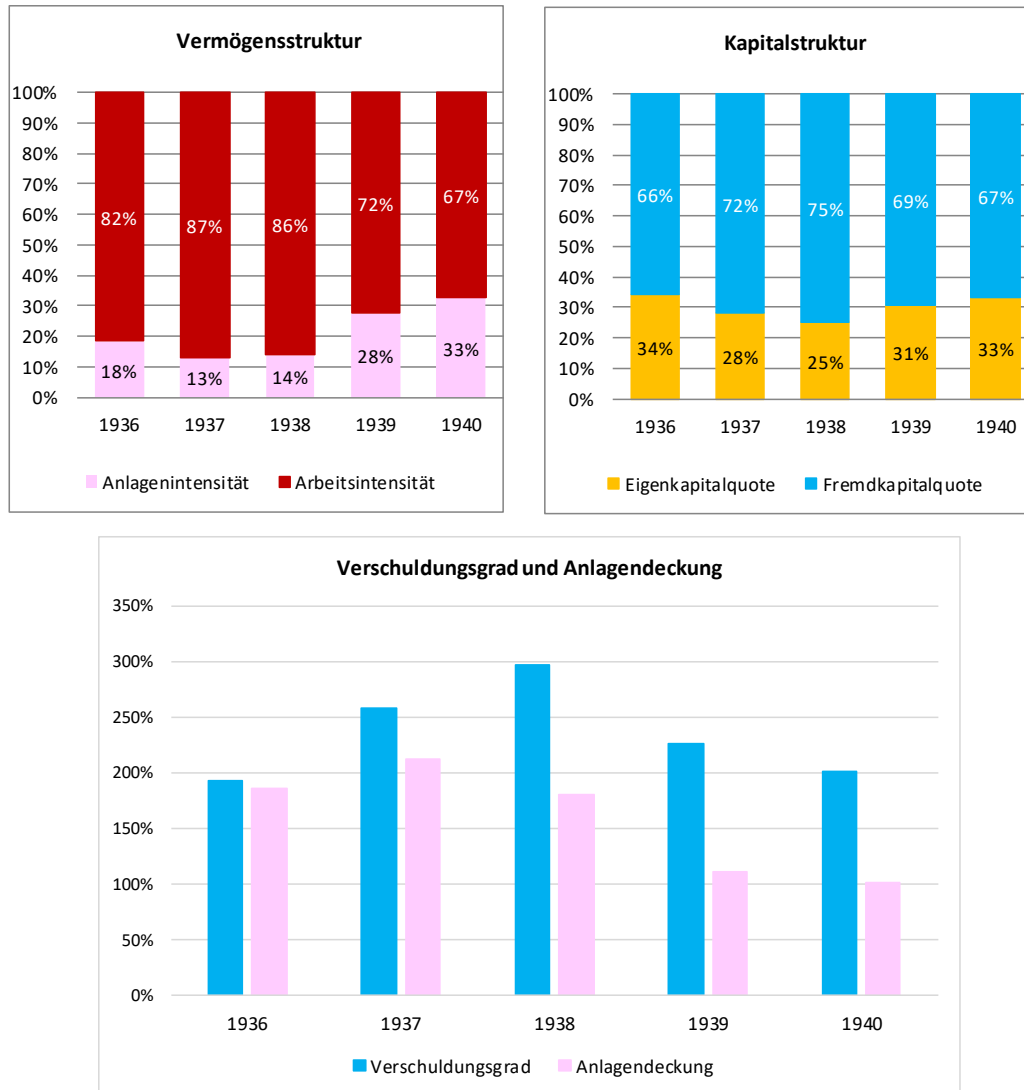
<sup>766</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Interner Bilanzbericht für das Geschäftsjahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG, S. 13.

<sup>767</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 40-41 zur Anlage 3.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 45: Maschinenfabrik Heid AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	18%	13%	14%	28%	33%
Arbeitsintensität	82%	87%	86%	72%	67%
Eigenkapitalquote	34%	28%	25%	31%	33%
Fremdkapitalquote	66%	72%	75%	69%	67%
Verschuldungsgrad	193%	258%	297%	226%	201%
Anlagendeckung	186%	213%	180%	111%	101%



Quelle: Geschäftsbericht für das 1936<sup>768</sup>, das Jahr 1937<sup>769</sup> und das Jahr 1938<sup>770</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>771</sup>, für das Jahr 1939<sup>772</sup> und das Jahr 1940<sup>773</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>768</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>769</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>770</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>771</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG.

Die Kennzahlen zeigen neben der oben aufgezeigten absoluten auch eine relative Zunahme des Anlagevermögens, und zwar von 18% im Jahr 1936 auf 33% im Jahr 1940. Gleichzeitig blieb im selben Zeitraum die Eigenkapitalquote in etwa gleich, obwohl es 1939 zur Aufstockung des Grundkapitals kam. Daraus kann abgeleitet werden, dass zwar einerseits Neubewertungen des Anlagevermögens zur Bildung von stillen Reserven geführt haben, andererseits aber die Investitionen in Anlagevermögen durch diese stillen Reserven und einer zusätzlichen Aufnahme von umfangreichem Fremdkapital finanziert wurden und diese den Zuwachs an Grundkapital und stillen Reserven überstiegen. In diesem Hinblick sind auch zum einen der Verschuldungsgrad, der von 193% im Jahr 1936 auf 201% im Jahr 1940 leicht stieg, und die Anlagendeckung, die im selben Zeitraum von 186% auf 101% fiel, kennzeichnend. Dies wird auch von den Geschäfts- und Wirtschaftsprüfberichten bestätigt. Im Anlagevermögen kam es 1939 zu einer Wertsteigerung bei den Posten „Gebäude“ und „Maschinen und maschinelle Anlagen“, da diese umfangreich überholt wurden und Zugänge verzeichneten.<sup>774</sup> Für den Kauf der neuen Fabrikanlagen und Maschinen wurde von der *Creditanstalt* ein Kredit in Höhe von RM 1.350.000 zugestanden, welcher bis spätestens 25.10.1940 in Anspruch genommen werden durfte.<sup>775</sup> Dieser Kreditrahmen für Investitionen wurde 1940 auf RM 2.800.000 erhöht, da mit einem weiteren Investitionsprogramm im Folgejahr zu rechnen war.<sup>776</sup> Allein in den Jahren 1938 und 1939 wurden ca. RM 1,5 Mio. in Maschinen und Gebäude investiert.<sup>777</sup>

Das Unternehmen hat folglich schon früh mit einer Zunahme der Produktionsaufträge gerechnet und daher seine Anlagen erneuert und erweitert. Da die Anlagenintensität 1940 bei relativ niedrigen 33% verblieb, kann von einer hohen Kapazitätsausnutzung ausgegangen werden. Zudem hat sich das Umlaufvermögen erhöht, was einem gestiegenen Vorrat zu verdanken war. Die dafür notwendigen Mittel wurden hauptsächlich durch eine Außen-, hierbei sowohl durch eine Eigen- als auch durch eine Fremdfinanzierung, aufgebracht, jedoch

---

<sup>772</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>773</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>774</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, S. 11.

<sup>775</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 38-39 zur Anlage 3.

<sup>776</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG Blatt 49 zur Anlage 3.

<sup>777</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/02, Investitionsprogramm der Jahre 1938-1940. Maschinenfabrik Heid AG.

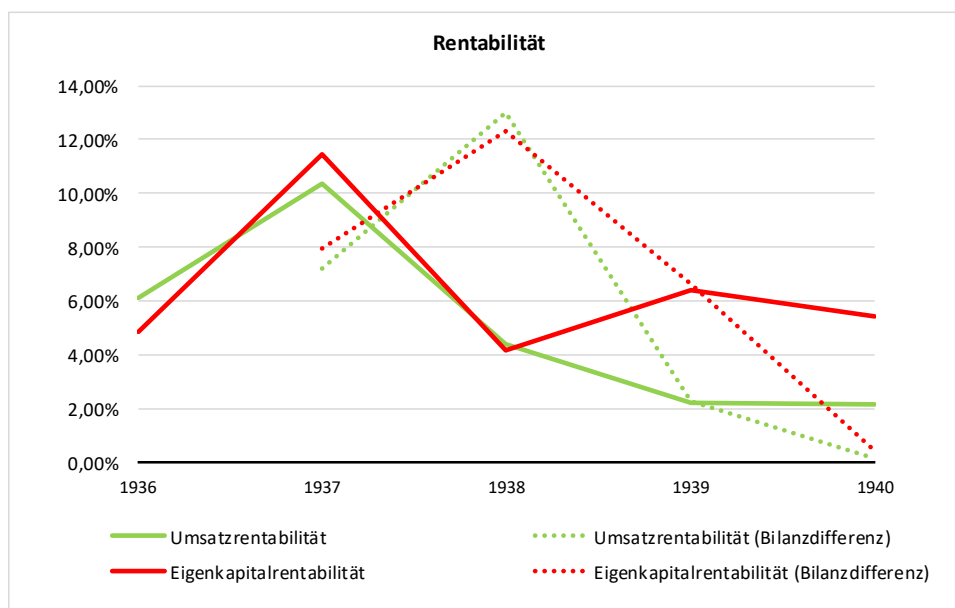
wurde auch ein Teil durch Aufwertungen, welche die Reserven erhöhten, und somit von innen finanziert. Der hohe Anteil des Umlaufvermögens verlieh dem Unternehmen eine höhere Flexibilität bei möglichen Liquiditätsengpässen, die niedrige Eigenkapitalquote weist auf eine Risikoauslagerung hin.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 46: Maschinenfabrik Heid AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	605.548,83	876.437,11	838.421,36	3.763.059,56	4.212.156,16
ausgewiesener Gewinn	37.063,63	90.807,50	37.057,99	84.074,54	91.734,67
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		63.009,78	108.952,36	86.652,05	7.660,13

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	6,12%	10,36%	4,42%	2,23%	2,18%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		7,19%	12,99%	2,30%	0,18%
Eigenkapitalrentabilität	4,88%	11,45%	4,19%	6,43%	5,42%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		7,94%	12,31%	6,63%	0,45%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	466.666,67	466.666,67	466.666,67	1.000.000,00	1.000.000,00
Dividende in RM	23.333,33	28.000,00	28.000,00	60.000,00	60.000,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	5%	6%	6%	6%	6%

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>778</sup>, das Jahr 1937<sup>779</sup>, das Jahr 1938<sup>780</sup>, das Jahr 1939<sup>781</sup> und das Jahr 1940<sup>782</sup>,  
Prüfbericht über die RMEB<sup>783</sup>, für das Jahr 1939<sup>784</sup> und das Jahr 1940<sup>785</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>778</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>779</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>780</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>781</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>782</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>783</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Gewinne, Überschüsse und Erträge betrachtet. Sofern ein Gewinnvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Die Umsatz- und Ergebnissteigerung 1937 sowie der Ausbau der Stellung des Unternehmens am Weltmarkt waren laut Verwaltungsrat auf den bereits in den Vorjahren geplanten Ausbau der Verkaufsorganisation und die Erweiterung des Erzeugungsprogramms, vorwiegend im Werkzeugmaschinenbau, zurückzuführen.<sup>786</sup> Auch in weiterer Folge konnte sich der Betrieb gut entwickeln und verzeichnete trotz Kriegsbeginns keine Einbußen mit einem zufriedenstellenden Betriebsergebnis. Bezüglich Abschreibungen wurde den „Sondervorschriften für die Ostmark“ gefolgt und kurzlebige Wirtschaftsgüter und Maschinen und Geräte, welche vor dem 30. September 1939 bestellt wurden, umgehend abgeschrieben, was zur Bildung einer stillen Reserve von ca. RM 400.000 führte. Mit der Bilanz 1939 wurde erstmals das aktienrechtliche Gliederungsschema angewandt.<sup>787</sup>

Preissteigerungen infolge der Angleichung an das Altreich konnten 1939 durch Erweiterung und höherer Kapazitätsausnutzung sowie Rationalisierungsmaßnahmen ausgeglichen und der Umsatz gegenüber dem Vorjahr sogar gesteigert werden. Ein Abgang von Personal durch Einberufung zum Wehrdienst wurde durch erhöhte Auslastung der restlichen Belegschaft kompensiert. Zu den sozialen Maßnahmen im Geschäftsjahr gehörten neben einer Fürsorge für die Familien des einberufenen Personals auch die Errichtung von modernen Garderoben, Wasch- und sanitären Anlagen, die Einführung einer Gesundheitsbetreuung, der Bau eines Sportplatzes und die Einrichtung eines Gefolgschaftsraumes für Mahlzeiten und Vorträge. Zudem wurden Umschulungen und Lehrlingsausbildung erweitert.<sup>788</sup> In Summe konnte nicht nur der Umsatz, sondern auch die Produktionsleistung gesteigert werden. Betrug diese zu

---

<sup>784</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>785</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>786</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Maschinenfabrik Heid AG Bericht des Verwaltungsrates.

<sup>787</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, S. 5.

<sup>788</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG Bericht des Vorstandes.



Beginn 1938 noch RM 4,18 pro Fertigungsstunde, so belief sie sich Mitte 1939 bereits auf RM 5,15, was einer Effizienzsteigerung von 23% innerhalb von ca. eineinhalb Jahren entspricht.<sup>789</sup>

Der Umsatz konnte auch 1940 trotz Arbeitskräfte- und Materialmangels gegenüber 1939 gesteigert werden, wobei etwa die Hälfte des Gesamtumsatzes auf die Produktion von Werkzeugmaschinen entfiel. Ein Teil des Materialmangels konnte durch bestehende Vorräte aufgefangen werden, wodurch sich diese in der Bilanz entsprechend verringerten. Da sich der Auftragsbestand erhöhte, wurden auch Neuanschaffungen bei den Anlagen durchgeführt. Hierzu zählten unter anderem Elektroöfen, Drehbank, Bohrwerk und Bohr-, Hobel-, Zahnradstoss- und Schleifmaschinen. Zudem wurde in Wohngebäude für die Gefolgschaft investiert.<sup>790</sup>

Bei einer Buchprüfung des Finanzamtes des Geschäftsjahres 1938 wurden umfangreiche stille Reserven aufgedeckt, welche im Jahr 1940 zu einer entsprechenden Steuernachzahlung führten, welche sich wiederum verringernd auf den Jahresgewinn auswirkten. Auch wenn der Jahresgewinn zufriedenstellend ausfiel, wurde aufgrund der unsicheren Arbeitskräfte- und Materiallage keine Senkung der Verkaufspreise durchgeführt.<sup>791</sup>

Wie in Abbildung 46 ersichtlich gibt es Unterschiede zwischen dem jährlich ausgewiesenen Gewinn und jenem unter Berücksichtigung der Veränderung der Bilanzposten. Während erstere Berechnungsvariante ihren Höhepunkt 1937 erreichten und sich danach im einstelligen Prozentbereich einpendelten, war dies für letztere 1938 der Fall, wobei diese danach gegen Null fiel.

Die Erhöhung des Grundkapitals brachte dem Unternehmen keine direkten neuen Finanzmittel, da es sich nur um einen Aktientausch handelte<sup>792</sup>.

---

<sup>789</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/02, Investitionsprogramm der Jahre 1938-1940. Maschinenfabrik Heid AG.

<sup>790</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG S. 6-7 und 12, Blätter 3 und 8 zur Anlage 3.

<sup>791</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG, S. 14.

<sup>792</sup> BA-A, CA-IB Heid-Vulkan 08/03, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, S. 2.

Dividenden wurden während des gesamten Betrachtungszeitraums in Höhe von 5% bzw. 6% des Aktien-/Grundkapitals, auch nach dessen Erhöhung, ausbezahlt. Dies lässt auf eine stabile Finanzlage schließen.

In Summe betrachtet befand sich das Unternehmen zwischen 1936 und 1940 in einer Aufschwungphase, welche zwar bereits vor dem „Anschluss“ eingesetzt hatte, durch diesen aber wesentlich (zumindest bei den Umsatzwerten) verstärkt wurde. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel wurden sowohl vom Unternehmen selbst aufgebracht als auch von außen, etwa durch Kreditinstitute, zur Verfügung gestellt.

#### **4.3.2. Martin Miller AG**

Der Sitz der *Martin Miller AG* war (seit 1939) in Traismauer, das Unternehmen hatte als Betriebsgegenstand vor allem die Erzeugung von Gußstahl und Metall- und Stahlwaren verschiedenster Art.<sup>793</sup> Insbesondere hatte sie sich vor dem Krieg auf die Produktion von Gußstahlblechen, Federn, Sägeblätter, (Maschinen-)Messer und Werkzeug für die Landwirtschaft spezialisiert. Die *Martin Miller AG* stand 1938 noch zu 89% im Besitz der *Creditanstalt*, die restlichen Aktien befanden sich im Streubesitz.<sup>794</sup> Mit einigem Nachdruck konnte nach dem „Anschluss“ die deutsche Firma *Schmidt & Clemens* einen Teil des Aktienpaketes der *Creditanstalt* übernehmen und eignete sich bis 1940 insgesamt rund 46% der Aktien an, bei der *Creditanstalt* verblieben rund 48%. *Schmidt & Clemens* hatte Interesse an einer Erweiterung ihrer Produktionskapazitäten für die Herstellung von Verstellpropeller- und Fahrgestellrohteilen sowie Stabstahl für Flugzeuge, deren Abnehmer das Reichsluftfahrtministerium war.<sup>795 796 797</sup>

Bis 1940 musste sich das Unternehmen auf umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen und den Entzug von Arbeitskräften durch Einberufungen einstellen. Dafür wurden vermehrt

---

<sup>793</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Amtsgericht St. Pölten, 20.11.1919.

<sup>794</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, 3-Jahres-Bilanzbericht. Martin Miller AG, S. 1 und 10.

<sup>795</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Bericht an Direktor Heller, 06.05.1938.

<sup>796</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Liste der ausgestellten Zwischenscheine.

<sup>797</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Gedenkprotokoll, 22.10.1938.

Lehrlingsausbildung und Umschulungen betrieben, Wohlfahrtseinrichtungen ausgebaut, neue Siedlungsanlagen errichtet und die Arbeitsplätze verbessert.<sup>798</sup>

Ende 1938 zählte das Unternehmen 109 Angestellte und ArbeiterInnen.<sup>799</sup> Dieser Stand stieg bis Ende 1940 auf 481 (wovon 30 zum Wehrdienst eingezogen waren).<sup>800</sup>

---

<sup>798</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Martin Miller AG Bericht des Vorstandes.

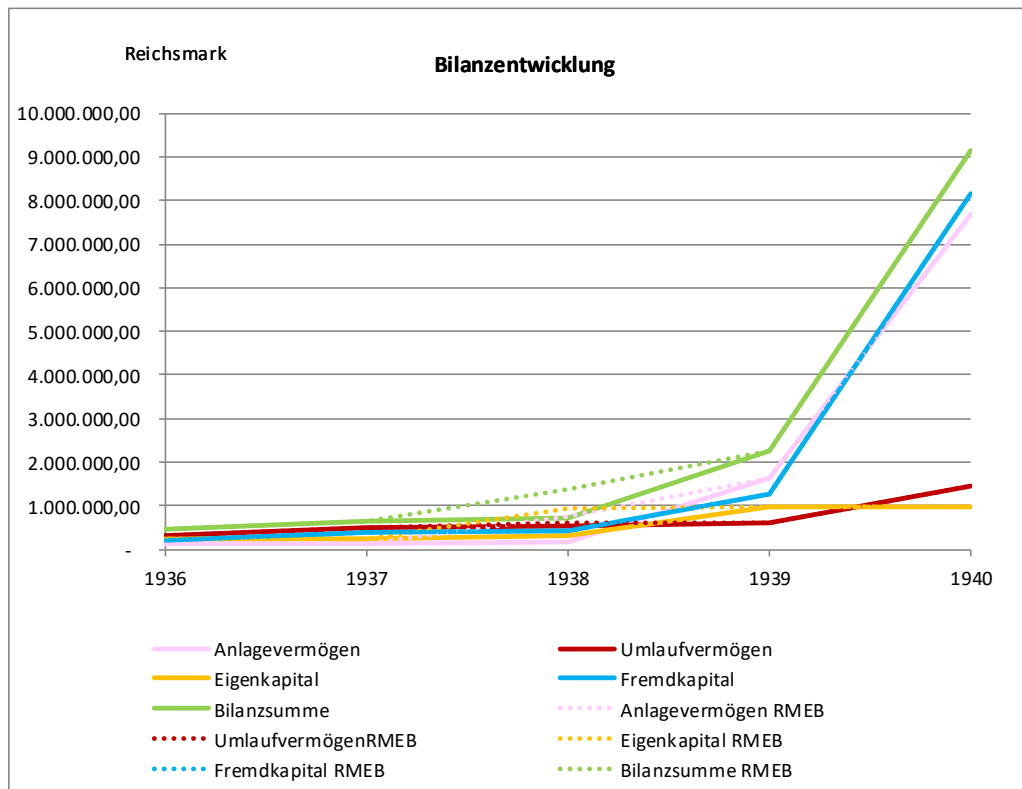
<sup>799</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG, S. 9.

<sup>800</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG, S. 5.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 47: Martin Miller AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	133.427,67	133.548,93	175.442,40	1.629.228,39	7.694.535,07
Umlaufvermögen	314.725,57	505.827,80	551.343,80	625.963,55	1.440.928,80
<b>Bilanzsumme</b>	<b>448.153,24</b>	<b>639.376,73</b>	<b>726.786,20</b>	<b>2.255.191,94</b>	<b>9.135.463,87</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	233.287,39	257.555,55	303.702,79	985.383,14	994.701,64
Fremdkapital	214.865,85	381.821,18	423.083,41	1.269.808,80	8.140.762,23
<b>Bilanzsumme</b>	<b>448.153,24</b>	<b>639.376,73</b>	<b>726.786,20</b>	<b>2.255.191,94</b>	<b>9.135.463,87</b>



Quelle: Geschäftsbericht über das Jahr 1936<sup>801</sup> das Jahr 1937<sup>802</sup> und das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>803</sup>,  
Prüfbericht über das Jahr 1939<sup>804</sup> und das Jahr 1940<sup>805</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Fabrikanlagen, Grundstücke, Gebäude, Wasserkraft, Maschinen und

<sup>801</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Martin Miller AG.

<sup>802</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Martin Miller AG.

<sup>803</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Martin Miller AG.

<sup>804</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG.

<sup>805</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG.

Fabrikeinrichtungen und In Bau befindliche Anlagen zusammen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen.

Wertberichtigungen (des Umlaufvermögens) wurden als Fremdkapital gewertet.

Die Bilanzentwicklung zeigt ein eindeutiges Bild: Während bis 1938 nur ein geringer Aufschwung festgestellt werden kann, wurden mit dem „Anschluss“ beträchtliche finanzielle Mittel, beinahe ausschließlich Fremdkapital, bereitgestellt und in das Anlagevermögen investiert. Das Anlagevermögen hat sich allein zwischen 1936 und 1940 um den Faktor 48 vergrößert, das Fremdkapital im selben Zeitraum um den Faktor 28. Das Umlaufvermögen vergrößerte sich zwar ebenfalls, jedoch nur um etwas mehr als das Dreifache, ebenso wie das Eigenkapital. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, stieg das Anlagevermögen um 31%, danach ab der RMEB um 935%. Beim Umlaufvermögen waren es 75% bzw. 132%, beim Eigenkapital 30% bzw. 7%, beim Fremdkapital 97% bzw. 1.863%. In Anbetracht dieser Entwicklung hatten die Bewertungsänderungen bei der Erstellung der RMEB nur marginale Auswirkungen auf die Abbildung der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens. Diese war eindeutig durch immense Investitionen ins Anlagevermögen, finanziert durch Fremdkapital, geprägt. 1938 wurde bereits mit dem Bau einer Halle und eines Glühofens und dem Kauf von Maschinen begonnen.<sup>806</sup> Nachdem das Reichsluftfahrtministerium Interesse an dem Unternehmen gezeigt hatte, wurde 1939 mit dem umfangreichen Bau eines Stahlwerkes begonnen. Die dafür notwendigen Finanzmittel in Höhe von rund RM 12.000.000 wurden von der *Creditanstalt* (RM 3.000.000 inklusive Aktienbesitz), durch eine Vergütung des Reichsluftfahrtministeriums für verlorenen Bauaufwand (RM 4.000.000), vom Partner *Schmidt & Clemens* (Bareinzahlung RM 1.225.000) und durch einen Reichskredit der *Bank der Deutschen Luftfahrt AG* (RM 2.775.000) bereitgestellt.<sup>807</sup> Im Dezember 1940 wurde zudem die Erhöhung des Grundkapitals von RM 750.000 auf 3.000.000 beschlossen.<sup>808</sup>

---

<sup>806</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Bericht für Direktor Heller., 28.05.1938.

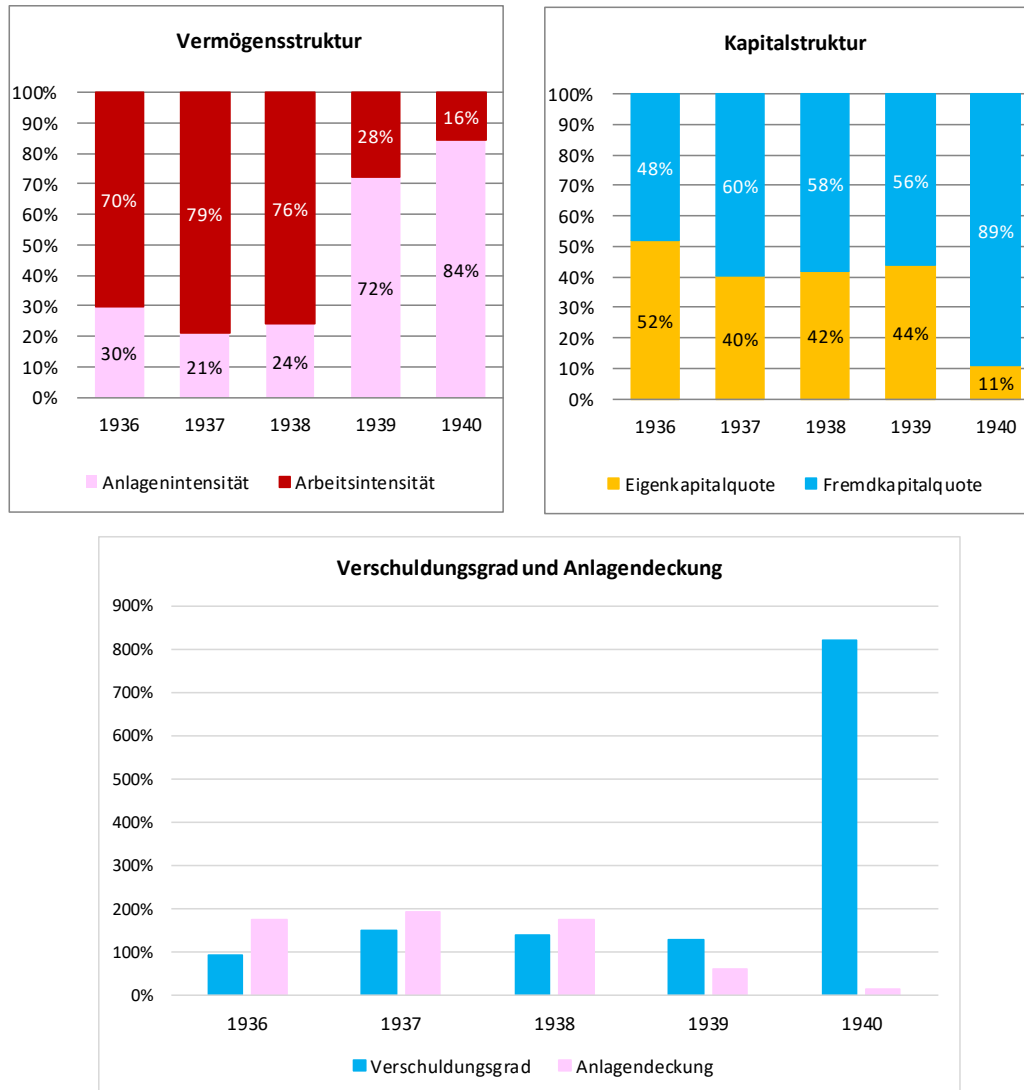
<sup>807</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Bericht., Jänner 1941.

<sup>808</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Martin Miller AG Bericht des Vorstandes.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 48: Martin Miller AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	30%	21%	24%	72%	84%
Arbeitsintensität	70%	79%	76%	28%	16%
Eigenkapitalquote	52%	40%	42%	44%	11%
Fremdkapitalquote	48%	60%	58%	56%	89%
Verschuldungsgrad	92%	148%	139%	129%	818%
Anlagendeckung	175%	193%	173%	60%	13%



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>809</sup>, das Jahr 1937<sup>810</sup> und das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>811</sup>, Prüfbericht für das Jahr 1939<sup>812</sup> und das Jahr 1940<sup>813</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>809</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Martin Miller AG.

<sup>810</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Martin Miller AG.

<sup>811</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Martin Miller AG.

<sup>812</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG.

Die Bilanzkennzahlen unterstreichen die Veränderungen nach 1938. Die Anlagenintensität steigerte sich von 30% 1938 auf 72% 1939 und noch weiter auf 84% im Jahr 1940, womit auf einen sehr anlagenintensiven Produktionsprozess oder auf mäßig erfolgreiche Rationalisierungsmaßnahmen geschlossen werden kann. Auch die Kapitalstruktur veränderte sich enorm. Lag die Eigenkapitalquote 1936 noch bei 52%, so betrug sie 1940 nur mehr 11%. Das Eigenkapital spielte bei der Finanzierung des Anlagevermögens nur mehr eine marginale Rolle, die Finanzierung erfolgte beinahe ausschließlich über Fremdkapital, der Verschuldungsgrad stieg somit bis 1940 auf über 800%. Dies bedeutet, dass beinahe das gesamte Risiko auf außenstehende FremdkapitalgeberInnen abgewälzt wurde und nicht von den EigentümerInnen getragen wurde. Die Hauptlast entfiel auf die *Creditanstalt* und die *Bank der Deutschen Luftfahrt AG*.<sup>814</sup>

---

<sup>813</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG.

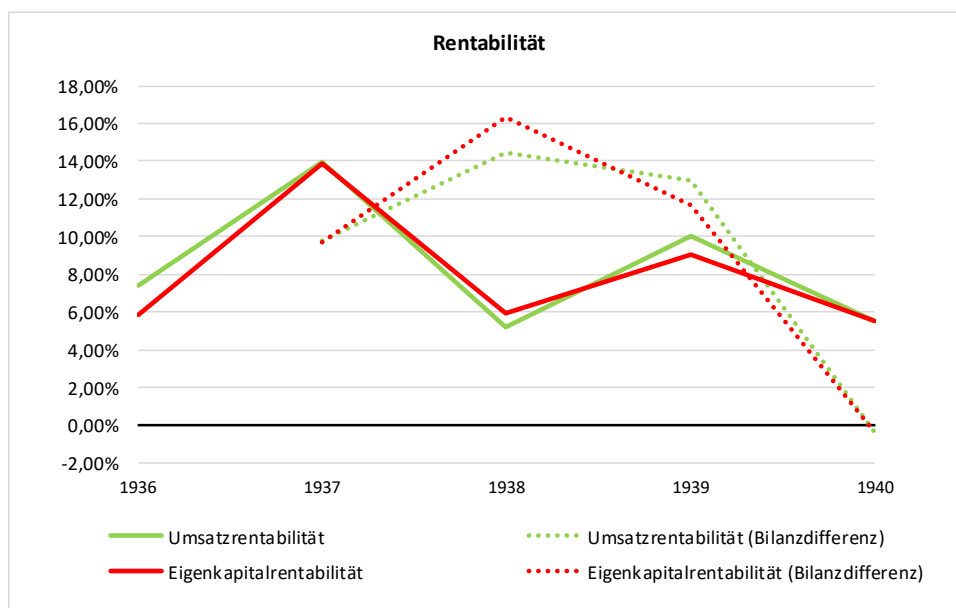
<sup>814</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG, S. 48-49.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 49: Martin Miller - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	184.382,43	243.945,78	317.938,04	580.486,33	985.038,11
ausgewiesener Gewinn	13.644,63	34.068,17	16.529,68	58.263,21	54.318,50
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		23.834,69	45.796,11	75.152,36	- 3.944,71

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	7,40%	13,97%	5,20%	10,04%	5,51%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		9,77%	14,40%	12,95%	-0,40%
Eigenkapitalrentabilität	5,85%	13,88%	5,89%	9,04%	5,49%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		9,71%	16,32%	11,66%	-0,40%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	140.000,00	140.000,00	140.000,00	750.000,00	750.000,00
Dividende in RM	9.800,00	11.200,00	11.200,00	45.000,00	45.000,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	7%	8%	8%	6%	6%

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>815</sup>, das Jahr 1937<sup>816</sup>, das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>817</sup>, das Jahr 1939<sup>818</sup> und das Jahr 1940<sup>819</sup>, Prüfbericht über das Jahr 1939<sup>820</sup> und das Jahr 1940<sup>821</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>815</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Martin Miller AG.

<sup>816</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/05/06, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Martin Miller AG.

<sup>817</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Martin Miller AG.

<sup>818</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Martin Miller AG.

<sup>819</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Martin Miller AG.

<sup>820</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG.



Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Gewinne und Erträge betrachtet. Sofern ein Gewinnvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Auch bei der Umsatzentwicklung lässt sich ein Aufschwung feststellen. Dieser war der hohen Nachfrage nach Edelstahlprodukten geschuldet, welche nach dem „Anschluss“ in Österreich einsetzte.<sup>822</sup> Aufgrund langer Wartezeiten bei der Bestellung neuer Maschinen konnten die internen Kapazitäten zumindest bis 1938 jedoch nicht so schnell erweitert werden wie erwünscht.<sup>823</sup> Zudem erschwerten der strenge Winter und die mangelhafte Rohstoffversorgung die Produktion.<sup>824</sup> Der Umsatz stieg von ca. RM 184 Tsd. 1936 auf RM 318 Tsd. 1938 und schnellte bis 1940 auf RM 985 Tsd. Dabei konnte durchgehend eine positive Gewinnspanne und eine positive Eigenkapitalrentabilität verbucht werden. Die auf Basis der Bilanzdifferenz berechneten Werte unterlagen dabei ebenso Schwankungen wie die mit den ausgewiesenen Posten berechneten Werte, hatten aber im Jahr 1938 höhere Spitzenwerte erreicht und fielen bis 1940 unter 0%. Der Anstieg 1938 ist auf den relativ hohen Gewinn inkl. Reservenzuwachs zurückzuführen, der anschließende Abfall ist dem relativ geringen Zuwachs des Eigenkapitals im Vergleich zur Bilanz 1939 zu verdanken. Bei der Berechnung der Umsatzrentabilität anhand der Bilanzdifferenz (Veränderung Vorjahr zum nachfolgenden Jahr) wurde eine Veränderung des Grundkapitals nicht berücksichtigt, da es sich hierbei um dem Unternehmen überlassene Mittel der EigentümerInnen handelt, und nicht um vom Unternehmen erwirtschaftete Mittel.

Noch keine Auswirkungen auf die Aufwände und somit den Gewinn hatten die umfangreichen Investitionen in Gebäude, da diese während ihrer Bauphase buchhalterisch als Anlagen im Bau gewertet und daher noch nicht abgeschrieben wurden.<sup>825</sup>

Dividenden wurden während des gesamten Betrachtungszeitraums in Höhe zwischen 6 und 8% des Aktien-/Grundkapitals ausgeschüttet, wobei die niedrigsten Werte ab der Erhöhung

---

<sup>821</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG.

<sup>822</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Martin Miller AG Bericht des Vorstandes.

<sup>823</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/07/08, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Martin Miller AG Bericht des Vorstandes.

<sup>824</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG, S. 11.

<sup>825</sup> BA-A, CA-IB Miller 11/04, Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG, S. 56.

des Grundkapitals im Jahr 1939 verzeichnet wurden. Jedenfalls hatte die *Martin Miller AG* eine stabile Finanzlage, vor allem da die Ausschüttungen in allen Jahren außer 1937 den Großteil des ausgewiesenen Gewinns ausmachten.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass es sich bei der *Martin Miller AG* vor dem „Anschluss“ um ein kleines Unternehmen mit bescheidenem Erfolg handelte, welches durch den Einstieg des deutschen Partners *Schmidt & Clemens* und den damit verbundenen Rüstungsaufträgen einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung verbuchen konnte. Damit einher gingen weitgehende Investitionen, welche hauptsächlich durch Fremdkapital finanziert wurden bei gleichzeitiger Auslagerung des Investitionsrisikos.

#### 4.3.3. Vereinigte Wiener Metallwerke AG

Das Unternehmen hatte seinen Hauptsitz in Wien und als Gegenstand die Erzeugung von Metallwaren, beispielsweise Gußblöcke, Platten und Röhren aus Leicht- und Schwermetallen, unter anderem zur Weiterverarbeitung für Munition.<sup>826</sup> Bis 1940 hatte die *Creditanstalt* noch die Aktienmehrheit an dem Unternehmen. Dann ging diese auf die *Vereinigte Aluminium Werke AG* aus Berlin über, welche für das Aktienpaket RM 1,2 Mio. einbrachte.<sup>827</sup> Die *Creditanstalt* behielt sich jedoch ein Vorkaufsrecht auf die Aktien der *Vereinigten Wiener Metallwerke AG*, für den Fall, dass die *Vereinigte Aluminium Werke AG* ihre erworbenen Anteile wiederverkaufen wollte. Zudem erhielt die *Creditanstalt* ein Vorzugsrecht bei der Abwicklung künftiger Bankgeschäfte der *Vereinigten Wiener Metallwerke AG*.<sup>828</sup> Bereits 1936 konnte ein gewisser wirtschaftlicher Aufschwung verzeichnet werden<sup>829</sup>, welcher durch den „Anschluss“ erheblich beschleunigt wurde. Durch die erhöhte Auftragslage konnte der Belegschaftsstand bis Ende 1938 verdoppelt werden<sup>830</sup>. Gleichzeitig war das Unternehmen einem umfangreichen Sanierungs- und Rationalisierungsprogramm unterzogen.<sup>831</sup>

---

<sup>826</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Satzung der Vereinigte Wiener Metallwerke AG, 29.08.1940, §§ 1-2.

<sup>827</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, S. 4.

<sup>828</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Niederschrift Hans Friedl, 28.10.1940.

<sup>829</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Vereinigte Wiener Metallwerke AG Bericht des Verwaltungsrats.

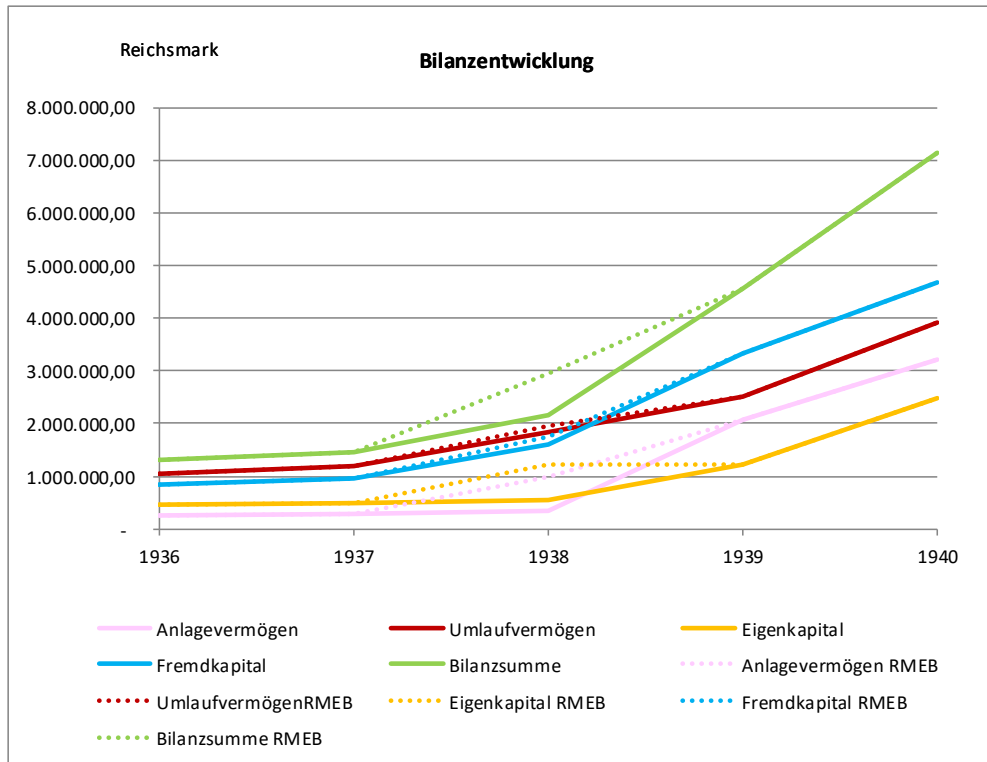
<sup>830</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, Bericht des Verwaltungsrates.

<sup>831</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Prüfungsbericht Leopold Mayer über die RMEB. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, S. 3.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 50: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	261.326,99	279.749,60	339.423,41	2.064.622,98	3.222.365,45
Umlaufvermögen	1.035.136,25	1.180.754,21	1.834.462,32	2.506.782,33	3.927.462,57
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.296.463,24</b>	<b>1.460.503,81</b>	<b>2.173.885,73</b>	<b>4.571.405,31</b>	<b>7.149.828,02</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	459.894,29	492.331,58	561.015,47	1.231.630,43	2.480.000,00
Fremdkapital	836.568,95	968.172,23	1.612.870,26	3.339.774,88	4.669.828,02
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.296.463,24</b>	<b>1.460.503,81</b>	<b>2.173.885,73</b>	<b>4.571.405,31</b>	<b>7.149.828,02</b>



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>832</sup>, das Jahr 1937<sup>833</sup> und das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>834</sup>, Prüfbericht über das Jahr 1939<sup>835</sup> und das Jahr 1940<sup>836</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Grundstücke und Gebäude und Maschinen und Fabrikeinrichtungen zusammen.

<sup>832</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>833</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>834</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>835</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>836</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen.

Bis 1938 verlief die wirtschaftliche Entwicklung des Unternehmens stabil. Im Rahmen der RMEB kam es zum Stichtag 01.01.1939 zu einer Höherbewertung des Anlagevermögens um gesamt RM 660 Tsd.<sup>837</sup> Der Prüfbericht weist auf die in den Vorjahren erfolgten zu hohen Abschreibungen hin, wodurch sich stillen Reserven ergaben. Diese Reserven wurden dem Grundkapital und den gesetzlichen Rücklagen zugeführt, wodurch sich auch das Eigenkapital entsprechend erhöhte.<sup>838</sup> Umlaufvermögen und Fremdkapital erfuhren nur geringfügige Änderungen.

Mit 1939 begann ein rasanter Anstieg des gesamten Vermögens und des gesamten Kapitals. Auf der Aktivseite stieg vor allem der Wert des Anlagevermögens sprunghaft auf über RM 2 Mio. an. Auf der Passivseite verdoppelten sich sowohl Eigen- als auch Fremdkapital. Dieser Trend hielt auch im darauffolgenden Jahr an.

Das Anlagevermögen hat sich allein zwischen 1936 und 1940 um 1.133% vergrößert, das Umlaufvermögen um 279%, das Eigenkapital um 439%, das Fremdkapital um 458% und die Bilanzsumme um 451%. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, stieg das Anlagevermögen um 30%, danach ab der RMEB um 222%. Beim Umlaufvermögen waren es 77% bzw. 100%, beim Eigenkapital 22% bzw. 105%, beim Fremdkapital 93% bzw. 167% und bei der Bilanzsumme 68% bzw. 141%.

Der guten Auftragslage 1940, unter anderem für den Flugzeugbau und einem von der Firma *Steyr-Daimler-Puch* in den Raum gestellten Großauftrag, war es zu verdanken, dass der Finanzmittelbedarf ständig wuchs. Aus diesem Grund mussten wiederholt die Kredite sowohl für Investitionen als auch für Produktionsmittel aufgestockt werden.<sup>839</sup>

---

<sup>837</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, Bericht des Verwaltungsrates zur RMEB.

<sup>838</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Prüfungsbericht Leopold Mayer über die RMEB. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, S. 10.

<sup>839</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/05, Brief Paul Tutzky, 29.03.1940.

Investitionen erfolgten zwar zum Großteil in Fabrikerneuerung und -ausbau bzw. in Maschinen, jedoch wurden auch sanitäre Anlagen und Luftschutzräume errichtet.<sup>840</sup>

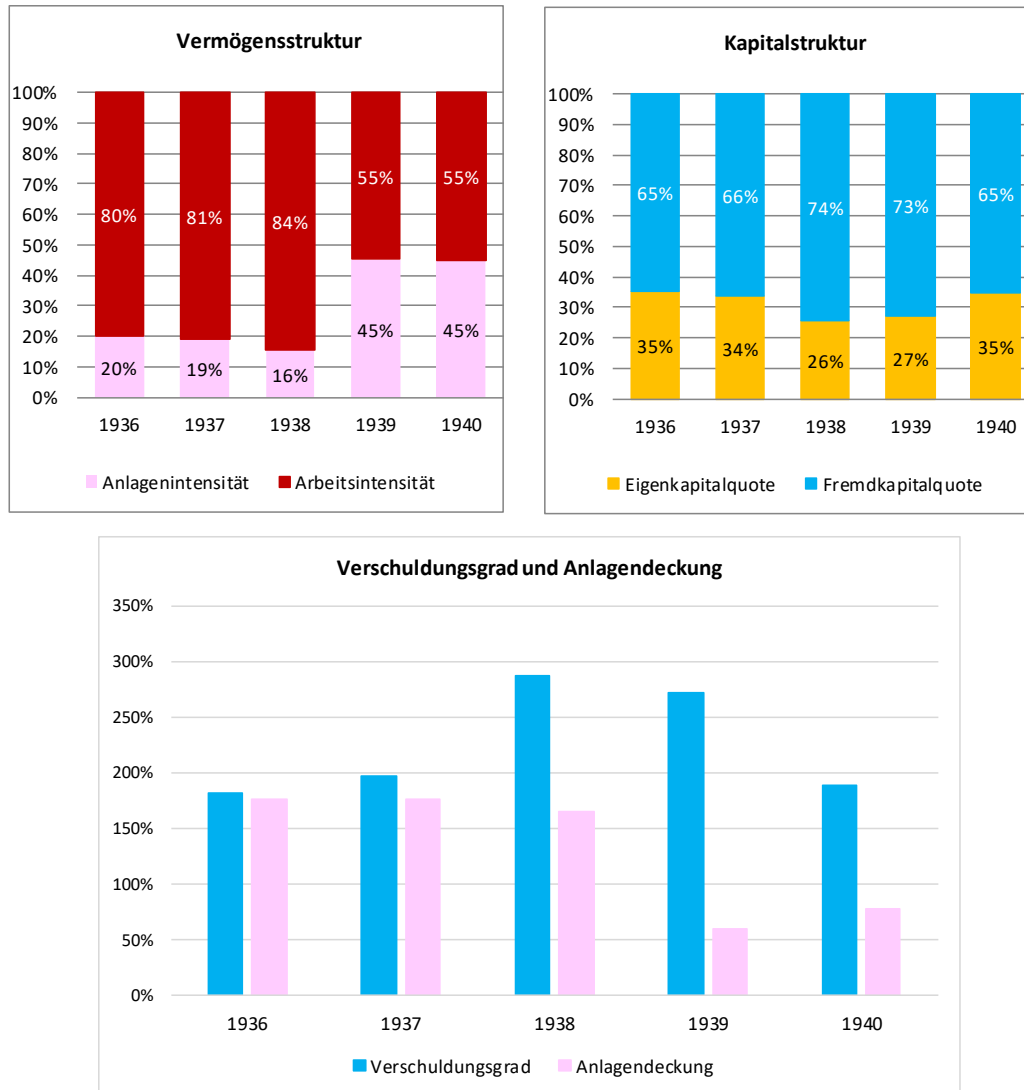
---

<sup>840</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, S. 8.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 51: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	20%	19%	16%	45%	45%
Arbeitsintensität	80%	81%	84%	55%	55%
Eigenkapitalquote	35%	34%	26%	27%	35%
Fremdkapitalquote	65%	66%	74%	73%	65%
Verschuldungsgrad	182%	197%	287%	271%	188%
Anlagendeckung	176%	176%	165%	60%	77%



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>841</sup>, das Jahr 1937<sup>842</sup> und das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>843</sup>, Prüfbericht über das Jahr 1939<sup>844</sup> und das Jahr 1940<sup>845</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>841</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>842</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>843</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>844</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

Die Bilanzkennzahlen zeigen einen deutlichen Umschwung in Richtung einer anlagenintensiveren Vermögensstruktur. Betrug der Anteil der Anlagen am Gesamtvermögen 1936 20% und 1938 gar nur 16%, so vergrößerte sich dieser 1939 auf 45% und behielt diesen Wert auch 1940. Gleichzeitig blieb die Kapitalstruktur recht stabil. Nach einer Verminderung der Eigenkapitalquote 1938 auf 26% stieg diese bis 1940 auf 35% an und erreichte somit wieder jenen Wert von 1936. Auch wenn es sowohl relativ als auch absolut zu einem Anstieg des Eigenkapitals kam, lag die Anlagendeckung 1940 bei nur mehr 77%, was weitaus weniger war als die 176% aus 1936 bzw. 1937. Damit wurde die Erweiterung des Anlagevermögens hauptsächlich durch Fremdkapital gedeckt, was für einige Anlagen auch durch den Wirtschaftsprüfer bestätigt wurde.<sup>845</sup> Da die Fremdkapitalquote 1940 auf 65% gestiegen war, wurde auch der Großteil des Risikos durch FremdkapitalgeberInnen getragen.

---

<sup>845</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

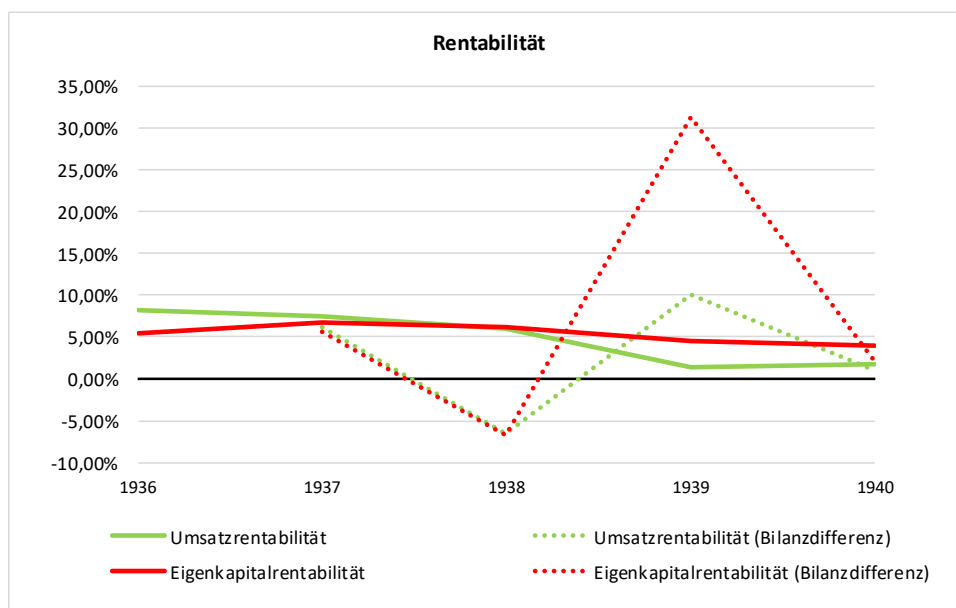
<sup>846</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, S. 6.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 52: Vereinigte Wiener Metallwerke AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	303.309,09	432.304,27	538.622,45	2.766.801,08	4.217.751,39
ausgewiesener Gewinn	24.912,38	32.437,29	32.634,63	40.399,35	72.440,59
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		27.086,34	- 35.183,66	280.293,87	40.810,16

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	8,21%	7,50%	6,06%	1,46%	1,72%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		6,27%	-6,53%	10,13%	0,97%
Eigenkapitalrentabilität	5,42%	6,81%	6,20%	4,51%	3,90%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		5,69%	-6,68%	31,27%	2,20%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	400.000,00	400.000,00	400.000,00	800.000,00	2.000.000,00
Dividende in RM	0,00	20.000,00	24.000,00	32.000,00	80.000,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	0%	5%	6%	4%	4%

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>847</sup>, das Jahr 1937<sup>848</sup> und das Jahr 1938 inkl. Anhang RMEB<sup>849</sup>,  
Prüfbericht über das Jahr 1939<sup>850</sup> und das Jahr 1940<sup>851</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>847</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>848</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>849</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>850</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.

<sup>851</sup> BA-A, CA-IB Vereinigte Metall 46/02, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940. Vereinigte Wiener Metallwerke AG.



Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Gewinne und Erträge betrachtet. Sofern ein Gewinnvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Sowohl Umsatz als auch Gewinn konnten von 1936 bis 1940 zulegen, jedoch nahmen Umsatz- und Eigenkapitalrentabilität ab. Es wurde vermehrt in die Erweiterung der Produktionsanlage investiert, sowohl mittels Innen- als auch Außenfinanzierung, wodurch letztlich ein geringerer Betrag den EigentümerInnen zugutekam. 1939 kam es bei der aus der Bilanzdifferenz gebildeten Eigenkapitalrentabilität zu einem Anstieg, welcher auf die Erhöhung der Reserven infolge der Neubewertung des Vermögens im Rahmen der RMEB zurückzuführen ist und einen Einmaleffekt darstellt.

Ab 1937 wurden regelmäßig Dividenden im Ausmaß von zunächst 5 und 6%, ab 1939 nur mehr 4% in Relation zum Aktien-/Grundkapital ausgeschüttet. In absoluten Werten nahmen die Dividenden sogar beträchtlich zu: von RM 20 Tsd. im Jahr 1937 bis 80 Tsd. im Jahr 1940. Die Dividende 1940 lag sogar über dem ausgewiesenen Gewinn. Hier kann ebenfalls von einer stabilen Finanzlage ausgegangen werden.

Die *Vereinigte Wiener Metallwerke AG* konnte von 1936 bis 1938 ein leichtes Wachstum verbuchen, welches infolge des „Anschlusses“ beträchtlich zunahm. Ähnlich wie bei der *Martin Miller AG* waren auch hier die steigenden Auftragszahlen und der Einstieg eines deutschen Unternehmens die wesentlichen Treiber, wenn auch die Effekte auf das Anlagevermögen und die Kapitalstruktur nicht ganz so extrem ausfielen.

#### **4.3.4. Steyr-Daimler-Puch AG**

Das Unternehmen *Steyr Daimler Puch (SDP)* hatte seinen Hauptsitz in Steyr und gehörte mit einem Anteil von ca. 96% der *Creditanstalt*.<sup>852</sup> 1938 übernahmen die *Reichswerke Hermann Göring* von der *Creditanstalt* die Mehrheit an dem Unternehmen. Die Produktpalette der *SDP*

---

<sup>852</sup> BA-A, CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/10, Protokoll der 67. ordentlichen Generalversammlung vom 30.03.1938., Beilage 1/1.

umfasste zu diesem Zeitpunkt neben Kraftwagen, Motorräder und Fahrrädern auch Kugel- und Rollenlager und Militär-, Jagd- und Sportwaffen.<sup>853</sup>

Die wirtschaftliche Lage 1937 war aus Sicht der Geschäftsführung zufriedenstellend. In Summe wurde der Produktionsstand des Vorjahres gehalten, in einigen Bereichen wie der Kugellager- oder Motorradproduktion sogar etwas ausgebaut. Zudem wurde die Produktion der beiden Standorte Steyr und Graz optimiert, Maschinen angeschafft und neue Gebäude errichtet. Mitte 1937 wurde ein Personalhöchststand von ca. 7.400 ArbeiterInnen und Angestellten verzeichnet.<sup>854</sup> Dieser erweiterte sich bereits bis Ende 1938 auf 13.200.<sup>855</sup> Die Zeit ab 1938 war insbesondere von Modernisierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen geprägt. Dafür notwendige Investitionen ins Anlagevermögen beliefen sich allein im Jahr 1939 auf über RM 14 Mio., für die Periode 1939 bis 1943 war ein Investitionsprogramm von insgesamt rund RM 76 Mio. veranschlagt. Sowohl Umsatz als auch Absatz konnten gesteigert werden, auch wenn die Ende 1938 umgesetzte Preisherabsetzung die Erlöse pro verkaufter Einheit schmälerte. 1939 konnte in etwa die gesamte vorhandene Produktionskapazität ausgenutzt werden. Zudem sicherte sich die *SDP* durch einen Organschaftsvertrag alle Geschäfte ihrer Tochtergesellschaft *Kromag AG*, die nun gänzlich auf Rechnung der *SDP* verkaufte und ihre Gewinne und Verluste konsolidierte.<sup>856</sup> Auch 1940 war ein erfolgreiches Jahr für das Unternehmen. Sowohl Absatz als auch Umsatz stiegen wieder an und der Export konnte um 50% gesteigert werden. Für die Abarbeitung der erwarteten zusätzlichen Aufträge zur Herstellung von Kriegsmaterial wurde die *Nibelungenwerk GmbH* mit Niederlassung in St. Valentin gegründet.<sup>857</sup> Es wurden auch bestehende Fabrikanlagen erneuert, erweitert und weitgehend auf Kriegsproduktion umgestellt. Zudem wurde das Wohnungsbauprogramm für die Bevölkerung in Steyr erweitert, welches zusätzlich zu den bereits errichteten 1.500 Wohnung noch 4.000 vorsah.<sup>858</sup>

---

<sup>853</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG Blatt 4.

<sup>854</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Steyr Daimler Puch AG Bericht des Verwaltungsrats.

<sup>855</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG Blatt 5.

<sup>856</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG. Blätter 3-4.

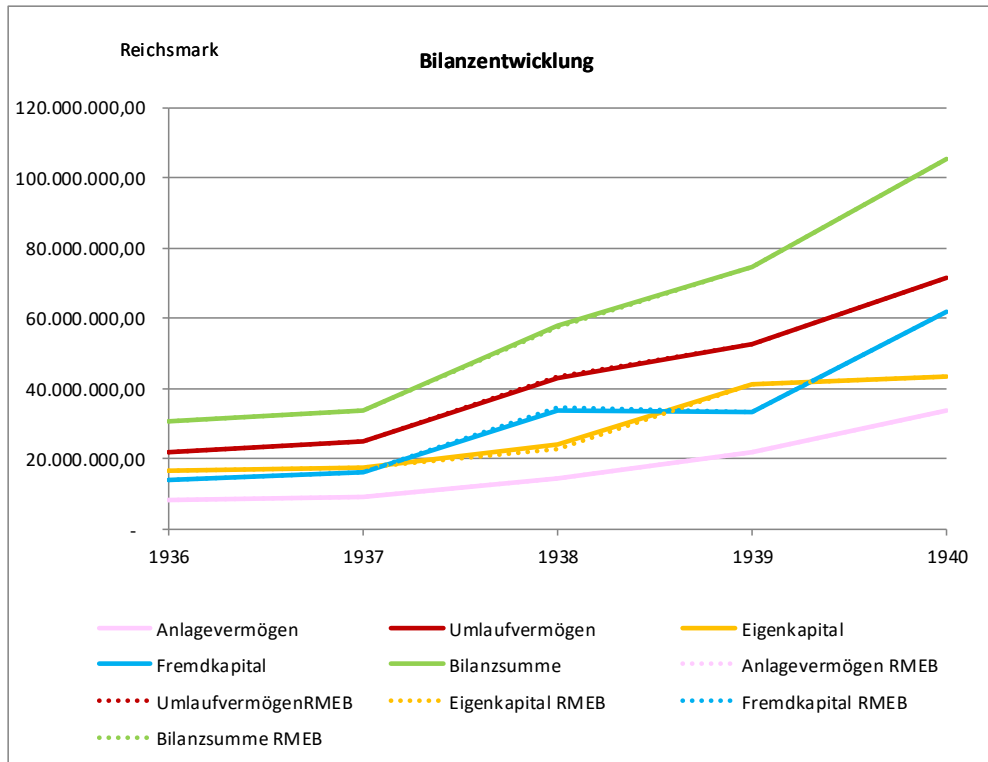
<sup>857</sup> BArch, R2/15104, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG., Bericht des Vorstandes.

<sup>858</sup> BArch, R2/15104, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG, Blatt 4.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 53: Steyr Daimler Puch AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	8.446.741,67	8.943.950,67	14.589.257,07	21.850.805,24	33.763.503,45
Umlaufvermögen	22.022.305,80	24.732.680,67	43.117.141,41	52.819.524,02	71.366.733,45
<b>Bilanzsumme</b>	<b>30.469.047,47</b>	<b>33.676.631,33</b>	<b>57.706.398,48</b>	<b>74.670.329,26</b>	<b>105.130.236,90</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	16.633.425,71	17.560.181,62	24.068.994,44	41.349.872,50	43.233.393,52
Fremdkapital	13.835.621,76	16.116.449,71	33.637.404,04	33.320.456,76	61.896.843,38
<b>Bilanzsumme</b>	<b>30.469.047,47</b>	<b>33.676.631,33</b>	<b>57.706.398,48</b>	<b>74.670.329,26</b>	<b>105.130.236,90</b>



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>859</sup> und das Jahr 1937<sup>860</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>861</sup>, das Jahr 1939<sup>862</sup> und das Jahr 1940<sup>863</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Immobilien, Maschinen, Werkzeuge und Einrichtungen, Geräte, Modelle und Gesenke und Patente und Rechte zusammen. Der Posten Effekten u. Beteiligungen wurde für

<sup>859</sup> BA-A, CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/07, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>860</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>861</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>862</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>863</sup> BAArch, R2/15104, Nachtragsbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG.

die Kennzahlenbasis der Jahren 1936 bis 1937 ebenfalls dem Anlagevermögen zugeteilt, da dieser auch in den Bilanzen der Folgejahre explizit im Summenposten Anlagevermögen ausgewiesen wurde. Eine Unschärfe infolge von möglicherweise darin enthaltenen Wertpapieren des Umlaufvermögens wurde als vernachlässigbar angesehen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen. Der im Jahr 1937 ausgewiesene Posten Unterstützungsfonds für Angestellte und Arbeiter wurde als Rückstellung und somit als Teil des Fremdkapitals gewertet.

Abbildung 53 zeigt ab 1938 einen Anstieg sowohl auf der Vermögens- als auch auf der Kapitaleseite, welcher auch in den Folgejahren anhält. Einzig beim Fremdkapital konnten im Jahr 1939 die Verbindlichkeiten reduziert werden, wodurch es vorübergehend zu keinem Anstieg kam. Gab es von 1936 auf 1937 bereits eine leichte Vergrößerung von Vermögen und Kapital, hat sich die Bilanzsumme von RM 33,7 Mio. im letzten Jahr vor dem „Anschluss“ auf RM 105 Mio. im Jahr 1940 mehr als verdreifacht. Eindeutig erkennbar ist auch die Zunahme des Fremdkapitals, das bis 1937 noch geringer war als das Eigenkapital, aber 1940 bereits deutlich darüber lag.

Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, stieg das Anlagevermögen um 73%, danach ab der RMEB um 137%. Beim Umlaufvermögen waren es 96% bzw. 65%, beim Eigenkapital 45% bzw. 89%, beim Fremdkapital 143% bzw. 79% und bei der Bilanzsumme 89% bzw. 83%.

Die Erstellung der RMEB hat in Prinzip keine Abweichungen gegenüber der nach bisherigen Kriterien erstellten Bilanzen erbracht, da die Geschäftsführung die im Zuge der Prüfung der RMEB aufgedeckten Reserven des Vermögens durch Unterlassung der Aufwertung auf Anlagen auf ihren Teilwert nicht in Anspruch genommen hatte.<sup>864</sup>

---

<sup>864</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG Blatt 23-24.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 54: Steyr Daimler Puch AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	28%	27%	25%	29%	32%
Arbeitsintensität	72%	73%	75%	71%	68%
Eigenkapitalquote	55%	52%	42%	55%	41%
Fremdkapitalquote	45%	48%	58%	45%	59%
Verschuldungsgrad	83%	92%	140%	81%	143%
Anlagendeckung	197%	196%	165%	189%	128%



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>865</sup> und das Jahr 1937<sup>866</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>867</sup>, das Jahr 1939<sup>868</sup> und das Jahr 1940<sup>869</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>865</sup> BA-A, CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/07, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>866</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>867</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>868</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG.

Die Bilanzkennzahlen zeigen ein recht konstantes Verhältnis zwischen Anlagevermögen und Umlaufvermögen. Die Anlagenintensität hat sich von 28% im Jahr 1936 nur leicht auf 32% im Jahr 1940 erhöht. In Zusammenhang mit dem enormen Anstieg des Umsatzes (siehe unten) kann von einer erfolgreichen Umsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen und einem höheren Auslastungsgrad vorhandener Kapazitäten ausgegangen werden. Die Deckung des Anlagevermögens durch das Eigenkapital lag dabei im betrachteten Zeitraum durchwegs bei über 100%. Eine Zunahme kann aber im Verhältnis Fremdkapital zu Eigenkapital festgestellt werden. Die Fremdkapitalquote stieg von 45% im Jahr 1936 auf 59% im Jahr 1940, wodurch sich auch der Verschuldungsgrad entsprechend erhöhte.

Aufgrund des ab 1939 anvisierten umfangreichen Investitionsprogramms stellte bereits Ende 1938 allein die *Creditanstalt* einen Kreditrahmen von RM 15 Mio. zur Verfügung.<sup>870</sup> Zudem kam 1939 ein Darlehen von RM 9 Mio. durch die *Deutsche Industriebank* und weitere RM 9,8 Mio. von gewissen „*öffentliche Stellen*“. Auch wurde das Grundkapital von RM 18,268 Mio. auf RM 30 Mio. erhöht, wobei das dafür notwendige Kapital nur durch die *Reichswerke Hermann Göring* aufgebracht wurde. Die langfristigen Darlehen wurden darüber hinaus um ca. RM 19 Mio. aufgestockt.<sup>871</sup> Damit standen dem Unternehmen erhebliche Mittel durch Außenfinanzierung bzw. Eigen- und Fremdfinanzierung zur Verfügung.

---

<sup>869</sup> BArch, R2/15104, Nachtragsbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>870</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG Blatt 42.

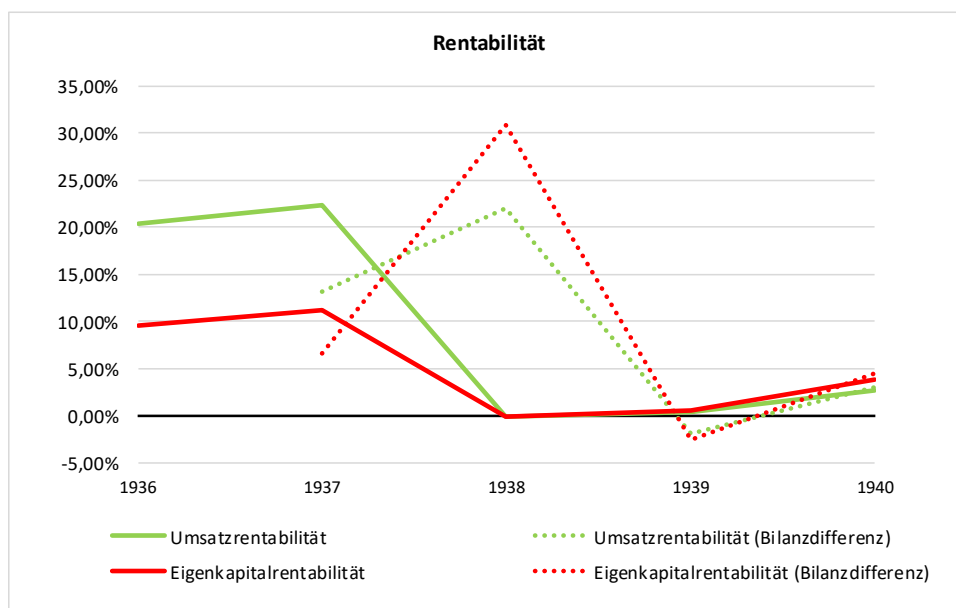
<sup>871</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG. Blatt 5.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 55: Steyr Daimler Puch AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	7.805.174,51	8.596.021,33	29.216.981,00	45.989.463,96	62.807.881,88
ausgewiesener Gewinn	1.584.517,39	1.920.388,82	- 23.671,00	171.655,31	1.646.445,19
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		1.127.311,24	6.415.540,04	- 856.525,26	1.911.929,53

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	20,30%	22,34%	-0,08%	0,37%	2,62%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		13,11%	21,96%	-1,86%	3,04%
Eigenkapitalrentabilität	9,53%	11,23%	-0,11%	0,52%	3,89%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		6,59%	30,82%	-2,62%	4,52%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	11.733.333,33	11.733.333,33	11.733.333,34	30.000.000,00	30.000.000,00
Dividende in RM	704.000,00	586.666,67	-	-	1.094.832,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	6%	5%	0%	0%	4%

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>872</sup> und das Jahr 1937<sup>873</sup>, Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>874</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>875</sup>, über das Jahr 1939<sup>876</sup> und das Jahr 1940<sup>877</sup>; eigene Berechnung und Darstellung

<sup>872</sup> BA-A, CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/07, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>873</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>874</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch., Deutsches Reich: Land Österreich, 1940, S. 544.

<sup>875</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/II, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>876</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG.

<sup>877</sup> BArch, R2/15104, Nachtragsbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Überschüsse und Erträge betrachtet. Sofern ein Gewinnvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Der im Jahr 1938 ausgewiesene Gewinn setzt sich aus einem Gewinnvortrag aus 1937 und einem erwirtschafteten Verlust 1938 in Höhe von ca. RM 24 Tsd. zusammen, welcher nicht in der Bilanz eigens angeführt wurde.<sup>878</sup>

Während der Umsatz regelrecht in die Höhe schnellte und 1940 mehr als den achtfachen Betrag von 1936 ausmachte, konnte der ausgewiesene Gewinn, abgesehen von zwischenzeitlichen Schwankungen, im selben Zeitraum nur minimal um 4% zulegen. Dementsprechend sank die Umsatzrentabilität.

Die Rentabilitätskennzahlen zeigen generell ein durchwachsenes Bild. Bis 1939 wurden extreme und unterschiedliche Höchst- und Tiefstwerte erreicht, 1940 jedoch pendelten sich alle Kennzahlen der GuV beider Berechnungsvarianten bei ähnlichen positiven Werten zwischen 2,62% und 4,52% ein.

Auch die Dividendenzahlung fielen in den jeweiligen Jahren unterschiedlich aus. In den Jahren 1936 und 1937 wurden Dividenden im Ausmaß von 6 bzw. 5% des Aktien-/Grundkapitals ausgeschüttet. In den beiden folgenden Jahren wurde auf eine Dividendenzahlung verzichtet, bevor 1940 eine Dividendenzahlung von 4% erfolgte, welche absolut gesehen mehr als doppelt so groß war wie jene aus 1937. Die *SDP* dürfte in den Jahren ab dem „Anschluss“ ihre erwirtschafteten finanziellen Mittel vorrangig für die internen Umstellungen aufgewendet haben.

Vor allem die schwachen Werte 1939 gehen zu einem Großteil auf hohe außerordentliche Aufwendungen zurück, hier insbesondere auf durchgeführte Sonderabschreibungen infolge der rechtlichen Möglichkeit auf Investitionsbegünstigung und ihrer steuerlichen Absetzbarkeit. Diese hatten auch nur bedingt Auswirkungen auf die Reserven, da es sich hauptsächlich um Anlagen für die Erzeugung von Kriegsbedarf handelte, welche im Rahmen

---

<sup>878</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Jahr 1940, S. 544, Fußnote 1).



der damals erwarteten baldigen Umstellung auf Friedensproduktion keine Verwendung gefunden hätten.<sup>879</sup>

#### 4.3.5. Enzesfelder Metallwerke AG

Der Hauptsitz des Unternehmens lag in Wien. Es hatte als Gegenstand „die Herstellung und Verarbeitung von Guß-, Preß- und Walzerzeugnissen, Metallwaren, Munitions- und Heeresausrüstungsgegenständen jeder Art“.<sup>880</sup> Bereits vor dem Ersten Weltkrieg war Enzesfelder ein Rüstungsunternehmen und stellte unter anderem Zünder und Geschosse, aber auch zivile Produkte her.<sup>881</sup> Die Produktionen erfolgten im Wesentlichen unterteilt in ein Metallwerk und ein Munitionswerk. Bis zur Übernahme der Aktienmehrheit durch die Firma Gebr. Böhler & Co. AG hielten die Hirtenberger Patronenfabrik und die Dynamit Nobel AG gemeinsam eine Aktienmehrheit von 75,75%<sup>882</sup>

Bereits ab 1936 wurden Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, durch welche sowohl Inlands- und Auslandsgeschäft als auch Umsatz und Gewinn gesteigert werden konnten. Damit verbunden begannen auch Investitionen in Anlagen und eine Erweiterung des Produktionsprogramms.<sup>883</sup> Die 1938 erfolgten umfangreiche Instandsetzungen der Werksanlagen drückten bereits merklich auf den Gewinn.<sup>884</sup> Mit steigendem und nachhaltigem Bedarf von Seiten der Wehrmacht und durch die Vorgaben des Vierjahresplans musste das Unternehmen weiter in die Werksanlagen investieren. Gleichzeitig nahm der Belegschaftsstand zu und es wurde in ein Gemeinschaftshaus und Lehrwerkstätten investiert. Als problematisch entwickelte sich die Versorgung mit Rohstoffen, weshalb das Unternehmen selbst nach alternativen Legierungen suchte.<sup>885</sup>

---

<sup>879</sup> ÖGZ-A, Do-76/Ws-3/I, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG. Blatt 16.

<sup>880</sup> BAArch, R907/1584, Satzung der Enzesfelder Metallwerke AG., 29.09.1939 §§ 1-2.

<sup>881</sup> Mathis 1987: Big Business in Österreich., S. 95.

<sup>882</sup> BAArch, R8135/9077, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über eine Sonderprüfung der Enzesfelder Metallwerke AG 1938., S. 1.

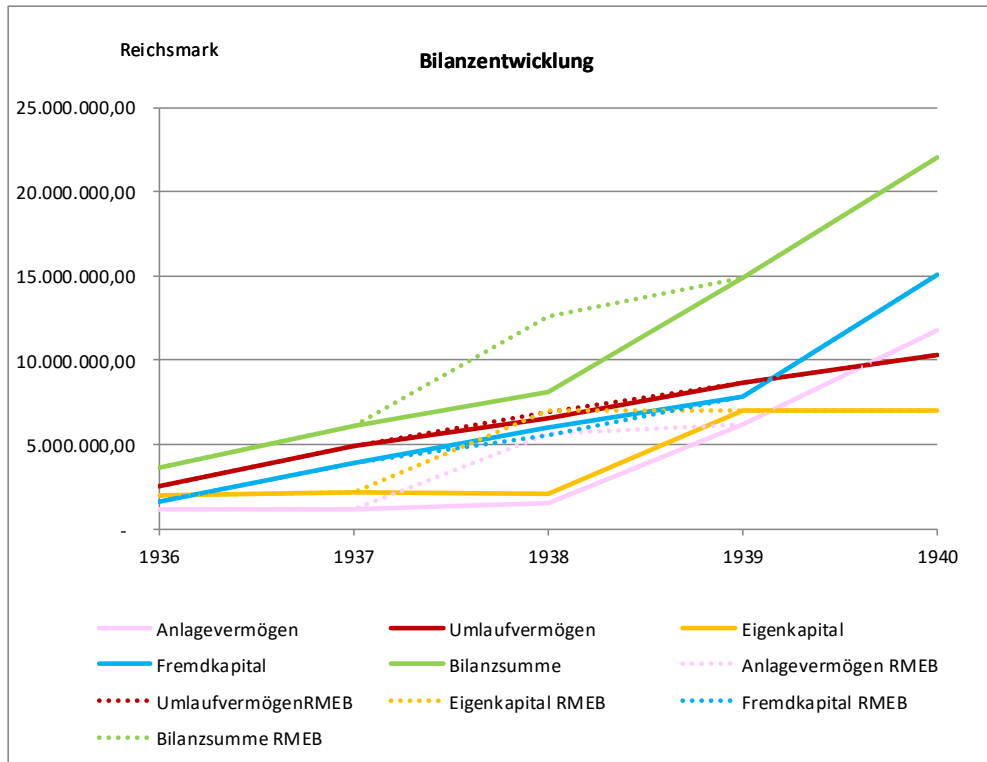
<sup>883</sup> BAArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Enzesfelder Metallwerke AG. Bericht des Verwaltungsrats.

<sup>884</sup> BAArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG. Bericht des Verwaltungsrats.

<sup>885</sup> BAArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG. Bericht des Vorstands.

Abbildung 56: Enzesfelder Metallwerke AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	1.132.742,85	1.200.993,23	1.572.184,75	6.222.730,45	11.786.485,00
Umlaufvermögen	2.524.918,99	4.892.538,06	6.548.476,88	8.662.631,39	10.291.449,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.657.661,84</b>	<b>6.093.531,29</b>	<b>8.120.661,63</b>	<b>14.885.361,84</b>	<b>22.077.934,00</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	2.005.185,63	2.170.564,73	2.118.025,95	7.008.583,66	7.008.584,00
Fremdkapital	1.652.476,21	3.922.966,56	6.002.635,68	7.876.778,18	15.069.350,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.657.661,84</b>	<b>6.093.531,29</b>	<b>8.120.661,63</b>	<b>14.885.361,84</b>	<b>22.077.934,00</b>



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>886</sup>, das Jahr 1937<sup>887</sup>, das Jahr 1938 inkl. RMEB<sup>888</sup> und das Jahr 1939<sup>889</sup>,  
Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>890</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen besteht, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, zunächst aus dem Posten Fabrikanlagen. Beim Posten Wertpapiere handelt es sich, zumindest bei der RMEB, um Reichsanleihen. Aus diesem Grund wurde dieser Posten in der Analyse dem

<sup>886</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>887</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Enzesfelder Metallwerke AG. Inkl. RMEB.

<sup>888</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>889</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>890</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark, 1942, S. 565-567.

Anlagevermögen zugeteilt.<sup>891</sup> In dem in den Vorjahren ausgewiesenen Posten Effekten dürften Beteiligungen enthalten sein, deshalb wurde auch bei diesem die gleiche Vorgangsweise gewählt. Eine Unschärfe infolge von möglicherweise darin enthaltenen Wertpapieren des Umlaufvermögens wurde als vernachlässigbar angesehen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen. Der ab dem Jahr 1939 ausgewiesene Posten Wohlfahrtsfonds wurde als Rückstellung und somit als Teil des Fremdkapitals gewertet.

Die auf der Passivseite ausgewiesene Anlagenwertberichtigung stellt eine kumulierte Abschreibung<sup>892</sup> dar und wurde folglich als Bilanzverlängerung gewertet. Sie wurde weder dem Eigen- noch dem Fremdkapital zugeordnet, sondern beim Anlagevermögen in Abzug gebracht. Sowohl Anlagevermögen als auch Eigenkapital weisen von 1938 auf 1939 einen erheblichen Anstieg auf. Ersteres hat sich beinahe verfünffacht, letzteres zumindest vervierfacht. Dies ist einerseits auf eine erhöhte Reserve durch die Neubewertung der Anlagen, andererseits auf eine Erhöhung des Grund- bzw. Aktienkapitals zurückzuführen. Umlaufvermögen und Fremdkapital waren keiner derart umfangreichen Neubewertung unterzogen und weisen daher keinen Sprung auf. Dennoch zeigen sie ein durchgehendes Wachstum. Bei Umlaufvermögen dürfte ein schnellerer Umschlag der Vorräte infolge einer erhöhten Auftragslage sogar zu einem Abbau des Vorratsstand geführt haben.<sup>893</sup> Im Zeitraum 1936 bis 1940 konnte die Bilanzsumme von RM 3,7 Mio. auf RM 22 Mio. eine enorme Steigerung verbuchen, wobei das Anlagevermögen mit einem Steigerungsfaktor von über 10 heraussticht. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, stieg das Anlagevermögen um 39%, danach ab der RMEB um 108%. Beim Umlaufvermögen waren es 159% bzw. 49%, beim Eigenkapital 6% bzw. 0%, beim Fremdkapital 263% bzw. 170% und bei der Bilanzsumme 122% bzw. 75%. Diese Werte zeigen, dass der Anstieg in allen Werten, außer dem Anlagevermögen, bereits vor der RMEB eingesetzt hat, danach zwar anhielt, jedoch vergleichsweise geringer ausfiel und der wesentliche Schub für die hohe Veränderung zwischen 1936 und 1940 auf die Neubewertungen der RMEB zurückgeht.

---

<sup>891</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG. Umstellungsbericht des Verwaltungsrats.

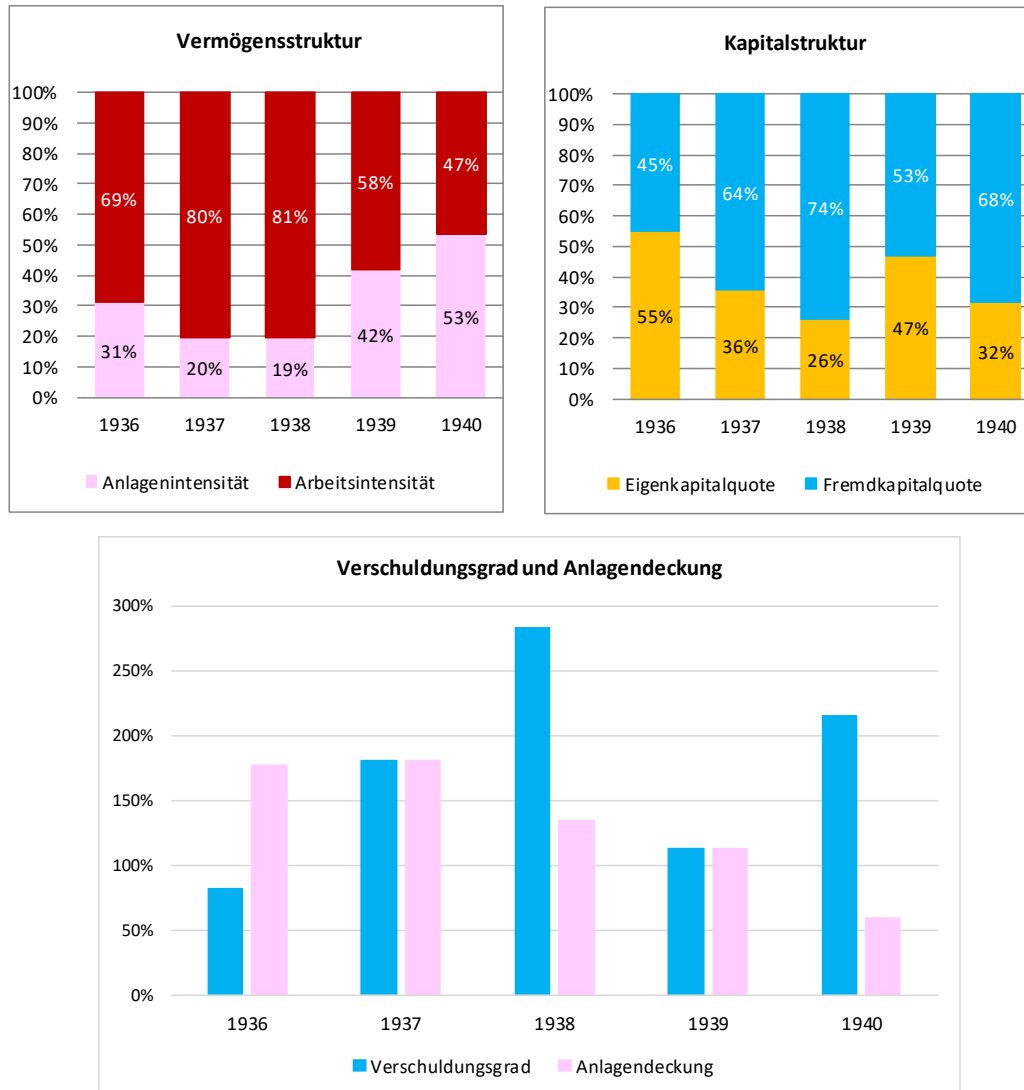
<sup>892</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG., S. 8.

<sup>893</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG. Bericht des Vorstands.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 57: Enzesfelder Metallwerke AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	31%	20%	19%	42%	53%
Arbeitsintensität	69%	80%	81%	58%	47%
Eigenkapitalquote	55%	36%	26%	47%	32%
Fremdkapitalquote	45%	64%	74%	53%	68%
Verschuldungsgrad	82%	181%	283%	112%	215%
Anlagendeckung	177%	181%	135%	113%	59%



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>894</sup>, das Jahr 1937<sup>895</sup>, das Jahr 1938 inkl. RMEB<sup>896</sup> und das Jahr 1939<sup>897</sup>,

Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>898</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>894</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>895</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Enzesfelder Metallwerke AG. Inkl. RMEB.

<sup>896</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>897</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>898</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark, 1942, S. 565-567.

Die absolute Steigerung des Anlagevermögens spiegelt sich in der Vermögensstruktur wider. Machte 1936 das Umlaufvermögen mit 69% noch den größten Teil der Aktiva aus, kehrte sich dieses Verhältnis bis 1940 beinahe um und das Anlagevermögen belief sich auf 53%. Im gleichen Zeitraum drehte sich auch in etwa das Bild bei der Kapitalstruktur: nach einem Anteil von 55% im Jahr 1936 reduzierte sich das Eigenkapital verhältnismäßig auf nur mehr 32% im Jahr 1940. Entsprechend lesen sich auch Anlagendeckung und Verschuldungsgrad: 1936 konnte das Anlagevermögen noch zu 177% durch das Eigenkapital gedeckt werden, 1940 waren es nur mehr 59%. Der Verschuldungsgrad stieg inzwischen von 82% auf 251%.

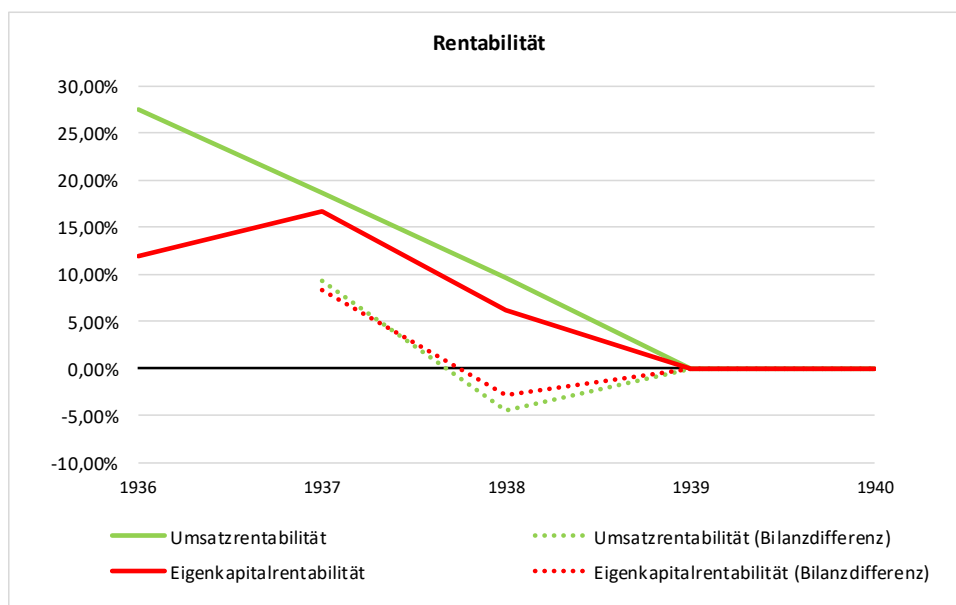
Die Erweiterung der Anlagen wurde somit zwar auch durch Eigenkapital finanziert, der Hauptteil jedoch durch Fremdkapital bereitgestellt. Dabei spielten die Steigerung der Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen (allein von 1939 auf 1940 um RM 1,8 Mio.), die Erhöhung der langfristigen Darlehen (RM 3 Mio.) und der Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen (RM 1,7 Mio.) eine wesentliche Rolle. Bei letzterer handelte es sich um eine Eigenfinanzierung, bei den anderen um Fremdfinanzierung. Jedenfalls wurde auch hier ein erheblicher Teil des Risikos nach außen abgegeben.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 58: Enzesfelder Metallwerke - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	872.993,91	1.866.364,59	1.383.148,33	9.137.076,59	13.385.265,00
ausgewiesener Gewinn	239.844,10	346.285,29	133.430,78	-	-
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		172.253,13	- 61.727,91	-	0,34

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	27,47%	18,55%	9,65%	0,00%	0,00%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		9,23%	-4,46%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalrentabilität	11,96%	16,59%	6,22%	0,00%	0,00%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		8,25%	-2,88%	0,00%	0,00%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	1.333.333,33	1.333.333,33	1.333.333,33	5.000.000,00	5.000.000,00
Dividende in RM	66.666,67	66.666,67	66.666,67	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	5%	5%	5%	-	-

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>899</sup>, das Jahr 1937<sup>900</sup>, das Jahr 1938 inkl. RMEB<sup>901</sup> und das Jahr 1939<sup>902</sup>,

Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>903</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>899</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>900</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Enzesfelder Metallwerke AG. Inkl. RMEB.

<sup>901</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>902</sup> BArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG.

<sup>903</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark, 1942, S. 565-567.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Erträge und Überschüsse betrachtet. Sofern ein Gewinnvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Umsatz- und Eigenkapitalrentabilität befanden sich zwar 1936 und 1937 auf einem anschaulichen Niveau, verringerten sich jedoch mit dem „Anschluss“ und fielen 1939 und 1940 jeweils auf 0. Der Grund darin ist aber in einem Verlustübernahmevertrag zu finden, der zwischen den „freien Aktionären“ mit dem Hauptaktionär *Böhler* 1939 abgeschlossen wurde. Dadurch handelte die *Enzesfelder* fortan zwar selbständig, jedoch im Auftrag und auf Rechnung der *Böhler*. Im Gegenzug erhielten die „freien Aktionäre“ Aktien der *Böhler* und eine Dividendenzusicherung.<sup>904</sup> Als Folge wurden Gewinn oder Verlust nicht mehr extra in der Bilanz der *Enzesfelder* ausgewiesen, sondern zuvor an die *Böhler* verrechnet. Da keine weiteren Informationen zu dieser Verrechnung vorlagen, wurden die entsprechenden Werte mit 0 angesetzt.

Dieser Vertrag hatte auch Auswirkungen auf die Dividendenzahlungen. Während zwischen 1936 und 1938 jeweils Dividenden im Ausmaß von 5% des Aktien-/Grundkapitals ausgeschüttet wurden, wurden ab 1939 von der *Enzesfelder* selber keine Dividenden mehr ausbezahlt.

#### **4.3.6. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG**

Der Hauptsitz des Unternehmens war in Berndorf mit Zweigniederlassungen in Wien, Berlin, Amstetten, Groß-Petersdorf, Budapest, Luzern, Mailand, Eßlingen a. N. und einer Geschäftsstelle in Prag.<sup>905</sup> Erzeugt wurden Metallprodukte aus Reinnickel, Neusilber, Kupfer, Kupfernickel, Messing, Tombak, Bronze, Aluminium, Zink und rostfreiem Stahl.<sup>906</sup> Zudem war *Berndorfer* für die Produktion von Besteck und Tafelgerät bekannt.<sup>907</sup>

---

<sup>904</sup> BAArch, R907/1584, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG. Bericht des Vorstands.

<sup>905</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Ostmark 1943, S. 567.

<sup>906</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 609.

<sup>907</sup> Mathis 1987: Big Business in Österreich., S. 47.

Bereits 1936 wurden die Werkseinrichtungen ausgebaut und unter Beibehaltung der Produktqualität die Erzeugungskosten reduziert.<sup>908</sup> 1938 kam es aufgrund akuter Wohnungsnot auch zur Unterstützung entsprechender Bauprojekte.<sup>909</sup> Zudem wurden im Betrieb umfangreiche Neuinvestitionen getätigt. Mit dem „Anschluss“ stieg die Nachfrage rasant an und mit Ende 1938 konnten bereits die veranschlagten Lieferfristen durch die *Berndorfer* nicht mehr eingehalten werden. Parallel zum Produktionsanstieg musste das Unternehmen umfangreiche Rationalisierungs- und Kostensenkungsmaßnahmen umsetzen, um die durch die Umstellung auf Reichsmark gestiegenen Produktionskosten und die Schwierigkeiten aufgrund der Umstellung auf die vorgegebenen Lieferquellen im Altreich zu kompensieren. Dazu gehörte auch die Stilllegung nicht rentabler Werksteile.<sup>910</sup> Die Auswirkungen dieser Umstellungen und Maßnahmen waren 1939 noch spürbar. Zudem mussten noch Maßnahmen zur Kompensierung von zum Kriegsdienst eingezogenen Belegschaftsmitgliedern umgesetzt werden. Zu diesen zählte etwa die Errichtung einer Lehrwerkstatt.<sup>911</sup>

Ende 1937 beschäftigte das Unternehmen über 2.000 ArbeiterInnen.<sup>912</sup>

---

<sup>908</sup> BArch, R8127/1484, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 5.

<sup>909</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 5.

<sup>910</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 7.

<sup>911</sup> BArch, R8127/1484, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 5.

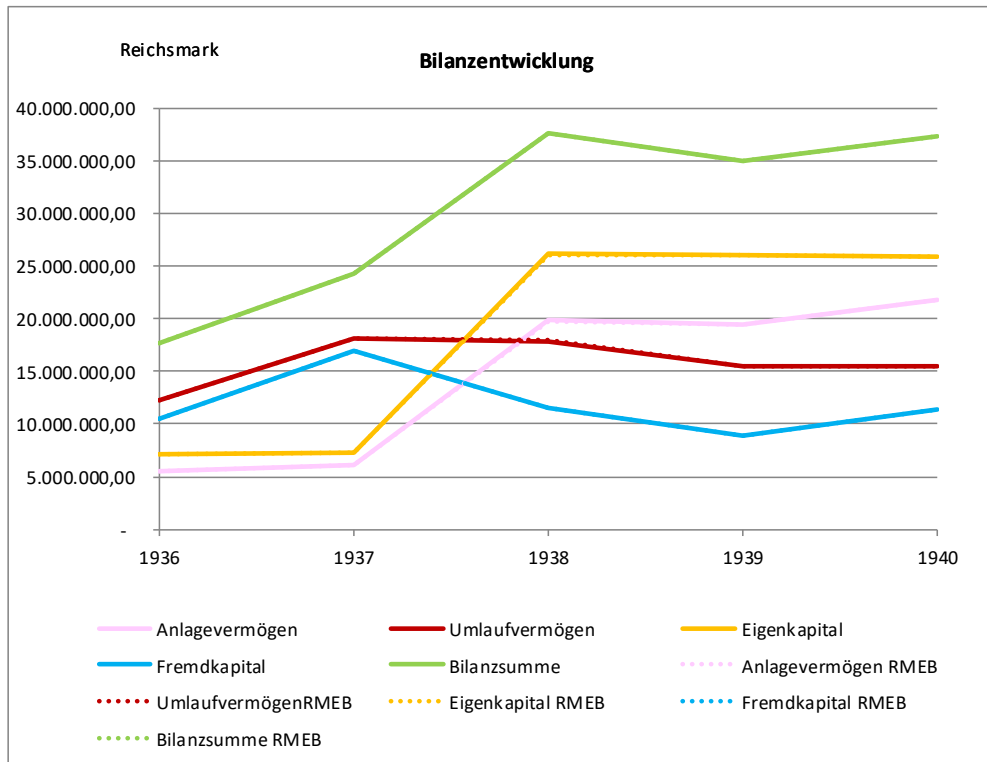
<sup>912</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 609.



## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 59: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	5.469.830,48	6.147.402,67	19.823.921,81	19.398.299,29	21.781.707,00
Umlaufvermögen	12.233.438,97	18.103.940,00	17.781.357,55	15.492.709,82	15.533.197,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.703.269,45</b>	<b>24.251.342,67</b>	<b>37.605.279,36</b>	<b>34.891.009,11</b>	<b>37.314.904,00</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	7.139.041,61	7.333.822,00	26.135.640,31	25.976.679,12	25.930.430,00
Fremdkapital	10.564.227,84	16.917.520,67	11.469.639,05	8.914.329,99	11.384.474,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.703.269,45</b>	<b>24.251.342,67</b>	<b>37.605.279,36</b>	<b>34.891.009,11</b>	<b>37.314.904,00</b>



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>913</sup>, Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>914 915</sup>, Bericht über das Jahr 1938<sup>916</sup>, über die RMEB<sup>917</sup> und das Jahr 1939<sup>918</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Beteiligungen, Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Land- und

<sup>913</sup> BA-Arch, R8127/1484, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>914</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich, 1939.

<sup>915</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Ostmark, 1943.

<sup>916</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>917</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>918</sup> BA-Arch, R8127/1484, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

Forstbesitz, Kohlenbergbau, Grubensubstanz, Neuanlagen, Konzessionen und Beteiligungen zusammen. Die Posten Wertpapiere und Beteiligungen wurden, sofern sie nicht explizit beim Umlaufvermögen angeführt wurden, für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt, da dieser auch in den Bilanzen anderer untersuchter Unternehmen im Anlagevermögen ausgewiesen wurde und somit eine bessere Vergleichbarkeit gegeben ist. Eine Unschärfe z.B. infolge von möglicherweise darin enthaltenen Wertpapieren des Umlaufvermögens wurde als vernachlässigbar angesehen. Ein auf der Aktivseite ausgewiesener Verlust wurde als Teil des Umlaufvermögens, ein auf der Passivseite ausgewiesener als Teil des Eigenkapitals angesehen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen. Unbehobene Dividenden wurden als Verpflichtung zur Auszahlung und somit als Teil des Fremdkapitals gewertet. Wertberichtigungen wurden ebenfalls dem Fremdkapital zugerechnet.

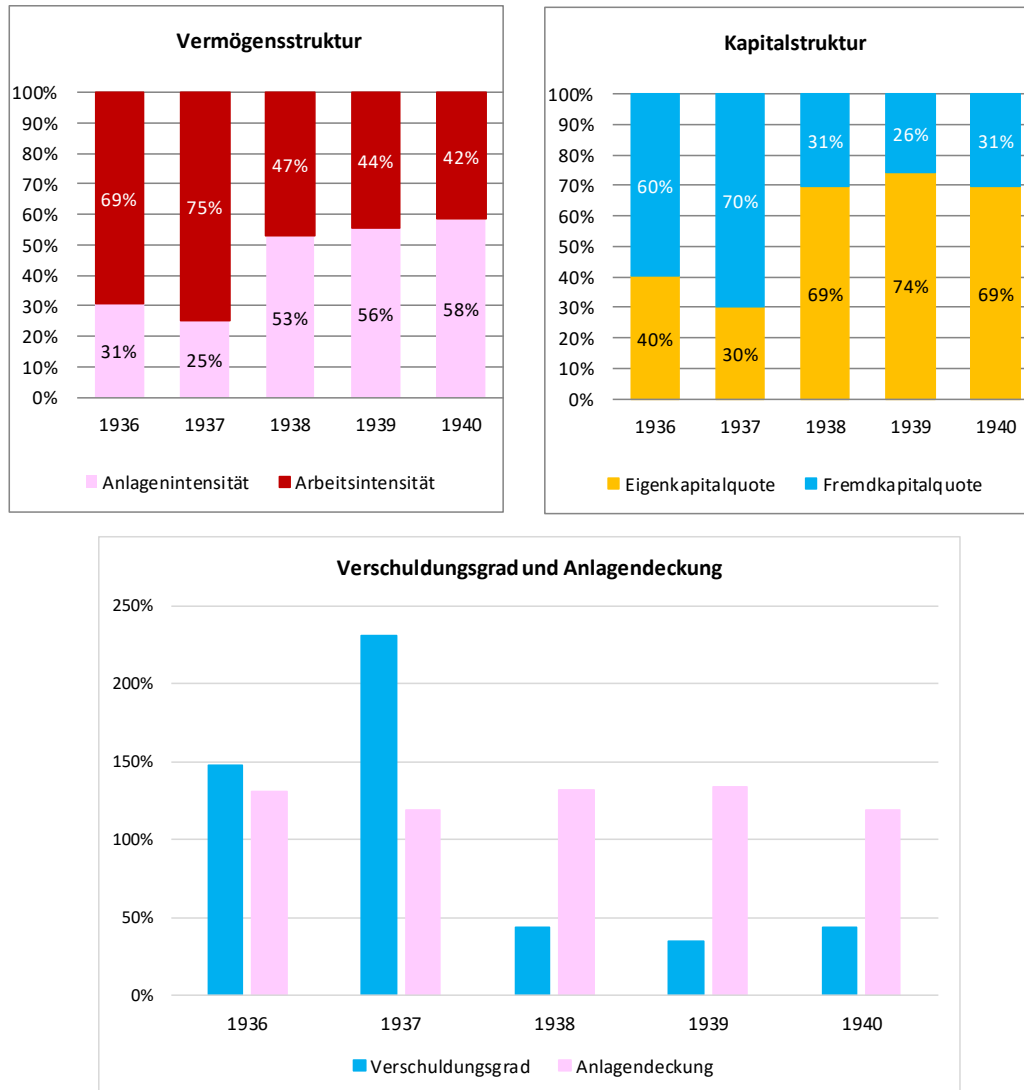
Bei der Bilanzentwicklung ist auffällig, dass es vor dem „Anschluss“ zu einem Anstieg von Umlaufvermögen und Fremdkapital kam, während Anlagevermögen und Eigenkapital sich nur unwesentlich veränderten. Mit dem „Anschluss“ drehte sich dieses Bild. Das Anlagevermögen verdreifachte sich innerhalb eines Jahres und das Eigenkapital konnte sich beinahe vervierfachen. Beide stagnierten jedoch nach dem „Anschluss“, sowohl beim Umlaufvermögen als auch beim Fremdkapital kam es sogar zu einer Reduktion.

Die Bewertungsansätze der RMEB wurden auch bei der Erstellung der offiziellen Bilanz angewandt, wodurch in der Graphik kein wesentlicher Unterschied feststellbar ist. Es ist jedoch ersichtlich, dass die bilanziellen Veränderungen mit den Neubewertungen und Umstellungen im Rahmen der RMEB zusammenhängen.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 60: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	31%	25%	53%	56%	58%
Arbeitsintensität	69%	75%	47%	44%	42%
Eigenkapitalquote	40%	30%	69%	74%	69%
Fremdkapitalquote	60%	70%	31%	26%	31%
Verschuldungsgrad	148%	231%	44%	34%	44%
Anlagendeckung	131%	119%	132%	134%	119%



Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>919</sup>, Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>920 921</sup>, Bericht über das Jahr 1938<sup>922</sup>, über die RMEB<sup>923</sup> und das Jahr 1939<sup>924</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>919</sup> BArch, R8127/1484, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>920</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich, 1939.

<sup>921</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Ostmark, 1943.

<sup>922</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

Die Bilanzkennzahlen geben ebenfalls ein klares Bild wider. Die Vermögensstruktur verlagerte ihr Gewicht auf das Anlagevermögen, wodurch die Anlagenintensität von 31% im Jahr 1936 auf 58% im Jahr 1940 stieg. Im gleichen Zeitraum stieg auch die Eigenkapitalquote von 40 auf 69%. Als Resultat wurde die Anlagendeckung auf einem recht konstanten Niveau gehalten, der Verschuldungsgrad hingegen bis 1940 deutlich gesenkt.

Beim Fremdkapital kam es zu größeren Umschuldungen. So wurde 1938 ein Hypothekendarlehen durch einen ungesicherten langfristigen Kredit ersetzt, wobei die zur Tilgung des Darlehens notwendigen Mittel vorübergehend durch die Muttergesellschaft *Krupp* in Essen bereitgestellt wurden. Gleichzeitig wurde das Eigenkapital zur Wahrung einer Innenfinanzierungsmöglichkeit durch Zuweisung eines Gewinnanteils von RM 500 Tsd. an einen Anlagen-Erneuerungs- und Erweiterungsfonds anstatt einer Dividendenauszahlung erhöht.<sup>925</sup> Diese Innenfinanzierungsmöglichkeit wurde auch durch Ausnutzung der im Rahmen des „Anschlusses“ erlassenen besonderen steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten (zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs) erweitert. Aus den verfügbaren Mitteln wurden RM 5 Mio. für die Rückzahlung von Bankschulden aufgewendet<sup>926</sup>, wodurch sich die Reduzierung des Fremdkapitals 1939 ergab.

Die umfangreichen Investitionen in das Anlagevermögen und die erfolgten Aufwertungen wurden zum größten Teil durch Eigenkapital und weniger durch Fremdkapital gedeckt, wodurch aber auch der Großteil des Risikos durch das Eigenkapital getragen wurde.

---

<sup>923</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>924</sup> BArch, R8127/1484, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>925</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 5.

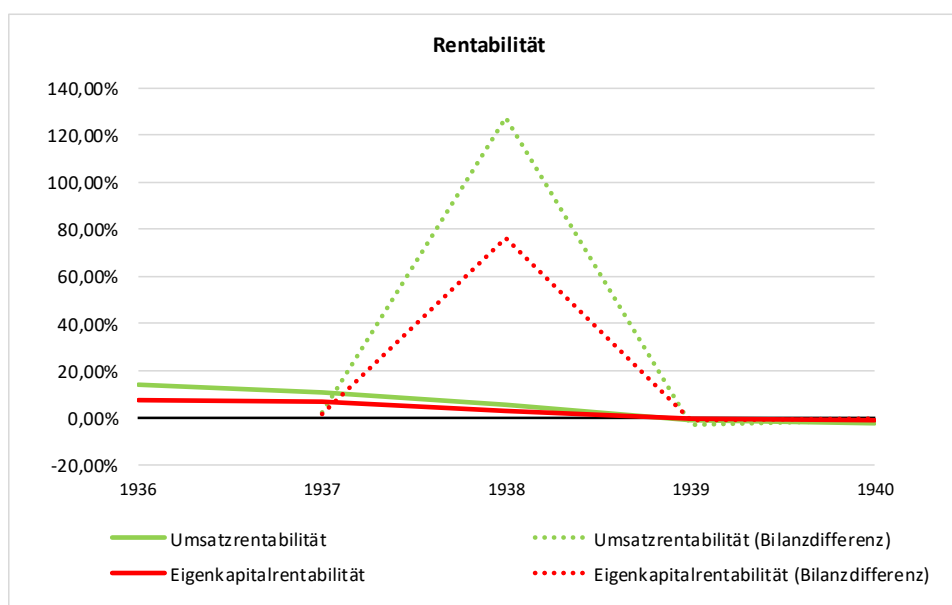
<sup>926</sup> BArch, R8127/1484, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 6–7.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 61: Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	3.681.670,64	4.727.061,33	10.006.562,69	13.075.728,60	9.724.189,00
ausgewiesener Gewinn	514.680,97	494.780,67	523.753,50	- 158.961,19	- 252.978,00
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		108.769,69	12.730.733,15	- 364.171,18	- 94.017,13

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	13,98%	10,47%	5,23%	-1,22%	-2,60%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		2,30%	127,22%	-2,79%	-0,97%
Eigenkapitalrentabilität	7,21%	6,84%	3,13%	-0,61%	-0,97%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		1,50%	76,07%	-1,40%	-0,36%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	6.000.000,00	6.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Dividende in RM	300.000,00	300.000,00	-	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	5%	5%	-	-	-

Quelle: Geschäftsbericht für das Jahr 1936<sup>927</sup>, Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>928 929</sup>, Bericht über das Jahr 1938<sup>930</sup>,  
über die RMEB <sup>931</sup> und über das Jahr 1939<sup>932</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>927</sup> BArch, R8127/1484, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>928</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich, 1939.

<sup>929</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Ostmark, 1943.

<sup>930</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>931</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Erträge betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitätskennzahlen berücksichtigt.

Der Umsatz konnte von 1937 auf 1938 mehr als verdoppelt werden und auch 1939 noch um 30% ansteigen, bevor dieser 1940 um 37% einbrach. Hingegen blieb der ausgewiesene Gewinn bis 1938 recht konstant, für 1939 und 1940 wurde dann jeweils ein Verlust verbucht.

Die Rentabilitätsentwicklung auf Basis der Bilanzdifferenz zeigt im Jahr 1938 einen massiven Ausschlag, der im Zusammenhang mit den Neubewertungen im Rahmen der Erstellung der RMEB steht. Das Anlagevermögen wurde dabei um mehr als RM 12 Mio., das Umlaufvermögen um weitere RM 2,5 Mio. erhöht. Diese Erhöhungen schlug sich auf der Passivseite im Aktienkapital und in den Rücklagen positiv nieder.<sup>933</sup> Dass es sich dabei um einen Einmaleffekt handelt, zeigen die Kennzahlen in den darauffolgenden Jahren. Sowohl 1939 als auch 1940 befinden sich diese unter 0%.

Während die *Berndorfer* 1936 und 1937 noch jeweils Dividenden im Ausmaß von 5% des Aktien-/Grundkapitals ausschüttete, wurden ab 1938 keine Dividenden mehr ausbezahlt. Dies dürfte einerseits einem erhöhten Eigenbedarf an finanziellen Mitteln, andererseits den ab 1939 ausgewiesenen Verlusten geschuldet gewesen sein.

#### **4.3.7. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft**

Die AEG mit Hauptsitz in Wien befand sich zur Zeit des „Anschlusses“ zu 95,6% im Besitz der *AEG Berlin*. Sie war vorwiegend auf die Produktion von elektrischen Maschinen, Apparaten und Anlagen und die Ausrüstung elektrischer Bahnen spezialisiert.<sup>934</sup>

Das Jahr 1936 hatte sich zwar einigermaßen befriedigend entwickelt, blieb in Summe jedoch unter den Erwartungen.<sup>935</sup> Mit 1937 stieg die Nachfrage der Industrie nach elektrischen

---

<sup>932</sup> BArch, R8127/1484, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG.

<sup>933</sup> BA-A, CA-IB Krupp 41/01, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., S. 19.

<sup>934</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 2.

<sup>935</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 924.

Anlagen, wobei nicht nur die Inlands-, sondern auch die Auslandsnachfrage anstieg.<sup>936</sup> Zu den KundInnen zählten u.a. die Firma *Berndorfer* mit einem Auftrag für eine Kohlenstaubfeuerungsanlage und die Firma *Böhler* mit der Bestellung von Elektroöfen, Schaltanlagen und Kranausrüstung.<sup>937</sup> Weitere KundInnen waren die *Reichswerke Hermann Göring* und *Schoeller Bleckmann*.<sup>938</sup> Vor der Rüstungsproduktion fertigte die AEG unter anderem Apparate für elektrische Beleuchtung, den Bahnbetrieb und elektrische Kraftanlagen.<sup>939</sup>

Ende 1936 beschäftigte das Unternehmen 577 ArbeiterInnen und Angestellte, per 30. Juni 1938 konnte bereits ein Beschäftigtenstand von 1.385 gezählt werden.<sup>940</sup>

---

<sup>936</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 875.

<sup>937</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 17.

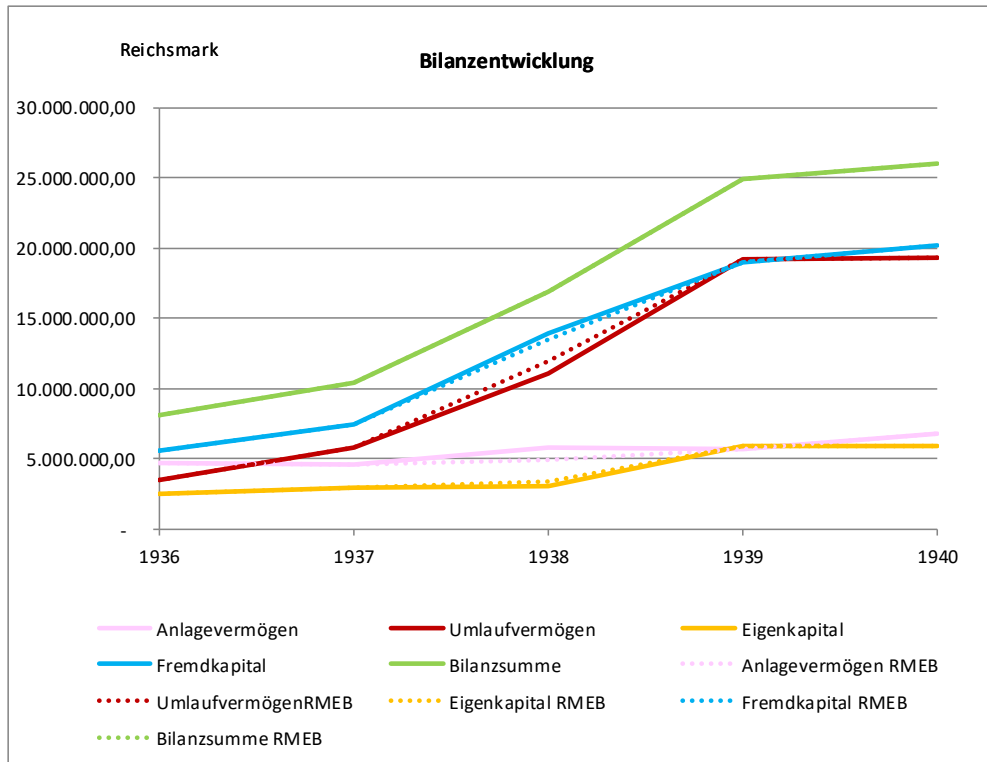
<sup>938</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Anhang Blatt 14.

<sup>939</sup> Mathis 1987: Big Business in Österreich., S. 17.

<sup>940</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 20.

Abbildung 62: AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	4.702.010,00	4.589.185,00	5.817.576,00	5.724.540,32	6.784.001,00
Umlaufvermögen	3.449.301,33	5.815.544,87	11.085.575,00	19.183.463,88	19.262.504,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.151.311,33</b>	<b>10.404.729,87</b>	<b>16.903.151,00</b>	<b>24.908.004,20</b>	<b>26.046.505,00</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	2.533.333,33	2.921.632,57	3.013.233,00	5.894.381,53	5.894.381,00
Fremdkapital	5.617.978,00	7.483.097,29	13.889.918,00	19.013.622,67	20.152.124,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>8.151.311,33</b>	<b>10.404.729,87</b>	<b>16.903.151,00</b>	<b>24.908.004,20</b>	<b>26.046.505,00</b>



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>941 942 943 944 945</sup>, Bericht über das Jahr 1937<sup>946</sup>,  
die RMEB<sup>947</sup> und das Jahr 1939<sup>948</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>941</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 924.

<sup>942</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S..

<sup>943</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 727.

<sup>944</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942. S. 761.

<sup>945</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1943. S. 762.

<sup>946</sup> BAArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. (Bilanz).

<sup>947</sup> BAArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.

<sup>948</sup> BAArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.



Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten Kautionen, Effekten, Beteiligungen, Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Werkzeuge, Utensilien, Inventar und Anzahlungen auf neue Anlagen und Maschinen zusammen. Die Posten Kautionen und Effekten und Wertpapiere wurden, sofern nicht explizit im Umlaufvermögen angeführt, für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt. Eine Unschärfe z.B. infolge von möglicherweise darin enthaltenen Wertpapieren des Umlaufvermögens wurde als vernachlässigbar angesehen. Der Hauptteil entfiel, etwa 1938, auf Reichsschatzanweisungen<sup>949</sup>.

Beim Posten Anlagen in Arbeit handelt es sich um von KundInnen in Auftrag gegebenen Anlagenbau und somit um Umlaufvermögen. Ein ausgewiesener Verlust wurde als Teil des Umlaufvermögens angesehen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen und Gewinn (inkl. Vortrag) zusammen. Der im Jahr 1936 ausgewiesene Posten Dividendenkonto wurde als Verpflichtung zur Auszahlung und somit als Teil des Fremdkapitals gewertet. Die Wertberichtigungen wurden ebenfalls dem Fremdkapital zugerechnet.

Die Bilanzwerte zeigen bereits ab dem Jahr 1937 einen leichten und ab dem Jahr 1938 einen deutlich zunehmenden Anstieg, der auch 1939 noch anhält und sich 1940 abflacht. Die RMEB beinhaltet im Vergleich zur ausgewiesenen Bilanz 1938 nur unwesentliche Veränderungen. Vermögen und Kapital wurden bereits 1937 durch die *DRT-AG* neu bewertet, wobei u.a. bis dato abgeschriebene Anlagen auf- und Gebäude abgewertet wurden. Vor allem die gleichzeitige Umstellung auf Reichsmark erbrachte einen Umrechnungsgewinn von ca. RM 530 Tsd., welcher sich positiv auf das Ergebnis auswirkte.<sup>950</sup>

Von 1937 bis 1939 sind alle Bilanzwerte sichtbar angestiegen, von 1936 bis 1940 gerechnet konnten das Umlaufvermögen um mehr als 458% und das Fremdkapital um 259% zulegen.

Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, stieg das Anlagevermögen um 24%, danach ab der RMEB um 37%. Beim Umlaufvermögen waren es

---

<sup>949</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 10.

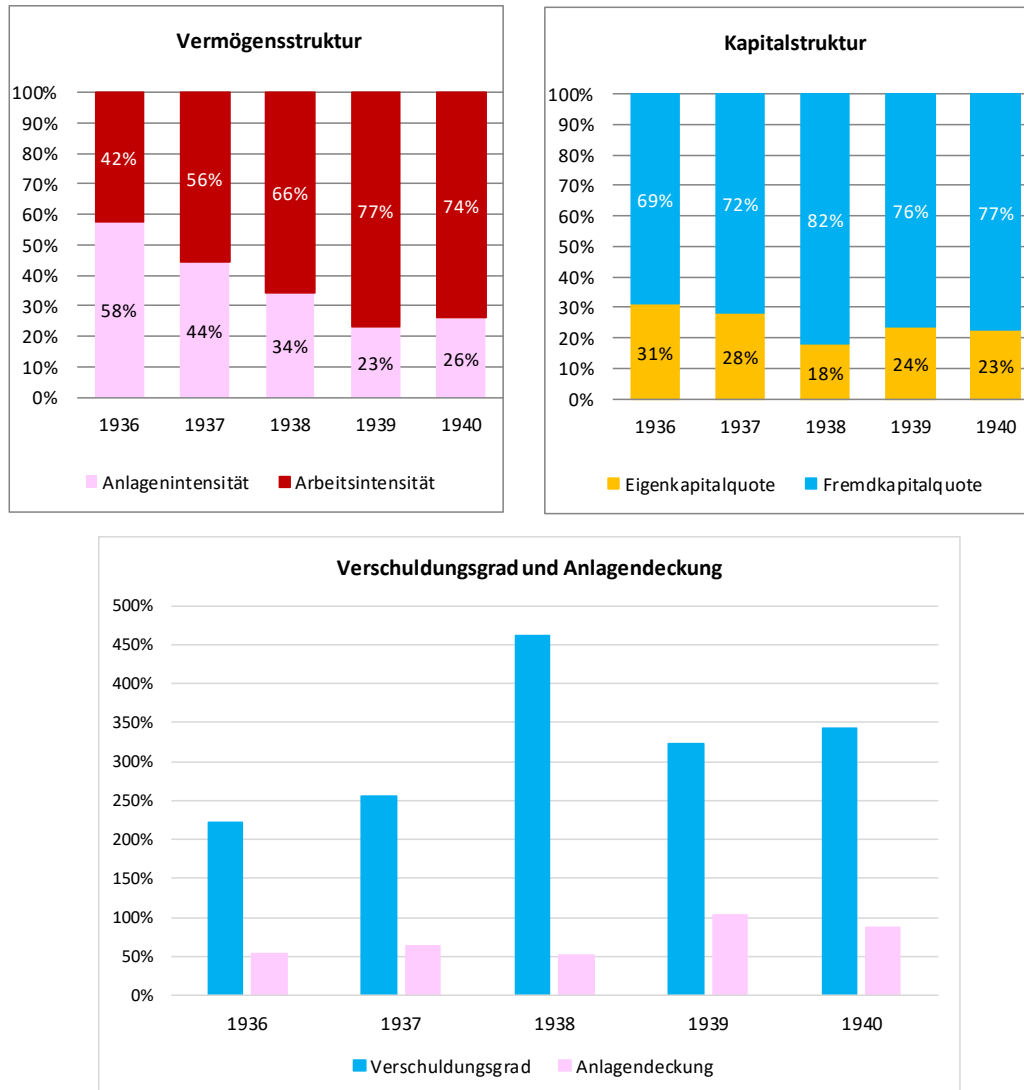
<sup>950</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 10.

221% bzw. 62%, beim Eigenkapital 19% bzw. 72%, beim Fremdkapital 147% bzw. 50% und bei der Bilanzsumme 107% bzw. 55%. Damit lässt sich ein größerer Anstieg vor der RMEB bei Umlaufvermögen, Fremdkapital und Bilanzsumme, ein größerer Anstieg nach der RMEB bei Anlagevermögen und Eigenkapital erkennen.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 63: AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	58%	44%	34%	23%	26%
Arbeitsintensität	42%	56%	66%	77%	74%
Eigenkapitalquote	31%	28%	18%	24%	23%
Fremdkapitalquote	69%	72%	82%	76%	77%
Verschuldungsgrad	222%	256%	461%	323%	342%
Anlagendeckung	54%	64%	52%	103%	87%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>951 952 953 954 955</sup>, Prüfbericht über das Jahr 1937<sup>956</sup>, die RMEB<sup>957</sup> und das Jahr 1939<sup>958</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>951</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 924.

<sup>952</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S..

<sup>953</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 727.

<sup>954</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942. S. 761.

<sup>955</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1943. S. 762.

Bei der Vermögensstruktur fällt die Zunahme des Anteils des Umlaufvermögens von 42% im Jahr 1936 auf 74% im Jahr 1940 auf. Im gleichen Zeitraum kam es auch zu einer Abnahme des Eigenkapitalanteils von ursprünglich 31 auf 23%. Der Verschuldungsgrad erhöhte sich zwar von 1937 auf 1938, nahm aber in den Folgejahre wieder deutlich ab. Die Anlagendeckung blieb durchgehend, abgesehen von einer kurzfristigen Steigerung 1939, auf einem niedrigen Niveau zwischen 52 und 87%.

1937 stellte das Unternehmen einen Finanzierungsplan mit einer Gesamtsumme von ca. RM 6 Mio. auf. Davon sollten RM 2 Mio. auf die Erweiterung von bereits veralteten oder der Anschaffung von neuen Betriebsanlagen, etwa auf Betriebsanlagen wie Werkzeugmaschinen oder soziale Einrichtungen wie Kantine und Schulwerkstätten, der Hauptanteil mit RM 4 Mio. jedoch auf die Erweiterung der Betriebsmittel entfallen. Dieser Betriebsmittelkredit sollte es ermöglichen, die hohen Zuliefermengen für eine erweiterte Produktion infolge der erwarteten Ausdehnung der Auftragslage vorzufinanzieren.<sup>959</sup> Er wurde schließlich von der *Deutschen Bau- und Boden-Bank AG* zur Verfügung gestellt.<sup>960</sup> Zudem bestand Fremdkapital durch ausgegebenen Obligationsanleihen und 1937 wurde u.a. durch den Mutterkonzern Eigenkapital in Form von Krediten zur Verfügung gestellt.<sup>961</sup>

Hauptträger der Entwicklung des Umlaufvermögens bis 1939 waren die Erhöhung der Vorräte und eine Steigerung der Forderungen, jeweils eine Folge des erhöhten Auftragsstands. Gleichzeitig stieg auf der Passivseite das Fremdkapital in Form von zusätzlichen Bankkrediten und hohen Anzahlungen durch KundInnen (ca. RM 3,5 Mio.). Zu den Bankkrediten zählte

---

<sup>956</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. (Bilanz).

<sup>957</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.

<sup>958</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.

<sup>959</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blätter 16-17.

<sup>960</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 20.

<sup>961</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 11.

neben einem reichsverbürgten Investitionskredit durch ein Bankenkonsortium (ca. RM 1,5 Mio.) auch ein Kredit der *Deutschen Industriebank* (ca. RM 500 Tsd.)<sup>962</sup>

Bei den Eigenmitteln kam es 1939 zu einer Erhöhung des Grund- bzw. Aktienkapitals von RM 2,533 Mio. auf RM 5 Mio. durch die Muttergesellschaft, bei gleichzeitiger Gegenverrechnung bestehender Forderungen.<sup>963</sup>

Daraus lässt sich ableiten, dass der relativ hohe Anteil an Fremdkapital hauptsächlich für die Erweiterung des Umlaufvermögens herangezogen wurde. Allein im Jahr 1940 entfielen von den RM 16 Mio. an Umlaufvermögen mehr als RM 8 Mio. auf Rohstoffe, Halbfertige Erzeugnisse und Waren und RM 7 Mio. auf Forderungen aus Warenlieferungen, Leistungen. Der Schwerpunkt lag somit nicht auf einer Erweiterung der Produktionsanlagen, sondern auf der Abwicklung der steigenden Auftragslage.

---

<sup>962</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 17.

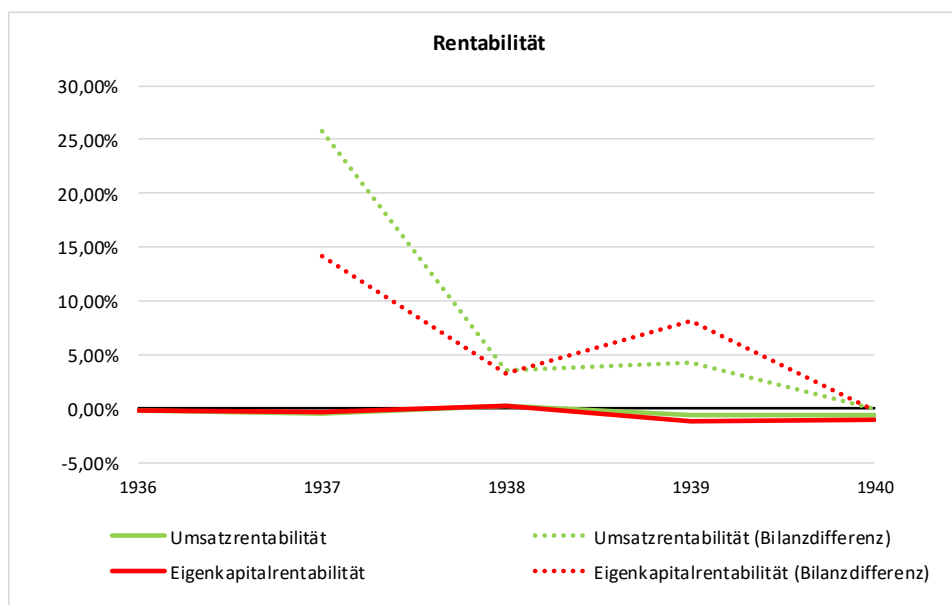
<sup>963</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. Blatt 3.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 64 AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	1.599.877,33	1.494.478,00	2.781.508,00	8.463.982,19	11.506.130,00
ausgewiesener Gewinn	- 2.734,00	- 6.227,33	6.343,00	- 52.304,31	- 58.438,00
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		384.805,85	97.828,15	362.177,22	- 6.134,22

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	-0,17%	-0,42%	0,23%	-0,62%	-0,51%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		25,75%	3,52%	4,28%	-0,05%
Eigenkapitalrentabilität	-0,11%	-0,23%	0,21%	-1,17%	-0,99%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		14,11%	3,30%	8,13%	-0,10%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	2.533.333,33	2.533.333,33	2.533.333,00	5.000.000,00	5.000.000,00
Dividende in RM	-	-	-	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	0%	0%	0%	0%	0%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>964 965 966 967 968</sup>, Prüfbericht über das Jahr 1937<sup>969</sup>,  
die RMEB<sup>970</sup> und das Jahr 1939<sup>971</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>964</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 924.

<sup>965</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S..

<sup>966</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 727.

<sup>967</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942. S. 761.

<sup>968</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1943. S. 762.

<sup>969</sup> BArch, R8135/9132, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft. (Bilanz).

<sup>970</sup> BArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.

Als Umsatz wurde der ausgewiesene Bruttogewinn, der Übertrag vom Obligationen-Anleihekonto, der Ausweisungspflichtige Rohüberschuß und die Erträge betrachtet. Sofern ein Verlustvortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Da laut Bilanzen nur Verluste oder ein niedriger Gewinn erwirtschaftet wurde, bewegen sich die jeweiligen Kennzahlen um 0%, und dass obwohl der Umsatz deutlich von RM 1,6 Mio. im Jahr 1936 um mehr als 600% auf RM 11,5 Mio. im Jahr 1940 gesteigert werden konnte.

Bei der Variante des Bilanzvergleichs unter Berücksichtigung der Veränderung von Reserven und Rücklagen ergibt sich, zumindest für die Jahre 1937-1939, ein anderes Bild. Hier kam es durch die frühzeitige Neubewertungen im Jahr 1937 zu einer Zunahme der Rücklagen, welche 1938 zum Teil wieder berichtigt wurden, bevor diese 1939 wieder leicht zunahmen. 1940 kam es zu keiner Änderung der Rücklagen, weshalb hier die Resultate beider Varianten annähernd gleich unter 0 sind. Diese Entwicklung spiegelt sich auch in den durchgehend ausgebliebenen Dividendenzahlungen wider.

#### **4.3.8. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG**

Der Hauptsitz des Unternehmens lag in Wien mit Fabriken in Wien, Bruck an der Mur und Diemlach.<sup>972</sup> Haupteigentümerin war die *Felten & Guillaume Carlswerk AG* in Köln-Mühlheim.<sup>973</sup> Zu den Hauptprodukten zählten Stark- und Schwachstromkabel, isoliertes Leitungsmaterial, Isolierrohre, Kupfer-, Bronze- und Aluminiumdrähte und Seile, Stab- und Bandeisen.<sup>974</sup> Zu den KundInnen zählten ab dem „Anschluss“ neben dem Reichsverkehrsministerium als Hauptabnehmer die deutsche Luftwaffe und das Oberkommando des Heeres in Berlin.<sup>975</sup>

Der trotz Preisreduktionen gestiegene Umsatz und die damit verbundene anhaltend steigende Nachfrage machte 1938 einige Investitionen in Bauten und technische Einrichtungen

---

<sup>971</sup> BAArch, R8135/9132, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft.

<sup>972</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S 928.

<sup>973</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 732.

<sup>974</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 881.

<sup>975</sup> BAArch, R8135/9341, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG. Blatt 27.

notwendig.<sup>976</sup> Zu diesen zählten u.a. Maschinen der *AEG-Union*. Dem folgend wurden auch weitgehende Rationalisierungsmaßnahmen durchgeführt, die mit einigem außerordentlichen Aufwand verbunden waren,<sup>977</sup> jedoch bis Ende 1940 nicht vollständig umgesetzt werden konnten.<sup>978</sup> Der Personalstand 1936 betrug 1.500<sup>979</sup>, 1937 bereits 2.200<sup>980</sup> und erhöhte sich bis 1939 auf 2.537.<sup>981</sup>

---

<sup>976</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 732.

<sup>977</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG Blatt 9.

<sup>978</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 767.

<sup>979</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 929.

<sup>980</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 881.

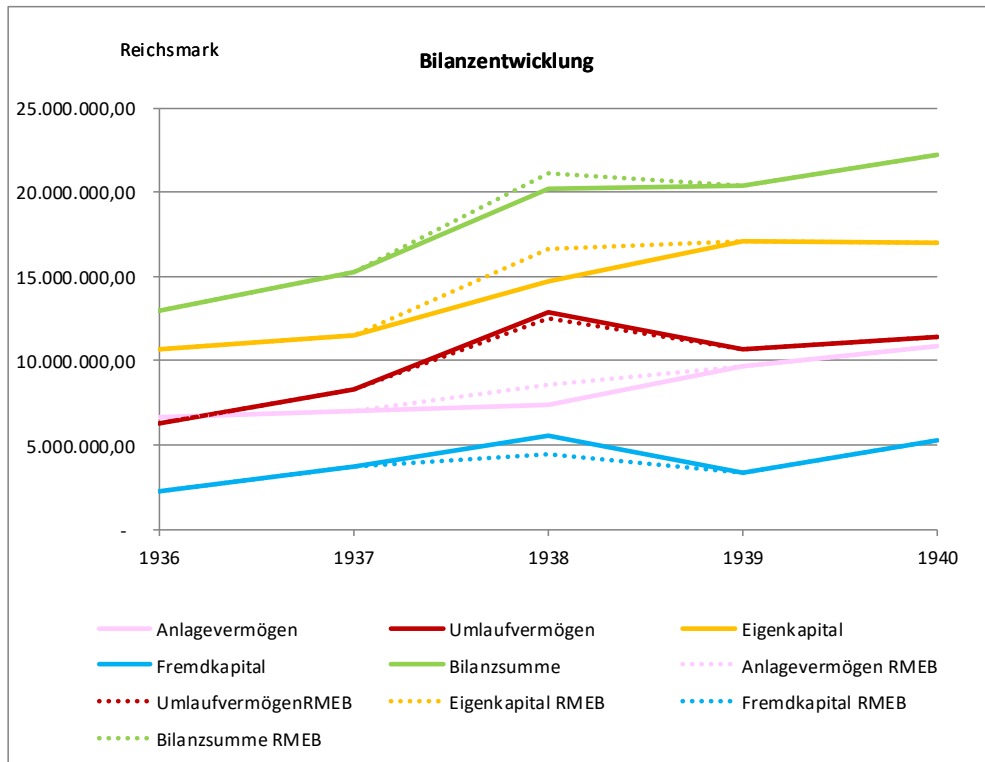
<sup>981</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG Blatt 4.



## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 65: Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	6.687.932,00	7.022.642,00	7.365.763,00	9.716.250,81	10.864.221,00
Umlaufvermögen	6.279.698,67	8.259.803,33	12.872.052,00	10.667.422,68	11.377.581,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.967.630,67</b>	<b>15.282.445,33</b>	<b>20.237.815,00</b>	<b>20.383.673,49</b>	<b>22.241.802,00</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	10.697.772,67	11.522.885,33	14.679.277,00	17.063.752,27	16.983.969,00
Fremdkapital	2.269.858,00	3.759.560,00	5.558.538,00	3.319.921,22	5.257.833,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.967.630,67</b>	<b>15.282.445,33</b>	<b>20.237.815,00</b>	<b>20.383.673,49</b>	<b>22.241.802,00</b>



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>982 983 984 985</sup>, Bericht über die RMEB<sup>986</sup>  
und das Jahr 1939<sup>987</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus Posten wie Grundstücke, Gebäude, Maschinen und Anlagen, Wasserkraft, Werkzeuge und

<sup>982</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 930.

<sup>983</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 881-882.

<sup>984</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 733.

<sup>985</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 767-768.

<sup>986</sup> BArch, R8135/9341, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

<sup>987</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

Utensilien, Inventar, Geleise-Anlagen, Patente, Modelle, Mobilien, Beteiligungen, Anzahlungen auf Anlagen und Trommelkonto/Trommeln und Spulen zusammen. Die Posten Effekten, Kautionen und Wertpapiere wurde für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt, sofern nicht eine eigene Differenzierung zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens explizit ausgewiesen war. Eine Unschärfe durch die Zuordnung möglicher Wertpapiere des Umlaufvermögens zum Anlagevermögen wurde als vernachlässigbar angesehen.

Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Rücklagen, Gewinnvorträge und (Rein-)Gewinne zusammen. Da es sich bei den Werkerneuerungsfonds um freiwillige Einzahlungen handelte und das Unternehmen Kontrolle über diese Fonds besaß, wurden diese ebenfalls dem Eigenkapital zugerechnet. Hingegen wurden die Wohlfahrtsfonds, die später in die Wiener Felten-Stiftung umgewandelt wurden<sup>988</sup>, als Rückstellungen angesehen und dem Fremdkapital zugerechnet. Wertberichtigungen wurden ebenfalls als Fremdkapital angesehen.

Im Wesentlichen zeigen die Bilanzwerte einen steigenden Verlauf. 1938 kam es zu einer verhältnismäßig hohen Zunahme des Umlaufvermögens, bedingt durch gestiegene Vorräte und Forderungen, was allerdings einen Einmaleffekt darstellte. Die Neubewertung im Rahmen der RMEB betraf vorwiegend das Anlagevermögen, welches um ca. RM 2,2 Mio. aufgewertet wurde. Von 1936 bis 1940 nahm das Anlagevermögen um 62%, das Umlaufvermögen um 81%, das Eigenkapital um 59%, das Fremdkapital um 132% und die Bilanzsumme um 72% zu. Beim Vergleich des Zeitraums vor der Erstellung der RMEB (bis ausgewiesener Bilanz 1938) und jenem von der RMEB bis 1940 ergeben sich folgende Veränderungen: Anlagevermögen 10% bzw. 27%, Umlaufvermögen 105% bzw. -9%, Eigenkapital 37% bzw. 2%, Fremdkapital 145% bzw. 18% und Bilanzsumme 56% bzw. 5%. Aus diesen Werten ist abzulesen, dass alle Bilanzwerte, außer dem Anlagevermögen, in der Zeit vor der RMEB höher anstiegen als danach und aus diesen Ergebnissen abgeleitet die wirtschaftliche Lage des Unternehmens sich leicht verbesserte, jedoch keinen wesentlichen Impuls durch den „Anschluss“ bekam.

---

<sup>988</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG Blatt 29.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 66: Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	52%	46%	36%	48%	49%
Arbeitsintensität	48%	54%	64%	52%	51%
Eigenkapitalquote	82%	75%	73%	84%	76%
Fremdkapitalquote	18%	25%	27%	16%	24%
Verschuldungsgrad	21%	33%	38%	19%	31%
Anlagendeckung	160%	164%	199%	176%	156%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>989 990 991 992</sup>, Bericht über die RMEB<sup>993</sup>  
und das Jahr 1939<sup>994</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>989</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 930.

<sup>990</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 881-882.

<sup>991</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 733.

<sup>992</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 767-768.

<sup>993</sup> BAArch, R8135/9341, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

Aus den Bilanzkennzahlen ist eine wirtschaftliche Stabilität erkennbar. Die Anlagenintensität schwankte im Zeitverlauf etwas, erreichte aber 1940 mit 49% in etwa den Wert aus 1936 (52%). Die Eigenkapitalquote blieb durchgehend auf hohem Niveau und fiel nur von 82% 1936 auf 76% 1940. Der Verschuldungsgrad erreichte dabei maximal 31% und die Anlagen waren durchgehend zu mindestens 156% durch das Eigenkapital gedeckt. Bei durchgehender Überdeckung des Anlagevermögens lag somit das Unternehmensrisiko mehr auf Seiten der Eigentümerin als bei FremdkapitalgeberInnen, zumal zwischen RMEB und 1940 weder die Bankschulden (plus RM 945 Tsd.) noch die Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen bzw. aus Anzahlungen von KundInnen (plus RM 290 Tsd.) verhältnismäßig stark anstiegen. Dabei spielten aber auch die Konzernverbindlichkeiten keine wesentliche Rolle.

---

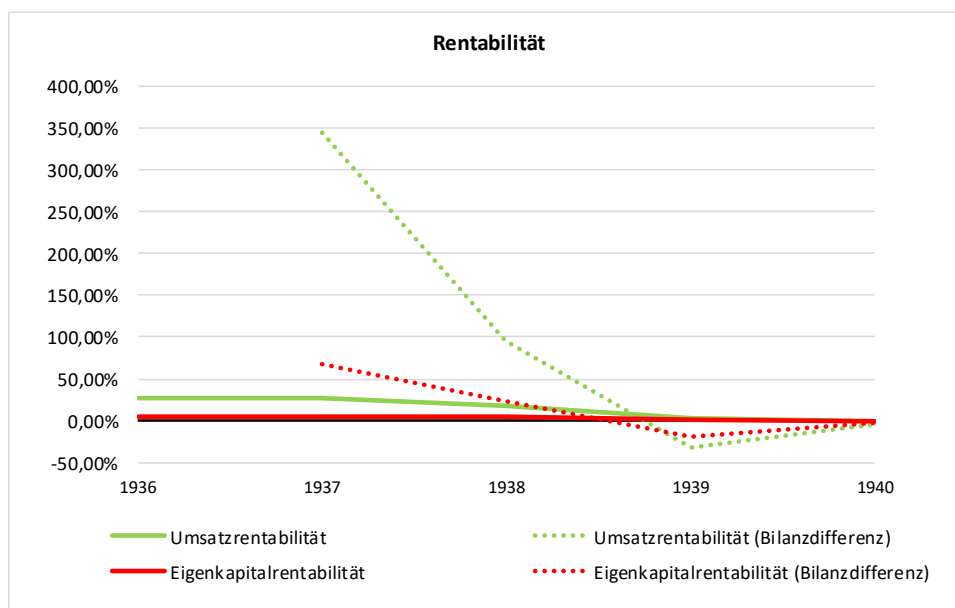
<sup>994</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 67: Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	1.636.759,33	2.205.765,33	3.310.993,00	9.722.750,71	8.940.391,00
ausgewiesener Gewinn	448.386,67	608.284,00	615.514,00	267.865,40	217,00
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		7.576.564,00	3.148.935,67	- 3.029.487,60	- 347.648,40

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	27,39%	27,58%	18,59%	2,76%	0,00%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		343,49%	95,11%	-31,16%	-3,89%
Eigenkapitalrentabilität	4,19%	5,47%	4,70%	1,69%	0,00%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		68,19%	24,04%	-19,09%	-2,04%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	6.750.000,00	6.750.000,00	6.750.000,00	12.150.000,00	12.150.000,00
Dividende in RM	405.000,00	540.000,00	540.000,00	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	6%	8%	8%	0%	0%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>995 996 997 998</sup>, Bericht über die RMEB<sup>999</sup>

und das Jahr 1939<sup>1000</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>995</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 930.

<sup>996</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 881-882.

<sup>997</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 733.

<sup>998</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 767-768.

<sup>999</sup> BArch, R8135/9341, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

<sup>1000</sup> BArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG.

Als Umsatz wurden die Posten Bruttogewinn und Zinsen und die jeweiligen Ertragsposten betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt.

Anders als die Bilanzwerte nahm der Umsatz, der bereits vor dem „Anschluss“ eine aufsteigende Tendenz aufwies, ab 1939 sprunghaft zu. Zwischen 1938 und 1940 konnte dieser um 170% erhöht werden, zwischen 1936 und 1940 waren es 446%. Der ausgewiesene Gewinn hingegen konnte nur bis 1938 gesteigert werden, in den Folgejahren ging dieser bis auf annähernd 0 zurück. Der aus der Bilanzdifferenz errechnete Gewinn unterlag einer hohen Reduktion, welche eine Folge der Neubewertungen gewesen sein durfte, und pendelte sich 1940 bei einem Minus von RM 458 Tsd. ein. Zumindest der für 1939 ausgewiesene Gewinn war durch die für die Österreich geltende Sonderabschreibung in Höhe von ca. RM 1,4 Mio. beeinflusst.<sup>1001</sup>

Die Rentabilitätskennzahlen zeigen von anfangs sehr hohen Werten einen durchgehenden Abwärtstrend und erreichen 1940 0% (auf Basis der ausgewiesenen Werte) bzw. einstellige Minuswerte (auf Basis der Bilanzdifferenz). Mit dem Einsatz des Eigenkapitals konnte somit kein Verdienst erzielt werden.

Parallel mit diesen Werten nahmen auch die Dividendenzahlungen ab. Wurden 1936 noch 6% und 1937 bzw. 1938 jeweils 8% des Aktien-/Grundkapitals ausgeschüttet, unterblieben Dividendenzahlung in den Jahren 1939 und 1940 gänzlich.

#### **4.3.9. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG**

Die *Carbidwerk Deutsch-Matrei AG* hatte ihren Sitz in Wien und war mit ihren Fabriken in Deutsch-Matrei am Brenner und Brückl in Kärnten auf die Produktion von Chemikalien wie Ferrosilicium, Chlorkalk, flüssiges Chlor, Ätznatron, Ätzkali, Kaliumchlorat, Chlorcalcium, Ätzsublimat, Trichloräthylen, Tetrachloräthan und Tetrachlorkohlenstoff ausgerichtet. Die

---

<sup>1001</sup> BAArch, R8135/9411, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG Balzt 8.

Aktienmehrheit lag bei der *Österreichischen Dynamit Nobel AG*.<sup>1002</sup> Diese ging 1938 auf die *IG Farbenindustrie AG* über.<sup>1003</sup>

Für das Geschäftsjahr 1940 wurde von der *Carbidwerk Deutsch-Matrei AG* kein Geschäftsbericht veröffentlicht, da die Unternehmensführung gänzlich auf die (von der *IG Farbenindustrie AG* gegründeten) *Donau-Chemie AG* überging,<sup>1004</sup> nachdem sie zuvor bereits mit der *Österreichischen Kunstdünger-, Schwefelsäure- und chemische Fabrik AG* verschmolzen wurde.<sup>1005</sup>

Das Unternehmen hatte 1938 Schwierigkeiten die Preisangleichungen an das Altreich zu kompensieren, was erst im Geschäftsjahr 1939 befriedigend gelang, wenn auch beeinflusst durch den Rohstoffmangel infolge des Kriegsausbruchs. Mit der Eingliederung in die *Donau-Chemie AG* wurde aber ein umfangreiches Rationalisierungsprogramm gestartet.<sup>1006</sup>

Per 31.12.1939 waren bei dem Unternehmen 301 Personen beschäftigt.<sup>1007</sup>

---

<sup>1002</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 811-812.

<sup>1003</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 3.

<sup>1004</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. S. 606.

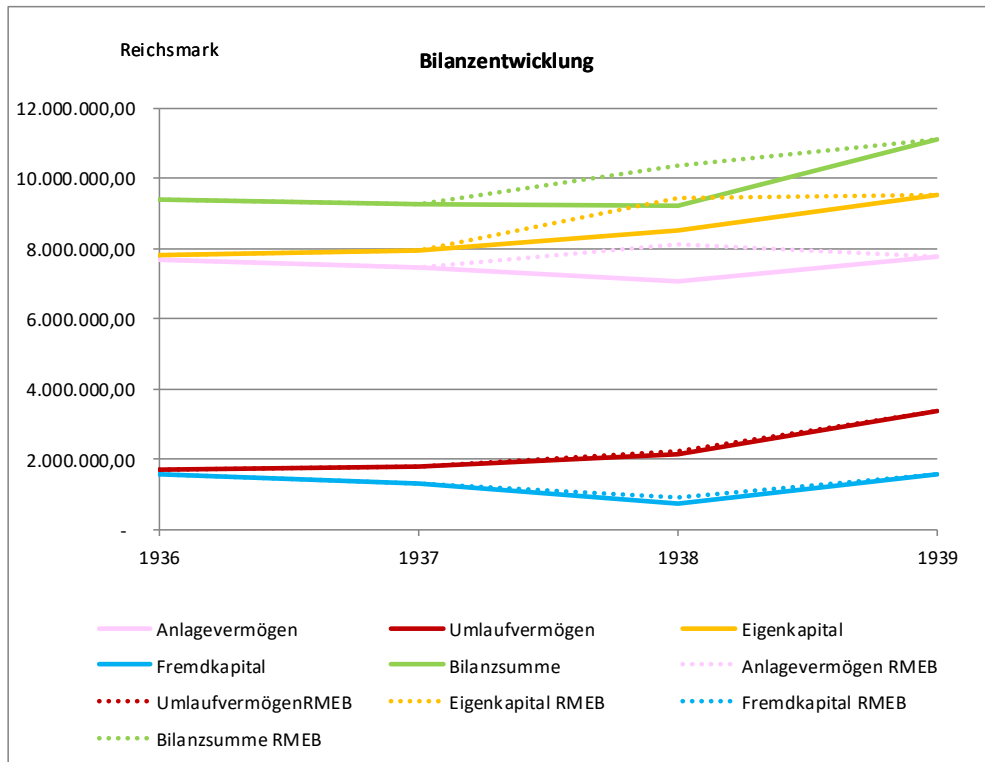
<sup>1005</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 4.

<sup>1006</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 6.

<sup>1007</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 3.

Abbildung 68: Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	7.686.096,67	7.457.583,33	7.077.624,00	7.742.818,20	-
Umlaufvermögen	1.694.588,67	1.801.888,00	2.148.025,00	3.361.860,68	-
<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.380.685,33</b>	<b>9.259.471,33</b>	<b>9.225.649,00</b>	<b>11.104.678,88</b>	-
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	7.823.114,00	7.938.570,00	8.507.399,00	9.537.623,04	-
Fremdkapital	1.557.571,33	1.320.901,33	718.250,00	1.567.055,84	-
<b>Bilanzsumme</b>	<b>9.380.685,33</b>	<b>9.259.471,33</b>	<b>9.225.649,00</b>	<b>11.104.678,88</b>	-



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1008 1009 1010</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1011</sup>  
und das Jahr 1939<sup>1012</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten wie Beteiligungen, Grundstücke, Gebäude, Maschinen, Investitionen, Immobilien, Mobilien, Werkzeuge, Land- und Forstbesitz, Kohlenbergbau, Grubensubstanz, Neuanlagen,

<sup>1008</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 811-812.

<sup>1009</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 758-759.

<sup>1010</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 635.

<sup>1011</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.

<sup>1012</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.



Konzessionen und Beteiligungen zusammen. Der Posten Effekten wurde, sofern nicht explizit im Umlaufvermögen ausgewiesen, für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt. Im Wesentlichen handelte es sich bei den Wertpapieren um Reichsanleihen<sup>1013</sup> oder Steuergutscheine.<sup>1014</sup> Eine Unschärfe durch die Zuordnung möglicher Wertpapiere des Umlaufvermögens zum Anlagevermögen wurde als vernachlässigbar angesehen.

Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, und den Posten Kapitalreservefonds, Amortisationsfonds, Steuerreserve, Reservefonds, Materialreserve, Sonstige Rücklagen und Reingewinn zusammen. Die Unterstützungsfonds wurden als Rückstellungen und somit als Teil des Fremdkapitals gewertet.

Die Bilanzsumme zeigt eine Steigerung im Jahr 1939, bei den Einzelwerten gibt es jedoch eindeutige Unterschiede. Während sich das Umlaufvermögen gegenüber 1936 in etwa verdoppelte und das Eigenkapital um 22% zugelegt hat, haben Anlagevermögen und Fremdkapital nicht zulegen können und verblieben, nach einem Rückgang 1938, in etwa auf dem Niveau von 1936. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, verringerte sich sogar das Anlagevermögen um 8%, danach ab der RMEB um weitere 5. Das Umlaufvermögen konnte um 27% bzw. 52% zulegen, das Eigenkapital um 9% bzw. 1%, das Fremdkapital reduzierte sich zunächst um 54% und stieg danach um 74% und die Bilanzsumme ging zunächst um 2% zurück, bevor sie um 7% zulegte.

Dies ist auf die geringe Neubewertung des Anlagevermögens und die höhere Neubewertung des Umlaufvermögens bei der Erstellung der RMEB zurückzuführen. Die sich aus dieser Neubewertung ergebenden Reserven wurden verwendet, um das Grundkapital auf RM 8 Mio. aufzustocken und eine gesetzliche Reserve von RM 800 Tsd. bzw. eine freie Rücklage mit RM 650 Tsd. zu bilden.<sup>1015</sup> Somit wurden die Eigen- und die Innenfinanzierungsmöglichkeit gestärkt.

---

<sup>1013</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 25.

<sup>1014</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Anhang Blatt 12.

<sup>1015</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 12.

Von der Erstellung der RMEB bis 1939 kam es zudem zu einem erheblichen Anstieg der Konzernverbindlichkeiten um ca. RM 1 Mio., womit sich das Unternehmen eine zusätzliche Außen- bzw. Eigenfinanzierung sicherte.

Ebenfalls einen erheblichen Effekt hatte die 1939 erfolgte Verschmelzung mit der bisherigen Tochtergesellschaft, der *Österreichischen Kunstdünger-, Schwefelsäure- und Chemische Fabrik AG*, wobei deren Bilanzposten in jenen der *Carbidwerke* aufgingen.<sup>1016</sup>

Zudem unterblieben größere Investitionen, weshalb das Anlagevermögen auch nicht erheblich anstieg. Die Neuinvestitionen 1939 erreichten nicht einmal die Abschreibungshöhe, und dass, obwohl eine Sonderabschreibung auf stillgelegte Werksbereiche nicht durchgeführt wurde. Für die Angestellten wurden dennoch in Jahren 1938 und 1939 einige Investitionen in Wohngebäude und eine Erweiterung von Fabrikgebäuden durchgeführt.<sup>1017</sup>

---

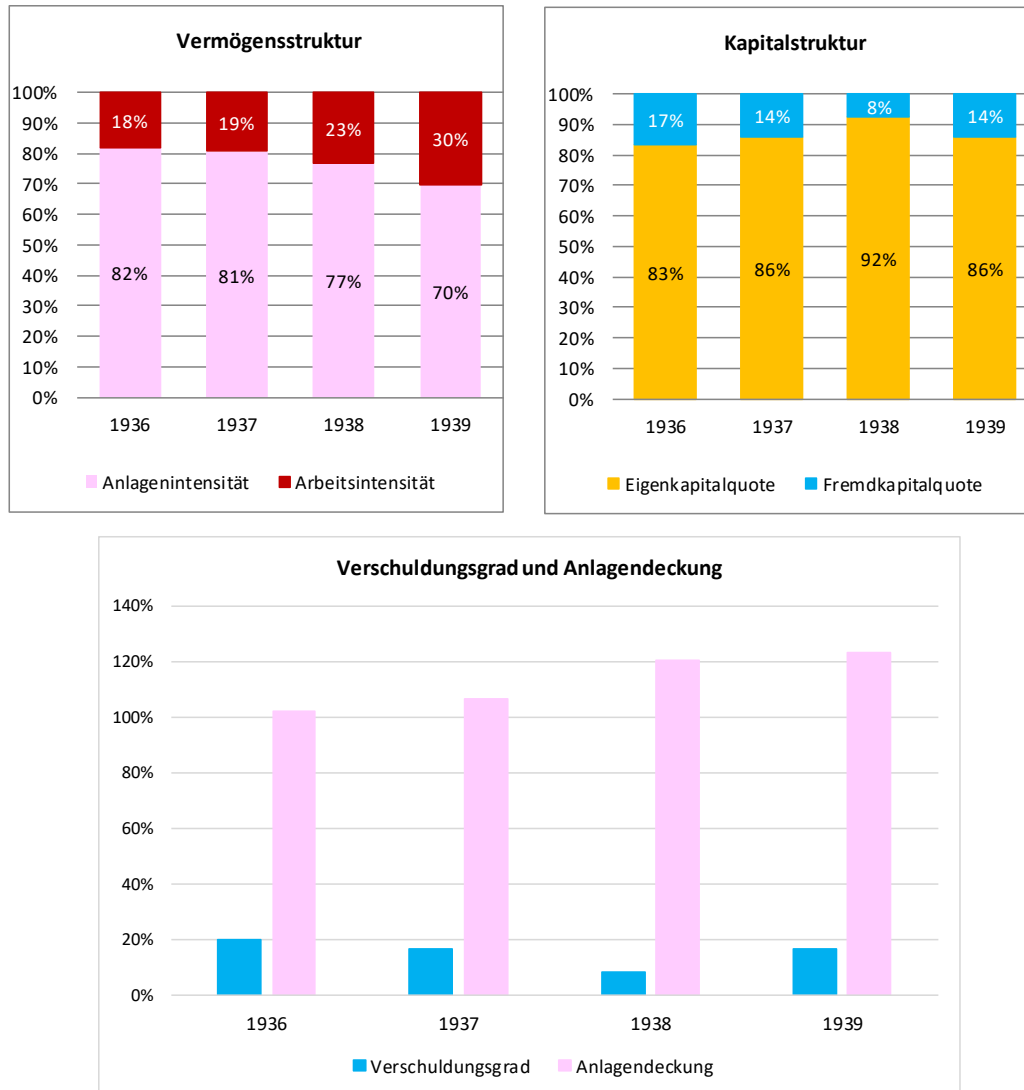
<sup>1016</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 3.

<sup>1017</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG. Blatt 8.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 69 Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	82%	81%	77%	70%	0%
Arbeitsintensität	18%	19%	23%	30%	0%
Eigenkapitalquote	83%	86%	92%	86%	0%
Fremdkapitalquote	17%	14%	8%	14%	0%
Verschuldungsgrad	20%	17%	8%	16%	0%
Anlagendeckung	102%	106%	120%	123%	0%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1018 1019 1020</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1021</sup>  
und das Jahr 1939<sup>1022</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1018</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 811-812.

<sup>1019</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 758-759.

<sup>1020</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 635.

<sup>1021</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.

Das Anlagevermögen war über den betrachteten Zeitraum der dominierende Teil der Aktiva, auch wenn es seinen Anteil von 82% im Jahr 1936 auf 70% im Jahr 1939 reduzierte. Gleichzeitig hatte auch das Eigenkapital einen sehr hohen Anteil an der Passiva, der von 83% 1936 zunächst auf 92% 1938 stieg, bevor er 1939 leicht auf 86% zurückging.

Diese beiden hohen Anteile drücken sich auch entsprechend in der Anlagendeckung aus, welche von 102% im Jahr 1936 auf 123% im Jahr 1939 anstieg. Der Verschuldungsgrad hingegen blieb nach 1936 durchgehend auf unter 20%. Das sehr hohe Investitionsrisiko wurde gänzlich durch das Eigenkapital getragen.

---

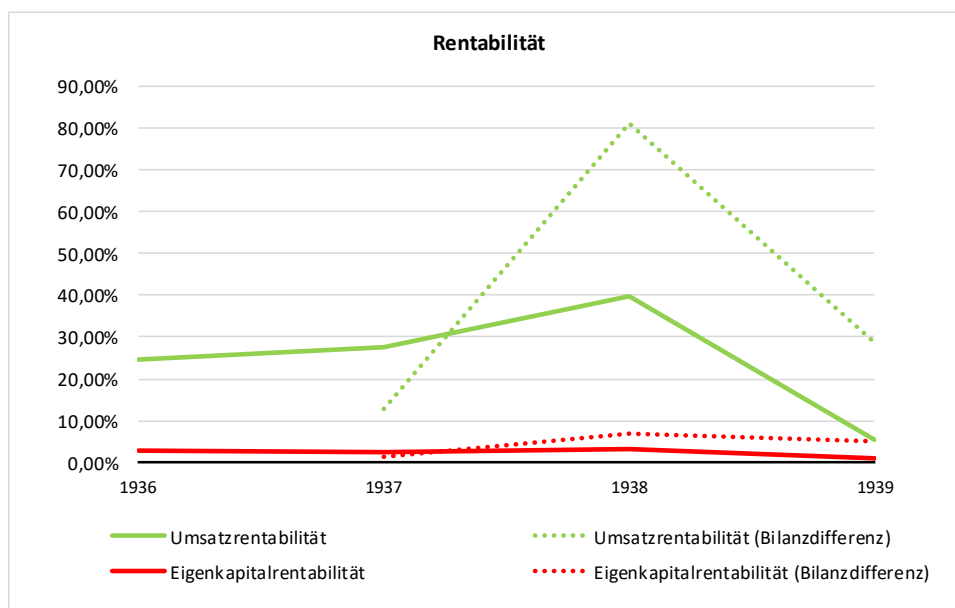
<sup>1022</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 70: Carbidwerk Deutsch-Matrei AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	927.066,00	765.149,33	702.701,00	1.646.931,57	
ausgewiesener Gewinn	229.523,33	209.811,33	280.445,00	87.623,04	
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		98.752,00	569.865,00	473.680,04	

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	24,76%	27,42%	39,91%	5,32%	
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		12,91%	81,10%	28,76%	
Eigenkapitalrentabilität	2,93%	2,66%	3,41%	0,97%	
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		1,25%	6,93%	5,25%	



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	1.866.666,67	1.866.666,67	1.866.667,00	8.000.000,00	-
Dividende in RM	130.666,67	130.666,67	130.900,00	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	7%	7%	7%	0%	0%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1023 1024 1025</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1026</sup>  
und das Jahr 1939<sup>1027</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1023</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 811-812.

<sup>1024</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 758-759.

<sup>1025</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 635.

<sup>1026</sup> BArch, R8135/9413, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.

<sup>1027</sup> BArch, R8135/9350, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG.

Die Gewinn- und Verlustrechnungen der Jahre 1936 bis 1937 wurden jeweils mit einem Stichtag im darauffolgenden Jahr veröffentlicht. Nachdem dieser Stichtag zumeist um die Jahresmitte lag, wurden diese Werte unverändert übernommen.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Ertrags-Posten betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitätskennzahlen berücksichtigt.

Die Umsatzrentabilität war bereits vor dem „Anschluss“ relativ hoch und erfuhr nach einer Steigerung 1938 auf ca. 40% einen Absturz auf ca. 5%. Die Eigenkapitalrentabilität hingegen blieb von 1936 bis 1938 konstant im positiven Bereich bis maximal 3,41%, fiel aber 1939 auf unter 1%. Die Umsatzrentabilität laut Bilanzdifferenz erhöhte sich im Rahmen des „Anschlusses“ auf über 81%, konnte im Jahr 1939 aber nur mehr ca. 29% erreichen. Etwas anders verlief es bei der Eigenkapitalrentabilität laut Bilanzdifferenz. Nach einem kurzen Hoch mit ca. 7% im Jahr 1938 fiel diese wieder auf knapp über 5%, blieb jedoch über den 1,25% von 1937.

Die Dividendenzahlungen beliefen sich 1936 bis 1938 noch auf jeweils 7% des Aktien-/Grundkapitals. Ab 1939 wurden Dividendenzahlungen gänzlich eingestellt.

#### **4.3.10. Sprengstoff-Werke Blumau AG**

Hauptsitz bis zum „Anschluss“ war Wien, danach wurde dieser nach Blumau verlegt.<sup>1028</sup>

Die ursprüngliche Sprengstofffabrik in Blumau war durch eine Explosion zerstört und danach von der *Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG* auf Staatsrechnung wiederaufgebaut worden. Die Fabrik stand somit im Eigentum des Staates Österreich, welcher diese an die *Sprengstoff-Werke Blumau AG* auf 50 Jahre verpachtete.<sup>1029</sup> Eigentümerinnen der *Sprengstoff-Werke Blumau AG* war zunächst neben der *Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG* auch die *Bayerischen Sprengstoffwerke und chemische Fabriken AG*<sup>1030</sup>, die Mehrheitsanteile und die Geschäftsführung von der *Pulverfabrik Skodawerke-Wetzler AG* wurden 1938 jedoch vom

---

<sup>1028</sup> BAArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 4.

<sup>1029</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 822.

<sup>1030</sup> BAArch, R2301/5573, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 5.

Staat Österreich übernommen.<sup>1031</sup> Mit dem „Anschluss“ wurde das Oberkommando des Heeres (OKH) Eigentümer des Unternehmens und gliederte dieses in seine Treuhandgesellschaft, die *Montan GmbH*, ein. Die Anlagen, welche bislang dem österreichischen Finanzministerium gehörten, wurden ebenfalls dem OKH und in weiterer Folge der *Montan GmbH* übertragen und wieder an die *Sprengstoff-Werke Blumau AG* verpachtet.<sup>1032</sup> Zu den hergestellten Produkten gehörten Dynamit, Ammonit, Trinitrotoluol, Nitrozellulose und alle Arten rauchlosen Pulvers.<sup>1033</sup> Mit der Übernahme durch das OKH wurde die Herstellung von Dynamit eingestellt und die restliche Produktion auf die speziellen Anforderungen des OKH umgestellt. Zudem wurde auch die Befüllung von Handgranaten übernommen.<sup>1034</sup> Bereits im Jahr 1936 wurde die Fabrikanlage ausgebaut, da die Nachfrage nach Sprengstoffen anstieg und die Produktion erweitert werden sollte.<sup>1035</sup> Mit Kriegsausbruch stieg die Nachfrage nach Pulver durch das OKH nochmals stark an. Die Produktionserhöhung erforderte sogar die Erweiterung auf einen Dreischichtbetrieb.<sup>1036</sup>

Waren im März 1938 noch 349 Personen im Unternehmen angestellt, erhöhte sich diese Zahl bis zum März 1939 auf 697, davon 125 Frauen.<sup>1037</sup> Im März 1940 waren bereits 955 Personen im Unternehmen beschäftigt.<sup>1038</sup>

Zu den wesentlichsten Investitionen zählten neben dem Ausbau von Produktionsanlagen und Erneuerungsarbeiten auf dem Schießgelände auch die Instandsetzung von Wohnungen für Werksangehörige, des Kasinos und des Verwaltungsgebäudes und die Errichtung einer Gefolgschaftsküche.<sup>1039</sup>

---

<sup>1031</sup> BArch, R121/5814, Protokoll über die Sitzung vom 31.05.1938. Sprengstoff-Werke Blumau AG., S. 2.

<sup>1032</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blätter 6-7.

<sup>1033</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 822.

<sup>1034</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blätter 9-10.

<sup>1035</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 822.

<sup>1036</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 12.

<sup>1037</sup> BArch, R121/5813, Bericht Nr. 247/1 über die Wehrwirtschaftsprüfung 1939. Sprengstoff-Werke Blumau AG., S. 15.

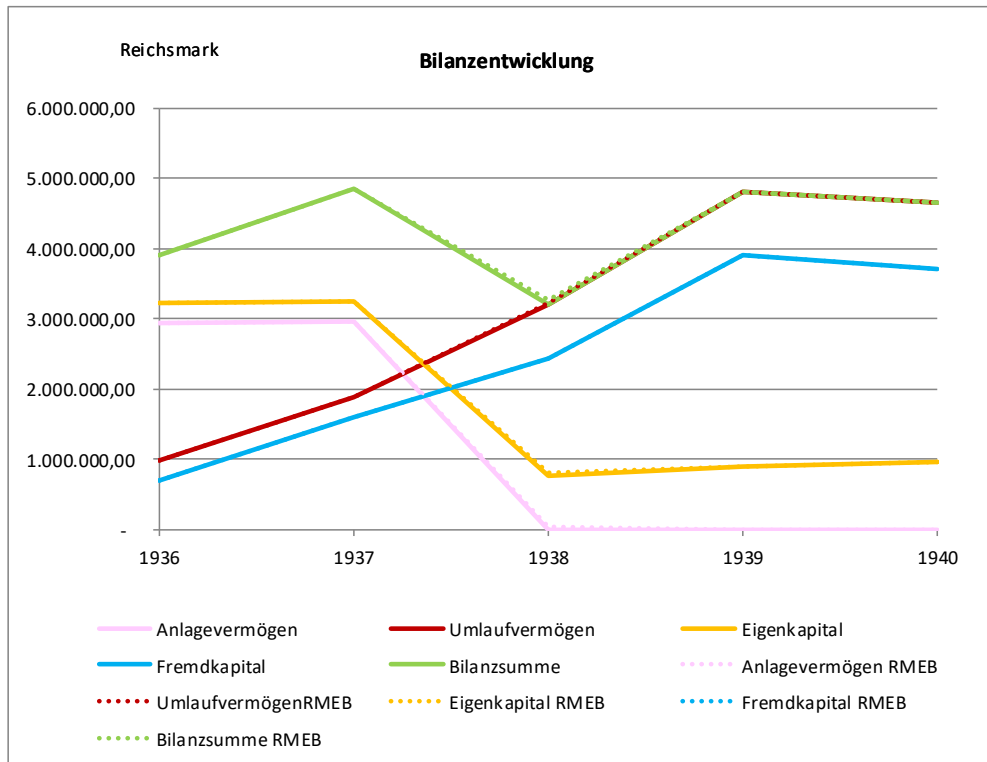
<sup>1038</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 13.

<sup>1039</sup> BArch, R8135/5065, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blätter 12-13.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 71: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	2.933.333,33	2.963.333,33	-	-	-
Umlaufvermögen	978.716,67	1.883.864,29	3.196.000,00	4.814.587,48	4.659.770,47
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.912.050,00</b>	<b>4.847.197,62</b>	<b>3.196.000,00</b>	<b>4.814.587,48</b>	<b>4.659.770,47</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	3.219.705,33	3.248.153,89	763.000,00	905.463,27	960.485,23
Fremdkapital	692.344,67	1.599.043,73	2.433.000,00	3.909.124,21	3.699.285,24
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.912.050,00</b>	<b>4.847.197,62</b>	<b>3.196.000,00</b>	<b>4.814.587,48</b>	<b>4.659.770,47</b>



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1040</sup>, Geschäftsbericht für das Jahr 1937<sup>1041</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1042</sup>, das Jahr 1939/40<sup>1043</sup> und das Jahr 1940/41<sup>1044</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten wie Benützungsrecht und Effekten zusammen. Der Posten Wertpapiere wurde für

<sup>1040</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1041</sup> BArch, R121/5813, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1042</sup> BArch, R2301/5573, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1043</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1044</sup> BArch, R8135/5065, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41. Sprengstoff-Werke Blumau AG.



die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt, sofern nicht eine eigene Differenzierung zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens explizit ausgewiesen war. Eine Unschärfe durch die Zuordnung möglicher Wertpapiere des Umlaufvermögens zum Anlagevermögen wurde als vernachlässigbar angesehen.

Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grund-/Stammkapital, Rücklagen, Gewinnvorträge und (Rein-)Gewinne zusammen.

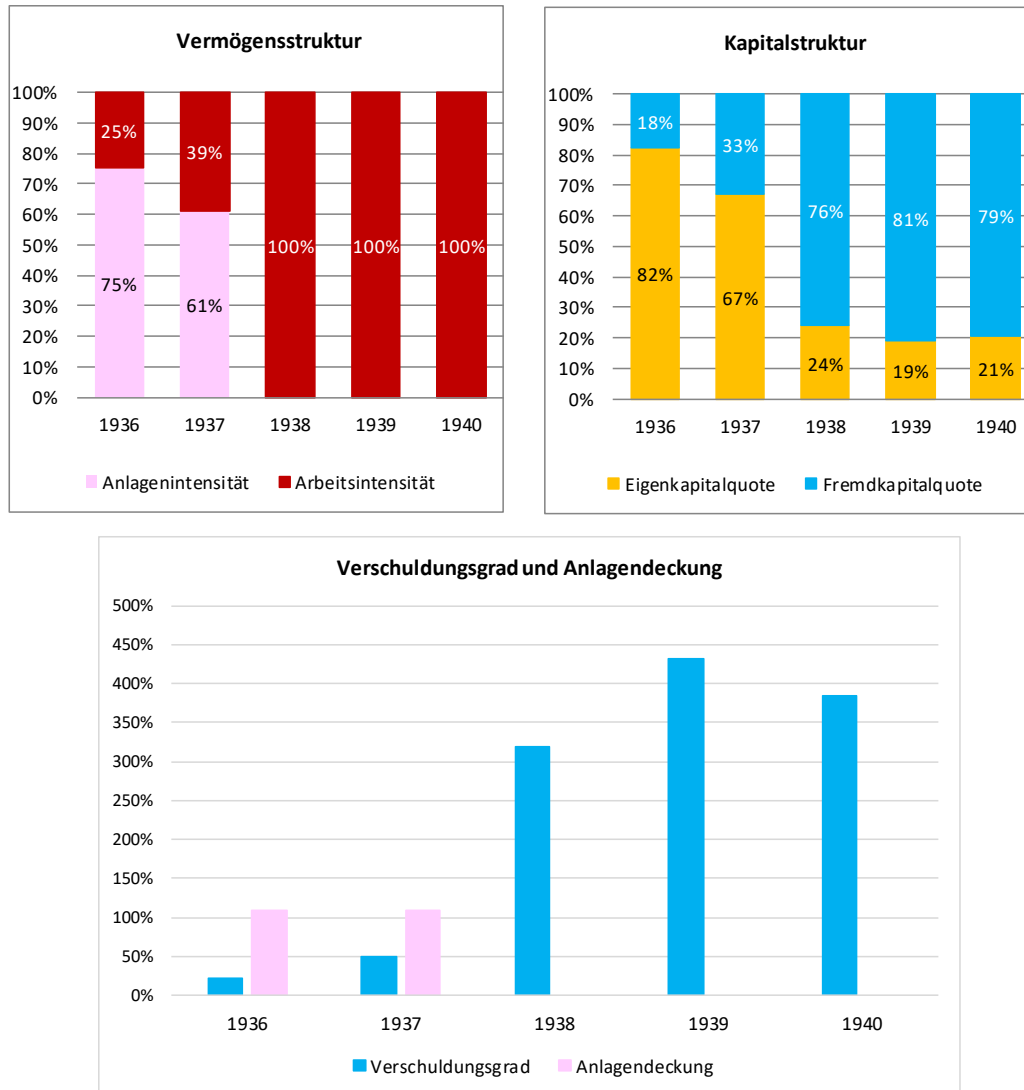
Der Verlauf der Bilanzwerte ist von umfangreichen Änderungen gekennzeichnet. Zunächst hat sich mit dem „Anschluss“ das Anlagevermögen auf null reduziert, womit ab 1938 in der Aktiva nur mehr ein Umlaufvermögen zu finden ist, welches der Höhe nach alleine die Bilanzsumme bildet. Das Umlaufvermögen stieg von 1936 bis 1940 um 376%. Auf der Passivseite reduzierte sich gleichzeitig das Eigenkapital auf unter ein Drittel, während das Fremdkapital um 434% anstieg.

Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1937, erhöhte sich das Anlagevermögen um 1%, danach ab der RMEB war es nicht mehr vorhanden. Das Umlaufvermögen konnte zunächst um 92%, dann um 49% zulegen, das Eigenkapital steigerte sich um 1% bzw. 13%, das Fremdkapital um 131% bzw. 61% und die Bilanzsumme erhöhte sich zunächst um 24%, dann um 48%.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 72: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	75%	61%	0%	0%	0%
Arbeitsintensität	25%	39%	100%	100%	100%
Eigenkapitalquote	82%	67%	24%	19%	21%
Fremdkapitalquote	18%	33%	76%	81%	79%
Verschuldungsgrad	22%	49%	319%	432%	385%
Anlagendeckung	110%	110%	0%	0%	0%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1045</sup>, Geschäftsbericht für das Jahr 1937<sup>1046</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1047</sup>, das Jahr 1939/40<sup>1048</sup> und das Jahr 1940/41<sup>1049</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1045</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1046</sup> BArch, R121/5813, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1047</sup> BArch, R2301/5573, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

Die Änderungen der Bilanzwerte sind auch in den jeweiligen Bilanzkennzahlen zu finden. Bestand die Vermögensstruktur von 1938 noch zum überwiegenden Teil aus Anlagevermögen, war dieses ab 1938 nicht mehr vorhanden. In weiterer Folge gab es auch keine Anlagen mehr, welche durch Eigenkapital zu decken gewesen wären, welches sich ebenfalls reduzierte. Das spiegelt sich in der Kapitalstruktur wider. Unmittelbar vor dem „Anschluss“ lag die Eigenkapitalquote noch bei 67%, ab 1938 sank diese auf 24% und darunter, weshalb auch der Verschuldungsgrad schlagartig von knapp 50% auf über 300% anstieg. Dementsprechend hatte das Unternehmen kein Investitionsrisiko mehr zu tragen.

Um den erhöhten Finanzierungsbedarf, der hauptsächlich auf Vorratsaufstockung und ausstehende Kundenforderungen (vor allem OKH) zurückzuführen war, zu decken, wurden die kurzfristigen Bankschulden (durch die *Creditanstalt*) erhöht und zinslose Lieferantenschulden vereinbart. Zudem wurden im Jahr 1939 vom OKH Wehrmachtsverpflichtungsscheine (Anzahlungen) in Höhe von ca. RM 1,1 Mio. ausgestellt.<sup>1050</sup>

---

<sup>1048</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1049</sup> BArch, R8135/5065, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

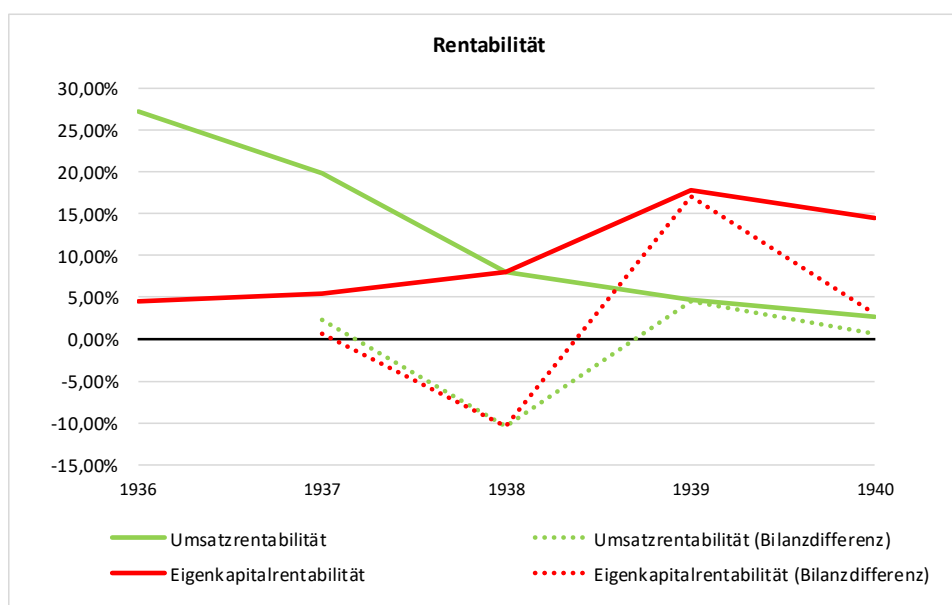
<sup>1050</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 24 und Anhang Blatt 18.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 73: Sprengstoff-Werke Blumau AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	542.628,67	881.020,49	2.025.043,80	3.169.067,11	5.065.342,53
ausgewiesener Gewinn	147.129,33	173.561,45	160.512,36	147.463,27	135.021,96
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		20.522,78	- 210.561,45	142.463,27	27.558,69

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	27,11%	19,70%	7,93%	4,65%	2,67%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		2,33%	-10,40%	4,50%	0,54%
Eigenkapitalrentabilität	4,57%	5,37%	8,00%	17,68%	14,47%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		0,63%	-10,50%	17,08%	2,95%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	2.666.666,67	2.666.666,67	400.000,00	400.000,00	400.000,00
Dividende in RM	-	135.333,33	-	-	-
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	0%	5%	0%	0%	0%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1051</sup>, Geschäftsbericht für das Jahr 1937<sup>1052</sup>, Prüfbericht über die RMEB<sup>1053</sup>, Berichte über die Jahre 1939/40<sup>1054</sup> und 1940/41<sup>1055</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1051</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1052</sup> BArch, R121/5813, Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1053</sup> BArch, R2301/5573, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1054</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

<sup>1055</sup> BArch, R8135/5065, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41. Sprengstoff-Werke Blumau AG.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Posten Rohgewinn, Zinsen und Ertragspositionen betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt. Für das Jahr 1938 lag keine Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) vor, daher wurde sowohl für den Umsatz als auch für den Gewinn die jeweiligen Durchschnittswerte aus den GuV 1937 und 1939 gebildet. Da nach der Übernahme des Unternehmens durch das Deutsche Reich der Bilanzstichtag von 31.12. auf 31.03. verlegt wurde<sup>1056</sup>, beinhalten die GuV-Werte 15 Monate. Nachdem es kein eigenes Rumpfbjahr davor oder danach gab, wurden diese Werte nicht bereinigt.

Sowohl für 1936 als auch für 1937 wurde ein positives Ergebnis ausgewiesen. Der Umsatz konnte leicht gesteigert werden, die Umsatzrentabilität lag im zweistelligen Prozentbereich und die Eigenkapitalrentabilität lag über 4%. Auch Gewinn und Rentabilitäten berechnet nach der Bilanzdifferenz waren positiv. 1938 kam es zu einem Umsatzsprung, der sich auch in den Folgejahren fortsetzte. Der Gewinn hingegen nahm leicht ab, was auf eine Reduktion der Preise für Sprengstoffe und Pulver zurückzuführen ist.<sup>1057</sup> Abgesehen von einem kurzfristigen Einbruch der alternativ berechneten Rentabilitätswerte 1938 konnten in Summe weiterhin positive Werte erzielt werden.

Auf die Dividendenzahlungen hatte dies nur bedingt Auswirkungen: einzig im Jahr 1937 wurde eine Dividende in Höhe von 5% des Aktien-/Grundkapitals ausgeschüttet.

#### **4.3.11. Veitscher Magnesitwerke AG**

Der Sitz des Unternehmens war in Wien mit Fabrikanlagen in Veitsch, Trieben, Breitenau und Eichberg.<sup>1058</sup> Der Zweck des Unternehmens lag im Abbau von Magnesit und dem Handel mit Magnesit-Produkten. Magnesit wurde vorwiegend aufgrund seiner feuerfesten Eigenschaft

---

<sup>1056</sup> BArch, R121/5813, Bericht Nr. 247/1 über die Wehrwirtschaftsprüfung 1939. Sprengstoff-Werke Blumau AG., S. 13.

<sup>1057</sup> BArch, R121/2275, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG. Blatt 27.

<sup>1058</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 631.

verwertet. Die Kapazitäten der Hüttenanlagen waren bis 1937 nur zu maximal 50% ausgelastet.<sup>1059</sup>

Hauptaktionär war Anfang 1939 noch eine französische Aktionärsgruppe mit einem Anteil von ca. 70%.<sup>1060</sup> Dann wechselte das Aktienpaket an eine Basler Holdinggesellschaft.<sup>1061</sup>

In Folge erhöhter Stahlproduktion konnte 1936 der Absatz gesteigert und somit ein höherer Umsatz erzielt werden, wenn auch aufgrund der Konkurrenzsituation nicht im erhofften Ausmaß. Jedenfalls konnten bereits einige Neuinvestitionen durchgeführt werden.<sup>1062</sup> Die Hauptabnehmer waren vorwiegend Stahlerzeuger, die aufgrund der eingesetzten Phase der Aufrüstung Bedarf an feuerfestem Material hatten, wobei das Deutsche Reich vor dem „Anschluss“ nicht zu den Hauptabnehmern der *Veitscher*-Produkte zählte.<sup>1063</sup> Nach dem „Anschluss“ konnten die Umsätze gesteigert werden. Der Hauptteil des Umsatzes 1939 entfiel sowohl mengen- als auch einnahmenmäßig auf Sintermagnesit und Magnesitziegel<sup>1064</sup>

1936 zählte das Unternehmen 1.092 Belegschaftsmitglieder, die sich bereits 1937 auf 1.371 erhöhten.<sup>1065</sup> 1938 wurden 1.620 gezählt, Ende 1939 waren es 1.753.<sup>1066</sup>

Zu den wesentlichen Investitionen zählten insbesondere ab 1939 neben Maschinen und baulichen Anlagen die Verbesserung der hygienischen Einrichtungen.<sup>1067</sup> Bis 1940 kam es zudem zu umfangreichen Umbauarbeiten des *Veitscher*-Werkes und zu weitgehenden Rationalisierungsmaßnahmen.<sup>1068</sup>

---

<sup>1059</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 4.

<sup>1060</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 3.

<sup>1061</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 3.

<sup>1062</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1063</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 9.

<sup>1064</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 39.

<sup>1065</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 4.

<sup>1066</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 4.

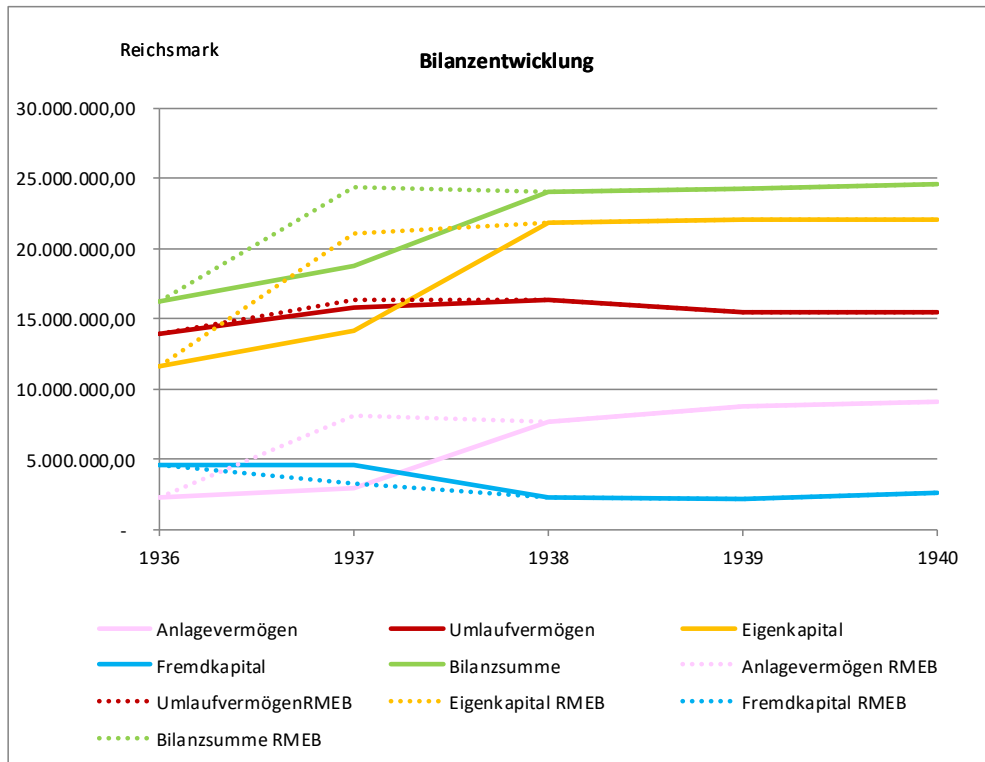
<sup>1067</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 18.

<sup>1068</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 533.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 74: Veitscher Magnesitwerke AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	2.291.530,00	2.938.040,55	7.671.621,26	8.808.634,86	9.118.110,00
Umlaufvermögen	13.928.380,00	15.775.555,49	16.379.265,57	15.405.448,69	15.440.364,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.219.910,00</b>	<b>18.713.596,03</b>	<b>24.050.886,83</b>	<b>24.214.083,55</b>	<b>24.558.474,00</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	11.604.517,33	14.089.000,75	21.821.333,33	22.001.333,33	22.001.333,00
Fremdkapital	4.615.392,67	4.624.595,29	2.229.553,50	2.212.750,22	2.557.141,00
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.219.910,00</b>	<b>18.713.596,03</b>	<b>24.050.886,83</b>	<b>24.214.083,55</b>	<b>24.558.474,00</b>



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1069 1070</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1071</sup>, das Jahr 1937<sup>1072</sup>, das Jahr 1938<sup>1073</sup> und das Jahr 1939<sup>1074</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1069</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1070</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 533.

<sup>1071</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1072</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1073</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1938. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1074</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG.

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus den Posten wie Anlagen, Effekten und Beteiligungen zusammen. Der Posten Wertpapiere wurde für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt, sofern nicht eine eigene Differenzierung zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens explizit ausgewiesen war. Eine Unschärfe durch die Zuordnung möglicher Wertpapiere des Umlaufvermögens zum Anlagevermögen wurde als vernachlässigbar angesehen. Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reservefonds, Rücklagen, Werkerneuerungsfonds, Gewinnvorträge und (Rein-)Gewinne zusammen. Die Wertberichtigungen wurden als Fremdkapital gewertet. Bereits im Jahr 1937 ist eine wesentliche Zunahme von Bilanzsumme, Eigenkapital und Umlaufvermögen zu erkennen. Eine nur leichte Zunahme gab es hingegen beim Anlagevermögen, das Fremdkapital stagnierte in etwa. Mit 1938 ändert sich das Bild: während das Umlaufvermögen nur leicht zunahm und das Fremdkapital sogar zurückging, legten Eigenkapital und Anlagevermögen deutlich zu. Nach 1938 kam es dann nur mehr zu geringfügigen Veränderungen. Über den Zeitraum 1936 bis 1940 gesehen konnte sich das Eigenkapital beinahe verdoppeln und das Anlagevermögen beinahe vervierfachen, das Umlaufvermögen legte hingegen nur um ca. 11% und das Fremdkapital verringerte sich um ca. 45%. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1937, erhöhte sich das Anlagevermögen um 28%, danach ab der RMEB um weitere 9%. Das Umlaufvermögen konnte zunächst um 13% zulegen, verringerte sich danach jedoch um 6%, das Eigenkapital steigerte sich um 21% bzw. 4%, das Fremdkapital blieb zunächst gleich und reduzierte sich dann um 33% und die Bilanzsumme erhöhte sich zunächst um 51%, ging nach der RMEB jedoch um 1% zurück. Das Vermögen wurde im Rahmen der Umstellung auf Reichsmark neu bewertet, wobei vor allem bei der Neuwertung des Anlagevermögens die Vorschrift der Umstellungsverordnung zur Bewertung über die gesetzlichen und satzungsmäßigen Höchstbewertungsvorschriften zu tragen kamen. Somit ist die Steigerung der Aktiva nicht auf Investitionen oder andere Zukäufe zurückzuführen.<sup>1075</sup>

In Summe trat nach Erstellung der RMEB eine Stagnierung in der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens ein.

---

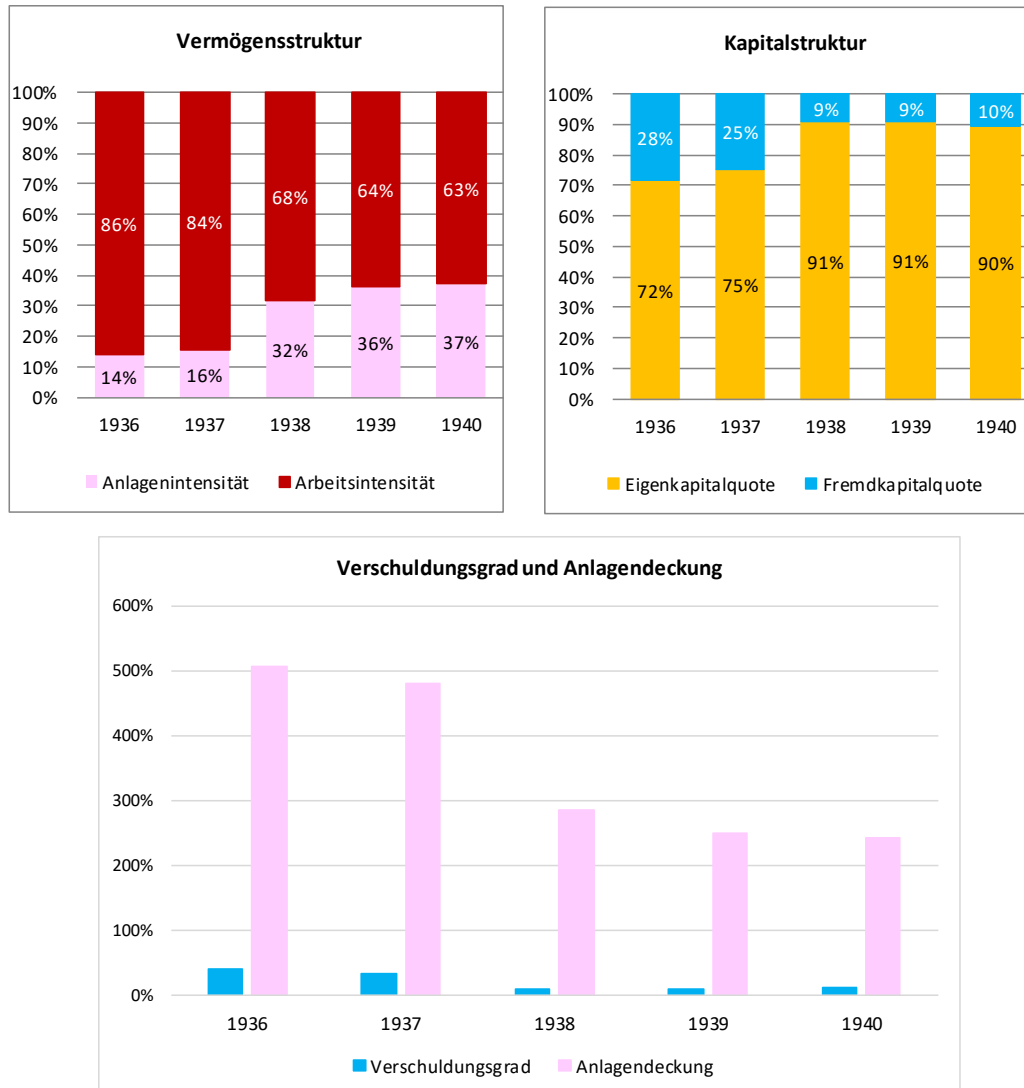
<sup>1075</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG. Blatt 5.



## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 75: Veitscher Magnesitwerke AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	14%	16%	32%	36%	37%
Arbeitsintensität	86%	84%	68%	64%	63%
Eigenkapitalquote	72%	75%	91%	91%	90%
Fremdkapitalquote	28%	25%	9%	9%	10%
Verschuldungsgrad	40%	33%	10%	10%	12%
Anlagendeckung	506%	480%	284%	250%	241%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1076</sup> <sup>1077</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1078</sup>, das Jahr 1937<sup>1079</sup>, das Jahr 1938<sup>1080</sup> und das Jahr 1939<sup>1081</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1076</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1077</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 533.

<sup>1078</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG.

Auch wenn es zu einer wesentlichen Erhöhung des Anlagevermögens kam, war die Aktiva durchgehend vom Umlaufvermögen dominiert. Dessen Anteil am Vermögen reduzierte sich jedoch von 86% im Jahr 1936 auf 63% im Jahr 1940. Die Finanzierungsseite war im selben Zeitraum vom Eigenkapital geprägt, das seinen Anteil von 72 auf 90% erhöhte. Das Fremdkapital spielte somit bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Unternehmens nur eine untergeordnete Rolle und beinahe das gesamte Unternehmens- und Investitionsrisiko lag bei den EigentümerInnen. Diese Situation wurde durch den „Anschluss“ noch verschärft, vor allem nachdem es zu einer Erhöhung des Aktienkapitals bei gleichzeitiger Reduzierung der Verbindlichkeiten kam.

Innerhalb der Aktiva kam es 1939 zu einer interessanten Verschiebung: der Großteil der Bankguthaben und Barmittel wurde in Anleihen und Aktien deutscher Industrieunternehmen angelegt bzw. in eine 30%-Beteiligung an der *Steirischen Magnesit-Industrie AG* investiert. Nicht nur, dass damit der *Veitscher* der Zugriff auf einen wesentlichen Teil ihrer liquiden Mittel unmöglich wurde, es wurde somit auch die deutsche Rüstungsindustrie mit Kapital gestärkt und erhebliches Risiko den betroffenen Unternehmen genommen und der *Veitscher* übertragen. Zugleich wurden mit diesem Schritt Investitionen in eine eigene Produktionserweiterung erschwert. Bilanztechnisch hat dieser Umstand für die vorliegende Analyse insofern Auswirkungen, als damit ein Teil vom Umlauf- in das Anlagevermögen verschoben wurde.<sup>1082</sup> Es ist aber auch möglich, dass sich die *Veitscher* mit der Investition in Aktien und Anleihen erhebliche Renditen versprach und somit gewillt war, das damit verbundene Risiko zu tragen.

---

<sup>1079</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1080</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1938. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1081</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG.

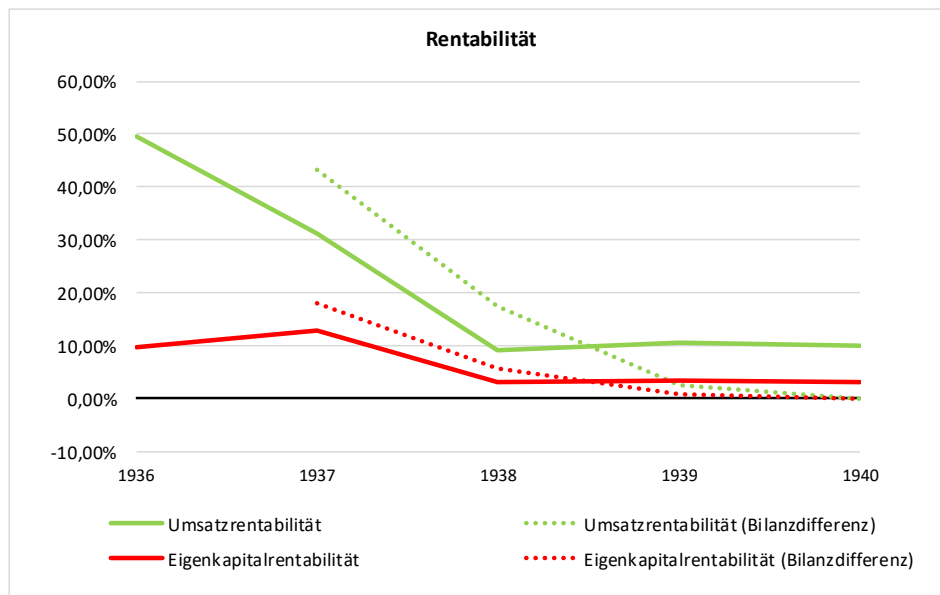
<sup>1082</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG. Blätter 16-17.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 76: Veitscher Magnesitwerke AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	2.274.508,67	5.346.000,00	5.983.530,05	6.853.087,91	7.220.147,00
ausgewiesener Gewinn	1.129.490,00	1.668.600,00	546.468,36	720.000,00	720.000,00
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		2.310.163,28	1.047.891,38	180.000,00	0,33

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	49,66%	31,21%	9,13%	10,51%	9,97%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		43,21%	17,51%	2,63%	0,00%
Eigenkapitalrentabilität	9,73%	12,99%	3,04%	3,29%	3,27%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		17,98%	5,84%	0,82%	0,00%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	5.000.000,00	5.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00	12.000.000,00
Dividende in RM	850.000,00	1.000.000,00	540.000,00	720.000,00	720.000,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	17%	20%	5%	6%	6%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1083 1084 1085 1086</sup>, Bericht über die RMEB<sup>1087</sup>, das Jahr 1937<sup>1088</sup>, das Jahr 1938<sup>1089</sup> und das Jahr 1939<sup>1090</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1083</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Österreich 1938, S. 633.

<sup>1084</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 00.

<sup>1085</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 000.

<sup>1086</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Ostmark 1942, S. 533.

<sup>1087</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1088</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG.

Als Umsatz wurden die ausgewiesenen Posten Betriebsgewinn, Erträge, Zinsen und Ausweispflichtiger Rohüberschuß betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt. Hiervon ausgenommen ist der in der Bilanz 1938 ausgewiesene Gewinnvortrag aus dem 1. Vierteljahr 1938, da es in diesem Geschäftsjahr eine Zwischenbilanz gab und das erste Quartal in der GuV der Endbilanz nicht berücksichtigt wurde. Das hat auch zur Folge, dass die für das Jahr 1938 ausgewiesenen Werte der GuV die Periode 01.04.1938 bis 31.12.1938 und somit nur 9 Monate umfassen. Für die vorliegende Untersuchung wurden die Werte der Abbildung 76 auf 12 Monate hochgerechnet. Für die oben angeführte Bilanzanalyse war dies nicht notwendig, da sich diese nur auf Bilanzwerte und somit auf Stichtagswerte und nicht auf Periodenwerte stützt. Ausgenommen wäre der in der Passiva angeführte Periodengewinn, dies wurde aber als vernachlässigbar angesehen

Aus dem Verlauf der Rentabilitäten lassen sich vor allem zwei Feststellungen schließen: zum einen hatte das Unternehmen durchgehend in beiden Berechnungsvarianten positive Rentabilitäten, zum anderen nahmen die Rentabilitäten mit dem „Anschluss“ deutlich ab und erreichten 1940 jeweils nur mehr einstellige Prozentwerte oder 0.

Ähnlich verliefen auch die Dividendenzahlungen. Während 1936 und 1937 noch sehr hohe Dividenden von 17 bzw. 20% ausbezahlt wurden, reduzierten sich die Werte ab 1938 auf 5%, um danach auf 6% leicht anzusteigen. Die finanzielle Lage der *Veitscher* dürfte sehr gut gewesen sein, da die Dividenden durchgehend den Großteil des ausgewiesenen Gewinns vereinnahmten und 1939 und 1940 sogar der Gewinn zu Gänze ausbezahlt wurde.

#### **4.3.12. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG**

Der Hauptsitz lag in Wien, Werke gab es in Tarnitz, Müritzschlag und Hönigsberg. Das Hauptprodukt war die Erzeugung von Qualitätsstahl wie Schnellarbeits-, Spezial-, Konstruktions-, Werkzeug- und Siemens-Martinstahl, Schmiedestücke, Hohlkörper,

---

<sup>1089</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1938. Veitscher Magnesitwerke AG.

<sup>1090</sup> BArch, R8135/9370, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG.

Stahlformguß und nicht rostende, zunderfeste und säurebeständige Stähle.<sup>1091</sup> Ursprünglich war die Firma *Bleckmann*, bevor diese 1924 mit der *Schoeller-Stahlwerke AG* fusioniert wurde, für die Herstellung von Säbel und Klingen im Auftrag der k.k. Heeresverwaltung bekannt. Später kamen noch Werkzeuge, Sensen und Gewehrteile hinzu. Die *Schoeller-Stahlwerke AG* hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg auf die Verarbeitung von Rohstahl und die Herstellung von Stahlgeschossen, Panzerplatten und schusssicheren Blechen spezialisiert und verlagerte nach dem Krieg den Produktionsschwerpunkt auf Edelstahl.<sup>1092</sup>

Von den EigentümerInnen Eugen und Walther Bleckmann, Schoeller & Co. und *Creditanstalt* bestand 1938 ein Syndikatsvertrag zum Zweck der gemeinsamen Beschlussfassung aller das Unternehmen betreffenden Angelegenheiten<sup>1093</sup>, der ihnen auch einen gewissen Schutz vor möglichen neuen GesellschafterInnen bot.

Anfang 1939 waren beim Unternehmen 4.596 Personen beschäftigt.<sup>1094</sup> Der Bedarf an Arbeitskräften stieg stetig an. Der aufgrund der Kriegsauswirkungen zunehmende Mangel an Facharbeitskräften musste durch Lehrlingsausbildung und (Um)schulungsmaßnahmen kompensiert werden.<sup>1095</sup>

Es wurde zunehmend in die Produktionsanlagen und -Gebäude investiert. Allein 1939 betrugen die Zugänge ca. RM 3,5 Mio. Zu den Lieferanten der angeschafften Maschinen gehörte auch die *AEG-Union*, welche elektrische Anlagen für die *Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG* installierte.<sup>1096</sup> Mit Kriegsbeginn wurden auch Mittel in die industrielle Forschung zur Erzeugung von Austauschstählen investiert.<sup>1097</sup>

---

<sup>1091</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 569-570.

<sup>1092</sup> Mathis 1987: Big Business in Österreich., S. 51 und 206-261.

<sup>1093</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Syndikatsvertrag vom 05.09.1938. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1094</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG, S. 5.

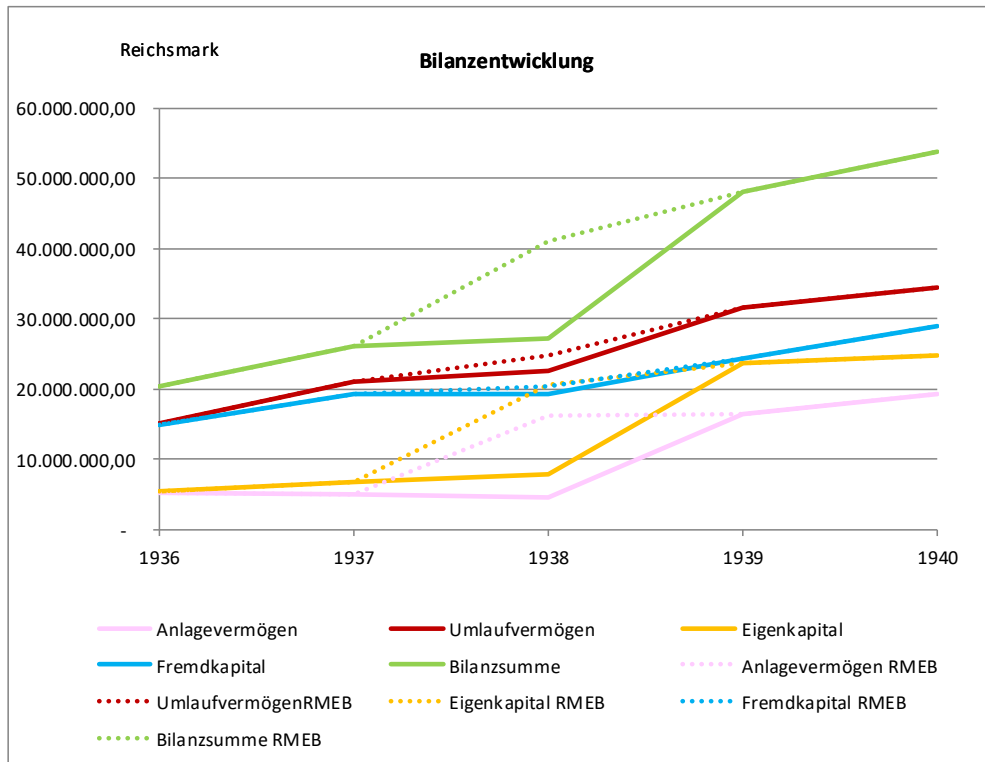
<sup>1095</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/04/05, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1096</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG. S. 17 und 21.

<sup>1097</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/04/05, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

Abbildung 77: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Bilanzentwicklung

Bilanz/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
<b>Aktiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Anlagevermögen	5.314.229,73	5.068.487,33	4.617.562,29	16.316.234,51	19.178.855,27
Umlaufvermögen	15.022.375,83	21.054.300,67	22.492.651,92	31.649.209,98	34.486.639,20
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.336.605,56</b>	<b>26.122.788,00</b>	<b>27.110.214,21</b>	<b>47.965.444,49</b>	<b>53.665.494,47</b>
<b>Passiva</b>	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Eigenkapital	5.458.959,69	6.843.905,33	7.748.383,93	23.725.529,68	24.760.000,00
Fremdkapital	14.877.645,87	19.278.882,67	19.361.830,28	24.239.914,81	28.905.494,47
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.336.605,56</b>	<b>26.122.788,00</b>	<b>27.110.214,21</b>	<b>47.965.444,49</b>	<b>53.665.494,47</b>



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1098</sup>, Geschäftsberichte für die Jahre 1936<sup>1099</sup>,  
1938 inkl. RMEB<sup>1100</sup> und 1940<sup>1101</sup>, Prüfbericht über die RMEB, Berichte  
über die Jahre 1939<sup>1102</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

Das Anlagevermögen setzt sich, soweit nicht eigens in der Bilanz als Summe angeführt, aus Posten wie Anlagen, Grundbesitz, Fabriks- und Wohngebäude, Wasserkraft, Maschinen und

<sup>1098</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 571.

<sup>1099</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1100</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1101</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/04/05, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1102</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

Werkseinrichtungen und Effekten zusammen. Der Posten Wertpapiere wurde für die Kennzahlenbasis dem Anlagevermögen zugeteilt, sofern nicht eine eigene Differenzierung zwischen Wertpapieren des Anlage- und Umlaufvermögens explizit ausgewiesen war. Eine Unschärfe durch die Zuordnung möglicher Wertpapiere des Umlaufvermögens zum Anlagevermögen wurde als vernachlässigbar angesehen.

Auf der Passivseite setzt sich das Eigenkapital aus Aktien-/Grundkapital, Reserven, Rücklagen, Gewinnvorträge und (Rein-)Gewinne zusammen. Der in den Jahren 1936 und 1937 auf der Aktivseite ausgewiesene Posten Anlagen-Wertverminderungskonto wurde in der Analyse weder beim Eigen- noch beim Fremdkapital berücksichtigt, da es sich um Abschreibungen aus den Vorjahren handelt und somit im Vergleich zu den Bilanzen der folgenden Jahre und auch im Vergleich zu anderen untersuchten Unternehmen eine Bilanzverlängerung darstellt. Sie wurden hingegen beim Anlagevermögen zum Abzug gebracht, wodurch sich auf beiden Seiten die Bilanzsummen im gleichen Ausmaß reduzierten.

Alle Bilanzwerte, mit Ausnahme 1938, zeigen einen Anstieg, wobei sich die Bilanzsumme zwischen 1936 und 1940 mehr als verdoppelte, das Eigenkapital sogar mehr als verdreifachte. Bis zur Erstellung der RMEB, gemessen an den offiziellen Bilanzen 1936 bis 1938, reduzierte sich das Anlagevermögen um 13%, danach ab der RMEB erhöhte es sich wieder um 18%. Das Umlaufvermögen konnte zunächst um 50%, dann um 39% zulegen, das Eigenkapital steigerte sich um 42% bzw. 20%, das Fremdkapital um 30% bzw. 42% und die Bilanzsumme erhöhte sich zunächst um 33%, dann um 31%.

Das Anlagevermögen wurde im Zuge der Erstellung der RMEB neu bewertet und dabei aufgewertet.<sup>1103</sup>

Die finanziellen Mittel zur Durchführung der umfangreichen Investitionen wurden zu einem Teil aus einer Erhöhung des Grundkapitals um RM 2,6 Mio. lukriert.<sup>1104</sup> Zu einem anderen Teil wurden Kredite aufgenommen. Die Verbindlichkeiten beinhalteten u.a. Kredite der *Creditanstalt*, des *Bankhauses Schoeller & Co.*, und der *Niederländisch-Indischen Handelsbank*

---

<sup>1103</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG, S. 8.

<sup>1104</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG. Anlage C Blatt 1.

N.V.<sup>1105</sup> Zusätzlich hatte das Unternehmen reichsbesicherte Kredite und Kredite bei der *Luftfahrtbank*. Um diese zurückzuzahlen und für die Durchführung weiterer umfangreicher Fabrikinvestitionen sollte das Unternehmen in den Folgejahren noch Kredite der *Deutschen Industriebank* in Höhe von insgesamt RM 40 Mio. erhalten.<sup>1106</sup>

---

<sup>1105</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG, S. 43.

<sup>1106</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Aufstellung über Kredite der Deutschen Industriebank. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.



## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 78: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Bilanzkennzahlen

Kennzahlen zur Bilanz	1936	1937	1938	1939	1940
Anlagenintensität	26%	19%	17%	34%	36%
Arbeitsintensität	74%	81%	83%	66%	64%
Eigenkapitalquote	27%	26%	29%	49%	46%
Fremdkapitalquote	73%	74%	71%	51%	54%
Verschuldungsgrad	273%	282%	250%	102%	117%
Anlagendeckung	103%	135%	168%	145%	129%



Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1107</sup>, Geschäftsberichte für die Jahre 1936<sup>1108</sup>, 1938 inkl. RMEB<sup>1109</sup> und 1940<sup>1110</sup>, Prüfbericht über die RMEB, Berichte über die Jahre 1939<sup>1111</sup>, eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1107</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 571.

<sup>1108</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1109</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1110</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/04/05, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1111</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

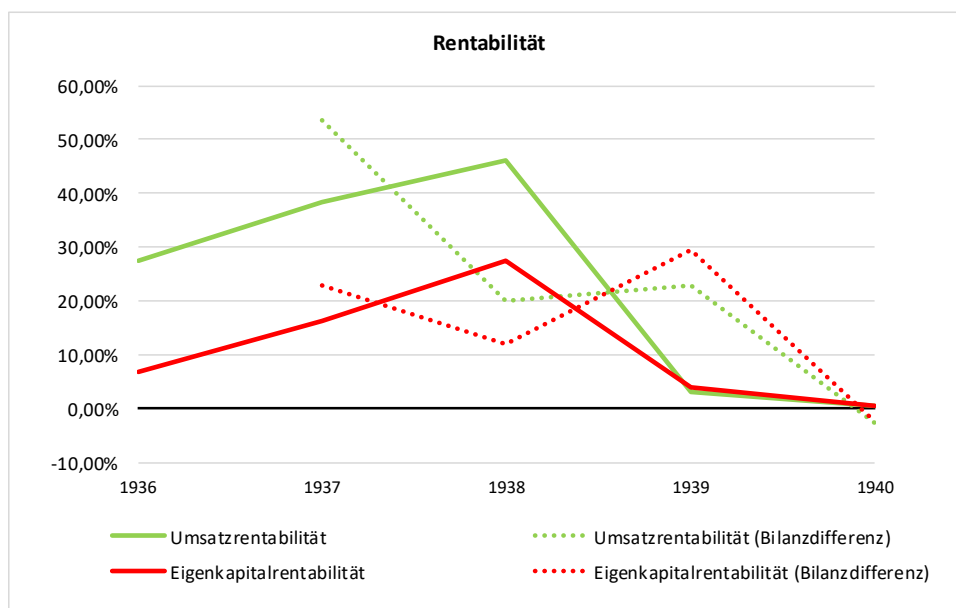
Die Kennzahlen der Bilanz veränderten sich zwischen 1936 und 1940 merklich, wenn auch nicht sehr stark. Die Anlagenintensität stieg leicht von 26% auf 36%, die Eigenkapitalquote stieg von 27% auf 46%, der Verschuldungsgrad ging zurück von 273% auf 117% und die Anlagendeckung erhöhte sich von 103% auf 129%. Dies deutet auf eine relativ stabile wirtschaftliche Lage des Unternehmens hin, welche durch den „Anschluss“ nicht wesentlich beeinflusst wurde, oder bereits davor die zu erwartenden Maßnahmen umgesetzt hatte.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 79: Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG - Kennzahlen der GuV

GuV/Jahr	1936	1937	1938	1939	1940
	in RM	in RM	in RM	in RM	in RM
Umsatz	1.357.324,44	2.619.900,67	4.352.064,31	20.293.759,83	22.680.939,87
ausgewiesener Gewinn	372.984,35	1.004.946,00	2.002.403,87	621.882,58	138.470,32
Gewinn inkl. Reserven aus Bilanzdifferenz		1.401.137,00	877.057,22	4.656.859,79	- 587.059,36

Kennzahlen zur GuV	1936	1937	1938	1939	1940
Umsatzrentabilität	27,48%	38,36%	46,01%	3,06%	0,61%
Umsatzrentabilität (Bilanzdifferenz)		53,48%	20,15%	22,95%	-2,59%
Eigenkapitalrentabilität	6,83%	16,34%	27,44%	3,95%	0,57%
Eigenkapitalrentabilität (Bilanzdifferenz)		22,78%	12,02%	29,59%	-2,42%



Dividende	1936	1937	1938	1939	1940
Aktien-/Grundkapital in RM	4.556.800,00	4.556.800,00	4.556.800,00	16.000.000,00	17.600.000,00
Dividende in RM	-	227.840,00	273.408,00	664.000,00	160.000,00
Dividende in % des Aktien-/Grundkapitals	0%	5%	6%	4%	1%

Quelle: Compass: Finanzielles Jahrbuch<sup>1112 1113</sup>, Geschäftsberichte für die Jahre 1936<sup>1114</sup>, 1938 inkl. RMEB<sup>1115</sup>  
und 1940<sup>1116</sup>, Prüfbericht über die RMEB, Berichte über die Jahre 1939<sup>1117</sup>,  
eigene Berechnung und Darstellung

<sup>1112</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch. Deutsches Reich: Land Österreich 1939, S. 571.

<sup>1113</sup> Compass: Finanzielles Jahrbuch., Deutsches Reich: Land Österreich 1940, S. 473-475.

<sup>1114</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1115</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/02/03, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1116</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/04/05, Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

<sup>1117</sup> BA-A, CA-IB Schoeller 15/01, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG.

Als Umsatz wurden der Posten Ausweispflichtiger Rohüberschuß und die Ertragsposten betrachtet. Sofern ein Vortrag ausgewiesen war, wurde dieser nicht als Umsatz gewertet und auch nicht als Teil des Gewinns für die Berechnung der Rentabilitäten berücksichtigt. Die Werte für das Jahr 1938 umfassen die Periode 01.01.1938 bis 31.10.1938 und somit ein Rumpfbjahr mit nur 10 Monaten. Das Jahr 1939 hingegen umfasst die Periode 01.11.1938 bis 31.12.1939 und somit 14 Monate. Für die vorliegende Untersuchung wurden in Abbildung 79 die Werte der Jahre 1938 und 1939 entsprechend auf 12 Monate hoch- bzw. runtergerechnet. Für die oben angeführte Bilanzanalyse war dies nicht notwendig, da sich diese nur auf Bilanzwerte und somit auf Stichtagswerte und nicht auf Periodenwerte stützt. Ausgenommen wäre der in der Passiva angeführte Periodengewinn, dies wurde aber als vernachlässigbar angesehen.

Anders als bei den Bilanzwerten stellt sich die Entwicklung des Umsatzes dar. Zwischen 1936 und 1940 konnte dieser um den Faktor 16 gesteigert werden, wobei der größte Umsatzsprung von 1938 auf 1939 feststellbar ist. Nicht gesteigert werden konnte hingegen der ausgewiesene Gewinn. Dieser war zwar durchgehend positiv, reduzierte sich jedoch ab 1939 beträchtlich und viel 1940 sogar unter dem Wert von 1936. Einen sehr schwankenden Verlauf nahm der aus der Bilanzdifferenz errechnete Gewinn, der letztlich 1940 deutlich negativ war. Die Rentabilitätskennzahlen, die bis einschließlich 1939 noch durchwegs positiv waren, beliefen sich 1940 nur mehr um 0% oder darunter.

Parallel zur Entwicklung des ausgewiesenen Gewinns verliefen auch die Dividendenzahlungen. Von 0% 1936 nahmen diese bis 1938 auf 6% zu, sanken danach aber auf 4% 1939 und 1% 1940 ab.

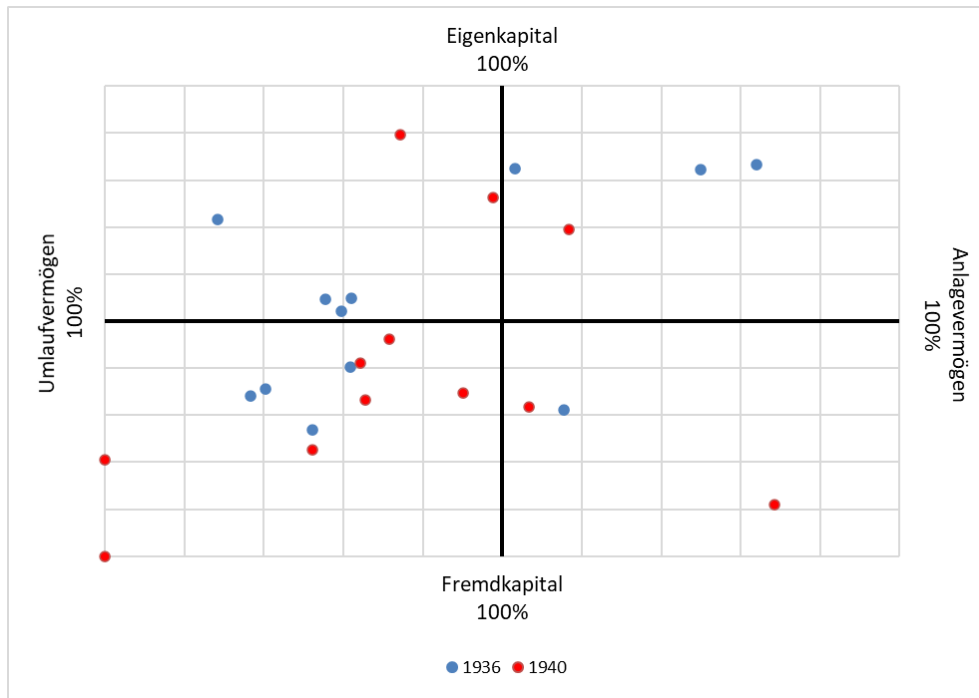
#### **4.4. Vergleichende Darstellung der Ergebnisse und Schlussfolgerung**

Nachdem die Unternehmen einzeln betrachtet wurden, werden im folgenden Kapitel Vergleiche gezogen und versucht, allgemein gültige Aussagen zu treffen.

Bei den Bilanzveränderungen hatte es verschiedene Entwicklungsrichtungen gegeben. Es gab sowohl Unternehmen, bei denen das Anlagevermögen zunahm und die Eigenkapitalquote

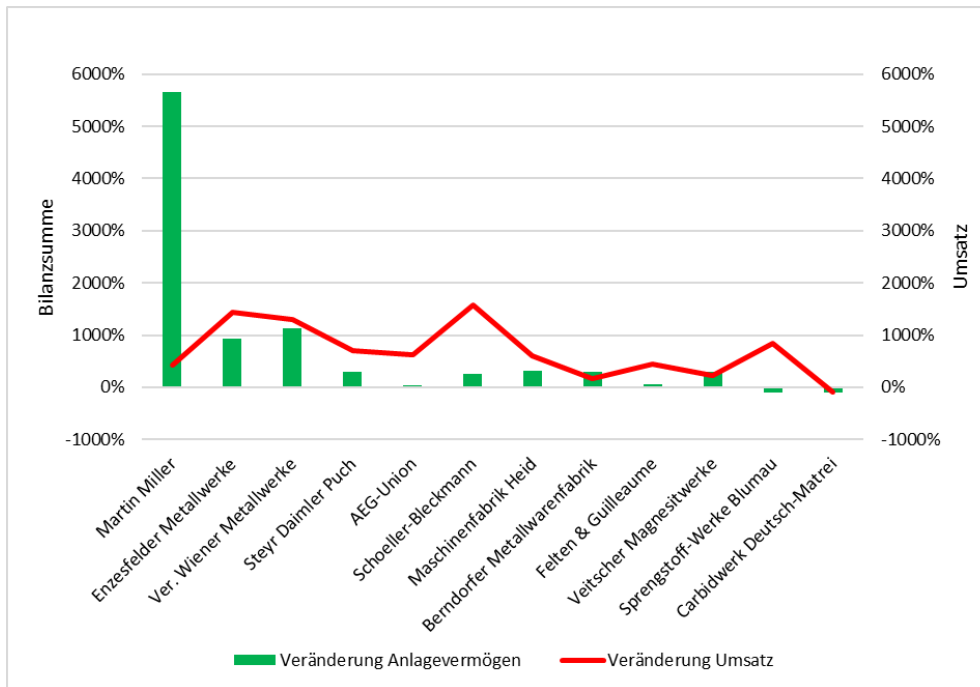
stieg als auch Unternehmen, die sich in eine gegenteilige Richtung entwickelten. Abbildung 80 zeigt jedoch, dass es zwischen 1936 und 1940 allgemein eine Veränderung hin zu einem Schwerpunkt auf die Finanzierung durch Fremdkapital und eine Tendenz zu einer Verlagerung der Vermögenswerte auf das Umlaufvermögen gab. Bestand 1936 das Kapital noch bei sieben der untersuchten Unternehmen zu mehr als 50% aus Eigenkapital, so war dies 1940 nur mehr bei drei gegeben. Das Anlagevermögen belief sich 1936 noch bei vier Unternehmen auf mehr als 50% der Aktiva, 1940 jedoch ebenfalls nur mehr bei drei. Bei Nicht-Berücksichtigung der umfangreichen Aufwertungen der Anlagevermögen vieler Unternehmen im Rahmen der RMEB und der gleichzeitigen Erhöhung der Reserven im jeweiligen Eigenkapital würde sich dieses Bild noch wesentlich verschärfen. Auch das Problem vieler Unternehmen, dass Investitionen in die Produktionskapazitäten und somit ins Anlagevermögen aufgrund von Lieferengpässen der Maschinenbauer nicht zeitgerecht durchgeführt werden konnten, kann diesen Effekt nur teilweise entschärfen, da auch bestellte aber nicht gelieferte Maschinen in der Bilanz im Anlagevermögen teilweise berücksichtigt wurden (wenn bereits Anzahlungen geleistet wurden oder bei Eigenerrichtung als Anlagen im Bau). Folglich lässt sich eindeutig feststellen, dass die Unternehmen zwar in die Anschaffung und Erneuerung von Produktionskapazitäten (Maschinen, Fabrikgebäude,...) investierten, jedoch deutlich mehr Kapital im Umlaufvermögen gebunden war und somit die gestiegene Auftragsabwicklung finanzierte. Zugleich erfolgte diese Finanzierung vermehrt durch Fremdkapital (Fremdfinanzierung) und weniger durch Eigenkapital (Eigenfinanzierung).

Abbildung 80: Entwicklung Eigenkapitalquote und Anlagenintensität der untersuchten Unternehmen 1936 auf 1940



bei der Firma *Sprengstoffwerke Blumau*, wodurch sich die Bilanzsumme verringerte, jedoch der Umsatz gleichblieb oder anstieg.

Abbildung 81: Veränderung Umsatz und Anlagevermögen der Unternehmen 1936-1940



Bei der Veränderung der Bilanzsummen und vor allem beim Anlagevermögen müssen aber, wie bereits erwähnt, die umfangreichen bilanztechnischen Änderungen im Rahmen der Erstellung der RMEB berücksichtigt werden. Ein wesentlicher Anteil des Zuwachses resultiert aus Neubewertungen der Vermögensseite und einer daraus resultierenden Erhöhung der Rücklagen, was sich auf Anlagevermögen und Eigenkapital auswirkte. Der Grund für die Erhöhung der Rücklagen ist in der Verordnung zur Umstellung der Bilanzen bzw. zu den RMEB zu finden:

*„Den Betrag des nach Abzug der Schulden sich ergebenden Vermögens, der nicht für die Festsetzung des Nennkapitals in Anspruch genommen, sondern in Rücklage gestellt wird, haben Aktiengesellschaften [...] der gesetzlichen Rücklage, Gesellschaften mit beschränkter Haftung einer besonderen Rücklage zuzuweisen, die nur zum Ausgleich von Wertminderungen und zur Deckung von sonstigen Verlusten verwendet werden darf. Dies gilt nicht, soweit der Betrag*

*nötig ist, um freiwillige offene Rücklagen, die in der Schlußbilanz ausgewiesen sind, in angemessener Höhe fortzuführen.“<sup>1118</sup>*

Diese Vorgabe, welche für einen den Mindestbetrag des neu festgesetzten Nennkapitals übersteigenden Betrag gilt, war vorrangig darauf ausgelegt, bei unsicherer betriebswirtschaftlicher Entwicklung notwendige Abschreibungen aufzufangen und GläubigerInnen einen zusätzlichen Schutz zu bieten. Der Ausweis von Rücklagen zwang Kapitalgesellschaften auch dazu, ihre bislang in Rückstellungen versteckten stillen Reserven, sofern sie solche überhaupt gebildet hatten, nun als Rücklagen darzustellen. Keinesfalls durften die Umstellung und der Ausweis von Rücklagen zu Auszahlungen an die EigentümerInnen führen<sup>1119</sup> und dienten somit der Innenfinanzierung. Die hohen Neubewertungen, vor allem des Anlagevermögens, bedeuten zwar einerseits, dass die vorhandenen Anlagen aufgrund der aussichtsreichen Kapazitätsausnutzung oftmals als noch funktionstüchtig eingestuft wurden. Andererseits wurden die Anlagen vor dem „Anschluss“ womöglich zu schnell abgeschrieben, was wiederum einige Unternehmen weniger profitabel erscheinen ließ und den EigentümerInnen aufgrund des niedrigeren ausgewiesenen Gewinns und der somit niedrigeren Steuerlast eine höhere Dividende ermöglichte. Das Paradoxe dabei ist, dass die Neubewertung des Anlagevermögens nicht nur zur Bildung von Reserven führte, sondern damit höhere Abschreibungen in den Folgejahren verbunden waren, welche wiederum den Gewinn und somit die Steuerlast reduzierten, folglich aber wieder ein erhöhter Anteil für Dividendenzahlungen oder Investitionen zur Verfügung stand. Gleichzeitig stellte eine durch gesetzliche Maßnahmen vorgegebene Reduzierung der Steuerlast eine von öffentlicher Seite ermöglichte Finanzierungsmöglichkeit und Risikoübernahme dar.

Abbildung 82 bildet die Veränderung des ausgewiesenen Gewinns von 1936 bis 1940 ab. Während vier Unternehmen ihren Gewinn in diesem Zeitraum steigern konnten, nahm er bei den restlichen sieben ab. Die *AEG-Union* hatte bereits 1936 einen Verlust ausgewiesen und erweiterte diesen noch beträchtlich bis 1940. Der Vergleich zwischen den Gruppen zeigt ebenfalls ein heterogenes Bild. Die Unternehmen der Endfertigung hatten ein leichtes Plus (*Steyr Daimler Puch* mit 4%) und ein starkes Minus (*Enzesfelder Metallwerke* mit -100%) zu

---

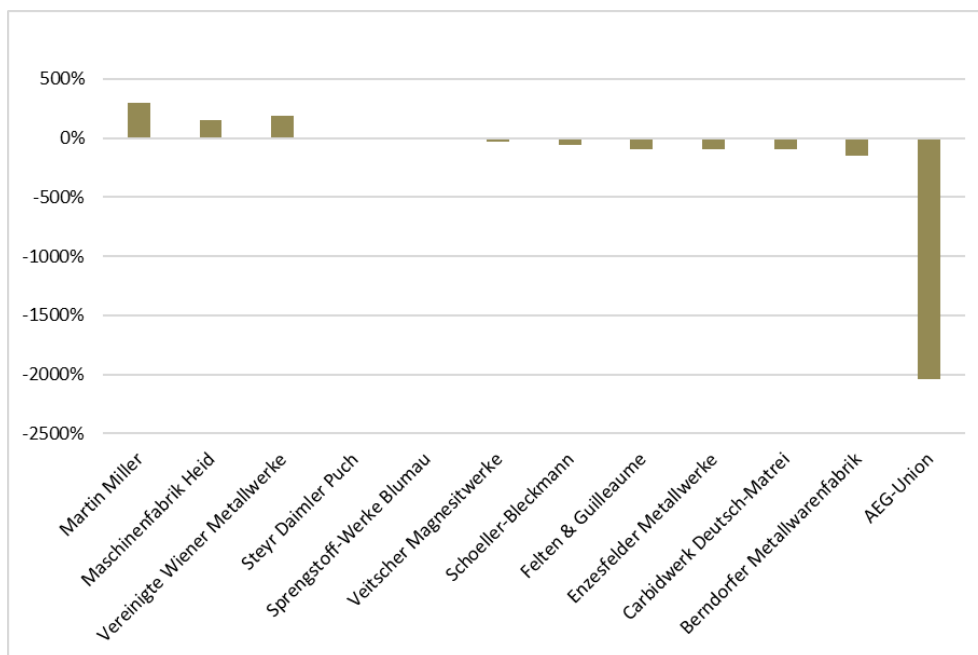
<sup>1118</sup> GBI für das Land Österreich 1938/111/390 §5(3).

<sup>1119</sup> Adler, Düring und Schmalz 1939: Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark., S. 74–77.



verbuchen, während sich die Zulieferunternehmen in einem Bereich von plus 298% (*Martin Miller*) und minus 2.037% (*AEG-Union*) bewegten. Ebenso verteilen sich die Werte der Klein- und Mittelunternehmen: *Martin Miller* und die *Maschinenfabrik Heid* steigerten ihre Gewinne um 298 bzw. 148%, die *Sprengstoff-Werke Blumau* und die *Carbitwerk Deutsch Matrei* verzeichneten ein Minus von 8 bzw. 100%, und die *AEG-Union* rutsche wie erwähnt noch wesentlich tiefer in die roten Zahlen. Bei den Unternehmen, die von Anbeginn im Blickfeld der Wehrmacht lagen, konnte nur die *Steyr Daimler Puch* eine leichte Gewinnsteigerung erzielen.

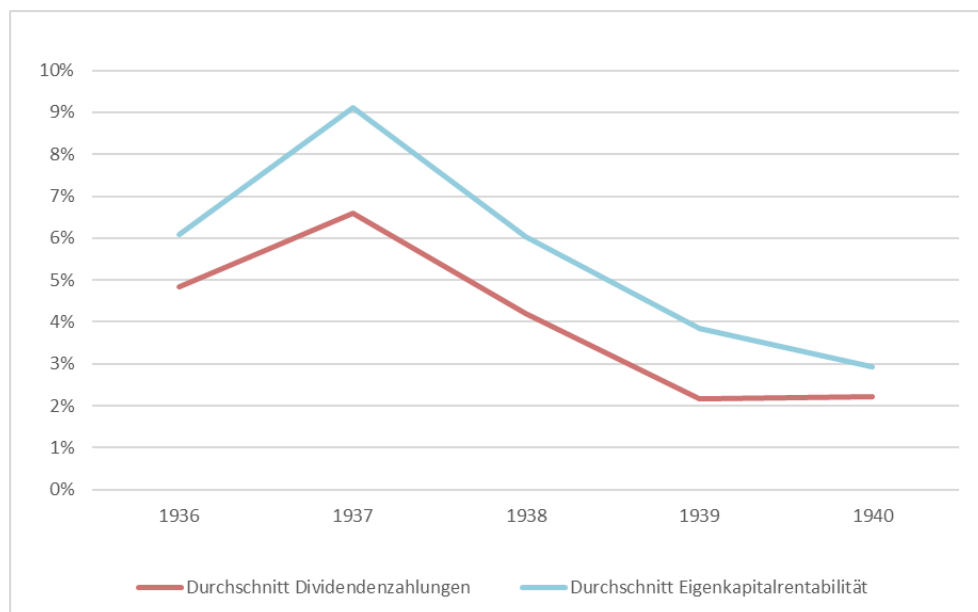
Abbildung 82: Gewinnveränderung der untersuchten Unternehmen 1936-1940



Ein interessantes Ergebnis bietet die Gegenüberstellung der durchschnittlichen Dividendenzahlungen (in % des Aktien-/Grundkapitals) und der durchschnittlichen Eigenkapitalrentabilität (auf Basis des ausgewiesenen Gewinns) in Abbildung 83. Auch wenn es zwischen den untersuchten Unternehmen teils unterschiedliche Werte gibt, so zeigen beide Durchschnittswerte ein klares Bild. Beide nahmen bis 1937 zu und verringerten sich ab 1938 wieder, wobei sie eine in etwa parallele Entwicklung erfuhren und die Dividendenzahlungen kontinuierlich unter der Eigenkapitalrentabilität lagen. Vom Spitzenwert 1937 von rund 9,1% sank die Eigenkapitalrentabilität auf rund 3% im Jahr 1940. Im gleichen Zeitraum sanken die

Dividendenzahlungen von rund 6,6% auf rund 2,2%. Somit nahm im Verlauf die tatsächliche Zahlung an die EigentümerInnen Rücksicht auf die entsprechende Eigenkapitalrentabilität, welche die mit dem Eigenkapital erwirtschaftete Rendite und somit eine Art „Verzinsung“ des von den EigentümerInnen zur Verfügung gestellten Kapitals darstellt. Zudem lässt sich daraus schließen, dass mit dem „Anschluss“ die von den Unternehmen erwirtschafteten Gewinne/finanziellen Mittel als Innenfinanzierung vermehrt durch die eigenen Umstrukturierungs- und Aufbaumaßnahmen bzw. Produktionserweiterung verzehrt wurden und somit nicht unverhältnismäßig den EigentümerInnen zur Verfügung standen, es aber jedenfalls im Durchschnitt zu Auszahlungen kam.

Abbildung 83: Vergleich durchschn. Dividendenzahlung und durchschn. Eigenkapitalrentabilität der untersuchten Unternehmen 1936-1940



In Abbildung 84 werden die Unternehmen nach Industriebereiche gegliedert und die errechneten Kennzahlen mit den jeweiligen Bereichswerten im Deutschen Reich, welche für die Jahre 1936 und 1939 vorliegen, verglichen. Die Kennzahl Anlagenintensität der untersuchten Unternehmen der Elektrotechnischen Industrie entwickelte sich in dieselbe abnehmende Richtung wie jene des gesamten Industriebereichs. Bei den übrigen Kennzahlen Eigenkapitalquote, Verschuldungsgrad und Anlagendeckung trifft dies nicht zu. Die *AEG-Union*

erhöhte zwar ihren Verschuldungsgrad und verringerte ihre Eigenkapitalquote entsprechend der Industrieentwicklung, erhöhte aber gleichzeitig gegenläufig ihre Anlagendeckung. Bei *Felten & Guillaume* hingegen entwickelten sich sowohl Eigenkapitalquote als auch Verschuldungsgrad und Anlagendeckung in andere Richtungen als die Industriekennzahlen. Sehr unterschiedlich gestaltete sich die Entwicklung in der Chemischen Industrie. Während hier auf Industriebereichsebene die Eigenkapitalquote und Anlagendeckung abnahmen bzw. der Verschuldungsgrad zunahm, erhöhte sich die Anlagenintensität. Die Entwicklung der untersuchten Unternehmen aus diesem Bereich stellt sich recht konträr dar. Markant ist aber, dass bei den *Sprengstoff-Werken Blumau* die Werte in dieselbe Richtung wie der gesamte Bereich bewegte, jedoch stärkere Ausmaße annahm, etwa die Anlagenintensität auf 0% abnahm und sich der Verschuldungsgrad auf 432% extrem steigerte. Die Unternehmen des Bereichs Berg- und Hüttenwerke folgten in ihrer Entwicklung weitgehend nicht den Industriebereichskennzahlen. So nahmen etwa Eigenkapitalquote und Anlagenintensität zu, während der Verschuldungsgrad abnahm. Nur bei der Anlagendeckung gab es zwischen den beiden Unternehmen eine gegenteilige Entwicklung. In der Maschinen- und Metallindustrie, in der sechs Unternehmen untersucht wurden, kam es ebenfalls zu einer unterschiedlichen Entwicklung. Es sticht jedoch die gemeinsame Zunahme der Anlagenintensität hervor, während die Industriebereichskennzahl unverändert blieb. Bei der Eigenkapitalquote war die Entwicklung bei vier Unternehmen gleich jener der Industrie, beim Verschuldungsgrad bei vier und bei der Anlagendeckung bei fünf Unternehmen.

Parallelen zwischen den einzelnen Unternehmen und dem jeweiligen Industriebereich sind folglich nur schwer zu ziehen. Dies hängt aber auch damit zusammen, dass die deutsche Industrie einen anderen Entwicklungsprozess im betrachteten Zeitraum durchlaufen hat und die österreichische Industrie erst auf Rüstungsproduktion umschwenken musste.

Abbildung 84: Kennzahlenvergleich untersuchte Unternehmen und jeweilige Industriebereiche 1936 zu 1939

Kennzahl Industriebereich / Jahr	Eigenkapitalquote		Verschuldungsgrad		Anlagenintensität		Anlagendeckung	
	1936	1939	1936	1939	1936	1939	1936	1939
<b>Elektrotechnische Unternehmungen</b>	<b>52%</b>	<b>42%</b>	<b>92%</b>	<b>138%</b>	<b>44%</b>	<b>36%</b>	<b>119%</b>	<b>118%</b>
AEG-Union	31%	24%	222%	323%	58%	23%	54%	103%
Felten & Guillaume	82%	84%	21%	19%	52%	48%	160%	176%
<b>Chemische Industrie</b>	<b>65%</b>	<b>54%</b>	<b>55%</b>	<b>84%</b>	<b>49%</b>	<b>54%</b>	<b>132%</b>	<b>101%</b>
Carbidwerk Deutsch-Matrei	83%	86%	20%	16%	82%	70%	102%	123%
Sprengstoff-Werke Blumau	82%	19%	22%	432%	75%	0%	110%	0%
<b>Berg- und Hüttenwerke</b>	<b>55%</b>	<b>45%</b>	<b>82%</b>	<b>120%</b>	<b>63%</b>	<b>60%</b>	<b>87%</b>	<b>76%</b>
Veitscher Magnesitwerke	72%	91%	40%	10%	14%	36%	506%	250%
Schoeller-Bleckmann	27%	49%	273%	102%	26%	34%	103%	145%
<b>Maschinen- und Metallindustrie</b>	<b>49%</b>	<b>37%</b>	<b>104%</b>	<b>167%</b>	<b>28%</b>	<b>28%</b>	<b>177%</b>	<b>136%</b>
Maschinenfabrik Heid	34%	31%	193%	226%	18%	28%	186%	111%
Martin Miller	52%	44%	92%	129%	30%	72%	175%	60%
Ver. Wiener Metallwerke	35%	27%	182%	271%	20%	45%	176%	60%
Steyr Daimler Puch	55%	55%	83%	81%	28%	29%	197%	189%
Enzesfelder Metallwerke	55%	47%	82%	112%	31%	42%	177%	113%
Berndorfer Metallwarenfabrik	40%	74%	148%	34%	31%	56%	131%	134%

Quelle Kennzahlen der Industriebereiche: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich für das Jahr 1936<sup>1120</sup> und das Jahr 1939<sup>1121</sup>; eigene Darstellung<sup>1122</sup>

Gerade Eigenkapitalquote und Anlagenintensität geben ein aussagekräftiges Bild der Vermögens- und Kapitalstruktur wider. Abbildung 85 zeigt am Beispiel der Maschinen- und Metallindustrie, dass 1939 bei vier Unternehmen ebenso wie beim Industriebereichswert die Eigenkapitalquote über der Anlagenintensität lag. Damit wird ersichtlich, dass das Anlagevermögen bei diesen Unternehmen gänzlich durch Eigenkapital gedeckt war. Es blieb sogar ein Teil zur Deckung des Umlaufvermögens. Einzig bei den Firmen *Martin Miller* und *Vereinigte Wiener Metallwerke* war die Anlagenintensität höher als die Eigenkapitalquote. Bezüglich einer Risikoabdeckung ist aber eine gegenteilige Interpretation möglich. Im Falle einer Liquidierung der Unternehmen mit einer Anlagenintensität unter der Eigenkapitalquote wäre nicht genügend verwertbares Anlagevermögen vorhanden gewesen, um die EigentümerInnen abzugelten. Ganz zu schweigen von dem Umstand, dass Anlagevermögen

<sup>1120</sup> Statistisches Reichsamt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 57. Jahrgang, 1938, Berlin 1938, S. 440-441, 8. Bilanzen der Aktiengesellschaften, b. Die Bilanzen für 1936/37 nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1936 und 30. Juni 1937.

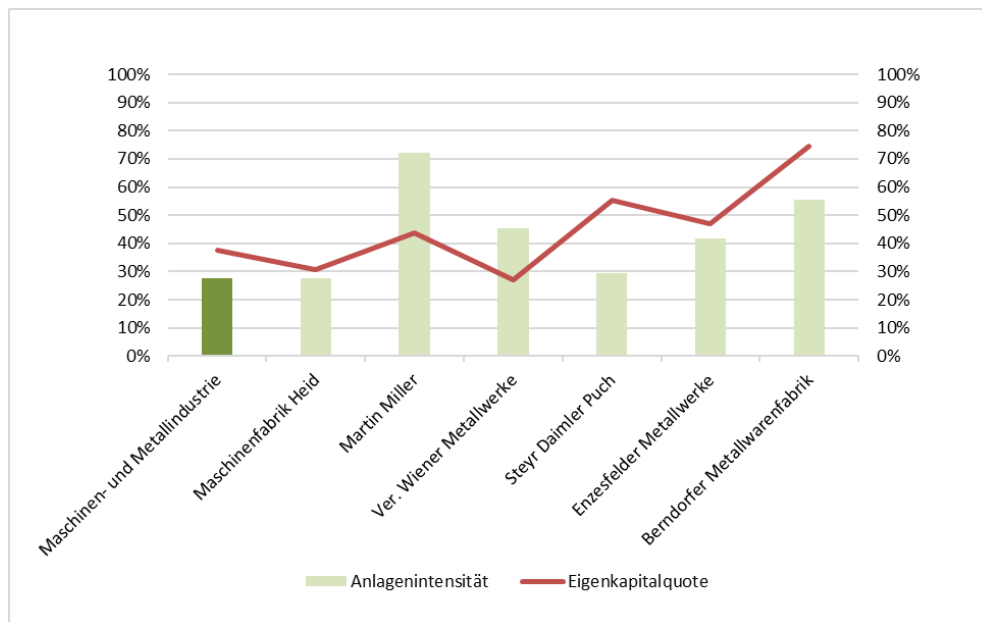
<sup>1121</sup> Statistisches Reichsamt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 59. Jahrgang, 1941/42, Berlin 1942, S. 498-499, 7. Bilanzen der Aktiengesellschaften, b. Die Bilanzen für 1939/40 nach den Abschlüssen zwischen dem 1. Juli 1939 und 30. Juni 1940.

<sup>1122</sup> Die Kennzahlen der Industriebereiche wurden anhand des Statistischen Jahrbuchs folgendermaßen errechnet: Anlagevermögen Spalten 3+4+5+Differenz Erneuerungsfonds; Umlaufvermögen Spalten 6+7+2-8; Eigenkapital Spalten 2+10+17-18; Fremdkapital Spalten 11+12+13

zunächst für die Befriedigung von Fremdkapital herangezogen worden wäre, bevor es den EigentümerInnen zugestanden hätte.

Zu bedenken ist auch, dass die Eigenkapitalquote 1939 nur bei den Firmen *Steyr-Daimler-Puch* und *Berndorfer Metallwarenfabrik* über 50% lagen. Der Hauptteil des Kapitals der anderen Unternehmen stammte aus somit grundsätzlich aus Fremdkapital.

Abbildung 85: Eigenkapitalquote und Anlagenintensität Maschinen- und Metallindustrie 1939

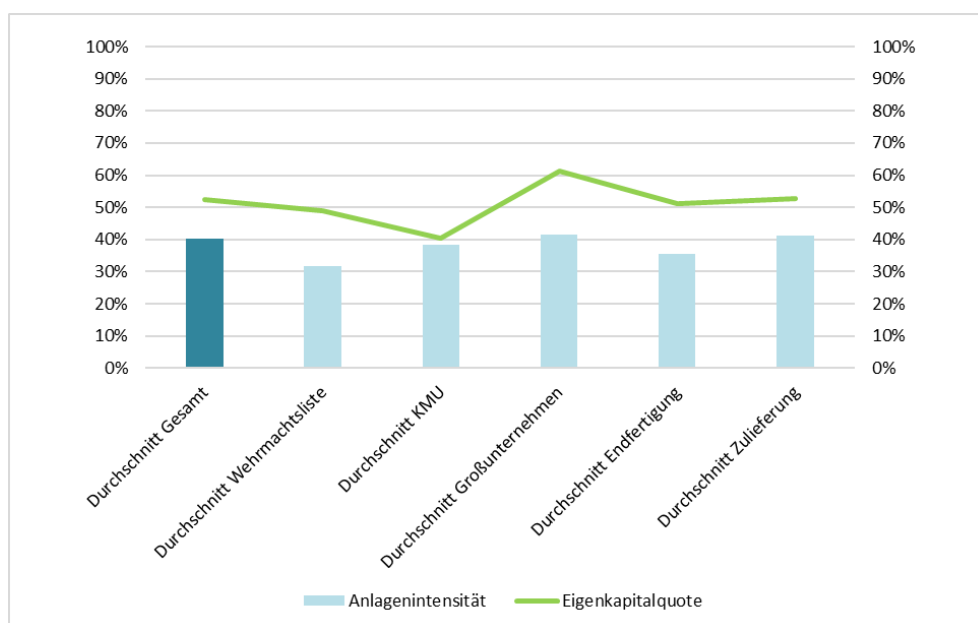


Ein gleichmäßigeres Bild ergibt sich bei Betrachtung von Durchschnittswerten (Abbildung 86) verschiedener Gruppen. Der Durchschnitt der Anlagenintensität und der Eigenkapitalquoten aller untersuchten Unternehmen beträgt 1939 40% bzw. 53%. Es war somit genügend Eigenkapital vorhanden, um das Anlagevermögen gänzlich und das Umlaufvermögen zum Teil zu decken. Die Durchschnittswerte jener Gruppe von Unternehmen, welche auf der Vormerkliste der Wehrmacht standen, liegen mit 32% bzw. 49% darunter. Bei weniger Anteil an Anlagevermögen und einer geringeren Eigenkapitalquote als der gesamte Durchschnitt war noch immer genug Eigenkapital zur Deckung des Anlagevermögens vorhanden. Bei den Klein- und Mittelunternehmen (KMU) war die Anlagenintensität mit 39% annähernd so hoch wie im Gesamtschnitt. Eine Eigenkapitalquote von 41% reichte jedoch nur knapp zur Deckung des

Anlagevermögens. Anders stand die Gruppe der Großunternehmen dar. Sie wies bei einer Anlagenintensität von 41% eine relativ hohe Eigenkapitalquote von 61% auf. Ein wesentlich größerer Teil des Eigenkapitals als bei der Gruppe der KMU verblieb folglich für die Deckung des Umlaufvermögens. Ein ähnlicher Vergleich lässt sich bei der Gegenüberstellung der Gruppe von Unternehmen mit Endfertigung von Waffen oder Munition und der Gruppe von Zulieferunternehmen ziehen. Während erstere eine Anlagenintensität von 36% bei einer Eigenkapitalquote von 51% aufweist, ergeben die jeweiligen Werte bei letzterer 41% und 53%. Beide Gruppen weisen eine gänzliche Deckung des Anlagevermögens durch Eigenkapital auf.

In Summe kann festgestellt werden, dass bei der Betrachtung von Durchschnittswerten, auch je Gruppe, eine ausreichend hohe Eigenkapitalquote zur Deckung des Anlagevermögens vorhanden war. Letztendlich legte es aber jedes Unternehmen für sich fest, ob eine Anlagendeckung eher durch Eigen-, oder vermehrt durch Fremdkapital vorhanden sein sollte. Dies war eine Frage der Unternehmensphilosophie und der Risikoverteilung und beeinflusst von den Besicherungen, welche FremdkapitalgeberInnen für die Vergabe von Krediten oder Darlehen forderten. Bilanztechnisch sollte jedenfalls sichergestellt werden, dass das langfristige Vermögen durch langfristig gebundenes Kapital finanziert wird, und das war hier der Fall.

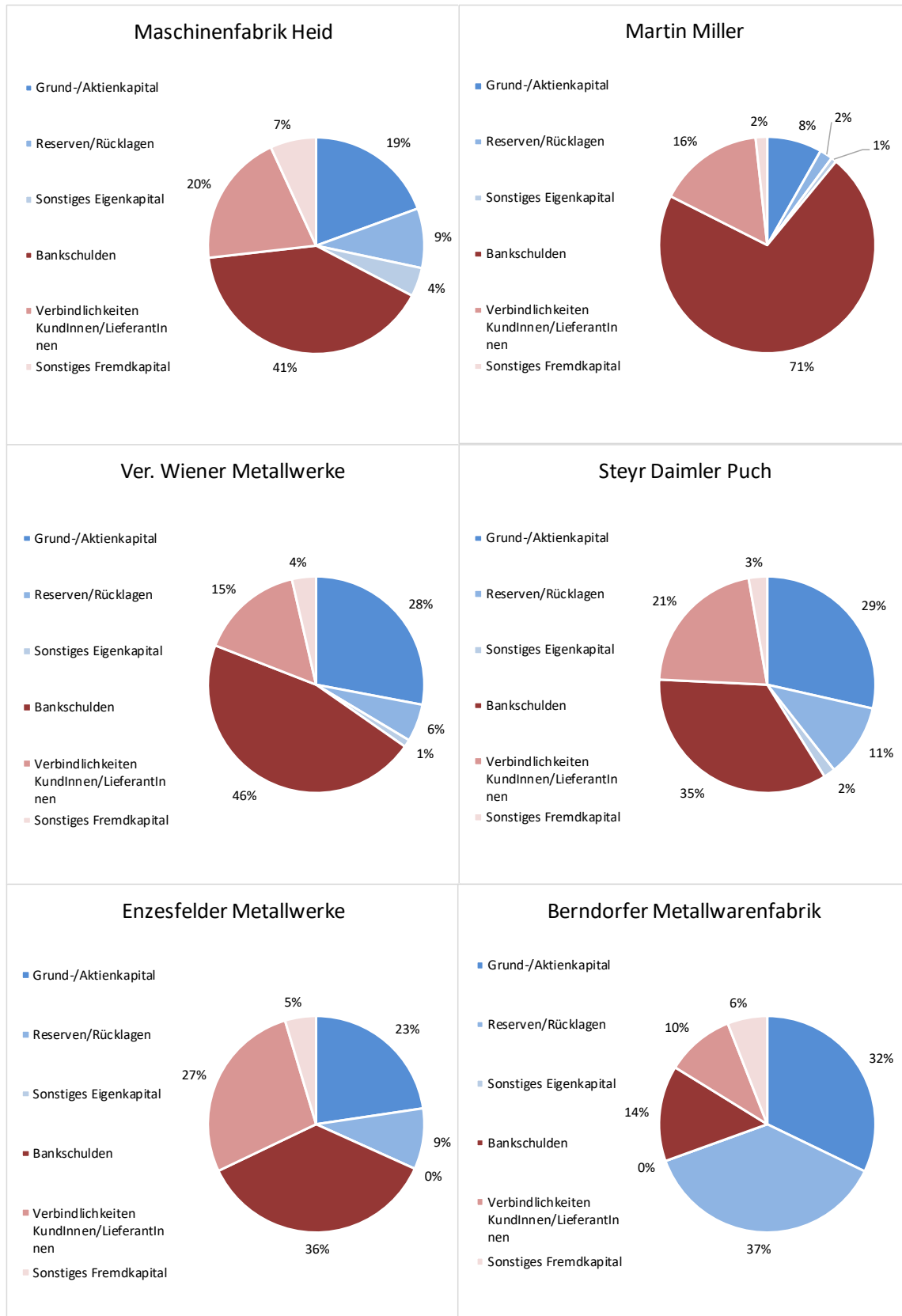
Abbildung 86: Eigenkapitalquote und Anlagenintensität verschiedener Gruppen 1939



Abschließend wird noch der Fokus auf die Passivseite gelegt. Hierzu wurde in Abbildung 87 die Zusammensetzung des jeweiligen Kapitals der Unternehmen des Bereichs Maschinen- und Metallindustrie im Jahr 1940 aufgeschlüsselt. Auffällig ist, dass in fünf der sechs Unternehmen HauptkapitalgeberInnen Banken sind. Deren Anteil reicht von 71% bei *Martin Miller* bis zu 35% bei *Steyr Daimler Puch*. Bei *Berndorfer* beträgt dieser Anteil nur 14%, es überwiegen sogar die Reserven und Rücklagen mit einem Anteil von 37% gefolgt vom Grund-/Aktienkapital mit 32%. Diese Kapitalposten des Eigenkapitals erreichen bei den anderen Unternehmen weit geringere Anteile, bei *Steyr Daimler Puch* in Summe gerade noch 40%. Eine weitere wesentliche Kapitalquelle stellen die Verbindlichkeiten gegenüber LieferantInnen und KundInnen (inkl. Konzernverbindlichkeiten) dar. Besonders ins Gewicht fällt dieser Posten bei den *Enzesfelder Metallwerken* mit einem Anteil von 27%, bei *Steyr Daimler Puch* mit 21% und bei der *Maschinenfabrik Heid* mit 20%. Vernachlässigbar sind die Posten Sonstiges Eigenkapital (vor allem einbehaltene Gewinne) und Sonstiges Fremdkapital (hauptsächlich Rückstellungen), die jeweils nur einstellige Prozentsätze aufweisen oder gänzlich nicht vorkommen. Wesentliche Schlussfolgerung dieser Gegenüberstellung ist, dass die Unternehmen hauptsächlich ihr Kapital durch Fremdfinanzierung aufbrachten, entweder über Bankschulden (Außenfinanzierung) oder durch Erhöhung ihrer Verbindlichkeiten bei LieferantInnen und KundInnen (Außenfinanzierung). Erst danach kommt die Finanzierung durch EigentümerInnen, die das Grund-/Aktienkapital erhöhten (Eigenfinanzierung) und bei den betrachteten Unternehmen höchstens 32% erreichte. Eher im Hintergrund stand bei diesen Unternehmen das selbst aufgestellte Kapital durch die Bildung von Reserven/Rücklagen oder einbehaltenen Gewinnen (Innenfinanzierung). Einzig das Unternehmen *Berndorfer Metallwarenfabrik* legte seinen Schwerpunkt auf Innen- und Eigenfinanzierung.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Abbildung 87: Zusammensetzung Unternehmenskapital Maschinen- und Metallindustrie 1940





Die Finanzierungsart gibt auch Aufschluss über die Risikoverteilung zwischen den Unternehmen, den EigentümerInnen, Banken, LieferantInnen und KundInnen. *Martin Miller* etwa hat mit seinen 71% Bankschulden das Risiko zum Großteil an Externe ausgelagert und die EigentümerInnen (Grund-/Eigenkapitalanteil von 8%) fast gänzlich davon befreit. Auch die *Vereinigten Wiener Metallwerke* haben mit 46% Bankschulden und 27% Verbindlichkeiten den LieferantInnen und KundInnen gegenüber einen wesentlichen Risikoanteil nach außen verlagert, dafür aber immerhin die EigentümerInnen zu 23% verpflichtet. Im Gegensatz hierzu tragen die Firma *Berndorfer Metallwarenfabrik* und ihre EigentümerInnen den Hauptteil (zusammen 69%) des unternehmerischen Risikos. Zu bedenken gilt, dass mit dem Bestehen von Konzernverbindlichkeiten ebenfalls ein Risiko an die EigentümerInnen ausgelagert wurde, da diese das Risiko eines Zahlungsausfalls durch das Tochterunternehmen trugen.

Für die Aufbringung umfangreichen Kapitals und die Bereitschaft, einen Anteil am Risiko zu übernehmen (welches in Kriegszeiten besonders hoch, aber auch lukrativ war), bedarf es strategischer Partner, welche zuverlässig die Unternehmensziele mittragen. Abbildung 88 listet die wesentlichen PartnerInnen, unterteilt in EigentümerInnen und Banken, der untersuchten Unternehmen auf. Es ist ersichtlich, dass hinter fast jedem Unternehmen große (deutsche) EigentümerInnen standen, die das Unternehmen nicht nur mit Kapital versorgen konnten und Verluste abfederten (*AEG-Union*), sondern auch den Zugang zu Aufträgen ermöglichten. Gleichzeitig waren die Unternehmen mit einigen großen Banken geschäftlich verbunden, vor allem die *Creditanstalt* spielte eine wichtige Rolle. Sie war bei einigen der Unternehmen zuvor selbst Eigentümerin und wurde durch den „Anschluss“ in die Position der reinen Fremdkapitalgeberin gedrängt. Bevor sie von der Deutschen Bank übernommen wurde war sie zunächst selbst in öffentlicher Hand, das Deutsche Reich übernahm somit direkt einen großen Anteil an der Kapitalbereitstellung und somit am Risiko. Werden auch noch EigentümerInnen, welche selbst reichseigene Unternehmen waren, berücksichtigt, wie die *Reichswerke Hermann Göring* oder die *Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH*, dann steigt der Risikoanteil des Reiches noch an. Gleichzeit wurde ein wesentlicher Risikoanteil an die beteiligten Banken ausgelagert, welche sich durch die Gewährung von Darlehen und Krediten eine hohe Rendite erwarteten.

## Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

**Abbildung 88: Strategische PartnerInnen der untersuchten Unternehmen**

Unternehmen	Strategische PartnerInnen	
	(Mit-)EigentümerInnen	Banken
AEG-Union	AEG Berlin	Deutsche Bau- und Boden-Bank AG, Deutsche Industriebank
Felten & Guilleaume	Felten & Guilleaume Carlsberg AG	
Carbidwerk Deutsch-Matrei	IG Farbenindustrie AG	
Sprengstoff-Werke Blumau	Verwertungsgesellschaft für Montanindustrie GmbH	Creditanstalt
Veitscher Magnesitwerke	Basler Holdinggesellschaft	
Schoeller-Bleckmann	Walther Bleckmann, Schoeller & Co., Creditanstalt	Creditanstalt, Bankhaus Schoeller & Co., Niederländisch-Indische Handelsbank N.V., Luftfahrtbank, Deutschen Industriebank
Maschinenfabrik Heid	Creditanstalt	Creditanstalt
Martin Miller	Schmidt & Clemens	Creditanstalt, Bank der Deutschen Luftfahrt AG
Ver. Wiener Metallwerke	Vereinigte Aluminium Werke AG	Creditanstalt
Steyr Daimler Puch	Reichswerke Hermann Göring	Creditanstalt, Deutsche Industriebank
Enzesfelder Metallwerke	Gebr. Böhler & Co. AG	
Berndorfer Metallwarenfabrik	Krupp Essen	

## 5. Schlussbetrachtung

Zum Abschluss dieser Arbeit werden die wichtigsten Erkenntnisse aus Literatur- und Quellenrecherche und der empirischen Studie im Rahmen der Beantwortung der in der Einleitung gestellten Forschungsfragen zusammengefasst. Zudem wird die anfangs formulierte Hypothese auf ihre Gültigkeit hin überprüft.

*Welchen Stellenwert hatte Österreichs Wirtschaft und insbesondere seine Industrie bei den Expansionsbestrebungen des Deutschen Reichs und in welchem Ausmaß gab es Verbindungen zwischen der deutschen und der österreichischen Rüstungsindustrie vor dem „Anschluss“?*

Das Deutsche Reich setzte bei seinen Expansionsplänen auf sein wirtschaftliches Potential und insbesondere den Außenhandel. Diese Strategie verfolgte es zunächst auch bezüglich seiner Österreich-Ambitionen und arbeitete an einer gemeinsamen Zollunion.<sup>1123</sup> Letztlich zielte der Plan auf einen, wenn auch vorerst nur wirtschaftlichen, Zusammenschluss von Österreich mit dem Deutschen Reich. In weiterer Folge sollten auch die Balkanstaaten einbezogen werden. Da der Handelsweg durch Österreich führte, sollte dieser nicht behindert oder durch zusätzliche Zölle und Abgaben verteuert werden. Österreich wurde durch seine Kontrolle der Verkehrswege und den Einfluss seiner politikverbundenen Banken als Hürde auf dem Weg nach Südosten gesehen.

Auch militärische Überlegungen spielten eine Rolle. Das Deutsche Reich wollte sichergehen, im Kriegsfall weiterhin von seinen Handelspartnern versorgt zu werden und im Ernstfall diese auch rasch besetzen zu können.<sup>1124</sup> Der deutsche Generalstab verlangte daher eine Sicherstellung des Zugriffs auf die Rohstoffe, Produktionsmittel, Ernten, Transportmittel und Energiequellen im Raum Mittel- und Südosteuropa. Die Selbständigkeit Österreichs sollte hierfür durchbrochen werden.<sup>1125</sup> Mit dem „Anschluss“ folgte auch ein Ende bisher

---

<sup>1123</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 41.

<sup>1124</sup> Basch 1943: The Danube basin and the German economic sphere, S. 171-172.

<sup>1125</sup> Sohn-Rethel 1992: Industrie und Nationalsozialismus, S. 103–104.

bestehender Allianzen.<sup>1126</sup> Zudem war die Umfassung der Tschechoslowakei ein wesentliches militärisch-strategisches Ziel des Deutschen Reiches.<sup>1127</sup>

Durch die Folgen der Wirtschaftskrise gab es in Österreich umfangreiche, nicht ausgeschöpfte Kapazitäten in der industriellen Produktion und Investitionen in neue Technologien und Anlagen wurden massiv reduziert. Die Produktion konnte nur durch Exportaufträge gesteigert werden, vor allem dank der deutschen Rüstungsindustrie. So konnte sich etwa *Schöller-Bleckmann* bereits frühzeitig auf den Export konzentrieren, rechtzeitig in neue Technologien investieren und eine höhere Produktqualität anbieten.<sup>1128</sup>

Vor dem „Anschluss“ war die österreichische Rüstungsproduktion im Gesamten für das Deutsche Reich wenig von Bedeutung. Obwohl es Waffen, Patronen und Schießpulver in qualitativ hochwertiger Form hätte zukaufen können, brachten diese keinen unmittelbaren Mehrwert, vorwiegend da das Deutsche Reich selbst genug produzierte, um exportieren zu können. Unabhängig davon kannte der deutsche Wehrwirtschaftsstab die Möglichkeiten der Rüstungsproduktion österreichischer Unternehmen. Grundsätzlich wurde die Industrie zwar als hochentwickelt, technisch leistungsfähig und mit nicht genutzten Kapazitäten, jedoch nicht am selben Niveau wie die deutsche Industrie produzierend und mit einem Mangel an industriellen Rohstoffen eingestuft. Allen voran führenden Unternehmen der Metallerzeugung- und -verarbeitung, der Munitionserzeugung, im Maschinen- und Fahrzeugbau und der Elektroindustrie wurde ein großes Potential zugesprochen. Von Seiten der deutschen Industrie gab es aber nur geringes Interesse an Beteiligungen und Investitionen in den Jahren vor dem „Anschluss“, und dieses zielte keineswegs auf eine wirtschaftliche Durchdringung Österreichs. Nur bei großen Beteiligungen war die nationalsozialistische Regierung bestrebt, bestehende Anteile deutscher Unternehmen an österreichischen Unternehmen nicht weiter zu reduzieren.

Der „Anschluss“ Österreichs brachte dem Deutschen Reich zwar einige Vorteile, aber auch viele Nachteile:

---

<sup>1126</sup> Freytag 2012: Deutschlands Drang nach Südosten, S. 234–235.

<sup>1127</sup> Murray 1984: The Change in the European Balance of Power, 1938-1939, S. 150.

<sup>1128</sup> Wessels 2007: Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938, S. 305–306.

- die exponierte und schwer zu verteidigende geographische Lage
- ein unzureichendes Verkehrsnetz, das umfangreicher Investitionen bedurfte
- die österreichischen Arbeitslosen würden das deutsche Versorgungssystem belasten
- das wirtschaftliche Potential lag nur in einer Kapazitätsausweitung der deutschen Industrie
- es gab einen Mangel an Kohle, Kupfer, Zink, Nickel, chemischen Rohstoffen und Nahrungsmittel
- hohe Abhängigkeit von Auslandseinfuhren

Die mit dem „Anschluss“ übernommenen Gold- und Devisenreserven stellten eine kurzfristige Erleichterung der angespannten deutschen Lage dar, sollten aber nicht reichen, um die mit dem „Anschluss“ geerbte Abhängigkeit Österreichs von importierten Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu bezahlen<sup>1129</sup> und konnten das deutsche Währungsdefizit letztlich nur etwas mehr als ein Jahr lang kompensieren.<sup>1130</sup> Zudem kamen noch Österreichs Auslandsschulden. Erleichtert wurde die Zahlungssituation lediglich durch das umfangreiche österreichische Clearingguthaben in Südosteuropa.

Österreich war damit wehrwirtschaftlich gesehen eine Belastung für das Deutsche Reich und hatte, abgesehen von seiner militärisch-strategischen Lage, nur für die Erweiterung der deutschen Rüstungsproduktion einen erkennbaren Mehrwert.

*Wie veränderte sich die betriebswirtschaftliche Lage der österreichischen Rüstungsindustrie durch den „Anschluss“?*

Das österreichische Bruttoninlandsprodukt sollte, unterstützt von besonderen Schutzvorkehrungen wie der Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs, mithilfe eines erhöhten Industrialisierungsgrads gesteigert werden. Dieser schloss eine Ausweitung der Technisierung, der Umstellung auf eine leistungsorientierte Gesellschaft und

---

<sup>1129</sup> Tooze 2008: Ökonomie der Zerstörung, S. 354–357.

<sup>1130</sup> Ritschl 2001: Nazi Economic Imperialism and the Exploitation of the Small: Evidence from Germany's Secret Foreign Exchange Balances, 1938-1940, S. 330.

Investitionen in die Infrastruktur mit ein.<sup>1131</sup> Im Rahmen von Rationalisierungsmaßnahmen wurden in der Rüstungsproduktion die Massenfertigung eingeführt, die Normierung von Produktteilen veranlasst und die Produktvielfalt reduziert.<sup>1132</sup> Gleichzeitig sollten die überholten Produktionsanlagen, Managementdefizite, mangelnde Effizienz und die weit verbreiteten schlechten Arbeitsbedingungen und Sozialstandards modernisiert werden.<sup>1133</sup> So investierte beispielsweise die *Maschinenfabrik Heid* neben Produktionsanlagen in die Errichtung von modernen Garderoben, Wasch- und Sanitäreinrichtungen, die Einführung einer Gesundheitsbetreuung, den Bau eines Sportplatzes und die Einrichtung eines Gefolgschaftsraumes.

Ebenso erfolgte eine Umstellung des Entlohnungssystems, welches auf die vorgegebene Stückzahl oder die Arbeitszeit ausgerichtet war. Dabei sollten die einzelnen MitarbeiterInnen einer direkten Kontrolle unterliegen.<sup>1134</sup> Ebenfalls kam es zu Änderungen in der Ausbildung, nicht zuletzt infolge des ständig akuten Arbeitskräftemangels. So wurden bei *Martin Miller* Lehrlingsausbildung und Umschulungen erweitert.

Zudem wurden die Preise einer strengen Regulierung und die Rohstoffe einem Zuteilungssystem unterworfen und die Handelsspannen, vor allem bei Rohstoffen und Halbfabrikaten, festgesetzt.<sup>1135</sup> Die Umstellung auf eine Automatisierung der Produktionsanlagen benötigte einen geringeren Belegschaftsstand, ermöglichte es aber auch, einfache Arbeitskräfte schnell anzulernen.<sup>1136</sup> Vor allem der Einsatz von Einzweckmaschinen beschleunigte die Produktion und erlaubte den Einsatz ungelernter Arbeitskräfte nach kurzer Anlernzeit.<sup>1137</sup> Der Durchsetzung der industriellen Rationalisierungsmaßnahmen kamen die nun vorherrschende Kommandowirtschaft, fehlenden parlamentarischen Hürden und der Abbau bürokratischer Prozesse entgegen.<sup>1138</sup>

Aufgrund der hohen Anforderungen in Verbindung mit der Rüstungsproduktion etablierte sich, wie schon im Altreich, auch in Österreich ein Netz der Zulieferindustrie. Die

---

<sup>1131</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 348–351.

<sup>1132</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 220–223.

<sup>1133</sup> Sandgruber 1995: Ökonomie und Politik, S. 429.

<sup>1134</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, 225–227 und 246.

<sup>1135</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 146–147.

<sup>1136</sup> Perz 2014: Das Projekt "Quarz", S. 73.

<sup>1137</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 220–223.

<sup>1138</sup> Mommsen 1995: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 394–396.

Zulieferindustrie spielte bei der Rüstungsproduktion eine wesentliche Rolle. Dies verlangte einerseits eine genaue Abstimmung in der Lieferkette, zum anderen auch Maßnahmen zur Ausfallsvermeidung, etwa durch alternative Liefermöglichkeiten.<sup>1139</sup> Zusätzlich sollte durch ein System des Outsourcing von Teilarbeiten und der Erweiterung des Zuliefernetzwerks die Arbeitseffizienz und damit die Produktivität gesteigert werden.<sup>1140</sup> Es waren eher Großunternehmen, die sich schneller mit der neuen Situation zurechtfinden, zumal viele von ihnen den Vorteil deutscher Mutterkonzerne mit entsprechendem Know-how hatten.<sup>1141</sup> Bei kleinen, sich produktionstechnisch ergänzenden oder überschneidenden Unternehmen innerhalb eines bestimmten Absatzgebietes wurde ein Zusammenschluss gefördert, um die geforderten Rationalisierungsmaßnahmen umsetzen zu können. So kam es etwa zu Lieferzusammenschlüssen von Munitionsfertigungsunternehmen.

Da aber einige Unternehmen bereits vor dem „Anschluss“ mit Rationalisierungsmaßnahmen begonnen hatten, waren diese kein spezifisches Merkmal des „Anschlusses“, sondern auf betriebswirtschaftlicher Logik basierende Maßnahmen. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass diesbezüglich die Industrie des Deutschen Reichs bereits vor dem „Anschluss“ als Vorbild diente bzw. unterlagen die betroffenen Unternehmen bei der Abwicklung von deutschen Rüstungsaufträgen bereits gewissen Anforderungen. Zudem wurden diese Maßnahmen durch den „Anschluss“ forciert und in vielen Wirtschaftsbereichen gleichzeitig durchgeführt.

Weitere Änderungen ergaben sich durch die Übernahme österreichischer Unternehmen. Einerseits wurde das Eigentum an Industrieunternehmen zwangsmäßig übertragen, etwa im Rahmen der „Arisierung“, oder auf Nachdruck, wie bei der *Creditanstalt*, andererseits konnten einige EigentümerInnen ihre Beteiligungen halten oder sich anderweitig mit dem neuen Regime arrangieren. In allen Fällen kam es jedoch zur Entlassung von jüdischen oder dem Nationalsozialismus nicht gesinnten MitarbeiterInnen, wobei das oberste Management meist zuerst „bereinigt“ wurde.

---

<sup>1139</sup> Bagel-Bohlan 1975: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939, S. 128–130.

<sup>1140</sup> Scherner, Streb und Tilly 2014: Supplier networks in the German aircraft industry during World War II and their long-term effects on West Germany's automobile industry during the 'Wirtschaftswunder', S. 1001-1002.

<sup>1141</sup> Ostermann 1939: Die Elektroindustrie der Ostmark, S. 314–315.

Für die Unternehmen ergaben sich auch Umstellungen bei der Feststellung ihrer wirtschaftlichen Situation im Rahmen ihres Jahresabschlusses. Es wurden umfangreiche bilanztechnische Änderungen bei der Erstellung der Reichsmarkeröffnungsbilanz eingeführt, etwa bei der Neubewertung der Vermögensseite oder der neuen Gliederung. Damit einher ging eine erhöhte Transparenz betriebswirtschaftlicher Vorgänge und eine bessere Vergleichbarkeit mit anderen Unternehmen.

*Welche Faktoren erschwerten die Eingliederung in das deutsche Wirtschaftssystem?*

Unmittelbar als Reaktion auf den „Anschluss“ zog sich ein Teil des ausländischen Kapitals aus Österreich zurück<sup>1142</sup>, wodurch beträchtliche finanzielle Mittel verloren gingen. Auch mit dem neu übernommenen deutschen Steuersystem konnte das Reich seine hohen Ausgaben in Österreich nicht vollständig decken<sup>1143</sup> und es bremste den wirtschaftlichen Aufschwung Österreichs, da die Abgabe der Steuern ans Deutsche Reich eine hohe Belastung der österreichischen Liquidität darstellte.<sup>1144</sup> Ebenfalls erschwerend für einen wirtschaftlichen Aufschwung wirkten sich die Zurückstufung der Bereiche Konsumgüterindustrie und Verkehr aus. Zudem erfolgten wichtigen Normierungen erst verspätet, die Innovationstätigkeiten wurden durch fehlgeleitete Investitionen teilweise gehemmt<sup>1145</sup>, es fehlte an Kontrollnummern und an Betriebsmitteln wie Prüflernen, und der für die Rüstungsindustrie wichtige Bereich der Werkzeugmaschinenindustrie wurde stark vernachlässigt.

Hinzu kamen Lieferengpässe deutscher Unternehmen bzw. lag die Modernisierung der österreichischen Industrie aus Sicht der deutschen Industrie nicht immer auf der höchsten Dringlichkeitsstufe.<sup>1146</sup> Aufgrund von Verordnungen durften diese Anlagen aber oftmals nicht in Österreich hergestellt werden, sondern mussten aus dem Altreich bezogen werden. Nicht produktionsreife Waffenanforderungen bedingten sich schnell ändernde

---

<sup>1142</sup> Hanisch 1994: Der lange Schatten des Staates., S. 338.

<sup>1143</sup> Banken 2018: Hitlers Steuerstaat, S. 297.

<sup>1144</sup> Luza 1977: Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit, S. 132.

<sup>1145</sup> Mommsen 1995: Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung, S. 394-397.

<sup>1146</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 115–116.



Produktionsprozesse, welche wiederum vielseitig einsetzbare Werkzeugmaschinen benötigten, die aber oft nicht lieferbar waren.<sup>1147</sup>

Die zur Produktionssteigerung notwendige genaue Planung von Produktionsmengen, Kapazitätserweiterungen, Rohstoff- und Arbeitskräftezuteilungen war ein wesentlicher Erfolgsfaktor, welcher aber durch die dezentralen Beschaffungsinstitutionen nicht immer effizient wahrgenommen wurde. Auch fehlte eine genaue Übersicht über die Zulieferindustrie, wodurch es an Kontrollfähigkeit mangelte und viele dieser Unternehmen nicht als Rüstungsunternehmen eingestuft waren und somit nicht oberste Priorität bei Rohstoff- und Arbeitskräftezuteilungen hatten. Diese Umstände erschwerten die Vereinheitlichung von Produktionsprogrammen und verhinderten einen effizienteren Produktionsprozess.<sup>1148</sup> Auch die Einteilung der Produktion in Dringlichkeitsstufen brachte nur wenig Abhilfe. Nachdem diese Stufen auch nicht immer bekannt waren oder nicht bis an den Anfang der Lieferkette vereinheitlicht wurden, kam es zu erheblichen Lieferverzögerungen oder Produktionsausfällen. Eine weitere Belastung für die Firmen war mitunter auch der umfangreiche bürokratische Verwaltungsaufwand.

Die Relevanz der Unternehmen für die Rüstungsproduktion wurde hinsichtlich ihrer finanziellen Situation, der angebotenen Produktpalette und weiterer Produktionsmöglichkeiten von deutschen WirtschaftsprüferInnen und -expertInnen beurteilt. Die Erkenntnisse aus deren Bericht konnten auch zur Stilllegung eines Unternehmens führen, wenn dieses der Rüstungsproduktion keinen Nutzen brachte.<sup>1149</sup> Da es nicht jedem Unternehmen möglich war, die benötigten finanziellen Mittel aufzustellen, produzierten viele von ihnen auf alten, von nicht rüstungsrelevanten Unternehmen beschlagnahmten Maschinen. Hier kam es jedoch immer wieder zu Ausfällen aufgrund mangelnder Reparaturwerkstätten.<sup>1150</sup> Auch im Krieg erbeutete Maschinen sollten in laufende Produktionsprozesse integriert werden. Sie waren jedoch oft von unterschiedlicher Bauart, es fehlte an Ersatzteilen und Zubehör oder sie waren nicht mit der vorhandenen Stromversorgung kompatibel. Einige Unternehmen bauten ihre Maschinen selber oder

---

<sup>1147</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 220–223.

<sup>1148</sup> Bagel-Bohlan 1975: Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939, S. 128–130.

<sup>1149</sup> Moser 1995: Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945, S. 150.

<sup>1150</sup> Schreiber 1994: Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol, S. 90.

begaben sich eigenständig auf die Suche in besetzten Gebieten. Auch wurden Maschinen von Unternehmen verwendet, die keine Rüstungsproduktion in ihr Programm aufnehmen konnten. Der große Bedarf an Produktionsmaschinen führte auch zu einem Schwarzmarkthandel mit gebrauchten Anlagen.

Einige Unternehmen planten frühzeitig für die Produktion ziviler Güter nach Kriegsende und investierten ihre bescheidenen Mittel lieber in die dafür notwendigen Mehrzweckmaschinen.<sup>1151</sup> Zudem mussten viele Klein- und Mittelunternehmen ihr Programm weitgehend auf die Anforderungen der *Reichswerke Hermann Göring* abstimmen.<sup>1152</sup> Viele Klein- und Mittelunternehmen konnten erst durch öffentliche Aufträge die für Rationalisierungsmaßnahmen und Produktionsanpassungen notwendigen finanziellen Mittel aufbringen. Es wurden Fusionierungen von österreichischen mit deutschen Unternehmen angeregt, welche aber wiederum mit hohen Abgaben verbunden waren und somit Kosten verursachten.

Die erfolgte Angleichung von Preisen war für die Industrie grundsätzlich problematisch. Aufgrund der Aufwertung des Schillings wurde zwar das Lohnniveau, aber auch die österreichischen Preise von Verbrauchsgütern und Produktionsmittel angehoben. Gleichzeitig wurden aber die Verkaufspreise auf das Niveau im Altreich gesenkt. Hierdurch wurden etwa bei *Steyr* die Erlöse pro verkaufter Einheit geschmälert und gleichzeitig die Gewinnspanne reduziert. Weitere Gewinnschmälerungen entstanden durch hohe Strom- und Transportkosten und Zinsbelastungen durch Kredite aus der Zeit vor dem „Anschluss“.

Das Wetter stellte ebenfalls ein Problem für viele Produktionsunternehmen, etwa für *Martin Miller*, dar. Die Kälte im Winter führte zu Ausfällen in der Stromversorgung und erschwerte Bauarbeiten im Freien. Hinzu kam noch Hochwasser, dass sich auf die Transportzuverlässigkeit auswirkte. Mit den Einberufungen zur Wehrmacht gingen zudem den Unternehmen, wie der *Maschinenfabrik Heid* oder der *Enzesfelder*, wichtige Arbeitskräfte verloren. Überdies wurde vermehrt die Zuverlässigkeit der österreichischen ArbeiterInnen bemängelt. Wichtige Rüstungsunternehmen konnten des Öfteren durch ihre Verbindung mit den

---

<sup>1151</sup> Hachtmann 1996: Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945, S. 220–223.

<sup>1152</sup> Schoeller 1939: Die Entwicklung der Eisen schaffenden und der Eisen verarbeitenden Industrie in der Ostmark., S. 310.

Rüstungsinspektionen Einberufungen verhindern oder zumindest hinauszögern. Vielen Zulieferunternehmen gelang dies nicht, wodurch wiederum die Produktion wichtiger Vorprodukte gehemmt wurde. Auch der Einsatz von Kriegsgefangenen brachte nur wenig Erleichterung. Wenn diese Arbeitskräfte nicht noch kurzfristig in anderen Gebieten und Unternehmen eingesetzt wurden, so hatten die Unternehmen die Kosten für deren Unterbringung selbst zu tragen. Viele Unternehmen versuchten diesen Mangel zu kompensieren. *Schoeller-Bleckmann* und andere Unternehmen begannen Facharbeitskräfte durch Lehrlingsausbildung und (Um)schulungsmaßnahmen aus den eigenen Belegschaftsreihen zu formen.

*Welchen Handlungsspielraum hatten österreichische Rüstungsunternehmen in ihrer betriebswirtschaftlichen Umstellung?*

Ein gewisser Spielraum war den Unternehmen im Rahmen der Umstellungen auf Rüstungsproduktion gegeben. Viele Anlagen von nicht rüstungsrelevanten Unternehmen wurden zwar zwangsmäßig Rüstungsunternehmen zugewiesen. Dabei war es EigentümerInnen mit Unterstützung lokaler Behörden und Parteidienststellen mitunter aber möglich die Wehrmacht davon überzeugen, ihnen ihre Maschinen zu belassen, um selber Rüstungsgüter zu produzieren, hauptsächlich zur Munitionsfertigung.

Auch beim Produktionsprogramm gab es Gestaltungsmöglichkeiten. Einige Unternehmen produzierten selbst während des Kriegs neben Rüstungsgütern auch zivile Güter. Sie verfolgten eine langfristige Perspektive und hatten entsprechende Gewinnerwartungen. Dabei regelten sie eigenständig den Einsatz von Eigenmitteln und die Verteilung freier Kapazitäten und verhinderten die Belegung von Produktionsanlagen durch ausschließliche Rüstungsgüterproduktion.<sup>1153</sup>

Bei Auswahl und Abschluss von Verträgen gab es ebenfalls für Unternehmen Verhandlungsmöglichkeiten und sie konnten sich auf die Vertragserfüllung durch das Reich

---

<sup>1153</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, 398-399 und 405.

verlassen.<sup>1154</sup> Sie konnten Bedingungen aushandeln und Verträge auch ablehnen, ohne dem Zwang des Regimes ausgesetzt zu sein oder gar verstaatlicht zu werden. Unternehmertum wurde von den Nationalsozialisten grundsätzlich hochgeschätzt. Privates Eigentum wurde als Voraussetzung zur Entwicklung der Kreativität von Mitgliedern der deutschen Rasse im Interesse des Volkes gesehen, es hatte erhöhtes Kostenbewusstsein, es zielte auf Effizienzsteigerung und förderte technischen Fortschritt. Investitionsvorhaben in der Rüstungsindustrie wurden zudem oftmals von Unternehmen initiiert.<sup>1155</sup>

Sofern es zu Beteiligungen an oder Übernahmen von Unternehmen kam, war es in einigen Fällen möglich, diese vorab zu blockieren. Dies geschah etwa mithilfe von Syndikatsverträgen. Die *Creditanstalt* und die Familie Reithoffer konnten damit und mit Unterstützung des Reichswirtschaftsministeriums einen Einstieg der *Continental* bei der *Semperit* verhindern. Auch die EigentümerInnen der Firma *Schoeller-Bleckmann* unterzeichneten einen Syndikatsvertrag zum Zweck der gemeinsamen Beschlussfassung aller das Unternehmen betreffenden Angelegenheiten, der ihnen auch einen gewissen Schutz vor möglichen neuen GesellschafterInnen bot. Wenn solch ein Vertrag nicht zustande kam bzw. genehmigt wurde, gab es noch andere Möglichkeiten, die Verbindung zu einem Unternehmen aufrechtzuerhalten. Im Fall der *Vereinigten Wiener Metallwerke* musste zwar die *Creditanstalt* ihre Anteile abgeben, konnte sich jedoch ein Vorkaufsrecht sichern und ein Vorzugsrecht bei der Abwicklung künftiger Bankgeschäfte heraushandeln.

Eine gewisse Handlungsfreiheit blieb den Unternehmen, jedenfalls solange sie nicht im direkten Fokus mächtiger Unternehmen wie den *Reichswerken Hermann Göring* lagen oder „Arisierungsoffer“ wurden.

*Wie wurde die Umstellung der Rüstungsindustrie nach dem „Anschluss“ finanziert und wer trug das wirtschaftliche Risiko?*

Zur Ankurbelung der Wirtschaft besicherte das Reich umfangreiche Kredite, die von Banken wie der *Creditanstalt*, *Länderbank Wien*, der *Deutschen Bank* und der *Dresdner Bank* etwa für

---

<sup>1154</sup> Scherner 2006: Das "Gesetz zur Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" und die NS-Autarkiepolitik, S. 361–363.

<sup>1155</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 411.

die Wiederingangsetzung von Unternehmen, die Aufrechterhaltung der Belegschaft und die Stärkung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber deutschen MitbewerberInnen vergeben wurden.<sup>1156</sup> Zur Förderung und Risikoabsicherung der Unternehmen bei ihren Investitionen wurden verschiedene Maßnahmen getroffen:

- Förderprämienverfahren, Zusagen von Rüstungsaufträgen
- Wirtschaftlichkeitsgarantieverträge
- Zuschussverträge
- Pachtverträge
- Risikoteilungsverträge/Bürgschaften<sup>1157 1158</sup>
- Reglementierung von Mengen und Preise von aus dem Altreich importierten Gütern<sup>1159</sup>
- gesetzliche Maßnahmen zur Reduzierung der Steuerlast
- Erleichterung der Abschreibung auf betriebliches Anlagevermögen
- Kriegsrisikoklauseln zur Absicherung von Überkapazitäten nach Beendigung des Krieges

Auch in vorübergehend schwierigen Situationen erfolgte eine Unterstützung von öffentlicher Seite, so geschehen etwa bei den finanziellen Schwierigkeiten, die einigen Klein- und Mittelunternehmen infolge der Drosselung der Munitionsfertigung entstanden sind. Die Unternehmen konnten Ersatz-, Abgeltungs- und Kreditansprüche geltend machen, um damit Umstellungskosten von nicht aktivierbaren Anlagekosten, Anlaufkosten und Kosten für begonnene, aber nicht mehr abgenommene Wehrmachtsaufträge erstattet zu bekommen. Zudem wurden Kredite für aktivierbare Anlagen der Munitionsfertigung bereitgestellt. In

---

<sup>1156</sup> Feldman 2015: Austrian banks in the period of National Socialism, 311-312.

<sup>1157</sup> Scherner 2004: „Ohne Rücksicht auf Kosten“?, S. 185–186.

<sup>1158</sup> Scherner 2006: Das "Gesetz zur Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" und die NS-Autarkiepolitik, S. 358–359.

<sup>1159</sup> Lackinger 2007: Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert, S. 111.

dringenden Einzelfällen wurde auch ein Vorschuss auf Zahlungen gewährt. Bei vielen dieser Maßnahmen wurde ein Großteil des Risikos der Investitionen auf den Staat abgewälzt.

Die Finanzierung von Investitionen erfolgte im Altreich meist mithilfe von Eigenmitteln. Die Unternehmen erwirtschafteten durch hohe Gewinne und Abschreibungen genügend Eigenmittel, um ihre Produktion und die eigenen Investitionen selbst zu finanzieren, ohne auf den Kapitalmarkt zurückgreifen zu müssen<sup>1160</sup>, wodurch die Nachfrage nach Fremdkapital, vor allem nach staatlichen Krediten, abnahm. Dies war aber auch einem eingeschränkten Zugang zum Kapitalmarkt zu verdanken<sup>1161</sup>, wodurch das Kriegsrisiko nicht auf sonstiges Fremdkapital übertragbar war. Die empirische Untersuchung österreichischer Rüstungsunternehmen hat aufgezeigt, dass zwar den Unternehmen Eigenkapital zur Verfügung stand, die Finanzierung der betrieblichen Umstellungen und Investitionen aber vorwiegend durch Fremdkapital erfolgte. Dieses wurde hauptsächlich in die Erweiterung und Erneuerung von Produktionskapazitäten investiert, jedoch auch für die Auftragsabwicklung herangezogen. Das Fremdkapital wurde einerseits (und zum größten Teil) von Banken bereitgestellt, andererseits stellten die Verbindlichkeiten gegenüber LieferantInnen und KundInnen (inkl. Konzernverbindlichkeiten) eine wesentliche Kapitalquelle dar. Erstere dienten, abgesehen von etwaigen Betriebsmittelkrediten, vorwiegend der Finanzierung von Anlagevermögen, letztere der Finanzierung von Umlaufvermögen.

Auch die aus dem laufenden Geschäft lukrierten Einnahmen wurden zur Deckung der Auftrags- und laufenden Kosten verwendet und weder oder nur in geringem Ausmaß vom Unternehmen als Investitionsreserve einbehalten noch in großem Ausmaß den EigentümerInnen ausgeschüttet. Eine weitere Finanzierungsquelle eröffnete sich durch die Erstellung der Reichsmarkeröffnungsbilanz. Die Neubewertung des Anlagevermögens führte nicht nur zur Bildung von Reserven, sondern auch zu höheren Abschreibungen in den Folgejahren, welche den Gewinn und somit die Steuerlast reduzierten, jedoch die liquiden Eigenmittel für Investitionen erhöhten.

---

<sup>1160</sup> Buchheim und Scherner 2006: The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry, S. 396–397.

<sup>1161</sup> Scherner 2010: Anreiz statt Zwang, S. 141–144.

Mit der Finanzierungsart ist in der Regel auch die Risikoverteilung zwischen Unternehmen, EigentümerInnen, Banken, LieferantInnen und KundInnen verbunden. Der Großteil des Risikos wurde demnach nach außen verlagert.

*Welchem Zweck diente die Eingliederung der österreichischen Rüstungsindustrie?*

Die Umstellung der österreichischen Rüstungsindustrie auf die Anforderungen des Deutschen Reichs war geprägt von umfangreichen Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen, welche aber schon vor dem „Anschluss“ von einigen Rüstungsunternehmen durchgeführt oder zumindest begonnen wurden. Diese betrafen zwar zu einem wichtigen Teil die technische Aufwertung bestehender Produktionskapazitäten und deren Erweiterung, zielten jedoch nicht auf eine nachhaltige Wertsteigerung der Unternehmen, sondern auf eine rasche Umsetzung der Vorgaben für die Fertigung von Rüstungsgütern. Dies zeigt sich daran, dass viele Firmen alte Maschinen von anderen Firmen oder Beutegut einsetzten oder in einfach zu bedienende Maschinen für die Massenfertigung investierten. Die dafür notwendigen finanziellen Mittel wurden in erster Linie durch Außenfinanzierung, und hier wiederum vorwiegend durch Fremdfinanzierung, aufgebracht. Investitionen in Fabriksgebäude, Produktionsanlagen und soziale Einrichtungen wurden weitgehend durch Bankkredite oder Fördermaßnahmen des Reichs finanziert, die laufende Auftragsbearbeitung durch die Erhöhung von Verbindlichkeiten den Zulieferunternehmen, den KundInnen oder den Mutterkonzernen gegenüber. Sofern eine Erhöhung des Grund-/Aktienkapitals mit der Einbringung von liquiden Mitteln verbunden war, wurden auch diese zur Finanzierung der Produktionserweiterung herangezogen. Die mit dem „Anschluss“ verbundene Umstellung der Unternehmensbilanzen von Schilling auf Reichsmark-Werte im Rahmen der Erstellung der Reichsmarkeröffnungsbilanz brachte einige Schwierigkeiten, etwa bei der Vermögensbewertung, aber auch einige Vorteile mit sich. Die bei vielen der untersuchten Unternehmen erfolgten Aufwertungen ihres Anlagevermögens aufgrund der vorhandenen, jedoch nicht genutzten Kapazitäten, brachte den Unternehmen zusätzliche Reserven und eine erhöhte Abschreibung, die es ihnen in den Folgejahren ermöglichte, durch einen geringeren Gewinnausweis und damit verbunden geringeren Steuerzahlungen mehr finanzielle Mittel zur

Innenfinanzierung einzubehalten. Auch wenn die Neubewertungen oftmals im Sinne der AdressatInnen vorgenommen wurden, hatte die Erstellung der Reichsmarkeröffnungsbilanz selbst eine einschneidende und nachhaltige Wirkung, nicht nur in Hinblick auf die Unternehmensfinanzierung, sondern auch durch ihre maßgebliche Veränderung der Bilanzierungsvorschriften in Österreich. Dennoch darf der betriebswirtschaftliche Effekt des „Anschlusses“ in den unmittelbar folgenden Jahren nicht überinterpretiert werden. Wie sich gezeigt hat, lag das bilanzielle Wachstum bei einigen Unternehmen nach dem „Anschluss“, unter Bereinigung der Effekte der Reichsmarkeröffnungsbilanz, nicht über jenem, welches das Unternehmen bereits vor dem „Anschluss“ verbuchen konnte. Dies bedeutet, dass diese Unternehmen entweder bereits vor dem „Anschluss“ von der Aufrüstung des Deutschen Reichs profitierten oder danach keinen überproportional großen Substanzaufbau, selbst bei steigender Auftragslage und zunehmendem Umsatz, erreichen konnten. Jedenfalls war das Deutsche Reich vorrangig an der österreichischen Rüstungsindustrie zum Zweck der Kapazitätserweiterung und der Absicherung des Zuliefernetzwerks für seine Rüstungsproduktion interessiert, musste dafür umfangreiche finanzielle Mittel aufbringen, war aber auch gleichzeitig dazu bereit, das entsprechende Risiko für seine Investitionen zu tragen. Die deutschen Unternehmen sahen in den Investitionen in österreichische Unternehmen die Möglichkeit, die Investitionseinschränkungen zum Schutz der *Reichswerke Hermann Göring* im Altreich zu umgehen, die Vorgaben zum Outsourcing durch Verlagerung einzelner Produktionsschritte zu erfüllen und auch das Risiko bzgl. Nachkriegsüberkapazitäten zu reduzieren, indem dieses auf die österreichischen Unternehmen übertragen wurde. Zudem dürfte die Modernisierung österreichischer Unternehmen günstiger gewesen sein als einen Neubau von Produktionsanlagen im Altreich zu errichten. Bereitwillige Unterstützung zur Finanzierung ihrer Vorhaben fanden die Unternehmen in den Banken, die ihrerseits durch die Bereitstellung von Krediten und Darlehen von der steigenden Rüstungsproduktion profitieren wollten.

Der „Anschluss“ der österreichischen Rüstungsindustrie stand gänzlich im Zeichen der Kriegsvorbereitung und wurde von Seiten des Deutschen Reiches nicht auf eine nachhaltige und die Bedürfnisse nach Kriegsende befriedigende wirtschaftliche Entwicklung ausgerichtet. Aufbauend auf den Erkenntnissen dieser Arbeit sollte weitere Forschung zu diesem Themenbereich einerseits die Nutzungsmöglichkeiten der nach Kriegsende noch vorhandenen



Produktionssubstanz der Rüstungsindustrie für Konsumproduktion untersuchen und der Frage nach Beständigkeit und Relevanz der durchgeführten Rationalisierungs- und Modernisierungsmaßnahmen nachgehen. Andererseits ist von Interesse, inwiefern einige der durch das Kriegsende entstandenen Auswirkungen auf Banken und die Republik Österreich auf das von ihnen getragene Finanzierungsrisiko zurückgeführt werden kann bzw. ob dieses Risiko rechtzeitig auf die Rüstungsunternehmen abgewälzt und Profite daraus erzielt werden konnten.

Eingangs wurde die folgende Hypothese aufgestellt:

*Die österreichische Rüstungsindustrie war zwischen der Weltwirtschaftskrise und dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich im Vergleich mit der deutschen Rüstungsindustrie aus wehrwirtschaftlicher Sicht rückständig, jedoch mit umfangreichen, nicht ausgenützten Kapazitäten ausgestattet. Der Eingliederungsprozess der Rüstungsunternehmen ins Deutsche Reich war daher geprägt von umfangreichen Finanzmitteln, welche hauptsächlich von deutschen Rüstungsunternehmen für den Erwerb österreichischer Rüstungsunternehmen, die Erweiterung der Produktionskapazitäten sowie die Umsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen bereitgestellt wurden.*

Diese Hypothese besitzt somit teilweise Gültigkeit. Richtig ist, dass die österreichische Rüstungsindustrie weitgehend rückständig war und offene Kapazitäten aufwies. Sie bedurfte daher umfangreicher finanzieller Mittel, um ihr Leistungspotential durch Investitionen und die Umsetzung von Rationalisierungsmaßnahmen zu steigern. Jedoch wurden umfangreiche Teile dieser Mittel nicht nur durch deutsche Unternehmen und somit Eigenkapital aufgebracht. Diese leisteten zwar einen großen Beitrag, trugen aber nicht die finanzielle Hauptlast und somit auch nicht den Hauptteil des Risikos. Beides wurde durch deutsche bzw. österreichische Banken und das Deutsche Reich und somit durch Fremdkapital getragen.

6. Anhang

6.1. Jahresabschlüsse Maschinenfabrik Heid AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	49.700,00	Aktienkapital	700.000,00
Gebäude	250.000,00	Agioreservefonds	300.061,60
Maschinen und Einrichtungen	526.172,24	Reservefonds lt. Statuten	70.000,00
Barbestände und Guthaben bei Banken	216.124,95	Wertverminderung der Anlagen	212.173,00
Debitoren	1.712.457,64	Kreditoren	2.201.055,62
Vorräte	798.066,64	Gewinnvortrag aus 1935	13.635,80
		Gewinn 1936	55.595,45
<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.552.521,47</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>3.552.521,47</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verwaltungs- und Verkaufsunkosten	693.566,53	Bruttogewinn	908.323,24
Wertverminderung der Anlagen	66.000,00		
a.o. Wertverminderung (gesetzlich)	15.500,00		
Zinsen	52.661,26		
Körperschaftsteuer-Rückstellung	25.000,00		
Gewinn	55.595,45		
<b>Summe</b>	<b>908.323,24</b>	<b>Summe</b>	<b>908.323,24</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, CA-18 Heid-Vulkan 08/06

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	49.700,00	Aktienkapital	700.000,00
Gebäude	250.000,00	Agioreservefonds	300.061,60
Maschinen	585.087,48	Reservefonds lt. Statuten	83.898,87
Barbestände und Bankguthaben	610.790,80	Wertverminderung der Anlagen	301.473,00
Debitoren	2.087.302,97	Rückständige Dividenden	295,00
Vorräte	1.158.898,40	Kreditoren	3.199.507,55
		Gewinnvortrag	20.332,38
		Gewinn 1937	136.211,25
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.741.779,65</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.741.779,65</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verwaltungs- und Verkaufsunkosten	863.730,73	Bruttogewinn	1.314.655,66
Wertverminderung der Anlagen	75.200,00		
a.o. Wertverminderung (gesetzlich)	14.100,00		
Zinsen	110.413,68		
Körperschaftsteuer-Rückstellung	115.000,00		
Gewinn 1937	136.211,25		
<b>Summe</b>	<b>1.314.655,66</b>	<b>Summe</b>	<b>1.314.655,66</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1937, CA-18 Heid-Vulkan 08/06

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	33.133,33	Aktienkapital	466.666,67
Gebäude	349.253,40	Agioreservefonds	200.041,07
Maschinen und Einrichtungen	401.132,31	Reservefonds lt. Statuten	78.634,45
Barbestände und Bankguthaben	56.604,87	Versteuerte Rücklagen	140.000,00
Debitoren	1.487.361,72	Wertverminderung der Anlagen	260.436,00
Vorräte	1.654.842,50	Noch nicht ausbezahlte Dividenden	2.160,67
Rechnungsabgrenzungsposten	22.695,17	Verbindlichkeiten	2.733.072,40
		Rechnungsabgrenzungsposten	66.626,84
		Gewinnvortrag 1937	20.327,21
		Gewinn 1938	37.057,99
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.005.023,30</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.005.023,30</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Verwaltungs- und Verkaufsunkosten	640.930,22	Bruttogewinn	838.421,36
Wertverminderung der Anlagen	59.454,00		
Zinsen	80.979,15		
Körperschaftsteuer-Rückstellung	20.000,00		
Gewinn 1938	37.057,99		
<b>Summe</b>	<b>838.421,36</b>	<b>Summe</b>	<b>838.421,36</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1938, CA-18 Heid-Vulkan 08/06

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.013.365,75</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>1.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	10.000,00	<b>Rücklagen</b>	<b>458.311,02</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	490.000,00	gesetzliche	300.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	450.000,00	freie	158.311,02
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	50.000,00	<b>Wertberichtigung auf Außenstände</b>	<b>48.615,39</b>
Beteiligungen	12.880,75	<b>Rückstellungen</b>	<b>83.971,67</b>
Andere Wertpapiere	485,00	<b>Abfertigungen und Pensionsrückstellungen</b>	<b>34.756,74</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.170.162,08</b>	<b>Fürsorgefonds für die Gefolgschaft</b>	<b>30.986,29</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	580.448,36	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.537.989,97</b>
Halbfertige Erzeugnisse	907.874,98	Anzahlungen von Kunden	381.604,39
Fertige Erzeugnisse, Waren	233.185,83	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	449.776,52
Hypothekarisch sichergestellte Forderungen	8.750,00	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	1.475.741,56
Geleistete Anzahlungen	55.413,46	Sonstige Verbindlichkeiten	230.867,50
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	1.105.849,93	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>10.007,12</b>
Forderungen an Konzernunternehmungen	161.717,38	<b>Verbindlichkeiten aus treuhändiger Verwaltung (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>176.915,53</b>
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postscheckguthaben	35.184,48		
Andere Bankguthaben	21.420,39		
Sonstige Forderungen	60.317,27		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>21.110,37</b>		
<b>Forderungen aus treuhändiger Verwaltung (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>176.915,50</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.204.638,20</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>4.204.638,20</b>

Quelle: BA-A, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB, CA-IB Heid-Vulkan 08/03

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	1.503.418,96	Grundkapital	1.000.000,00
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	9.355,94	Rücklagen	458.311,02
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	873.084,75	Gesetzliche Rücklagen	300.000,00
Unbebaute Grundstücke	38.100,00	Freie Rücklagen	158.311,02
Maschinen und maschinelle Anlagen	466.177,17	Wertberichtigung	129.331,82
Modelle und Vorrichtungen	33.367,04	auf Beteiligungen	6.378,50
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	70.410,56	auf Außenstände	122.953,32
Beteiligungen	12.923,50	Rückstellungen	169.253,77
Umlaufvermögen	3.933.241,36	Abfertigungen und Pensionsrückstellungen	33.950,16
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	996.396,34	Fürsorgefonds für die Gefolgschaft	30.398,73
Halbfertige Waren	1.309.824,20	Verbindlichkeiten	3.506.292,78
Fertige Waren	323.389,72	Anzahlungen von Kunden	798.573,45
Wertpapiere des Umlaufvermögens	182.124,16	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	332.587,29
Hypothekarisch sichergestellte Forderungen	5.832,00	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.080.371,40
Geldierte Anzahlungen	35.428,83	Sonstige Verbindlichkeiten	294.760,64
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	855.221,28	Rechnungsabgrenzungsposten	42.216,01
Forderungen an Konzernunternehmen	111.493,56	Verbindlichkeiten aus treuhändiger Verwaltung (nicht in Bilanzsumme enthalten)	10.361,64
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	33.863,85	Reingewinn	84.074,54
Anderer Bankguthaben	16.345,11		
Wechsel	1.569,57		
Sonstige Forderungen	61.752,74		
Rechnungsabgrenzungsposten	17.168,51		
Forderungen aus treuhändiger Verwaltung (nicht in Bilanzsumme enthalten)	10.361,64		
Bilanzsumme	5.453.828,83	Bilanzsumme	5.453.828,83

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	2.324.120,07	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	3.661.246,99
Soziale Abgaben	211.084,10	Außerordentliche Erträge	101.812,57
Abschreibungen auf Wertberichtigungen	718.624,98		
auf Anlagen	620.592,52		
auf Beteiligungen	6.378,50		
auf Umlaufvermögen	91.653,96		
Zinsen	168.711,05		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	156.575,44		
Beiträge an Berufsvertretungen	27.272,46		
Außerordentliche Aufwendungen	72.596,92		
Reingewinn	84.074,54		
Summe	3.763.059,56	Summe	3.763.059,56

Quelle: BA-A, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939, CA-18  
Heid-Vulkan 08/03

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.687.737,33</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>1.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	141.091,61	<b>Rücklagen</b>	<b>458.311,02</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	1.027.342,30	Gesetzliche Rücklagen	300.000,00
Unbebaute Grundstücke	51.417,85	Freie Rücklagen	158.311,02
Maschinen und maschinelle Anlagen	372.757,93	<b>Wertberichtigung</b>	<b>108.666,02</b>
Modelle und Vorrichtungen	26.918,92	auf Beteiligungen	6.248,75
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	55.414,97	auf Außenstände	92.548,67
Beteiligungen	12.793,75	auf sonstiges Umlaufvermögen	9.868,60
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.441.791,82</b>	<b>Rückstellungen</b>	<b>246.647,81</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.011.245,23	<b>Abrfertigungen und Pensionsrückstellungen</b>	<b>33.070,20</b>
Halbfertige Waren	1.252.981,43	<b>Pensionsrückstellungen für die Gefolgschaft</b>	<b>30.000,00</b>
Fertige Waren	159.654,86	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>3.112.758,71</b>
Wertpapiere des Umlaufvermögens	500,00	Hypothekenschulden	101.918,00
Hypothekarisch sichergestellte Forderungen	2.916,00	Anzahlungen von Kunden	460.305,55
Geldierte Anzahlungen	15.210,84	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	270.151,57
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	704.880,12	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	1.985.452,56
Forderungen an Konzernunternehmen	58.201,79	Sonstige Verbindlichkeiten	294.931,03
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	61.141,73	<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>43.803,84</b>
Andere Bankguthaben	21.048,25	<b>Reingewinn</b>	<b>113.409,21</b>
Wechsel	30.565,20	Vortrag aus dem Jahre 1939	21.674,54
Sonstige Forderungen	123.446,37	Reingewinn des Jahres 1940	91.734,67
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>17.137,66</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.146.666,81</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>5.146.666,81</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
<b>Löhne und Gehälter</b>	<b>2.602.799,41</b>	<b>Gewinnvortrag aus dem Jahre 1939</b>	<b>21.674,54</b>
<b>Soziale Abgaben</b>	<b>195.417,19</b>	<b>Ausweispflichtiger Rohüberschuß</b>	<b>4.028.226,56</b>
<b>Abschreibungen auf Wertberichtigungen</b>	<b>794.558,30</b>	<b>Außerordentliche Erträge</b>	<b>183.929,60</b>
auf Anlagen	780.346,66		
auf Umlaufvermögen	14.211,64		
<b>Zinsen</b>	<b>236.174,38</b>		
<b>Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen</b>	<b>193.303,72</b>		
<b>Beiträge an Berufsvorteilungen</b>	<b>12.661,84</b>		
<b>Außerordentliche Aufwendungen</b>	<b>85.506,65</b>		
<b>Reingewinn</b>	<b>113.409,21</b>		
Vortrag aus dem Jahre 1939	21.674,54		
Reingewinn des Jahres 1940	91.734,67		
<b>Summe</b>	<b>4.233.830,70</b>	<b>Summe</b>	<b>4.233.830,70</b>

Quelle: BA-A, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940, CA-1B Heid-Vulkan 08/03

6.2. Jahresabschlüsse Martin Miller AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Fabrikationsanlagen	200.141,51	Aktienkapital	210.000,00
Kassa und Debitoren	344.762,93	Agioreservefonds	90.000,00
Vorräte	127.325,42	Reservefonds lt. Statuten	25.433,01
		Kreditoren	322.298,78
		Gewinn	24.498,07
		Vortrag aus 1935	4.031,12
		Gewinn 1936	20.466,95
Bilanzsumme	672.229,86	Bilanzsumme	672.229,86

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verwaltungsregie	229.472,37	Gewinnvortrag aus 1935	4.031,12
Abschreibungen bei Fabrikationsanlagen	26.634,32	Fabrikationsgewinn	276.573,64
Gewinn	24.498,07		
Vortrag aus 1935	4.031,12		
Gewinn 1936	20.466,95		
Summe	280.604,76	Summe	280.604,76

Quelle : BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, CA-IB Miller 11./05./06

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Fabrikationsanlagen	200.323,40	Aktienkapital	210.000,00
Kassa und Debitoren	457.100,45	Agioreservefonds	90.000,00
Vorräte	301.641,25	Reservefonds lt. Statuten	30.549,75
		Kreditoren	572.731,77
		Gewinn	55.783,58
		Vortrag aus 1936	4.681,33
		Gewinn 1937	51.102,25
Bilanzsumme	959.065,10	Bilanzsumme	959.065,10

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verwaltungsregie	277.763,55	Gewinnvortrag aus 1936	4.681,33
Abschreibungen bei Fabrikationsanlagen	37.052,87	Fabrikationsgewinn	365.918,67
Gewinn	55.783,58		
Vortrag aus 1936	4.681,33		
Gewinn 1937	51.102,25		
Summe	370.600,00	Summe	370.600,00

Quelle : BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1937, CA-IB Miller 11./05./06

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	105,42	Aktienkapital	140.000,00
Gebäude	95.159,56	Agioreserve	60.000,00
Wasserkraft	29.545,37	Reservefonds lt. Statuten	42.910,21
Maschinen und Fabrikeinrichtungen	47.496,08	Versteuerte Rücklagen	40.790,89
In Bau befindliche Anlagen	3.135,97	Wertberichtigung zu Forderungen	13.907,77
Kassa- und Bankguthaben	18.227,68	Rückstellungen für ungewisse Schul	41.075,15
Forderungen	277.630,92	Verbindlichkeiten	358.934,89
Eigene Aktien	302,62	Rechnungsabgrenzungsposten	9.165,60
Vorräte	255.123,57	Gewinn	20.001,69
Rechnungsabgrenzungsposten	59,01	Vortrag aus 1937	3.472,01
		Gewinn 1938	16.529,68
Bilanzsumme	726.786,20	Bilanzsumme	726.786,20

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Verwaltungs- und Verkaufsfunkosten	231.404,62	Gewinnvortrag aus 1937	3.472,01
Abschreibungen bei Fabrikationsanlagen	70.003,74	Fabrikationsgewinn	317.938,04
Gewinn	20.001,69		
Vortrag aus 1937	3.472,01		
Gewinn 1938	16.529,68		
Summe	321.410,05	Summe	321.410,05

Quelle : BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1938, CA-IB Miller 11./07./08

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>743.372,49</b>	<b>Aktienkapital</b>	<b>750.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	142.480,00	<b>Gesetzliche Rücklagen</b>	<b>177.119,93</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden u. anderen Bauten	189.014,00	<b>Wertberichtigungen des Umlaufvermögens</b>	<b>13.907,77</b>
Unbebaute Grundstücke	17.175,60	<b>Rückstellungen</b>	<b>44.051,55</b>
Wasserkraft	110.000,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>379.016,12</b>
Leitungsnetz	32.560,00	Waren- und Leistungsschulden	104.173,04
Maschinen und maschinelle Anlagen	189.933,20	Bankschulden	204.244,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	59.073,72	Sonstige Verbindlichkeiten	59.399,08
In Bau befindliche Anlagen	3.135,97	Dividende 1938	11.200,00
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>620.722,88</b>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	183.618,46		
Halbfertige Erzeugnisse	49.873,78		
Fertige Erzeugnisse	64.429,06		
Handelswaren	35.422,71		
Eigene Aktien	1,00		
Geleistete Anzahlungen	1.270,00		
Waren- und Leistungsforderungen	243.750,64		
Wechsel	5.245,59		
Kassenbestand und Postscheckguthaben	14.224,28		
Bankguthaben	4.003,40		
Sonstige Forderungen	18.883,96		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.364.095,37</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.364.095,37</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1938, Anhang RMEB, CA-IB Miller 11/07/08

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	1.629.228,39	Aktienkapital	750.000,00
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	148.429,70	Gesetzliche Rücklagen	177.119,93
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden u. a. Baulichkeiten	184.089,80	Wertberichtigungen des Umlaufvermögens	11.937,20
Unbebaute Grundstücke	41.527,60	Rückstellungen	71.034,56
Wasserkraftanlagen	105.828,00	Verbindlichkeiten	1.185.013,38
Stromleitungsnetz	27.676,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	101.413,61
Maschinen und maschinelle Anlagen	170.939,88	Bankschulden	1.031.114,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48.512,66	Sonstige Verbindlichkeiten	52.485,77
Kurzlebige Wirtschaftsgüter	-	Posten der Rechnungsabgrenzung	1.823,66
In Bau befindliche Anlagen	902.224,75	Reingewinn 1939	58.263,21
Umlaufvermögen	620.497,57		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	147.402,43		
Halbfertige Erzeugnisse	46.743,33		
Fertige Erzeugnisse	77.853,55		
Handelswaren	39.990,85		
Wertpapiere	2.000,00		
Eigene Aktien	1,00		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	221.693,34		
Wechsel	568,65		
Kassenbestand und Postcheckguthaben	10.841,95		
Bankguthaben	3.275,24		
Sonstige Forderungen	70.127,23		
Posten der Rechnungsabgrenzung	5.465,98		
Bilanzsumme	2.255.191,94	Bilanzsumme	2.255.191,94

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	371.500,42	Ertrag gemäß Aktiengesetz	574.666,06
Soziale Abgaben	32.367,62	Außerordentliche Erträge	5.820,27
Freiwillige Aufwendungen für die Gefolgschaft	10.575,79		
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	49.083,73		
Zinsen	14.730,05		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	29.717,46		
Sonstige Steuern und Abgaben	8.487,74		
Beträge an Berufsvvertretungen	2.192,11		
Außerordentliche Aufwendungen	3.568,20		
Gewinn 1939	58.263,21		
Summe	580.486,33	Summe	580.486,33

Quelle: BA-A, Bericht der Treuerverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939, Anlage Geschäftsbericht, CA-IB Müller 11/04



Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	7.694.535,07	Aktienkapital	750.000,00
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	162.379,40	Gesetzliche Rücklage	177.119,93
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden u. a. Baulichkeiten	179.165,60	Wertberichtigung zu Posten des Umlaufvermögens	7.611,98
Unbebaute Grundstücke	41.527,60	Rückstellungen	158.297,01
Wasserkraftanlagen	101.656,00	Verbindlichkeiten	7.974.853,24
Stromleitungsnetz	22.792,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	710.131,60
Maschinen und maschinelle Anlagen	178.075,57	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmungen	138.900,19
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	88.896,72	Bankschulden	6.529.283,00
Kurzlebige Wirtschaftsgüter	-	Sonstige Verbindlichkeiten	596.538,45
In Bau befindliche bewertungsfreie Anlagen	2.440.422,02	Gewinn	67.581,71
In Bau befindliche sonstige Anlagen	4.479.620,16	Vortrag aus dem Jahre 1939	13.263,21
Umlaufvermögen	1.440.928,80	Reingewinn 1940	54.318,50
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	369.797,62		
Halbfertige Erzeugnisse	53.951,94		
Fertige Erzeugnisse	123.111,24		
Handelswaren	55.129,77		
Eigene Aktien	1,00		
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	14.110,00		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	215.426,91		
Schecks	1.419,30		
Kassenbestand einschließlich Postcheckguthaben	33.498,99		
Bankguthaben	4.693,59		
Sonstige Forderungen	569.788,44		
Bilanzsumme	9.135.463,87	Bilanzsumme	9.135.463,87

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	700.903,91	Gewinnvortrag aus 1939	13.263,21
Soziale Abgaben	59.544,61	Ertrag gemäß Aktiengesetz	981.441,71
Freiwillige Aufwendungen für die Gefolgenschaft	23.900,38	Außerordentliche Erträge	3.596,40
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	61.840,46		
Zinsen	14.027,43		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	51.325,85		
Sonstige Steuern und Abgaben	5.727,65		
Beiträge an Berufsvertretungen	4.895,65		
Spenden	6.824,20		
Außerordentliche Aufwendungen	1.729,47		
Gewinn 1939	67.581,71		
Vortrag aus 1939	13.263,21		
Gewinn 1940	54.318,50		
Summe	998.301,32	Summe	998.301,32

Quelle: BA-A, Bericht der Treuerverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940, Anlage, CA-1B Miller 11/04

6.3. Jahresabschlüsse Vereinigte Wiener Metallwerke AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling		
Aktiva	Passiva	
Grundstücke und Gebäude	Aktienkapital	600.000,00
Maschinen und Fabrikeinrichtungen	Reservefonds lt. Statuten	52.472,87
Barbestände und Guthaben bei Banken	Kreditoren	1.035.322,95
Debitoren	Tratten	219.530,47
Riessen	Gewinn 1936	37.368,57
Vorräte		
Bilanzsumme	Bilanzsumme	1.944.694,86

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling		
Lasten	Erträge	
Allgemeine Unkosten	387.335,01	Bruttogewinn
Abschreibungen von den Anlagen	30.260,06	
Gewinn 1936	37.368,57	
Summe	454.963,64	Summe

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, CA-IB Vereinigte Metall 46/03

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling		
Aktiva	Passiva	
Grundstücke und Gebäude	Aktienkapital	600.000,00
Maschinen und Fabrikeinrichtungen	Reservefonds lt. Statuten	81.815,02
Barbestände und Guthaben bei Banken	gem. §29 (1)	20.000,00
Debitoren	gem. §29 (3)	61.815,02
Riessen	Kreditoren	1.151.078,15
Vorräte	Tratten	301.180,19
	Gewinn	56.682,35
	Vortrag aus 1936	8.026,42
	Gewinn 1937	48.655,93
Bilanzsumme	Bilanzsumme	2.190.755,71

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling		
Lasten	Erträge	
Verwaltungsregie	520.002,59	Gewinnvortrag aus 1936
Ordentliche Abschreibungen von den Anlagen	57.310,61	Fabrikationsgewinn
Außerordentliche Abschreibungen von den Anlagen	22.487,28	
Gewinn	56.682,35	
Vortrag aus 1936	8.026,42	
Gewinn 1937	48.655,93	
Summe	656.482,83	Summe

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1937, CA-IB Vereinigte Metall 46/03

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark		
Aktiva	Passiva	
Grundstücke und Gebäude	Aktienkapital	400.000,00
Maschinen und Fabrikeinrichtungen	Reservefonds lt. Statuten	62.652,66
Barbestände und Guthaben bei Banken	gem. §29 (1)	13.333,33
Debitoren	gem. §29 (3)	49.319,33
Riessen	Freie Rücklage	56.049,27
Vorräte	Kreditoren	1.444.449,07
	Tratten	168.421,19
	Gewinn	42.313,54
	Vortrag aus 1937	9.678,91
	Gewinn 1938	32.634,63
Bilanzsumme	Bilanzsumme	2.173.885,73

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark		
Lasten	Erträge	
Verwaltungsregie	459.633,38	Gewinnvortrag aus 1937
Abschreibungen von den Anlagen	46.354,44	Fabrikationsgewinn
Gewinn	42.313,54	
Vortrag aus 1937	9.678,91	
Gewinn 1938	32.634,63	
Summe	548.301,36	Summe

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1938, CA-IB Vereinigte Metall 46/03

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>1.000.000,00</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>800.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	400.000,00	<b>Rücklagen</b>	<b>409.731,08</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	340.000,00	gesetzliche	340.000,00
Fahrzeuge	12.000,00	freie	69.731,08
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	248.000,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>11.527,98</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>1.961.970,37</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.666.041,14</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	498.991,89	Anzahlungen von Kunden	4.500,00
Halbfertige Erzeugnisse	153.534,33	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	475.505,46
Fertige Waren	30.513,12	Verbindlichkeiten aus der Ausstellung eigener Wechsel	168.421,19
Anzahlungen	17.135,11	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	921.287,82
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	1.057.008,06	Unbelebene Dividenden aus 1937	35,00
Wechsel	2.700,07	Dividende 1938	24.000,00
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postscheckguthaben	12.217,38	Sonstige Verbindlichkeiten	72.291,67
Andere Bankguthaben	10.661,30	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>74.670,17</b>
Sonstige Forderungen	179.209,11		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.961.970,37</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>2.961.970,37</b>

Quelle: CA-IB Vereinigte Metall 46/03, Geschäftsbericht für das Jahr 1938, Beilage RMEB

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	2.064.622,98	Grundkapital	800.000,00
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	840.674,26	Rücklagen	391.231,08
Maschinen und maschinelle Anlagen	570.825,77	gesetzliche	340.000,00
Fahrzeuge	32.068,20	freie	51.231,08
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	432.603,52	Rückstellungen für ungewisse Schulden	11.527,98
Im Bau befindliche Anlagen	188.451,23	Verbindlichkeiten	3.259.773,15
Umlaufvermögen	2.421.857,42	Anzahlungen von Kunden	6.598,95
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	690.287,32	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	418.361,32
Halbfertige Erzeugnisse	287.156,79	Verbindlichkeiten aus der Ausstellung eigener Wechsel	87.663,39
Fertige Waren	95.154,93	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	2.611.332,01
Wertpapiere	121.900,00	unbelebene Dividenden aus dem Vorjahre	67,40
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	97.444,20	Sonstige Verbindlichkeiten	135.750,08
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	1.064.862,73	Posten der Rechnungsabgrenzung	68.473,75
Wechsel	5.284,52	Reingewinn 1939	40.399,35
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkguthaben	19.465,68		
Bankguthaben	2.653,41		
Sonstige Forderungen	37.647,84		
Posten der Rechnungsabgrenzung	84.924,91		
Bilanzsumme	4.571.405,31	Bilanzsumme	4.571.405,31

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	2.016.256,73	Jahresertrag	2.766.801,08
Soziale Abgaben	272.097,02		
Abschreibungen vom Anlagevermögen	112.471,58		
Anderer Abschreibungen	37.070,15		
Zinsen	127.710,38		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	58.234,23		
Anderer Steuern	95.496,19		
Beiträge an Berufsvertretungen	7.065,45		
Reingewinn 1939	40.399,35		
Summe	2.766.801,08	Summe	2.766.801,08

Quelle: BA-A, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939, CA-IB Vereinigte Metall 46/02

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	3.222.365,45	Grundkapital	2.000.000,00
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	891.293,70	Rücklagen	400.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	999.595,75	gesetzliche	340.000,00
Fahrzeuge	15.035,21	freie	60.000,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftseinrichtung	637.613,49	Rückstellungen für ungewisse Schulden	11.527,98
Im Bau befindliche Anlagen	678.827,30	Verbindlichkeiten	4.412.375,98
Umlaufvermögen	3.878.033,09	Anzahlungen von Kunden	28.006,70
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	913.084,83	Verbindlichkeiten aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	747.885,02
Halbfertige Erzeugnisse	470.941,08	Verbindlichkeiten aus der Ausstellung eigener Wechsel	195.736,62
Fertige Waren	73.029,72	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	3.304.755,00
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	115.799,86	Unbehobene Dividenden aus dem Vorjahr	91,00
Forderungen aufgrund von Warenlieferungen und Leistungen	2.246.857,38	Sonstige Verbindlichkeiten	135.901,64
Wechsel	1.498,37	Posten der Rechnungsabgrenzung	245.924,06
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	25.607,77	Reingewinn 1940	80.000,00
Bankguthaben	2.750,54		
Sonstige Forderungen	28.463,54		
Posten der Rechnungsabgrenzung	49.429,48		
Bilanzsumme	7.149.828,02	Bilanzsumme	7.149.828,02

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	2.975.520,28	Gewinnvortrag aus 1939	7.559,41
Soziale Abgaben	257.182,08	Ertrag gemäß Aktiengesetz	4.201.718,56
Abschreibungen vom Anlagevermögen	412.496,59	Außerordentliche Erträge	16.032,83
Andere Abschreibungen	37.070,15		
Zinsen	130.675,56		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	138.991,45		
Andere Steuern	143.657,40		
Beiträge an Berufsvertretungen	11.409,95		
Außerordentliche Aufwendungen	29.538,42		
Zuweisung an freie Rücklagen	8.768,92		
Reingewinn	80.000,00		
Summe	4.225.310,80	Summe	4.225.310,80

Quelle: BA-A, Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940, CA-IB Vereinigte Metall 46/02

6.4. Jahresabschlüsse Steyr-Daimler-Puch AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Immobilien	6.910.589,00	Aktienkapital	17.600.000,00
Maschinen	4.271.567,00	Agioreserve	4.400.000,00
Werkzeuge und Einrichtungen	1,00	Reservefond	81.571,15
Geräte, Modelle u. Gesenke	1,00	Unbehobene Dividenden	1.940,00
Patente und Rechte	1,00	Kreditoren	20.751.492,64
Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate	19.052.343,23	Gewinn	2.868.567,42
Effekten u. Beteiligungen	1.487.953,51	Vortrag	491.791,34
Kassa und Postsparkassa	813.145,35	Ertr�gnis	2.376.776,08
Debitoren	13.167.970,12		
Bilanzsumme	45.703.571,21	Bilanzsumme	45.703.571,21

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Immobilien	6.670.033,00	Aktienkapital	17.600.000,00
Maschinen	4.364.802,00	Agioreserve	4.400.000,00
Werkzeuge und Einrichtungen	1,00	Reservefond	900.409,00
Geräte, Modelle u. Gesenke	1,00	Unbehobene Dividenden	3.410,00
Patente und Rechte	1,00	Kreditoren	23.870.431,57
Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate	23.142.743,00	Unterst�tzungsfonds f�r Angestellte und Arbeiter	300.833,00
Effekten u. Beteiligungen	2.381.088,00	Gewinn	3.439.863,43
Kassa und Postsparkassa	863.896,00	Vortrag	559.280,20
Debitoren	13.092.382,00	Ertr�gnis	2.880.583,23
Bilanzsumme	50.514.947,00	Bilanzsumme	50.514.947,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Ertr�gnisse	
Unkosten	3.256.194,65	Gewinnvortrag	491.791,34
Soziale Lasten	1.582.407,00	Fabrikations�berschuss	11.707.761,77
Steuern und F�rsorgeabgaben	2.559.277,35		
Steuern	48.672,08		
K�rpersteuerr�cklage	1.700.000,00		
F�rsorgeabgabe	810.605,27		
Zinsen	653.437,56		
Abschreibungen	1.279.669,13		
Gewinn	2.868.567,42		
Summe	12.199.553,11	Summe	12.199.553,11

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, CA-18 Steyr-D imler-Puch 35/07

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Ertr�gnisse	
Unkosten	3.488.181,00	Gewinnvortrag	559.280,00
Soziale Lasten	1.666.792,00	Fabrikations�berschuss	12.894.032,00
Steuern und F�rsorgeabgaben	2.624.037,00		
Steuern	1.781.112,09		
F�rsorgeabgabe	842.924,91		
Zinsen	819.082,00		
Abschreibungen	1.415.357,00		
Gewinn	3.439.863,00		
Summe	13.453.312,00	Summe	13.453.312,00

Quelle:  GZ-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1937, Do-76/Ws-3/1

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>14.589.257,07</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>11.733.333,34</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	1.342.656,30	Gesetzliche Rücklagen	4.266.666,66
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	3.738.963,82	Anderer Rücklagen	7.668.181,93
Unbebaute Grundstücke	437.197,00	Rückstellungen	152.790,06
Maschinen und maschinelle Anlagen	4.486.575,00	Hypothekenschuld	83.500,00
Werkzeuge	1,00	Anzahlungen von Kunden	366.826,65
Betriebs- und Geschäftsausstattung	275.266,00	Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen	7.748.688,59
Modelle und Gesenke	1,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	115.892,96
Patente, Lizenzen und Rechte	1,00	Annahme von Wechsel	2.477.548,31
Im Bau befindliche Anlagen	1.824.199,49	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	22.058.158,98
Anzahlungen auf Anlagen	508.215,77	Sonstige Verbindlichkeiten	525.530,48
		Wertberichtigungen des Umlaufvermögens (Dubiosenreserve)	107.282,56
Beteiligungen	1.738.133,66	Rechnungsabgrenzungen	1.185,45
Wertpapiere des Anlagevermögens	238.047,03	Gewinnvortrag aus 1937 abzüglich Verlust aus 1938	400.812,51
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>43.078.547,47</b>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.271.630,20		
Halbfertige Erzeugnisse	10.761.660,14		
Fertige Erzeugnisse, Waren	7.204.317,80		
Anzahlungen auf Warenlieferungen	100.265,25		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	12.391.696,81		
Forderungen an Konzernunternehmen	134.310,23		
Wechsel	148.806,64		
Schecks	60.859,80		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	697.809,80		
Anderer Bankguthaben	1.822,08		
Sonstige Forderungen	2.305.368,72		
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>38.593,94</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.706.398,48</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.706.398,48</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Ulkosten	22.612.347,00	Gewinnvortrag	424.573,00
Soziale Lasten	2.827.745,00	Fabrikationsüberschuß	28.506.991,00
Freiwillige soziale Aufwendungen	832.005,00	Außerordentliche Erträge	709.990,00
Steuern	768.304,00		
Zinsen	799.551,00		
Abschreibungen	1.253.412,00		
Beträge an Berufsvertretungen	147.377,00		
Gewinn	400.813,00		
Gewinnvortrag aus 1937	424.484,00		
Verlust 1938	-	23.671,00	
<b>Summe</b>	<b>29.641.554,00</b>	<b>Summe</b>	<b>29.641.554,00</b>

Quelle: ÖGZ-A, Bilanz: Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMWB, Do-76/Ws-3/II; GuV: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich, 1940

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>14.235.134,76</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>11.732.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	2.063.499,18	<b>Gesetzliche Rücklagen</b>	<b>4.350.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	4.227.369,82	<b>Andere Rücklagen</b>	<b>6.814.587,80</b>
Unbebaute Grundstücke	442.680,00	<b>Rückstellungen</b>	<b>883.784,73</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	4.101.862,00	<b>Hypothekenschuld</b>	<b>83.500,00</b>
Werkzeuge	1,00	<b>Anzahlungen von Kunden</b>	<b>453.234,96</b>
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,00	<b>Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen</b>	<b>7.785.526,88</b>
Modelle und Gesenke	1,00	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen</b>	<b>115.892,96</b>
Patente, Lizenzen und Rechte	1,00	<b>Verbindlichkeiten aus der Annahme von Wechsel</b>	<b>2.477.548,31</b>
Im Bau befindliche Anlagen	1.824.199,49	<b>Verbindlichkeiten gegenüber Banken</b>	<b>22.083.378,38</b>
Anzahlungen auf Anlagen	508.215,77	<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>564.556,87</b>
Beteiligungen	800.006,00	<b>Wertberichtigungen des Umlaufvermögens (Dubiosenreserve)</b>	<b>123.104,49</b>
Wertpapiere des Anlagevermögens	267.298,50	<b>Rechnungsabgrenzungen</b>	<b>3.335,41</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>43.187.002,44</b>		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	9.278.276,46		
Halbfertige Erzeugnisse	10.767.463,70		
Fertige Erzeugnisse, Waren	7.275.939,05		
Anzahlungen auf Warenlieferungen	100.265,25		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	11.972.058,95		
Forderungen an Konzernunternehmungen	134.310,23		
Wechsel	322.553,54		
Schecks	138.816,36		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postscheckguthaben	738.086,01		
Andere Bankguthaben	144.581,86		
Sonstige Forderungen	2.314.651,03		
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>48.313,59</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.470.450,79</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>57.470.450,79</b>

Quelle: ÖGZ-A, Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB, Do-76/Ws-3/II



Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Ausstehende Einlagen auf Grundkapital (nicht in Bilanzsumme enthalten)	4.701.000,00	Grundkapital	30.000.000,00
Anlagevermögen	21.850.805,24	Gesetzliche Rücklagen	4.350.000,00
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	4.131.882,03	Anderer Rücklagen	6.828.217,19
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	5.904.739,87	Unterstützungsfonds für Angestellte und Sonstige (freie) Rücklagen	428.217,19
Unbebaute Grundstücke	478.032,68	Rückstellungen für ungewisse Schulden	6.400.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	5.200.000,00	Wertberichtigungen von Forderungen	1.653.938,14
Werkzeuge	1,00	Verbindlichkeiten	236.545,90
Modelle und Gesenke	1,00	Hypothekenschuld	31.429.474,11
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,00	langfristige Darlehen	81.500,00
Patente, Lizenzen und Rechte	1,00	Empfangene Anzahlungen	18.801.545,00
Im Bau befindliche Anlagen	2.466.095,94	Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen	1.619.855,32
Geleistete Anzahlungen auf Anlagen	2.564.686,22	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	5.926.747,30
Beteiligungen	800.006,00	Verbindlichkeiten aus der Annahme von Wechsel	34.482,40
Anderer Wertpapiere des Anlagevermögens	305.398,50	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	1.401.114,54
Umlaufvermögen	52.598.693,12	Sonstige Verbindlichkeiten	1.995.106,10
Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen	220.830,90	Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen	1.569.123,45
		Gewinn	498,61
			171.655,31
Bilanzsumme	74.670.329,26	Bilanzsumme	74.670.329,26

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	32.138.056,14	Rohüberschuß	45.537.658,92
Soziale Abgaben	4.332.284,03	Erträge aus Beteiligungen	83.219,96
Freiwillige soziale Aufwendungen	928.903,78	Außerordentliche Erträge	368.585,08
Zinsen	1.077.854,69		
Ausweispflichtige Steuern	594.695,02		
Abschreibungen vom Anlagevermögen	6.622.245,86		
Beiträge an Berufsvertretungen	123.769,13		
Gewinn	171.655,31		
Summe	45.989.463,96	Summe	45.989.463,96

Quelle: ÖGZ-A, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939, Do-76/Ws-3/I

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>33.763.503,45</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>30.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	3.725.157,67	<b>Gesetzliche Rücklagen</b>	<b>4.350.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	7.483.501,14	<b>Anderer Rücklagen</b>	<b>7.067.075,83</b>
Unbebaute Grundstücke	694.400,13	Unterstützungsfonds für Angestellte und Sonstige (freie) Rücklagen	667.075,83
Maschinen und maschinelle Anlagen	5.741.622,32	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>2.643.191,57</b>
Werkzeuge	1,00	<b>Wertberichtigungen zu Forderungen</b>	<b>264.954,41</b>
Modelle und Gesenke	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>58.988.659,48</b>
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,00	Hypothekenschuld	79.500,00
Patente, Lizenzen und Rechte	1,00	Langfristige Darlehen	31.249.625,00
Im Bau befindliche Anlagen	11.289.416,24	Empfangene Anzahlungen	4.133.117,16
Geliehene Anzahlungen für Anlagen	3.621.065,45	Verbindlichkeiten aus Warenlieferungen und Leistungen	11.643.858,91
Beteiligungen	910.005,00	Verbindlichkeiten an Konzernunternehmen	927.622,10
Anderer Wertpapiere des Anlagevermögens	298.331,50	Verbindlichkeiten aus der Annahme von Wechsel	3.660.111,02
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>70.937.641,46</b>	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	5.074.304,91
RoH- Hilfs- und Betriebsstoffe	15.341.222,11	Sonstige Verbindlichkeiten	2.220.520,38
Halbfertige Erzeugnisse	20.547.772,13	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>37,92</b>
Fertige Erzeugnisse, Waren	8.434.918,40	<b>Gewinn</b>	<b>1.816.317,69</b>
Geliehene Anzahlungen für Waren	2.112.601,63		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	19.894.092,98	Vortrag aus 1939	169.872,50
Forderungen an Konzernunternehmen	189.096,98	Gewinn 1940	1.646.445,19
Wechsel	7.209,71	<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>1.184.619,20</b>
Schecks	103.756,07		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	2.776.380,46		
Anderer Bankguthaben	922.767,24		
Sonstige Forderungen	607.823,75		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>429.091,99</b>		
<b>Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>1.184.619,20</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>105.130.236,90</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>105.130.236,90</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	40.628.512,84	Rohtüberschuß	62.018.899,09
Soziale Abgaben	3.350.207,36	Außerordentliche Erträge	788.982,79
Freiwillige soziale Aufwendungen	1.740.746,85		
Zinsen	887.514,59		
Ausweispflichtige Steuern	2.797.845,58		
Abschreibungen von Anlagevermögen	11.634.295,66		
Beiträge an Berufsvertretungen	122.313,81		
Gewinn	1.646.445,19		
Summe	62.807.881,88	Summe	62.807.881,88

Quelle: Barth, Nachtragsbericht der Dr. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940, R2/15104

6.5. Jahresabschlüsse Enzesfelder Metallwerke AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Fabrikantlagen	1.601.723,77	Aktienkapital	2.000.000,00
Vorräte	1.235.109,21	Reservefonds	608.862,89
Kassa	119.580,22	Reservefondskonto	129.396,60
Effekten	97.390,50	Agioreservefondskonto	99.466,29
Riesssen	173.033,06	Außerordentlicher Reservefonds	380.000,00
Debitoren	2.259.656,00	Kreditoren	2.160.695,74
		Tratten	318.018,57
		Gewinn per Saldo	398.915,56
		Gewinnvortrag 1935	39.149,41
		Erttag 1936	359.766,15
Bilanzsumme	5.486.492,76	Bilanzsumme	5.486.492,76

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten, Zinsen und Steuern	804.369,96	Gewinnvortrag 1935	39.149,41
Abschreibungen	145.354,75	Bruttoertrag 1936	1.309.490,86
Gewinn per Saldo	398.915,56		
Gewinnvortrag 1935	39.149,41		
Erttag 1936	359.766,15		
Summe	1.348.640,27	Summe	1.348.640,27

Quelle: Barch, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936, R907/1584

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Fabrikantlagen	1.605.099,34	Aktienkapital	2.000.000,00
Vorräte	3.412.902,91	Reservefonds	707.580,80
Kassa	91.109,49	Reservefondskonto	148.114,51
Effekten	196.390,50	Agioreservefondskonto	99.466,29
Riesssen	150.144,33	Außerordentlicher Reservefonds	460.000,00
Debitoren	3.684.650,36	Kreditoren	5.884.449,94
		Gewinn per Saldo	548.266,29
		Gewinnvortrag 1936	28.838,36
		Erttag 1937	519.427,93
Bilanzsumme	9.140.296,93	Bilanzsumme	9.140.296,93

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten, Zinsen und Steuern	1.815.617,08	Gewinnvortrag 1936	28.838,36
Abschreibungen	464.501,88	Bruttoertrag 1937	2.799.546,89
Gewinn per Saldo	548.266,29		
Gewinnvortrag 1936	28.838,36		
Erttag 1937	519.427,93		
Summe	2.828.385,25	Summe	2.828.385,25

Quelle: Barch, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1937, R907/1584

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Fabrikantlagen	1.264.919,67	Aktienkapital	1.333.333,33
Vorräte	4.190.547,92	Reservefonds	622.847,13
Kassa	79.070,75	Reservefondskonto	116.536,27
Effekten	307.265,08	Agioreservefondskonto	66.310,86
Riesssen	119.175,73	Außerordentlicher Reservefonds	440.000,00
Debitoren	2.159.682,48	Kreditoren	6.002.635,68
		Gewinn per Saldo	161.845,49
		Gewinnvortrag 1937	28.414,71
		Erttag 1938	133.430,78
Bilanzsumme	8.120.661,63	Bilanzsumme	8.120.661,63

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten, Zinsen und Steuern	991.003,99	Gewinnvortrag 1937	28.414,71
Abschreibungen	258.713,56	Bruttoertrag 1938	1.383.148,33
Gewinn per Saldo	161.845,49		
Gewinnvortrag 1937	28.414,71		
Erttag 1938	133.430,78		
Summe	1.411.563,04	Summe	1.411.563,04

Quelle: Barch, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938, R907/1584

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>5.670.483,60</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>5.000.000,00</b>
Bebaute Geschäfts- und Wohngrundstücke	454.818,00	<b>Rücklagen</b>	<b>2.008.583,66</b>
Bebaute Betriebsgrundstücke	2.947.572,00	Gesetzliche Rücklagen	1.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	67.744,00	Freie Rücklagen	1.008.583,66
Maschinen	1.907.590,00	<b>Rückstellungen</b>	<b>396.935,50</b>
Werkzeuge und Ausstattung	92.000,00	<b>Wohlfahrtsfonds</b>	<b>250.000,00</b>
Anzahlungen für Neuanlagen	200.759,60	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>4.938.904,28</b>
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>6.918.659,78</b>	Empfangene Anzahlungen	2.157.761,75
Vorräte Verbrauchsstoffe	1.224.846,69	Liefer- und Leistungsschulden	1.457.774,43
Vorräte Halberzeugnisse	3.323.160,07	Schulden an Konzernunternehmen	859.656,83
Vorräte Fertigwaren	158.432,16	Sonstige Schulden	258.984,25
Wertpapiere	307.265,08	<b>Abgrenzposten</b>	<b>199.446,96</b>
Gegebene Anzahlungen	45.755,04	<b>Wechselobligo (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>5.280,06</b>
Liefer- und Leistungsforderungen abzüglich Wertberichtigung	1.102.997,37		
Wechsel abzüglich Wertberichtigung	113.188,83		
Barmittel	80.246,90		
Bankguthaben	160.691,83		
Sonstige Forderungen	402.075,81		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.589.143,38</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.594.423,44</b>

Quelle: BArch, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938, R907/1584

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	7.719.845,44	Grundkapital	5.000.000,00
Bebaute Geschäfts- und Wohngrundstücke	278.291,30	Rücklagen	2.008.583,66
Bebaute Betriebsgrundstücke	3.271.969,99	Gesetzliche Rücklagen	1.200.000,00
Unbebaute Grundstücke	51.744,00	Freie Rücklagen	808.583,66
Maschinen	2.946.143,80	Anlagenwertberichtigung	1.497.114,99
Werkzeuge und Ausstattung	122.000,00	Rückstellungen	522.221,49
Anzahlungen für Neuanlagen	849.696,35	Wohlfahrtsfonds	300.000,00
Beteiligungen	200.000,00	Langfristige Darlehen	4.986.428,22
Umlaufvermögen	8.662.631,39	Liefer- und Leistungsschulden	1.182.507,42
Vorräte Verbrauchstoffe	1.452.993,60	Schulden an Konzernunternehmen	143.834,00
Vorräte Halberzeugnisse	1.396.624,15	Sonstige Schulden	741.787,05
Vorräte Fertigwaren	238.992,15	Haftung aus Wechsgebung (nicht in Bilanzsumme enthalten)	5.280,06
Wertpapiere	64.492,00		
Gegebene Anzahlungen	7.955,00		
Liefer- und Leistungsfordernngen	4.642.217,71		
Forderungen an Konzernunternehmen	57.777,13		
Wechsel	445,54		
Barmittel	48.471,56		
Bankguthaben	76.115,43		
Sonstige Forderungen	136.547,12		
Bilanzsumme	16.382.476,83	Bilanzsumme	16.382.476,83

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	6.298.987,96	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	9.103.514,83
Soziale Abgaben	588.560,58	Außerordentliche Erträge	33.561,76
Abschreibungen	1.522.114,99		
auf Werksanlagen	1.497.114,99		
auf Beteiligungen	25.000,00		
Zinsmehraufwand	168.327,50		
Steuern	477.634,41		
Ausweispflichtige Steuern	121.481,13		
Andere Steuern und Abgaben	356.153,28		
Gesetzliche Berufsbeiträge	18.970,94		
Außerordentliche Aufwendungen	62.480,21		
Summe	9.137.076,59	Summe	9.137.076,59

Quelle: Barch, Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939, R907/1584

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	14.244.573,00	Aktienkapital	5.000.000,00
Bebaute Grundstücke	5.769.547,00	Gesetzliche Rücklage	1.200.000,00
Unbebaute Grundstücke	51.194,00	Anderer Rücklagen	808.584,00
Maschinen	6.734.061,00	Anlagenwertberichtigung	2.458.088,00
Werkzeuge und Inventar	175.000,00	Rückstellungen	715.631,00
Anzahlungen für Neuanlagen	1.314.771,00	Wohlfahrtsfonds	308.600,00
Beteiligungen	200.000,00	Langfristige Darlehen	7.986.428,00
Umlaufvermögen	10.246.449,00	Waren- und Leistungsschulden	3.006.448,00
Rohstoffe	2.130.117,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	1.818.405,00
Halbfertige Erzeugnisse	3.219.877,00	Sonstige Verbindlichkeiten	1.233.838,00
Fertigwaren	109.565,00	Rechnungsabgrenzungsposten	-
Wertpapiere	49.592,00		
Geliehene Anzahlungen	15.168,00		
Warenforderungen	4.378.128,00		
Konzernforderungen	123.509,00		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	28.193,00		
Banken	34.190,00		
Sonstige Forderungen	98.110,00		
Rechnungsabgrenzungsposten	45.000,00		
Bilanzsumme	24.536.022,00	Bilanzsumme	24.536.022,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	10.080.137,00	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	13.373.198,00
Soziale Abgaben	920.537,00	Außerordentliche Erträge	12.067,00
Abschreibungen von Anlagevermögen	969.098,00		
Zinsaufwand	185.928,00		
Steuern und Abgaben	1.061.007,00		
Gesetzliche Berufsbeiträge	35.783,00		
Außerordentliche Auswendungen	132.775,00		
Summe	13.385.265,00	Summe	13.385.265,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Ostmark, 1942

6.6. Jahresabschlüsse Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG

Bilanz per 31.12. 1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen	6.775.547,80	Aktienkapital	9.000.000,00
Grundbesitz	405.547,24	Reservefonds laut Statuten	900.000,00
Gebäude	1.693.541,90	Unbehobene Dividenden	475,20
Maschinen und Einrichtungen	2.036.101,84	Kreditoren	15.845.866,56
Land- und Forstbesitz, Kohlenbergbau	2.700.356,82	langfristige Schweizerdarlehen	7.441.578,00
Vorräte	9.018.124,60	Sonstige Kreditoren	8.404.288,56
Rohstoffe	5.778.573,51	Bürgschaftsverpflichtungen und Sicherheitsleistungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)	659.166,18
Halbfertige Waren	560.673,00	Gewinnvortrag	36.540,96
Verkaufsfertige Waren	2.678.878,09	Gewinn	772.021,46
Kassa	51.425,38		
Wechsel	589.261,60		
Beteiligungen und Wertpapiere	1.429.197,92		
Debitoren	8.691.346,88		
Kunden und dergl.	6.266.205,28		
Warenanzahlungen an Lieferanten	765.388,17		
Bankguthaben	1.659.753,43		
Bürgschaftschuldner und Sicherheitsleistungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)	659.166,18		
Bilanzsumme	26.554.904,18	Bilanzsumme	26.554.904,18

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12. 1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Steuern	500.222,13	Gewinnvortrag	36.540,96
Abschreibungen	502.205,00	Bruttoerträge	5.522.505,96
Außerordentliche Abschreibungen	223.370,00		
Handlungsunkosten	2.973.004,75		
Geldkosten	504.416,92		
Dubiose	47.265,70		
Gewinnvortrag	36.540,96		
Gewinn	772.021,46		
Summe	5.559.046,92	Summe	5.559.046,92

Quelle: Barch, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, R8127/1484

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling		
Aktiva	Passiva	
Fabriks- und Baugründe	404.724,00	Aktienkapital 9.000.000,00
Fabriks- und Wohngebäude	1.728.206,00	Reservefonds 1.093.005,00
Maschinen und Einrichtungen	2.606.816,00	Unbehobene Dividenden 2.222,00
Land- und Forstbesitz,		
Kohlenbergbau	2.702.318,00	Kreditoren 25.374.059,00
Rohestoffe	9.778.227,00	Schweizer Anleihe 7.179.925,00
Halbfertige Waren	779.122,00	Sonstige Kreditoren 18.194.134,00
Verkaufsfertige Waren	3.136.901,00	Gewinn 907.728,00
		Bürgschaftsschuldner und
Kassa	45.070,00	Sicherheitsleistungen (nicht in
		Bilanzsumme enthalten)
Wechsel	154.625,00	
Wertpapiere und Beteiligungen	1.779.040,00	
Debitoren	13.261.965,00	
Kunden	7.597.092,00	
Vorauszahlungen an Lieferanten	1.472.602,00	
Bankguthaben	4.192.271,00	
Bürgschaftsschuldner und		
Sicherheitsleistungen (nicht in		
Bilanzsumme enthalten)	763.461,00	
Bilanzsumme	36.377.014,00	Bilanzsumme 36.377.014,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Steuern	1.332.711,00	Gewinnvortrag	165.557,00
Statutar. Abschreibungen	360.386,00	Bruttoerträge	7.090.592,00
Außerordentliche Abschreibungen	213.287,00		
Handlungsunkosten	3.573.066,00		
Geldkosten	779.398,00		
Dubiosen	89.573,00		
Gewinn	907.728,00		
Summe	7.256.149,00	Summe	7.256.149,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich, Land Österreich, 1939



Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	19.823.921,61	Grundkapital	12.000.000,00
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	3.057.024,00	Rücklagen	13.430.430,32
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden oder anderen Baulichkeiten	4.046.180,00	Gesetzliche Rücklagen	5.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	3.047.523,10	Andere Rücklagen	8.430.430,32
Grundsubstanz	320.000,00	Wertberichtigungen	564.003,58
Maschinen und maschinelle Anlagen	7.312.108,09	Rückstellungen	2.622.762,15
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	162.136,00	Verbindlichkeiten	8.282.873,32
Konzessionen, Patente, Lizenzen und Schutzrechte	24.401,00	Hypothekenschulden	2.230,00
Anzahlung für Neueinlagen	939.135,62	Verbindlichkeiten aus Werkspateinlagen	179.320,84
Beteiligungen	915.404,00	Anzahlungen von Kunden	439.450,61
		Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen	1.516.529,24
Umlaufvermögen	17.768.633,50		
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.268.335,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	706.115,80
Halbfertige Erzeugnisse	1.353.875,00	Wechselverbindlichkeiten	342.944,49
Fertige Erzeugnisse, Waren	3.087.116,31	Bankschulden	4.932.561,61
Wertpapiere	30.735,96	Sonstige Verbindlichkeiten	158.720,73
Geliehene Anzahlungen	508.949,53	Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)	229.750,01
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen	5.991.110,81	Gewinn	705.209,99
Forderungen an Konzernunternehmen	613.616,43		
Wechsel	161.016,67		
Schecks	14.384,37		
Kassen, Reichsbank- und Postcheckguthaben	531.008,44		
Bankguthaben	73.369,26		
Sonstige Forderungen	135.115,72		
Rechnungsabgrenzung	12.724,05		
Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)	229.750,01		
Bilanzsumme	37.605.279,36	Bilanzsumme	37.605.279,36

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Löhne und Gehälter	6.009.962,66	Bruttoertrag gemäß Aktiengesetz	9.981.169,29
Soziale Abgaben	433.201,75	Erträge aus Beteiligungen	7.909,00
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	1.164.476,97	Außerordentliche Erträge	17.484,40
Zinsen	401.994,49	Gewinnvortrag	181.456,49
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	1.213.086,26		
Beiträge zu Berufsvertretungen	38.324,06		
Verluste aus Beteiligungen	221.763,00		
Gewinnvortrag	181.456,49		
Gewinn	523.753,50		
Summe	10.188.019,18	Summe	10.188.019,18

Quelle: BA-A, Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938, Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939, CA-18 Krupp 41/01

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.12.1938			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>19.690.773,91</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	3.063.765,00	<b>Rücklagen</b>	<b>13.430.430,32</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden oder anderen Baulichkeiten	3.986.039,00	Gesetzliche Rücklagen	5.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	3.047.523,10	Andere Rücklagen	8.430.430,32
Grubensubstanz	320.000,00	<b>Wertberichtigungen</b>	<b>579.616,79</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	6.902.079,48	<b>Rückstellungen</b>	<b>2.634.900,66</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	164.842,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>8.284.891,52</b>
Konzessionen, Patente, Lizenzen und Schutzrechte	24.401,00	Hypothekenschulden	2.242.640,56
Unfertige Neuanlagen und Anzahlung für Neuanlagen	1.266.720,33	Verbindlichkeiten aus Werkspareinlagen	168.583,98
Beteiligungen	915.404,00	Anzahlungen von Kunden	517.185,59
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>17.860.945,26</b>	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen	1.146.591,08
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.967.494,01	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	208.962,61
Halbfertige Erzeugnisse	1.352.346,00	Wechselverbindlichkeiten	437.388,60
Fertige Erzeugnisse, Waren	3.463.732,00	Bankschulden	3.461.805,55
Wertpapiere	30.735,96	Sonstige Verbindlichkeiten	101.733,55
Geleistete Anzahlungen	675.525,36	<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>53.226,36</b>
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen	5.965.957,38	<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>249.670,01</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	792.298,02	<b>Gewinnvortrag</b>	<b>645.244,27</b>
Wechsel	32.206,28		
Schecks	13.174,78		
Kassen, Reichsbank- und Postcheckguthaben	285.488,07		
Bankguthaben	128.316,46		
Sonstige Forderungen	153.670,94		
<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>76.590,75</b>		
<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>249.670,01</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>37.628.309,92</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>37.628.309,92</b>

Quelle: BA-A, Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938, CA-IB Krupp 41/01

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>19.398.299,29</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	3.010.138,00	<b>Rücklagen</b>	<b>13.930.430,32</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden oder anderen Baulichkeiten	3.904.679,01	Gesetzliche Rücklagen	8.728.834,36
Unbebaute Grundstücke	3.034.374,10	Anderer Rücklagen	4.701.595,96
Grubensubstanz	297.600,00	Anlagen Erneuerungs- und Erweiterungsfonds	500.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	6.385.197,69	<b>Wertberichtigungen</b>	<b>502.206,00</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	206.224,27	<b>Rückstellungen</b>	<b>1.606.103,82</b>
Konzessionen, Patente, Lizenzen und Schutzrechte	24.401,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>6.802.965,37</b>
Unfertige Neuanlagen	1.095.855,58	Hypothekenschulden	2.500,00
Anzahlung für Neuanlagen	324.925,64	Anzahlungen von Kunden	402.708,19
Beteiligungen	1.114.904,00	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen	1.284.002,43
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>15.486.898,79</b>	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	624.295,01
RoH-, Hilfs- und Betriebsstoffe	5.408.627,67	Wechselverbindlichkeiten	293.413,00
Halbfertige Erzeugnisse	1.038.474,00	Bankschulden	3.578.447,94
Fertige Erzeugnisse, Waren	3.210.040,27	Sonstige Verbindlichkeiten	617.598,80
Wertpapiere	547.782,74	<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>3.054,80</b>
Geliehete Anzahlungen	110.244,84	<b>Gewinn</b>	<b>46.248,80</b>
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen	3.243.862,25	Gewinnvortrag aus 1938	205.209,99
Forderungen an Konzernunternehmen	797.540,80	Verlust aus 1939	158.961,19
Wechsel	23.956,35		
Schecks	3.317,70		
Kassen, Reichsbank- und Postcheckguthaben	171.644,91		
Bankguthaben	159.362,21		
Sonstige Forderungen	772.045,05		
<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>5.811,03</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>34.891.009,11</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>34.891.009,11</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	7.385.080,88	Bruttoertrag gemäß Aktiengesetz	12.928.303,01
Soziale Abgaben	703.632,67	Außerordentliche Erträge	147.425,59
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.072.482,28	Gewinnvortrag aus 1938	205.209,99
Zinsen	344.511,71		
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	473.433,24		
Sonstige Steuern und Abgaben	575.523,26		
Beiträge zu Berufsvertretungen	33.055,42		
Wohlfahrtsausgaben	646.970,33		
Gewinnvortrag aus 1938	205.209,99		
Verlust aus 1939	- 158.961,19		
<b>Summe</b>	<b>13.280.938,59</b>	<b>Summe</b>	<b>13.280.938,59</b>

Quelle: Barch, Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939, R8127/1484

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Bebaute Grundstücke		Aktienkapital	12.000.000,00
Unbebaute Grundstücke		Gesetzliche Rücklage	8.728.834,00
Grubensubstanz	20.201.598,00	Andere Rücklage	4.701.596,00
Maschinen		Erneuerungsrücklage	500.000,00
Unfertige Neuanlagen		Wertberichtigungen	378.084,00
Anzahlung für Neuanlagen		Rückstellungen	1.836.440,00
Werkzeuge und Inventar	256.504,00	Anzahlungen von Kunden	
Konzessionen, Patente, Lizenzen		Verbindlichkeiten aus	
und Schutzrechte	24.401,00	Warenbezügen und Leistungen	1.579.463,00
Beteiligungen	1.299.204,00	Sonstige Verbindlichkeiten	
		Verbindlichkeiten gegenüber	
Rostoffe usw.		Konzernunternehmen	1.250.967,00
Halbfertige Erzeugnisse		Wechselverbindlichkeiten	994.732,00
Fertigwaren	14.092.858,00	Bankschulden	5.337.202,00
Geleistete Anzahlungen		Rechnungsabgrenzungsposten	7.586,00
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen			
Sonstige Forderungen			
Wertpapiere	19.230,00		
Forderungen an Konzernunternehmen			
Wechsel	902.279,00		
Schecks	17.929,00		
Kassen, Reichsbank- und Postscheckguthaben	658,00		
Banken	172.398,00		
Rechnungsabgrenzungsposten	71.928,00		
Verlust abzgl. Gewinnvortrag	2.939,00		
	252.978,00		
Bilanzsumme	37.314.904,00	Bilanzsumme	37.314.904,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne, Gehälter		Bruttoertrag	9.603.413,00
Soziale Abgaben		Außerordentliche Erträge	120.776,00
Abschreibungen		Gewinnvortrag	46.249,00
Steuern	9.645.616,00	Verlust abzgl. Gewinnvortrag	252.978,00
Berufsvertretung			
Wohlfahrtsausgaben			
Zinsen	339.641,00		
Verluste an Beteiligungen	38.159,00		
Summe	10.023.416,00	Summe	10.023.416,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Ostmark 1943

6.7. Jahresabschlüsse AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Kassa	19.921,00	Aktienkapital	3.800.000,00
Kautionen und Effekten	32.676,00	Obligationen	4.547.389,00
Beteiligungen	87.511,00	Dividendenkonto	25.892,00
Riemesen	104.217,00	Tratten	324.686,00
Grundstücke und Gebäude	6.376.000,00	Kundenanzahlungen	127.631,00
Maschinen, Werkzeuge, Utensilien, Inventar	556.828,00	Finanzkredite	228.379,00
Vorräte	2.102.229,00	Sonstige Kreditoren	3.172.990,00
Debitoren	2.943.484,00		
Verlust	4.101,00		
Bilanzsumme	12.226.967,00	Bilanzsumme	12.226.967,00

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	6.883.777,50	Aktienkapital	3.800.000,00
Grundstücke und Gebäude	6.252.000,00	Gesetzliche Rücklagen	33.081,01
Maschinen, Werkzeuge, Inventar	548.130,00	Freie Rücklagen	549.367,85
Beteiligungen	83.647,50	Werberbeitragungen	478.901,65
Umlaufvermögen	8.687.543,24	Rückstellungen	758.817,65
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	727.202,45	Verbindlichkeiten	9.967.128,64
Halbfabrikate	1.888.484,81	Obligationenleihe	4.547.389,00
Fertigwaren	1.119.752,95	Anzahlungen von Kunden	1.660.093,16
Wertpapiere	17.076,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	765.989,01
Eigene Obligationen	159.509,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzentralen	2.326.195,14
Anzahlungen an Lieferanten	21.964,38	Verbindlichkeiten aus der Ausstellung eigener Wechsel	166.224,98
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	3.485.473,87	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	160.000,00
Forderungen gegenüber Konzernstellen	581.396,49	Noch nicht eingelöste Kupons	113.213,73
Wechsel	254.499,26	Sonstige Verbindlichkeiten	228.023,62
Kassenbestand	21.491,90	Rechnungsabgrenzung	19.798,00
Bank und Postsparkasse	341.512,12		
Sonstige Forderungen	69.180,01		
Rechnungsabgrenzung	26.432,97		
Verlust	9.341,09		
Bilanzsumme	15.607.094,80	Bilanzsumme	15.607.094,80

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Geschäftsunkosten und Steuern	1.943.447,00	Bruttogewinn	1.450.861,00
Zinsen	239.975,00	Übertrag vom Obligationen-Anleihekonto	948.955,00
Abschreibungen an Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen	220.495,00	Verlust	4.101,00
Summe	2.403.917,00	Summe	2.403.917,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Österreich, 1938

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verlustvortrag	4.101,00	Bruttogewinn	2.241.717,00
Geschäftsunkosten und Steuern	1.753.534,00	Verlust	9.341,00
Zinsen	245.036,00		
Abschreibung an Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen	248.387,00		
Summe	2.251.058,00	Summe	2.251.058,00

Quelle: Bilanz: Barck, Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937, R8135/9132; GUV-Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich; Land Österreich, 1939

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Bebaute Grundstücke	4.364.400,00	Aktienkapital	2.533.333,00
Maschinen und maschinelle Anlagen, Werkzeuge und Inventar	617.069,00	Gesetzliche Rücklagen	22.756,00
Beteiligungen	27.765,00	Vesteuerte freie Rücklagen	450.801,00
Rohestoffe, Halbfertige Erzeugnisse, Waren	6.307.624,00	Hypothekendarleihe	2.885.839,00
Wertpapiere	808.342,00	Anzahlung von Kunden	2.775.367,00
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen, verschiedene Forderungen	4.527.997,00	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen, diverse Kreditoren	
Wechsel	32.415,00	Wechselverbindlichkeiten	7.584.221,00
Kassa, Reichsbank und Postscheckguthaben	217.539,00	Reingewinn	644.491,00
Bilanzsumme	16.903.151,00	Bilanzsumme	16.903.151,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Verlustvortrag	6.227,00	Jahresertrag	2.781.508,00
Geschäftsunkosten und Steuern	2.366.913,00		
Zinsen	167.138,00		
Abschreibungen an Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen	234.887,00		
Reingewinn	6.343,00		
Summe	2.781.508,00	Summe	2.781.508,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich, 1940

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>4.950.427,70</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>2.533.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	400.000,00	<b>Gesetzliche Rücklagen</b>	<b>443.580,35</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	3.540.000,00	<b>Freie Rücklagen</b>	<b>450.801,18</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	600.000,00	<b>Rückstellungen</b>	<b>274.822,45</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	175.000,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>13.150.071,49</b>
Anzahlung auf Anlagen	207.662,70	Hypothekaranleihe	2.421.153,73
Beteiligungen	27.765,00	Noch nicht eingelöste Anleihe	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>11.887.644,48</b>	Zinsscheine	45.588,42
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.490.118,65	Spareinlagen	34.051,00
Halbfertige Erzeugnisse	1.404.234,91	Anzahlungen von Kunden	2.775.367,04
Fertige Erzeugnisse	1.174.108,22	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	1.226.904,40
Anlagen in Arbeit	2.455.093,16	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	1.711.005,72
Wertpapiere	808.342,25	Verbindlichkeiten aus der Ausstellung eigener Wechsel	644.490,45
Anzahlungen auf Waren	125.947,34	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	3.986.137,31
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	3.607.212,29	Sonstige Verbindlichkeiten	305.373,42
		<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>337,71</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	370.679,96	<b>Bürgschaften und Eventualverpflichtungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>508.492,46</b>
Wechselforderungen	32.414,90		
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postscheckguthaben	217.539,45		
Andere Bankguthaben	99.092,61		
Sonstige Forderungen	102.860,74		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>14.541,00</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.852.613,18</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>16.852.613,18</b>

Quelle: BACh, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB, R8135/9132

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>5.724.540,32</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>5.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	479.324,00	<b>Gesetzliche Rücklagen</b>	<b>443.580,35</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden oder anderen Baulichkeiten	4.085.676,00	<b>Freie Rücklagen</b>	<b>450.801,18</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	867.000,00	<b>Rückstellungen</b>	<b>796.890,20</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	197.000,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>18.216.316,48</b>
Beteiligungen	27.431,67	Hypothekendarleihe	2.311.242,77
Anzahlung auf neue Anlagen und Maschinen	68.108,65	Noch nicht eingelöste Anleihe	49.957,97
		Zinsschulne	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>19.128.204,97</b>	Hypothekenschuld	17.992,91
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.628.888,57	Sparguthaben	36.104,00
Halbfertige Erzeugnisse	2.468.607,08	Anzahlungen der Kundschaft	6.300.741,80
Fertige Erzeugnisse, Waren	2.248.010,35	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	875.956,66
Anlagen in Arbeit	4.914.101,79	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	2.140.876,63
Wertpapiere	19.311,61	Verschiedene Verbindlichkeiten	415.242,37
Geldstetige Anzahlungen	144.587,54	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	6.068.201,37
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	7.140.606,60	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>415,99</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	180.210,03		
Verschiedene Forderungen	88.013,60		
Wechsel	25.295,84		
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkguthaben	94.032,94		
Anderer Bankguthaben	176.439,02		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>2.954,60</b>		
<b>Verlust</b>	<b>52.304,31</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.908.004,20</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.908.004,20</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
<b>Löhne und Gehälter</b>	<b>6.118.059,07</b>	<b>Ausweispflichtiger Rohüberschuß</b>	<b>8.458.432,19</b>
<b>Gesetzliche soziale Abgaben</b>	<b>480.918,29</b>	<b>Erträge aus Beteiligungen</b>	<b>5.550,00</b>
<b>Abschreibungen auf das Anlagevermögen</b>	<b>848.780,73</b>	<b>Verlust</b>	<b>52.304,31</b>
Geschäfts- oder Wohngebäude	11.609,30		
Fabrikgebäude oder andere Baulichkeiten	135.938,50		
Maschinen	133.890,00		
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	567.342,93		
<b>Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übersteigen</b>	<b>299.314,73</b>		
<b>Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen</b>	<b>106.816,55</b>		
<b>Sonstige Steuern und Abgaben</b>	<b>635.201,54</b>		
<b>Beträge an gesetzliche Berufsvertretungen</b>	<b>27.195,59</b>		
<b>Summe</b>	<b>8.516.286,50</b>	<b>Summe</b>	<b>8.516.286,50</b>

Quelle: Barch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939, R8135/9132



Bilanz per 31.12.1940 in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Bebaute Grundstücke	5.280.000,00	Aktienkapital	5.000.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	310.000,00	Gesetzliche Rücklage	443.580,00
Werkzeuge und Inventar	153.000,00	Freie Rücklagen	450.801,00
Anzahlungen auf neue Anlagen und Maschinen	13.569,00	Rückstellungen	1.266.243,00
Beteiligungen	27.432,00	Hypothekendarlehen	2.305.711,00
		Noch nicht eingelöste Anleihe-zinsscheine	48.290,00
Rohstoffe	2.145.132,00	Hypothek	700.717,00
Halbfertige Erzeugnisse	3.923.716,00	Sparguthaben	-
Waren	2.084.549,00	Anzahlung von Kunden	6.209.588,00
Anlagen in Arbeit	3.124.150,00	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen	1.417.768,00
Wertpapiere	1.000.000,00	Diverse Kreditoren	506.454,00
Geldleistete Anzahlungen	383.812,00		
Forderungen aus Warenlieferungen, Leistungen	7.190.319,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	629.123,00
Verschiedene Forderungen	74.014,00	Wechselverbindlichkeiten	567.779,00
Forderungen an Konzernunternehmen	1.156,00	Bankschulden	6.500.000,00
Kassabestand, Reichsbank- und Postscheckguthaben	106.182,00	Rechnungsabgrenzungsposten	451,00
Banken	112.088,00		
Rechnungsabgrenzungsposten	6.644,00		
Verlust	110.742,00		
Bilanzsumme	26.046.505,00	Bilanzsumme	26.046.505,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940 in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Personalaufwand	8.053.445,00	Rohüberschuß	11.466.396,00
Abschreibungen	2.118.720,00	Beteiligungen	4.717,00
Zinssaldo	414.439,00	Außerordentliche Erträge	35.017,00
Steuern und Abgaben	951.931,00	Verlustvortrag	110.742,00
Berufsvetretung	26.033,00		
Verlustvortrag	52.304,00		
Summe	11.616.872,00	Summe	11.616.872,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Ostmark, 1942 und 1943

6.8. Jahresabschlüsse Felten & Guilleaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	1.815.984,00	Aktienkapital	10.125.000,00
Gebäude	2.339.587,00	Kapitalrücklage	5.200.000,00
Maschinen und Anlagen	737.219,00	Allgemeiner Reservefonds als Kapitalrücklage I	2.062.500,00
Wasserkraft	1.500.000,00	Kapitalrücklage II	3.137.500,00
Werkzeuge und Utensilien	1,00	Kreditoren	3.320.271,00
Geldse-Anlagen	1,00	Wohlfahrtsfond für Beamte	34.811,00
Patente	1,00	Wohlfahrtsfond für Arbeiter	43.390,00
Modelle	1,00	Unbeobohene Dividende	6.315,00
Mobilien	1,00	Gewinn	721.659,00
Trommelkonto	1,00		
Kassa, Bankguthaben	492.051,00		
Effekten und Kautionen	3.639.102,00		
Riessen	591.509,00		
Debitoren	3.749.422,00		
Vorräte	4.586.566,00		
Bilanzsumme	19.451.446,00	Bilanzsumme	19.451.446,00

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	1.873.684,00	Aktienkapital	10.125.000,00
Gebäude	2.314.797,00	Kapitalrücklage	5.200.000,00
Maschinen und Anlagen	989.358,00	Allgemeiner Reservefonds als Kapitalrücklage I	2.062.500,00
Wasserkraft	1.500.000,00	Kapitalrücklage II	3.137.500,00
Werkzeuge und Utensilien	1,00	Kreditoren	2.193.783,00
Geldse-Anlagen	1,00	Wohlfahrtsfond für Beamte	37.102,00
Patente	1,00	Wohlfahrtsfond für Arbeiter	37.056,00
Modelle	1,00	Unbeobohene Dividende	9.040,00
Mobilien	1,00	Werkerneuerungsfonds	1.000.000,00
Trommelkonto	1,00	Wertberichtigungen	2.460.000,00
Kassa, Bankguthaben	1.435.123,00	Rückstellungen für spätere Verpflichtungen	709.832,00
Effekten und Kautionen	3.856.118,00	Rechnungsabgrenzungsposten	192.527,00
Riessen	843.944,00	Gewinn	959.328,00
Debitoren	4.438.253,00		
Vorräte	5.672.385,00		
Bilanzsumme	22.923.668,00	Bilanzsumme	22.923.668,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Unkosten	404.264,00	Gewinnvortrag	49.079,00
Soziale Lasten	515.720,00	Bruttogewinn	2.151.240,00
Steuern und Abgaben	350.532,00	Zinsen	303.899,00
Abschreibungen	412.043,00		
Wohlfahrtskonto Beamte	55.000,00		
Wohlfahrtskonto Arbeiter	45.000,00		
Gewinn	721.659,00		
Summe	2.504.218,00	Summe	2.504.218,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Österreich 1938

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Unkosten	438.528,00	Gewinnvortrag	46.902,00
Soziale Lasten	557.593,00	Bruttogewinn	3.086.725,00
Steuern und Abgaben	751.532,00	Zinsen	221.923,00
Abschreibungen	538.569,00		
Wohlfahrtskonto Beamte	60.000,00		
Wohlfahrtskonto Arbeiter	50.000,00		
Gewinn	959.328,00		
Summe	3.355.550,00	Summe	3.355.550,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich 1939

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Grundstücke	1.307.350,00	Aktienkapital	6.750.000,00
Gebäude	1.775.874,00	Kapitalrücklage	3.466.667,00
Maschinen und Anlagen	707.537,00	Allgemeiner Reservefonds als Kapitalrücklage I	1.375.000,00
Maschkraft	1.000.000,00	Kapitalrücklage II	2.091.667,00
Werkzeuge und Utensilien	1,00	Rücklagen für Warenpreisschwankungen	500.000,00
Geldse-Anlagen	1,00	Sonstige Rücklagen	2.641.705,00
Patente	1,00	Kreditoren	2.247.235,00
Modelle	1,00	Wohlfahrtsfond für Gefolgschaft	300.000,00
Mobilien	1,00	Unbeobohene Dividende	20.577,00
Trommelkonto	1,00	Werkerneuerungsfonds	666.667,00
Kassa, Bankguthaben	717.567,00	Werberichtigungen	1.864.989,00
Effekten und Kauttionen	2.574.996,00	Rückstellungen für spätere Verpflichtungen	1.125.224,00
Riemesen	1.333.691,00	Rechnungsabgrenzungsposten	513,00
Debitoren	5.975.189,00	Gewinn	654.238,00
Vorräte	4.845.516,00		
Rechnungsabgrenzungsposten	89,00		
Bilanzsumme	20.237.815,00	Bilanzsumme	20.237.815,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Unkosten	466.366,00	Gewinnvortrag	38.724,00
Soziale Lasten	502.486,00	Bruttogewinn	3.214.592,00
Steuern und Abgaben	950.943,00	Zinsen	96.401,00
Abschreibungen	335.038,00		
Wohlfahrtsfonds für Gefolgschaft	140.646,00		
Zuwendung an Wohlfahrtsfonds für Gefolgschaft	300.000,00		
Gewinn	654.238,00		
Summe	3.349.717,00	Summe	3.349.717,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich 1940

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.567.422,31</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.150.000,00</b>
Wohn- und Geschäftsgrundstücke	168.432,00	<b>Rücklagen</b>	<b>3.945.000,00</b>
Fabrikgrundstücke	691.614,00	Gesetzliche Rücklagen	1.215.000,00
unbebaute Grundstücke	379.874,00	Freie Rücklagen	2.730.000,00
Wohn- und Geschäftsgebäude	708.000,00	<b>Rücklagen für Warenpreisschwankungen</b>	<b>500.000,00</b>
Fabrikgebäude	1.586.000,00	<b>Wertberichtigung für Außenstände</b>	<b>224.989,14</b>
Maschinen und maschinelle Anlagen	1.701.000,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>1.138.185,58</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausrüstung	4,00	<b>Wohlfahrtsfonds für die Gefolgschaft</b>	<b>300.000,00</b>
Trommeln und Spulen	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.807.811,94</b>
Modelle	1,00	Verbindlichkeiten aus Wersspareinlagen	69.717,93
Patente	1,00	Anzahlungen von Kunden	127.074,19
Beteiligungen	2.667.609,00	Zur Verarbeitung übernommenes Fremdmaterial	172.576,20
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen auf Anlagen	664.886,31	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	863.865,70
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>12.551.674,56</b>	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	188.383,17
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.918.421,13	Sonstige Verbindlichkeiten	825.617,41
Halbfertige Erzeugnisse	1.887.222,78	Unbelebene Dividenden	560.577,34
Fertige Erzeugnisse	1.039.871,76	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>512,60</b>
Wertpapiere	393.187,60	<b>Gewinnvortrag 1. Januar 1939</b>	<b>52.686,87</b>
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen auf Waren	72.511,24	<b>Bürgschaften und Ausfallhaftungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>762.669,60</b>
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	4.532.051,71		
Forderungen an Konzernunternehmen	473.583,65		
Wechsel	832.545,92		
Schecks	501.145,13		
Kassenbestand einschließlich Postsparkasse	332.187,21		
Bankguthaben	385.379,87		
Sonstige Forderungen	183.566,56		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>89,26</b>		
<b>Bürgschaften und Ausfallhaftungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>762.669,60</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>21.119.186,13</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>21.119.186,13</b>

Quelle: BArch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB, R8135/9341

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>9.716.250,81</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.150.000,00</b>
Wohn- und Geschäftsgrundstücke	176.132,00	<b>Rücklagen</b>	<b>4.093.200,00</b>
Fabrikgrundstücke	738.371,30	Gesetzliche Rücklagen	1.215.000,00
unbebaute Grundstücke	404.043,80	Freie Rücklagen	2.730.000,00
Wohn- und Geschäftgebäude	723.918,71	beliebter Anlagegüter	140.000,00
Fabrikgebäude	2.599.154,98	Sonstige zweckgebundene Rücklagen	8.200,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	1.620.295,40	<b>Rücklagen für Warenpreisschwankungen</b>	<b>500.000,00</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	47.723,00	<b>Wertberichtigung für Außenstände</b>	<b>228.130,87</b>
Trommeln und Spulen	1,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>662.067,35</b>
Modelle	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>2.424.893,44</b>
Patente	1,00	Verbindlichkeiten aus Werksparaneinlagen	29.735,84
Beteiligungen	2.777.609,00	Anzahlungen von Kunden	258.572,20
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen auf Anlagen	628.999,62	Zur Verarbeitung übernommenes Fremdmaterial	232.025,46
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>10.663.026,82</b>	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	1.001.813,72
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.906.097,90	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	82.311,66
Halbfertige Erzeugnisse	2.670.359,01	Wiener Fellen-Stiftung	370.000,00
Fertige Erzeugnisse	664.765,63	Sonstige Verbindlichkeiten	432.159,42
Wertpapiere	1.001.121,93	unbelebene Dividenden	18.275,14
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen auf Waren	5.570,00	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>4.829,56</b>
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	2.713.840,33	<b>Gewinn- und Verlustkonto</b>	<b>320.552,27</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	367.449,38	Gewinnvortrag aus 1938	52.686,87
Wechsel	37.705,97	Reingewinn 1939	267.865,40
Kassenbestand einschließlich Postsparkassen- und Reichsbankguthaben	141.665,79	<b>Bülgschaften und Ausfallhaftungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>738.127,91</b>
Andere Bankguthaben	60.159,28		
Sonstige Forderungen	92.291,60		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>4.395,86</b>		
<b>Bülgschaften und Ausfallhaftungen (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>738.127,91</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.383.673,49</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>20.383.673,49</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
<b>Löhne und Gehälter</b>	<b>6.431.682,73</b>	<b>Jahresertrag</b>	<b>9.536.438,26</b>
<b>Soziale Abgaben</b>	<b>561.520,95</b>	<b>Erträge aus Beteiligungen</b>	<b>108.355,18</b>
<b>Abschreibungen auf das Anlagevermögen</b>	<b>1.843.339,46</b>	<b>Zinsen</b>	<b>49.269,18</b>
Abschreibungen	1.703.339,46	<b>Außerordentliche Erträge</b>	<b>28.688,09</b>
Rücklagen für noch nicht geleistete Anlagen	140.000,00	<b>Gewinnvortrag aus 1938</b>	<b>52.686,87</b>
<b>Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen</b>	<b>515.682,19</b>		
<b>Beiträge an Berufsvertretungen</b>	<b>32.659,98</b>		
<b>Zuweisung an Wiener Fellen-Stiftung</b>	<b>70.000,00</b>		
<b>Reingewinn</b>	<b>320.552,27</b>		
Vortrag aus 1938	52.686,87		
Reingewinn aus 1939	267.865,40		
<b>Summe</b>	<b>9.775.437,58</b>	<b>Summe</b>	<b>9.775.437,58</b>

Quelle: Barck, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939, R8135/9411

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Gebäude, Grundstücke	5.078.302,00	Aktienkapital	12.150.000,00
Maschinen	1.840.664,00	Gesetzliche Rücklagen	1.215.000,00
Werkzeuge, Inventar	42.700,00	Freie Rücklagen	2.730.000,00
Trommeln und Spulen	1,00	Sonstige Rücklagen	68.200,00
Modelle	1,00	Rücklagen für Preisschwankungen	500.000,00
Patente	1,00	Wertberichtigung	117.977,00
Beteiligungen	2.777.610,00	Rückstellungen für ungewisse Schulden	1.068.322,00
Anzahlungen auf Anlagen	1.124.938,00	Anzahlungen von Kunden	98.001,00
Rohstoffe etc.	3.118.010,00	Werkspareinlagen	28.780,00
Halbfertige Erzeugnisse	2.661.398,00	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen	1.183.471,00
Fertigwaren	1.213.021,00	Konzernunternehmen	282.180,00
Wertpapiere	4,00	Fremdmaterial für Verarbeitung	4.642,00
Anzahlungen auf Waren	10.795,00	Bankverbindlichkeiten	1.770.785,00
Forderungen aus Warenlieferungen	3.315.537,00	Sonstige Rücklagen	324.433,00
Forderungen an Konzernunternehmen	385.391,00	Fellen-Stiftung	370.000,00
Kassa, Reichsbank und Postscheck	70.254,00	Unbehobene Dividenden	9.242,00
Banken	138.737,00	Gewinn	320.769,00
Sonstige	431.771,00		
Rechnungsabgrenzung	34.667,00		
Bilanzsumme	22.241.802,00	Bilanzsumme	22.241.802,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	6.354.208,00	Jahresertrag	8.304.472,00
Soziale Abgaben	541.412,00	Erträge aus Beteiligungen	161.666,00
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	1.297.081,00	Außerordentliche Erträge	474.253,00
Steuern	613.776,00	Gewinnvortrag	320.552,00
Berufsvertretungen	58.669,00		
Zinssaldo	53.563,00		
Fellen-Stiftung	21.465,00		
Gewinn einschließlich Vortrag	320.769,00		
Summe	9.260.943,00	Summe	9.260.943,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Ostmark 1942

6.9. Jahresabschlüsse Carbidwerk Deutsch-Matrei AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen Matrei	1.015.583,00	Aktienkapital	2.800.000,00
Grund und Gebäude	613.907,00	Kapitalreservefonds	2.800.000,00
Maschinen und Einrichtungen	401.676,00	Amortisationsfonds	4.957.335,00
Anlagen Brückl	6.166.572,00	Steuerreserve	329.958,00
Grund und Gebäude	2.519.511,00	Rosenbaum-Beamtenunterstützungsfonds	99.224,00
Maschinen und Einrichtungen	3.647.061,00	Pers.-Unterstützungsfonds Brückl	10.000,00
Investitionen	44.017,00	Kreditoren	2.141.027,00
Immobilien Wien	276.275,00	Reservefonds	300.000,00
Mobilien Wien	51.895,00	Versteuerte Abschreibungen	70.000,00
Effekten	3.974.803,00	Transitoren Konto	16.106,00
Riessen	25.925,00	Reingewinn	547.378,00
Kassa	23.971,00		
Vorräte	1.254.161,00		
Debitoren	1.237.826,00		
Bilanzsumme	14.071.028,00	Bilanzsumme	14.071.028,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 08.06.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten	492.922,00	Vortrag	203.093,00
Abschreibungen	408.392,00	Bruttoertrag	1.390.599,00
Steuerreserve	135.000,00		
Beamten-Unterstützungsfonds	10.000,00		
Reingewinn	547.378,00		
Summe	1.593.692,00	Summe	1.593.692,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Österreich 1938

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen Matrei	1.015.583,00	Aktienkapital	2.800.000,00
Grund und Gebäude	613.907,00	Kapitalreservefonds	2.800.000,00
Maschinen und Einrichtungen	401.676,00	Amortisationsfonds	5.190.762,00
Anlagen Brückl	6.214.787,00	Steuerreserve	174.227,00
Grund und Gebäude	2.533.210,00	Beamtenunterstützungsfonds	109.251,00
Maschinen und Einrichtungen	3.681.577,00	Pers.-Unterstützungsfonds Brückl	10.000,00
Investitionen	41.267,00	Kreditoren	1.764.023,00
Immobilien Wien	276.275,00	Reservefonds	400.000,00
Mobilien Wien	56.416,00	Versteuerte Abschreibungen	70.000,00
Effekten	3.582.047,00	Transitoren Konto	28.078,00
Riessen	24.043,00	Reingewinn	542.866,00
Kassa	25.539,00		
Vorräte	1.589.203,00		
Debitoren	1.064.047,00		
Bilanzsumme	13.889.207,00	Bilanzsumme	13.889.207,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 15.07.1938, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten	446.830,00	Vortrag	228.149,00
Abschreibungen	236.177,00	Bruttoertrag	1.147.724,00
Steuerreserve	140.000,00		
Beamten-Unterstützungsfonds	10.000,00		
Reingewinn	542.866,00		
Summe	1.375.873,00	Summe	1.375.873,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: land Österreich, 1939

Bilanz per 31.12.1936, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagen Matriel	690.081,00	Aktienkapital	1.866.667,00
Grund und Gebäude	422.297,00	Kapitalreservefonds	1.866.667,00
Maschinen und Einrichtungen	267.784,00	Amortisationsfonds	3.559.059,00
Anlagen Brückl	4.155.843,00	Steuerreserve	136.066,00
Grund und Gebäude	1.701.458,00	Beaunteunterstützungsfonds	73.770,00
Maschinen und Einrichtungen	2.454.385,00	Kreditoren	487.180,00
Investitionen	37.443,00	Reservefonds	333.333,00
Immobilien Wien	184.184,00	Materialreserve	232.135,00
Mobilen Wien	39.180,00	Versteuerte Abschreibungen	46.666,00
Beteiligungen	1.904.976,00	Sonstige Rücklagen	81.962,00
Rimesen	3.582,00	Rückstellungen	110.634,00
Kassa, Reichsbank- und Postscheckguthaben	83.754,00	Reingewinn	431.508,00
Bankguthaben	711.145,00		
Wertpapiere	65.917,00		
Geleistete Anzahlungen	43.319,00		
Vorräte	863.430,00		
Debitoren	442.795,00		
Bilanzsumme	9.225.649,00	Bilanzsumme	9.225.649,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 07.06.1939, in Reichsmark			
Lasten		Erträge	
Generalunkosten	121.871,00	Vortrag	151.063,00
Abschreibungen	100.385,00	Bruttoertrag	702.701,00
Steuerreserve	200.000,00		
Reingewinn	431.508,00		
Summe	853.764,00	Summe	853.764,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Land Österreich, 1940



Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.01.1939			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.130.931,14</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>8.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	954.802,00	<b>Rücklagen</b>	<b>1.450.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.209.070,00	Gesetzliche Rücklagen	800.000,00
Unbebaute Grundstücke	81.860,00	Freie Rücklagen	650.000,00
Torf- und Schottervorkommen	61.125,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>152.213,98</b>
Verteilungsanlagen	144.766,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>747.647,88</b>
Maschinen und Apparate	973.899,80	Auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	61.917,99
Transportmittel	92.699,00	Gegenüber Konzernunternehmen	155.401,51
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.569,90	Gegenüber Banken	386,64
Beteiligungen	4.538.139,44	Nicht behobene Dividenden	261.566,67
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>2.218.930,72</b>	Unterstützungsfonds	123.770,10
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	434.241,37	Sonstige Verbindlichkeiten	144.604,97
Halbfertige Erzeugnisse	18.632,67		
Fertige Erzeugnisse, Waren	349.723,25		
Technisches Material und Reservemaschinen auf Lager	60.832,86		
Wertpapiere	70.905,33		
Geleistete Anzahlungen	43.319,31		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	66.161,73		
Forderungen an Konzernunternehmen	343.359,49		
Forderungen aus Krediten	2.922,40		
Wechsel	3.581,14		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postscheckguthaben	83.753,54		
Andere Bankguthaben	711.145,07		
Sonstige Forderungen	30.352,56		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.349.861,86</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.349.861,86</b>

Quelle: BArch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB, R8135/9413

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva	Passiva		
<b>Anlagevermögen</b>	<b>7.742.818,20</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>8.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- oder Wohngebäuden	1.086.697,20	<b>Rücklagen</b>	<b>1.450.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.446.307,29	Gesetzliche Rücklagen	800.000,00
Unbebaute Grundstücke	100.732,00	Freie Rücklagen	650.000,00
Torf- und Schottervorkommen	57.825,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>175.745,95</b>
Verteilungsanlagen	222.066,55	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.391.309,89</b>
Maschinen und Apparate	1.242.790,99	Anzahlungen von Kunden	202,94
Transportmittel	101.615,88	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	53.120,25
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	105.484,16	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	1.172.964,53
Beteiligungen	3.379.299,53	Verbindlichkeiten gegenüber Banken	432,25
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>3.355.749,25</b>	Sonstige Verbindlichkeiten (Unterstützungsfonds)	127.997,53
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	699.291,00	Sonstige Verbindlichkeiten (übrige)	36.592,39
Halbfertige Erzeugnisse	12.521,00	<b>Reingewinn</b>	<b>87.623,04</b>
Fertige Erzeugnisse und Handelswaren	413.898,00		
Wertpapiere	1.150.762,83		
Forderungen auf Grund geleisteter Anzahlungen	20.346,82		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	56.100,22		
Forderungen an Konzernunternehmen	463.862,48		
Sonstige Forderungen	116.263,43		
Wechsel	4.200,95		
Kassabestand einschließlich Reichsbank- und Postcheckguthaben	57.967,93		
Anderer Bankguthaben	360.534,59		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>6.111,43</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.104.678,88</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>11.104.678,88</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen	Erträge		
Löhne und Gehälter	1.058.442,96	Jahresertrag	1.596.904,24
Gesetzliche soziale Abgaben	91.039,19	Erträge aus Beteiligungen	50.027,33
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	284.708,18		
Zinsen	10.786,01		
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	87.246,06		
Beiträge zu Berufsvertretungen	27.086,13		
Reingewinn 1939	87.623,04		
<b>Summe</b>	<b>1.646.931,57</b>	<b>Summe</b>	<b>1.646.931,57</b>

Quelle: Barch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939, R8135/9350

6.10. Jahresabschlüsse Sprengstoff-Werke Blumau AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Kassa	7.740,00	Aktienkapital	1.080.000,00
Debitoren	406.619,00	Verloste Aktien	2.920.000,00
		Ordentlicher Reservefonds als	
Benutzungsgrecht	4.400.000,00	Kapitalrücklage	400.000,00
Vorräte	1.053.716,00	Erneuerungsrücklage	200.000,00
Material	373.691,00	Kreditoren	978.078,00
Fabrikate	680.025,00	Unterstützungsfonds	60.439,00
		Gewinn	229.558,00
Bilanzsumme	5.868.075,00	Bilanzsumme	5.868.075,00

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Kassa	11.862,27	Aktienkapital	860.000,00
Wien	1.752,77	Verloste Aktien	3.140.000,00
		Ordentlicher Reservefonds als	
Blumau	10.109,50	Kapitalrücklage	400.000,00
Debitoren	1.225.581,76	Erneuerungsrücklage	200.000,00
Benutzungsrecht	4.400.000,00	Kreditoren	2.351.216,37
Effekten	45.000,00	Angestellten-Unterstützungsfonds	14.656,84
Vorräte	1.588.352,40	Arbeiter-Unterstützungsfonds	32.692,38
Material	402.196,71	Reingewinn	272.230,84
Fabrikate	1.186.155,69	Vortrag 1936	11.888,67
		Gewinn 1937	260.342,17
Bilanzsumme	7.270.796,43	Bilanzsumme	7.270.796,43

Bilanz per 31.03.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Umlaufvermögen	3.196.000,00	Eigenkapital:	763.000,00
Rob-, Hilfs- und Betriebsstoffe	430.000,00	Grundkapital	400.000,00
Halbfabrikate	448.000,00	Rücklagen	363.000,00
Fertigfabrikate	1.390.000,00	Fremdkapital:	2.433.000,00
Anzahlungen	5.000,00	Rückstellungen	324.000,00
Warenforderungen	861.000,00	Verbindlichkeiten	2.109.000,00
Sonstige Forderungen	64.000,00	Lieferanten	899.000,00
Füssige Mittel	38.000,00	Banken	998.000,00
		Sonstige	212.000,00
Bilanzsumme	3.196.000,00	Bilanzsumme	3.196.000,00

Quelle: Barch, Bericht der Dr. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40, R121/2275

Gewinn- und Verlustrechnung per 25.06.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Steuern	237.105,00	Vortrag	8.864,00
Arealsteuer	19.448,00	Zinsen	29.560,00
Sozialversicherungsbeiträge	77.466,00	Rohgewinn	784.383,00
Fürsorgeabgaben	39.230,00		
Amortisation	220.000,00		
Gewinn	229.558,00		
Summe	822.807,00	Summe	822.807,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Österreich 1938

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Steuern	649.247,27	Gewinnvortrag 1936	11.888,67
Amortisation	260.000,00	Zinsen	6.557,30
Arealsteuer	19.237,09	Rohgewinn	1.314.973,44
Angestelltensozialversicherungsbeiträge	25.332,97		
Arbeitersozialversicherungsbeiträge	59.762,55		
Fürsorgeabgaben	47.608,69		
Reingewinn	272.230,84		
Vortrag 1936	11.888,67		
Gewinn 1937	260.342,17		
Summe	1.333.419,41	Summe	1.333.419,41

Quelle: Barch, Geschäftsbericht für das Jahr 1937, R121/5813

Reichsmarköffnungsbilanz per 01.04.1939			
Aktiva		Passiva	
Vorräte	2.294.721,18	Grundkapital	400.000,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	466.697,38	Gesetzliche Rücklagen	40.000,00
Halbfertige Erzeugnisse	304.329,54	Freie Rücklagen	323.000,00
Fertige Erzeugnisse	1.493.694,26	Sozialfonds	60.000,00
Wertpapiere	30.000,00	Sonstige	263.000,00
Forderungen	938.049,94	Wertberichtigung auf Vorräte	37.000,00
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	5.302,87	Rückstellungen für ungewisse Schulden	323.862,76
Auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	861.098,99	Verbindlichkeiten	2.109.011,96
Sonstige Forderungen	63.483,54	Anzahlungen von Kunden	992,28
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkassenguthaben	8.164,54	Auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	898.144,51
Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen	103,60	Gegenüber Banken	998.296,96
		Sonstige Verbindlichkeiten	183.637,17
		Gegenüber Unterstützungsfonds	27.941,04
Bilanzsumme	3.232.874,72	Bilanzsumme	3.232.874,72

Quelle: Barch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMFB, R2301/5573

Bilanz per 31.03.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Vorräte	3.278.703,69	Grundkapital	400.000,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	678.341,01	Rücklagen	358.000,00
Halbfertige Erzeugnisse	261.303,25	Gesetzliche Rücklagen	40.000,00
Fertigerzeugnisse	2.339.059,43	Sonstige Rücklagen	318.000,00
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	58.181,92	Rückstellungen für ungewisse Schulden	206.045,00
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	1.380.487,81	Verbindlichkeiten	3.703.079,21
An Auftraggeber	1.344.105,44	Gegenüber Monte	204.375,35
An verschiedene Kunden	36.382,37	Gegenüber dem Auftraggeber	1.067.680,63
Sonstige Forderungen	25.036,74	Lieferantenschulden	985.426,84
Flüssige Mittel	72.177,32	Bankschulden	1.214.130,82
		Sonstige Verbindlichkeiten	231.465,57
Bilanzsumme	4.814.587,48	Reingewinn 1939/40	147.463,27
		Bilanzsumme	4.814.587,48

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.03.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	2.004.066,39	Jahresertrag	3.132.067,11
Soziale Abgaben	176.729,13	Außerordentliche Erträge	37.000,00
Leistungen auf Grund des Pachtvertrages	189.051,82		
Abschreibungen auf gepachtete Anlagen	41.588,55		
Pacht	147.463,27		
Steuern vom Ertrag, Einkommen und Vermögen	268.629,30		
Sonstige Steuern und Abgaben	36.358,30		
Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übersteigen	114.529,53		
Sonstige Aufwendungen	232.239,37		
Reingewinn	147.463,27		
Summe	3.169.067,11	Summe	3.169.067,11

Quelle: BArch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40, R121/2275

Bilanz per 31.03.1941, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Umlaufvermögen:	4.291.292,94	Stammkapital	400.000,00
Vorräte	3.278.869,50	Rücklagen	398.000,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	591.648,63	Gebundene Rücklagen	40.000,00
Halbfertige Erzeugnisse	250.384,96	Freie Rücklagen Sozialfonds	100.000,00
Fertigerzeugnisse	2.436.835,91	Sonstige freie Rücklagen	258.000,00
Von der Gesellschaft geleistete Anzahlungen	5.411,89	Rückstellungen für ungewisse Schulden	321.723,68
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	910.059,09	Verbindlichkeiten	3.368.146,80
An den Auftraggeber	862.551,41	Gegenüber Montan	810.038,63
An Montan	351,70	Gegenüber dem Auftraggeber	1.294.876,59
An verschiedene Kunden	47.155,98	Lieferantenschulden	311.884,61
Sonstige Forderungen	47.431,41	Bankschulden	731.879,53
Flüssige Mittel	49.521,05	Sonstige Verbindlichkeiten aus der Fabrikation	219.467,44
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkontokonten	49.521,05	Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen	9.414,76
Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen	656,90	Reingewinn	162.485,23
Ansprüche an den Auftraggeber aus dem Treuhandverhältnis	367.820,63	Vortrag aus dem Jahre 1939/40	27.463,27
auf Freistellung von Lieferanten- und sonstigen Verbindlichkeiten	18.991,78	Jahresreingewinn	135.021,96
aus Barverträgen	348.828,85		
Gepachtetes Anlagevermögen (nicht in Bilanzsumme enthalten)	1.576.230,83		
Bilanzsumme	4.659.770,47	Bilanzsumme	4.659.770,47

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.03.1941, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Gehälter und Löhne	2.461.250,79	Gewinnvortrag 1939/40	27.463,27
Soziale Leistungen	219.967,22	Ertrag nach Abzug der Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.931.177,12
Leistungen auf Grund des Pachtvertrages	793.874,64	Außerordentliche Erträge	134.165,41
Abschreibungen	658.852,68		
Pachtschilling	135.021,96		
Steuern vom Ertrag, Einkommen und Vermögen	181.890,14		
Sonstige Steuern	307.480,64		
Zinsen, soweit sie die Ertragszinsen übersteigen	110.257,52		
Sonstige Aufwendungen	728.498,37		
Außerordentliche Aufwendungen	127.101,25		
Reingewinn	162.485,23		
Gewinnvortrag 1939/40	27.463,27		
Reingewinn 1940/41	135.021,96		
Summe	5.092.805,80	Summe	5.092.805,80

Quelle: Barch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41, R813/5065

6.11. Jahresabschlüsse Veitscher Magnesitwerke AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen	2.235.565,00	Aktienkapital	7.500.000,00
Debitoren	18.340.247,00	Ord. Reservefonds	1.000.683,00
Effekten	1.201.730,00	Kapitalrücklage	7.000.000,00
Kassa	66.862,00	Kreditoren	5.897.905,00
Vorräte	2.485.461,00	Steuerrückstellungen	1.024.204,00
		Unbehobene Dividenden	980,00
		Reingewinn	1.906.093,00
Bilanzsumme	24.329.865,00	Bilanzsumme	24.329.865,00

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen	2.086.937,67	Aktienkapital	7.500.000,00
Bruch- und Abbaurechte	55.063,44	Ordentlicher Reservefonds	1.001.033,20
Grund- und Waldbesitz	310.696,31	Kapitalrücklage	7.000.000,00
Hüttenanlagen	711.040,36	Sonstige Rücklagen	2.892.862,97
Maschinen- und Betriebsinventar	71.260,84	Steuerrückstellungen	1.647.859,81
Wohngebäude	837.141,87	Sonstige Rückstellungen	4.176.683,32
Bahnanlagen	66.279,27	Warenverbindlichkeiten	416.458,09
Verschleiertes Inventar	35.455,58	Sonstige Verbindlichkeiten	695.891,71
Beteiligungen	1.402.699,90	Gewinnvortrag	236.669,10
Wertpapiere	917.423,25	Jahresgewinn	2.502.935,85
Vorräte	2.779.466,57		
Warenforderungen	6.807.110,47		
Sonstige Forderungen	2.430.014,92		
Bankguthaben	11.215.040,79		
Geldmittel und Postsparkasse	302.201,33		
Wechsel	129.499,15		
Bilanzsumme	28.070.394,05	Bilanzsumme	28.070.394,05

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Steuern und öffentliche Abgaben	1.053.615,00	Gewinnvortrag	211.858,00
Abschreibungen auf Hüttenanlagen, Maschinen, etc.	663.913,00	Betriebsgewinn	3.411.763,00
Reingewinn	1.906.093,00		
Summe	3.623.621,00	Summe	3.623.621,00

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Österreich 1938

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Verkaufskosten	122.300,00	Nettoerträge (abzgl. Erzeugungs- und Versandkosten)	7.401.000,00
Allgemeine Unkosten	784.900,00	Sonstige Erträge	490.900,00
Steuern	1.543.100,00	Außerordentliche Erträge	127.100,00
Sonstige Aufwendungen	321.400,00	Gewinnvortrag	236.669,10
Ordentliche Wertverminderung	740.000,00		
Außerordentliche Aufwendungen	2.004.400,00		
Gewinn	2.502.900,00		
Gewinnvortrag	236.669,10		
Summe	8.255.669,10	Summe	8.255.669,10

Quelle: Barch, Bericht der Dr. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937, R8135/9370

Bilanz per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	7.671.621,26	Grundkapital	12.000.000,00
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	1.090.645,44	Rücklagen	9.281.333,33
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.358.216,37	Gesetzliche Rücklagen	4.323.000,00
Unbebaute Grundstücke	261.234,65	Freie Rücklagen	4.085.000,00
Unvollendete Bauten	145.616,74	Pensionsrücklagen	543.333,33
Magnetisierwerkomen	425.546,11	Werkserneuerungsfonds	330.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.644.363,53	Rückstellungen für ungewisse Schulden	1.366.569,61
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	193.768,17	Verbindlichkeiten	862.983,89
Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken- und ähnliche Rechte	1,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	301.660,45
Beteiligungen	1.181.716,58	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	107.627,61
Anderer Wertpapiere des Anlagevermögens	370.512,67	Sonstige Verbindlichkeiten	453.695,83
Umlaufvermögen	16.379.265,57	Reingewinn	540.000,00
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.063.758,39	Vortrag aus dem ersten Vierteljahr 1938	130.148,73
Halbfertige Erzeugnisse	371.362,73	Neugewinn	409.851,27
Fertige Erzeugnisse	1.069.211,66		
Wertpapiere	3.405.567,00		
Geliehene Anzahlungen	182.764,16		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	3.538.631,95		
Forderungen an Konzernunternehmen	283.131,80		
Wechsel	53.566,22		
Kassenerbestand einschließlich Postsparkassenguthaben	434.027,06		
Anderer Bankguthaben	5.827.396,91		
Sonstige Forderungen	149.847,69		
Bilanzsumme	24.050.886,83	Bilanzsumme	24.050.886,83

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1938, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	3.322.717,51	Gewinnvortrag aus dem 1. Vierteljahr 1938	173.531,64
Soziale Abgaben	346.143,29	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	5.413.365,32
Zuweisung an die Gefolgschaftsunterstützungskasse	266.666,67	Erträge aus Beteiligungen	154.122,15
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	771.673,49	Zinsen	190.781,71
Ausweispflichtige Steuern	289.860,73	Außerordentliche Erträge	225.260,88
Werkserneuerungsfonds	440.000,00		
Reingewinn	720.000,00		
Vortrag aus dem 1. Vierteljahr 1938	173.531,64		
Neugewinn	546.468,36		
Summe	6.157.061,69	Summe	6.157.061,69

Quelle: Barch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1938, R8135/9370

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.04.1938			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.052.328,25</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	1.088.000,00	<b>Rücklagen</b>	<b>8.951.333,33</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.405.000,00	Gesetzliche Rücklagen	4.323.000,00
Unbebaute Grundstücke	254.000,00	Freie Rücklagen	4.085.000,00
Magnesitvorkommen	431.000,00	Pensionsrücklagen	543.333,33
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.973.000,00	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>1.315.547,78</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	226.000,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.976.911,85</b>
Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken- und ähnliche Rechte	1,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	339.249,05
Beteiligungen	1.082.716,58	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	5.026,72
Andere Wertpapiere des Anlagevermögens	592.610,67	Sonstige Verbindlichkeiten	1.632.636,08
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>16.308.536,08</b>	<b>Gewinnvortrag aus dem 1. Vierteljahr</b>	<b>130.148,73</b>
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	794.810,16		
Halbfertige Erzeugnisse	458.471,28		
Fertige Erzeugnisse	1.215.764,96		
Geleistete Anzahlungen	152.930,42		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	4.256.447,53		
Forderungen an Konzernunternehmen	248.008,28		
Wechsel	35.772,47		
Kassabestand und Postsparkassenguthaben	265.929,73		
Andere Bankguthaben	8.734.550,72		
Sonstige Forderungen	145.850,53		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>13.077,36</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.373.941,69</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.373.941,69</b>

Quelle: BArch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB, R8135/9370



Bilanz per 31. 12. 1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>8.808.634,86</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>12.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Wohngebäuden	1.083.493,49	<b>Rücklagen</b>	<b>9.281.333,33</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.528.804,24	Gesetzliche Rücklagen	4.323.000,00
Unbebaute Grundstücke	261.884,71	Freie Rücklagen	4.085.000,00
Unvollendete Bauten	408.545,35	Pensionsrücklagen	543.333,33
Magnetisierorkommen	417.361,85	Werksemeruungsfornds	330.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	2.305.333,75	<b>Wertberichtigungen zu Forderungen</b>	<b>125.834,86</b>
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	153.486,29	<b>Rückstellungen für ungewisse Schulden</b>	<b>902.874,61</b>
Konzessionen, Patente, Lizenzen, Marken- und ähnliche Rechte	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>1.184.040,75</b>
Beteiligungen	2.330.038,36	Erhaltene Anzahlungen	27.724,98
Anderer Wertpapiere des Anlagevermögens	101.592,67	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	313.536,25
Anzahlungen für Anlagen	218.093,15	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	37.419,85
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>15.345.926,49</b>	Sonstige Verbindlichkeiten	805.359,67
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.092.714,12	<b>Reingewinn</b>	<b>720.000,00</b>
Halbfertige Erzeugnisse	485.313,58		
Fertige Erzeugnisse	833.892,77		
Wertpapiere	6.502.520,28		
Geldleistete Anzahlungen	36.732,15		
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	3.080.147,84		
Forderungen an Konzernunternehmen	539.392,71		
Wechsel	95.083,03		
Kassenbestand einschließlich Postsparkassenguthaben	291.585,33		
Bankguthaben	1.212.309,06		
Sonstige Forderungen	1.116.235,62		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>59.522,20</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.214.083,55</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.214.083,55</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31. 12. 1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	3.643.971,95	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	6.261.056,69
Soziale Abgaben	323.203,23	Erträge aus Beteiligungen	143.835,37
Zuweisung an den Gefolgschaftsunterstützungsfonds	200.000,00	Zinsen	336.551,61
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	927.106,64	Außerordentliche Erträge	111.644,24
Ausweispflichtige Steuern	875.954,99		
Beiträge an Berufsvertretungen	37.016,24		
Wertberichtigung zu Forderungen	125.834,86		
Reingewinn	720.000,00		
<b>Summe</b>	<b>6.853.087,91</b>	<b>Summe</b>	<b>6.853.087,91</b>

Quelle: Batch, Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939, R8135/9370

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Bebaute Grundstücke	2.603.220,00	Aktienkapital	12.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	261.302,00	Gesetzliche Rücklage	4.323.000,00
Unvollendete Bauten	792.479,00	Andere Rücklage	4.085.000,00
Magnetsivorkommen	409.648,00	Pensionsrücklage	543.333,00
Maschinen	1.833.638,00	Werkerneuerungsfonds	330.000,00
Werkzeuge und Inventar	109.528,00	Werberichtigungen	95.266,00
Konzessionen, Patente, Lizenzen und Schutzrechte	1,00	Rückstellungen	752.683,00
Beteiligungen	2.910.769,00	Anzahlungen von Kunden	4.439,00
Andere Wertpapiere des Anlagevermögens	41.833,00	Verbindlichkeiten aus Warenbezügen und Leistungen	504.109,00
Anzahlungen für Anlagen	155.692,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	29.047,00
Rohestoffe usw.	1.070.023,00	Sonstige Verbindlichkeiten	1.171.597,00
Halbfertige Erzeugnisse	637.111,00	Gewinn	720.000,00
Fertigwaren	1.051.356,00		
Wertpapiere	6.333.039,00		
Geleistete Anzahlungen	13.708,00		
Forderungen aus Warenlieferungen und Leistungen	2.534.431,00		
Forderungen an Konzernunternehmen	539.899,00		
Wechsel	159.257,00		
Kassa und Postscheckguthaben	296.884,00		
Banken	2.147.979,00		
Sonstige Forderungen	650.361,00		
Rechnungsabgrenzungsposten	6.316,00		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.558.474,00</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>24.558.474,00</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	3.994.798,00	Rohüberschuß	6.463.554,00
Soziale Abgaben	340.777,00	Erträge aus Beteiligungen	266.226,00
Abschreibungen	1.049.259,00	Zinsen	304.404,00
Steuern	1.081.652,00	Außerordentliche Erträge	185.963,00
Berufsverretungen	33.661,00		
Reingewinn	720.000,00		
<b>Summe</b>	<b>7.220.147,00</b>	<b>Summe</b>	<b>7.220.147,00</b>

Quelle: Compass - Finanzielles Jahrbuch, Deutsches Reich: Ostmark 1942

6.12. Jahresabschlüsse Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG

Bilanz per 31.12.1936, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Anlagen	15.908.896,43	Aktienkapital	6.835.200,00
Grundbesitz, Fabriks- und Wohngebäude	2.671.096,39	Allgemeiner Reservefonds	500.000,00
Wasserkraft	1,00	Steuerrücklage	210.000,00
Maschinen und Werkseinrichtungen	13.237.799,04	Buchschulden	21.078.629,70
Vorräte	11.683.857,50	Kautionen und Haftungen	1.237.839,10
Roht-, Hilfs- und Brennstoffe, Halb- und Fertigabfälle	11.683.857,50	Anlagen-Wertminderungskonto	7.979.419,83
Buchforderungen	9.533.234,30	Gewinn- und Verlust-Konto	643.239,54
Kautionen und Haftungen	1.237.839,10	Gewinn-Vortrag	83.763,02
Effekten	41.868,00	Gewinn pro 1936	559.476,52
Kassabestände	78.632,84		
Bilanzsumme	38.484.328,17	Bilanzsumme	38.484.328,17

Bilanz per 31.12.1937, in Schilling			
Aktiva		Passiva	
Grundbesitz, Fabriks- und Wohngebäude	3.127.211,00	Aktienkapital	6.835.200,00
Wasserkraft	1,00	Allgemeiner Reservefonds	1.000.000,00
Maschinen und Werkseinrichtungen	14.265.503,00	Steuerrücklage	780.000,00
Vorräte	18.874.855,00	Buchschulden	27.458.180,00
Buchforderungen	11.161.978,00	Kautionen und Haftungen	1.460.144,00
Kautionen und Haftungen	1.460.144,00	Anlagen-Wertminderungskonto	9.831.852,00
Effekten	41.868,00	Gewinn	1.650.658,00
Kassabestände	84.474,00		
Bilanzsumme	49.016.034,00	Bilanzsumme	49.016.034,00

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1936, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Anlagen-Abwertungen	1.266.510,14	Gewinn-Vortrag 1935	83.763,02
Steuerrücklage	210.000,00	Ertrag der Werke	2.035.986,66
Bilanz-Konto	643.239,54		
Gewinn-Vortrag 1935	83.763,02		
Gewinn 1936	559.476,52		
Summe	2.119.749,68	Summe	2.119.749,68

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1936, CA-IB Schoeller 15/01

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1937, in Schilling			
Lasten		Erträge	
Anlagen-Abwertungen	1.852.432,00	Vortrag	143.239,00
Steuerrücklage	570.000,00	Ertrag der Werke	3.929.851,00
Gewinn	1.650.658,00		
Summe	4.073.090,00	Summe	4.073.090,00

Quelle: Compass - Finanztelles Jahrbuch, Deutsches Reich, Land Österreich 1939

Bilanz per 31.10.1938, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
Anlagevermögen	4.617.562,29	Grundkapital	4.556.800,00
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	686.701,81	Rücklagen	1.400.000,00
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden	1.257.973,14	Reservefonds	1.200.000,00
Wasserkraft	282.426,28	Wohlfahrtsfonds	200.000,00
Maschinen und Maschinelle Anlagen	6.606.579,94	Rückstellungen	1.380.777,71
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.291.859,39	Verbindlichkeiten	17.273.361,15
Konzessionen, Wasserrechte, Patente und Lizenzen	1,00	Anzahlungen von Kunden	24.250,09
Anlagen-Amortisation	-	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	2.335.360,20
Beteiligungen	226.817,00	Verbindlichkeiten gegenüber Konzernunternehmen	1.098.716,33
Umlaufvermögen	22.101.086,62	Akzepte	3.494.376,43
Warenvorräte	11.254.507,10	Einlagen von Weiskasangehörigen	302.589,97
Wertpapiere	144.188,00	Bankschulden	8.919.707,24
Geldreste Anzahlungen	342.517,83	Sonstige Verbindlichkeiten	1.098.360,89
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	6.531.327,39	Posten der Rechnungsabgrenzung	707.691,42
Forderungen an Konzernunternehmen	2.872.748,77	Reingewinn	1.791.583,93
Wechsel	5.857,16	Gewinnvortrag aus 1937	122.914,04
Kassenbestand, Reichsbank- und Postdeckguthaben	138.060,78	Gewinn 1938	1.668.669,89
Anderer Bankguthaben	474.014,90	Giro-Verbindlichkeiten aus Wechseln (nicht in Bilanzsumme enthalten)	1.885.467,92
Sonstige Forderungen	337.864,69	Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)	487.037,50
Posten der Rechnungsabgrenzung	391.565,30		
Giro-Verbindlichkeiten aus Wechseln (nicht in Bilanzsumme enthalten)	1.885.467,92		
Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)	487.037,50		
Bilanzsumme	27.110.214,21	Bilanzsumme	27.110.214,21

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.10.1938, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Anlagen-Abwertungen	1.190.228,37	Gewinn-Vortrag	122.914,04
Rückstellung für die Körperschaftsteuer 1938	767.822,00	Ertrag der Werke	3.626.720,26
Bilanz-Konto	1.791.583,93		
Gewinn-Vortrag 1937	122.914,04		
Gewinn 1938	1.668.669,89		
Summe	3.749.634,30	Summe	3.749.634,30

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB, CA-IB Schoeller 15/02/03

Im Zeichen der Kriegsvorbereitung

Reichsmarkeröffnungsbilanz per 01.11.1938			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>16.210.705,77</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>13.600.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	890.000,00	<b>Rücklagen</b>	<b>7.000.000,00</b>
Fabrikgebäude	1.758.000,00	Gesetzliche Rücklagen	4.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	282.400,00	Freie Rücklagen	2.000.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	8.080.900,00	Wohlfahrtsrücklagen	1.000.000,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.881.436,77	<b>Rückstellungen</b>	<b>2.075.777,71</b>
Konzessionen, Wasserrechte, Patente und Lizenzen	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>17.602.769,15</b>
Beteiligungen	317.968,00	Anzahlungen von Kunden	24.250,09
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>24.383.967,21</b>	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	2.335.360,20
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2.861.453,24	Konzernunternehmungen	1.098.716,33
Halbfertige Erzeugnisse	3.580.032,66	Akzepte	3.494.376,43
Fertige Erzeugnisse	7.135.941,79	Einlagen von Werksangehörigen	302.589,97
Wertpapiere	104.148,00	Bankschulden	8.919.707,24
Geleistete Anzahlungen	342.517,83	Sonstige Verbindlichkeiten	1.427.768,89
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	6.531.327,39	<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>707.691,42</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	2.872.748,77	<b>Giro-Verbindlichkeiten aus Wechseln (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>1.885.467,92</b>
Wechsel	5.857,16	<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>487.037,50</b>
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkessenguthaben	138.060,78		
Andere Bankguthaben	474.014,90		
Sonstige Forderungen	337.864,69		
<b>Rechnungsabgrenzung</b>	<b>391.565,30</b>		
<b>Giro-Verbindlichkeiten aus Wechseln (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>1.885.467,92</b>		
<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>487.037,50</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>40.986.238,28</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>40.986.238,28</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB

Bilanz per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>16.316.234,51</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>16.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	866.138,00	<b>Rücklagen</b>	<b>7.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.630.956,43	Gesetzliche Rücklagen	4.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	282.306,60	Freie Rücklagen	2.000.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	8.651.853,53	Wohlfahrtsrücklagen	1.000.000,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.335.994,45	<b>Rückstellungen</b>	<b>1.374.360,47</b>
Konzessionen, Wasserrechte, Patente und Lizenzen	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>22.306.394,82</b>
Im Bau befindliche Anlagen	1.568.430,40	Anzahlungen von Kunden	325.432,89
Anzahlungen auf Anlagen	650.679,90	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	3.367.889,72
Beteiligungen	322.000,00	Konzernverbindlichkeiten	337.447,44
Anderer Wertpapierbesitz	7.874,00	Akzeptverbindlichkeiten	2.495.504,73
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>30.923.582,77</b>	Bankverbindlichkeiten	13.850.629,39
RoH-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.822.113,50	Einlagen von Werksangehörigen	421.799,49
Halbfertige Erzeugnisse	4.195.924,57	Sonstige Verbindlichkeiten	1.507.691,16
Fertige Erzeugnisse	6.704.874,50	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>559.159,52</b>
Wertpapiere	581.933,10	<b>Reingewinn</b>	<b>725.529,68</b>
Geliehene Anzahlungen auf Warenlieferungen		<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>837.772,99</b>
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	4.355.299,32		
Forderungen an Konzernunternehmen	7.987.877,07		
Wechsel	2.763,47		
Schecks	150,20		
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkassenguthaben	188.486,49		
Anderer Bankguthaben	409.053,49		
Sonstige Forderungen	1.442.866,40		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>725.827,21</b>		
<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>837.772,99</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>47.965.444,49</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>47.965.444,49</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1939, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	15.106.338,76	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	22.323.568,46
Soziale Abgaben	1.279.012,31	Erträge aus Beteiligungen	1.091.695,42
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.987.871,00	Sonstige Erträge	3.865,75
Zinsen	986.028,97	Außerordentliche Erträge	256.923,51
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	937.278,09		
Anderer Steuern und Abgaben	386.966,87		
Beiträge an Berufsvertretungen	135.684,33		
Außerordentliche Auswendungen	131.343,13		
Reingewinn	725.529,68		
<b>Summe</b>	<b>23.676.053,14</b>	<b>Summe</b>	<b>23.676.053,14</b>

Quelle: BA-A, Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939, CA-IB Schoeller 15/01

Bilanz per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aktiva		Passiva	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>19.178.855,27</b>	<b>Grundkapital</b>	<b>17.600.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Geschäfts- und Wohngebäuden	182.141,50	<b>Rücklagen</b>	<b>7.000.000,00</b>
Bebaute Grundstücke mit Fabrikgebäuden und anderen Baulichkeiten	1.740.267,86	Gesetzliche Rücklagen	4.000.000,00
Unbebaute Grundstücke	278.435,85	Freie Rücklagen	2.000.000,00
Maschinen und maschinelle Anlagen	6.649.789,02	Wohlfahrtsrücklagen	1.000.000,00
Werkzeuge, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.228.687,62	<b>Rückstellungen</b>	<b>3.304.380,11</b>
Konzessionen, Wasserrechte, Patente und Lizenzen	1,00	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>24.669.588,23</b>
Im Bau befindliche Anlagen	4.399.590,02	Langfristiger Konsortialkredit	5.000.000,00
Anzahlungen auf Anlagen	3.317.298,40	Sonstige langfristige Baulandleihen	4.928.322,00
Beteiligungen	325.550,00	Anzahlungen von Kunden	2.481.749,88
Anderer Wertpapiere des Anlagevermögens	56.994,00	Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	4.077.039,07
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>33.952.412,75</b>	Konzernverbindlichkeiten	229.787,59
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	4.359.083,34	Akzeptverbindlichkeiten	2.510.631,61
Halbfertige Erzeugnisse	7.487.671,68	Verschiedene Bankverbindlichkeiten	3.658.955,40
Fertige Erzeugnisse	4.566.950,86	Sonstige Verbindlichkeiten	1.783.102,68
Geliehene Anzahlungen auf Warenlieferungen	356.216,93	<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>931.526,13</b>
Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen	5.613.315,96	<b>Reingewinn</b>	<b>160.000,00</b>
Forderungen an Konzernunternehmen	6.700.161,63	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	21.529,68
Schecks	150,20	Gewinn 1940	138.470,32
Kassenbestand einschließlich Reichsbank- und Postsparkguthaben	236.458,30	<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>617.332,30</b>
Anderer Bankguthaben	13.326,88		
Sonstige Forderungen	4.619.076,97		
<b>Posten, die der Rechnungsabgrenzung dienen</b>	<b>534.226,45</b>		
<b>Bürgschaften (nicht in Bilanzsumme enthalten)</b>	<b>617.332,30</b>		
<b>Bilanzsumme</b>	<b>53.665.494,47</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>53.665.494,47</b>

Gewinn- und Verlustrechnung per 31.12.1940, in Reichsmark			
Aufwendungen		Erträge	
Löhne und Gehälter	14.002.231,02	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	21.529,68
Soziale Abgaben	1.230.546,15	Ausweispflichtiger Rohüberschuß	21.438.806,79
Abschreibungen auf das Anlagevermögen	3.898.245,96	Erträge aus Beteiligungen	107.006,76
Zinsen	653.459,43	Sonstige Erträge	5.449,43
Steuern vom Einkommen, Ertrag und Vermögen	1.882.037,62	Außerordentliche Erträge	1.129.676,89
Anderer Steuern und Abgaben	649.890,01		
Beiträge an Berufsvertretungen	99.014,14		
Außerordentliche Auswendungen	127.045,22		
Gewinn	160.000,00		
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	21.529,68		
Gewinn 1940	138.470,32		
<b>Summe</b>	<b>22.702.469,55</b>	<b>Summe</b>	<b>22.702.469,55</b>

Quelle: BA-A, Geschäftsbericht für das Jahr 1940, CA-1B Schoeller 15/04/05

### 6.13. Abstract Deutsch

Ziel dieser Arbeit ist es, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen des „Anschlusses“ Österreichs an das Deutsche Reich auf die österreichische Rüstungsindustrie festzustellen, mit dem Fokus auf einer Veränderung von Finanz- und Vermögenslage der untersuchten Unternehmen. Als Methode zur Feststellung von Herkunft und Verwendung der finanziellen Mittel und der Veränderung der betriebswirtschaftlichen Lage der Rüstungsunternehmen wurde die Jahresabschlussanalyse unter Hinzuziehung betriebswirtschaftlicher Kennzahlen gewählt. Der zeitliche Schwerpunkt liegt auf den Jahren 1936 - 1940. Wesentliches Ergebnis der Arbeit ist, dass die finanziellen Mittel zum Auf- und Ausbau der Rüstungsindustrie vorwiegend durch FremdkapitalgeberInnen und weniger durch die EigentümerInnen bereitgestellt wurden. Zudem dienten diese Mittel in erster Linie einer schnellen Erweiterung der Produktionskapazitäten und nicht einer umfangreichen Modernisierung der Unternehmen zur Sicherung einer nachhaltigen Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situation.

Eingeschränkt wird der Begriff Rüstungsindustrie auf jene Bereiche, die unmittelbare rüstungstechnische Relevanz für die Kriegsvorbereitung und -durchführung hatten, etwa die metallerzeugende Industrie, metallverarbeitende Industrie, chemische Industrie und Elektroindustrie. Nicht untersucht wurden etwa die Bereiche Textil- und Nahrungsmittelindustrie oder die Elektrizitäts- und Bauwirtschaft. Es wurden sowohl jene Unternehmen betrachtet, welche bereits vor dem „Anschluss“ zu den klassischen Rüstungsunternehmen zählten, als auch jene, welche sich erst im Rahmen der nationalsozialistischen Kriegsvorbereitungen zu Produzenten von Rüstungsgütern oder Zulieferunternehmen entwickelten.

Zunächst wurden die ökonomischen Gründe für eine Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich sowohl aus deutscher als auch aus österreichischer Sicht, zudem die vor dem „Anschluss“ bestehenden industriellen Verbindungen und die mit der Integration der österreichischen in die deutsche Industrie nach dem „Anschluss“ verbundenen politischen, rechtlichen und betriebswirtschaftlichen Maßnahmen untersucht. Anschließend wurden die finanzielle Entwicklung und die Investitionstätigkeit von 12 österreichischen Unternehmen der Rüstungsindustrie analysiert.



#### **6.14. Abstract English**

The objective of this thesis is to determine the business impacts of the annexation of Austria to the German Reich on the Austrian armaments industry. The special focus therein lies on the changes of assets, equity and liabilities of the companies examined. By applying the analysis of the annual financial statement including key financial figures, it was possible to determine the origin and the disposition of the financial funds and the changes in the business situation. A major result of this study, which was limited to the years 1936 to 1940, was that the financial means to strengthen and expand the armaments industry were mainly supplied by debt capital and less by private equity. Moreover, these funds were invested in a quick increase of armaments production capacities rather than in substantial modernisation measures to guarantee a sustainable improvement of the business situation.

The term armaments industry is limited to those areas that were directly relevant for war preparations such as the chemical industry, the metallurgical industry, the metalworking industry, and the electrical industry. Areas such as the textile, food or construction industry were not examined. Both, companies that had been in the armaments production before the annexation and those that developed into producers or suppliers of armament products due to Nazi war preparations were included in this study.

In a first step the economic reasons for the annexation from the German and Austrian viewpoints are examined and already existing industrial networks between the two countries are observed. Next political, juridical, and economic measures following the annexation are revealed. Finally, the financial development and investment activities of essential companies of the armaments industry are investigated.

## **7. Literaturverzeichnis**

### **7.1. Archivquellen**

#### **7.1.1. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte Wien**

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Linz Nr. 2 - 5, Mikrofilm RG 242 T77\_744.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Kommando des Rüstungsbereichs Wien Nr. 1 - 5, Mikrofilm RG 242 T77\_746.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Lageberichte, Mikrofilm RG 242 T77\_749.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVII. Kriegstagebuch Wehrwirtschaftsstelle Linz Nr. 1, Mikrofilm RG 242 T77\_743.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Kommando Rüstungsbereich Innsbruck Nr. 1, Mikrofilm RG 242 T77\_745.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Lageberichte, Mikrofilm RG 242 T77\_739.

AIZGW: Wehrwirtschafts- / Rüstungsinspektion XVIII. Kriegstagebuch Wirtschaftsinspektion Salzburg, Mikrofilm RG 242 T77\_738.

AIZGW: Statistisches Reichsamt, Abt. VIII. Bericht: Die wehrwirtschaftliche Bedeutung der Eingliederung Österreichs in den deutschen Wirtschaftsraum. (1938?), Mikrofilm RG 242 T71\_102.

AIZGW: Deutscher Wehrwirtschaftsstab. Rüstungs-Industrie Österreich. Örtlich gegliedert mit Liste der wichtigsten Betriebe (13.03.1938), Mikrofilm RG 242 T77\_751.

AIZGW: Deutscher Wehrwirtschaftsstab. Kurze Beurteilung der wehrwirtschaftlichen Lage Österreichs (15.03.1938), Mikrofilm RG 242 T77\_751.

AIZGW: Reichsstelle für Wirtschaftsausbau. Erste Ermittlungen zur Aufstellung eines Vierjahresplanes für das Land Österreich (23.03.1938), Mikrofilm RG 242 T71\_110.

#### **7.1.2. Bank Austria Archiv**

BA-A: 3-Jahres-Bilanzbericht. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Aufstellung über Kredite der Deutschen Industriebank. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG., CA-IB Schoeller 15/02/03.

BA-A: Bericht an die 22. ordentliche Hauptversammlung für das Jahr 1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., CA-IB Krupp 41/01.

BA-A: Bericht an die außerordentliche Generalversammlung 30.06.1939. Abschlussbilanz zum 30.11.1938 und RMEB zum 01.12.1938. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., CA-IB Krupp 41/01.

BA-A: Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/03.

BA-A: Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/03.

BA-A: Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/03.

BA-A: Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1939. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/04.

BA-A: Bericht der Treueverkehr Deutsche Treuhand AG für das Jahr 1940. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/04.

BA-A: Bericht der Treuhand AG für das Jahr 1939. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG., CA-IB Schoeller 15/01.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG., CA-IB Schoeller 15/01.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Steyr Daimler Puch AG, CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/07.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/03.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/03.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/07/08.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/03.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/07/08.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/03.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Martin Miller AG, CA-IB Miller 11/07/08.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/06.

BA-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG., CA-IB Schoeller 15/04/05.

BA-A: Geschäftsbericht für das Rumpfbjahr 1938 und die RMEB. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG, CA-IB Schoeller 15/02/03.

BA-A: Interner Bilanzbericht für das Geschäftsjahr 1936. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/03.

BA-A: Investitionsprogramm der Jahre 1938-1940. Maschinenfabrik Heid AG, CA-IB Heid-Vulkan 08/02.

BA-A: Liste der ausgestellten Zwischenscheine., CA-IB Miller 11/07/08.

BA-A: Protokoll der 67. ordentlichen Generalversammlung vom 30.03.1938., CA-IB Steyr-Daimler-Puch 35/10.

BA-A: Prüfungsbericht Leopold Mayer über die RMEB. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/02.

BA-A: Syndikatsvertrag vom 05.09.1938. Schoeller-Bleckmann Stahlwerke AG., CA-IB Schoeller 15/02/03.

BA-A: Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1939. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/02.

BA-A: Wirtschaftsprüfbericht Leopold Mayer für das Jahr 1940. Vereinigte Wiener Metallwerke AG, CA-IB Vereinigte Metall 46/02.

BA-A: Amtsgericht St. Pölten (20.11.1919), CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Bericht an Direktor Heller (06.05.1938), CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Protokoll zur Sitzung der Vertrauensleute der Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG (24.05.1938), CA-IB Krupp 40/05 und 06.

BA-A: Bericht für Direktor Heller. (28.05.1938), CA-IB Miller 11/05/06.

BA-A: Protokoll der 17. ordentlichen Generalversammlung, Feinstahlwerke Traisen AG (02.08.1938), CA-IB Feinstahlwerke 38/01 und 02.

BA-A: Gedenkprotokoll. (22.10.1938), CA-IB Miller 11/07/08.

BA-A: Schreiben des Reichswirtschaftsministers (22.04.1939), CA-IB Semperit 14/05.

BA-A: Syndikatsvertrag zur Semperit (07.05.1939), CA-IB Semperit 14/05.

BA-A: Brief Paul Tutzky (29.03.1940), CA-IB Vereinigte Metall 46/05.

BA-A: Satzung der Vereinigte Wiener Metallwerke AG (29.08.1940), CA-IB Vereinigte Metall 46/03.

BA-A: Niederschrift Hans Friedl (28.10.1940), CA-IB Vereinigte Metall 46/02.

BA-A: Bericht. (Jänner 1941), CA-IB Miller 11/05/06.

### **7.1.3. Bundesarchiv Deutschland**

BArch: Bericht an die 23. ordentliche Hauptversammlung 1939. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., R8127/1484.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1937. Veitscher Magnesitwerke AG., R8135/9370.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1938. Veitscher Magnesitwerke AG., R8135/9370.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG., R8135/9350.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Veitscher Magnesitwerke AG., R8135/9370.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939/40. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R121/2275.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG, R2/15104.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940/41. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R8135/5065.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft., R8135/9132.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1939. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG, R8135/9411.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft., R8135/9132.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Carbidwerk Deutsch-Matrei AG., R8135/9413.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Felten & Guillaume, Fabrik elektrischer Kabel, Stahl- und Kupferwerke AG., R8135/9341.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R2301/5573.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über die RMEB. Veitscher Magnesitwerke AG., R8135/9370.

BArch: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über eine Sonderprüfung der Enzesfelder Metallwerke AG 1938., R8135/9077.

BArch: Bericht Nr. 247/1 über die Wehrwirtschaftsprüfung 1939. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R121/5813.

BArch: Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Enzesfelder Metallwerke AG., R907/1584.

BArch: Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Enzesfelder Metallwerke AG., R907/1584.

BArch: Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1938. Enzesfelder Metallwerke AG., R907/1584.

BArch: Bilanz- und Geschäftsbericht für das Jahr 1939. Enzesfelder Metallwerke AG., R907/1584.

BArch: Geschäftsbericht für das Jahr 1936. Berndorfer Metallwarenfabrik Arthur Krupp AG., R8127/1484.

BArch: Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R121/5813.

BArch: Geschäftsbericht für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG., R2/15104.

BArch: Nachtragsbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1940. Steyr Daimler Puch AG., R2/15104.

BArch: Protokoll über die Sitzung vom 31.05.1938. Sprengstoff-Werke Blumau AG., R121/5814.

BArch: Sonderprüfbericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG über das Jahr 1937. AEG-Union Elektrizitäts-Gesellschaft., R8135/9132.

BArch: Satzung der Enzesfelder Metallwerke AG. (29.09.1939), R907/1584.

#### **7.1.4. Hirtenberger Patronenfabrik Museum**

HPF: Fritz Mandl Abschiedsbrief (27.03.1938), Aushang.

HPF: Protokoll zum Verhandlungsergebnis über Verkauf (30.05.1938), Aushang.

#### **7.1.5. Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte Archiv**

ÖGZ-A: Bericht der Dt. Revisions- und Treuhand AG für das Jahr 1939. Steyr Daimler Puch AG., Do-76/Ws-3/I.

ÖGZ-A: Bericht der Dt. Wirtschaftsprüfungs- und Treuhandgesellschaft m.b.H. über die RMEB. Steyr Daimler Puch AG, Do-76/Ws-3/II.

ÖGZ-A: Geschäftsbericht für das Jahr 1937. Steyr Daimler Puch AG, Do-76/Ws-3/I.

#### **7.1.6. Österreichisches Staatsarchiv**

OESTA: Rationalisierungsstelle. Bericht über ihre Tätigkeit 15.01.1939-25.05.1939 (Datum unbekannt), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung.

OESTA: Bundesministerium für Handel und Verkehr. Option Bleiimport (Juni/Juli 1934), AdR HBbBuT BMfHuV HD 553c5 1934.

OESTA: Wehrwirtschaftsinspektion XVII. Feststellung der Rohstoffmengen für Aufträge der Wehrmacht. (02.08.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2206 1.

OESTA: Gedächtnisniederschrift. Wirtschaftsschutzgesetz und Finanzierung der österreichischen Wirtschaft. (05.08.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2120 1.

OESTA: Reichsminister für Finanzen. Anweisung zur Abschreibungsfreiheit für betriebliche Anlagegüter in Österreich (26.09.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2120 10 Abschreibungsfreiheit.

OESTA: Reichswirtschaftskammer. Industrierverschleppungsrichtlinie (11.11.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2115 Industrierverschleppung.

OESTA: Preisbildungsstelle. Fusionsbegünstigungsgesetz (28.11.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2120 8 Steuererleichterungen.

OESTA: Gauwirtschaftsberatung. Ferlacher Büchsenmachergewerbe Hilfsaktion (13.12.1938), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2237 1.

OESTA: Erwin Junghans. Breif an die Reichsgruppe Industrie über die Rationalisierungsstelle Wien (12.06.1939), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung.

OESTA: Wirtschaftskammer Südmark, Industrieabteilung. Förderung von Sanierungen. (13.07.1939), AT-OeStAAAdR ZNsZ RK Materie 2100 2205 15 Rationalisierung.

#### **7.1.7. Politisches Archiv des Auswärtiges Amtes Deutschland**

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Abschrift an die Deutsche Gesandtschaft in Wien (22.12.1931), R 243.177.

PA AA: Vögler Bert. Brief an Reichsaussenminister v. Neurath (18.09.1933), R 241.770.

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk Unterredung mit Herrn v. Siemens (01.11.1933), R 241.770.

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk zum Telefonat mit den Vereinigten Stahlwerken (09.04.1934), R 241.770.

PA AA: Böhm Georg. Gedächtnisprotokoll (03.05.1934), R 30.417.

PA AA: G.R.Dr. Hüffer. Antwort an Gedächtnisprotokoll (11.05.1934), R 30.417.

PA AA: Deutsches Konsulat. Bericht über Verkaufsangebot einer Maschinenfabrik (09.06.1934), R 243.186.

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Brief an die Direktion der Dresdner Bank (21.02.1935), R 241.764.

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Aktenvermerk zum Verkauf des Minoritätspakets der Veitscher Magnesit-Werke (01.03.1935), R 243.177.

PA AA: Deutsches Auswärtiges Amt. Aufzeichnung zum beabsichtigten Verkauf der Aktienmehrheit der Alpine-Montan (01.07.1935), R 241.770.

PA AA: Bundeskanzleramt. Bescheid Anton Apold (10.12.1935), R 241.770.

#### **7.1.8. Tiroler Landesarchiv**

TLA: Schnellbrief des Reichsministers der Luftfahrt (21.02.1940), Landesstelle für Raumordnung VI, a, 36003.

TLA: Schreiben des Leiters der Reichsstelle für Raumordnung. (21.02.1940), Landesstelle für Raumordnung VI, a, 36001 und 36002.

#### **7.2. Gedruckte Quellen**

BGBI für die Republik Österreich (30.08.1931): Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Deutschen Reich.

BGBI für die Republik Österreich (1938/13/33): Zusatzvereinbarung zu dem Handelsvertrag zwischen der Republik Österreich und dem Deutschen Reich.

BGBI für die Republik Österreich. (Fassung vom 24.08.2020.): Unternehmensgesetzbuch. UGB.

Böhler Otto (1941): Geschichte der Gebr. Böhler & Co. AG. 1870-1940. Berlin.

Bürckel, Josef (1939): Ein Jahr Wiederaufbau in der Ostmark. In: Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring (Hg.): Der Vierjahresplan. Berlin (Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik., 3).

Churchill, Winston (1959): The Second World War. Abridged edition with an epilogue on the years 1945 to 1957. London (Bloomsbury revelations).

Compass: Finanzielles Jahrbuch. Jahre 1936 bis 1945. Wien.

Der österreichische Volkswirt: Zeitschrift für Industrie und Finanzwesen. Jahre 1932 bis 1938, inklusive Beilagen "Die Bilanzen". Wien.

GBI für das Land Österreich (1938/13/39): Durchführungsverordnung zum Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgeräten.

GBI für das Land Österreich (1938/27/82): Gesetz zum Schutz der österreichischen Wirtschaft.

GBI für das Land Österreich (1938/111/390): Kundmachung des Reichstatthalters in Österreich, wodurch die Verordnung über Reichsmarkeröffnungsbilanzen und Umstellungsmaßnahmen im Lande Österreich (Umstellungsverordnung) vom 2. August 1938 bekanntgemacht wird.

GBI für das Land Österreich (1938/13/31): Verordnung zur wirtschaftlichen Wiederbelebung Österreichs.

GBI für das Land Österreich (1938/10/22): Gesetz über Aus- und Einfuhr von Kriegsgeräten.

Handelsstatistischer Dienst: Statistik des Außenhandels Österreichs. Jahre 1934 bis 1939. Wien.

Ostermann, Heinrich (1939): Die Elektroindustrie der Ostmark. In: Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring (Hg.): Der Vierjahresplan. Berlin (Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik., 3).

Österreichisches Statistisches Landesamt (1938): Statistisches Jahrbuch für Österreich 1938. Wien.

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (Hg.) (1965): Österreichs Volkseinkommen 1913 bis 1963. *Monatsberichte des Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung* (14).

Overall Economic Effects Division (1945): The United States Strategic Bombing Survey. The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy.

Reichs- und Preußisches Wirtschaftsministerium (1937): Ministerialblatt für Wirtschaft. 37. Jahrgang. Berlin.

RGBI (1892/55/15): Handels- und Zollvertrag vom 6. December 1891 zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche.

RGBI (1906/179/24): Zusatzvertrag zum Handels- und Zollvertrage vom 6. Dezember 1891 zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche vom 25. Januar 1905.

RGBI (1912/99/236): Gesetz vom 26. Dezember 1912, betreffend die Kriegsleistungen.

RGBI (1914/1113/274): Kaiserliche Verordnung vom 10. Oktober 1914.

RGBI des Deutschen Reichs (1938/I/61/407): Erlaß des Führers und Reichskanzlers über die Bestellung des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.

RGBI des Deutschen Reichs (1938/I/21/237): Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich.

RGBI des Deutschen Reichs (1938/I/27/253): Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich.

RGBI des Deutschen Reichs (1938/I/59/401): Verordnung über die Preisbildung im Warenverkehr zwischen dem Lande Österreich und dem übrigen Reichsgebiet.

RGBI des Deutschen Reichs (1938/I/41/315): Zweite Verordnung zur Einführung des Vierjahresplans im Lande Österreich.

RGBI des Deutschen Reichs (1939/I/1609): Kriegswirtschaftsverordnung.



Schoeller, Philipp von (1939): Die Entwicklung der Eisen schaffenden und der Eisen verarbeitenden Industrie in der Ostmark. In: Amtliche Mitteilungen des Beauftragten für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generalfeldmarschall Göring (Hg.): Der Vierjahresplan. Berlin (Zeitschrift für nationalsozialistische Wirtschaftspolitik., 3).

Staatsvertrag (10.09.1919): Staatsvertrag von Saint-Germain-en-Laye vom 10. September 1919.

Staatsvertrag (12.02.1921): Österreichisch-deutsches Wirtschaftsabkommen vom 31. Jänner 1921.

Statistisches Reichsamt: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich. Berlin.

Wiener Institut für Konjunkturforschung (Hg.) (1939): Monatsberichte (2/3).

Wittek, Heinrich Ritter von (1917): Die mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen. Warnsdorf (Flugschriften für Österreich-Ungarns Erwachen, 26).

### 7.3. Online-Quellen

Deutsches Handelsgesetzbuch: Pflicht zur Aufstellung. Online verfügbar unter [https://www.gesetze-im-internet.de/hgb/\\_242.html](https://www.gesetze-im-internet.de/hgb/_242.html), zuletzt geprüft am 26.08.2020.

Jasper, Robert (1996/2009): Die Regionalen Strukturwandlungen des deutschen Außenhandels von 1880 bis 1938. Hg. v. Thomas Rahlf. Cologne (German Time Series Dataset, 1834-2012, GESIS Data Archive, ZA8603 Data file Version 1.0.0). Online verfügbar unter <https://histat.gesis.org/histat/de/data/themes/23>, zuletzt geprüft am 06.02.2021.

Lampe, Markus; Wolf, Nikolaus: "20. Trade". Hg. v. Thomas Rahlf. Cologne (German Time Series Dataset, 1834-2012, GESIS Data Archive, ZA8603 Data file Version 1.0.0). Online verfügbar unter <https://dbk.gesis.org/dbksearch/sdesc2.asp?no=8603&db=e&doi=10.4232/1.12202>, zuletzt geprüft am 03.01.2021.

Österreichische Nationalbank: Währungsrechner. Online verfügbar unter <https://www.oenb.at/docroot/inflationscockpit/waehrungsrechner.html>, zuletzt geprüft am 14.04.2018.

Statistik Austria (2019): Außenhandel nach Handelspartnern. Online verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/services/stat\\_uebersichten/aussenhandel/index.html](http://www.statistik.at/web_de/services/stat_uebersichten/aussenhandel/index.html), zuletzt geprüft am 14.09.2019.

Statistik Austria (2019): Der Außenhandel Österreichs im Jahr 2018 (endgültige Ergebnisse). Einfuhr und Ausfuhr nach Ländergruppen. Jänner bis Dezember 2018. Online verfügbar unter [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/aussenhandel/hauptdaten/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/aussenhandel/hauptdaten/index.html), zuletzt geprüft am 14.09.2019.

### 7.4. Fachliteratur

Aalders, Gerard (1997): Three ways of German economic penetration in the Netherlands: Cloaking, Capital interlocking and "Aryanization". A provisional exploration. In: Richard. J. Overy, Gerhard Otto und J. Th. M. Houwink ten Cate (Hg.): Die "Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten. Berlin: Metropol (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 National Socialist occupation policy in Europe 1939-1945, Bd. 3).

- Adler, Hans; Düring, Walter; Schmalz, Kurt (1939): Die Umstellung der Bilanzen in der Ostmark. Unter Berücksichtigung der Sonderverhältnisse bei Aktiengesellschaften, G.m.b.H. und Genossenschaften. Leipzig.
- Andersen, Steen (2016): A Mild Occupation? Denmark, 1940-1945. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.
- Arnbom, Marie-Theres (Hg.) (2015): Friedmann, Gutmann, Lieben, Mandl und Strakosch. Fünf Familienporträts aus Wien vor 1938. Köln: Böhlau Verlag.
- Bachinger, Karl (1994): 1918-1945. In: Karl Bachinger, Hildegard Hemtsberger-Koller und Herbert Matis (Hg.): Grundriss der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart. 5. Aufl. Wien: ÖBV-Klett-Cotta (Handbuch der europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 5+6).
- Baetge, Jörg; Kirsch, Hans-Jürgen; Thiele, Stefan (2014): Bilanzen. 13., überarbeitete Auflage. Düsseldorf: IDW Verlag GmbH.
- Bagel-Bohlan, Anja E. (1975): Hitlers industrielle Kriegsvorbereitung 1936 bis 1939. Koblenz, Bonn: Wehr u. Wissen-Verl.-Ges (Beiträge zur Wehrforschung, 24).
- Balcar, Jaromir; Kucera, Jaroslav (2016): System Transformation as Consequence of the German Occupation? Czechoslovakia's Path from the Nazi War Economy to Postwar Centralized Planned Economy. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.
- Banken, Ralf (2018): Hitlers Steuerstaat. Die Steuerpolitik im Dritten Reich. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg (Das Reichsfinanzministerium im Nationalsozialismus, Band 2).
- Basch, Antonin (1943): The Danube basin and the German economic sphere. New York.
- Beesten, Bernfried von (1987): Untersuchungen zum System der militärischen Planung im Dritten Reich von 1933 bis zum Kriegsbeginn. Vorstellungen, Voraussetzungen, Beweggründe u. Faktoren. Münster: LIT (Studien zur Politikwissenschaft /Abt. B], 15).
- Berger, Peter (1994): The Austrian Economy, 1918-1938. In: Herbert Matis (Hg.): The economic development of Austria since 1870. Aldershot, Hants: Elgar (An Elgar reference collection, 4).
- Bertl, Romuald; Deutsch-Goldoni, Eva; Hirschler, Klaus (2019): Buchhaltungs- und Bilanzierungshandbuch. 11., neu bearbeitete Auflage, (Stand: Juni 2019) (Lehrbuch).
- Binder, Dieter A. (2007): Der Skandal zur "rechten" Zeit. Die Hirtenberger Waffenaffäre an der Nahtstelle zwischen Innen- und Außenpolitik. In: Michael Gehler (Hg.): Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim. Innsbruck.
- Boldorf, Marcel (2016): Forced Collaboration, Entrepreneurial Strategies, and Their Long-Term Effects in France. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.
- Bontrup, Heinz-Josef; Zdrowomyslaw, Norbert (1988): Die deutsche Rüstungsindustrie. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik. Heilbronn: Distel-Verl. (Distel-Hefte, 15).
- Botz, Gerhard (1976): Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich. Planung und Verwirklichung des politisch-administrativen Anschlusses (1938 - 1940). 2. Aufl. Wien.

Broszat, Martin (2007): Der Staat Hitlers. Grundlegung und Entwicklung seiner inneren Verfassung. Wiesbaden: Marix-Verl.

Bruckmüller, Ernst (1984): Zur Sozialstruktur Österreichs in den dreissiger Jahren. In: Erich Fröschl und Helge Zoitl (Hg.): Februar 1934. Ursachen, Fakten, Folgen ; Beiträge zum wiss. Symposium d. Dr.-Karl-Renner-Instituts, abgehalten vom 13. bis 15. Febr. 1984 in Wien. Wien: Verl. d. Wiener Volksbuchhandlung (Thema, 2).

Buchheim, Christoph (2006): Unternehmen in Deutschland und NS-Regime 1933-1945. Versuch einer Synthese. In: *Historische Zeitschrift* (282).

Buchheim, Christoph; Scherner, Jonas (2006): The Role of Private Property in the Nazi Economy: The Case of Industry. In: *The Journal of Economic History* (66/2).

Buchmann, Betrand Michael (2019): Insel der Unseligen. Das autoritäre Österreich 1933-1938. Wien, Graz: Molden.

Budraß, Lutz; Scherner, Jonas; Streb, Jochen (2010): Fixed-price contracts, learning, and outsourcing: explaining the continuous growth of output and labour productivity in the German aircraft industry during the Second World War. In: *The Economic History Review* (63/1).

Butschek, Felix (1978): Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945. Stuttgart, Wien: Fischer; Österreichisches Inst. für Wirtschaftsforschung.

Butschek, Felix (1985): Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert. [2., unveränderte Aufl.]. Stuttgart, Wien: Fischer; Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Butschek, Felix (1999): Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte. Die österreichische Wirtschaft seit der industriellen Revolution. Wien.

Butschek, Felix (2012): Österreichische Wirtschaftsgeschichte. Von der Antike bis zur Gegenwart. 2. Aufl. Wien: Böhlau.

Deak, John (2010): Dismantling Empire: Ignaz Seipel and Austria's Financial Crisis, 1922-1925. In: Peter Berger, Fritz Plasser und Günter Bischof (Hg.): From Empire to Republic: Post-World War I Austria. New Orleans: innsbruck university press / University of New Orleans Press, S. 123–141.

Egger, Rainer (1991): Heeresverwaltung und Rüstungsindustrie in Niederösterreich während des 1. Weltkrieges. In: Wilhelm Brauneder und Franz Baltzarek (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914 - 1918. Frankfurt am Main: Lang (Rechtshistorische Reihe, 74).

Eichholtz, Dietrich (1971): Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft 1939-1945. Berlin (1).

Eigner, Peter (1997): Die Konzentration der Entscheidungsmacht. Die personellen Verflechtungen zwischen den Wiener Großbanken und Industrieaktiengesellschaften, 1895 - 1940. Dissertation, Wien.

Eigner, Peter (1997): Die Verflechtung zwischen den Wiener Großbanken und der Industrie 1895 bis 1938. Ein Überblick. In: Herbert Matis (Hg.): Historische Betriebsanalyse und Unternehmer. Festschrift für Alois Mosser. Wien.

Eigner, Peter (2005): Diener der österreichischen Wirtschaft. Von NS-Karrieristen, Profiteuren und Mitläufern in Österreichs Banken 1938-1945. In: Verena Pawlowsky und Harald Wendelin (Hg.): Arianisierte Wirtschaft. Wien: Mandelbaum-Verl. (Raub und Rückgabe, Österreich von 1938 bis heute / Verena Pawlowsky; Harald Wendelin (Hg.) ; Bd. 2).

Eigner, Peter; Stiefel, Dieter (2001): Forced Take-over. Austrian Banks and Insurance Companies after the "Anschluss". In: Peter Eigner (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft in Österreich. Kumulative Habilitationsschrift. Wien.

Eminger, Stefan; Haas, Karl (2002): Wirtschaftstreibende und Nationalsozialismus in Österreich. Die Nazifizierung von Handel, Gewerbe und Industrie in den 1930er Jahren. In: *Zeitgeschichte* 29 (4).

Erker, Paul (1993): Industrieelementen in der NS-Zeit. Anpassungsbereitschaft und Eigeninteresse von Unternehmern in der Rüstungs- und Kriegswirtschaft 1936 - 1945. 1. Aufl. Passau: Wiss.-Verl. Rothe.

Espeli, Harald (2016): The Economic Effects of the German Occupation of Norway, 1940-1945. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.

Feinstein, C. H.; Toniolo, Gianni; Temin, Peter (2008): The world economy between the world wars. Oxford, New York: Oxford University Press.

Feldman, Gerald D. (2015): Austrian banks in the period of National Socialism. New York (Publications of the German Historical Institute).

Feldman, Gerald D.; Rathkolb, Oliver; Venus, Theodor; Zimmerl, Ulrike (2006): Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit. München: Beck.

Fischer, Peter G. (1977): Die österreichischen Handelskammern und der Anschluß an Deutschland. Zur Strategie der "Politik der kleinen Mittel" 1925 bis 1934. In: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen; Protokoll. München, Wien (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 4).

Fischer, Peter G. (1985): Die Haltung der wirtschaftlichen Interessenvertretungen zur Industriekrise zwischen den beiden Weltkriegen. In: Andreas Kusternig (Hg.): Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen. Wien (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Institut für Landeskunde, 7).

Freund, Florian; Perz, Bertrand (2000): Zwangsarbeit von zivilen AusländerInnen, Kriegsgefangenen, KZ-Häftlingen und ungarischen Juden in Österreich. In: Emmerich Tálos (Hg.): NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch. 1. Aufl. Wien: öbv & hpt.

Freytag, Carl (2012): Deutschlands Drang nach Südosten. Der Mitteleuropäische Wirtschaftstag und der Ergänzungsraum Südosteuropa 1931-1945. Göttingen: V&R Unipress (Zeitgeschichte im Kontext - Band 007, 7).

Gehrig, Astrid (1996): Nationalsozialistische Rüstungspolitik und unternehmerischer Entscheidungsspielraum. Vergleichende Fallstudien zur württembergischen Maschinenbauindustrie. München: De Gruyter Oldenbourg (Nationalsozialismus und Nachkriegszeit in Südwestdeutschland, 5).

Grandner, Margarete (1991): Arbeitsrecht und Gewerkschaften im 1. Weltkrieg. In: Wilhelm Brauner und Franz Baltzarek (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914 - 1918. Frankfurt am Main: Lang (Rechtshistorische Reihe, 74).

Gregor, Neil (2010): Wissenschaft, Politik, Hegemonie. Zum Boom der NS-Unternehmensgeschichte. In: Norbert Frei und Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen: Wallstein-Verl.

Greilinger, Philipp Georg (2013): Das Wiener Arsenal in Geschichte und Gegenwart. Eine Analyse der historischen Systembrüche in Österreich unter Anwendung des historischen Institutionalismus-Ansatzes. Dissertation. Universität Wien, Wien.

Gross Hermann (1962): Mitteleuropäische Handelspolitik 1890-1938 und der Donauraum. In: *Der Donauraum* 7 (7).

Gross Nachum Th. (1973): Die Stellung der Habsburgermonarchie in der Weltwirtschaft. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpler (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Haas Ernst (1939): Die Außenhandelspolitik der ehemaligen Republik Österreich während der Weltwirtschaftskrise bis zum Anschluß unter besonderer Berücksichtigung der Handelsvertragspolitik. Würzburg.

Haas Karl (1979): Industrielle Interessenpolitik in Österreich zur Zeit der Weltwirtschaftskrise. In: Karl Stuhlpfarrer (Hg.): Jahrbuch für Zeitgeschichte. Wien: Löcker (Jahrbuch für Zeitgeschichte, 1978).

Hachtmann, Rüdiger (1996): Industriearbeiterschaft und Rationalisierung 1900 bis 1945. Bemerkungen zum Forschungsstand. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* 37/1.

Hanisch, Ernst (1994): Der lange Schatten des Staates. Österreichische Gesellschaftsgeschichte im 20. Jahrhundert. Wien.

Hansen, Per H. (1997): The Danish Economy During War and Occupation. In: Richard. J. Overy, Gerhard Otto und J. Th. M. Houwink ten Cate (Hg.): Die "Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten. Berlin: Metropol (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 National Socialist occupation policy in Europe 1939-1945, Bd. 3).

Hecker, Peter (1991): Kriegswirtschaft - Modell einer neuen Wirtschaftsverfassung. Pläne und Ziele der österreichischen Regierungen während des 1. Weltkriegs. In: Wilhelm Brauner und Franz Baltzarek (Hg.): Modell einer neuen Wirtschaftsordnung. Wirtschaftsverwaltung in Österreich 1914 - 1918. Frankfurt am Main: Lang (Rechtshistorische Reihe, 74).

Hendrich, Karl (1948): Die wirtschaftliche Durchdringung Österreichs durch Deutschland und deren betriebswirtschaftliche Folgen. Wien.

Hirschler, Klaus (2012): Bilanzwissen für Führungskräfte. Vielschichtigkeit und Aussagekraft von Jahresabschlüssen. Wiesbaden: Springer.

Hopmann, Barbara (1996): Von der MONTAN zur Industrieverwaltungsgesellschaft (IVG) 1916 - 1951. Stuttgart: Steiner.

Hug, Peter (2002): Schweizer Rüstungsindustrie und Kriegsmaterialhandel zur Zeit des Nationalsozialismus. Unternehmensstrategien - Marktentwicklung - politische Überwachung. Zürich: Chronos Verl. (Veröffentlichungen der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz - Zweiter Weltkrieg, 11).

Hummelberger, Walter (1977): Österreich und die Kleine Entente. Im Frühjahr und Sommer 1936. In: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen; Protokoll. München, Wien (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 4).

James, Harold (2010): Anmerkung zum Beitrag von Constantin Goschler. In: Norbert Frei und Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen: Wallstein-Verl.

Jetschgo, Johannes; Lacina, Ferdinand; Pammer, Michael; Sandgruber, Roman (Hg.) (2004): Österreichische Industriegeschichte. Die verpasste Chance: 1848 bis 1955. Österreichische Industriegeschichte GmbH. Wien: Ueberreuter (2).

Kaden, Helma; Nestler, Ludwig (1988): Die faschistische Okkupationspolitik in Österreich und der Tschechoslowakei (1938 - 1945). Lizenzausg. Köln: Pahl-Rugenstein (Europa unterm Hakenkreuz, die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938 - 1945); achtbändige Dokumentenedition / hrsg. von einem Kollegium unter Leitung von Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler ; 1).

Kagan, Donald (1995): On the origins of war and the preservation of peace. First Anchor books edition. New York: Anchor Books.

Karner, Stefan (1976): Kärntens Wirtschaft 1938 - 1945 unter besonderer Berücksichtigung der Rüstungsindustrie. Klagenfurt.

Karner, Stefan (1986): Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung. Graz.

Kernbauer, Hans (1997): Zur österreichischen Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik: Ein Überblick. In: Alice Teichova (Hg.): Banken, Währung und Politik in Mitteleuropa zwischen den Weltkriegen. Wien: Böhlau (Geld und Kapital, 1.1997).

Klambauer, Otto: Die Frage des deutschen Eigentums in Österreich. In: Stuhlpfarrer Karl (Hg.): Jahrbuch für Zeitgeschichte 1979.

Klambauer, Otto; Bezemek, Ernst (1983): Die USIA-Betriebe in Niederösterreich. Geschichte, Organisation, Dokumentation. Wien (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde, 5).

Kleindinst, Julia (2005): Siemens in Österreich: von den Anfängen bis zum Ende des zweiten Weltkrieges. Wien.

Koren, Stephan (1961): Die Industrialisierung Österreichs - Vom Protektionismus zur Integration. Entwicklung und Stand von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr. In: Wilhelm Weber (Hg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur: gestern - heute - morgen. Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft in der Vergangenheit und ihre Bedeutung für Strukturprobleme der Gegenwart und der Zukunft. Berlin (1).

Kühl, Joachim (1958): Föderationspläne im Donauraum und in Ostmitteleuropa. München, Oldenbourg.

Küting, Karlheinz; Weber, Claus-Peter; Boecker, Corinna (2009): Die Bilanzanalyse. Beurteilung von Abschlüssen nach HGB und IFRS. 9., überarb. Aufl. Stuttgart: Schäffer-Poeschel.

Lackinger, Otto (2007): Die Linzer Industrie im 20. Jahrhundert. Linz: Oberösterreichisches Landesarchiv.

Lak, Martijn (2016): Trading with the Enemy? The Occupation of the Netherlands and the Problems of Postwar Recovery. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.

Luza, Radomír (1977): Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit. Wien, Graz u.a.: Böhlau (Forschungen zur Geschichte des Donauraumes, 2).

März, Eduard; Socher, Karl (1973): Währung und Banken in Cisleithanien. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpler (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Mathis, Franz (1987): Big Business in Österreich. Österreichische Großunternehmen in Kurzdarstellung. Wien.

Mathis, Franz (1988): Deutsches Kapital in Österreich vor 1938. In: Thomas Albrich, Klaus Eisterer und Rolf Steininger (Hg.): Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918 - 1938. Innsbruck: Haymon-Verl. (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 3).

Mathis, Franz (1990): Big Business in Österreich II. Wachstum und Eigentumsstruktur der österreichischen Großunternehmen im 19. und 20. Jahrhundert. Analyse und Interpretation. Wien: Verl. für Geschichte u. Politik.

Matis, Herbert (1973): Leitlinien der österreichischen Wirtschaftspolitik. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpler (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Matis, Herbert; Bachinger, Karl (1973): Österreichs industrielle Entwicklung. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpler (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Mattl, Siegfried (2014): Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933-1938. In: Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur ; 1933 - 1938. 7. Aufl. Wien: LIT-Verl. (Politik und Zeitgeschichte, 1).

Mazower, Mark (2009): Hitler's empire. Nazi rule in occupied Europe. London: Penguin.

Meelich, Helmut (1977): Die Kriegswirtschaft Österreich - Ungarn 1914-1918. Wirtschaftsorganisation und Versorgungspolitik im ersten Weltkrieg. Wien.

Mollin, Gerhard Th. (1988): Montankonzerne und "Drittes Reich". Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936 - 1944. Univ., Diss.--Bielefeld, 1986. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 78).

Mommsen, Hans (1995): Noch einmal: Nationalsozialismus und Modernisierung. In: *Geschichte und Gesellschaft* 21.

Moser, Josef (1995): Oberösterreichs Wirtschaft 1938 bis 1945. Wien: Böhlau (Studien zur Wirtschaftsgeschichte und zur Wirtschaftspolitik, 2).

Mosser, Alois (1985): Wachstumsstrategie oder Krisenmanagement? Vom Investitionsverhalten der österreichischen Industrie in der Ersten Republik. In: Andreas Kusternig (Hg.): Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen. Wien (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde, 7).

Mötz, Josef (2010): Hirtenberger AG - die ersten 150 Jahre. Festschrift anlässlich des Firmenjubiläums 2010. Hirtenberg.

Müller, Wolfgang (1983): Zur Entwicklung der politischen Ökonomie Österreichs. Industriepolitik von Staat und Banken vom Aufgeklärten Absolutismus bis zum Ende der Ersten Republik. Wien.

Murray, Williamson (1984): *The Change in the European Balance of Power, 1938-1939. The Path to Ruin.* Princeton.

Nautz, Jürgen (1988): Die österreichische Wirtschaft und die Anschlußfrage. In: Thomas Albrich, Klaus Eisterer und Rolf Steininger (Hg.): *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918 - 1938.* Innsbruck: Haymon-Verl. (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 3).

Nautz, Jürgen (1992): Die Entwicklung der Handelsbeziehungen Österreichs zu den anderen Nachfolgestaaten nach dem Ersten Weltkrieg. In: *Wirtschaft und Gesellschaft* (4).

Nautz, Jürgen (1992): Die österreichische Handelspolitik in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Die Neuordnung der Handelsbeziehungen zu den Nachfolgestaaten. Habilitation. Universität Wien, Wien.

Neal, Larry (1979): The economics and finance of bilateral clearing agreements: Germany, 1934-8. In: *The economic history review, new series* (32/3).

Oosterlinck, Kim; White, Eugene Nelson (2016): *La Politique du Moindre Mal. Twice-Occupied Belgium.* In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): *Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe.* New York, NY: Cambridge University Press.

Otruba, Gustav (1968): *Österreichs Wirtschaft im 20. Jahrhundert.* Wien.

Overy, Richard J. (1988): Mobilization for Total War in Germany 1939-1941. In: *The English Historical Review* (103/408).

Overy, Richard J. (1997): The Economy of the German "New Order". In: Richard J. Overy, Gerhard Otto und J. Th. M. Houwink ten Cate (Hg.): *Die "Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten.* Berlin: Metropol (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 National Socialist occupation policy in Europe 1939-1945, Bd. 3).

Parker, Robert Alexander Clarke (1993): *Chamberlain and appeasement. British policy and the coming of the Second World War.* New York, NY: St. Martin's Press (The making of the twentieth century).

Perz, Bertrand (1994): Rüstungsindustrie in Wiener Neustadt 1938 - 1945. In: Sylvia Hahn (Hg.): *"Die Wienerische Neustadt". Handwerk, Handel und Militär in der Steinfeldstadt.* Wien, Köln, Weimar: Böhlau.

Perz, Bertrand (2014): *Das Projekt "Quarz". Der Bau einer unterirdischen Fabrik durch Häftlinge des KZ Melk für die Steyr-Daimler-Puch AG 1944 - 1945.* Innsbruck: Studien-Verl.

Perz, Bertrand; Freund, Florian (2016): Zwangsarbeit in Österreich zwischen 1938 und 1945. In: Stefan Hördler, Volkhard Knigge, Rikola-Gunnar Lüttgenau und Jens-Christian Wagner (Hg.): *Zwangsarbeit im Nationalsozialismus. Begleitband zur Ausstellung.* Göttingen: Wallstein.

Petzina, Dieter (1988): Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der Anschluß Österreichs. In: Thomas Albrich, Klaus Eisterer und Rolf Steininger (Hg.): *Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918 - 1938.* Innsbruck: Haymon-Verl. (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 3).

Plumpe, Gottfried (1990): *Die I. G. Farbenindustrie AG. Wirtschaft, Technik und Politik 1904 - 1945.* Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 37).

Plumpe, Werner (1992): Statt einer Einleitung: Stichworte zur Unternehmensgeschichtsschreibung. In: Werner Plumpe und Christian Kleinschmidt (Hg.): *Unternehmen zwischen Markt und Macht. Aspekte*



deutscher Unternehmens- und Industriegeschichte im 20. Jahrhundert. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verl. (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, 1).

Pothmann, Ute (2013): Wirtschaftsprüfung im Nationalsozialismus. Die Deutsche Revisions- und Treuhand AG (Treuarbeit) 1933 bis 1945. Zugl.: Bochum, Univ., Diss., 2011. 1. Aufl. Essen: Klartext-Verl. (Bochumer Schriften zur Unternehmens- und Industriegeschichte, 19).

Poulain, Mark (1977): Deutschlands Drang nach Südosten contra Mussolinis Hinterlandpolitik 1931-1934. In: *Der Donauraum* (22/3).

Radandt, Hans (1969): Beteiligungen deutscher Konzerne an Unternehmungen in der Tschechoslowakei 1938 bis 1945. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* (10/2).

Rauchensteiner, Manfred (1997): Der Tod des Doppeladlers. Österreich-Ungarn und der Erste Weltkrieg. Sonderausg. Graz, Wien u.a.: Verl. Styria.

Rauchensteiner, Manfred (2017): Unter Beobachtung. Österreich seit 1918. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag.

Rauscher, Karl-Heinz (2004): Steyr im Nationalsozialismus: Industrielle Strukturen. 1. Aufl. Gnas.

Reichardt, Sven; Seibel, Wolfgang (Hg.) (2011): Der prekäre Staat. Herrschen und Verwalten im Nationalsozialismus. Frankfurt am Main: Campus Verl. (Geschichte 2011).

Reinschedl, Manfred (2001): Die Aufrüstung der Habsburgermonarchie von 1880 bis 1914 im internationalen Vergleich. Der Anteil Österreich-Ungarns am Wettrüsten vor dem Ersten Weltkrieg. Univ., Diss.-Wien, 2000. Frankfurt am Main: Lang (Beiträge zur neueren Geschichte Österreichs, 16).

Reisner, Markus (2014): Bomben auf Wiener Neustadt. Die Zerstörung eines der wichtigsten Rüstungszentren des Deutschen Reiches. Der Luftkrieg über der "Allzeit Getreuen" von 1943 bis 1945. 3., überarb. Aufl. Berndorf: Kral-Verl.

Ritschl, Albrecht (2001): Nazi Economic Imperialism and the Exploitation of the Small: Evidence from Germany's Secret Foreign Exchange Balances, 1938-1940. In: *The Economic History Review* (54/2).

Romanik, Felix (1957): Der Leidensweg der österreichischen Wirtschaft 1933-1945.

Rothschild, Kurt W. (1961): Wurzeln und Triebkräfte der Entwicklung der österreichischen Wirtschaftsstruktur. In: Wilhelm Weber (Hg.): Österreichs Wirtschaftsstruktur: gestern - heute - morgen. Strukturwandlungen der österreichischen Volkswirtschaft in der Vergangenheit und ihre Bedeutung für Strukturprobleme der Gegenwart und der Zukunft. Berlin (1).

Rudolph, Richard L. (1973): Quantitative Aspekte der Industrialisierung in Cisleithanien. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpler (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Rumpler, Helmut; Schmied-Kowarzik, Anatol (2014): Die Habsburgermonarchie und der Erste Weltkrieg. Weltkriegsstatistik Österreich-Ungarn 1914-1918. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, XI, 2. Teilband).

Sandgruber, Roman (1995): Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Wien.

Sandgruber, Roman (2004): Zur Germanisierung Österreichs in der NS-Zeit. In: Stefan Karner (Hg.): Wirtschaft und Gesellschaft. Graz.

Schanetzky, Tim (2015): Kanonen statt Butter. Wirtschaft und Konsum im Dritten Reich. 1. Aufl. München.

Schausberger, Norbert (1970): Rüstung in Österreich 1938 – 1945. Eine Studie über die Wechselwirkung von Wirtschaft, Politik und Kriegsführung. Wien.

Schausberger, Norbert (1981): Der Anschluss und seine ökonomische Relevanz. In: Rudolf Neck und Adam Wandruszka (Hg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März. München: Oldenbourg (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, 7).

Schermer, Jonas (2004): „Ohne Rücksicht auf Kosten“? Eine Analyse von Investitionsverträgen zwischen Staat und Unternehmen im „Dritten Reich“ am Beispiel des Förderprämienverfahrens und des Zuschussvertrags. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* (45/2).

Schermer, Jonas (2006): Das "Gesetz zur Übernahme von Garantien zum Ausbau der Rohstoffwirtschaft" und die NS-Autarkiepolitik. In: Johannes Bähr und Ralf Banken (Hg.): Wirtschaftssteuerung durch Recht im Nationalsozialismus. Studien zur Entwicklung des Wirtschaftsrechts im Interventionsstaat des "Dritten Reichs". Frankfurt a. M.

Schermer, Jonas (2006): Das Verhältnis zwischen NS-Regime und Industrieunternehmen – Zwang oder Kooperation? In: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte / Journal of Business History* (51/2).

Schermer, Jonas (2008): Die Logik der Industriepolitik im Dritten Reich. Die Investitionen in die Autarkie- und Rüstungsindustrie und ihre staatliche Förderung. Univ., Habil.-Schr.--Mannheim, 2006. Stuttgart: Steiner (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beihefte, 174,4).

Schermer, Jonas (2010): Anreiz statt Zwang. Wirtschaftsordnung und Kriegswirtschaft im "Dritten Reich". In: Norbert Frei und Tim Schanetzky (Hg.): Unternehmen im Nationalsozialismus. Zur Historisierung einer Forschungskonjunktur. Göttingen: Wallstein-Verl.

Schermer, Jonas (2010): Nazi Germany's preparation for war: evidence from revised industrial investment series. In: *European Review of Economic History* (14).

Schermer, Jonas (2015): Die Grenzen der Informationsbeschaffung, -transfer und -verarbeitung in der deutschen Wehr- und Kriegswirtschaftsverwaltung im Dritten Reich. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* (56/1).

Schermer, Jonas (2016): The Institutional Architecture of Financing German Exploitation. Principles, Conflicts, and Results. In: Eugene Nelson White und Jonas Schermer (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.

Schermer, Jonas; Streb, Jochen; Tilly, Stephanie (2014): Supplier networks in the German aircraft industry during World War II and their long-term effects on West Germany's automobile industry during the 'Wirtschaftswunder'. In: *Business History* (56/6).

Schmidl, Erwin A. (1988): März 38. Der deutsche Einmarsch in Österreich. 2. Aufl. Wien: Österr. Bundesverl.

Schreiber, Horst (1994): Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol. Innsbruck: Österr. Studien-Verl. (Geschichte & Ökonomie, Bd. 3).

Schulze, Max-Stephan (1996): Engineering and economic growth. The development of Austria-Hungary's machine building industry in the late nineteenth century. Frankfurt am Main, Berlin: Lang (Forschungen zur Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgeschichte, 3).

Schulze, Max-Stephan (2003): Wirtschaftswachstum und Strukturwandel in Österreich, 1870-1913. In: Rupert Pichler (Hg.): Wirtschaftliche Entwicklung, Unternehmen, Politik und Innovationsverhalten im 19. und 20. Jahrhundert. Innsbruck: Studien-Verl. (Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte, 1).

Senft, Gerhard (2014): Anpassung durch Kontraktion. Österreichs Wirtschaft in den dreißiger Jahren. In: Emmerich Tálos und Wolfgang Neugebauer (Hg.): Austrofaschismus. Politik - Ökonomie - Kultur ; 1933 - 1938. 7. Aufl. Wien: LIT-Verl. (Politik und Zeitgeschichte, 1).

Sohn-Rethel, Alfred (1992): Industrie und Nationalsozialismus. Aufzeichnungen aus dem "Mitteleuropäischen Wirtschaftstag". Berlin.

Spoerer, Mark (1996): Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925 - 1941. Univ., Diss.--Bonn, 1995. Stuttgart: Steiner (Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Beihefte, 123).

Steinböck, Erwin (1988): Österreichs militärisches Potential im März 1938. Wien.

Steininger, Rolf (1988): Der Anschluß - Stationen auf dem Weg zum März 1938. In: Thomas Albrich, Klaus Eisterer und Rolf Steininger (Hg.): Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918 - 1938. Innsbruck: Haymon-Verl. (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte, 3).

Stiefel, Dieter (1988): Die grosse Krise in einem kleinen Land. Österreichische Finanz- und Wirtschaftspolitik 1929 - 1938. Wien (Studien zu Politik und Verwaltung, 26).

Stiefel, Dieter (1997): Der Arbeitsmarkt in Österreich in der Zwischenkriegszeit. In: Alice Teichova (Hg.): Der Markt im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit. Internationale Wissenschaftskonferenz der Karls-Universität Prag, 16. - 19. Mai 1994. Prag.

Stiefel, Dieter; Weber, Fritz (2001): "Drei zu Zwei". Probleme und Folgen der Währungsumstellung Schilling : Reichsmark beim "Anschluß" 1938. In: Karl Bachinger und Dieter Stiefel (Hg.): Auf Heller und Cent. Beiträge zur Finanz- und Währungsgeschichte. Frankfurt/Wien.

Streb, Jochen; Vonyó Tamás: Historical Economics of Wars in the 20th Century. In: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook, 2014/2.

Stuhlpfarrer, Karl (1977): Zum Problem der deutschen Penetration Österreichs. In: Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck (Hg.): Das Juliabkommen von 1936. Vorgeschichte, Hintergründe und Folgen; Protokoll, Bd. 4. München, Wien (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, 4).

Stuhlpfarrer, Karl (1981): Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich. In: Rudolf Neck und Adam Wandruszka (Hg.): Anschluß 1938. Protokoll des Symposiums in Wien am 14. und 15. März. München: Oldenbourg (Veröffentlichungen / Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und des Leopold-Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1918 bis 1938, 7).

Teichova, Alice (1997): Instruments of Economic Control and Exploitation: the German Occupation of Bohemia and Moravia. In: Richard. J. Overly, Gerhard Otto und J. Th. M. Houwink ten Cate (Hg.): Die

"Neuordnung" Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten. Berlin: Metropol (Nationalsozialistische Besatzungspolitik in Europa 1939-1945 National Socialist occupation policy in Europe 1939-1945, Bd. 3).

Thommen, Jean-Paul; Achleitner, Ann-Kristin; Gilbert, Dirk Ulrich; Hachmeister, Dirk; Kaiser, Gernot (2017): Allgemeine Betriebswirtschaftslehre. Umfassende Einführung aus managementorientierter Sicht. 8., vollständig überarbeitete Auflage. Wiesbaden: Springer Gabler.

Tooze, Adam (2005): No Room for Miracles. German Industrial Output in World War II Reassessed. In: *Geschichte und Gesellschaft* (31).

Tooze, Adam (2008): Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus. (The wages of destruction: the making and breaking of the Nazi economy). München: Pantheon.

Tuider, Othmar (1975): Die Wehrkreise XVII und XVIII 1938-1945. Wien: Öst. Bundesverlag.

Turnheim, Georg (2009): Die staatliche Industrie Österreichs in der Ersten Republik. In: Georg Turnheim und Werner Clement (Hg.): Österreichs Verstaatlichte. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008. Wien: Manz.

Urnik, Sabine; Schuschnig, Tanja (2015): Investitionsmanagement, Finanzmanagement, Bilanzanalyse. 2. Aufl. Wien: Manz (Schriftenreihe Recht und Wirtschaft).

Volkman, Hans-Erich; Chiari, Bernhard (Hg.) (2009): Ökonomie und Expansion. Grundzüge der NS-Wirtschaftspolitik; ausgewählte Schriften. Deutschland. München: Oldenbourg (Beiträge zur Militärgeschichte, 58).

Volsansky, Gabriele (2001): Pakt auf Zeit. Das Deutsch-Österreichische Juli-Abkommen 1936. Wien (Böhlau zeitgeschichtliche Bibliothek, 37).

Wagenführ, Rolf (1955): Die deutsche Industrie im Kriege 1939-1945. Berlin.

Wagenhofer, Alfred (2015): Bilanzierung und Bilanzanalyse. Eine Einführung. 12., überarbeitete und aktualisierte Auflage. Wien: Linde.

Weber, Fritz (1985): Die österreichische Bankenkrise und ihre Auswirkungen auf die niederösterreichische Industrie. In: Andreas Kusternig (Hg.): Beiträge über die Krise der Industrie Niederösterreichs zwischen den beiden Weltkriegen. Wien (Studien und Forschungen aus dem Niederösterreichischen Instituts für Landeskunde, 7).

Weber, Fritz (1995): Zwischen abhängiger Modernisierung und Zerstörung. Österreichs Wirtschaft 1938-1945. In: Emmerich Tálos (Hg.): Handbuch des politischen Systems Österreichs. Wien: Manz.

Weber, Fritz (2004): Die Arisierung in Österreich: Grundzüge, Akteure und Institutionen. In: Ulrike Felber, Peter Melichar, Markus Priller, Berthold Unfried und Fritz Weber (Hg.): Ökonomie der Arisierung. Teil 2. Wirtschaftssektoren, Branchen, Falldarstellungen (Zwangsverkauf, Liquidierung und Restitution von Unternehmen in Österreich 1938 bis 1960, 2).

Weber, Fritz; Haas, Karl (1980): Deutsches Kapital in Österreich. Zur Frage der deutschen Direktinvestitionen in der Zeit vom Ende des Ersten Weltkrieges bis zur Weltwirtschaftskrise. In: Österreichische Gesellschaft für Zeitgeschichte (Hg.): Jahrbuch für Zeitgeschichte 1979. Wien.

Wegs, Robert J. (1979): Die österreichische Kriegswirtschaft 1914-1918. III., Diss.--Urbana, 1970. Wien: Schendl.

Wessels, Jens-Wilhelm (2007): Economic policy and microeconomic performance in inter-war Europe. The case of Austria, 1918 - 1938. In: *Beiträge zur Unternehmensgeschichte* (25).

Wessely, Kurt (1969): Die Wirtschaftsverflechtung im Donauraum seit 1918. In: *Der Donauraum* 14, Heft 1-2.

White, Eugene Nelson (2016): The Long Shadow of Vichy. The Economic Consequences of Occupation. In: Eugene Nelson White und Jonas Scherner (Hg.): Paying for Hitler's war. The consequences of Nazi hegemony for Europe. New York, NY: Cambridge University Press.

Wittek-Saltzberg, Liselotte (1970): Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs. Wien.

Wixforth, Harald; Ziegler, Dieter (2008): Die Expansion der Reichswerke "Hermann Göring" in Europa. In: Dieter Ziegler (Hg.): Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, 49/1.

Wolf, Nikolaus; Schulze, Max-Stephan; Heinemeyer, Hans-Christian (2011): On the economic consequences of the peace: trade and borders after Versailles. In: *The Journal of Economic History* (71/4).

Wysocki, Josef (1973): Die österreichische Finanzpolitik. In: Alois Brusatti, Adam Wandruszka, Peter Urbanitsch und Helmut Rumpel (Hg.): Die wirtschaftliche Entwicklung. 2., unveränd. Aufl. Wien (Die Habsburgermonarchie 1848-1918, I).

Ziegler, Dieter (2020): Die Expansion der deutschen Großbanken nach Österreich und in die Tschechoslowakei 1938/39. In: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte / Economic History Yearbook* (61/2).